









Handbuch

hes

Oeffentlichen Rechts.

der Gegenwart

in

Monographien.

Unter Mitwirkung von

Prosesson Dr. Aschehoug in Christiania, Landgerichtspräsibent Dr. Becker in Oldenburg, † Landrichter sömers in Bückeburg, Dr. Föttcher in Berlin, Prosessor Dr. Erusa in Turin, † Geheimerath Prosessor Dr. von Bulmerincą in Heidelberg, Rechtsanwalt G. Büsing in Schwerin, Prosessor Dr. Cosack in Freiburg, Geoffrey Drage in London, Prosessor Dr. Engelmann in Dorpat, Staatsminister Dr. Cyschen in Luxemburg, † Geh. Archivrath Falkmann in Detmold, † Seh. Aschivath Forkel in Kodurg, Seh. Hofrigarth Prosessor Dr. Fricker in Leipzig, Seh. Justizrath Prosessor Dr. Gareis in Königsberg, Landgerichtsrath a. D. Dr. L. Gaupp in Lübsingen, Staatsminister Dr. Goos in Kopenhagen, Henrik Hansen in Kopenhagen, Prosessor Dr. de Hartog in Amsterdam, Seh. Justizrath Prosessor Dr. Hinschus in Berlin, Geheimerath Prosessor Dr. von Hollt in Chicago, Seh. Regierungsrath Dr. Zirder in Meiningen, † Rechtsanwalt Rath Flinghammer in Audolstadt, Senator Dr. Klügmann in Lübeck, Staatsrath Prosessor Dr. Laband in Straßburg, Kabinetschef Prosessor In Konisterialrath Mandel in Straßburg, Senator Dr. Mechelin in Haris, Ministerialrath Leoni in Straßburg, Landgerichtsdirector Liebmann in Greiz, Ministerialrath Mandel in Straßburg, Senator Dr. Mechelin in Helsingsors, Abvolat I. Lavares de Medeiros in Lisson, Unterstaatssefretär z. D. Prosessor Dr. G. von Manyr in Straßburg, Geh. Hedeinos in Lisson, Unterstaatssefretär z. D. Prosessor Dr. G. von Manyr in Straßburg, Geh. Hospisardscheffer Dr. G. Meyer in Heibelberg, Rechtsanwalt B. Müller in Gera, Prosessor Dr. Hospisor Dr. Dr. Hospisor Dr. G. von Philippovich in Wien, † Landgerichtspräsibent Pietscher P. Otto in Braunschweig, Prosessor Dr. von Philippovich in Wien, † Landgerichtspräsibent Pietscher Dr. Hannel Torres Campos in Granada, Prosessor Dr. Katatsminister Dr. von Hammen, Prosessor Dr. Manuel Torres Campos in Granada, Prosessor Dr. Katatsminister Dr. Hechtsanwalt Dr. F. Wielandt in Karlsruhe, † Rechtsanwalt Dr. Lubschien in Brüssel, Prosessor Dr. Muslandes

herausgegeben von

Dr. Heinrich von Marquardsen, und Dr. Max von Gendel, Professor an ber Universität Erlangen, Mitglieb bes Reichstags, Professor an ber Universität München.

Einleitung & band.

Erfte Abtheilung.

Freiburg i. B. und Leipzig, 1896. Atademische Verlagsbuchhandlung von J. C. B. Mohr (Paul Siebech).

Handbuch

904

Des

Oeffentlichen Rechts.

Einleitungsband

herausgegeben

nou

Dr. Max von Bendel.

Erfte Abtheilung.

Geschichte der Staatsrechtswissenschaft.

Bearbeitet

von

Dr. Hermann Rehm, Brofessor an der Universität Erlangen.



49220

Freiburg i. B. und Leipzig, 1896. Akademische Berlagsbuchhandlung von J. C. B. Mohr (Kaul Siebed). Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen behält sich die Verlagsbuchhandlung vor. Drud von C. A. Wagner, Freiburg i. Br

Inhaltsverzeichnis.

8	1.	Einleitung	Seite		
0					
Erstes Buch. Griechenland.					
		I. Abschnitt. Die Jophistik und Jokrates.			
www.	2. 3. 4.	Die Sophistik vor Sokrates	$\begin{array}{c} 2 \\ 22 \\ 25 \end{array}$		
		II. Abschnitt. Platon und Demokrit.			
I. Rapitel. Der wissenschaftliche Charakter von Platons publizistischen					
	_	Werken im allgemeinen.	9.0		
B.CO.S	5. 6. 7.	Der Staat	30 34 40		
Ü					
		II. Rapitel. Einzelne Staatsrechtslehren Platons.			
Ş	8. 9. 10. 11. 12.	Entstehung und Natur des Staates, Gesetz und Berordnung	42 45		
8	10.	Die Staatsformen	49		
ŝ	11.	Die rechtliche Natur der Staatsherrschaft	50		
§	12.	Der Thrannenbegriff	51		
8	13.	III. Rapitel. Demotrit.	52		
3	10.		011		
III. Abschnitt. Die populäre Staatskunde der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts und Rokrates.					
Ş	14.		54		
§	14. 15.	Die Rhetoren und sonstigen Publizisten	58		
		IV. Abschnitt. Bristoteles und Cheophrast.			
I. Rapitel. Die wissenschaftlichen Staatsschriften von Aristoteles					
		und seiner Umgebung.			
§	16.	Die Schrift vom Staate der Athener	60		
8	17. 18.	Die übrigen Schriften publizistischen Inhalts	69 70		
8	10.	Die Zeit ver absallung ver einzeinen Schriften	10		
		II. Rapitel. Die staatsrechtlichen Lehren der aristotelischen Schule.			
§	19.	Der Staatsbegriff	72		
83	20.	Die rechtliche Ratur des Staates	75 79		
8	22.	Die Korporationstheorie bei Aristoteles	81		
8	19. 20. 21. 22. 23. 24. 25.	Die rechtliche Entstehung des Staates	84		
8	24.	Die Gliederung der Hoheitsrechte	84		
£ 68.	25.	Der Politesbegriff	91		
8	26. 27.	Die verschiedenen Bedeutungen von Politie	$\frac{95}{104}$		
8	28.	Die einzelnen Berfassungs- und Regierungsformen	110		

Inhaltsverzeichnis.

	Sett Sett Sett Sett Sett Sett Sett Sett	e
\$ 29.	Die juriftifche Einteilung ber Staatsformen bei Ariftoteles	5
§ 30.	Die Lehre von den Staatsformen in der Ethit und Rhetorit	
§ 31.	Die Lehre von den Staatsprinzipien	
\$ 32.	Die verschiedenen Arten der Behörden und der Gesetzesbegriff	
8 00.	211 billiplicottici articli oci 2cijotoch into oci Gelegesotgiciji	,
	V. gbichnitt. Die hellenistisch-bngantinische Zeit.	
§ 33.	Das alegandrinische Zeitalter	
§ 34.	Die gräfo-römische Periode	
§ 35.	Die byzantinische Zeit)
	II. Buch. Rom.	
§ 36.	Die Zeit der Republik	1
§ 37.	Cicero im Besonderen	
	Die Raiserzeit	
§ 38.		
§ 39.	Das antike Christentum und die Staatsrechtslehre)
	III. Buch. Das Mittelalter.	
§ 40.	Die Zeit bis zum gregorianischen Kirchenstreit	9
§ 41.	Die Zeit des gregorianischen Kirchenstreits	0
§ 42.	Das 12. Jahrhundert	2
§ 43.	Die Entwicklung im 13. Jahrhundert	2
\$ 44.	Die politische Litteratur des 14. und 15. Jahrhunderts	
2 44.	Die politifige Sittetulat des 14. and 15. Justifianderis	,
	777 M Y 01 M 11	
	IV. Buch. Die Neuzeit.	
§ 45.	Die Entstehung einer nationalen Staatsrechtswissenschaft	4
§ 46.	Die Pflege bes allgemeinen Staatsrechts	
§ 47.	Die Staatsrechtslehre ber Monarchomachen	
§ 48.	Bodin	
\$ 49.	Althusius, Grotius, Hobbes, Pufendorf	
§ 50.	Die Entwidlung im 18. Jahrhundert	5
§ 50. § 51.	Doe 10 Cocheminated	0
8 91.	Das 19. Jahrhundert	J

Ginleitung.

§ 1. Die oberste Aufgabe einer geschichtlichen Darstellung der Staatsrechtswissensichaft geht unserer Anschauung nach dahin, der Selbständigkeit, deren sich die Staatsrechtswissenschaft in Deutschland heute in dogmatischer Beziehung ersreut, auch in ihrer historischen Behandlung Ausdruck zu geben; denn nur auf diese Weise ist es möglich, zu einer Erkenntnis etwa vorhandener selbständiger Entwicklungsursachen der Staatsrechtswissenschaft zu gelangen. Staatsrechtswissenschaft ist nicht jede Wissenschaft vom Staatsrecht, sondern nur die mit dem Staatsrecht sich beschäftigende Rechtswissenschaft, die wissenschaftliche Ergründung des positiven und des auf rechtsvergleichender Erundlage ruhenden allgemeinen Staatsrechts, nicht Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtspolitik, deren Gegenstände die vernunstgemäße, beziehungsweise die jeweils zweckgemäße Staatsrechtsvordnung bilden.

Es wäre aber versehlt, zu glauben, durch diese Beschränkung der Aufgabe sei es außzeschlossen, den sachlichen Zusammenhang, welcher zwischen den drei erwähnten Wissenschaften in Folge des gleichen Grundobjektes, der Ordnung des Staatsrechts, besteht, auch in seiner historischen Bedeutung zu würdigen, insbesondere also den Einsluß von philossophischen und politischen Staatsrechtstheorien auf die Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft zu versolgen. Durch die Berücksichtigung dieses Zusammenhangs wird die Selbstständigkeit der geschichtlichen Staatsrechtswissenschaft so wenig aufgehoben, wie die Selbständigkeit von Philosophie und Politik, wenn wir nachweisen, daß auf die Bildung dieser oder jener philosophischen oder politischen Theorie das positive Staatsrecht Einfluß übte. Die historische Würdigung dieser Wechselwirkung wird unter der geplanten Beschränkung um so weniger leiden, als jede dieser Wissenschaften Fragen zu behandeln hat, bei deren Lösung sie der schwesserlichen Unterstühung einer oder der beiden anderen Disciplinen wohl bedars.

Erstes Buch.

Griechenland.

Erster Abschnitt: Die Sophistik und Sokrates.

§ 2. Die Cophistif vor Sofrates 1). Wenn wir nach den ersten Reimen unserer heute so blühenden Staatsrechtswissenschaft fragen, so ift es nicht nötig, weiter als in bas hellenische Altertum zurudzugreifen. Sind die Anfänge anderer Biffenschaften nachweislich in China und am Indus, in Mesopotamien und im Thale des Rils zu suchen, für die Staatsrechtswissenschaft fehlen annoch 2) Anzeichen ihrer Entstehung im Orient. Insbesondere mangeln im Gegensat zu anderen Zweigen unseres Biffens Belege bafur, daß die griechische Wissenschaft vom Staate irgendwie durch Erzeugnisse altasiatischer ober altägpptischer Rultur beeinflußt fei. Aus diesem letteren Grunde entfällt es unserer Pflicht, der Frage nach etwaigen Ansätzen staatsrechtlichen Denkens im Orient bes näheren nachzugehen, denn unsere Aufgabe ist es nicht, staatsrechtliche Altertumswiffenicaft zu pflegen, die Bergangenheit als folde zu betrachten, fondern ben historischen Zusammenhang zwischen Bergangenheit und Gegenwart aufzusuchen. Die erften Anfänge folden Zusammenhangs weisen aber in keine entferntere Zeit als in Die des griechischen Altertums zurück.

So gewiß es nun ist, daß das erste, historisch nachweisbare wissenschaftliche Denken über den Staat sich im hellenischen Länderkreise bildete, so wenig ist es eine unter den Gelehrten ausgemachte Sache, ob auch bie Wiege ber Staatsrechtswiffenschaft an ben Küften des ägäischen Meeres stand. Die Mehrzahl der Stimmen geht heute3), wie früher4), in philologisch-historischen, wie juriftischen Kreisen dahin, daß es in Griechen-

1) Siehe zu dem gangen Paragraphen Belod, Griech, Gefchichte, Bb. 1, 1893, und Eb. Meher, Geschichte des Altertums, Bd. 2, 1893, und die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. F., Bd. IX (1895), S. 696 ff.

²⁾ Die hohe Entwicklung der orientalischen Rulturvölker (ein Beispiel bei Comperg, Grie-2) Die hohe Entwicklung der orientalischen Kulturvölker (ein Beispiel dei Comperz, Griechische Denker I (1895) S. 441; ferner im Allgemeinen Ed. Meher in den cit. Jahrbüchern) läßt abet troß allem, was nach der Verfassung ihrer Staaten dagegen spricht (Geher in d. Holgenedorffs Enchklopädie der Rechtswissenschaft, I. Teil, 5. Ausl., 1890, S. 47), sast Ansähe hiezu vermuten. Vgl. auch Diltheh, Einleitung in die Geisteswissenschaften, Vd. I (1883), S. 293 und Janet, Histoire de la science politique, 3. Ausl., Teil I (1887), S. 2, 38 u. 53.

3) d. Wilamowiß, Aristoteles und Athen, 1. Vd., 1893, S. 366 u. 380; Lipsius, Von der Bedeutung des griechischen Rechtes (Festrede), 1893, S. 23; Golbschmidt, Universalgeschichte des Handelsrechtes, 1. Lieferung 1891, S. 55; V. W. Leist, Gräco-italische Rechtsgeschichte 1884, S. 456 u. 468; Krüger, Geschichte der Quellen und Litteratur des römischen Rechts 1888, S. 46; Jörs, Römische Rechtswissenschaft, aur Zeit der Rechublik, 1. Teil 1888, S. 145.

4) 3. B. Hibenbrand, Geschichte und Shstem der Rechts und Staatsphilosophie, 1. Vd., 1860, S. 15 u. 27.

land an einer Rechtswiffenschaft, also auch einer Staatsrechtswiffenschaft gebrach. neuerer juristischer Schriftsteller, Bernatit 1), behauptet sogar, der Staat und seine Ordnung sei den Griechen gar nicht in das Rechtsgebiet gefallen, sie hätten die Staatsverfaffung wohl als eine Ordnung, aber lediglich als eine folche rein faktischer Art betrachtet. Auf der anderen Seite spricht Ed. Mener beiläufig 2) von "juristischen" Schriften des hellenischen Altertums, Comperz von der "Rechtswiffenschaft", die des Brotagoras fruchtbaren und austunftereichen Geift beschäftigt 3), und Darefte 4) ging jungfthin foweit, daß er einem gangen Buche ben Titel einer "griechischen Rechtswiffenichaft" verlieh, freilich einen Titel, dem der Inhalt keineswegs entspricht, indem derselbe unausgeschieden die ganze in den Werken von Platon, Ariftoteles und Theophraft enthaltene Staatslehre, also auch 3. B. die darin enthaltene Staatswirtschaftslehre, auszugsweise wiedergibt. Der hier zu vertretenden Anschauung nach liegt die Wahrheit in der Mitte.

Wenn die nachstehende Beweisführung hierüber sich umfassender gestaltet und eine eingehende Schilderung des Anteils versucht wird, welchen die griechische Wissenschaft an der Entwicklung staatsrechtlicher Erkenntnis nahm, so waren hiefür zwei Punkte aus= schlaggebend, einmal die universalgeschichtliche Bedeutung, welche die griechische Staatswissenschaft dadurch empfieng, daß alle spätere Staatslehre bei ihr anzuknüpfen suchte, und die von Philologen, Siftorifern und Juristen gleichmäßig anerkannte Thatsache, daß bie griechische Gebankenwelt in biefer Richtung, was die letten Jahrzehnte angeht, Seitens der deutschen Rechtswiffenschaft eine nur ftiefmutterliche Behandlung erfahren hat, wenn auch eine durch das Vorhandensein vordringlicherer Aufgaben wohl entschulbigte. Freilich war die Möglichkeit folch näherer Untersuchung innerhalb des zugewiesenen Raumes lediglich um ben Preis einer nur übersichtlichen Darstellung der mittelalter= lichen und noch mehr der neuzeitlichen Entwicklung zu gewinnen. Wir treten in die Beweisführung ein.

Un sich follte man glauben, daß, wenn die Staatsrechtswiffenschaft von hellenischem Geifte geboren murbe, ber Zeitpunkt ihrer Geburt in bas 6. Jahrhundert v. Chr. als in jenes Jahrhundert fiel, in welchem der griechische Geist überhaupt gur Fähigkeit wiffenichaftlicher Begriffsbilbung vordrang. Nicht blos, bag die räumliche und zeitliche Mannich= faltigkeit ber Berfassungs- und Regierungsformen außer zu politischem auch zu vergleichendem rechtlichen Nachdenken über bas Wefen bes Staates anzuregen vermochte, gab es geschriebenes und darum ber Renntnisnahme leichter zugängliches Berfaffungsrecht; vor allem aber stand bas Individuum in engen rechtlichen Beziehungen zum Staate, der Staatsdienst ruhte fast ausschließlich auf dem Prinzip ehrenamtlicher Laienverwaltung 5) und dem Umfang feiner Aufgaben nach mar ber Staat Polizeiftaat, b. h. ber Unterthan ftaatlicher Bevormundung 6) unterworfen. Un sich war also ber Gedankenkreis des Hellenen auf eine

2) Geschichte, Bd. II, S. 568. 3) A. a. O. S. 352.

¹⁾ Republit und Monarcie 1892, G. 6 u. 9.

⁴⁾ La science du droit en Grèce — Platon, Aristote, Theophraste. 1893. 5) Beloch, S. 437, 417. Solon machte es sogar, um die Gleichgiltigkeit der Bürger in staatlichen Angelegenheiten zu beheben, bei Strase des Verlustes von Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit Jedem zur Pflicht, bei politischen Kämpsen Partei zu nehmen (Aristoteles, Staat der Athener, Kap. 8 i. f.; Meher a. a. D. S. 660). Klisthenes setzte an Stelle der Geschlechtsphylen örtlich abgegrenzte, um die Interessen des Staates über diejenigen der Geschlechtergemeinschaft zu erheben (Meher S. 805).

^{6) 3.} B. Bekämpfung des Luxus (Solon wendet fich gegen den Prunk des Abels, der Frauen und Berichwendung bei Leichenbegangniffen; Beriander von Korinth foll fogar einen Rat gur Aufsicht darüber eingesetzt haben, daß niemand mehr ausgebe, als er einzunehmen habe; Meher S. 660 u. 621) oder Sorge um die Privatmoral (die Thrannen — in dieser Richtung durch die sieben Weisen vertreten — stellten Sittenregeln auf; die an den Wänden des delphischen Tempels eingegrabenen Sittensprüche werden auf die sieben Weisen zurückgeführt; Hieß die

Beschäftigung mit bem Staatsleben hingewiesen. Wenn sich bennoch keine Unfänge einer wiffenichaftlichen Behandlung beffelben zeigen, fo liegt ber Grund hiefur in ber Urt ber gu jener Zeit in Griechenland herrschenden Staatsformen. In den fortgeschrittenen Teilen ber griechischen Ländergruppe, in den Rolonien Rleinasiens, in Sigilien, Attifa, Euboea und am Isthmus, also da, wo eine Naturwissenschaft bereits erwachsen war, überwog zunächst die Regierungsform der Thrannis. Go fehr die Thrannen sonft geiftige Bestrebungen unterftütten - ihre Sofe maren bie Beimftätten von Runft und Dichtung -, eine freie Meinungsäußerung in ftaatlichen Dingen liegen sie im Sinblid auf ben in Folge ihres nicht rechtmäßigen Ursprungs nie gang sicheren Bestand ihrer Herrschaft nicht zu. Sie würden damit ihren Gegnern, den ihres Regiments entjehten Geschlechtern, eines ber schärfsten Kampfesmittel jener Zeit an die Sand gegeben haben. Nicht besser ftand es in den aristokratisch verfaßten Staaten. In der unter dem Namen des Theognis von Megara auf uns gekommenen Sammlung 1) aus Elegikern klagt ein Dichter, daß "er jeinen mächtigen Standesgenoffen gegenüber ben Mund nicht aufthun durfe" 2). So ver= mogen sich nur die Mächtigen, die Leiter des Staates und die Mitglieder der herrschenden Partei, über staatliche Angelegenheiten zu äußern. Die uns erhaltenen Aussprüche über staatliche Dinge stammen von regierenden Staatsmännern. Die sieben Beisen zählen zu solchen und Theognis war an den Parteikumpfen seiner Vaterstadt aktiv beteiligt 3). Auch fteht nicht entgegen, daß die Philosophenschule ber Phthagoreer fich mit ftaatlichen Dingen befagte. Wir haben sichere Rachricht nur barüber, daß fie prattijche, nicht aber daß sie theoretische Politik getrieben 4).

Die Staatsmänner bes 6. Jahrhunderts waren nun aber teils Gesetgeber, teils — die Thrannen — an gesetzliche Schranken nicht gebundene Staatsverwalter. Zur Erreichung und Rechtfertigung des Zieles bort, wie zur Erhaltung der Berrichaft hier, bedurfte es aber mehr politischen Taktes als staatsrechtlicher Kenntnisse. Die Staats= praxis wies Beibe in höherem Mage auf Erfahrung in Staatsmoral und politischer Runft als in Anwendung der rechtlichen Ordnung hin. Dazu kommt, daß das Recht noch einfach und bei der dienstlichen Beteiligung des Ginzelnen am Staatsleben, wie sie der Staat heischte, im Bewußtsein des Volkes lebte. Das Gelingen praktischer Ziele war daher wesentlich nur durch den überzeugenden Nachweis eines sittlichen und zweckmäßigen, nicht eines positiv=rechtlichen Vorgehens bedingt.

Das alles bestätigen die uns erhaltenen politischen Schriften des 6. Jahrhunderts. Soweit die Spruchdichtungen eines Solon ober Theognis — die Spruchdichtung war ja die der Entwidlungsftufe des geiftigen Verkehrs jener Zeit entsprechende schriftstellerische Form, in welcher auf die öffentliche Meinung gewirkt wurde 5) — nicht blos thatsächliche Berhältnisse bes staatlichen Lebens schilbern, sondern Kritik üben, Ermahnungen, Belehrungen, Verwarnungen aufstellen 6), sind es Regeln der politischen Moral und der politischen Klugheit, die sie äußern 7). Auch diese Regeln aber, die sich kurz als eine

Meilensteine an ben Landstraßen mit ethischen Sentenzen versehen; Meher S. 716 u. 786; Beloch

Meilensteine an den Lanostraßen mit einischen Sentenzen verseinen; weiger S. 170 u. 160, Settlis.

234, 233).

1) Die Sammlung ist auß dem 5., wenn nicht 6. Jahrhundert (Meher S. 720). Theognis eigene Dichtung fällt nach Meher S. 631, 587 ungesähr 570—550, nach Beloch S. 258 und im rheinischen Museum für Philologie 1895, S. 251, erst in die Zeit der Perserkriege.

2) Meher S. 610.

3) Meher S. 716, 718, 631; Comperz S. 335.

4) Windelband, Geschichte der Philosophie 1892, S. 23 u. 5; Meher S. 820; Beloch S. 242; Comperz S. 82; Natorp im Archib für soziale Gesehzebung, Bd. 8 (1895), S. 154.

5) Platon, Protagoras 316d; Meher S. 7, 9 u. 587; Beloch S. 258 u. 323; Schöll, Die Anstinge einer politischen Litteratur bei den Griechen 1889, S. 5; Comperz S. 331.

⁶⁾ Meyer S. 648 u. 631.

⁷⁾ Man vergleiche z. B. die Elegien Solons, welche Aristoteles im Staat der Athener,

Moral und Politik des Maghaltens bezeichnen laffen, find nicht Ausfluß einer von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehenden theoretischen Erkenntnis, sondern Ergebnisse der Lebenserfahrung. Go fehlt vor ben Perferkriegen jebe Staatswiffenschaft. Es giebt nur populare Regelfammlungen über öffentliche Dinge. Die Wiffenschaft blieb auf Naturbetrachtung beschränkt.

Unders lagen die Verhältnisse nach den Befreiungskriegen gegen Persien. Es war Athen am Ausgang der Perserkriege, in dem nicht blos die allgemeinen Bedingungen für Entwicklung und Fortschritt von Wiffenschaft überhaupt in der vielfachen Unregung, welche ber politische, industrielle, kommerzielle und künstlerische Aufschwung ber Stadt bot, fonbern auch die besonderen Boraussekungen der Entstehung einer Staats= und bamit auch einer Staatsrechts-Wissenschaft in ber attischen Rebefreiheit, ber Staatsform Attikas und in der Stellung Athens an der Spitze des belischen Seebundes gegeben waren. Diefe letteren Punkte bedürfen einer näheren Ausführung 1).

Die Redefreiheit²) des attischen Rechtes des 5. Jahrhunderts besteht in iongopia und nappnota, in Freiheit der Rede für Jedermann, auch für den Metoten, Stadtgaft und Stlaven, und in Freiheit bes Inhalts ber Rebe auch gegenüber bem Staat. Beibe betreffen nicht blog bie Rede, sonbern bie Gebankenäußerung ichlechthin, auch bie burch Schrift - die Rede ift nur an Stelle ber Elegie die Hauptart ber Gedankenmitteilung geworden -, ja fie umfassen sogar bie Bereing= und Bersammlungsfreiheit. Gelbst= verständlich hat auch die Rebefreiheit ihre rechtliche Grenze am Strafrecht 3), aber innerhalb biefer Grenze gewährt fie ein offenes Wort auch über Staatseinrichtungen; namentlich ber von Ort zu Ort wandernde Fremde vermag hievon den umfassenbsten Gebrauch zu machen.

Die Berechtigung, in den beiden anderen Aunkten für die Entwicklung einer Staatsrechtswiffenschaft gunftige Borbedingungen zu erblicken, ruht barauf, bag beibe, bie unmittelbare Demokratie und die Leitung des Seebundes, im besonderen Mage geeignet waren, den politischen Chraeiz zu weden.

Drei Staatsformen begegnen uns um jene Zeit in den hellenischen Großstaaten, bie Thrannis in Sprakus, die Demokratie in Athen und die Aristokratie in Lakedamon. Un sich wäre Sprakus ein für die Entwicklung wissenschaftlicher Forschung wohl bereiteter Boben gewesen. Sprakus hatte ben Ruhm, ein Sit kunftlerischer Schaffungskraft zu fein, und die politische Machtstellung von Sprakus infolge bes Sieges über die Rarthager hätte im Allgemeinen politisch aufstrebenden Talenten Rahrung zu geben vermocht, allein die Thrannis mit ihrer ftarken Militärgewalt hielt hier politischen Chrgeiz nieder; der beste Beweis hiefür, daß die demokratische Bewegung des Oftens erst nach dem Tode Sierons im Stande war, auch in Sizilien Fuß zu fassen 4). Dagegen gewährt, wenn irgend eine Staatsform, die unmittelbare Demokratie ben nach einer politischen Rolle Berlangenden erleichterte Möglichkeit des Erfolges.

Die unmittelbare Demokratie im Rechtsfinne liegt bann vor, wenn mindeftens bie

Kap. 5 u. 12, mitteilt; bazu Meger S. 721 n. 716. — Politische Moral und politische Klugheit waren in diesen Sinnsprüchen und Spruchdicktungen darum auch enge verbunden, weil die Ethik des Zeitalters der sieben Weisen durchaus auf utilitarischem Prinzip beruhte. Beloch S. 234. Der Mensch soll sittlich sein, weil es ihm nüglich, weil es zwecknäßig ist. Zwecknäßig handeln ist aber klug handeln. Bgl. Schöll a. a. D. S. 8. Im theognidischen Sinne sind gut und klug, schleckt und dumm identische Begriffe. Als das eine charakteristert Theognis die Abeligen, als das andere die Nichtadeligen.

¹⁾ Ueber erftere Compers S. 307. 2) Beloch S. 475. 3) Diogenes, Protagoras, Anaxagoras, Sokrates wurden wegen Religionsverbrechen verfolgt (Beloch S. 635; Comperz S. 353 u. 471).

4) Beloch S. 570, 389 ff., 443 ff.

absolute Mehrheit der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen, also auch Freien, die Trägerschaft der obersten Staatsgewalt ihr Eigen nennt und dieselbe selbstthätig in organissierten Zusammenkünften ausübt. Eine Bolksversammlung ist aber nicht in der Lage, sich selbst eine Ansicht zu bilden, sie kann nur die Meinung Anderer annehmen. Es gibt kaum einen Staat, dessen Geschichte dies bessers veranschaulichen könnte, als der athenische. Zeugnis hiefür Aristoteles' Schrift vom Staate der Athener. Aristoteles läßt hier den Einsluß der Parteisührer scharf hervortreten: In Kap. 28 gibt er einen Katalog der Häupter der demokratischen Partei.

Der Reiz, Führer des Bolks zu sein, war zur Zeit des Ausgangs der Befreiungsfriege (469) erheblich gesteigert. Mit Handel und Industrie wuchs, wie die Zahl der Gesamtbevölkerung, so auch die Zahl der Bürger¹) und damit die einer Führung leicht zugängliche Masse; es wuchs serner die Zahl der unmittelbar durch das Bolk selbst gesibten Hoheitsrechte²), die Zuständigkeit der Beamten wurde beschränkt, und endlich stieg die Macht Athens im delischen Seebund, se mehr sich derselbe aus einer Keihe Athen gleichgeordneter Staaten unter athenischer Leitung zu einer Herrschaft Athens über seine Bundesgenossen entwickelte: es ist schließlich die Bolksversammlung der Athener, welche allein die Bundesangelegenheiten ordnet.

Die für die Befriedigung politischen Strebens günstige Gestaltung der athenischen Berhältnisse tritt noch schärfer hervor, wenn wir mit denselben die entsprechenden Umstände des Staatslebens in Sparta vergleichen.

Die aristokratische Staatsform Lakebämons wäre an sich dem gleichen Streben nicht entgegengestanden, denn die Ausübung der Herrschaft in diesem aristokratischen Staats-wesen lag in der Hand einer Gemeinde, deren rechtliche Organisation nahe an eine demokratische Verfassung herankam.

Die rechtliche Natur der lakedämonischen Versassung als einer aristokratischen führt darauf zurück, daß die Periöken in Sparta eine andere rechtliche Stellung einnahmen, als die Metöken in Athen. Im Gegensatz zu den Metöken sind die Periöken Staatsangehörige, "Lakedämonier" 3) — der spartanische Staat heißt Staat der Lakedämonier —, die Metöken dagegen sind wohl Attiker, Vewohner von Attika, aber nicht "Athener"; sie gehören nur geo= und ethnographisch, aber nicht staatsrechtlich zu Attika, sind staatserechtlich nur ansässige Staatsfremde. Die überdies geringe 4) Zahl der Metöken kommt somit für die Bestimmung der Staatsform gar nicht in Betracht. Anders die Zahl der Periöken. Dieselben besaßen nicht blos ein größeres Gebiet des Landes, als der andere Teil der Lakedämonier, die Spartiaten, sondern ihre Zahl betrug auch etwa 45 000

¹⁾ Am Ende der Pisisstrationzeit betrug die Bürgerzahl Attikas etwa 25000, ein halbes Jahrhundert später ungefähr 30000, entsprechend der Steigerung der staatsangehörigen Gesamtbevölkerung von 80—90000 auf etwa 100000 (Beloch a. a. D. S. 209, 400, 404 und die Bevölkerung der griechisch-römischen Welt 1886, S. 99; Ed. Meher, Die Bevölkerung des Altertums im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. II, S. 449). Destbhe, Die Zahl der Bürger von Athen im 5. Jahrhundert, 1894, will für die Zeit vor Ausbruch des peloponnesischen Krieges die Zahl der Bürger Attikas sogar auf 40000, mit Einschluß der im Bundesgediet lebenden auf 55000 sessenschaften.

²⁾ Beloch S. 464; insbesondere die Bolksgerichtsbarkeit behnte fich aus.

³⁾ Sie werben baher auch bei Xenophon, Staat ber Lakedämonier, gegenüber ben voupaxor mit zu ben nodirat im weiteren Sinne (= Staatsangehörige) gezählt; Beloch, Bevölkerung, S. 133.

⁴⁾ Beloch (Geschichte S. 210, 398 u. 399, 404), dem Meher im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bb. II, S. 449, folgt, berechnet für Attika die Zahl der Sklaven und Metöken zusammen auf 10000 gegenüber einer staatsangehörigen freien Bevölkerung von 80—90000, für die Zeit des Ausbruches des peloponnesischen Krieges die Zahl der Metöken auf 30000 gegenüber etwa 100000 Staatsangehörigen (dazu nun 100000 Sklaven).

gegenüber ungefähr 9000 spartiatischer Bebolkerung 1). Nur die Spartiaten, also die Minderheit der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen, haben aber an der Ausübung der Staatsgewalt Anteil, Lakedamon ist somit ein aristokratisches Staatswesen. Nichts= bestoweniger nähert sich Lakedamon in Bezug auf unsere Frage baburch bem athenischen Staatswesen, daß den Spartiaten jener Anteil an der Staatsgewalt nicht als Staats=, sondern als Stadtbürgern, als doroi, als Bewohnern von Sparta, zukommt, m. a. W. eine Gemeinde es ift, welche die Staatsherrichaft im lakedämonischen Staate ausübt2). 3mar ift auch diese Gemeinde in der uns berührenden Zeit aristokratisch verfaßt - die Mitglieder des oberften Gemeindeorgans, der Ektlefia, bilden nicht alle, fondern nur die Minderzahl der Spartiaten 3) —, allein die Zahl, um welche die spartiatischen Aktivbürger hinter den Spartiaten niederen Rechtes zurückstehen, ist, dem allgemein griechischen Berhältniffe zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden in jener Zeit entsprechend, nur eine geringe, das Berhältnis etwa 1450 zu 1600, und so nähert sich diese aristokratische Gemeinde in außerorbentlicher Beise bem bemofratischen Staat ber Athener: Trägerin von Gemeinde= und damit Staatsgewalt war immerhin eine größere Versammlung, die bem Streben, fich politisch zu bethätigen, um fo mehr Gelegenheit hatte bieten konnen, als dieselbe räumlich über ein weites Gebiet rechtlichen und thatsächlichen Einfluß übte 4). Wenn deffen ungeachtet Sparta nicht ein für die Entwicklung politischen Ehrgeizes aunstiges Weld bot, so liegt dies baran, daß in dieser Gemeinde= und Staatsverfassung die weitere Berteilung der Gewalten eine folde war, daß "aufstrebenden Talenten der Weg geradezu verlegt" 5) wurde. Während die Ekklefia Athens nur an die Mitwirkung eines wegen seiner verhältnismäßig hohen Zahl von 500 übrigens selbst leicht zu lenkenden Rates gebunden war, ist die Volksversammlung hier durch den kleinen Rat der lebenslänglichen Geronten, durch das erbliche Feldherrnamt und burch das Ephorenkollegium beschränkt und die politische Bedeutung des letteren weder durch Rollegialität und Annuität, das Teldherrenamt nur durch Rollegialität eingebämmt.

Selbst wenn aber in Sparta die Versassung politischem Chrgeiz größere Nahrung gegeben hätte, eine Wiffenschaft vom Staate ware nicht entstanden, denn in dem Sparta nach ben Berferkriegen fehlte im Gegenfat zu ber voraufgegangenen Zeit die allgemeine Bedingung geiftiger Regsamkeit. Sparta glaubte, die immer drohende Revolution im Lande beffer zu bekämpfen, wenn fie den Geift der Aufklärung vom Lande abhielt 6).

¹⁾ Beloch, Bevölkerung, S. 138, 143, 148, 147.
2) Anders in Athen. Das athenische Bürgerrecht ist zum mindesten seit Soson Staatsbürgerrecht. Bei der auf dem Wohnsitz beruhenden neuen Phyleneinteilung von Klisthenes wurde bie Stadt Athen und ihre nächste Umgebung unter alle zehn Phylen verteilt (Beloch S. 335). Wenn der Bürger "Athener" heißt, so erklärt sich dies darans, das der Synoisismos der selbständigen attischen Gaustaaten zu einem Kanton in Form des Anschlüsses an Athen stattsand. Rach Ed. Meyer (S. 332, 324, 335, 336, 652 und Jahrbücher S. 714) wäre das attische Bürgerrecht Stadtbürgerrecht vor Solon gewesen und nach Solon geblieben.
3) Anteil an der Kolfspersammlung hatten nur die Spartiaten, welche den auf sie fallenden

³⁾ Anteil an der Bolfsversammlung hatten nur die Spartiaten, welche den auf sie fallenden Beitrag zur Tischgenossenschaft zu liefern vermochten, d. h. "reich genug waren, um ohne eigene Arbeit mit Hamilie vom Ertrag der Grundsstücke zu leben", die "Cleichen" (duoto:) gegenüber den bnousiovez (Ed. Meher, Geschichte, S. 321 u. 322; Beloch S. 310 u. 419, Bevölkerung S. 136; Aristoteles, Politik II 1271a 35, 1272a 15; VIII 1306b 30, 1308a 17). Für die älteste Zeit dürsen wir vielleicht sogar auf Grund der ums sicher verdürzten Berteilung gleichmäßiger Hiereroberten Landes an die Bürger eine demokratische Gemeindeversassung annehmen, also in dem Unterschied von Spartiaten hohen und niederen Rechtes erst eine Folge der Verschiedung der Beststutse kess autiken Konnennen von der Verschiedung der Beststellusse kess autiken Konnennens und Spartiaten hohen und niederen Rechtes erst eine Folge der Verschiedung der Vesstschafte des autiken Konnennens und Spartiaten der Verschiedung der Vers verhältniffe sehen (Pohlmann, Geschichte bes antiken Kommunismus und Sozialismus, 1. Bb. 1893, S. 87 u. 103; Beloch S. 283; Meyer S. 297ff.).

⁴⁾ Das Gebiet bes spartanischen Staates betrug am Ende bes 6. Jahrhunderts über 8000 qkm (Attifa nur 2500), mehr als 1/8 der ganzen Halbinfel, und ebenfo großen Umfang hatte das Gebiet der mit Sparta im peloponnesischen Bund vereinigten Staaten (Beloch S. 288, 404, 419).

⁵⁾ Bgl. Beloch G. 522. 6) Beloch S. 570.

Wenn nun in Athen die Gelegenheit, eine politische Rolle zu spielen, durch die Erfolge ber Perferkriege erheblich gestiegen war, so hatte ber Aufschwung aller Berhält= nisse andererseits doch auch die Gewinnung dieses Zieles bedeutend erschwert. Die von bem Politifer zu lösenden Fragen waren mit dem Fortschritt der Dinge mannichfaltiger und schwieriger geworden 1). Die Aufgaben des Staates erweiterten sich. Und fo ver= langte eine führende Stellung im öffentlichen Leben neben Geburt, Besit, Charafter, Connerschaft, Talent und Erfahrung auch eine gemisse Summe positiver Renntnisse und bie Fähigkeit rafcher Auffassung vermidelter Fragen; bie Chancen, vorwärts zu kommen, waren für den jungen Politiker größer, wenn seiner Thätigkeit im öffentlichen Leben eine Schulung des Geistes vorausging, die ihn dann in der Mannichfaltigkeit und Schwierigkeit ber praftischen Berhältnisse fich leichter zurechtfinden ließ. Das Gleiche erforberte auch ber Bilbungsftand berer, auf welche ber Polititer mirten wollte. Der burch ben Sandel, bie Induftrie= und die Vormachtsstellung Athens gesteigerte Verkehr mit dem Ausland, die dauernde Ansiedelung von Angehörigen anderer Staaten, insbesondere aus dem höher kulti= vierten Often, ber Bezug von Stlaven aus aller herren Länder, ber Fortichritt ber bilbenben und barftellenden öffentlichen Runft hatte seit der Bisiftratidenzeit den Gesichtstreis des gemeinen Mannes, wenn auch nur oberflächlich, erweitert. Um Führer bes Volkes zu werden, dazu trug überlegene Bildung nicht wenig bei 2).

Die so von der politischen Laufbahn geforderte intellektuelle Bilbung und Er= weiterung des allgemeinen Wiffens war es, welche den Anftog dazu gab, daß die bisher nur der Naturbetrachtung zugewandte "Wissenschaft" 3) (φιλοσοφία) sich auch in den Dienst bes Staatslebens stellte 4). Es geschah bies baburch, bag bie jungen Politifer ihre au praktischem Bedürfnis geworbene Vorbilbung bei ben Männern der Wissenschaft (50%06) suchten, die ihrerseits, von dem mächtig pulfierenden praktischen Leben ergriffen, gerne barauf eingingen und aus ber stillen Schule heraustraten, um ihre Kenntnisse anderen und — dem allgemeinen Erwerbstrieb folgend — auch fich felbst nugbar zu machen. Sie wurden aus bloßen wissenschaftlichen Forschern auch Lehrer ber Wissenschaft, σοφισταί⁵).

Was konnten nun die Sophisten den jungen Leuten bieten? Mathematik und Aftronomie, Erb= und Bollerfunde, Medigin und die Anfange von Botanit und 300= logie und dazu eine formale Wiffenschaft, welche die spekulative Art der Naturerforschung zu Tage gefördert hatte, die Beweiskunst, die Dialektik 6). Der Zweck, dem der Unter-

¹⁾ Der Uebergang von Natural= zur Geld-Wirtschaft, den der erweiterte allgemeine und ins-1) Der Nebergang von Natural= zur Geld-Wirtschaft, den der erweiterte allgemeine und ins-besonders der Handels-Verkehr zur Folge hatte, rief eine Reihe neuer Verhältnisse hervor, vor allem eine bedeutende Steigerung des beweglichen Besitze und damit teilweise Ersetung von Natural-biensten der Unterthanen durch Steuerseistung; die Junahme der Bevölkerung, namentlich in Folge der Ausdehnung der Großindustrie, stellte die Ernährungsfrage, die Frage der Getreideeinsuhr, in den Vordergrund; das Verdrängen der freien Handwerker aus ihrem Erwerdskreis (vgl. hiezu die interessante Stelle aus Prodikos, Mullach, Fragm. philos. Graec. 1860, IV S. 139 fr. 2 und Vogel, Die Oekonomit des Xenophon 1895 [Erl. Diff.], S. 22) durch billige Sklavenarbeit in den Fadriken brachte soziale Verschiedungen, schaffe Gegensätze des Vermögensbesitzes zum Vorschein. Richt zum geringsten waren die äußeren Machtverkältnisse mannichsaltig und verwickelt, die Stellung der ein-zelnen Gebiete des Seebundes zu Athen inbezug auf Milikärhoheit. Steuer= und Volizeigewalt und gelnen Gebiete des Seebundes zu Athen inbezug auf Militärhoheit, Steuer= und Polizeigewalt und Gerichtsbarkeit außerorbentlich verschieden, teils der Charakter des (militärischen) Staatenbundes, des Suzeränitätsverhältnisses, des provinziellen und gemeindlichen Selbstverwaltungskörpers (Rie-Des Sigerantiatsverhaltnisse, des provinziellen und gemeindlichen Seldstverwaltungstorpers (Meruchenland) gegeben. Dazu kam die schwierigste Frage, auf welche alle vorstehenden mehr oder minder ausömünden: wie weit ist die immer zahlreicher werdende Menge der von ihrer Hände Arbeit lebenden Staatseinwohner des Regiments im Staate und der staatslichen Fürsorge teilhaftig zu machen?

2) Siehe Windelband S. 50 st.; Dilthen, S. 27, 283 u. 296; Gomperz S. 308, 331, 411.

3) Ueber den Charakter der griech. "Philosophie" als Universalwissenschaft Gomperz S. 420.

4) Zeit: "kurz vor dem letzten Drittel des 5. Jahrhunderts" (Gomperz S. 331).

5) Weher S. 717; Dilthen I, S. 276 st.; Gomperz S. 332, 464 u. 466.

6) Beloch S. 596 st., 609, 617; Windelband S. 46.

richt diente, πολιτικοί, d. h. im Sinne der unmittelbaren Demokratie tüchtige Staatsbürger heranzuziehen¹), führte jedoch alsbald zu einer Aenderung der Unterrichtsgegenstände. Mit dem öffentlichen Leben in Beziehung getreten, erkannten die Sophisten, daß es hiefür einer speziellen Bordildung²) bedürfe. Unmittelbaren Dienst für eine solche leistete von den disher betriebenen Wissenschaften nur die Dialektik. Zur politischen Tüchtigkeit ist aber mehr ersorderlich: Kenntnis des Staatslebens, Redegewandtheit, Charakter. Staatskunde, Redekunst und Sittenlehre waren die gegebenen weiteren Gegenstände des Unterrichts³). Staatenkunde und Sittenlehre waren dabei unter dem gemeinsamen Namen der Politik (πολιτική τέχνη) zusammengesaßt. Der Begriff dieser "Staatskunst" war weit. Es siesen beispielsweise neben Wirtschafts= und Erziehungslehre auch Sagen-, Bölkerund Kriegskunde darunter. Uns interessiert: Umfing der politische Unterricht auch Staatsrecht und ging die Beschäftigung der Sophisten hiemit über das Maß bloßer Rechtskunde hinaus? Für die Beantwortung beider Fragen sind wir auf mittelbare Quellen⁴), bezüglich der zweiten Frage auch auf allgemeine Erwägungen angewiesen.

Hinsichtlich dieser mittelbaren Quellen ist eine allgemeine Bemerkung vorauszuschicken. Die neuere wissenschaftliche Forschung ist teils an der Hand der Thatsache, daß in den uns erhaltenen publizistischen Werken von Platon und Aristoteles nicht selten auf die Meinung anderer, benannter oder unbenannter, Schriftsteller hingewiesen wird 5), besonders aber aus mittelbaren Quellen, in erster Linie aus Euripides 6) und Aristophanes, zu der Feststellung gelangt, daß Platon und Aristoteles neben eigener Schöpfung auf einer nicht unansehnlichen politischen Litteratur der vorausgehenden Zeit weitergebaut haben 7). Es darf somit im Zweisel das, was Platon und Aristoteles als sophistische Meinungen andeuten, als im Kerne auf die Sophisten zurückgehend angesehen werden.

Was nun die erste Frage angeht, so bezeichnet Gorgias in Platons nach ihm benannten Dialog (454 b) die Redekunst als eine Kunst des Ueberredens περί τούτων α

¹⁾ Platon, Gorgias 473 e, 513 b; Platon, Protagoras 319a, 348 e. — Daraus, daß fie tüchtige Staatsbürger schaffen, nicht für bestimmte Aemter vorbilden wollen, erklärt sich auch, daß sie nicht blos privat, sondern auch in öffentlichen Borträgen unterweisen; Plato, Prot. 325.

²⁾ Die allgemeine Vorbilbung giebt παιδεία (Platon Gorg. 485 d), die besondere άρετή (Platon Prot. 349 a).

Prot. 349a).

3) Die Sophisten erkannten und versolgten diese ihre Ausgabe in verschiedenem Maß (Gomperz S. 342, 349, 334). Die Einen legten den Nachdruck auf das allgemeine Wissen (insbesondere auch Ausslegung der Dichtwerke, Sagen- und Völkerkunde), ohne jedoch die besondere Vorbitdung in Ethik und Staatskunde auszuschiegen, so Prodikos und Hippias (Platon Prot. 337a; Gomperz S. 346, 466 u. 469; Windelband S. 52; Beloch S. 624), andere, wie Gorgias, auf rednerische Form und Neberzeugungskunsk (Gomperz S. 384 st.; Windelband S. 52; Beloch S. 617). Protagoras, etwas älter als Hippias (etwa 480—410), verwirst die Verlegung des Schwerpunktes auf allgemeine Vildung. Das Ziel seines Unterrichts ist Wohlberatenheit in häuslichen Dingen (Hausderwaltungskunsk — Wirtschaftslehre) und in denen des Staates, "wie man am einslußreichsten in staatlichen Dingen zu handeln und zu reden verwöge" (Platon, Prot. 318 d). Vgl. Zeller, Philosophie der Griechen, 5. Ausk., 1892, S. 1075 u. 1076; Beloch S. 440, 617, 624; Gomperz S. 332 u. 352 st., 380, 381, 464 u. 470; Vogel, S. 20.

4) Wir wissen war von einer Schrift des Protagoras über den "Staat" (Aspt volkretas;

⁴⁾ Wir wissen zwar von einer Schrift des Protagoras über den "Staat" (περί πολιτείας; Laertius Diog., βίοι φιλοσόφων IX 55), aber ihr Inhalt ift uns unbekannt. Neber Laertius Diog. Comperz S. 423.

⁶⁾ Euripides war Freund des Protagoras (Gomperz S. 352ff.).
7) Siehe insbesondere Dümmler, Prolegomena zu Platons Staat und der platonischen und aristotelischen Staatslehre, Baseler Programm 1891, Schwarcz, Anfänge einer politischen Litteratur bei den Griechen, im Anhang zur "Kritik der Staatssormen des Aristoteles" 1890 und Diehel, Die Ektlesiazusen des Aristophanes und die Platonische Politeia in der Zeitschr. sütteratur und Geschichte der Staatswissenschaften, Bd. 1 (1893) S. 375 u. 400; auch Beloch S. 27 und Gomperz S. 303, 325, 329, 338 u. 413. Die neuere Forschung wird dis zu einem gewissen Grade durch die zweisellos übertriebene Behauptung des Peripatetikers Aristopenos (3. Jahrb. v. Chr.; siehe Laert. Diog. III, 37) bestätigt, Platon hätte die Antilogieen des Protagoras einsach abgeschrieben (hierzu Gomperz S. 372; Maaß, Hermes 1887, S. 594, und Natorp a. a. O. S. 143).

έστι δίκαιά τε καὶ ἄδικα. δίκαιον und ἄδικον ist aber, wie verschiedene Beispiele 1) aus staatlichem Gebiete, welche Platon ben Cophisten in ben Mund legt, zeigen, im Sinne ber Sophisten nicht blos, was dem natürlichen, sondern auch, was dem positiven Recht gemäß und zuwider ift, διασιοσύνη nicht blos Sinn für Gerechtigfeit, sondern auch gute Kenntnis bes positiven Rechtes, so daß δικαιοσύνη von Platon sogar für Rechtspflege, für τέγνη δικαστική, gebraucht wird 2). Des weiteren läßt Platon im gleichen Dialoge Kallikles barauf hinweisen, bag bie Beschäftigung mit ber Philosophie, b. h. mit ber bisherigen Wiffenschaft, in ben Gesetzen und Worten (Formeln) unerfahren laffe, welche man in bem privaten und öffentlichen Rechtsverkehr benützen muffe 3). Die erfte Frage ift somit zu bejahen 4).

Wenn wir bezüglich der zweiten Frage zunächst von allgemeinen Erwägungen außgehen, fo liegt die Bermutung, daß die Cophiften auch zu einer wissenschaftlichen Behandlung bes Rechtes vorschritten, ichon aus bem Grunde nabe, daß sie ja in anderen Dingen wissenschaftlich geschult waren; es ftand zu erwarten, daß fie die Früchte biefer wissenschaftlichen Bilbung auch auf bas Recht anwandten. Allein, wenn fie bies auch thaten, so mußte diese missenschaftliche Behandlung des Rechtes nicht eben notwendig gerade eine juriftisch geartete sein. Im Gegenteil, aus einem doppelten Grunde zunächst war eher auf eine philosophische Art der mit dem Recht sich beschäftigenden Wissenschaft zu rechnen. Ginmal war die Richtung, in welcher fich die Wissenschaft bisher bewegt hatte, eine spekulative, also philosophische gewesen. Von empirischer Begründung sah man ab ober man legte nur einige wenige sichere Thatsachen zu Grunde und ging von hier zu rascher Berallgemeinerung im Wege ber Abstraktion vor. Staatsrechtswiffenschaft aber ist an eine positiv=rechtliche Grundlage gebunden. Zum Anderen entsprach eine philo= sophische Behandlung des Rechtes auch mehr ber natürlichen Begabung ber Griechen, Die in höherem Mage zu phantafievoller Schöpfung neuer als zu verstandesmäßiger Begründung gegebener Berhältniffe veranlagt waren. Es tommt noch ein weiterer Umftand hingu, welcher zugleich nach einer anderen Richtung beweisführend ift, die Mannichfaltigkeit ber Staatsformen auf bem engen Raum bes griechischen Bobens. Sie weist nicht blos auf Staatsrechtsphilosophie, sondern zusammen mit der eben erwähnten Veranlagung der Griechen auf Staatsrechtspolitik. Die Berichiebenartigfeit ber augenfälligften Ginrichtungen bes Staatslebens ruft bei nahen räumlichen Beziehungen vor allem vergleichende Betrachtung 5) hervor;

5) Ueber die Bedeutung der tomparativen Betrachtung für die griechische Wissenschaft überhaupt und die Forderung derfelben durch den Besuch bes Orafels ju Delphi und der Spiele ju

Olympia fiehe Comperz S. 10, 308, 324.

¹⁾ Gorg. 471a: κατά τὸ δίκαιον δοῦλος und besonders 471c: hier ift von einem sieben= 1) Gorg. 471a: κατά τό διααιον δοδλος und besonders 471c: hier ist don einem siedensjährigen Knaben die Rebe, οδ ή άρχη έγίγνετο κατά τὸ δίκαιον. Diese Worte läßt Platon dem Sophisten Polos sprechen, welcher die sog. Machttheorie, d. h. die Ansigt vertritt, daß nach der Gerechtigseit der Starke, auch wenn er Staave, nicht aber ein Kind zur Herrschaft berusen sei. — Das beste Beispiel, daß δίκαιον auch positives Recht bedeutet, giebt aus der politischen Litteratur der Griechen, um vorzugreisen, Aristoteles Politis I, 1255 a 8, wo es als δίκαιον bezeichnet wird, τὰ κατὰ πόλεμον κρατούμενα (auch Menschen) των κρατούντων είναι; denn vorausgeht der Sah, es gebe zwei Arten von δοδλοι, solche φόσει und solche κατὰ νόμον. Dieses lettere δίκαιον, d. h. dieser letztere Rechtssah werde von vielen Rechtspolitisern und Rechtsphilosophen gleichsam mit der Gesepwidrigseitstsage als nuvergett angesochten. Ein weiteres Besiviel aus Aristoteles Rolitis Ilusagebe

regrere Rechtsfag werde von vielen Rechtspolititern und Rechtsphilosophen gleichjam mit der Geses-widrigkeitsklage als ungerecht angesochten. Sin weiteres Beispiel aus Aristoteles Politik [Ausgabe von Susemihl: IV (VII), 1324 d. 28, 35 u. 36] werden wir in § 22 kennen sernen. 2) Gorg. 464 e mit 520 d und Platon, Staat I, 332 d. 3) 484: των νόμων ἄπειροι...των κατά την πόλιν καλ των λόγων, οἶς δεῖ χρώμενον όμι-λείν έν τοῖς συμβολαίοις τοῖς ἀνθρώποις καλ ίδία καλ δημοσία. 4) Bon zwei indirecten Beweismittesn, der öster erwähnten Thatsache, Protagoras sei der Gesetzgeber von Thurioi gewesen (Besoch S. 308; Wedger S. 368; Gomperz S. 352 u. 470) und der von Plutarch erzählten Anekdote, Perikses habe einmal mit Protagoras einen ganzen Tag über eine ktrafrechtliche Frage (wohl wehr nach der krimingsneitischen Seite. Somberz S. 358 über eine strafrechtliche Frage (wohl mehr nach der friminalpolitischen Seite, Gomperz S. 358 u. 410) diskutiert, sehen wir ab, weil diese Mitteilungen historisch nicht ganz sicher sind.

Bergleichung führt aber viel ftarter gur Rritit, als gur Erklarung bes Beftehenben, und zu Vorschlägen der Abanderung auf Grund der Abwägung von Vorzügen und Nachteilen ber einzelnen Ericheinungen, bezw. zu vernunftmäßiger Konstruktion auf Erund ber aus ber Vergleichung gewonnenen allgemeinen Magstäbe, m. a. 28., viel eher ju Staatsrechtspolitik und Staatsrechtsphilosophie, als zu staatsrechtlicher Jurisprudenz. einer mehr politischen Betrachtung ber Staatsrechtsorbnung lenkten bann noch bie in Athen, wo die Sophistik ja ihren Mittelpunkt hatte, zur Zeit der Entstehung der Sophistik herrschenden thatsächlichen Verhältnisse und die Verbindung der Ethik mit der "Staatstunft" hin. Der Zeitraum zwischen 450 und 415 liefert für Athen das Bild eines in Folge ber friegerischen Ereignisse und ber Peft noch verschärften Rampfes wirtschaftlicher, sozialer und geiftiger Gegenfate auf wirtichaftlich-politischem Gebiete. Es ift ber Rampf zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, Abeligen und Richtadeligen, Gebildeten und Ungebildeten, Aufgeklärten und Abergläubischen. Die Einen wollen mit ihrem wirtschaftlichen Uebergewicht das politische, die Anderen mit ihrem politischen das wirtschaftliche Uebergewicht der gegnerischen Macht beseitigen. Wie wird die Staatsrechtsordnung am zwedmäßigsten geftaltet, um einen Ausgleich dieser Interessen herbeizuführen? Diese Frage mit allen ihren Unterfragen, also Fragen ber Politik, waren es, die vor allem eine Antwort heischten. Und dazu die Berbindung der Ethik mit der Politik. Diefelbe führte insoferne viel leichter zu einer Betrachtung der Zwed- als der Rechtmäßigkeit einer Staatseinrichtung, als bas Pringip ber Ethit basselbe, wie im Zeitalter ber fieben Beisen 1), das utilitarische, blieb. Selbst wenn aber nichtsbestoweniger auch ftaatsrechtliche Forschung zur Entstehung gelangte, so mußten die angegebenen Gründe alle wenigstens das bewirken, daß Gegenstand ber Betrachtung mehr die allgemeinen Grundbegriffe als bie einzelnen Rechtsinstitute wurden. Auf eine solch allgemeine Richtung der Staats= rechtslehre wies auch noch der Umftand hin, daß die Sophisten in der Staatskunft nur Lehrer, nicht auch Praktiker waren. Zu den Orten, wo fie wirkten, ftanden fie schon infolge ihrer Wanderschaft meist nur im Berhältnis des Staatsfremben 2), waren also von der Teilnahme am politischen Leben an entscheidender Stelle ausgeschlossen 3).

Die Einzelnachrichten thun uns nun die Anfänge einer Staatsrechtswissenschaft im Kreise der Sophistik kund, zugleich bestätigen sie uns aber die Richtigkeit der allgemeinen Erwägungen, die wir angestellt, zunächst die letzte, daß es Erundfragen sind, welche zur Erörterung gelangen: unsere Quellen lassen sophistische Untersuchungen mehr oder weniger rechtswissenschaftlicher Art über die Entstehung des Staates, über Staatswesen, Staatsformen und über die Funktionen der Staatsthätigkeit, zum Teil sogar die Begründer der einzelnen Lehren erkennen. Wir versolgen die einzelnen Kunkte.

Bezüglich der Entstehung des Staates geht die Anschauung der ältesten sophistisschen Richtung dahin, der Staat sei durch einen gemeinsamen Akt, durch eine Vereinigung von Individuen, entstanden. Der Begründer dieser Theorie und damit der Vater der Staatsrechtswissenschaft, soweit unsere historische Erkenntnis reicht, ist Protagoras.

Platon läßt in dem gleichnamigen Dialog Protagoras den Beweis, daß die staatsbürgerliche Tüchtigkeit lehrbar sei 4), nicht durch eine begriffliche Erörterung (λ 67 ϕ), sondern, wie es die Sophisten liebten, in der Form der Einkleidung in eine Sage, in dem sog. Prometheusmythos, erbringen.

¹⁾ Bgl. S. 4, R. 7. 2) Comperz S. 332.

³⁾ Es find nur Episoden im Gesamtleben der einzelnen Cophiften, wenn wir hören (Comperz S. 342, 346, 380, 475), daß diefelben (Proditos, Hippias u. Gorgias) auch als Gesandte thatig waren.

⁴⁾ Ueber die hiftorische Bedeutung dieses Themas (Gegensat: daß die Mannestugend nur angeboren sein könne) siehe Gomperz S. 329, 351, 354, 314.

Hienach hatten sich die Menschen aus Furcht vor den Tieren vereinigt (Adpoissodou) und Städte gegründet, allein ber "Staatskunft" entbehrend, fügten fie fich gegenseitig Unrecht bei, so daß sie sich wieder zerstreuten und ihrem Untergang entgegengingen. Um ben Fortbestand bes Menschengeschlechtes besorgt, läßt nun Zeus an bie Menschen Sinn für Achtung por den Rechten Anderer und für Gerechtigkeit (addie und diun) perteilen, damit staatliche Ordnungen und Bande, die Freundschaft herbeiführen, bestünden (εν' είεν πόλεων κόσμοι τε καί δεσμοί, φιλίας συναγωγοί), und zwar ließ er diesen Sinn an Alle verteilen, denn Staaten kamen nicht zu Stande, wenn nur Wenige feiner teil= haftig würden. In Stadtstaaten vereinigt, waren die Menschen nun auch den Tieren gewachsen, denn jetzt hatten sie auch die Staatskunst, von der "einen Teil die Kriegstunft ausmacht", deren man zur Bekampfung der Tiere bedarf. Gines bleibt für diese Wiedervereiniqung unausgesprochen, wie biefe Gründung der Stadtstaaten vor fich ging. Nach bem, was Platon über die erften Städtegrundungen fagt, burfen wir aber wohl ergänzen: Von Zeus durch hermes mit jenem Sinne begabt, haben die Menschen selbst zum Schutze vor den Tieren sich wieder vereinigt und Stadtstaaten gegründet.

Die herrschende Anschauung moderner Wiffenschaft geht nun dahin, daß diese Prometheusfabel von Blaton nicht ersunden, fondern einer protagorischen Schrift, fraglich nur welcher, entnommen sei 1). Wir durfen das darin Gesagte somit als die Meinung des Ersten unter den Sophisten ansprechen. Wenn wir dieselbe ihrer mythischen Form entkleiden, so ergibt sich als die Ansicht des Sophisten: Von Natur (possi) sind die Menschen nicht vereinigt; die Einsicht, daß sie schwächer als die wilben Tiere, in ber Sprache schon der bisherigen griechischen Wissenschaft also eine Satung (vouos, desus) 2), führte sie zur Vereinigung. In dieser Vereinigung herrscht die natürliche Macht des Individuums. Jeder kann rudfichtslos fein Intereffe geltend machen. Es befteht von Natur das Recht des Stärkeren 3). Im Mythos greift nun ein Gott ein. In Wirklich= keit konnte es für Protagoras, der sonst sagt: "Ueber Götter weiß ich nichts, weder, daß sie existieren, noch, daß sie nicht existieren" 4), wieder nur νόμφ, also durch Menschen= that geschehen, wenn die Menschen sich gegenseitig verpflichteten, die Rechte des Anderen zu achten, und sich baraufhin wieder vereinigten.

Wir sehen nun in dieser Theorie eine Erkenutnis und rechtliche Konstruktion der Thatsache, daß der athenische Staat jener Zeit vorwiegend auf dem Individual= pringip beruhte.

Der athenische Staat des fünften Jahrhunderts hat ein anderes Aussehen als berjenige bes fechsten. Nicht blos, bag bas bemokratische Pringip, soweit es organi-

4) Laertius Diog. IX, 51. Ueber bie hiftorifche Bebeutung bes Sages Comper 3 C. 360;

Beloch S. 628.

¹⁾ Hierüber Zeller a. a. D. S. 1120; Dümmler a. a. D. S. 28; Beloch S. 440, Senkel, Studien zur Geschichte der griechischen Lehre vom Staat 1872, S. 3; Windelband S. 56, Natorp a. a. D. S. 143; Gomperz S. 313 ("περί της εν άρχη καταστάσεως" = "über ben

²⁾ Neber den Gegensatz von posz und vouw (als dessen erster theoretischer Vertreter der der 2) Neber den Gegensat von φόσει und νόμω (als dessen erster theoretischer Vertreter der der Sophistenzeit angehörige Schüler des Anaxagoras, Archelaos, genannt wird, Raertius Diogenes II 16) vgl. Comperz S. 323 s. u. 257; Windelband S. 56 u. 134; Bergbohm, Jurisprudenz und Rechtsphilosophie, 1. Bd. 1892, S. 151 und Dilthey I, S. 98 u. 279. Er beruht auf dem Segensat der Unveränderlicheit der Katur und des örtlichen und zeitlichen Wandels aller menschelichen Einrichtung. Alassische Etellen: Sophosles, Oedip. Reg. 863–871, Antigone 446–460.

3) Neber diese Machttheorie, die in der Konsequenz der Prometheusfabel liegt, ohne von den älteren Sophisten vertreten worden zu sein — ihr Vertreter bei Platon ist ein Gegner derselben, Kalitles, — siehe Die zel, Art. Individualismus im Handwörterbuch der Staatswissenschen, Bd. IV, S. 567, und Dilthey I, S. 99; Comperz S. 326 u. 351. Letterer neunt als ihre historischen Vertus Diog. IX. 51. Ueber die historische Bedeutung des Sates Comperz S. 360:

fatorischer Natur ist, weiteren Ausbau erfährt 1), kommt dasselbe auch als Verwaltungs= pringip in Aufnahme; der Staat hört auf, Polizei= und Willkürstaat zu sein, er wird Freiheits- und Rechtsftaat; eine Gleichstellung der Majorität der Staatsangehörigen auch in Bezug auf Unterordnung unter Staatspflege und Staatszwang greift Plat, ber Staat wird in den Dienst des Individuums gestellt, das Individuum steht dem Staat in verhältnismäßiger Freiheit gegenüber 2).

Das alles erkennt Protagoras und gibt ihm rechtlichen Ausdruck dadurch, daß er faat, der Staat ift durch ein adpolisodal entstanden. Wie so oft im Lause der Geschichte. wird hier zum ersten Male ber Schluß gezogen: Weil ber Staat für die Einzelnen da ift, barum ift er von den Gingelnen geschaffen. Der Staat ist nicht burch göttliche Einsekung entstanden, wie die Volksanschauung meint, der Mensch ift nicht für den Staat geboren, er tritt in den Staat, weil es seinem Individualinteresse entspricht.

Wir muffen um fo mehr annehmen, daß Protagoras feine Erklärung ber Entitehung bes Staates aus einer Betrachtung bes positiven Staatsrechtes entnommen hat, als bie philosophischen Anschauungen feiner Zeit ihm nicht die nötigen Sandhaben zu feiner Erklärung der Entstehung des Staates boten.

Die naturphilosophischen Theorien, mit welchen seine Staatsentstehungstheorie Berührungspuntte zeigt, find einerseits die Elemententheorie des gleichzeitig mit ihm in Athen lebenden Anaxagoras, andererseits der Atomismus. Rach Anaxagoras 3) besteht bie Welt aus unendlich vielen, qualitativ verschiedenen Urstoffen, Elementen, welche der leichteste, feinste und beweglichste von ihnen, der voos, der Weltstoff, Weltgeist, Denkstoff vereinigt. Protagoras bagegen erscheinen die Menschen weniger ungleich, als gleich, zwar verschieden an Stärke, aber alle gleich an Sinn für Gerechtigkeit. Und die Bereinigung ber Menschen zum Staat burch etwas Außermenschliches, wie es dieser Weltgeist ift, verträgt sich nicht mit ber protagorischen Erkenntnistheorie, wonach ber Meusch aller Dinge Maß ift. Auch ber Staat, wie Gott, Religion und Sittlichkeit, find bem Menschen als dem Maß der Dinge unterworfen 4). Was andererseits den Atomismus seines älteren Landsmanns Leukipp anlangt, welcher die Welt aus an Qualität gleichen, nur an Schwere verschiedenen, kleinsten Körperchen bestehen läßt, die sich mittels ihrer Schwerkraft ver=

1) Rur von Archontat, Strategie und höheren Finangämtern bleibt der Nichtbesigende (Thete) ausgeschloffen.

ausgeschlossen.

2) Mit dem staatlichen Bevormundungsschstem wird gebrochen. Die Gesetzgebung unterläßt, das Privatleben unter Kontrole und Zwang zu stellen. Wird von Periander erzählt (Meher S. 622), er habe die Setären ersäusen lassen, so stellt die perikleisige Zeit die Setäre wohl noch gesellschaftlich, aber nicht mehr rechtlich niedriger (Beloch S. 473 ff.). Alle sind vor dem Strafgesetzgelich. Die Strafklage steht jedem vollberechtigten Staatsdürger zu. Kein attischer Bürger darf in der Regel verhaftet werden. Der Metöke wird in privat= und össentlich=rechtlicher Beziehung dem Staatsangehörigen gleichgestellt, die Stellung des Sklaven hebt sich. Es herrscht vollste Kedesfreiheit (Platon, Gorg. 461e: 'Αθ-ήναζε ἀφινόμενος, οδ της 'Ελλάδος πλείστη ἐστίν ἐξουσία τοδ λέγειν). Die Berwaltungswillkür hört auf; das Individuum wird auch dem Staat gegenüber rechtlich geschützt; der attische Richtereid verpssichtet die Geschworenen, zu richten nach Gesehen und Bolksschlüssen und wo keine Gesehe vorhanden, nach gerechtesser Einsicht (Lipsius a. a. D. S. 21—23; Seuffert in v. Stengel's Wörterbuch des deutschen Berwaltungsrechtes, 2. Bd. 1890, urt. Verhaftung; Beloch S. 399 u. 469; Weher S. 573). Bgl. auch v. Wilamowity, Philologische Unterluchungen I (1880), S. 3 u. 47; Diehel in der citierten Zeitschrift I, S. 374 u. 390, und die Andeutung dei Gomperz S. 351, der seinerseits diese individualistische Staatsaufsasjung in erster Linie auf den Aufklärungscharakter der Sophistenzeit, die Freiheit von Unterordnung unter die Autorität des Ueberrivischen, zurücksührt (S. 314).

Autorität des Aeberirdischen, zurückschitet det Sophificigett, die Feliget.

Autorität des Aeberirdischen, zurückschitet (S. 314).

3) Windelband S. 31; Beloch S. 611; Somperz S. 169 u. 445.

4) Siehe Diehel a. a. O., Bd. IV, S. 567; Beloch S. 615; Windelband S. 71. Das Prinzip des Individualismus im Staatsleben ist vielleicht nicht der letzte Grund der protagorischen Franzip des Individualismus im Staatsleben ist vielleicht nicht der letzte Grund der protagorischen Bahrnehmungstheorie. Bgl. Pöhlmann S. 150: "πάντων χρημάτων μέτρον ἄνθρωπος" heißt: ber Menich in seiner Bereinzelung, das beliebige Individuum das Maß aller Dinge". Enger legt den Sat Comperz S. 364, 366, 369 aus.

binden '), so konnte diese Lehre für Protagoras um deswillen nicht vorbilblich sein, weil hier das Einigende eine den Dingen von Natur innewohnende Eigenschaft ist, während nach Protagoras Lehre die Menschen nicht durch einen natürlichen Vergesellschaftungstrieb, sondern durch erworbene Erkenntnis ihres dahinzielenden Interesses zur staatlichen Gemeinschaft vereinigt werden.

Für die Ableitung der protagorischen Staatsentstehungstheorie aus dem positivattischen Staatsrecht spricht endlich noch der Umstand, daß sich der Sophist im weiteren Berlaufe des Dialogs, da, wo er die unmittelbare Demokratie als die vernunstgemäße Folge der von ihm vertretenen Staatsentstehungsweise erklärt, sich ausdrücklich auf "Andere und die Athener" 2) zum Beweise berust.

Die juristische That des Protagoras ist, daß er in der Staatengründung ein be= wußtes Werk der Menschen, ein "Sichselbstwereinigen" von Individuen fieht. Nötig war noch, daß dieses Sichselbstvereinigen unter eine juriftische Begriffskategorie gebracht wurde. Ob dies noch Protagoras that, wiffen wir nicht. Dagegen spricht eine Stelle in Platons Staat (358 e). Sie lautet übersetzt 3): "Von Natur nämlich, sagen sie (die Sophisten), ist bas Unrechtthun etwas gutes und bas Unrechtleiben ein Uebel, aber ber Nachteil bes Letteren überwiegt den Vorteil des Ersteren. Wenn die Menschen daher einander Unrecht thun und von einander Unrecht dulden und beides kosten, so scheint es denen, die nicht im Stande find, fich dem einen zu entziehen und das andere durchzusehen, vorteilhafter, bahin übereinzukommen (ξυνθέσθαι), daß man gegenseitig weder Unrecht thue noch Unrecht leide. So hat man denn angefangen, Gesetze und gegenseitige Verträge (vópous xal ξυνθήκας) festzustellen und das vom Gesetz Gebotene gesetzlich und gerecht genannt". Trot= dem die Stelle von der Entstehung der Gerechtigkeit, nicht von der des Staates spricht, bürfte man doch an sich nicht anstehen, in diesen Worten die der mythischen Form ent= fleidete Meinung des Protagoras zu erkennen, denn nach Protagoras bildet die Verpflich= tung zu δίκη und αλδώς ja eine wesentliche Zuthat ber Staatengründung, allein in bem Schlußsat der Stelle liegt ein über Protagoras hinausgehender Gedanke. Im Sinne von Protagoras dürfen wir nach unseren Quellen nur die Entstehung des Staates auf Bertrag zurückführen; daß nach Protagoras auch der entstandene Staat ein Vertragsverhält= nis sei, dafür fehlen uns in dem, was uns der platonische Dialog Protagoras mitteilt, die nötigen Stützpunkte. Dort wird als Folge der Gerechtigkeitsverteilung ganz objektiv bezeichnet, daß πόλεων κόσμοι τε καί δεσμοί entstehen, und erst diese objektiven κόσμοι und desped rufen Freundschaftsverhältnisse hervor. Hier bagegen werden νόμοι und συνθηκαι gleichgesett. Nun wird uns aber von Ariftoteles 4) als berjenige Sophist, welcher bas Gesetz als einen "Bürgen der gegenseitigen Rechte", somit als eine Art Vertrag bezeichnet, nicht Protagoras, sondern Lykophron, ein Schüler des Gorgias, genannt. Aristoteles sagt dort, wenn man es nicht als eine Aufgabe des Staates ansehe, seine Angehörigen zur apern zu führen, so habe ber Staat nur die thatsächliche Bedeutung eines Waffenbundes, sei das Geseh nur ein Vertrag. Er hätte gewiß das geistige Haupt der Sophistik und nicht den späteren Lykophron zum Beweise angeführt, wenn sich aus protagoreischen Schriften ein Nachweis hatte erbringen laffen, daß er das Gesetz einen Bertrag genannt. Dazu kommt, daß wir noch Bruchstücke einer im attischen Dialekt geschriebenen, von der philologischen Forschung 5) in die Zeit der Anfänge der attischen Prosa gesetzten und

¹⁾ Beloch S. 613; Windelband S. 32, 23, 86; Comperz S. 255, 532 u. 455.

²⁾ Platon, Prot. 322.
3) Hiezu Henkel S. 124 und Gomperz S. 316 u. 462.
4) Pol. III, 1281a.
5) Šo Dümmler a. a. O. S. 9 u. 28. Es find moralische Fragmente, welche Blaß, de Antiphonte sophista Jamblichi auctore (Kieler Programm 1889) aus einem λόγος προτρεπτικός

somit vielleicht noch in die Lebensjahre des Protagoras fallenden Sophistenschrift haben, in welcher die Entstehung des Staates auch nur als ein συνέργεσθαι σύν αλλήλοις 1) bezeichnet wird. Das steht dem adpoissodat doch näher als dem sovdesdat, wenn wir auch nicht übersehen wollen, daß dieses Fragment ja nicht die Entstehung des Staates, sondern die Thatsache feststellen will, daß Gesek und Ordnung notwendige Elemente des Staatsbeariffes bilden. Wir können daher die Theorie von Protagoras lediglich als Vereinigungs= theorie bezeichnen. Daß Protagoras nicht bis zur Auffassung des Staates als eines dauernden Bertragsverhältniffes vorgeschritten, dafür dürfte der Grund eben in diesem letten Bunkte liegen, daß Geset und Orbnung notwendige Bestandteile des Staatsbegriffes bilben. Diefer Gedanke findet sich nämlich auch in dem Prometheusmythos des platoni= schen Protagoras und wir sehen darin eine zweite positivrechtlich fundierte Lehre des Sophisten, einen Beitrag zur Erläuterung des rechtlichen Staatsbegriffes.

Protagoras bezeichnet den Staat als einen noopos2). Er führt damit einen bisher nur von der Naturphilosophie - zur Charakterifierung des Weltgebäudes 3) - verwendeten Begriff in die Terminologie des Staatsrechts ein. Der Staat ist eine Ordnung 4) und zwar - und das ift das juriftische Element, das wir suchen, - eine durch das Recht, die δίκη, geschaffene Ordnung, ein Rechtsverhältnis, ein rechtlicher Zustand. Die δίκη hat Zeus unter die Menschen verteilt, damit die uóopor πόλεων entständen. Recht ist also etwas bem Staate Wesentliches. Auch hierin liegt ein aus dem attischen Staatsrecht entnommenes Beftimmungsmoment.

Wohl hat schon Heraklit das Weltall auch eine δίκη⁵), eine Gesekmäßigkeit genannt, allein hiermit wollte er nur das Bringip ber Regelmäßigkeit 6) bezeichnet haben. Protagoras dagegen will sagen, der Staat hat eine durch positives Recht geschaffene Regelmäßigkeit, und dafür ist ihm das Borbild die attische Demokratie des 5. Jahrhunderts. Mehr noch als in ber Freiheit fah bas attifche Recht bamaliger Zeit in ber Unterordnung ber ftaat= lichen Herrschaft unter das Gesetz den Unterschied von der voraufgehenden Thrannis 7). Platon legt in dem Dialog Gorgias 8) dem Sophiften Polos als Definition des Tyrannen wiederholt die Wendung in den Mund, daß es ein Gerricher fei, der thun könne, was er wolle, wogegen er im Dialog Protagoras 9) diesen das Wesen des Rechtsstaates treffend burch ben Sat charakterisieren läßt, daß ber Staat zwinge, nach ben Gesetzen, die er giebt, καὶ ἄρχειν καὶ ἄρχεσθαι, δαβ er also zu ihrer Beachtung sowohl die Herrichenden wie die Beherrschten zwinge. Andererseits ist Rosmos die Bezeichnung für etwas Gin= heitliches, d. i. für eine einheitlichen Regeln unterworfene Bielheit, nicht für eine Summe regellos neben einander stehender Individuen. Rosmos ift Simmel und Erde 10). So ver-

είς φιλοσοφίαν des Neuplatonikers Jamblichos († um 330) rekonstruiert hat. Blaß schreibt sie dem

είς φιλοσοφίαν des Neuplatonifers Jamblichos († um 330) refonftruiert hat. Blaß schreibt sie dem Sophisten der sofratischen Zeit, Antiphon (etwas jünger als Gorgias; Zeller, 1. Bb., S. 1056 u. 1070), zu. Beistimmend v. Wilamo wiß a. a. O. Bd. I, S. 174 und Gomperz S. 350 u. 469.

1) Fragm. E bei Blaß S. 15: εὶ γὰρ ἔφοσαν μὲν οἱ ἄνθρωποι ἀδύνατοι καθ' ἔνα ζῆν, συνῆλθον δὲ πρὸς ἀλλήλοος τῷ ἀνάγαη εἴκοντες . . (ἔφοσαν = sind, nicht = von Natur sind; benn es folgt τῷ ἀνάγαη εἴκοντες und auch im weiteren Berlauf der Stelle wird auf das Leben in Bereinzelung (τῆς κατὰ ἕνα διαίτης) als den Naturzustand zurückgegrissen).

2) τν' εἶεν πόλεων κόσμοι τε καὶ δεσμοί.

3) Siehe hierüber Windelband S. 32 (Anazagoras). Heraklik (etwa 536—470) und die Pythagoreer (Ende des 6. Jahrh.) hatten das Gleiche als Harmonie bezeichnet.

4) Bgl. Platon, Gorg. 508a u. 504b , πάξεως τε καὶ κόσμου" und über den hochentwickleten Sinn der Griechen für Gleichmaß und Ordnung Schmidt. Ethik der alten Griechen, 1882. Bb. 1.

Sinn ber Griechen für Gleichmaß und Ordnung Schmidt, Ethit ber alten Griechen, 1882, Bb. 1,

⁵⁾ Windelband G. 28. 6) Comperz S. 61.

⁷⁾ Euripides läßt in seinen Phoinissen V 406 u. 524 die Herrschaft des vouos in der un= mittelbaren Demotratie gegenüber ber ádexía ber Thrannis preisen (hiezu Dummler S. 10, 13, 14, 22). Im attischen Richtereid (S. 13 N. 2) tritt positiv-rechtlich diese ftarke Macht des Gesehes hervor. 10) Platon, Gorg. 508a.

^{8) 466, 469, 473, 525.} 9) 326 d.

hindert diese Charakterisierung die Auffassung bes Staates als einer vertragsmäßigen Gemeinschaft auch seinem Bestanbe nach, ohne jedoch gerabe andererseits ber Borstellung einer Rechtssubjektivität des Staates Borschub zu leisten. Gine objektive Gin= heit, eine Einheit von Regeln, nicht eine subjektive Ginheit, eine Berbindung zu einem Körper, einer Person ist es, was der Begriff des nóopos involviert. nóopos ist objektive Ordnung.

Ein weiteres Stud sophistischer Staatsrechtswissenschaft lernen wir aus Serodots Geschichte ber Perserkriege (furg nach 430 veröffentlicht) kennen. Gs ist die Lehre von ben Staatsformen. Herodot fingiert hier (III 85 ff.), um feine Lefer über den Unterschied ber Staatsformen zu belehren, eine Beratung ber persischen Großen nach bem Sturz bes falschen Smerdis und vor dem Regierungsantritt des Darius über die Staatsform, welche bem perfischen Reiche zu geben sei, und legt ihnen Ausführungen teils staatsrechtlichen teils politischen Inhalts in den Mund. Herodot ift nun zwar kein Sophist gewesen, aber, nachdem die historische Forschung festgestellt hat, daß herodot vorwiegend Materialiensammler war, burfen wir biese Ausführungen als eine Wiebergabe sophistischer Wiffenichaft ansprechen. Abgesehen bavon, daß die Cophistit folch theoretische Gespräche liebte und sie auch in historische Vorgänge einkleibete, sind wir hierzu um deswillen berechtigt, weil uns die gleichzeitige Dichtung auf ähnliche Erörterungen wenigstens nach ber poli= tischen Seite in einem Grabe schließen läßt, daß neuestens ein Gelehrter 1) ben interessanten Bersuch wagen konnte, nachzuweisen, Euripides (484-406) sei in den Hiketiden und wahrscheinlich auch in ben Phoinissen und im Orest vielfach von einem sozialvolitischen Traktat aus sophistischer Keber angeregt worden. Wie Curipides mit Antiphon, so wird bemgemäß herobot mit Protagoras in Beziehung geseht. Nach Zeller und Maaß hat Serodot seine Ausführungen über die verschiedenen Staatsformen einer protagoreischen Schrift entnommen 2).

Die Einteilung der griechischen Verfassungen in eine Dreizahl, je nachdem Giner, Benige ober Viele herrichen, ift keine besondere Entdeckung griechischer Biffenschaft. Sie gehört infolge des nahen räumlichen und zeitlichen Beisammenseins diefer Staatsformen auf hellenischem Boden und in hellenischer Geschichte zum gemeinen Wiffen des Boltes. Was die Crörterungen, die Serodot wiedergiebt, über solch populäre Rechtstenntnis erhebt und ihnen rechtswiffenschaftlichen Charakter verleiht, das ift, daß hier aus der positiven Nechtsordnung begriffsmäßig abgeleitete Merkmale der einzelnen Staatsformen gegeben werben. Berodot unterscheidet drei Formen, den Gleichheitsstaat, die Jonomie3) - den Ausdruck Demokratie hat Herodot fo wenig wie den Ausdruck Ariftokratie, beibe dürften erst im peloponnesischen Krieg entstanden sein 4) -, die Oligarchie und die Monarchie. Als auszeichnende Momente der Fonomie nennt er die Besetzung der Aemter durch Loos, bie Rechenschaftspflicht ber Beamten und die Kompetenz der Bolksversammlung (2012/00) für alles Wichtigere, wie es genannt wird, für alle βουλεύματα, d. h. für Alles, was ber Ueberlegung bedarf. Die Monarchie, ohne Unterschied τυραννίς ober βασιλεία genannt, ift die Herrichaft, der es frei fteht, ohne Rechenschaftspflicht nach Willtur zu handeln 5). Bon der δλιγαρχία wird lediglich gefagt, fie sei eine δμιλία ανδρών των αρίστων, b. h.

οὄνομα πάντων κάλλιστον έχει, ἰσονομίην".

¹⁾ Dümmser a. a. D., S. 20, 11, 13, 22.
2) Streitig nur, welcher. Bgl. Zeller a. a. D., Bb. I, S. 1119, Maaß im Hermes, Bb. 22, S. 582 und Comperz S. 372. Die Lehre hat wohl zu den "Gemeinplätzen" (Comperz S. 379) seines Unterrichtes gezählt.
3) Außerdem spricht er von πλήθος άρχον, δήμος άρχων: "πλήθος δὲ άρχον πρωτα μέν

⁴⁾ Hiezu Henkel a. a. D. S. 45 und Thukhdibes III, 82 u. II. 65. 5) μουναρχίη, τῆ έξεστι ἀνευθύνω ποιέειν τὰ βούλεται.

ber Beften im positivrechtlichen Sinne jener Zeit, der Abeligen, welche die Berrschaft, ro upátos, in Händen hat.

Diese Gliederung und Charakterisierung der Staatsformen bedarf einiger erläutern= ber Bufake. Bunachft zeigt fie, bag Berobot eine Charatterifierung ber Staatsherrichaft im Rechts-, nicht im politischen, b. h. thatsächlichen Sinne geben will. Bei politischer Betrachtung von Staatseinrichtungen ift der maggebende Gefichtspunkt: wie weit trägt die Einrichtung that sächlich jur Erfüllung der Staatszwecke bei, ift fie ein autes oder schlechtes Mittel hiezu? Herrscher ift hier, wer den thatsachlich größten Ginfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte übt. In einer parlamentarischen Republit ift Berricher im Rechtsfinn die gange Bolksvertretung, im politischen Sinne die Partei, welche im Parlament die Majorität hat. Daß Herodot rechtlich schildern will, das ergibt seine Definition der Monarchie und die Unterscheidung des Monarchen vom προστάτης τοῦ δήμου, dem demokratischen Barteihaupt. Monarchie ist die άργή, τη έξεστι ποιέων τὰ βούλεται. Ἐξονσία ist die rechtliche Freiheit, die Freiheit von Nechtswegen 1). Dann schilbert Gerodot, wie leicht fich über ben donne, b. h. über ben rechtlichen Gerrscher in der Ronomie, ein προστάς τοῦ δήμου erhebe; von der Menge bewundert, werde er zum μούναρχος. Dieser ift aber rechtlicher, der προστάτης²) thatsächlicher Leiter des Staates.

Daraus, daß herodot die Staaten darnach unterscheidet, wem die apyn, das aparos, b. h. die oberfte rechtliche Gewalt, im Staate gufteht, folgt bann, bag es fich bei ber herodotischen Einteilung in Jonomie, Oligarchie und Monarchie grundsätlich nur um Unterschiede der Staatsorganisation, nicht ber Staatspringipien schlechthin, b. f. ber Grundgedanken handelt, auf welche sich die ganze formelle und materielle Rechtsordnung des Staates gurudführen läßt. Dabei erscheint als bas unterscheibenbe Moment bie Ausübung ber Staatsgewalt. Die Erzählung fest in allen ihren Teilen bas Bolt, bie Abeligen, den Einen als selbstthätig voraus; insbesondere ift — das sei besonders hervorgehoben — Bolksherrschaft immer nur unmittelbare Herrschaft bes Bolkes. Es ist also eine Cinteilung nach Regierungs-, nicht nach Verfassungsformen, nach der Verschiedenheit des oberften Ausübers, nicht nach der Verschiedenheit des Trägers der Staatsgewalt, welche Serodot gibt. Diese Cinteilung erschwert das Erkennen des Gegenfates von Herrschaftsausübung durch den Träger und im Namen bes Trägers ber Staatsgewalt, also bes Zusammenfallens und bes Getrenntseins von Berfaffungs= und Regierungsform in bemfelben Organ. Sie macht ge= neigt, nur in bem oberften Ausüber ber Staatsgewalt ben Trager berfelben zu erblicken, beispielsweise also eine bemokratische Berfassung nur bei unmittelbarer Ausübung ber Herrichaft durch das Bolk, d. h. nur bei sog. unmittelbarer Demokratie anzunehmen. Das läßt herodots Erzählung fogar wortheutlich erkennen, indem in ihr ber in diefer Richtung zwischen Basileia und Tyrannis bestehende materielle Unterschied nicht hervortritt.

Bafileia und Thrannis als besondere Rechtsbegriffe haben beibe das gemein, daß fie Ausübung ber vollen Staatsgewalt3) mit ber rechtlichen Befugnis jederzeitigen Abgebens vom Gesetze im Einzelfalle find4). Im weiteren trennen sie fich aber: Die Bafileia

¹⁾ Bgl. Platon, Gorg. oben S. 13 N. 2.

²⁾ Bgl. auch Arist., Staat d. Ath., Rap. 28; Platon, Staat VIII, 565.

³⁾ Unrichtig Beloch S. 315, wenn er meint, daß die Thrannis rechtlich gewöhnlich wohl nur in Uebertragung der höchsten Militärgewalt bestand. Wenn ein Mann nur thatsächlich, nicht rechtlich,

til tevertraging der hochzen Vilitargewalt bestand. Wenn ein Main nur thatsachlich, nicht rechtlich, die ganze Staatsgewalt inne hat, so liegt rechtlich unmittelbare Demokratie, nur politisch Einsperichaft vor. (Thukhdides II, 65 bezüglich Perikles: είγνετο τε λόγω μεν δημοκρατία, έργω δε δπό τοδ πρώτου [b. h. thatsächlich] άνδρος άρχή. Beloch E. 492, 513.)

4) Es gehört nicht zum rechtlichen Wesen der absoluten Staatsgewalt und damit auch nicht zum rechtlichen Wesen der absoluten staatsgewalt und damit auch nicht zum rechtlichen Wesen der Thrannis, daß sie auch thatsächlich ohne und gegen Gesehe regiert. Kein entwickelter Staat vermag ohne Erlaß von Rechtsnormen, ohne Gesehe zu bestehen. Es ist im entwickelten absoluten Staat wohl die rechtliche, aber nicht die thatsächliche Möglichkeit vorhanden

wird auf verfassungsmäßigem, die Thrannis auf unrechtmäßigem Wege erworben 1), die Bafileia ift Ausübung der Staatsgewalt im eigenen, die Tyrannis im fremden Namen, im Ramen der republikanischen Etklesia 2). Die Sophisten haben, wie Berodots Erzählung zeigt, alle diese Merkmale der Tyrannis jener Zeit bis auf das lette erkannt: auch die Thrannis erscheint ihnen als eine Berrichaft im eigenen Namen, als eine Berfaffungs-, nicht blos als eine Regierungsform.

Es ist ja kein Zweisel, daß Berodots Ausführungen über die Monarchie zunächst von der rechtlichen Stellung des Perferkönigs ausgehen. Es ergibt dies der Zusammen= hang, in welchen dieselben gestellt find. Die persischen Großen beraten über die dem persi= ichen Reich zu gebende Staatsform. Allein aus dem weiteren Berlaufe bes Gesprächs geht hervor, daß unter der Monarchie, von welcher die Rede ist, auch die Tyrannis im positivrechtlichen Sinne jener Zeit verftanden werben will. Berobot lagt ben Fürsprech für die Monarchie, Darius, schildern, wie die beiden anderen Staatsformen in Folge der naturgemäß entstehenden Parteiungen immer in Ginherrschaft zu Ende geben. 2118 der Weg, auf welchem dieselbe entsteht, wird für beide Fälle derjenige des Versassungsbruches, Parteisieg und Parteigunst, bezeichnet. Auch der Tyrannis wird apyg schlechthin, d. h. volle Staatsgewalt zuerkannt, auch für sie gilt der Satz, daß sie eine apych sei, welcher die rechtliche Freiheit zusteht, zu thun, mas sie will. Nur die Thatsache, daß es sich bei der Thrannis lediglich um monarchische Regierungs-, nicht auch um monarchische Verfassungsform handelt, daß der Thrann nur Regent, Präsident, nicht Träger der Staatsgewalt ift, wird verkannt. Es mag fich bies einmal baraus erklären, bag ju Berobots Beit, wie

ohne Gesetz zu regieren. Die effektive Bebeutung ber absoluten Gewalt besteht barin, bag ber Geohne Gesetz zu regieren. Die essetzing der absoluten Gewalt besteht darin, das der Gewalthaber von Rechtswegen die allgemeine Besugnis hat, im Einzelfalle ohne die Formen der Gesetzsädänderung gegen das allgemeine Gesetz zu handeln. Insbesondere gehört zum Rechtsbegriff der Tyrannis seuer Zeit nur die Möglichseit, nicht die Birklichseit gesetwidriger Gerrschaftsausübung. Wir haben Beispiele dafür, daß Thrannen den Gesetzen gemäß regierten. Aristoteles (Staat der Athener XVI, 8) z. B. bezeugt auf Grund des von ihm gesammelten Materials von Pisistratus: Toogosto návra diotxeiv nard rodz vópcoz.

1) Daß illegitimer Herrschaftserwerd ein wesentliches Element des positivrechtlichen Tyrannen-kerrschafts der berrachtsschaftschafts der berrachtsschaftschafts der berrachtsschaft

1) Das illegitimer Herrichaftserwerd ein wesentliches Element des positivregitichen Thrantisbegriffs der herodotischen Zeit ausmacht, das it liesert uns Beweis das athenische gegen die Thrantis
gerichtete Geseh, das Aristoteles, Staat der Athener XVI, 10 mitteilt: "έαν τινες τοραννείν έπανιστώνται ή συγκαθιστή την τοραννίδα, άτιμον είναι αδτόν και γένος — wer Ausstand berursacht,
um Alleinherrscher (in der Republit) zu werden oder die Einherrschaft in dieser Weise aufrichten
hist, soll mit seinem Geschlecht der Staatsangehörigkeit (Meyer S. 797) verlustig gehen". Dazu
auß Solons Gedicht (Aristoteles a. a. D. XII, 3): "Richt gesällt mir, mit Gewalt Alleinherrschaft
(in der Republit) zu erreichen" (odds μοι τοραννίδος άνδάνει βία τι βέξειν).

2) Die Abrannis ist der Verschlichten nach Republik (in der Regel demokratische, seltener

oligarchische), der Negierungsform nach Monarchie; nur die republikanische Regierungsform ist suspendiert. Aristoteles läßt den Pisistratus nach Begründung seiner Herrschaft zum Volke sagen, fie sollten nur für ihre Privatangelegenheiten forgen, die Sorge für die staatlichen ihm überlassen (Staat d. Ath. XV, 5). Die Herrschaft des Königs ist eine ordentliche, auf die Dauer berechnete, (Staat b. Ath. XV, 5). Die Herrschaft bes Königs ist eine orbentliche, auf die Dauer berechnete, sie geht auf dem Weg der Thronfolge über; die Thrannis ist eine außerordentliche Gewalt, sür sie giebt es keine Successionsordnung. Erwirdt der Sohn eines Thrannen die Herrschaft unmittelbar mit dem Tod des Taters, so ist sie originär erworden und zwar auf nichtverfassungsmäßigem Weg. Die rechtliche Erlaubtheit des Thrannenmords besteht auch gegenüber den Söhnen des Thrannen, die thatsächlich nicht mit Gewalt, sondern als Söhne die Herrschaft erwarden. Die Thrannis ist also eine nicht versassungsmäßig erwordene Diktatur im republikanischen Staatswesen. — Ausnahmsweise mag die Thrannis auch usurdierte monarchische Verfassung sein. Aristoteles unterscheidet vier historische Entstehungsgründe (Politik VIII [Susemihl V] 1310 b 15 st.): Führerschaft der Volkspartei (ok nkeisora rod rozaziowa), Usurdation seitens gewählter Beamter der Demokratie oder Osigarchie, Uebergang aus der Königsgewalt (siehe auch 1313 a 15). — Im Allgemeinen dem hier Entwickelten entsprechend Mehrer S. 610 u. 612; Beloch S. 312 st., 331. Die Definition, welche dagegen Zeller in den Sigungsber. der Berl. Akademie 1887, II. halbb., S. 1138 st., 1144 gibt, kann nicht als positivrechtliche aufgefaßt werden. Positivrechtlich ist der Thrannis, obgleich gibt, kann nicht als positivrechtliche aufgefaßt werden. Positivrechtlich ist die Tyrannis, obgleich nicht rechtmäßig erworben, doch rechtliche Sewalt, und Gesehwidrigkeit ist nur die mögliche, nicht die notwendige Urt der Herrichaftsübung. Ufurpation und gesehmäßige Herrichaftsübung ichließen fic nicht aus.

seine eigene Erzählung zeigt, Basileia und Thrannis noch promiscue gebraucht werden 1). besonders aber daraus, daß diese Unterscheidung der rechtlichen Staatsformen in Ausführungen über ein politisches Thema, über die zwedmäßigste Herrschaftsform für Persien, eingestellt ift. Für die zwedmäßigste Gerrichaftsform ift aber die Person des Gerrichaftsträgers gleichgiltig, wichtig allein, wer die Herrschaft in Wirklichkeit ausübt.

Im übrigen ift hervorzuheben, daß nach Gerodot Ausübung der Gerrschaft in selbst= füchtigem Interesse nicht zum positivrechtlichen Begriff ber Thrannis gehört. Es ift wichtig,

dies für die spätere Entwicklung festzuhalten.

Noch ein weiterer Punkt bedarf dann der Betonung. Die sophistische Wissenschaft, beren Behren Berodot wiedergiebt, fieht ben Unterschied ber brei Staatsformen in ber verschiedenen Zahl2) ber oberften Ausüber der Staatsgewalt. Dabei macht fich aber schon hier eine Bermischung staatsrechtlicher und politischer Betrachtung bemerkbar, beren sich die griechische Wissenschaft bis zu ihrem Ende nicht klar bewußt wurde und die fie darum auch nie zu beseitigen im Stande mar.

Herodot nennt die Jonomie eine Herrschaft des πλήθος, des δήμος. Er versteht barunter die Herrschaft der Nichtabeligen, das beweift, daß er dafür auch το πολύ³) gebraucht. Die Volksherrschaft erscheint hiernach als eine Herrschaft der Meisten, der Mehrzahl über die Minderzahl, der Nichtadeligen über die Abeligen. Rechtlich betrachtet ift die Volksherrschaft eine Serrschaft aller Bürger als Gesamtheit, der ganzen Ekklesia, über alle einzelnen Individuen, auch über die einzelnen Nichtadeligen. Es wird hier also thatsächlich höchster Einfluß innerhalb ber Boltsversammlung und rechtlich höchste Gewalt der Bolksversammlung nicht außeinander gehalten. Die Bolksherrichaft erscheint auch recht= lich als das, was fie nur politisch ift, als Herrschaft einer Gesellschaftsgruppe über eine andere. Squos im sozialen und im rechtlichen Sinne werden nicht unterschieden. liegt nur in der Ronsequenz, wenn bann auch, was bei Berodot übrigens nicht hervortritt, die Oligarcie als eine Berrichaft ber Minbergahl nicht über alle einzelnen Staatsangehörigen, sondern nur über einen Teil berselben, über die Richtadeligen, bezeichnet wird. Daß wir es aber andererseits nicht etwa lediglich mit einer politischen Betrach= tung ber Staatsformen zu thun haben, bas zeigt eben bie nähere Charafterifierung ber Jionomie, insbesondere der Sat: πληθος βουλεύματα πάντα ές το ποινον αναφέρει; das notvor ist die Versammlung der Gesantheit der Staatsbürger.

Bis hieher bestätigt fich vollauf, daß die herodotische Einteilung verschiedener Staats= arten lediglich die Organisation der obersten Staatsgewalt betrifft. In zwei Bunkten geht fie jedoch darüber hinaus, in dem Hinweis darauf, daß in der Volksherrschaft die obrigkeitlichen Stellen burch Los besetht werben - es betrifft bas nicht die Organisation ber oberften Staatsgewalt, sonbern ber ftaatlichen Geschäftsführung schlechthin - und in der Bezeichnung derfelben als Isonomie, womit nicht blos das formelle, das organi= satorische, sundern auch das materielle Staatsprinzip charakterisiert ist. Indem Herodot bei Aufzählung der der Bolksherrichaft eigentümlichen Elemente die Verlofung der Alemter voranstellt, will er die augenfälligste Anwendung des Prinzips der Gleichheit vor dem Geset aufzeigen. Das Resultat ift also, daß die herodotische Erzählung keine reine Unter= scheidung der Staatsformen lediglich nach dem Prinzip der Organisation der obersten

Staatsgewalt ift.

¹⁾ Bgl. Beloch S. 313; Meyer S. 614; Dümmler S. 39; vgl. auch Comperz S. 348. 2) Die Oligarchie wird zwar nicht als eine Herrschaft Beniger, gleichviel welcher, sondern als eine herrschaft ber Abeligen umschrieben; bag aber bie Bahl bas primar bezeichnenbe Moment ift, darauf weist der Name Oligarchie hin.

In Herodots Erzählung finden wir endlich viertens noch die Anfänge einer Shstematisierung der Staatsfunktionen, wenn es dort heißt: πλήθος...πάλφ μέν άρχας άρχει, όπεσθυνον δε άρχην έχει, βουλεύματα δε πάντα ές το κοινδν άναφέρει. Gine Zweiteilung der Staatsthätigkeiten in βουλεύματα und άρχαί, in überlegende die und besehlende Handlungen, ist hiermit angedeutet. Worin das Wesen beider des näheren besteht, und in welchem Verhältnis sie sich zu einander besinden, ist nicht ausgesührt, aber aus den Worten ergibt es sich, was die Sophistik mit diesem Doppelbegrisse meint. Der Ueberlegung bedürsen die wichtigen Staatsangelegenheiten und den Gegensaß zum Ueberlegen bildet das Handeln, das in konkreten Besehlen der Behörden (άρχαί) an die Unterthanen in Erscheinung tritt²).

Aber nicht blos die Richtigkeit der einen oben aufgestellten Behauptung, daß, wenn sich Anfänge staatsrechtlicher Forschung in der Sophistik zeigen, diese im Gebiete der all= gemeinen Lehre liegen, ist durch die mitgeteilten Quellenbelege erwiesen, sie allein schon laffen auch die beiden anderen, in jenen allgemeinen Erwägungen enthaltenen Behaup= tungen als zutreffend ericheinen, bag, wenn fich folche Anfänge einer Staatsrechtswiffenschaft zeigen, diese jedenfalls hinter ber Pflege von Staatsrechtsphilosophie und wohl auch von Staatsrechtspolitik zurudstehen. Die Ausführungen des Protagoras über die Ent= ftehung bes Staates und über bie rechtliche Natur besselben ftehen inmitten einer philosophischen Außeinandersetzung darüber, ob die staatsbürgerliche Tugend lehrbar sei oder nicht, und die sophistischen Gebanken über rechtliche Staatsformen und Staatssunktionen find einem theoretischen Gespräche über die zwedmäßigste Staatsform entnommen. Die staatsrechtliche Forschung der Sophistik bildet also lediglich ein Anhängsel von Philosophie und Politik. Nicht, als ob Staatsrechtsphilosophie 3) und Staatsrechtspolitik 4) zu selb= ständigen Wissensgebieten ausgeftaltet wären, sie bilben mit der übrigen Staatenkunde und der Cthit zusammen die "Bolitit" im griechischen Sinne, die Wissenschaft ber materiellen Renntniffe, welche rom tüchtigen Staatsbürger geforbert werben muffen, aber fie stellen den weit vorwiegenden Inhalt der Wissenschaft vom Staate dar.

Endlich ift es aber noch ein Punkt, welcher zeigt, daß die Entstehung staatsrechtlichen Erkennens mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpsen hatte. Weitaus weniger als in den anderen Gebieten staatlichen Wissens war die Sophistik bei ihrem Fortschreiten von einsacher Kenntnis zu wissenschaftlichem Verständnis in Bezug auf positives Staatsrecht in der Lage, an Vorarbeiten Anderer anzuknüpsen. Für Staatsrechtsphilosophie

1) Wie die spätere Logik βουλεύεσθαι gleichbedeutend mit λογίζεσθαι gebraucht (Arift., Ethik Nikom. VI, 1139a 12: "τὸ γὰρ βουλεύεσθαι καὶ λογίζεσθαι τ'αὐτόν"; hiezu Leopold Schmidt a. a. D., Bb. I, S. 157, 252, 366).

2) Ein Analogon aus einer ganz anderen Welt giebt der westfälische Friede (J. P. O. Art. 8,

2) Ein Analogon aus einer ganz anderen Welt giebt der westfälische Friede (J. P. O. Art. 8, § 2): Gaudeant (sc. status imperii) sine contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis imperii, d. h. in allen Reichsangelegenheiten, welche der Neberlegung bedürsen,

alfo in allen wichtigen Reichsangelegenheiten.

³⁾ Diese versolgt den von der Naturphilosophie (Gomperz S. 323 u. 257) vorgedisteten Gegensat des Unveränderlichen und Veränderlichen insbesondere sür das Rechtsgediet. Hippias sagt bei Platon, Prot. 337e, z. "γγοδμαι έγω δμάς συγγενείς τε (Vrüder) και ολείους και πολίτας είναι φύσει, οδ νόμω το γάρ δμοιον τῷ όμοίω φύσει συγγενές έστιν, δ δὲ νόμος τύραννος ων τῶν ἀνθρώπων πολλά παρά φύσιν βιάζεται". Hiezu Beloch S. 624; Zeller I, S. 1028. Andere Beispiele Comperz S. 326 s. Agl. auch oben S. 12, N. 2.

4) Daß hervorragendste Erzeugnis positischer Wissenschaft (und praktischer Politik zugleich) ist allerbings nicht aus den Prokinsk auch Andere Der Speischer des Anderes Der Der Speischer des Anderes Der Bereicher des Anderes Der Gescher des Anderes Der Gescher des Anderes Der Speischer des Anderes Der Gescher des And

⁴⁾ Vas hervorragendste Erzeugnis politischer Wissenschaft (und praktischer Politik zugleich) ist allerdings nicht aus den Kreisen der Sophistik hervorgegangen. Es ist die im Jahre 424 entetandene, unter Xenophons Werke geratene, kleine Schrift vom "Staate der Athener", deren Versfasser schaften trod sortgesehter Bemühungen noch nicht gelungen ist. Der Inhalt spricht nur dasür, daß der Versasser ein ersahrener, konservativ gesinnter Staatsmann und Historisker war. Man sucht denselben daher nicht mit Unrecht in der Umgebung des Thukhdides. Ueber die Schrift Beloch S. 26, Dümmler im Hermes XXVII (1892), S. 262u.266, aussührlich Schöll a. a. D. S. 14 st. und Comperz I S. 397—400 u. 477; ferner b. Wisamowit a. a. D., Bb. I, S. 171.

boten sich ihr wenigstens die von der Naturwiffenschaft vorgebildeten Grundbeariffe der allgemeinen Wiffenslehre dar 1), für Politit und Moral konnte fie, von den besonderen. teilweise auch verfassungspolitisch verwertbaren, wirtschaftlichen Reformplanen eines Sippodamos von Milet und eines Phaleas von Chalkedon2) abgesehen, unmittelbar aus ben Erfahrungsfähen ber fieben Weisen und aus ber politischen Dichtung schöpfen 3), mar doch fogar das an seinen Freund Ahrnos gerichtete Gedicht des Theognis "Ahrnos" im 5. Nahrhundert zu einem verbreiteten Schulbuch geworben 4). Das Gebankenmaterial lag weitgehender Beije offen ba, es galt nur, in biese Spruchweisheit Syftem zu bringen. Sinsichtlich der Fortbildung der Rechtskunde zu einer Rechtswiffenschaft dagegen war die Gelegenheit zu unmittelbarer Benützung fremben Materials um vieles weniger gunftig. Es aab ein foldes lediglich für die Staatsrechtsgeschichte ober, was man eigentlich bafür hielt. für die Sagenkunde, nicht für das geltende Staatsrecht. Die mythische Urgeschichte hatte nach bem Borgang von Hekataios 5) von Milet (um 600) schon vor den Sophisten im Laufe bes 5. Jahrhunderts mehrfache Bearbeitung 6) gefunden. Auch bei der um das Jahr 500 beginnenden Horvographie, b. i. ber privaten Bearbeitung der amtlichen Stadtchronifen (Soot, Jahrbücher), welche sich aus den zu praktischen Zwecken angelegten Listen der Jahresbeamten durch Sinzufügen von Rotizen über wichtige und unwichtige Ereignisse entwidelt hatten 7), lag der Schwerpunkt in ber Sinzufügung einer ausführlichen Gründungslegende, wie die Namen arisses und dozot 8) (Geschichten) beweisen 9), welche die Horo= araphen ihren Werken gaben; die laufenden amtlichen Jahrbücher felbst dienten wohl nur amtlichen Zwecken und waren bem Publifum, insbesondere Staatsfremden, wie es boch bie meiften Sophisten waren, kaum zugänglich. Das geltende Recht im Ginzelnen lernten fie demnach wohl nur durch eigenes Erkunden tennen. Jedenfalls gewannen fie aber die allgemeinen Lehren, die wir oben nachweisen konnten, erft auf Umwegen durch eigene wiffenschaftliche Arbeit. Die politische Dichtung enthielt in ihren politisch-ethischen Sprüchen einfacher Beobachtung, subjektiver Beurteilung und praktischer Ruganwendung wohl auch rechtliches Material, aber es mußte erst herausgezogen werden, ehe an eine begriffsmäßige Behandlung des Rechtes zu denken war 10).

¹⁾ Gegensat von φόσις und νόμος.

²⁾ Sierüber Comperz S. 329, 330 (mit 311) u. 464.

³⁾ So ftimmt beifpielsmeise der oben S. 20 N. 3 mitgeteilte Sag des Hippias: ό δε νόμος τύραννος ων των ανθρώπων 311 Pindar, Fragm. 169: (κατά φύσιν) νόμος ο πάντων βασιλεός θνατών τε καὶ άθανάτων.

⁴⁾ Beloch S. 258; Meyer S. 720; Schöll S. 9. Dafür, daß die Sophisten aus der voraufgehenden Gnomen= und Spruchweisheit schöften, dafür haben wir einen nicht unsicheren Analogiebeweis in den zwei Thatsachen, daß der um einige Jahrzehnte jüngere Landsmann des Protagoras, Demokritos von Abdera, wie ein Fragmentenvergleich ergibt, in ethisch-politischer Richtung von Solon und insbesondere von Theognis historisch abhängt und andererseits zwischen Demostrit und Protagoras gedankliche Zusammenhänge bestehen; vgl. Natorp, Die Ethika des Demokritos 1893, S. 67, 118, 174, 63 und Beloch S. 625.

5) Comperz S. 205.

6) Reprehende par Sonne Afrikaas par Arass atwa um 450. Saka Wadan S. 0. 110. Balo de

⁶⁾ Pherekydes von Eeros, Akufilaos von Argos, etwa um 450; fiehe Meyer S. 9 u. 12; Beloch S. 11, Anm. 4, u. 619; v. Wilamowiz a. a. O., Bb. I, S. 282; Comperz S. 396 u. 477.
7) Meyer S. 9, 6, 5, 385; v. Wilamowiz, Bb. I, S. 278 u. 282. Beloch (S. 11, 619, 622) leugnet das Vorhandensein amtlicher Chroniken; er will nur nichtamtliche, zum Teil auf dem urkundlichen Material der Jahreslisten beruhende Jahrbücher annehmen.
8) Meyer S. 11; Nissen, Rheinisches Museum 1892, S. 192. Die Horographen seibst

heißen auch λογογράφοι, λογοποιοί. 9) Nicht minder Platon, Hippias maior 285, wo es von Hippias im besonderen heißt, er habe die Genealogien der Heroen und die Urgeschichten der Städte und die Archaologie über= haupt zum Gegenstand seiner Borträge gemacht. Bgl. Zeller, Bb. I, S. 1066 u. 1067; Dilthen S. 98 und Comperz S. 346, 348 u. 469.

¹⁰⁾ Uls Beispiele für folche einer juriftischen Extraktion zugängliche Enomen vergleiche man bie ben gleichen Gedanken aussprechenden Fragmente von Solon (9, 3) und Theognis (51): sis di

§ 3. Die Cophistit der jokratijchen Zeit. Die Zeitumstände des peloponnesischen Rrieges waren ber Weiterentwicklung ber mit schwachen Unfängen ins Leben getretenen Staatsrechtswissenschaft nichts weniger als gunftig. Es sind verschiebene Grunbe, bie ba zusammenwirkten.

Zunächst zeigt der peloponnesische Krieg die später noch oft zu beobachtende Erscheinung, daß lang dauernde, die ftaatliche Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschütternde Rriege kein Nährboden für rechtswiffenschaftliche Betrachtungen bes öffentlichen Lebens find. Mit dem wechselnden Kriegsglück schwankt auch die staatliche Einrichtung hin und her, eine gedeihliche Entwicklung ber Rechtswissenschaft fest aber eine gewisse Stabilität des zu behandelnden Objektes voraus. Dem peloponnefischen Arieg war in der Hauptsache eine fast fünfzigjährige Friedensperiode mit einer Staatsform vorausgegangen. Sier hatte sich eine Staatsrechtswissenschaft entwickeln können. Nun aber wechselten Versassung und Regierung oft und jah. Athen tritt in den Krieg als eine unmittelbare Demokratie, in welcher die thatsächlich höchste Macht Perikles ausübt, nachdem seine rechtliche Stellung, bie Strategie, die er feit 445 ununterbrochen einnimmt, ihm auch die oberfte Finanggewalt verleiht 1). Als die Feinde in das Land kamen (431), ward Perikles jum verfaffungsmäßigen Diktator, die Volksversammlung suspendiert, Athen eine rein mittelbare Demokratie. 430 brach die Pest aus. Sie brachte den Staat nahe an den Abgrund seiner Existeng. Da das Bolt in ber Peft eine Folge des von Perikles veranlaften Arieges erblickte, stürzte es Perikles, indem es ihn bei den Feldherrnwahlen für 430/429 nicht mehr ins Amt berief?). Schon im Frühjahr 429 wieder zum Strategen erwählt, stirbt Perikles und fo kehrt die unmittelbare Demokratie voll zurud. Sie blieb3), bis der Ausgang des fizilischen Feldzuges ihre Bernichtung im Jahre 413 herbeiführte. Un die Stelle trat als Herrschaft für die Dauer des Krieges das Regiment der 5000 4), ber, wie Aristoteles 5) sagt, nach Körper- und Geldkraft Leistungsfähigsten, staatsrechtlich eine Oligarchie 6). 404 folgte die durch einen Rat der 400 beschränkte Oligarchie der Dreißig, 403 kehrte die Demokratie und zwar die unmittelbare wieder zurud, wenn auch unter Abanderung der früheren demokratischen Staatsordnung 7).

Von diesem Wechsel der Staatsform abgesehen, ift es der besondere Charafter, den die während des größten Teiles des Krieges in Athen herrschende Berfaffungs= und Regierungsform, die unmittelbare Demokratie, im Verlaufe besselben annahm, welche einer weiteren Ausbilbung ber Staatsrechtswissenschaft hindernd in den Weg trat. Die Rlaffe ber Unbermögenden, ber Demos im fogialen Sinne, gelangte immer mehr in ben Besitz ber thatsächlichen Herrschaft. Denn einmal brachte die infolge der fortwährenden räumlichen Erweiterung der Gerichtsbarkeit über die Bundesgenoffen fortgesett zunehmende Zahl ber Gerichtsversammlungen den gemeinen Mann, der durch bie mit dem Kriegsausbruch aufschnellenden Lebensmittelpreise in erhöhter Weise8) gezwungen war, den Richtersold aufzusuchen, in immer stärkerem Grade mit öffentlichen

1) Beloch S. 336 mit Meyer S. 654. 2) Beloch S. 525ff.

4) Thatsächlich führte furze Zeit ein Rat der 400 die Herrschaft.

μονάργου δήμος αιδρίη δουλοσύνην έπεσεν βεχιο. Εκ τῶν γὰρ στάσιές τε καὶ ἔμφυλοι φόνοι ανδρῶν μούναρχοί τε.

³⁾ Die Strategie wechselte jedoch mit dem Kriegsglud zwischen Angehörigen der befitzenden und befiglosen, der konservativen und radikalen Partei der Oligarchen und des Demos.

⁴⁾ Thatjachlich fuhrte furze Zeit ein Kat der 400 die Herrichaft.
5) Staat d. Ath., Kap. 29.
6) Dem am Ende des 5. Jahrhunderts zählt Athen annähernd 20 000 Bürger. Waren ja selbst nach der sizilischen Riederlage noch 9000 Bürger vorhanden, die im Stande waren, auf eigene Kosten als Hopliten zu dienen (Beloch S. 420; Bevölkerung S. 68 u. 72).
7) Arist. a. a. D. Kap. 35 u. 41.
8) Bisher veranlaßten ihn hiezu, wie Beloch S. 226, 398, 412, 415 aussührt, die starke Junahme der unsreien Arbeitskräfte, die den Preis der freien Arbeit drückte, und die mit der Ein-

Dingen in Berührung 1), und dann erfuhr auch der Besuch ber Bolfsversammlung eine Steigerung, indem die wiederholte Besetzung und Berwüftung Attikas burch feind= liche Seere in ben ersten Sahren bes Rrieges bie Gesamtheit ber Landbevölkerung gu einem unfreiwilligen Aufenthalt in ber Sauptstadt verurteilte und fo veranlagte, bag bie bisher in ber Ekklefia feltener vertretenen Landleute, wie fie fich, weil verarmt, mehr an ben entgeltlichen Staatsgeschäften beteiligten, auch ein größeres Rontingent gur Gtflesia stellten2). Jede unmittelbare Demokratie aber, in welcher fich die besitzlose Rlaffe in der Mehrzahl befindet, wird nicht blos, wie natürlich, den Besitzenden, sondern auch den Gebildeten feindlich gefinnt, eine Bemerkung, die hinsichtlich des athenischen Bolkes jener Zeit, auch die damaligen Verfassungshiftoriker, Thukhdides und ber Berfasser ber pseudorenophontischen Schrift vom Staatswesen ber Athener, machen 3). Der Bobel erkennt, daß die Gebildeten, wie die Adeligen und Befitzenden, feiner Serrichaft gefährlich find4). Was half politische und sittliche Bildung des Führers angesichts eines Bolfes, bas fich, wie bie Geschichte bes peloponnesischen Krieges wiederholt bezeugt, jedem Gebanken weitsichtiger Politit und humaner Rriegführung verschloß? Giner konnte nur über diesen Demos Macht gewinnen, der Redner 5). Gine Runft mußte daher noch mehr als bisher für Den, der politische Rarrière machen wollte, in den Vordergrund treten, die Runft der geschickten und schöngeformten Rede 6).

An kunftvolle Rede war das Volk von Altersher, nun aber besonders durch das Drama gewöhnt, benn ber Schwerpunkt ber barftellenden Runft lag im Vortrag, nachbem ber Schauspieler, um weithin kenntlich zu sein, eine Maske trug 7). Wollten die Sophisten daher sich ihren Zulauf mahren, fo mußten fie die Rhetorik zum ersten Gegenstand ihrer Lehre machen. Sie thaten es. Aus Lehrern von "Politit" und Redekunst wurden fie bloße Lehrer ber politischen Beredsamkeit's). Sachliche Kenntnisse kamen nur noch soweit für die Ausbildung in Betracht, als fie dazu beitragen konnten, zu überzeugen, zu überreben,

ftellung von Sklaven in das handwerk mehr und mehr entstehende Meinung, gewerbliche Arbeit sei des Freien unwürdig. Zu letterem auch Gomperz G. 335 u. 465.

¹⁾ Beloch S. 426 nimmt an, bag in jeber ber gehn Settionen ber Beliaia täglich 300 Ge-

schworene fagen. 2) Siezu Arift. a. a. D., Rap. 27. Etklefiaftenfolb wird erft nach dem Kriege eingeführt. Ebenda 41 und Meher in den Jahrbüchern S. 726.
3) Lgl. Schöll S. 17, 31, 32 und Comperz S. 394.

⁴⁾ Er glaubte es insbefondere an Periffes zu erfennen, beffen geringere Sorge für bas Wohl ber Befiglofen, feitbem er unbeschränkter Berr ber Situation geworden, bas Bolt auf feinen Berder Betislofen, teitbem er unbeschränkter Herr der Stination geworden, das Volk auf jeinen Verfehr mit Philosophen und Sophisten zurücksührt, Beloch S. 513 u. 514. Obgleich die Sophisten zurücksührt, Beloch S. 513 u. 514. Obgleich die Sophisten insbesondere Protagoras, Gorgias, Hippias, überzeugte Anhänger der unmittelbaren Demokratie waren (id. S. 439 u. 624, Comperz S. 334), so waren sie doch Gegenstand obrigkeitlicher Verfolgung, dem Ramen nach wegen Gottesleugnung, in Wahrheit nicht minder wegen ihrer Gefährlichsteit für die Herrschaft des Pöbels (Beloch S. 635, 515); Protagoras mußte aus der Stadt sliehen, seine Schriften wurden auf dem Markt verbrannt. Während bisher zu Strategen, obgleich dieses Amt allen grundbesisenden Bürgern zugänglich war, sask nieden, also Gebildete gewählt wurden, konnten im Berlause des peloponnesischen Arieges Männer, wie Kleon, ein zwar reicher, aber höherer Bildung barer Gerbermeister, mit diesem Amte betraut werden (ib. S. 411, 475, 548; Konn der zu S. 411) Gomperg G. 411).

⁵⁾ Wenn die Bolksgemeinde im Jahre 427, um andere Bundesgenoffen vor Nachahmung abzuhalten, gegen die Hauptstadt des abtrunnig geworbenen Lesbos, Mytilene, beschloß, alle erwach= seinen Männer sollten hingerichtet, Weiber und Kinder aber zu Stlaven gemacht werben; wenn die Eftlesia im Jahre 425 ben gunstigen Frieden, ben Sparta bot, von der Hand wies, so war das beides ein Erfolg ber Beredsamkeit Kleons (Beloch S. 536, 545).

⁶⁾ Windelband G. 51. 7) Beloch S. 616 u. 579.

⁸⁾ Es sind uns daher mehr Nachrichten von rhetorischen als von politischen Werken der Sophisten erhalten; vgl. Zeller, Bb. I, S. 1137, N. 1 mit 1119, N. 1. Mur von Protagoras wird uns eine Schrift "über den Staat" genannt. Comperz läßt diese Entwicklung zu wenig hervortreten. Im Gegenteil, er weist der Khetorik von Anbeginn an die erste Stelle in der Thätigsteit der Sophisten zu (S. 307 u. 331 st.).

also geschickt zu sprechen. Das war aber nicht bann ber Fall, wenn man bem Bolke saate, welche Rechte es hatte, fondern, wenn man ihm sagte, welche Rechte es noch zu haben vermöchte, wie es sich frei machen könnte von Fesseln läftiger Moral und drückenden Rechtes. Wenn also je die Lehre von der Staatstunft, die Politit, wissenschaftliche Fortschritte erfuhr, fo konnten bieselben lediglich im Gebiete ber theoretischen Bolitik und ber Cthik. nicht aber im Gebiet der Jurisprudenz liegen. Nur so vermochten sich ja auch bei dem Terrorismus des bildungsfeindlichen Demos die einheimischen Sophisten ihren Erwerb, die fremden diesen und ihr Gaftrecht erhalten.

Wenn sich die Lehre auf diese Weise aber in den Dienst der Bolksgunst stellte 1), bann war die Gefahr nahe, daß fie überhaupt den Charafter einer Wiffenichaft wieder einbußte und zu einem populären Spekulieren, Moralifieren und Politifieren herabsank. Doch die Sophistik begegnete dieser Gefahr. Wenn wir gerecht sein wollen, so steht es uns nicht zu, dem, was an politischen Gedanken ber Sophisten jener Zeit unmittelbar wie mittelbar auf uns gekommen 2) ist, den Charakter der Wifsenschaftlichkeit abzusprechen. Freilich fehlt sachliche Bertiefung, eine Folge des enkhklopädischen Charakters ihres Wissens, allein eben dieser weite Bereich ihres Wissens, der dadurch nie gelöfte Zusammenhang mit den allgemeinen Wiffenschaften, die fie von den Vorfahren überkamen, und, der eine mehr, der andere weniger, weiter pflegten, ift es, der sie, obschon der Grad der Wissenschaftlich= teit zurückging, auch in der Politik vor halbwissender Verflachung bewahrte. Wir vermögen zu konstatieren 3) Untersuchungen über das Wesen von gut und schlecht, von fittlich erlaubtem und fittlich verbotenem (καλόν und αισγρόν), von gerecht und ungerecht, von Wahrheit und Lüge, über natürliches und historisches Recht, eine Frage, die ihrerseits eine Reihe anderer Theorien heraufführt 4), ferner über Lehrbarkeit der Tüchtigkeit und Beisheit, über bas Erfordernis theoretischer Renntnisse für ben Staatsmann, über die Unzweckmäßigkeit der Aemterverlosung und der Notwendigkeit der Wahl nur tüchtiger Leute, endlich über das Recht als notwendiges Clement 5) des Staatsbegriffes und über Handeln und Richten als zwei Formen staatlicher Thätigkeit.

Wie diese Uebersicht zeigt, sind nur die beiden letten Lehren staatsrechtlichen Charakters, das Nebergewicht philosophischer und ethisch-politischer Theorien ist somit durch die Quellen bezeugt. Sogar die beiden staatsrechtlichen Theorien stehen unter diesem Einfluß. Bei ber Lehre von ber Geseklichkeit bes Staates (Geseklichkeitstheorie) tritt die positivrechtliche Betrachtung hinter die politische Rechtsertigung zurück — letztere ist dringender, nachdem

¹⁾ Siehe auch Gomperz S. 332, 334, 350.

¹⁾ Seehe auch Comperz S. 332, 334, 350.
2) Die Quellen sind vorziglich Platon (Gorg. 483b, Prot. 508a, Staat 338c u. 358e); Ariftoteles (Rhet. I 13, 1373b 18, Pol. I 1253b 20), dann die früher (S. 14 N. 5) erwähnten, dem Sophisten Antiphon zugeschriebenen Fragmente und endlich die aus verschiedenen Sophistenschrieben somitierten, in dorischem Dialekt versahten, gleich nach Beendigung des peloponnesischen Arieges, wahrscheinlich in Cypern von einem Protagoreer gesertigten Διαλέξεις ήθνασί. Neber diese Trieber Hermes 1892 (Bd. 27), S. 210st.; Zeller I, S. 1073 u. 1132; Beloch S. 624; Comperz S. 462. Ueber die jüngere Sophistis im Allgemeinen v. Wilamowih, Bd. I, S. 170 N. 71 u. S. 173 N. 77.

³⁾ Siezu Windelband S. 57; Beloch S. 470, 476; Diegel im Handwörterbuch ber Staatswissenschaften, S. 566, und in ber Zeitschr. für Litt. und Gesch. ber Staatswissenschaften, Bb. I, S. 5 u. 388; Dümmler S. 27; Henkel S. 121 ff.; Pöhlmann S. 151, 177, 175, 158; b. Wilamowit, Bd. I, S. 173.

⁴⁾ Auf ber einen Seite die ber natürlichen Freiheit und Gleichheit (Abichaffung bes Abels Enfophron] und der Stlaverei [Alkidamas]), auf der auderen die vom selbstfücktigen Naturrecht des Stärkeren, welche Tyrannis und geschlofen Juftand zur logischen Folge hat und die Veranlasiung zweier weiterer Lehren wird, der Konstruktion der Staatengründung als einer Vereinigung der Schwachen zur selbstschien Herschaft über die Minderzahl der Starken [Aritias] und der Lehre von der staakerhaltenden Kraft des "Gemeiusinns" (öphovoia [Antiphon: Comperz, S. 469]). Ueber den Charakter dieser Sophistik im Allgemeinen Diltheh I, S. 280. 5) Platon, Gorg. 508a: κόσμος, εδνομία.

die Theorie vom Naturrecht des Stärkeren die anospia und avopia als Idealzustand ericheinen läßt -; die andere Lehre, welche eine Erweiterung der ftaatsrechtlichen Erkennt= nis darftellt, ist in eine politische Erörterung eingekleibet.

Die lekte 1) der oben 2) erwähnten dialisteis horal enthält u. a. Bemerkungen über die Notwendigkeit theoretischer Vorbildung des Staatsmannes. Es heißt dort: "Es ift Sache bes Mannes, b. h. bes Politikers, fraft ein und berfelben Runft über einen Gegen= stand sich in kurzer ober langer Rebe zu äußern, die Wahrheit der Dinge zu kennen und zutreffend zu richten, ferner muß er bem Bolte Reden halten können und die Redefunft verstehen und über Natur und Entstehung aller Dinge zu belehren wiffen". Dies wird weiter ausgeführt und gefagt: die Rebe und Sachkenntnis gebe die Befähigung, einmal zutreffend zu reben und barzuthun, wie ber Staat gut (τὰ ἀγαθά), b. h. zwed= mäßig handle und unzwedmäßiges (rà nana) verhindere, bann aber auch die Fertigkeit, recht zu richten; das lettere aus dem Grunde, weil, wer die Dinge verstehe, auch ihre Gesetze tenne und, wer richten wolle, die Gesche fennen muffe. In diesen Sähen wird, wie wir sehen, das Richten, d. h. das Entscheiden nach Gesetz, und das zwedmäßige Sandeln in staatlichen Angelegenheiten unterschieden, ein erfter Sinweis auf den Gegensak von richten= der und verwaltender Thätigkeit.

Bum Schluffe sei noch auf die wissenschaftliche Methode ber Sophistik hingewiesen. Auch fie erkennen wir fehr gut aus den Dialegeis. Nach ihnen ift die Methode eine borwiegend spekulative = dialektische 3), wie bei jeder jungen Wissenschaft4). Zwar geht die Untersuchung von einem gemiffen Erfahrungsbesitz aus, allein berfelbe ift nur von mäßigem Umfang (Beifpiele bes täglichen Lebens und fonftige allgemein bekannte ober anerkannte Thatfachen); er dient nur voreiligen Generalisationen als Grundlage. Immerhin laffen ihre Leiftungen begreifen, wie biefe Lehrer ber politischen Bilbung und Berebsamkeit ben Namen vom Bolke verliehen erhielten, den noch hundert Jahre vorher erfahrene Staatspraktiker bekleideten, den Namen der "Weisen" (50pol) 5). Die Schilderung, welche Platon in ben Dialogen Gorgias und Protagoras von den Sophisten gibt, ift eine Karikatur").

§ 4. Sofrates. In die Periode der jungeren Sophistik fallt auch Sofrates (469-399). Un sich dürfen wir bemnach schließen, daß auch Sokrates als Sohn seiner Beit fich mit ftaatlichen Dingen wissenschaftlich beschäftigte und zwar in der entyklopabischen Art der Sophisten. Allein der Bermutung entsprechen die Thatsachen nur gum Teil. Sie verwirklicht sich insoferne, als Sokrates' wissenschaftliche Thätigkeit in gleicher Stärke, wie bem Individuum, auch bem Staate galt 7); infoferne unterscheidet fich aber Sokrates von ber Sophistik, als feine Wiffenschaft vom Staate ben enkhklopädischen Charakter zu Gunften einer fachlichen Bertiefung 8) nach ber philosophischen Seite abstreift. Nicht, als ob sich feine Staatswiffenschaft aus der Berbindung mit Politik und Ethik gelöft hatte - das verhinderte schon die Vielbeutigkeit des Wortes apern's), welche doch das Ziel aller Wissen= ichaft war -, aber, wo fich die Sophistit mit ethisch=politischem Beweise begnügt hatte, sucht Sokrates eine philosophische Begründung. Mit der Sophistik betont Sokrates die Notwendigkeit einer Vorbildung für die Thätigkeit im Staatsleben und die Unzweck-

9) Prattifche, fittliche, intellettuelle Tüchtigkeit; hiezu Windelband G. 59.

¹⁾ Mullach, fragm. Philos. Gr. I, S. 551.

²⁾ S. 24, N. 2.

³⁾ Gomperz S. 310, 329, 341, 358.

⁴⁾ Bgl. hiezu Schmoller im Sandwörterbuch ber Staatswissenschaften, Bb. VI, S. 533. 5) hiezu Meher S. 717, 753 und Comperz S. 334ff. u. 464ff.

⁶⁾ hieruber Beloch G. 635ff.; Dummler G. 6; Gomperg a. a. D.; legterer insbefondere über die Grunde biefer Stellung Platons zur Sophistit.

⁷⁾ Die Zeitgenossen rechnen ihn zu den Sophisten (Comperz I, S. 336). 8) Siehe hiezu Comperz S. 309, 338, 358 u. 412. Ueber Sokrates' Stellung in der Geschichte ber griechischen Wissenschaft im allgemeinen ebenda S. 421.

mäßigkeit der Aemterverloofung 1) und die Beweisführung hiefür hat frappante Aehn= lichkeit mit derjenigen der Dialexeiß, aber andererseitß erklärt er die Uemterverlosung nicht blos für unzwedmäßig, sondern auch für unlogisch. Sokrates fagt nicht blos, daß nur derjenige, welcher zu herrschen versteht, herrschen foll, sondern er fagt, daß nur derjenige, welcher zu herrschen versteht, Herrscher ist: Könige und Herrscher sind weder diejenigen, welche das Szepter haben, noch die, welche durch Wahl der erften Besten (d. i. bes Demos) ober burch Los ober burch Gewalt ober burch Betrug es geworben find, sondern of έπιστάμενοι άρχειν²). Und ebenso erscheint ihm der Rechtsstaat, die εδνομία, für die er mit der konservativen Richtung der jungeren Sophistik eintritt, nicht blog gwedmäßig, sondern logisch notwendig. Das positive Geseth ist für ihn der Ausbruck der Gerechtigkeit — φημί γάρ έγω τό νόμιμον δίκαιον είναι 3) —, wenn auch bieser Gegensak sich baburch milbert, daß für Sokrates das Vernunftmäßige mit dem Zweckmäßigen identisch ift 4).

Die vorwiegend philosophische Betrachtung der Staatseinrichtungen ertlärt fich bei Sokrates aus äußeren Umständen. Sokrates' wissenschaftliche Forschung geht auf kein bestimmtes praktisches Ziel, sondern ift Ausfluß freier Gelehrsamkeit. Sokrates ist nicht berufsmäßiger Lehrer der politischen Bilbung, sondern ein Privatgelehrter, der durch gelegentlichen Gedankenaustausch mit Jedermann Lehre gibt und Lehre sucht. Aus diesem Grunde nimmt er für feine Unterhaltung feine Begahlung und bilbet Rhetorik feinen Gegenstand seiner Wiffenschaft.

Diese philosophische Betrachtung des öffentlichen Lebens hatte an fich der Entwicklung der Jurisprudenz des Staatsrechts forderlich sein konnen, benn die Staatsrechts= wissenschaft hat ja die logische Entwicklung und Ausammenfassung von Rechtsbegriffen zum Inhalt; eine aprioristische Konstruktion vermag also rechtswissenschaftlicher Begriffs= bilbung zu dienen. Daß fich nichtsbestoweniger ein solch gunftiger Ginfluß ber Staatsrechtsphilosophie in ber angegebenen Richtung weber bei Sokrates noch bei feinen unmittel= baren Nachfolgern finden läßt, dafür liegt der Grund in dem Umstande, daß Sokrates zwei Lehren zu ben oberften Pringipien einer guten Staatsverwaltung erhob, beren Inhalt mit bem positiv geltenden Rechte in ichroffem Gegensat ftand und beren Behandlung baber, je intenfiver fie wurde, von einer auslegenden Betrachtung des geltenden Rechtes, also von ftaatsrechtlicher Forschung, mehr und mehr abführen mußte. Es sind die Lehren von der Zwedmäßigkeit des berufsmäßig gebildeten Beamtentums und von der Zwedmäßigkeit und Sittlichkeit einer Augubung der Staatsgewalt nicht im Interesse der Regierenden, sondern ber Regierten. Die lettere Lehre, die fich gegenüber den Sophisten als eine neue darstellt, tritt uns in den Berichten Kenophons wortdeutlich entgegen 5). Die andere, die Sokrates von den Sophisten übernahm, werden wir weiter unten burch turge Schluffolgerung aus bem gebotenen Material gewinnen. Beibe find erfullt, wenn ber die Staatsgewalt Ausübende versucht, nach dem Gesetz zu handeln. Es ift nicht möglich, ohne Gefehlichkeit ein guter Bürger 6), woraus folgt, geschweige benn ein guter Regierender zu fein.

¹⁾ Xenophons Memorabilien, die neben Platon die Sauptquelle unserer Kenntnis ber fokratischen Lehren find, I 2, 9 und hiezu Denkel S. 133. Ueber ben nicht hohen historischen Wert ber genophontischen Sokratesdarstellung Natorp in den philosophischen Monatsheften, Bb. XXX,

ber genophontischen Sokratesbarstellung Natorp in den philosophiligen Actualization, (1894), S. 343, 345. Bgl. auch Somperz S. 467.

2) Mem. III 9, 10; 7, 5; 1, 4. Hiezu Disthen I, S. 285 u. 294.

3) Ib. V 4, 12 und hiezu Zeller, Bd. II, 1 (4. Austl.), S. 150.

4) Windelband S. 57 ff.; Natorp a. a. D. S. 357.

5) Xen., Mem. II, 2, 3: καὶ γὰρ βασιλεὸς αἰρεῖται οὸχ ῖνα ἐαυτοῦ καλῶς ἐπιμελῆται ἀλλ' ἔνα καὶ οἱ ἐλόμενοι δι' αὐτὸν εὖ πράττωσιν; serner III, 2, 2 und III, 2, 4: καὶ οὕτως ἐπισκοπῶν, τὶς εἰγ ἀγαθοῦ ἡγεμόνος ἀρετή, τὰ μὲν ἄλλα περιήρει, κατέλειπε δὲ τὸ εὐδαίμονας ποιεῖν ὧν ἄν ἡγῆται.

6) Xen., Mem. IV 2, 11.

Die Erklärung dieser Lehren als erfte Erfordernisse einer guten Staatsverwaltung ist das Ergebnis hiftorischer Erfahrung und perfonlicher Charaktereigenschaft. Sie ftellen bie Meinung eines Mannes bar, der mitten in den Wirren des peloponnesischen Krieges als Augenzeuge gestanden und den Selbstlosigkeit in materiellen Dingen und Mangel jeglichen politischen Chrgeizes von seinen Zeitgenossen unterschied. Sokrates hatte die politische Rurg= sichtigkeit und die einseitige Interessenpolitit des attischen Bollsregiments, wie der Dreifig, die brutale Behandlung von Eigentum und Perfon der politischen Gegner hier, die Gewährung weitgehender materieller Vorteile an die Nichtbesitzenden und die harte finanzielle Bedrückung der Wohlhabenden dort 1), gesehen. Auch Andere hatten diese einseitige Ausbeutung der Regie= rungsgewalt wohl gewürdigt, ohne fie aber als unsittlich zu erkennen. Der Verfasser ber pseudorenophontischen Schrift über die attische Demokratie, ift, obgleich ihr Gegner, weit davon entfernt, dem Demos diese Sandlungsweise, die er mit lebhaften Farben schilbert2), zu verdenken; fich felbst wohl zu thun, sei niemand zu verargen (II, 20); im Gegenteil, er erklärt mit aller Offenherzigkeit, daß im anderen Falle die Reichen für fich forgen, also den Demos schlecht behandeln würden (I, 16)3). Auch Thukhdides urteilt nicht anders. "Daß ein Staatsmann aus anderen als selbstfüchtigen Beweggründen, aus reiner Baterlandsliebe irgend etwas zu thun fähig fei, ift ihm ein völlig unfaßbarer Gedanke 4)." Daß Sokrates über folche Anschauungen hinauskam, das war eine Folge des Umftandes, daß er nicht von dem allgemeinen Erwerbstrieb seiner Zeit ergriffen war und, jeder attiv politischen Thätigkeit - die Erfüllung ber rechtlichen Bürgerpflichten ausgenommen — abhold 5), in der freien Heranbildung von Jünglingen zu politischer Tüchtigkeit einen größeren Dienst an das Baterland erblickte.

Aber beide Lehren standen nicht auf dem Boden des geltenden Nechts. Nach ihm ist grundsätlich jeder unbescholtene Bürger amtssähig und in ihm ist das Individual= prinzip verwirklicht. Sokrates versucht zwar, seine Lehre mit diesem zu verbinden, indem er aussührt, daß der Staatskundige dadurch, daß er das Ganze fördere, auch seine eigene Shre erhöhe 6), allein immerhin mußten diese Lehren, nachdem damit das Sozialprinzip an die erste Stelle gesetzt war, eine rechtswissenschaftliche Betrachtung der positiven Nechtssordnung hinter Erörterungen über die vernünstigste und zweckmäßigste Umgestaltung derzselben um vieles zurücktreten lassen. So sinden wir zwar in Xenophons Memorabilien sokratische Definitionen des Königtums, der Tyrannis, der Aristokratie, Plutokratie und Demokratie, aber sie weisen nur zum Teil staatsrechtliche Elemente auf.

Wir haben diese Definitionen hier zu besprechen und dürsen dabei, was wichtig ist, auch ihre äußere Fassung als sokratisch ansehen, nachdem dieselben von Xenophon nicht im Laufe der Wiedergabe einer publizistischen Erörterung von Sokrates, sondern als Beispiele sokratischer Dialektik angeführt werden. Sie zeigen Neues gegenüber Serodot. Die Sähe lauten): βασιλείαν δὲ καὶ τυραννίδα άρχὰς μὲν ἀμφοτέρας ἡγεῖτο εἶναι, διαφέρειν δὲ ἀλλήλων ἐνόμιζε, τὴν μὲν γὰρ έκόντων τε τῶν ἀνθρώπων καὶ κατὰ νόμους τῶν πόλεων ἀρχὴν βασιλείαν ἡγεῖτο, τὴν δὲ ἀκόντων τε καὶ μὴ κατὰ νόμους

¹⁾ Siehe Belege bei Beloch S. 430, 438, 535, 542, 548: Erhöhung des Nichtersolbes, Trierarchie und dazu hohe direkte Bermögenssteuern; ferner Eb. Meyer in den Jahrbüchern 1895, S. 717.

²⁾ Siehe hierüber Schöll S. 16.
3) Bgl. Pöhlmann S. 149.
4) Beloch S. 593, 492, 517, Anm. 2; dazu über die Bestechlichkeit als schlimme Folge des Parteikampses Schmidt, Bd. I, S. 261. Ueber den theoretischen Versechter der selbststücklichen Aussebeutung der Staatsgewalt (Kritias) siehe oben S. 24, A. 4, und S. 12, R. 3.

⁵⁾ Zeller II 1, S. 58 u. 225. 6) Xen., Mem. III 7, 2.
7) Sokrates hat ähnlich, wie Protagoras in seinen "Antilogien", ethisch-politische Fragen bialektisch behandelt. Bgl. Comperz S. 372.
8) Xen., Mem. IV 6, 12.

άλλ' ὅπως ὁ ἄργων βούλοιτο τυραννίδα καὶ ὅπου μέν ἐκ τῶν τὰ νόμιμα ἐπιτελούντων αί άργαὶ καθίστανται, ταύτην τὴν πολιτείαν άριστοκρατίαν ἐνόμιζεν εἶναι, ὅπου δ' ἐκ τιμημάτων, πλουτοκρατίαν, όπου δ' εκ πάντων, δημοκρατίαν.

Diese Sate enthalten, rechtlich betrachtet, eine Charakterisierung ber verschiedenen Organisation teils ber Ausübung ber obersten Staatsgewalt teils ber Ausübung ber Amtsgewalt. Das eine ist hinsichtlich Bafileia und Thrannis, das andere hinsichtlich Aristofratie, Plutofratie und Demofratie der Fall.

In der Definition von Bafileia und Thrannis erkennen wir gegenüber der Sophistik bei Serodot sowohl einen Fort-, wie einen Rudschritt der positivrechtlichen Charakterifierung bes Unterschiedes beider. Der eine liegt barin, bag, veranlagt burch bie unterbeffen in der Staatspragis eingetretene Beseitigung bes wechselweisen Gebrauchs von Basileia und Thrannis, das positivrechtlich wesentliche Gegenüber von legitimer und illegitimer Art des Herrschaftserwerbes auch in der Definition der Monarchie zum Ausdruck kommt, freilich nicht in unmittelbarer juristischer Fassung, sondern durch Angabe der ethisch= politischen Wirkung besselben 1). Der ftaatsrechtliche Ruckschritt liegt in der Aufnahme bes Gegensates Gesetzes- und Willfürherrichaft in bie Definition; benn es ist bies nur ein regelmäßig vorhandener Unterschied, der wesentliche Bedeutung nur in politischer Beziehung hat. Der Umftand, daß die zunehmende Ungesetlichkeit ber Regierung bes hippias in Athen die Beranlaffung jum Sturge ber Thrannis geworden mar, hatte in ber politischen Geschichtschreibung Athens babin geführt, in gesetwidrigem Berfahren ein wesentliches Moment der Thrannis zu sehen, ja jede in Gewaltmaßregeln sich er= gehende politische Herrschaft, also auch eine nicht auf monarchischer Grundlage ruhende, als Thrannis zu bezeichnen 2). Das positive Recht war unverändert. Die jüngeren Thrannen hatten nur meist von ihrer rechtlichen Befugnis, gegen die Gesetze zu handeln, häufigeren Gebrauch gemacht. Es erübrigt noch zu konftatieren, daß auch bei Sokrates der andere rechtliche Gegenfatz von Basiksia und ropavvis, welcher in der Herrschaft auß eigenem Rechte bort, aus fremdem Rechte hier besteht, nicht erkennbar wird. Sokrates wird schon durch die Formulierung des Königtums als einer Herrschaft über Freiwillige daran gehindert, indem dieselbe nahe legt, auch die Königsherrschaft als Ausübung eines fremden Rechtes anzusehen.

Was die drei anderen Definitionen angeht, so liegt dem Wortlaute nach in den Unterscheidungsmerkmalen: Aristokratie eine Politia, in welcher die Amtsträger aus den bie Gefege Erfüllenden d. h. Denjenigen, die politische Bildung (επιστήμη) haben, Plutokratie eine solche, in welcher dieselben aus den Wohlhabenden, Demokratie, eine solche, in welcher dieselben aus allen Bürgern "bestellt" werden, eine Unterscheidung verschiedener rechtlicher Arten der Aemterbesetung innerhalb ein und desselben demokratisch verfaßten und regierten Staates vor. Denn bas "Bestellen" weist boch barauf hin, baß bie apyai ihre

¹⁾ Sokrates charakterifiert die Basiksia als eine Herrschaft über Freiwillige, die Thrannis als eine Herrschaft über Unfreiwillige. Damit will nicht gesagt sein, daß die Herrschaft des βασι-λεός auf einer rechtlichen Zustimmung der Unterthanen ruht. Rechtlich hat nach Sokrates (f. S. 26

λεός auf einer rechtlichen Zustimmung der Unterthanen ruht. Rechtlich hat nach Sokrates (f. S. 26 N. 2) der König die Herrschaft inne, weil er das Szepter führt. Aber politisch ruht die βασιλεία auf einer Zustimmung der Unterthanen und ethisch auf freiwilligem Gehorchen, d. h. nicht auf Gehorchen aus Furcht vor der Macht, sondern aus der Ueberzeugung, daß diese Herrschaft sein muß.

2) So läßt Thukhdides (I, 124) Althen von den Korinthern als eine πόλις έν τη Έλλδι τόραννος καθεστηνοία dezeichnet werden (Zeller, Sigungsberichte der Berl. Akad. 1887, II. Halbband, S. 1139) und in einem der Verherrlichung der Mörder des Hipparch gewidmeten, lange noch bei sestlichen Gelagen vorgetragenen Freiheitslied (Veloch S. 332; Meyer S. 797; Treum ann, Die Monarchomachen 1895, S. 42) wird Hipparch als Tyrann bezeichnet (St. τον τόραννον κτανέττην, isovόμους τ' Αθήγας έποιησάτην), obgleich nur Hippias rechtlicher, Hipparch lediglich thastagigen Gewalthaber war. Aristoteles, Staat der Althener, Kap. 18, 1 unterscheidet gut, er neunt Hippias und Hipparch κόριοι των πραγμάτων, aber nur von Hippias laat er: έπιστάτει της άργης. pias und hippard κόριοι των πραγμάτων, aber nur von hippias sagt et: επιστάτει της άρχης.

Sewalt von einem anderen Organ erhalten und dies ist eben der Demog (πάντες) 1), nachbem nicht anzunehmen ift, daß Sokrates als Athener an die Möglichkeit einer Rooptation als Regel dachte. Allein nach dem Zusammenhang mit der voraufgehenden Charakteri= fierung der Monarchie zu schließen, will Sokrates mit diesen Elementen nicht eine Berschiebenheit ber Pringipien ber Alemterbesekung innerhalb ber unmittelbaren Demokratie. sondern Unterschiede in der höchsten Gewalt im Staate, also in den Staatsformen, bezeichnen. In der That ist nun die Folge der Besetzung der Aemter aus Tücktigen ober Reichen, daß die Tuchtigen bezw. Reichen, die Folge ber Besetung ber Aemter aus allen Burgern, daß ber Demos im fozialen Sinne ben höchsten thatsachlichen Ginfluß hat. Sokrates legt also ben Nachbruck nicht auf die rechtliche Herrschaft, sondern auf ben thatsächlich höchsten Ginflug2), er giebt eine politische Einteilung ber Staaten. Gin rechtlich als Demokratie versaßter Staat ist ihm bemnach trok Vorhandenseins einer Ekklesia Aristokratie, wenn die Aemter aus den Tüchtigen besetzt werden. Er gebraucht Demofratie somit in diesem Zusammenhang nicht im ftaatsrechtlichen, sondern wie 3. B. der Berfasser ber pseudogenophontischen Schrift vom Staat ber Athener, im politisch=sozialen Sinne, als thatfächliche Gerrichaft ber Nichtabeligen und Ungebildeten. Alfo bermifchen auch diese Definitionen rechtliche und politische Begriffselemente.

Aber nicht blos durch die Benennung der in der angegebenen Weise sich offen= barenden thatsächlichen Herrschaft der Besitslosen als Demokratie, sondern noch durch etwas Anderes find die sokratischen Definitionen aus rechtlichen Bahnen gekommen. Sokrates bezeichnet die Besetzung der Aemter aus politisch Borgebildeten als eine Besetzung aus folden, welche die Gesetze erfüllen, b. h. nach Gesetzen regieren. Anderer= seits nennt er die basideia eine Herrschaft nach Geseken. So entsteht in der sokratischen Gedankenreihe eine politisch=ethische Wertung der Staaten nach dem Unterschied von gesetzmäßiger und von Willfürherrschaft. Wir find in der Lage, eine sokratische Ginteilung der Staaten in Nechts- und Willfürstaaten zu erkennen, auf der einen Seite die königliche und aristofratische, auf ber anderen die thrannische, plutofratische und bemofratische Regierungsweise3). Der Schwerpunkt liegt bemnach für Sokrates barin, baß gesehmäßig geherricht wird, b. h. also, daß Gebilbete bie Berrichaft inne haben, m. a. 28. im Berussbeamtentum. Darin sieht er das anzustrebende Prinzip. Die Organisation der obersten Rechtsgewalt, die Zahl der rechtlich Herrschenden steht dahinter zurud, denn derjenige herrscht in Wahrheit, ber thatsachlich ben größten Ginfluß, also auch Ginfluß über ben recht= lich oberften Machthaber übt.

Es ist baber falsch, Sokrates als Gegner ber bemokratischen Staatsform überhaupt au bezeichnen. Man⁴) beruft fich hiefur auf Zen. Mem. III, 7, wo Gotrates dem in poli= tischer Wiffenschaft bewanderten Charmides feine Schen vor bem Auftreten in ber Volksversammlung durch den Zuruf zu nehmen sucht: "Du scheuft Dich vor dem unwiffenden und ohnmächtigen Haufen von Walkern, Schustern, Zimmerleuten u. f. w., die nie über ftaatliche Dinge nachgedacht"5), und auf Mem. III, 9, 10, wo es u. A. heißt, wahre Berricher feien auch nicht bie von ben erften Beften b. h. vom Bolke gewählten, woraus man schließt, Sokrates verwerse jede Volkswahl. Allein es ist babei nicht genügend beachtet, daß Sokrates bei der Unterscheidung der drei Aemter-Besetungsweisen von einem nadistasdat spricht. Wem soll dies anders zukommen, als der Ekklesia, nachdem doch,

^{1) &}quot;εκ πάντων".
2) Hiezu Bernatit a. a. D. S. 10 u. 11.
3) Daß die ersten beiden in Sokrates' Gedankenreihe in Verbindung stehen, bas zeigt ber

Umstand, daß er die "staatsmännische Bildung" (τέχνη πολιτική) auch als τέχνη βασιλική bezeichnet (Xen., Mem. II 1, 17, IV 2, 11).

4) Zeller II, S. 167, 221, 225; Windelband S. 59.
5) Pöhlmann I, S. 325.

wie das "ἐν πάντων" zeigt, dieses Bestellen bei allen drei Arten als von dem nämlichen Organe, den "πάντως", außgesend gedacht ist"). Die Volkswahl und die Demokratie als Verfassungsform sollen demnach nicht beseitigt sein; beseitigt sollen nur werden die uneeingeschränkte Bolkswahl und, wie auß Plat. Apol. 31 e hervorgeht, die volle unmittelbare Ausübung der Regierungsgewalt durch das Volk, die unmittelbare Demokratie, die Demokratie als Regierungssorm. Das Volk soll auf die Beamtenwahl und — dürsen wir wohl ergänzen — auf die damit zusammenhängende Rechenschaftslegung beschränkt sein, nicht selbst äρχειν. "Wo das Volk selbst regiere, da sei es ganz unmöglich, daß sich ein Staatsmann, dem es um Recht und Gerechtigkeit zu thun sei, ihm gegenüber behaupte, wo das Volk herrsche, da bleibe einem rechtschaffenen Mann nichts übrig, als sich in den Privatstand zurückzuziehen ")."

Das hauptsächlichste staatsrechtliche Ergebnis der bisherigen Entwicklung ist dieses: Es zeigen sich in dem, was uns Xenophon als sokratische Lehre mitteilt, Ansähe einer doppelten rechtlichen Umerscheidung der Staaten, einer nach der Berschiedenheit der obersten Ausüber der Staatsgewalt und einer nach der Berschiedenheit der Aemtersbesetzungsweise; nur fehlt insolge von Bermischung mit politischer Betrachtung die volle Klarheit, daß es sich dabei um zwei verschiedene Einteilungsgründe handelt. Das Nächste, was vom Standpunkt der Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft aus gewünscht werden mußte, war die Schafsung dieser Klarheit, womit auch das Berhältnis erkannt war, in welchem die beiden Einteilungsgründe zu einander stehen. Freilich, auf eine alsbaldige Ersüllung dieses Wunsches konnte bei einer Fortsetzung der sokratischen Richtung nicht gehofst werden. Nach dem, was diese Lehre in den Vordergrund der politischen Wissenschung zu näherer Erörterung kam, die erste als nebensächlich außer Acht gelassen und so auch ihr Verhältnis zur zweiten Art nicht wissenschaftlich behandelt wurde.

Bweiter Abschnitt: Platon und Demokrit.

I. Rapitel.

Der wissenschaftliche Charafter von Blatons publizistischen Werken im Allgemeinen.

§ 5. Der Staat. Sokrates beide politisch-ethischen Grundlehren fanden ihren kunftvollen Shstematiker in Platon. Wenn Platon (427—347) dieselben in jungen Jahren annahm und als gereister Mann beibehielt, so war der eine Grund hiefür bei ihm der nämliche, wie bei Sokrates, seine Freiheit von wirtschaftlicher Selbstsucht. Sie war auch bei
Platon nicht sowohl eine Folge seiner äußeren (hier sehr günstigen) Vermögensverhältnisse,
denn die hätten ihn, wäre er dem Juge der Zeit gefolgt, in die Bahnen des nach dem Kriege
gewaltig auslebenden Handels und Großgewerbebetriedes führen können, als vielmehr seiner
Charakterstärke. Dies zeigt der Umstand, daß ein Sah, der auch schon bei Sokrates 3)
begegnet, aber gegenüber dem sophistischen Prinzip des individuellen Ruhens noch nicht
zu dominierender Stellung gelangt 4), der Sah, daß das wahre Glück des Menschen

¹⁾ Auch in den bem Ende der sokratischen Zeit angehörenden διαλέξεις ήθιχαί wird nur die Aemterverlosung, nicht die Wahl Geschickter durch das Bolk verworfen (Nr. Ε: "χρή τὸν δαμον αίρετοθαι...").

²⁾ Zeller II, S. 169 u. 225.
3) Xen. Mem. I 4, 13, IV 5, 6.
4) Ueber diesen Widerstreit der beiden Prinzipien bei Sokrates Windelband S. 60; Zeller II, S. 156 ff.

§ 5.

nicht in äußeren Gütern und im Wohlleben, sondern in geistig-sittlicher Tüchtigkeit, in der Ausbildung und Bethätigung der Psyche, der dixacooben als der ethischen Gesamttugend, zu fuchen fei, zum Grund- und Edftein von Platons 1) Ethit und Staatslehre wird. Die andere Bedingung war nicht, wie bei Sokrates, eine innerliche - Abneigung gegen Teilnahme am öffentlichen Leben; wo Platon auf Erfolg rechnen zu dürfen glaubte, war er in staatlichen Dingen praktisch thätig; nur nicht in seiner Baterstadt, in welcher er diese Boraussekung nicht für gegeben hielt, - als vielmehr eine äußere, seine Abstammung aus altabeligem Geschlecht: Die Zugehörigkeit zur Abelsariftokratie ließ ihn an ber eigenen Familie die Herrschaft des Demos fühlen.

Platon verbindet nun in seinem Lebenswerk, wie man die "Politeia", seinen "Staat" wohl bezeichnen darf, denn an ihm hat er schichtenweise durch Jahrzehnte bis in die spätesten Nahre seines Lebens gearbeitet2), die beiben sofratischen Grundlehren von der Notwendigkeit theoretischer Vorbildung für den Epxwv und von dem Gesamtinteresse als bem Brennpunkt aller staatlichen Machtübung und ben von ihm in die vorderste Linie gestellten Sat, daß das Endziel der Glückseligkeit die sittliche Vollkommenheit sei, zu einer neuen Staatstheorie. Wenn ber Staatsmann ben hohen Zwed bes Staates, die Menschen zu Gerechtigkeit zu führen 3), erreichen und, wenn er das Interesse der Gefamtheit über bas Sonderintereffe zu stellen4) vermögen soll, bann muß er berufsmäßig in Theorie und Prazis gebildet d. h. im Sinne Platons Philosoph 5) sein und frei über dem gewöhnlichen Erwerbs= und Wirtschaftsleben 6) stehen, vom Staate seinen Lebens= unterhalt empfangen 7). Solchen Staatsmännern kann bann, benn bie apera ift ein αδέσποτον 8), eine absolute Gewalt anvertraut werden. Es ist somit der absolute, dem Sozialprinzip 9) dienende Staat des berufsmäßigen und besoldeten Beamtentumg 10), den uns Platon in diesen Sätzen als das zu erstrebende Ideal vorführt.

In einem Punkt geht Platon über Sokrates noch hinaus. Er verwirft die Demokratie auch als Verfassungssorm. Seine Versassungs und Regierungssorm zugleich ist die Herrschaft eines ober mehrerer Staatsmänner, also Monarchie ober Aristokratie. Die Zahl der Regierenden ist unwesentlich 11), die Hauptsache ist die Arete, die bei Einem oder Mehreren vorhanden zu sein vermag. Man 12) hat zwar versucht, aus einer Ausführung Platons 13) — fie lautet dahin, daß in seinem Staat kraft der den Beherrschten

1) Platon, Pol. VII, 514ff., IV, 430d; Gefege V, 742e; hiezu Zeller II, 1, S. 871ff.; Pohlmann I, S. 284; Windelband S. 97.

3) Staat IV 430 d u. 420 b. 5) Ebenda IV 421 a.
4) V, 473 d. Also bildet Platons Schule, die Afademie, die Leute hiefür; siehe auch Natorp S. 155.

7) V, 463 b. 8) X, 617 e. 9) Dietzel in der cit. Zeitschrift S. 398.

10) Siehe Pöhlmann I, S. 271, 274, 278, 411 und auch Elster im Handwirterbuch der Staatswissenschaften, Bd. V, S. 154 ff. Natorp (S. 168 u. 157) bezeichnet die Absicht Platons a. a. O. S. 168 dahin, er wollte den vorhandenen Militär- und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaften der Vorhandenen Militär- und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaften der Vorhandenen Wilker und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaften der Vorhandenen Militär- und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaften der Vorhandenen Wilker und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaften der Vorhandenen Wilker und Besignadel in der cit. Zeitschrift Schlieben der Vorhandenen Wilker und Besignadel in der cit. Zeitschrift Schlieben der Vorhandenen Wilker und Besignadel in der cit. Zeitschrift Schlieben der Vorhandenen Wilker und Vorhandenen Wilker und Besignadel in einen Abel der Gestaatswissenschaft der Vorhandenen Wilker und Vorhandenen sinnung und wissenschaftlichen Bildung verwandeln. Siehe auch Dillhen I, S. 285; Die gel,

²⁾ Windelband G. 79. Diegel hebt in ber cit. Zeitschr. G. 389 baber mit Recht hervor, daß die Politeia in Platons Leben eine ahnliche Rolle gespielt habe, wie der Fauft im Leben Gothes. Ratorp im Archiv für soziale Gesetzgebung, Bb. VIII, S. 160 mit 155 bagegen meint, Staat und Gefete feien um ein Menschenalter getrennt.

⁶⁾ III, 415a; baher auch Guter- und Weibergemeinschaft ber Staatsorgane. Reiner foll Sondereigen haben, denn die Tugend leibet darunter (vgl. Diegel im Handwörterbuch S. 568 und in der genannten Zeitschrift S. 392, 393, 399).

Beitschrift S. 390 u. 395.

11) Platon, Dialog Politikos 293a; Staat IV 445 d, 428e, 428d, VI 488a, 493e, 496a.
Platon bezeichnet daher (unrichtig Zeller II, 1 S. 900) diesen Staat bald als Aristokratie (VIII, 544e mit IV, 445d), bald als βασιλεία (IX, 580b, 576d und e, 587).

12) van Krieken, die sog. organische Staatstheorie, 1873, S. 16.

¹³⁾ IV, 431d, 432a, 442d.

innewohnenden zwzoozóvy dieselbe Meinung zwischen den Regierenden und den Regierten barüber bestehe, wer herrichen folle, - ben Gebanten einer Repräsentation, also einer mittelbaren Demokratie herauszulesen, allein diese houwwia, diese budvoia zwischen den Befferen und Schlechteren, b. f. zwischen ben Gebilbeten und Ungebilbeten, wie biefe Meinungsgleichheit im Weiteren 1) noch genannt wird, weist nicht auf eine rechtliche Uebertragung ber Herrichaft Ceitens ber Menge hin, sie will nur die ethisch-politische Rechtfertigung ber Freiwilligkeit bes Gehorsams ber Unterthanen bebeuten, Die freiwillig gehorchen, nicht, weil die Berrichaft über fie auf ihren Willen gurudführt, sondern weil es ihrer Ginficht, ihrer Besonnenheit entspricht, bag ber Gebildete, ber Starke, ber Mächtige herriche. Rechtlich betrachtet, steht Platons Staat im schärsten Gegensat zur demokratischen Verfassung. In ihm2) ist alles, was nicht Staatsorgan, was nicht zu den Trägern der Staatsgewalt und zu den höheren Beamten (2000ves) ober zu den Hilfs= und Vollstreckungsorganen (pódanes, exinoupor) gehört, "politischen Rechtes" 3) bar. Der Landbauer und ber Sandel- und Gewerbetreibende, fie find nur einfache Staatsangehörige ober, wenn wir, um uns Platon anzuschliegen, ben weiteren Burgerbegriff b. h. Bürger = Staatsangehöriger4) gebrauchen, Passibbürger5). Die Zovoves, die Leiter des Staates, erganzen sich durch Rooptation 6).

Wie diese kurze Besprechung ergibt, steht dieser Staat der platonischen Politeia bem positiv geltenden Rechte Athens jener Zeit, bas, von ben Unterbrechungen am Ende bes peloponnesischen Krieges abgesehen, nach wie vor auf bemokratischen Berfassungs= und Regierungsprinzipien beruhte, biametral gegenüber. Dort die bem Individualprinzip dienende unmittelbare Volksherrschaft?), hier der absolute Polizeistaat monarchischer oder ariftokratifcher Berfaffung, bort ein Laien-, hier ein Berufsbeamtentum. Trobbem mare an sich auch hier bentbar, bag bie Wiffenschaft bes positiven Rechtes in biesem Werke zu ihrem Teile Forderung fande, nachdem bie Politeia nicht einen Staat neu gründen, sondern nur den bestehenden, auch nach Platon auf einer Bersammlung !) ber Individuen, also auf bem Individualpringip aufgebauten Staat neu einrichten, reformieren will 9) und so eine Erörterung ber bestehenden Staatsrechtsordnung im Wege ber Rritik nahe lag, allein die Reform, welche fich Platon zum Borwurf nimmt, ist in erster Reihe eine sittliche. Die Boliteia, d. h. die Ordnung, die Platon dem Staate zu geben gedenkt -- er nennt es πόλιν κατασκευάζειν 10) - ist weniger eine rechtliche Versassungs= und Staatsdienstordnung, als eine Sittenordnung zur Verwirklichung der alle anderen Tugenben umfassenden Tugend der Gerechtigkeit.

Daß die ethische Betrachtung alles Andere beherrscht, zeigt die Charakterisierung der Staatsnatur und der Staatssormen. Der Staat erscheint nicht juristisch, aber sittlich als Einheit, als Individuum. Juristisch ist der Staat ein gesellschaftlicher Berbindungszustand, eine 2012wisch, eine \$65xasis, und — ganz protagorisch — ein

IV, 431 e, 432 a.
 III, 415 a.
 Windelband S. 98.
 VIII, 544 d: οί ἐν πόλεσιν.

^{5) 1411, 410}a.
5) 463a, 417h, 416a. Sie find ausgeschlossen, weil Platon in der Erwerbsarbeit einen Antried zu egoistischer Seminnsucht sieht. Man vergegenwärtige sich dem gegenüber die Bedeutung von Großbetrieb, Technif und Großhandel zu Platons Zeit. Selbst dei aristokratischer Staaksaussallung galt im praktischen Leben nur Kleinbetrieb als mit politischen Rechten unvereinbar. Siehe auch Natorp a. a. D. S. 168, Comperz S. 465 und Ed. Meher in Conrad's Jahrbüchern S. 718.

⁶⁾ VIII 546 d: καταστήσονται τοὺς ἀρίστους οἱ πρότεροι.

⁷⁾ Eine Satire auf das Extrem berselben die Etklefiazusen bes Aristophanes (Die gel, Zeit-

schrift S. 398 u. 400).
8) II 369c. Anderer Meinung Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht, III. Bb., 1881, S. 13 N. 13.

⁹⁾ V, 473d, VI 499b.

¹⁰⁾ VIII, 557 d.

ξόνδεσμος ¹), ethisch ²) ift der Staat "ähnlich dem Einzelmenschen" ³). Der Staat wird als der beste bezeichnet, welcher dem einzelnen Menschen am nächsten kommt. Und die Einteilung der Staatssormen gründet sich nicht rechtlich auf Unterschiede in der Zahl der obersten Ausüber der Staatsgewalt oder in der Zusammensehung der Behörden oder politisch auf das Maß der Tauglichseit der einzelnen Personenklassen für die Ersüllung der Staatsausgaben, sondern auf die Sinnesart der Staatseinwohner ⁴), die, "wohin sie den Ausschlag giebt, alles andere nach sich zieht". Die einzige "richtige" Staatssorm ist der Staat der Staatsmänner, der Philosophen. Ihm werden vier nach ethisch=psihchoslogischer Beurteilung entartete Formen gegenübergestellt, die dem streitsüchtigen und ehrebegierigen Menschen entsprechende Timokratie, das erblich gewordene Geschlechterregiment, die der materiellen Begehrlichseit des Individuums konforme Oligarchie als Herrschaft der Neichen, die Gerrschaft der Besitzlosen als Ebenbild der zügeklosesten Freiheit, die der rohen Gewalt entsprechende Zwingherrschaft der Tyrannis⁵), dazu Mittelstusen, wie die Ohnasteia, die erblich gewordene Tyrannis, das käusliche Königtum⁶).

Neben dieser ethischen Einrichtung des Staates treten in der Politeia alle anderen Betrachtungsweisen bes Staatslebens zurud. Am meisten kommt noch bie philosophische Betrachtung, insbefondere die geschichtsphilosophische zur Geltung, so bei ber Erörterung bes Ursprungs der Gerechtigkeit7), und besonders in den hervorragenden Ausführungen über die Entstehung der entarteten Staatsformen 8). Nur ganz verstreut finden sich auch Bemerkungen, die sich teils als politisch, teils als ftaatsrechtlich bezeichnen lassen, solche ersterer Art besonders in den Kapiteln, welche von dem Anteil handeln, den die drei Stände im Staate9) an der Gerechtigkeit haben 10), folche der zweiten Art zum Teil eben= falls in diesen Rapiteln, vorwiegend aber in den Erörterungen über die verfehlten Politien. Eine für die Geschichte der staatsrechtlichen Theorie sehr wichtige Lehre, beren erste klare Formulierung wir dem Staate Platons verdanken, die der Unterscheidung von überlegender und ausführender Staatsgewalt, wird später des näheren besprochen werben. hier fei als auf Beispiele von Aeußerungen auch ftaatsrechtlichen Gehaltes hin= gewiesen auf Bemerkungen, wie die, daß das auszeichnende Moment ber Oligarchie ber Zensus (από τιμημάτων) sei, oder daß die Demokratie entstehe, wenn die Armen, nachdem fie obsiegten, die Anhänger ber anderen Parteien teils töten, teils verjagen, den übrigen aber gleichen Anteil an ben Burgerrechten und ben Memtern gewähren und bie Uemter der Regel nach durch Los besetzt werden, sowie, daß in der Demokratie "Freiheit bie Fülle herrsche und Redefreiheit und das Recht zu thun, was man wolle" 11). Es find das Aeußerungen von nur beiläufig staatsrechtlichem Inhalt, immerhin zeigen fie bas eine, daß auch bei Blaton für die Unterscheibung ber Staaten auch andere Merk-

2) Wie Sierke III, S. 14 es ausdrückt: "Die ganze platonische Staatslehre beruht auf einer anthropomorphischen Uebertragung der platonischen Psychologie und Ethik auf das Gemein-wesen".

¹⁾ II, 371b, VIII, 546a, VII, 519e.

³⁾ IX, 577e, V, 462c, II, 368e, IV, 435 (wo der Staat gerecht, besonnen, tadser, weise genannt wird), IX 576c. Der Staat soll von einheitlichem, sittlichem Geiste erfüllt, in diesem Sinne "einer" sein. Ist das nicht der Fall, dann sind in diesem Sinne im Staate mehrere Staaten vorhanden: έχομεν οδν τι μεζον κακόν πόλει ἡ ἐκεῖνο, δ ἄν αὐτὴν διασπά καὶ ποιή πολλάς ἀντὶ μιάς; ἡ μείζον άγαθὸν τοῦ δ ἄν ξυνδή καὶ ποιή μίαν; (462a, 422e, 423, 551d; Gierte III, S. 15, 9t. 22).

⁴⁾ ἐκ τῶν ἡθῶν τῶν ἐν ταῖς πόλεσιν (VIII, 544 d tt. 548 d).

⁵⁾ VIII, 544 ff. und hierzu Bentel G. 57 ff.

^{6) 544} d. 7) II, 358 ff.

⁸⁾ VIII, 545 ff.
9) ἄρχοντες, φύλακες μπό γεωργοί καὶ δημιουργοί.

¹⁰⁾ IV, Rap. 6-19.

male als die der Zahl der Träger und Ausüber der oberften Staatsgewalt benükt werben, die Berichiedenheit der Bestellung der Amtsgewalt, das Gleichheits= und Frei= heitsprinzip der Demokratie.

§ 6. Die Gesehe. An seinem Ideal hielt Platon bis zum Ende seiner Tage fest 1). Aber die Erfahrungen des Lebens, insbesondere diejenigen am hofe des alteren und jungeren Dionyfius von Sprakus2), in welch' beiden er vergeblich die Werkzeuge zur Verwirklichung seines Bealstaates gesucht hatte, veranlagten ihn noch im Greisenalter bem Bealbild einen anderen, leichter in die Wirklichkeit umzusekenden Staatenentwurf gur Seite gu ftellen3), das Bild eines zweitbesten4) Staates, den Staat der "Gesetze"5).

Die Geseke, die nicht blos die Lehre von der Staatseinrichtung weiter als die Boliteia fassen 6), soudern neben dieser Lehre auch von der besten Staatengründung?) handeln, find ihrer wissenschaftlichen Rategorie nach ebensowenia, wie die Politeia, ein staatsrechtliches Werk, andererseits aber auch kein vorwiegend ethisch-philosophisches, fie gehören vielmehr in erster Linie bem Gebiete ber theoretischen Bolitik an. Bon ber zwedmäßigsten Art ber Begründung, Organisation und materiellen Gesetzgebung eines Staates handelt das Buch. In nichts zeigt sich das Zurücktreten ethisch=philo= sophischer Betrachtung mehr als in ben Vorschlägen über bie Art ber Aemterbesetzung und in der hiezu gegebenen Begründung.

Der Gesekesstaat ist nicht, wie der Staat der Republit, rechtlich betrachtet, Ariftokratie, sondern Volksherrschaft. Die Behörden werden durch Volkswahl bestellt. In ber Wahl fieht Blaton bas Mittel, bas logifch-ethische Bringip ber qualitativen Gleichheit, d. h. der wahren Gerechtigkeit, welche die Aemter nach Tüchtigkeit vergiebt, dur rechtlichen Anerkennung zu bringen. Nichtsbestoweniger verbindet er mit dem Wahl= ben Berlofungsmodus, der Ungleichen Gleiches zuteilt, und der Grund hiefür ift die "Ungufriebenheit ber Menge" (wenn "fich ber Staat nicht von einem feiner Teile bes Aufruhrs versehen wolle")8) oder, wie es an anderer Stelle heißt, die Bestellung der Briefter und Briefterinnen muffe teils burch Wahl, teils burch Los erfolgen, bamit man δήμον καὶ μή δήμον πρός φιλίαν perbinde⁹).

2) hierüber Natorp a. a. D. S. 153ff. und dazu ber bekannte Sag Platons (V 473c), sein Ibeal murbe nicht blos verwirklicht, wenn Philosophen Könige, sondern auch wenn Könige Philosophen murben.

3) Er muß gestehen, daß sich die Bilbung, gedosogia, welche er in seiner Politeia zur Borbedingung ber Berrichaftsfuhrung machte, fich nur bei Göttern und Götterföhnen finden laffe (Gef. V, 739 d).

4) Es lag in Platons Abficht, wenn ihm Gott bas Leben erhalte, auch noch einen brittbeften

Staat zu entwerfen (Ges. V, 739e).
5) Zitiert Buch 1—6 nach Schanz (1889), 7—12 nach Stallbaum 1859 u. 1860.
6) Sie enthalten, was die Regelung der materiellen Thätigkeit des Staates angeht, außer bem Berwaltungsrecht bes Staatsbienftes auch bas Berwaltungsrecht ber Unterthanen nebst Straf-, Privat= und Prozekrecht.

7) κατοίκισις IV, 707 e. 8) VI, 758e. 9) 759 b. Bgl. ferner die ahnliche, intereffante Begrundung der Einteilung des Bolfes in Bermögensklassen in Bezug auf staatsbürgerliche Rechte und Pflichten in V, 744b und die politische Begründung der Teilnahme des Voskes an der Gerichtsbarkeit in VI, 768. Damit die Staatsangehörigen, was Staatswürden, Stenern und Verteilungen (Staatsspenden) angeht, nicht in Zwist geraten, sei solche Abstusung erforderlich. Zeder solle das ihm Zukommende nicht blos nach eigener und seiner Ahnen Tücktigkeit oder seiner körperlichen Kraft und Wohlgestaltetheit gemäß, sondern auch in Berücksichtigung von Keichtum und Armut aufs Gleichse in ungleicher, verhältnismäßiger

¹⁾ Burbe irgend einmal, fagt er Nomoi IX, 875, ein von Natur geschickter Menich, nach gottlicher Fugung hierzu geboren, im Stande fein, zu erkennen, bag bas Gefamt- bem Gigenintereffe vorgeht, bann bedürfte es keiner über ihn herrschenden Gesetze, benn die επιστήμη steht über Gesetz und Versassung und es ist nicht bem göttlichen Willen gemäß, daß der Geist, wenn er seiner Natur nach ein wahrhaft freier ift, in irgend etwas unterthan fei, sondern vielmehr, daß er alles beherriche.

Wie wenig zweitens das Werk nach seiner Grundanlage staatsrechtliche Natur an fich trägt, das zeigen der Verfassungsaufbau1) und die Ausführungen über die Einteilung der Staatsarten und über die Staatsprinzipien.

Der Staat der Romoi ift, wenn wir ihn modern bestimmen wollen, staatsrecht= lich ein Rechtsstaat mit dem eudämonistischen Pringip des Polizeistaats und bemokratischer Verfassung, sozialpolitisch eine Wenigerherrschaft.

Um mit Letterem zu beginnen, fo find im Gesekesstaat die Sandel- und Gewerbetreibenden von der Staatsangehörigkeit ausgenommen, nur als Metoken oder lediglich vorübergehend anwesende Fremde zugelassen2); Sändler und Sandwerker bildeten aber in Athen zu Blatons Zeit die Mehrzahl der Freien, nachdem Athen feit langem ben außgesprochenen Charafter eines Sandels= und Industriestaates angenommen und der pelo= ponnefische Rrieg die Zahl ber Grundbefiger in bauernder Weise start vermindert hatte.

Was die staatsrechtliche Betrachtung des Gesetzesftaates angeht, so ist einerseits weitgehende Bevormundung des Individuums vorhanden 3). Andererseits stehen die Regierenden aber doch nicht über, sondern unter bem Gesetz, sind "Diener", "Sklaven" begielben4). Der Verfassungs= und Regierungsform nach unterscheidet der Gesekesstaat amischen einer anfänglichen und einer befinitiven Staatsform, die Berfassung vor und bie Verfassung nach dem Zuftandekommen der eine gewisse Entwicklung des Staats= lebens voraussetzenden "nächtlichen Versammlung" 5). Der Verfassung nach ist die Staats= form immer demokratisch, d. h. Träger der Staatsgewalt die wirkliche oder vorgestellte Eftlefia. Der Regierungsform nach ift ber Staat ber Nomoi querft beichränkt bemotratisch, nachher unbeschränkt aristokratisch, Berfassungs= und Regierungsform zusammen= gefaßt, der Staat also zuerft eine unmittelbare, dann eine repräsentative Demokratie.

Daß die Ektlesia Trägerin der Staatsgewalt ist, entnehmen wir daraus, daß alle höheren Beamten direkt oder indirekt aus Bolkswahl hervorgehen, zum Teil allerdings unter Verbindung mit dem Losprinzip⁶). An der Wahl der 37 νομοφόλακες oder άρχοντες im engeren Sinn 7) 3. B. haben alle teil, welche Reiter= oder Fußtruppen= waffen tragen und in den ihrem Alter entsprechenden Heeresabteilungen Kriegsdienste thun8), an der Wahl des Rates alle Burger, nur, daß in Berückfichtigung der Ber= mögensunterschiede Alassenwahl stattfindet. Zu dieser Wahlthätigkeit der Ekklesia 9) tritt bann noch in ber provisorischen Berfassung eine Beteiligung an ber Abanberung bestehender Gesetze, welche nur abgeändert werden dürfen, wenn alle Regierenden, alle geiftlichen Behörden 10) und bas "gange Bolt" zustimmen, und bann eine Gerichtsbarkeit über Staatsverbrechen 11). Gine umfangreiche Ausübung der Staatsgewalt kommt dem "Demos" als solchem, der "Menge" (τὸ πληθος) 12), nicht zu, denn die Menge ist "nicht imstande, rasch zu handeln (πράττειν), wo Wacht not thut". Die Ausübung der Staats=

Beise erhalten. Und andererseits: An der Aburteilung über Staatsverbrechen musse das Bolk teil haben, weil, wenn sich jemand gegen den Staat vergehe, Allen Unrecht widersahre; und an der Entsscheidung von Privatprozessen mußten soviel wie möglich Alle teil haben, weil, wer nicht des Rechtes, Mitrichter zu sein, teilhaftig sei, glaube, er habe überhaupt keinen Anteil mehr an der Staatsgewalt.

¹⁾ κατάστασις πολιτείας (VIII, 832d), αιφ κόσμος πολιτείας (VI, 751a).
2) VIII, 848, XI, 920.
3) Bgl. hierüber Pöhlmann I, S. 517—547. Um nur Eines anzuführen, jo forgt Platon u. A. dafür, daß zum Zweck erleichterter Anbahnung ehelicher Verbindungen hinreichend gesellige Bereinigungen stattfinden (VI, 771).

⁵⁾ σύλλογος νυκτερινός (ΧΙΙ, 968a). 4) IV, 715c u. d. 6) Siehe das Nähere Pohlmann I, S. 549ff.

⁷⁾ VI, 752d, 754e, VI, 753b, 764a. 9) VI, 764a.

⁸⁾ VI, 753b. 10) Pohlmann S. 548. 11) 772 d u. 768 a. 12) 768 a.

^{3*}

gewalt liegt vielmehr im Uebrigen in der Sand der apyai. Das oberfte Gesetzgebungs= organ, teils felbständig, teils zusammen mit anderen Behörben und bem Bolte 1), und die oberfte Berwaltungsbehörde2), beren Zuständigkeit zu einem großen Teil genau um= schrieben ift 3) und beren Mitglieber zugleich bem oberften Kriminalgerichtshof angehören 4), ift das Kollegium der Gesetswächter. In ihrem Wirkungstreis von diesen unabhängig find die Euthynen⁵), modern ausgedrückt der Disziplinargerichts= und oberfter Rech= nungshof, vor welchem alle Beamten, auch die Gesetzeswächter, bei Ablauf ihrer Amtszeit Rechenschaft abzulegen haben. Hiezu kommt noch der Rat der 360, berufen insbesondere gur Ausübung ber Polizei ber Boltsbewegungen und gur Bermittlung bes Berkehrs mit den Vertretern fremder Staaten.

Die definitive, erst bei Vorhandensein entsprechend herangebildeter Aräfte mögliche Verfaffung entsteht durch Hinzutritt ber "nächtlichen Versammlung", wie die Behörde nach ber Zeit ihrer Zusammentunst, σύλλογος των περί νόμων έποπτευόντων, wie sie nach ihrer Thätigkeit genannt wird 6). Sie hat zur Aufgabe, die Richtung aller Staats= thätigkeit auf den Staatszweck 7), die Erreichung der aperig zu garantieren, und die Befugnis, ganz allgemein burch όραν, βουλεύεσθαι 8) und συντάττεσθαι 9) guf biefes τέλος hinzuwirken. Wenn er eingerichtet ift, find Ekklesia und Gesetzeswächter zc. wohl noch regelmäßige Amtsorgane, aber nicht mehr die oberften, benn ihm ist die Staatsgewalt zu übergeben 10).

Man wurde nun in Platons Gesetzen vergeblich nach Beweisen für alles Vorstehenbe, vergeblich Erörterungen über rechtliche Berfaffungs- und Regierungsform, über bas rechtliche Berhältnis ber Behörben zu einander suchen. Juriftisch genommen, würden Platons Ausführungen zu ganz anderen Resultaten führen. Platon stellt die Wahl und Kompetenz der vouopodanes voran, dann folgt die Wehrverfassung, dann bie Zusammensekung und Bestellung des Rates, bann bie Gruppe ber geiftlichen Behörden, die Organisation der unteren Berwaltungsamter, die Gerichtsverfassung u. f. m., bis enblich am Schluffe des ganzen Werkes, also erft, nachdem das materielle Recht ent= worfen, der nächtliche Rat, der "Anter des Staates", wie er auch genannt wird 11), seine Behandlung findet. Die Boltsversammlung wird nur gang beiläufig erwähnt, gunächft ba, wo von ben Marktaufsehern, also von Unterstellen die Rede ist, und hier nur, um zu sagen, daß fie besuchen kann, wer will, und eine Erscheinenspflicht ber Regel nach lediglich für die ersten Zensusklassen besteht 12), dann bei den Bestimmungen über Beamtenwahl und Gerichtsverfaffung und endlich bei der Organisation der Gesetzgebung, wo fie nur als Gehilfin der Gesetzwächter Erwähnung findet. Dieselben hatten alle übrigen Behörden, das Volk und die Orakel zu Rate zu ziehen 18). Der Schwerpunkt liegt bei Platon also auf den Behörden und er giebt dem noch wortdeutlichen Ausdruck, wenn er als das Erfte bei der Staatsorganisation die Einrichtung und Besetzung der Amtsftellen und die Beftimmung ihrer Zuftandigkeit bezeichnet 14). Wenn wir bennoch jagen, Platons Gesekesstaat beruhe rechtlich auf ber Volkssouveranetät, so konnen wir dies

¹⁾ VI, 770 a, 772 a.

³⁾ Pöhlmann S. 554.

⁵⁾ XII, 945 b

⁷⁾ σχόπος πολιτικός (XII 963 a, 962 a).

²⁾ XII, 959 d.4) VI, 767 c.6) XII, 961, 951 d.

⁸⁾ hier = beraten (964e).

^{9) 965}b. Näher über ben Rat Pohlmann I, G. 557ff.

¹⁰⁾ παραδοτέον τὴν πόλιν (969 b); πόλις heißt ja nicht bloß Stadt und Staat und Bürgerrecht, sondern auch Staatsgewalt; vgl. 3. B. τῆς πόλεως οὐ μέτοχος in VI, 768 b, von einem Bürger gebraucht, ber nicht berechtigt ift, an ber Bollsgerichtsbarkeit teilzunehmen (oben S. 34 D. 9).

¹¹⁾ XII 961 c. 13) 772 d. 12) VI 764. 14) 751 a.

nur auf von uns felbstgesammelte Beweisstellen gründen, wie folche in den unmittelbar vorausgehenden Ausführungen angedeutet wurden 1).

§ 6.

Platons Aufbau der Staatsorganisation der vouor erklärt sich rein politisch. In der mittelbaren Demokratie besteht ein scharfes Gegenüber von thatsachlicher und rechtlicher Macht. Thatsächlich, also politisch treten die Behörden viel stärker hervor, als bas Bolt. Die Zusammensehung bes nächtlichen Rates aus ben zehn ältesten Geseheswächtern, den Mitgliedern des Rechenschaftsrates, den gegenwärtigen und den früheren Leitern bes Erziehungswesens und aus durch Reisen erfahrenen Männern, welche durch Rooptation Seitens ber beamteten Mitglieder aufgenommen werden, verleiht bem Urteil bes Rates fo hohe Rraft, daß hinter ihm die Etklefia verschwindet. Politisch, aber nicht rechtlich fteht fomit biese als eventuell und befinitiv gedachte zweite Berfaffung ber Nomoi dem Staate der Politeia gleich. Und ebenso läßt sich nur politisch erklären, wie Platon neben ben Euthynen, die er als two aprovid aprovides bezeichnet2), doch noch das Amt der Gesekeswächter als appin persorn3) zu charakterisieren vermag, nachdem er das Kollegium der Euthynen nicht als eine richterliche Behörde von den übrigen apyai ausscheidet 4).

Ebenso ergeben die Ausführungen über die Staatsarten, daß wir es in erster Linie mit einem politischen Werke zu thun haben. Ware dies nicht der Fall, so mußte Platon einer Reihe von logischen Fehlern beschulbigt werden.

Platon nennt als die "herrschende" 5) Einteilung der "Politien" diejenige in fünf είδη πολιτειών: Demokratie, Oligarchie, Aristokratie, Basileia und Thrannis, und als bas Einteilungsprinzip bezeichnet er bas αράτος τοῦ δεσπότου 6), d. h. die Verschiedenheit ber Organisation ber Ausübung ber obersten Staatsgewalt. Wenn Platon nun diesen Einteilungsgrund verwirft und bemerkt, diese fünf Staatsformen seien überhaupt keine πολιτεΐαι, d. h. keine Staatsordnungen, sondern staatliche Niederlassungen, welche von einem Teil ihrer Angehörigen fich beherrschen und fnechten lassen 7), so will Platon die Einteilung nach bem oberften Ausüber ber Staatsgewalt in keiner Weise ftaatsrechtlich würdigen, sondern vielmehr fagen, die genannten Staatsformen seien unzwedmäßig und bas zu Grunde liegende Einteilungsprinzip für bie beste Erreichung bes Staatszweckes nicht von primärer Bedeutung. Dag er nicht ersteres will, bas entnehmen wir baraus, bağ er selbst wiederholt die Staaten nach diesem fundamentum divisionis der Zahl der

¹⁾ Die wichtigsten Aemter erhalten ihren Amtsauftrag vom πλήθος, δήμος = ενκλησία. Dies gilt sogar von der "nächtlichen Bersammlung". Es ist das nicht darauf zu gründen, daß bieses Organ in seiner Zusammensetzung und Zuständigseit im Berhältnis zu den übrigen zu wenig scharf bestimmt ist — die Zahl der Mitglieder ist seine seste die Zusammensetzung XII, 951 und Pöhlmann I, S. 557) und die Thätigseit nur durch ein σωζειν την πόλιν (insbesondere τοδς νόμος) mittelst δράν, βουλεύσσθαι und επιτάττεσθαι (968a, 964e) umschrieden —, denn Platon sagt ausdrücklich, daß man die Kompetenz des nächtlichen Kates erst, wenn er bestellt sei, regeln könne. Es läge somit in dieser Unbestimmtheit kein Hindernis, einen Uebergang der Souveränetät vom Kalf auf den Rat wegen des παραδοτέον τούτω την πόλιν (969b) anzumehmen. Ausschlagebend Bolf auf den Rat wegen des παραδοτέον τούτω την πόλιν (969b) anzunehmen. Ausschlaggebend ift vielmehr, daß ber nächtliche Rat in erfter Linie aus Gewählten und zwar aus gewählten Beamten zusammengesett, ein σύλλογος των άρχόντων (968a) ist. Die Beamten sühren aber, wie wir gesehen haben, die rechtliche Quelle ihrer Kraft auf direkte oder indirekte Bolkswahl zurück. Die Mitglieder bes nächtlichen Rates find nur, "gleich Königen", frei von rechtlicher Verantwortlichkeit (761 e), die Bolkswahl ift nicht, wie bei monarchischer Versassungsform, nur ein Mittel zur Schaffung des Trägers

ber Staatsgewalt, sondern Delegation der Ausübung der Staatsgewalt seitens ihres Trägers.

2) XII, 945 c.

3) V, 740 d.

4) Wenn auch das Amt des Erziehungsministers άρχη των εν τη πόλει άκροτάτων άρχων πολδ μεγίστη genannt wird (VI, 765 e), so will damit zweisellos nur der Grad der Wichtigkeit nicht der hierarchischen Höhe gefennzeichnet werden.

5) IV, 714 b: "δί πολλοί"; 712 c. Wer die Vertreter dieser Meinung, darüber § 15.

6) IV, 713a.

^{7) 712} e: πόλεων δε οἰχήσεις δεσποζομένων τε καὶ δουλευουσῶν μέρεσιν έαυτῶν τισι.

oberften Ausüber ber Staatsgewalt unterscheibet 1). Daß es auf ber anderen Seite ihre Unzwedmäßigteit ift, um berentwillen Platon biefen Staatsformen ben Charafter von Politien abspricht, das zeigt die Begründung, die er hiefür gibt. Platon fagt, wenn man eine Politeia nach dem αράτος τοῦ δεσπότου benennen wolle, so könne dieselbe nur nach Gott benannt werben, ber allein ein Cewaltherricher im mahren Sinne gegenüber Menichen fei, — τοῦ ἀληθῶς τῶν νοῦν ἐχόντων δεσπόζοντος θεοῦ 2). \mathfrak{P} laton legt fomit, wie wir sehen, ben Nachbruck auf die Außbrücke δεσπότης, δεσπόζεσθαι, δουλεύειν. Es sind ihm also die fünf genannten Staatsformen solche Staaten, in welchen der Staatsangehörige nur unter Gewalt fteht, nur Objekt einer Gewalt ift, teine Freiheitssphäre hat, m. a. 20. absolute Willkürherrschaften, dovastesau⁸). Zweckmäßigerweise aber, dies ist der weitere Gebankengang, fteht eine folch abfolute Gewalt nur einem Gotte, keinem Menschen gu, benn in der Sand von Menschen wird sie im einseitigen Interesse des Gewalthabenden geübt, absolute menschliche Gewalt ist selbstsüchtige Gewalt, auch ist der Gehorsam unter einer solchen kein freiwilliger, sondern lediglich ein auf Furcht vor Gewalt gegründeter. Staaten, wo absolute Gewalt in der Hand von Menschen liegt, sind keine Politien, sondern Stafiotien, nicht Orbnungs-, fondern Barteieinrichtungen4). Die Ausführung geugt von hervorragender Beobachtung des wirklich gegebenen Staatslebens. Was dem Staate fehlte 5), war ein nur auf das Gemeinwohl bedachtes Beamtentum 6). Positiv kommt bann Blaton zu bem Sak?): bem Gesammtwohl kann eine menschliche Staatsgewalt nur bienen, wenn sie rechtlich beschränkt ist; auch wer erkennt, daß die Staatskunst bas nowo, nicht δας ίδιον, zur Richtschnur nehmen muß, kann, wenn er ανοπεύθονος und αὐτοκράτωρ ift, nach ber Schwäche ber menschlichen Ratur nicht laffen, bem Sondervorteil und ber Selbstsucht zu fröhnen; darum muß er an Gesetze, die das nowov verwirklichen, gebunden werben ober, wie Platon, um im vorausgehenden Gedankenkreis zu bleiben, fagt, lediglich bas Geset kann δεσπότης sein, die Regierenden bagegen sind δοδλοι8) desselben. So tritt bei Platon ein anderer Gedanke in die erste Linie: "Notwendig sind dem Menschen Geseke" 9); ein Staat, in dem Gesetze herrschen, ist gerettet, ein Staat, in welchem nicht Gesetze die Herrschaft haben, ist dem Untergang geweiht. Wir ziehen aber hieraus noch ben anderen Sag: Es kommt darauf an, ob ein Staat Rechtsftaat ift; nur der Rechtsstaat ist Politie; gleichgiltig ist, wie es mit ber Organisation ber obersten Staatsgewalt bestellt, ob sie Ein=, Mehr= oder Vielherrschaft ift. Das der Erundgedanke von Platons Ausführungen über die είδη πολιτειών, wir feben, er ift politischen Charakters.

Dieser lette Sat, den wir aus Platons Ausführungen durch Schluffolgerung ge-

^{1) 714} a: ἄνθρωπος είς ἢ όλιγαρχία ἢ καὶ δημοκρατία, 710 d, 714 d, 832 c. 3) VI, 711d, III, 680.

⁴⁾ Bgl. IV, 715, VIII, 832e. Ein Bergleich foll bem Berftandnis noch zu hilfe kommen: bie absolute Gewalt verträgt sich mit ber Menschennatur nicht; wenn man bas rechte Maß außer Acht läßt, einem Schwachen zu viel auflädt, einem Boote zu große Segel giebt, einem Körper zu viel Speise, einer Pinche zu starke Herrschermacht, so verkehrt sich alles und stürzt hier aus Uebersfättigung in Krankheit, dort aus Üebermaß in Ungerechtigkeit, Mutwille, Frevelsinn, Hab- und Selbstüucht (III, 691c, IV, 714, IX, 875b; auch Staat VIII, 564: die Krankheiten der absoluten Staatsgewalt).

⁵⁾ Kgl. Dietzel in genannter Zeitschrift S. 390.
6) Die Pflicht, das allgemeine über das Sonderinteresse zu stellen, ist auch nicht, wie Meher a. a. D. II, S. 613 meint, ein "ganz ungreisdares Kriterium". Noch heute bildet diese Pflicht, durch Sid befräftigt, einen Bestandteil unserer Rechtsordnung.
7) IX, 875, IV, 715 c u. d.
8) Damit will jedoch nicht gesagt sein, daß die Gesetze von Menschen überhaupt nicht absalben der Verleiche und Verleiche Von Gesetzehungsperfahrens

geandert werden durfen. Abanderungen unter ben ichweren Garantien bes Gefetgebungsverfahrens find ftatthaft (772c u. d); unstatthaft nur die Aenderungen im Berwaltungswege. Go ift die ausτάστροφος δύναμις, die den Gesehen zukommen soll (XII, 960 d), zu verstehen.

9) 874 e, 715 d.

§ 6.

winnen, scheint in Widerspruch mit einem von Platon unmittelbar ausgesprochenen Sate zu stehen, mit dem Sage: die πολιτεία muffe die Mitte halten zwischen Monarchie und Demofratie. Der Baffus fteht am Ende der Ausführungen über die Art der Befekung ber βουλή, des Rates, welche teils durch Wahl, teils durch Loos erfolgt. Es wird gesagt, die so geregelte Wahl μέσον αν έχοι μοναρχικής και δημοκρατικής πολιτείας ής αεί δεί μεσεύειν την πολιτείαν 1). Man hat diesen Sat, der an einen früheren 2) anknüpft, ber besagt: es bestünden gleichsam zwei Mütter von noderesan, aus welchen alle anderen hervorgegangen seien und die man zutreffend als Monarchie und Demokratie einander gegenüber stellen könne, dadurch migverstanden3), daß man πολιτεία auch hier mit Berfaffung wiedergab, und so monarchische und bemokratische Politie auf die entsprechenden Staatsformen bezogen. Allein Politie, Monarchie und Demokratie haben an diefer Stelle andere Bedeutungen. Politeia, das außer Staatsverfassung auch Staatsverwaltung, Staatsgewalt, Bürgerrecht, Bürgerschaft, ja Staat schlechthin bedeuten kann, bezeichnet hier die ganze Staatsordnung, d. h. Berfaffungs= und Berwaltungs=, formelle und materielle ftaatliche Ordnung. Monarchie bedeutet nicht Einherrschaft, sondern Herrschaft der berufsmäßig Gebildeten, der Staatskundigen, gleichgiltig, ob einer oder mehrere die Berrichaft führen. Demokratie bedeutet: Staat der Freiheit. Das ergibt der Zusammen= hang, in welchem die angezogenen Sätze stehen, in vollem Mage.

Wiederholt4) erklärt Platon es als die oberfte Aufgabe des Gesetzebers, einen freien, berftandigen und unter fich befreundeten Staat gu ichaffen. Gin Stoat, in bem nicht έλευθερία, φρόνησις und φιλία (Einvernehmen unter den Gesellschaftestlassen) 5) wohnten, könne keine aute Berwaltung haben 6). Damit bas aber sei, bamit Freiheit, Einsicht und politische Freundschaft herrsche, muffe die Politeia an Demokratie und Monarchie Anteil haben. Es ist nun nicht an dem, wie es nach Zeller 7) scheinen möchte. daß Einficht und Freundschaft zusammen durch das Prinzip der Einheit, die Monarchie, die έλευθερία durch die Demokratie vertreten wären. Rur die φρόνησις ist durch die Monarchie repräsentiert; durch die Demokratie allein die Freiheit. Erst durch die Berbindung beider entsteht φιλία. Ginsicht kommt aber keineswegs allein dem Monarchen zu: allen Berftändigen, aber lediglich ben Berftändigen foll die Ausübung der Herrichaft zustehen8). In dem Wort Monarch spricht Platon den Gedanken aus: έπεσθαι μέν τὸν ανεπιστήμονα κελεύον, τόν δε φρονούντα ήγεῖσθαι τε καὶ άρχειν9). In der Bestellung ber Uemter durch Wahl fieht Platon einen monarchischen Gedanken, weil nach Platon, ber verlangt, daß die Wähler einen folden Bildungsgrad haben, daß fie die Bürdigen gu erkennen vermögen, die Wähler den Tüchtigen bevorzugen 10). Es zeigt sich somit, daß biefe Monarchie nicht eine Staatsform, sondern ein Staatspringip, die berufsmäßige gegenüber ber Laienstaatsverwaltung bedeutet. Und das gleiche ist bezüglich der Frei= heit zu sagen. Sie bezeichnet den Freiheits= gegenüber dem Polizeiftaat. anderes gilt für die gilia. Auch fie ist ein Staatsprinzip. Ihr Vorhandensein verlangt, daß bald die sporgsis, bald die Edsvodspia gurudstehe. Sie schafft Gleichheit, ihr Grundfat ift der der Gleichheit, fie fett Gleichheit voraus. Gleichheit erzeugt Freundschaft: ἶσότης φιλότητα ἀπεργάζεται 11). Der Gerechtigkeit nach ift die Gleichheit eine qualitative,

¹⁾ VI, 756 e.
2) III, 693 d.
3) Jusbesondere auch Aristoteles, Politik II, 1266 a und Zeller II, 1, S. 962. Mit Recht gegen Aristoteles v. Wilamowit I, 332.

⁴⁾ III, 693b, IV, 701d. 5) III, 693c u. e. 6) 693d. 7) II, 1, ©. 962.

⁸⁾ ΙΠ, 689 d: τὰς ἀρχὰς δοτέον ὡς ἔμφροσιν. 9) 690 b. 10) VI, 751 d, 757.

^{11) 757} a.

die Ungleichen Verschiedenes, Jedem das Seine gibt 1), die Zweckmäßigkeit macht auch eine Berücksichtigung der quantitativen Gleichheit, die Ungleiche gleich behandelt, ersforderlich 2). Wir sehen: auch bezüglich der Staatsprinzipien durch und durch politische Erörterungen.

Und doch stedt in diesen Erörterungen auch juristische Wissenschaft. Sie enthalten Beiträge zur allgemeinen Staatsrechtslehre. Der Gegensat von berussmäßiger und Laienberwaltung z. B. ist nicht blos von politischer, sondern auch von rechtlicher Beseutung. Mit diesen Begriffen läßt sich nicht blos die zweckmäßige, sondern auch die bestehende Ordnung des Staates charakterisieren. Und diese Bemerkung, daß in den politischen Aussührungen Platons auch Staatsrechtswissenschaft enthalten ist, gilt nicht blos für die eben besprochene Frage, sondern allgemein. Um zu Vorschlägen über zwecksmößige Sinrichtung oder Umgestaltung irgendwelcher Staatsverhältnisse zu gelangen, bedarf es ost einer Erörterung ihrer rechtlichen Natur.

Wenn die diesbezügliche Ausbeute der "Gesetze" nichtsdestoweniger nicht eben groß zu nennen ift, so erklärt sich dies daraus, daß die Gesetze sich nicht die bloße Umgestaltung eines bestehenden Staates, sondern eine neue Staatengründung, den Aufbau eines ganz selbständigen Systems einer Staatsrechtsordnung, zum Vorwurf nehmen. In diesem Falle hat die Gesetzgebungspolitik weniger Beranlassung, an dem wirklich bestehenden Recht zu fritisieren, es liegt näher, daß sie sich auf die nötigen Vorschläge und ihre Begründung befchränkt. So gewähren auch die Gesetze für die rechtswissenschaftliche Er= kenntnig bes positiven Staatsrechts ber einzelnen ariechischen ober nichtgriechischen Staaten wenig. Wenn Platon da und dort, um zu feinen Thefen zu gelangen oder um seine Bringipien zu prufen, die Staatsrechtsordnung Berfiens ober Rretas ober besonders Athens 3) und ihre Entwickelung berührt, so geschieht dies doch zu unbestimmt und zu summarisch, zu wenig unter Mitteilung der einzelnen Rechtssätze und ihrer Quellen, als baß bie betreffenden Ausführungen als rechtswissenschaftliche Beiträge zum positiven Staatsrecht biefer Staaten betrachtet werben könnten. Dagegen laffen fich einige Lehren des allgemeinen Staatsrechts verfolgen. Doch, ehe dies geschieht, ift noch einer dritten Schrift Platons aus dem Gebiete der Staatswissenschaft Erwähnung zu thun, des "Staatsmannes", beffen juriftischer Gehalt zusammen mit bem ber Romoi und bem gurudgestellten der Politeia dargestellt werden soll, weil er zu einem Teil die gleichen Materien betrifft, welche sich in den beiden anderen Werken erörtert finden.

§ 7. Der Staatsmann. Indem wir diesen Dialog soeben ein Werk Platons nannten, haben wir uns bereits in der Streitsrage, ob derselbe nicht einem dem Eleatismus nahestehenden Schüler Platons zuzuweisen sei, auf die Seite der herrschenden Ansichauung⁴) gestellt. Das Nachsolgende wird unsere Stellungnahme rechtsertigen. Wenn wir ihn aber erst an diesem Punkte heranziehen, obgleich wir die Zeit seiner Abfassung selbstverständlich vor diesenige der vopor, des Werkes, das Platon dis zum Ende seiner Tage beschäftigte, aber auch vor den Abschluß der Politeia sehen, so geschieht es, weil sich seine Bedeutung für die Geschichte der Staatsrechtswissenschaft u. E. zutressend erst nach Besprechung der tragenden Gedanken der beiden anderen publizistischen Werke näher bestimmen läßt.

Ein Bergleich mit Politeia und Romoi ergiebt nun, daß der "Politikos" auf dem

¹⁾ Aus ihr leitet Platon einen Vorzug der Vermögenden hinsichtlich der politischen Rechte ab, 744 b. Bgl. S. 34 N. 9.
2) Daher Aemterverlosung.
3) 694, 691, 712, 698.

²⁾ Daher Aemterverlosung.
3) 694, 691, 712, 698.
4) Zeller II, 1, S. 476 mit 461 u. 459, N. 1. Für die andere Anschauung erst wieder Windelband a. a. O., S. 79 und in Müllers Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft V, 1. Abt. (1. Aust.) 1888, S. 226.

Wege von Sokrates zu biesen beiden Hauptwerken liegt. Den Beweis hiefür erbringt zunächst der Umftand, daß der Politikos es ift, welcher die Antithese der sokratischen Lehre beseitigt, wornach einerseits die individuelle Erkenntnis (επιστήμη) das Maß des 3medmäßigen fein und doch andererseits auch der Erkennende dem Gefete, weil dasfelbe immer mit dem Zwedmäßigen übereinftimme 1), unterftehen foll, und fo für Politeia und Nomoi philosophisch freie Bahn schafft. Der "Staatsmann" löft die angegebene Berbindung bon Erkenntnis und Gefet; er ftellt beibe aus einer politischen Berbindung in eine politische Aufeinanderfolge. Im Staatsmann weift Platon nach, bag die allein richtige Politeia²) die des an Gesetze nicht gebundenen Herrschfundigen³), die des πολιτικός pder, mas damit identisch gebraucht wird4), des βασιλεύς5), d. h. die des mahren (monarchischen ober nichtmonarchischen) Staatsmannes ift. Die an Gesetze gebundene Boliteia ift erft die an zweiter Stelle richtigfte und schönfte 6). Die eine Bolitie ift die in Platons Staat, die zweite der Staat der Romoi. Zum Anderen liegen im Politikos die ethi= ichen Berwaltungsprinzipien ber Republik, die politischen ber Romoi noch im Berborgenen. Nur Vorboten biefer tragenden Gedanken zeigen fich, fo, wenn als das "Gine Große", was der Staatsmann zu beachten habe, das "nach Berftand und Runft Gerechtefte" 7) genannt wird und als sein höchstes Ziel, durch όμόνοια und φιλία die Gegensätze im Staatsleben mit einander zu verflechten 8). Im Politikos werden ferner, wie wir sehen werden, die Staaten noch ausschließlich nach der Verschiedenheit der Zahl der oberften Ausüber ber Staatsgewalt unterschieden, eine Unterscheidung nach Staatsprinzipien ist

Wenn wir den staatsrechtlichen Gehalt des Dialoges würdigen, so ergibt fich, daß er, obwohl geringeren Umfangs, an Bedeutung hinter Staat und Gesehen nicht zurudsteht. Dies erklärt sich aus dem Thema des Gesprächs. Dasselbe gehört nicht der Politik, sondern der Philosophie an. Es soll nicht die zweckmäßigste Herrschaftsweise, sondern ber Begriff des mahren Herrschers, b. h. der vernunftgemäßen Herrschaftsweise, Test= stellung finden 10). Indem wir somit ben Dialog von seinem Thema aus der Staatsrechtsphilosophie zuzuweisen haben und sich das Thema auf einem Grenzgebiet zur allgemeinen Staatsrechtslehre hin bewegt, findet sich auch eine Reihe von Gedanken, die wir für die Staatsrechtswiffenschaft in Anspruch nehmen burfen, und fteht insoferne ber Staatsmann hinter ben beiben anderen Werten nicht gurud. Wenn bie Ausbeute für das Staatsrecht nicht so reich ist, als nach dem Thema zu erwarten wäre, so liegt dies barin, daß der Zweck, zu dem die angegebene Frage erörtert wird, nicht auch ein staats= rechtsphilosophischer, sondern ein dialektischer ift, d. h. die Erörterung in erster Linie nicht um ber Feftstellung des Begriffes des Staatsmanns willen, fondern vielmehr zu dem Ende ftattfindet, die Teilnehmer am Gespräche in der Runft, das Wesen der Dinge in Begriffen barzustellen, also in ber missenschaflichen Methobe im Allgemeinen erfinderischer zu machen¹¹). So werben nicht blog Begriffe, die mit dem Staatsleben in Zusammenhang stehen,

noch nicht vorhanden.

¹⁾ Bgl. Windelband G. 60 u. 61.

²⁾ μόνη ὀρθή πολιτεία 293 c, 293 e, 297 d.

^{3) 276} e: τόν γε την βασιλικήν (καὶ πολιτικήν 276 c) έχοντα ἐπιστήμην.

⁴⁾ Agl. 301 a. μετά τέχνης άρχοντος. 5) 276 e.
6) 297 e. τουτ' έστιν δρθότατα και κάλλιστα έχον ως δεύτερον. In ber Binbung ber zur Herrschaft geeigneten Wenigen an Gesethe sieht Platon hier also ein bessertschaft zur Verhütung von selbstsüchtiger Herrschaft, als in irgend einem rechtlichen Einsluß der Menge. Dagegen oben S. 35 R. 12.

⁷⁾ τὸ μετὰ νοῦ καὶ τέχνης δικαιότατον $297\,a$. 8) $311\,c$.

^{8) 311} c. 9) 259 b: ἀληθινός βασιλεύς. 10) Das Beweisthema ift: την βασιλικήν ἀρχην τῶν ἐπιστημῶν εἶναι (292 b).

^{11) 287} a; τῆς τῶν ὄντων λόγω δηλώσεως εδρετικωτέρους; δαμ 286 e unb 285 d (διαλεκτι-

sondern auch Begriffe des allgemeinen Wiffens, insbesondere aus bem Gebiete ber Naturwiffenschaft 1) und Technif, und Auseinandersetzungen über die Methode der Untersuchung in das Gespräch miteinbezogen.

II. Rapitel.

Einzelne Staatsrechtslehren Blatons.

§ 8. Entstehung und Ratur des Staates, Geset und Berordnung. Was die Entstehung des Staates angeht, fo läßt Platon, wie feine Borganger, den Stadtstaat burch ein συνέρχεσθαι2), durch eine συνοίκησις3), begründet werden, allerdings nicht mehr durch ein συνέρχεσθαι von Individuen, sondern von Familien. Der auf die Familie beschränkte Staat4) ift der erste, aus ihm geht der Stadtstaat hervor5). Besondere juriftische Charafterisierung, etwa die, daß der Staat auf einer Mehrzahl von Rechtsverhaltnissen von Individuum ju Individuum beruhe, empfängt diese Entstehungsweise nicht.

Ebenjo wird der bestehende Staat in den Geseken 6) rechtlich lediglich als Govtagig, als αόσμος, Ordnung 7), d. h. als Verhältnis einer Vielheit charakterifiert, wobei auch in den Gesehen — das sei ausdrücklich hervorgehoben — trot der Zurücksührung seiner Begründung auf eine Bereinigung von Familien als Mitglieder des Staates die Individuen erscheinen. Of γάρ αδικούμενοι πάντες είσίν, όπόταν τις την πόλιν αδική, mird in 768a gesagt, um zu begründen, bag bei Aburteilung von Staatsverbrechen (Sochverrat, Tempelraub) το πλήθος b. h. doch der einzelne Unterthan zur Mitwirkung zu berufen sei. Die Geselbe wissen somit von einer organischen ober korporativen Ginheitstheorie rechtlichen Gehaltes nichts. Es fehlt an jeder Wendung, in welcher nur irgendwie ber Ausbruck eines rechtlichen Berhältniffes zu einer organischen, b. h. lebenden, bezw. zu einer korporativen, b. h. vorgestellten Staatspersönlichkeit zu erblicken mare. Das Gemeinwesen, τὸ κοινόν (767 e), ber Staat ift rechtlich gleich πάντες. Es begegnet uns nur eine organische Theorie im ethischen und eine Einheitstheorie im politischen Sinne.

Wenn es Buch VIII, 829 heißt, der Staat müsse καθάπερ ένα ανθρωπον ζην εύ, jo zeigt ber Zusammenhang, daß damit nur auf eine fittliche Aehnlichkeit zwischen Staat und Individuum hingedeutet sein will 8); benn als die erfte Bedingung eines glücklichen Lebens wird hier "Tapferkeit" verlangt. Tapfer muß der Staat sein, nur dem tapferen Staat wird ein Bios eipyvinos zu Teil, dem seigen dagegen ein Leben voll von inneren und äußeren Teinden. Bu der anderen Frage finden wir in der Nomoi zwar die Bemerkung, daß die Gerechtigkeit es jei, welche alle Staatseinrichtungen zu einer Einhei verbinde 9), allein an der Schilberung bes Gegenteils mit ben Worten, bag, fei die Ge-

αώτεροι). Sieraus erklärt fich ber pebantische Schematismus, beffenthalben Windelband (be Müller a. a. D.) glaubt, den Dialog nicht Platon, sondern einem mit eleatischer Dialektik in Ber-

Neutler a. a. D.) glaubt, den Dialog nicht Platon, sondern einem mit eleatischer Dialettit in Verbindung stehenden Schüler Platons zuweisen zu müssen.

1) 3. B. der Begriff des Menschen, weil eine Herrschaft über Menschen vorliegt. Es ist eine doppelte Begriffsreihe, die für ihn ausgestellt wird: 1) Belebt, Landbewohner, wandelnd, nichtssliegend, hörnerlos, undehörnt, mit feiner anderen Geschöpfgattung geschlechtlich sich vermischend, zweisüßig; 2) belebt, zweisüßig, nicht vierfüßig, nacht, nicht besiedert; vgl. 276 u. 266 e.

2) Nomoi III, 680 e, 681 c. Ueber den "Staat" s. v. S. 32 bei N. 8. Staat II, 369 c und Staatsmann 274 zeigen deutlich den Zusammenhang mit Protagoras.

3) Nomoi VI, 752 e.

5) Auch πόλις genannt.

4) 683 a und hiezu Müller, Platons sämtliche Werfe übersett, Bd. VII, 2 (1859) S. 460 N. 19

S. 460 N. 19.

⁶⁾ Ueber ben Staat S. 48 bei R. 2. 7) Gef. VI, 751a.

⁸⁾ Bgl. auch Eucken, Die Lebensanschauungen der großen Denker 1890, S. 54.

⁹⁾ Θεί. ΧΙΙ, 945 d: τῆς τὰ πάντα πολιτεύματα ξυνεχούσης εἰς εν δίκης.

rechtigkeit aufgehoben, ber eine Staat aus Ginem ju einer Bielheit von Staaten werde 1), erkennen wir, daß wir es nur mit einer politischen Einheit zu thun haben, benn wollte mit der befagten Ginheit eine juristische bezeichnet sein, so wäre es unerklärlich, wie Platon bazu gelangte, die Entstehung von Parteiungen als ein Entstehen mehrerer Staaten in dem rechtlich ungetrennten Staate zu bezeichnen. Sätte Platon eine juriftische Einheitsvorstellung vom Staate, so ware nicht benkbar, daß baneben fo leicht, wie es hier und in ber Republit geschieht, in politischer Beziehung von einer Teilung bes einen Staates in mehrere gerebet würde. Die Fortbauer bisheriger ftaatsrechtlicher Formulierung bokumentiert auch die beiläufige Umschreibung der βασιλεία als μεγίστη άργη eines ανυπεύθυνος²).

Was uns bei Platon an neuen staatsrechtlichen Gebanken begegnet, bas ift zunächst eine gemiffe Charafterifierung des Gefetesbegriffes.

Zuvörderst hebt Platon den Begriff des Staatsgesetes aus dem weiteren Begriffe bes Gesetzes, in welchem es gleichbedeutend mit Regel schlechthin ift, heraus. Er gebraucht das Wort beispielsweise wohl auch von den Regeln der Musik 3), aber er unterscheidet babon die ftaatlichen, als die eigentlichen, "wirklichen" Gesetze 4). Gine weitere ftaats= rechtliche Bemerkung ist dann die, daß das Geset Ausfluß der Gewalt, des αράτος 6), ber βία 6) sei. Platon stellt dies fest, um im Anschluß hieran auszuführen, daß der Gesetzeber fich auch bes Mittels ber Ueberredung bedienen, b. f. bem Gesetz, wo es ber Wichtigkeit entspreche, einen motivierenden Eingang, ein προσίμιον, vorausschicken solle7). Auf zwei weitere Elemente bes rechtlichen Gesetesbegriffes weisen bie Ausführungen ber Nomoi barüber hin, bag bie Vorschriften über zwedmäßige Erziehung und Unterweisung ber Rinder, die fie enthielten, keine Gesetze, sondern Belehrungen und Ermahnungen 8) feien, benn biefe Vorschriften wurden leicht übertreten, ba fie bas häusliche, ber Deffentlichkeit entzogene Leben beträfen, und Strafen auf die Zuwiderhandlung zu fegen, fei wegen ber Geringfügigkeit ber meisten Borschriften und ber Häufigkeit ber Uebertretung unpolitisch⁹), nachdem sich die Menschen gerade in geringfügigen und sich oft wieder= holenden Sachen leicht an Gesetwidrigkeiten gewöhnten und öftere Geselsäbertretung, die keiner Strafe ausgesetzt sei, der Autorität des geschriebenen Rechtes schade. Borschriften gehörten zu dem, was man äppapa voucua nenne, zu welchen auch die jog, πάτριοι νόμοι zu zählen feien. Wir entnehmen daraus, daß Platon zum Wesen des eigentlichen Staatsgesehes schriftliche Abfassung und Erzwingbarkeit der Vorschrift rechnete. Liegt insbesondere feine Erzwingbarkeit vor, bann fehlt ber Borichrift ber Charakter des Befehls, aus der Vorschrift wird ein Ratschlag (ξυμβουλή), eine Sitten= regel des Gesetzgebers, benn voucev ift auch das Sittliche 10). Andererseits erkennen wir barnach, baß Platon Gewohnheitsrecht, Sitte und Sittlichkeit nicht unterscheibet. "Αγραφα νόμιμα sind sowohl das Gewohnheitsrecht (νόμοι πάτριοι), als auch die Sitte (έθη) 11) und ebenso nennt es Platon od voucuov, wenn man mit seiner Meinung hinter dem Berg hält 12). Unerwähnt darf nicht bleiben, daß, wie vouos im Rechtsfinn auch für Rechtsnorm schlechthin, also auch für die ungeschriebene gebraucht wird, so auch νόμιμα im

¹⁾ ΧΙΙ, 945e: πολλάς εν μιᾶς τὴν πόλιν ποιοῦσαι στάσεων εμπλήσασαι ταχό διώλεσαν.

²⁾ Ges. III, 691 c. Bgl. S. 16 R. 5.
3) Ges. IV, 722d: αιθαρφδιαής ωδής νόμων ααὶ πάσης μούσης. Ueber die weitere Bebentung Schmidt a. D. I, S. 201; Fellinet, Gesetz und Berordnung 1887, S. 37.
4) Ebenda: των δὲ δντως νόμων δντων οδς δὴ πολιτικούς είναι.

⁵⁾ ΙV, 714 c: τίθεται δή που τοὺς νόμους εν τη πόλει ένάστοτε τὸ κρατοῦν. 6) 722b.

^{7) 722}e u. 723c. 8) 793 b, 788 a (διδαχή καὶ νουθετήσει). 10) Gef. IV, 430 b (hiezu Schmidt I, S. 342). 9) VII, 793a, III, 680a.

¹¹⁾ Siehe die vorigen Noten. 12) IX, 861 d.

Sinne von Rechtsnorm schlechthin, d. h. als das Gesetzerecht mitumfassend, bei Platon portommt 1).

Weitere Bemerkungen Platons beziehen sich auf die Cinteilung der vopor noberenoi. Es läßt fich feststellen, daß Platon zwei Arten von Staatsgeseken unterscheibet, organisatorische und materielle, letztere vópol im engeren Sinne. Platon sagt, nachdem er über bas Probmium feines Gesethuches gesprochen, nun wolle er seine Stizze ber Staatsgesetze geben2), um dann zu erklären, daß es zwei Teile der staatlichen Ordnung3) gebe, τὸ μὲν ἀργῶν καταστάσεις έκάστοις, τὸ δὲ νόμοι τοῖς ἀργαῖς ἀποδοθέντες, δἱε Lemter= einrichtung und Besetzung und die jedem Amt zuzuweisenden Gesete4), das sind die Vorschriften über die materiellen Verwaltungsaufgaben 5). Die Rechtsnormen über die Aemterorganisation und Besetzung werden am Ende des diesbezüglichen Entwurses ausdrücklich vopodesia 6) genannt, um daran die Bemerkung zu knüpsen, nun sei es Zeit, mit der νόμων θέσις, d. h. eben mit den Verwaltungs= im Gegensatz zu den Verfaffungs= vorschriften zu beginnen. Dabei erscheinen biese materiellen Rechtsvorschriften äußerlich nicht als unmittelbar an die Unterthanen gerichtet, als für die Unterthanen verbindliche Rechtsvorschriften, sondern als Zuftändigkeitsvorschriften an die Behörden 7), ohne daß es jedoch anginge, sie als Dienst=8), nicht als Rechtsvorschriften, b. h. als Ausfluß ber Dienst-, nicht ber Gesetzgebungsgewalt anzusehen, nachdem sie materiell unmittelbar kraft ihres Erlaffes auch die Unterthanen verpflichten follen, wie die Ausführungen über bas Proömium der Gesetze beweisen. Der Gesetzgeber soll ja, heißt es dort, die Gesetze nicht blos auf Gewalt, sondern, soweit dies bei der jeglicher Bilbung baren Menge, an welche sich die Gesetze richten, möglich ift 9), auf Ueberredung gründen. Auch spricht dafür der Sat, dem Gesetgeber sei in Allem Glauben zu schenken, beispielsweise auch bann, wenn er fage, die Seele fei vom Körper durchaus verschieben 10), ein Sat, der zugleich beftätigt, daß die staatliche Gesetzgebung sich nicht blos auf Rechtsvorschriften bezieht, es für den Gesehesinhalt teine Grengen giebt -- ein erftes Angeichen einer Unterscheidung bes materiellen und rein formellen Gesetgesbegriffes.

Dem engeren Begriff von vouos entspricht dann auch ein engerer von πολιτεία. Πολιτεία καὶ νόμοι find Staatsverfassungs= und Staatsverwaltungsrecht, Verwaltung hier im weitesten Sinne, wie beim Worte Selbstverwaltung, gebraucht, d. h. alle ftaatliche Thätigkeit, auch die gesetzgebende, insbesondere auch die Privatrechtsgesetzgebung umfassend, also das gesamte, formelle und materielle, staatliche Recht.

Eine weitere Einteilung der Gesetze bezieht sich auf die Form des Zustandekommens. Platon kennt bereits ber Sache nach ben Gegensat von Rechtsgeset und Rechtsverord=

αν ένασταις είη.

6) VI, 768d: αί δὲ περὶ τὰς ἄλλας (δ. η. niệt riệterligen) ἀργάς καταστάσεις σχεδὸν τὴν

πλείστην ελλήφασιν νομοθεσίαν.

^{2) 734}e: νόμους πολιτείας δπογράφειν. 1) Gej. 626 a u. b.

^{3) 735}a; δύο πολιτείας είδη, beutlicher 751a: δύο είδη περί πολιτείας κόσμον. 4) Der Gedankengang in V 734 e n. 735a ift ber: Platon fagt, er wolle die staatliche Ge= τη Det Geodinengang in V 7348 il. 1638 th det: pinton lagt, et ibbie die findittige Gesfetggebung skizzieren. Weil nur skizzieren, scheide er die niederen Alemter und Beamten aus (ich lese ominoàs so. ἀρξοντας mit dem Beisaß "παιδεία βασανισθέντας"). Es solgt mit γάρ die Erksärung, warum er im Vorhergehenden zuerst don den ἀρχαί gesprochen.

5) Jn VI, 751a wird diese Doppelausgabe umschrieden als πρώτον μέν (sc. είδος) καταστάσεις ὰρχῶν τε καὶ ἀρξόντων ὅσας τε αδτάς είναι δεί καὶ τρόπον ὅν τινα καθισταμένας επειτα οδτω δή τοδς νόμους ταις άρχαις έκάσταις ἀποδοτέον οὕστίνας τε αδ καὶ δίσους καὶ οίσος προσήκον

^{7) 735}a: νόμοι ταϊς άρχαῖς ἀποδοθέντες; 763e: δοκιμασθέντες δὲ άρχόντων κατά τοὺς τεθέντας αὐτοῖς νόμους.

⁸⁾ So v. Wilamowit a. a. O. I, S. 238 u. 258; Schöll, Sigungsber. ber Münch. Atad., philoj.=, philol.=hift. Rl. 1886, S. 93.

9) IV, 722b; καθ³ όσον οἶόν τε ἐπὶ τὸν ἄπειρον παιδείας ὅχλον.

10) XII, 959a.

nung. Er handelt von der politischen Notwendigkeit der Delegation der Gesekgebungsgewalt an die ausführenden Behörden zum Zwecke des Erlaffes von Ergänzungsverord= nungen. Es ift an zwei Stellen von fold behördlicher Berordnungsgewalt die Rede, an der einen 1) von einem Berordnungsrecht der Gesetzeswächter, an der anderen 2) von einem Berordnungsrecht der ftaatlichen Bergnügungskommiffare, der Reigenführer, sowohl allein 3), wie mit allen übrigen άρχαί unter Mitwirkung der νομοφόλακες. Der Gesekgeber kann bei Allem nur den Umriß (περιγραφή), das Ganze (τὸ όλον) geben; den Umriß ausfüllen (συμπληρούν), das Minderwichtige (τὰ σμικρά) durch Befehle ordnen und stüken muffen die Gesetzebewahrer und die sachverständigen Spezialbeamten, die aus der taglichen Erfahrung lernen, was not thut.

Daß Platon diese Berordnungen als vom Staat erlassene Rechtsvorschriften ansieht, dafür liegt ein dreifacher Beweiß vor: Platon nennt diese Ordnungen der Spezialbeamten außer επιτηδεύματα, Einrichtungen, auch νόμιμα, bezeichnet die Reigenführer für die σμικρά als νομοθέτας μετά των νομοφολάκων und leat endlich den unter Mitmirkung ber Geseksmächter erlassenen Anordnungen Unveränderlichkeit gleich ben bom Gesekgeber selbst erlassenen Gesetzen 4) bei, ein Sat, der uns zugleich den weiteren Gedanken an die Sand giebt, daß die allein von den Spezialbehörden erlaffenen Anordnungen im Berwaltungswege, die unter Mitwirkung der Gesehesmächter erlaffenen nur, wie formelle Gesetze, abgeändert werden können.

Was wir bisher angeführt, ist in den Nomoi enthalten. Die gleichen Gedanken finden fich zum Teil schon im Politikos. Besonders stark tritt dort die Schriftlichkeit⁵) als wesentliches Element des Gesetzesbegriffes hervor, während andererseits jeder Anfang einer Unterscheidung von Rechts-, Sitten- und Sittlichkeitsgesetz fehlt 6), obwohl die Verbindlickeit der Gesege auf Gewalt gegründet wird. Dazu kommt hier ein Merkmal des Gesetzesbegriffes, das in den Nomoi später nur beiläufig erwähnt wird, das der Allgemeinheit. Platon erkennt und stellt fest, daß die Gesetze in der Regel allgemeine, keine Individualgesetze find. Er sagt, der Geschgeber ist nicht im Stande, das jedem Einzelnen Angemeisene festzusegen; er giebt Borichriften für die meisten Fälle und Berfonen, aber nicht für jeden einzelnen Fall und jede einzelne Person; er giebt Gesamt= porfchriften (πάσιν άθρόοις) 7). In den Nomoi erscheint die Allgemeinheit nicht bloß als regelmäßige, sondern als wesentliche Eigenschaft des Gesetzesbegriffes 8).

§ 9. Die Staatsfunktionen. Wiffenschaftlich am intereffantesten burften biejenigen

¹⁾ VI, 770b. 2) VI, 772 a-c. 3) Dasselbe darf jedoch unbedenklich auf alle anderen enquedyrai und nochytai ausgedehnt werden. Die Reigenführer find nur Beispiel.
4) μετά των άλλων νόμων.

⁵⁾ Es begegnet wiederholt gur Bezeichnung des Gegensages von gesehmäßiger und Billfurherrschaft die Berbindung άρχειν μετά γραμμάτων (302e) καὶ άνευ νόμων (292a) oder sogar κατά τὰ γράμματα — άνευ γραμμάτων (293a, 296e, 295e). γράμματα und έθη find Geset und Gewohnheitsrecht (301e, 301a, 301b). Die έθη werden auch noch ausdrücklich mit dem Beisat αγράμματα dersehen (295a). Ein mit νόμοι identisch gebrauchter Ausdruck ist auch ξυγγράμματα (300 a, 300 b).

⁶⁾ Einmal bringt im Polititos die fonft für den Griechen durch die intellektuelle und moralifche Bebeutung von aperi erichwerte Untericheibung von intellektueller und sittlicher Betrachtung burch, allerdings nicht in Form ber Unterscheidung von Sittengeset und positivem Recht, aber von Sittengest und Zwedmäßigkeitsregel, in dem Sak, daß nimmermehr ein Geseh, welches das ἄριστον καί διαιόταιον, das sittlich Beste und Gerechteste sür Alse anordne, zugleich auch το βέλτιστον, das Zwedmäßigste, andesehle (294b). Allein dies ist nur Ausnahme. Wenn beispielsweise der Polititos von seiner zweitbesten Verfassung sagt, sie habe depdotata καί κάλλιστα, so schließt sogar das depdotat auch eine sittliche Würdigung ein (hiezu Schmidt I, S. 341).

⁸⁾ ΙΧ, 875 d: τάξιν τε καὶ νόμον, ὰ δὴ τὸ μὲν ὡς ἐπὶ τὸ πολὸ ὁρᾶ καὶ βλέπει, τὸ δ' ἐπὶ πῶν ἀδυνατεῖ.

Ausführungen Platons sein, in welchen wir Darlegungen über das Vorhandensein berschiedener Formen der Staatsthätigkeit und ihr Verhältnis zu einander erkennen.

Die Republik scheibet die Gesamtheit der Staatsorgane, die φόλακες 1) im weiteren Sinne, in άρχοντες und επίκουροι. Das Verhältnis beider Klassen zu einander wird in der Weise geschildert, daß die einen als das βουλευόμενον oder βουλευτικόν, die anderen als das προπολεμούν und έπόμενον τῷ ἄρχοντι καὶ (τῆ ἀνδρεία) επιτελούν τὰ βουλευθέντα bezeichnet werden 2). Es wird hiermit deutlich ein Gegensaß von überlegenden und aussührenden Organen und ein Verhältnis der Ueber- und Unterordnung zwischen beiden seitgestellt. Letzteres wird an anderer Stelle noch dadurch bekräftigt, daß die Helser im Verhältnis zu den ἄρχοντες auch ἀρχόμενοι genannt werden 3).

Andererseits finden wir in den Nomoi eine Erörterung darüber, ob die Dikasterien zu den άρχαί zu zählen seien. Platon sagt darüber: δικαστής οδκ άρχων καί τινα τρόπον άρχων οδ πάνο φαῦλος γίγνεται τὴν τόθ ἡμέραν ἦπερ ἂν κρίνων τὴν δίκην ἀποτελῆ4). Bas Platon hiernach abhält, den Geschworenen einen Beamten, eine Behörde zu nennen, ist nicht der Inhalt seiner Thätigkeit — Platon sagt ausdrücklich, auch jeder Zezwy sei notwendigerweise Richter) -, sondern die Form seiner Dienststellung, der Umftand, daß feine Richtergewalt nicht, wie die des coxw im technischen Sinne, eine ununterbrochene, sondern eine intermittierende, immer nur einen Tag währende ift. Immerhin ift sie aber eine apyr, ein Teil der Staatsgewalt, und zwar ein nicht unwichtiger 6). So ergiebt sich in Platons Nomoi ein Unterschied zwischen einer αρχή, die αρίνειν, und einer άρχή, die nicht αρίνειν ist, und ein Unterschied zwischen άρχαί, welche nicht Ditasterien, und apyai, die Dikafterien find 7), ohne bag aber, was ausbrüdlich zu betonen, ber lettere Unterschied mit dem ersteren zusammenfiele, denn ausgeschlossen vom upivaly sind bie apyal im engeren Sinne nicht. Sie sind auch Gerichtsorgane, aber bauernde, nicht wechselnde. Organisatorisch kommt also nicht ber Gegensatz von Verwaltungs= und Ge= richtsbehörden, fondern von Beamten und Volksgerichten in Betracht. Um was es sich in unserem Zusammenhange aber handelt, das ift die Erkenntnis, daß, wenn die apyal im engeren Sinne Recht sprechen, sie eine andere Funktion als apyeu im engeren Sinne außüben.

Hervorgehoben sei des weiteren, daß im Dialog Corgias⁸) — geschrieben etwa 393 — die Rechtspflege ein Teil der Staatskunft genannt und in einen Gegensatz zur Gesetzgebungskunft gestellt wird: die eine sei berufen, zu verhüten, die andere, zu heilen.

Endlich liefert der Politikos einen Beitrag zur Unterscheidung der Staatssunktionen. Der Gedankengang dieses Dialogs, der hier aussührlicher dargelegt wird, weil noch andere Fragen aus ihm abzuleiten sind, ist, soweit er für die juristische Würdigung des Inhalts Bedeutung hat, dieser. Die Kunst des Staatsmanns⁹), die Regierungskunst, ist 1. eine erkennende, "gnostische", keine praktische, d. h. keine körperliche, sondern eine geistige 10), 2. aber nicht blos eine "kritische", d. h. beobachtende, sichtende, wie sie dem Zuschauer (dearhs) eignet, sondern auch eine besehlende (entrantunh), weil ihr Wesen in desonossein¹¹) besteht; 3. jeder Besehl will aber etwas hervordringen 12), einen Zweck haben; 4. Zweck des Herrschesels ist die entwehlende and pownsons soundags, also

¹⁾ V, 463b u. c.

^{2) 442}b, 441a. bazu S. 27 bei N. 8.

^{3) 412} c. 4) VI, 767 a. 5) 767 a. πάντα μὲν γὰρ ἄρχοντα ἀναγκαῖον καὶ δικαστήν εἶναί τινων.

δ) 767 α; πάντα μεν γάρ άρχοντα αναγκαίον και δικαστήν είναι τινων.δ) άρχων οὸ πάνο φαδλος.

 ^{7) 768}d ftellt ben δικαστήρια bie "übrigen" άρχαί gegenüber. Aud 768 c.
 8) 464, 465, 520.
 9) 267a: της τοῦ πολιτικοῦ τέχνης.

^{10) 259} c.
11) 260 c, 260 b.
12) 201 α: γενέσεως τινος ενεκα προστάττοντας.

eine Fürsorge und zwar eine Fürsorge für Viele¹); 5. der Fürsorge für die menschliche Gemeinschaft dienen auch manch andere besehlende, anordnende Künste, die Kunst des Dolmetschers, des Vollstreckungsbeamten²), des Sehers, des Amtsverkündigers³), aber diese Künste sind nur mitwirkend (ξυναίτιος), nur helsend, nicht bewirkend (αἴτιος)⁴), nur Dienerinnen⁵) der ἀρχαί⁶), nicht selbstbesehlend⁷), so nimmt z. B. die einer Besehlsgewalt unterstehende Klasse der Amtsverkündiger (απροακού φολου) nur die Willensentschlüsse entschlüsse anderer entgegen und giebt die Besehle an die Unterthanen weiter⁸); 6. der wahre Herrscher dagegen ist nicht aussührend (πράττειν) thätig, sondern nur leitend; er leitet diesenigen, welche im Stande sind, etwas auszusühren⁹), indem er den Beginn und die Richtung der wichtigsten Staatsangelegenheiten nach ihrer Zeitgemäßheit und ihrer Zeitwidrigkeit kennt, während die anderen das Andesohlene vollziehen müssen¹⁰); die Kunst, welche über alle anderen Gewalten gebietet, sür Gesehe und alles andere sorgt und alles aufs richtigste verbindet, sie ist die δύναμις πολιτική¹¹).

Wahrer Staatsmann ist, wer diese Herrschaft versteht 12). Er herrscht mit aperh und nach Gerechtigkeit 13). Wo er herrscht, da ist allein die richtige πολιτεία 14), er allein ift der wahre πολιτικός oder βασιλεύς 15), alle anderen Herrscher sind nicht πολιτικοί, fondern στασιαστικοί, είδόλων μεγίστων προστάται 16), alle anderen staatlichen Gemein= schaften keine mahren und wirklichen Bolitien, sondern nur "Nachbildungen" ber mahren17). Das sind für den mahren Herrscherbegriff keine wesentlichen Elemente, ob die Unterthanen willig oder unwillig gehorchen, d. h. ob die Herrschaft blaco oder exovsch geschieht, ob es Reiche oder Arme find, die herrschen 18), ob die Herrschaft einem oder mehreren zusteht 19). Nur ein Zweisaches ift mit bem mahren Berrscherbegriff unvereinbar, bag es die Gesamtheit der Reichen oder die Gesamtheit aller Bürger ist, welche diese Herrscherkunft übt, und daß fie eine an Gefete gebundene Serrschaft fei, d. h. ohne die Befugnis, im Einzelfalle vom Gesetze abzugehen und es leicht zu ändern 20). Die mahre Berricherkunft tann nur bei Ginem oder Zweien oder fehr Wenigen fein 21). Undererfeits können gwar Gefete im Staate vorhanden fein, aber fie durfen nicht vorwalten, sondern höher als fie muß die Einsicht des Herrschers stehen 22); der wahre Herrscher muß, sobald er anderes für besser hält, auch gegen seine eigenen Gesetz handeln können 23). Alles in allem, würden wir die staatliche Herrschaft im Sinne des Politikos als die sich selbst bestimmende ("jelbstbefehlende"), d. h. alle anderen, dem gleichen Zwed Dienstbaren beherrschende Unordnungs- oder Befehlsgewalt zum Zwecke der Fürsorge24) für die menschliche Gemeinschaft zu befinieren haben.

Was den Ausführungen, die zu dieser Definition führen, rechtswissenschaftliche Bedeutung verleiht, das ist zunächst — und damit kommen wir auf unsere Frage zurück — der Amstand, daß im Verlause derselben die Verschiedenartigkeit der staatlichen

```
1) 272b, 262. Der Herrscher ist επιμελητής (276d).
 2) κελευστική.
                                                    3) 260 e u. 290 b.
 4) 281e.
                                                    5) 289d.
 6) 290 b.
 7) αδτεπίταντος, τέχνη αδτεπιταντική (260 e).
                                                    8) 260 d.
 9) ἄρχειν τῶν δυναμένων πράττειν 305 d.
                                                   10) τὰς δ' ἄλλας τὰ προσταχθέντα δρᾶν.
11) 305 e.
                                                   12) 293c, 301a, 297d.
13) 301 d, 293 c.
15) 297 d, 276 c.
17) 293 e, 302 b, 297 c.
                                                   14) 293c u. e, 297d.
                                                   16) 303 c.
                                                   18) 293c, 292c, 293a, 276e.
19) 292 a u. e.
                                                   20) 300 e u. 301 a.
21) 293a, 297c.
                                                   22) 294a.
23) 300 d. Die Grunde hiefur find oben S. 45 gu R. 7 fcon erwähnt.
```

24) 273 b: ἐπιμέλειαν καὶ κράτος ἔχων.

Thätigkeit nach ihrer funktionellen Seite und das Berhältnis diefer verschiedenen Teile zu einander Besprechung finden.

In den Nomoi werden Gesetzgebungs= und Staatskunft ohne nähere Angabe ihres Berhältnisses neben einander gestellt 1). Im Politikos wird das Berhältnis des Näheren erläutert. Es heißt 294a, daß die Gesekgebungskunst ein Teil der Staatskunst sei. Ferner läßt fich aus ben Erörterungen über die beste Cinrichtung der Staaten, in welchen es keine wahren πολιτικοί giebt, Platons Anschauung über bas rechtliche Berhältnis der Gesetzgebung zu anderer Staatsthätigkeit klar entnehmen. Diese Staaten kommen bem richtigen Staate am meiften nach, wenn fie Gesetze aufstellen, denn Gesetze seien Nach= ahmungen ber wahren, b. h. vollkommenen Staatsorbnung2). Indem Platon den weiteren Sat aufstellt, folche Staaten dürften, wenn sie jener Staatsordnung nach Möglichkeit ähnlich werden wollten, nie etwas gegen die Geseke und πάτρια έθη thun3), giebt er zu erkennen, daß die gesetzgebende Thätigkeit über allen anderen Thätigkeitsformen fteht.

Zugleich tritt im Politikos anders als in den Nomoi auch der Unterschied von Gesekesverfasser und Gesekgeber, für welch' beide der Ausdruck vopoderns gebraucht mird, deutlich hervor. Nouoderns im Sinne der νόμοι ift regelmäßig der Gesetgebungs= fünstler, derjenige, welcher die Gesetze entwirft, nicht der Gesetzgeber im Rechtssinne, welcher die Gesetze erläßt4). Im Politikos finden wir einmal eine Ausführung, welche bie rechtliche Stellung der Gesetzeberfasser charakterisiert; sie werden als die ξύμβουλοι, die Nater und Ueberreder, bezeichnet, während τὸ πλήθος die "Gesetze giebt"5), wie auch der König als der Erlasser der Gesetze vouodéths genannt wird 6).

Des weiteren begegnet uns im Staatsmann eine Erörterung über das Verhältnis der Rechtsprechung und militärischen Rommandogewalt zur αρχή. Sie ist um so interessanter, als dieselbe von den in den Nomoi geäußerten, uns icon bekannten Anschauungen abweicht.

Wie die Redekunst, so seien auch Feldherrn= und Rechtsprechungskunst (dinastuns) nur Dienerinnen der staatsmännischen Kunft. Alle diese Künste seien solche, die weber über einander noch über sich felbst herrschten, sondern jede sei auf ihre eigentümliche Thätigkeit beschränkt und stehe unter der Leitung der Staatskunst?). Die Redekunst sei die Kunst des Ueberredens, aber, ob man etwas durch Ueberredung oder durch Zwang burchzuseten ober aufrechtzuerhalten habe, das zu entscheiden, sei nicht Sache ber Rede-, sondern der über diese herrschenden Kunft's). Ebenso bestimme die Feldherrnkunst, wie man Krieg führe, aber die Kunft, welche darüber zu befinden vermöge, ob man Krieg führen ober fich freundschaftlich vergleichen folle, sei eine bavon verschiedene. Wer könne wohl anders die Beherrscherin einer so furchtbaren und wichtigen Runft sein, als die eigentlich staatsmännische?9) Und endlich die έπιστήμη ή των δικαστών, sie vermag nicht mehr, als daß sie die Gesetze, welche der βασιλεύς als Gesetzgeber aufstellt, annimmt und unter ihrer Berücksichtigung über Recht und Unrecht entscheidet, dabei die ihr eigen= tümliche Tugend bewährend, sich weder durch Geschenke noch durch Furcht oder Mitleid noch durch eine andere Art von Zuneigung oder haß bewegen zu lassen, παρά την τού νομοθέτου τάξιν die Streitsache zu schlichten 10).

Wir sehen, der Begriff apxy ift eng genommen. Die Dikasterien werden hier streng von den apyal geschieden 11), die Thätigkeit der Gerichte wird, wie die der Heer=

^{1) 3.} B. 657 a. 3) 300 e.

^{2) 300}c u. d.

^{4) 3.} B. 693, dagegen aber auch 959a.

^{5) 300}b: τοὸς νόμους τοὸς ἐκ . . . τινων ξυμβούλων ἕκαστα χαριέντως ξυμβουλευσάντων καί πεισάντων θέσθαι τὸ πληθος. 7) 305 d.

^{6) 305}b. 8) 304 d.

^{9) 305} a.

^{10) 305}b.

^{11) 290}b, 298e.

führer, lediglich als eine technische angesehen. In den Nomoi 1) werden die στρατηγοί und ihre Untergebenen zu den άρχαί gerechnet, dabei allerdings ein νούς στρατηγικός und πολιτικός unterschieden2), also das Vorhandensein einer technischen und rechtlichen Seite ber Beerführung anerkannt; aber die Thatigkeit der Richter wird hier ichlechthin ein apxeiv im weiteren Sinne genannt 3). Jedenfalls erkennen wir aus allem bisher Ausgeführten die Anfänge einer Unterscheidung von höherem und niederem Amt4), von Leitung und Ausführung (apyein - Span, partein), Gesetgebung und Rechtsprechung, dauernder und vorübergebender, technischer und rechtlicher Staatsthätigkeit.

§ 10. Die Staatsformen. Die Untersuchung des Begriffes Staatstunst giebt Platon im Polititos auch Gelegenheit, die Lehre von den Staatsformen zu berühren und zwar unter einem doppelten Gesichtspunkt, einmal, um nachzuweisen, daß es für die mahre Staatsgewalt gleichgiltig fei, ob die Herrschaft in der Hand eines ober weniger ober vieler, reicher ober armer, nach Geset ober ohne Geset, mit Zwang ober über Willige Regierender liege, und bann, um ju prufen, welche von ben Staaten, in benen es an wahren herrschern mangle, der wahren Staatsordnung mehr oder weniger nahekamen, begw. wie fie es angufangen hatten, um bies Biel gu erreichen 5). Go fehr bie beguglichen Ausführungen, wie die aufgeworfenen Fragen es erfordern, politisch-ethischen Charakter an fich tragen - es zeigt bies ichon bie oberfte Ginteilung ber ber mahren Staatskunft entbehrenden Staaten in Nachbildungen επί τα καλλίω und επί τα αίσχίονα 6) —, so bieten dieselben doch auch staatsrechtliches Interesse, besonders freilich nach der Seite, wie schwer es Platon wird, staatsrechtliche Form, politische Wirkung und ethische Bedeutung auseinanderzuhalten.

Der Politikos verbindet bei feiner Ginteilung der Staatsformen den in der fokratischen 7) Cliederung berftedt enthaltenen Gegensat von Gesetzes und Willfürstaaten 8) mit ber althiftorifchen Dreiteilung nach ber Bahl ber Ausüber ber oberften Staatsgewalt9). So erhalten wir die fasilsia, die zugleich der Name für die wahre Herrschaft ift 10), und die τυραννίς, die eine, wenn ein κατά νόμους μοναρχών vorhanden, die andere όταν μήτε κατά νόμον μήτε κατά έθη πράττη τις είς ἄρχων 11), bann die Aristofratie und Oligarchie, je nachbem die Berrichaft ber Reichen auf Gefete achtet ober nicht, und endlich das κατά νόμους und das παρανόμως άρχειν der Demokratic. Die Rlassifikierung biefer fechs Staatsformen nach ihrer Gute für die Unterthanen ist dann die: Königtum, Aristokratie, gesetliche, ungesetliche Demokratie, Oligarchie, Tyrannis 12).

Deutlich tritt in dieser Bliederung als Ginteilungsgrund ber Begenfat von Gin-, Weniger- und Vielherrschaft hervor, besonders darum auch, weil die dalfor auch als μή πολλοί bezeichnet werden 13). Diese Einteilung ist aber eine abgeleitete und barin zeigt sich eben bas rechtswissenschaftliche Moment. Während auch im Bolitikos μόναρχος jeder Einherrscher ist, ist ihm die Herrschaft Weniger nicht schlechthin "ή δπο των δλέγων δυναστεία" 14) oder gar Oligarchie: vielmehr ist die "πολιτεία υπ' δλίγων" 15) lediglich die Wenigerherrschaft der Reichen und diese zerfällt dann erst in die Aristokratie und Oli=

^{1) 755} b.

³⁾ Bgl. S. 46, N. 4 ff.

^{5) 302, 303; 297}ff. 7) Siehe oben G. 28.

^{2) 963}b.

⁴⁾ Insbes. Ges. XII, 968c, 735a. 6) 293e, 297e.

⁸⁾ νομίμων τῶν πολιτειῶν οὐσῶν . . . παρὰ νόμων οὐσῶν, αμή μετὰ γραμμάτων καὶ ἄνευ νόμων (292a, 293a, 296e, 291e), der Gegenfat, der — fittlich bewertet — "fittlich schöne und fittlich häßliche Nachbildungen" (293e) heißt.

⁹⁾ ένί, δλίγοις, πολλοῖς (292b, 302c). 11) 301b μ. 291e. 10) 301b. 12) 302 e, 303. 13) 303a, 302d.

^{15) 291} e.

^{14) 291} d.

Banbbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.-Banb. I. Abth.

garchie. Blaton gebraucht also hier Ariftofratie in einem anderen Sinne als in ben Romoi, wo fie die Ein- ober Wenigerherrichaft bedeutet, beren auszeichnendes Moment nicht Reichtum, sondern Bilbung ober Abel ift. Die Unmöglichkeit, rechtliche und politische Betrachtung zu sondern, tritt auch im Politikos in ber Definition ber Demokratie hervor. Diefelbe wird als του πλήθους άργή 1) ober als Herrschaft των πολλών 2) bezeichnet, allein biefe Bezeichnungen für Menge werben balb im Sinne des gesamten Bolfes 3) balb im Sinne der Masse der Besiglosen gebraucht, welche των τας οδσίας εγόντων άρχει4). Die poli= tijch bedeutsame Wirkung, daß, wenn δ ξόμπας δημος die Herrschaft im Nechtssinne hat, die in der Uebergahl befindlichen Armen thatsächlich über die Reichen herrschen, wird hier zur rechtlichen Charakterisierung verwendet. So wird zum ausschlaggebenden Moment die thatsächliche Herrschaft, und auf diese Weise auch die Art der Bestellung ber Amtsträger ein Merkmal zur Unterscheibung ber Formen ber Ausübung ber oberften Staatsaewalt.

Bu beachten ist dann noch der im Politikos vorkommende Gegensat von "Bixip und έκουσίφ herrichen". Während Sokrates 5) ihn nur gebraucht, um ben Gegensatz bes Erwerbes von Königsherrichaft und Thrannis zu bezeichnen, wird er im Politifos teils ebenso 6), teils zur ethischen Rennzeichnung irgend welcher Staatsform angewandt, so, wenn 3. B. die Demokratie barnach unterschieden wird, ob die Reichen ben Armen willig ober unwillig gehorchen 7).

§ 11. Die rechtliche Natur ber Staatsherrschaft. Das staatsrechtlich wichtigste Ergebnis der ganzen Untersuchung des Politikos liefert der Umftand, daß Platon hier die staatliche Herrschaft, wenn auch nicht absichtlich, so boch dem Erfolge nach mit anderen Rechtsverhaltniffen vergleicht. Un ber Definition, welche er von der mahren Staatstunft giebt, ift in juriftischer Betrachtung das eine auffallend, daß die Besonderheit ihrer Herrschaftsobjette (Land und Leute) nicht dazu benütt wird, um die Staatstunst von anderen für Menschen sorgenden Besehlsgewalten zu unterscheiben. Es tommt bies baber, bag der Dialog ohne Beweis von dem Sate ausgeht, bag zwischen einer großen Saus= gemeinschaft und einem kleinen Staatswesen in Bezug auf die Urt der apyh kein Unterschied bestehe 8). Wir finden im Beginn des Dialogs den Satz: es ist ein und dieselbe Befehlswiffenschaft, deren der noditinos, ber basiders, ber desnötys (gegenüber seinen Stlaven), der odnovopos (gegenüber seinen Hausgenoffen) bedarf; ob man biefe Wiffen= schaft βασιλική ober πολιτική ober οίκονομική nennen wolle, sei ein Streit um Worte.). Man sieht, was Platon in seinem Politikos von Haus aus befiniert, ist nicht die Natur bes staatlichen Herrschaftsrechtes, sonbern bes Gewaltrechtes, Gewaltverhältniffes 10) ichlechthin, von dem die Staatsgewalt nur eine Spezies darstellt. Zwischen der staatlichen und ben anderen Befehlskunften besteht nur ein quantitativer, kein qualitativer Unterschied. So fehr bei der Beweisführung, daß die rechtliche Ratur dieses Gewaltrechtes, wie es im privaten (Stlaverei, Sausgemeinschaft) und öffentlichen Recht vorkomme, in einer nur selbstbefehlenden Fürsorge für eine menichliche Gemeinschaft bestehe, die Berhältniffe der

8) 259 b.

^{1) 291} d. 2) 302 d.

³⁾ So, wenn davon die Rebe ift, daß die Beamten entweder aus der Zahl ber Reichen ober èx τοῦ δήμου παντός bestellt werden tönnen (298e, 299a), oder 300e: τὸ τῶν πλουσίων πληθος και ο ξύμπας δήμος οδκ άν ποτε λάβοι την πολιτικήν ταύτην επιστήμην.

⁵⁾ S. 27 bei N. 8 und S. 28 N. 1. 7) 292a u. c. 4) 292 a. 6) 276d u. e.

^{9) 258}e, 259c. 10) Die moderne Jurisprudenz zerlegt alle Rechtsverhältnisse in folche der Gleich= und solche ber Ueber= und Unterordnung. Lettere werden Gewaltverhaltniffe genannt; vgl. Rofin in hirths und Sendels Unnalen bes Deutschen Reiches 1883, S. 265 ff.; Banel, Deutsches Staatsrecht, 28d. I, 1892, S. 75ff.

πόλις in den Bordergrund treten 1) — πόλις ift ihm dabei Staat und bürgerliche Gessellschaft im Canzen und in ihren Gruppen 2) —, das Objekt der Fürsorge innerhalb der menschlichen Gemeinschaft bleibt ihm gleichgiltig.

Daß Platon die Verschiedenheit des Gewaltobjektes nicht berücksichtigt, erklärt sich daraus, daß den Gegenstand des Dialogs ja nicht der Begriff der wahren Staatsgewalt, sondern der wahren Staatskunft, der wahren Politik bildet 3). Politikos im Sinne des Dialogs ist nicht der wirkliche Ausüber der obersten Staatsgewalt, sondern derjenige, welcher die Besehlswissenschaft besitzt, mag er auch Privatmann (idubrys) sein.

Wenn wir demnach auch über das, was die Staatsherrschaft von anderen Besellsgewalten unterscheidet, nichts ersahren, so hat diese weite Fassung des Begriffes άρχη doch die eminent staatsrechtliche Folge, daß sie das Crundverhältnis des Staatserechtes, das Verhältnis zwischen äρχοντες und άρχομενοι, auf einen allgemeineren Begriff, auf einen Begriff der allgemeinen Nechtslehre zurücksührt. Der allgemeine Begriff, dem auch die Staatsgewalt angehört, ist δεσπόζειν δ) = ἄρχειν im weiteren Sinne. Wir dürsen Platon nicht die Konsequenzen seiner Prinzipien leihen. Es läge nahe, die Ausssage der Staat sei eine rechtlich geordnete Menschengemeinschaft, und die Erklärung der Staatsgewalt für ein δεσπόζειν dahin zu verbinden, die rechtliche Ordnung des Staates bestehe in einem rechtlichen Gewaltverhältnis zwischen äρχων und ἀρχόμενοι; der Staat sei rechtlich das Objekt eines Gewaltrechtes des ἄρχων. Allein erst seine Nachsolge kam dahin, diese Verbindung zweier platonischer Sähe vorzunehmen.

§ 12. **Der Thrannenbegriff.** Wie sehr sich Platon vom Politicos bis zu den Nomoi vom positiven Recht entsernt, das dürste aus nichts besser hervorgehen, als aus der Entwicklung, welche der Begriff des Thrannen bei Platon nimmt. Schon im Politikos stellt er neben den positivrechtlich-philosophisch gemischten Begriff (Erwerd auf nicht versassungsmäßigem Wege und gesehwidrige Herrschaft) einen rein philosophischen: die gesehwidrige Herrschaft des nicht im Besit der Herrschaft besindlichen Monarchen. Das positive Recht sindet in dieser Richtung so wenig Beachtung, daß es für den rein philosophischen Herrschaft erward, wenn er nur im Besit der Besehlskunst ist. Auch der legitime Fürst, welcher im Widerspruch mit dem objektiven Recht regiert, ist Tyrann, Pisisstratus ein βασιλεως. Auf der anderen Seite wird ein Element des positive-rechtlichen Thrannenbegriffes, nur ein wenig umgeändert, sogar zu einem wesentlichen Merkmal des wahren Herrschers. Die rechtliche Möglichseit, ohne und gegen die Gesehe zu regieren, die dem Thrannenbegriff eignet, wird als rechtliche Notwendigkeit, gegen Gesehe zu regieren, ein Bestandteil der Definition des wahren Herrschers.

Im "Staate" wird dieser Herrscher- und damit indirekt jener Thrannenbegriff sestgehalten. Ausdrücklich sagt Platon, seine ideale Staatsordnung, also die des wahren Herrschers, könne nur mit Gewalt zur Einführung gelangen. Was die "Gesehe" angeht, so ist hier in der Definition des Thrannen jede Erinnerung an die positiv-rechtlichen Merkmale des Begriffes verschwunden. Thrann ist der selbstsüchtige Einherrscher. Selbst der legitime Monarch, welcher nach Geseh regiert, aber die Gesehe nach selbstsüchtigen, nicht gemeinnühigen Interessen giebt, ist hiernach Thrann, während es im Einklang mit

^{1) 3.} B. 305, 302.
2) 287b u. d.
3) Dies übersieht Aristoteles, wenn er Politik I, 1252a 8 u. 1255b 16 behauptet, Platon mache keinen Unterschied zwischen staatlicher, Hauschern= und Sklavengewalt.

 ^{4) 259} b. Gegensaß ἄρχων.
 5) Bgl. S. 46 R. 11.
 6) Hiezu Zeller, Sigungsber. der Berl. Afad. 1887, 2. Halbbd., S. 1141 ff.
 7) 301.

⁹⁾ Staat VII, 540 ff.

biefer Theorie steht, wenn bas griechische Bolt Periander von Korinth trot bes illegi= timen Grundes feiner Gerrichaft und trob feiner gesetwidrigen Regierungsweise zu ben sieben Beisen gahlte 1), weil er seine Gewalt im Interesse bes Gemeinwesens bethätigte. Die Konsequeng, welche sich aus biesem neuen Thrannenbegriff fur bie Frage ber Erlaubt= beit bes Thrannenmorbes ergiebt, eine bebeutenbe Erweiterung begielben, hat bie Staats= lehre des Altertums noch nicht gezogen; dies that erst die des Mittelalters.

III. Rapitel.

Demofrit.

§ 13. Im Anschluß an das über Platon Ausgeführte haben wir uns noch über bie Stellung ju außern, welche Demotrit 2) in ber Geschichte ber Staatsrechtswiffenichaft jugumeisen ift. Wenn bies erft jett geschieht, obgleich Demokrit zeiklich zwischen Sokrates und Platon fteht (460-370), fo liegt ber Grund hiefür in bem Umftanbe, baß fich bas vorhandene Material nur im Bergleich mit Platons Werken murdigen läßt.

Bon den auf das öffentliche Leben bezüglichen Fragmenten Demokrits 3), welche in ber fich napl abdouing (Wohlgemutheit) betitelnben Schrift enthalten find, läßt fich teines als ein unmittelbar staatsrechtliches bezeichnen. Dieselben find, der Aufnahme in einer ethischen Schrift entsprechend, in der Sauptjache fittliche, zum anderen Teil politische Werturteile und staatsrechts-philosophische Thesen. Nichtsdestoweniger durfen wir Demokrit einen Anteil an der Entwicklung staatsrechtlicher Ertenntnis nicht absprechen.

Einmal fpricht hiefur die allgemeine Erwägung, daß in einer Reihe von Wiffens= gebieten 4) ber Weg von Protagoras zu Platon nicht blos über Sokrates, sonbern auch über ben bon Sofrates unabhängigen 5), wenn auch in einer Angahl bon Problemen 6) sich mit ihm begegnenden, Demokrit führt. Ebenso läßt sich ein Zusammenhang zwischen den Clegifern und Platon auf bem Wege über Demokrit verfolgen 7). Alle biese Zusammen= hänge beziehen sich aber zweitens auf Politik, Staatsrechtsphilosophie und Ethik des staatlichen Lebens. So finden wir bei Demotrit, wie bei Platon die Lehre von der Abhängigkeit des Einzelglucks vom ftaatlichen 8), von der Zweckmäßigkeit des Rechtsstaates 9), von der Zweck- und Bernunftmäßigkeit des Berufsbeamtenpringips 10), von der dem Individualprinzip feindlichen (dondeia) Willfürherrschaft des absoluten Polizeistaates 11), von bem ber Demokratie eigentumlichen Prinzip ber Eden Befia 12), von ber hohen politischen Bebeutung der budvoca 13), der pilia Platons. Vor Allem ist es aber keine so ausgemachte Sache, daß, wie man gewöhnlich fagt 14), Demofrit im Gegenfat zu Platon, Anhanger ber bemokratischen Staatsform, b. h. ber unmittelbaren Demokratie mar; Demokrit behauptet

¹⁾ Mener S. 620; Beloch S. 314. 2) Ueber ihn im Allgemeinen Windelband S. 76 ff.; Gomperg I, S. 256, 296 ff., 455 u. 459; Beloch S. 612.

³⁾ In der Zusammenstellung bei Natorp, Ethika fr. 134—168; hiezu Natorp S. 115 ff. 4) Erkenntnistheorie, Ethik. 5) Natorp S. 164.

⁶⁾ Cbenda S. 96, 102. 7) Cbenda S. 64 u. 174. Dazu fommt, daß Demofrit ein nur um etwa zwei Jahrzehnte jungerer Landsmann des Protagoras ift. Beide ftammen aus Abdera. Bgl. S. 21 R. 4.

⁸⁾ fr. 134, 135. 9) fr. 139, 141. 10) fr. 141-114. 141: νόμφ καὶ ἄρχοντι καὶ σοφωτέρφ (= κρέσσονι fr. 142) εἴκειν κόσμιον. 142: φύσει τὸ ἄρχειν οἰκἡιον τῷ κρέσσονι. 144: κρέσσον ἄρχεσθαι τοῖς ἀνοήτοισιν ἢ άρχειν.

¹¹⁾ fr. 147: τοῖς δυνάστησι. 13) fr. 136, 137, 146. 12) fr. 147 u. 140.

¹⁴⁾ So neuestens wieder Beloch S. 439; Ratorp S. 174.

nur, unmittelbare Demokratie sei besser als Dhnastenherrschaft 1). Im Gegenteil, nach bem Zusammenhang mit den übrigen Fragmenten 2) ist vielmehr anzunehmen, daß Demokrit unter Demokratie hier das blos materiell demokratische Prinzip, den Gegensat von Polizeistaat und Staat mit individueller Freiheitssphäre, versteht, d. h. lediglich außsprechen will, ein Staat mit Individualprinzip ist für das Individuum besser, als der endämonistische Polizeistaat. Wir glauben somit in den Demokritsragmenten die Keime der platonischen Nomoi zu erkennen, eine Staatskonstruktion, welche den Nachdruck auf die Staatsprinzipien legt: Herrschaft der σοφώτεροι (= φρόνησις), έλευθερία, όμόνοια (= φιλία), alle drei innerhalb der Schranken des Rechts, d. i. Prinzip des Rechtsstaats, Somit dürsen wir sagen, wenn auf staatsrechtsphilosophischem und ethisch-politischem Gebiete solche Zusammenhänge zwischen Platon und Demokrit bestehen, dann ist auch anzunehmen, daß Demokrit beiläusig staatsrechtliche Punkte berührt hat, und hiersür steht uns nun ein besonderer Beweis in den fr. 159 und 167 zur Verfügung.

Das eine Fragment³) handelt von dem Tötungsrecht im Kriege. Was uns gegen feindliche Tiere erlaubt ist, das dürsen wir — sagt Demokrit — auch gegen Menschen thun, nach Maßgabe der heimischen Regeln den Feind an jedem Orte töten, wo die Vorschrift es nicht verdietet. Es kann aber behindert sein durch Geset, durch die Asplikätte des Heiligtums, durch Vertrag, durch Eid. Die andere, schwierige Stelle ⁴) ist eine Kritik der jeht bestehenden Ordnung (τῷ νῦν καθεστεῶτι ἡυσμῷ — ἡυθμῷ) der Rechenschastselegung der Beamten im demokratischen Staatswesen, wo die Beamten diese Rechenschast in letzter Reihe vor dem Volksgericht zu legen haben. Bei der gegenwärtigen Gestaltung des Rechenschastsversahrens, meint Demokrit, könne dem Beamten, der vor dem Volksgericht Rechenschast lege, leicht Unrecht geschehen, denn hier seien Richter über ihn vielleicht eben die, gegen welche er in Crfüllung seiner Amtspslicht einzuschreiten hatte. Es müßte eine Ordnung geschaffen werden, die den, der sein Amt gut gesührt habe, vor Versolgung durch solche Richter schüter schüte.

Beibe Fragmente zeigen Kenntnis positiv-rechtsicher Spezialien des Straf-, des Völker- und des Staatsrechts. Bemerkenswert ist die Benützung des Wortes vópos. Es ist im weiteren Sinne von jeder Regel gebraucht, sei es eine Kechts- oder eine religiöse Regel oder eine solche der Sitte oder Sittlichkeit. Wir dürsen somit annehmen, daß Demokrit auch die juristischen Fragen, welche wir bei Platon sinden, erörtert hat 5).

¹⁾ fr. 147: ἡ ἐν δημοκρατίη πενίη τῆς παρὰ τοῖς δυνάστησι καλεομένης εδδαιμονίης τοσοῦτό ἐστιν αἰρετωτέρη ὁκόσον ἐλευθερίη δουλείης.
2) fr. 136, 137, 146, 140.

^{3) 159:} ὅπωσπερ περὶ κιναδέων τε καὶ ἐρπετῶν γέγραπται (fr. 158) τῶν πολεμίων, οὅτω καὶ κατ' ἀνθρώπων δοκεῖ μοι χρεών εἶναι ποιεῖν· κατὰ νόμους τοὺς πατρίους κτείνειν πολέμιον ἐν παντὶ κόσμφ ἐν ῷ μὴ νόμος ἀπείργει · νόμος ἀ ἀπείργει, ἱερὰ ἐκάστοισιν ἐπιχώρια καὶ σπονδαὶ καὶ ὅρκοι.

κοσμφ εν φ μη νοιμος απειργει' νοιμος δε απειργει, ιερα εκαστοισιν επιχωρια και σπονοκι και ορκοι.

4) 167: οδδεμία μηχανή τῷ νῦν καθεστεῶτι ρυσμῷ μὴ οδκ ἀδικεῖσθαι τοὺς ἄρχοντας, ἢν καὶ πάνυ ἀγαθοὶ ἐωσιν. οδδενὶ γὰρ ἄλλφ ἔοικεν (ἢ) ἐαντῷ τὸν αὐτὸν ἐφ' ἐτέροισιν αὐ γίνεσθαι. δεῖ δέ κως οδτω καὶ ταῦτα κοσμηθήναι, ὅκως ὁ μηδὲν ἀδικέων, ἢν καὶ πάνυ ἐτάζη τοὺς ἀδικέοντας μὴ ὑπ' ἐκείνους γενήσεται, ἀλλά τις ἢ θεσμὸς ἢ ἄλλο τι ἀμυνεῖ τῷ τὰ δίκαια ποιεῦντι. Wegen ber ৠιβίεσμια μgl. ⑤ σπ μετὰ I, ⑤. 297 μ. 459 μπο ℜ αίστιμ ⑤. 116.

Wegen der Auslegung vgl. Comperz I, S. 297 u. 459 und Natorp S. 116.

5) Nach den Angaben des Peripatetiters Ariftogenos bei Laertius Diogenes (III, 37) ftünde, wie schon S. 9 N. 7 bemerkt, Platon auch start auf den Schultern des Protagoras. Er soll aus Protagoras' ἀντιλογίαι fast den gesamten Inhalt seines Staates entnommen haben. Allein dies ist entschied überriteben. Wäre von Protagoras eine Schrift solchen Inhalts vorhanden gewesen, dann würden wir doch auf sie aus den Fragmenten von Demokrit, dem jüngeren Landsmann des Protagoras, schließen können. Diese Behauptung beweist höchstens, daß diese Antilogien — wie schon ihr Name sagt, eine diestlische Schrift — staatliche Themata zum Gegenstande ihrer Leweissehre machten hiezu Maaß, Hermes 1887, S. 594). Zeder Zusammenhang zwischen platonischer und protagorischer Staatslehre ist damit nicht geleugnet. Wir haben oben S. 42 N. 2 das Gegenteil bemerkt. Bgl. auch Natorp im Archiv sür soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. VIII, S. 143. Comperz I, S. 372 n. 474 meint annehmen zu dürsen, Platon habe die dielestische Erörterung

Wenn wir demnach auch glauben, daß die Erundgedanken der "Gesete" demokritische seien, so bleibt der eigenen That Platons doch noch hinreichend übrig. Bon der künstlezrischen Form, die er fremdem Gedanken leiht 1), und von materiellen Einzelheiten abgesehen 2), ist der Ausbau des umsassenden Systems der Staatsrechts-Philosophie und der Politik, das Platon liefert, des Berfassers ureigenstes Werk. Liegt Platons schöpferische Thätigkeit somit auch vorwiegend auf anderen Gebieten der Staatswissenschaft, als auf staatsrechtlichem, mit der Schaffung eines staatswissenschaftlichen Systems 3) überhaupt hat er, wie wir weiter unten sehen werden, zur Besörderung der Wissenschaft des positiven Staatsrechts gerade genug beigetragen.

Dritter Abschnitt: Die populäre Staatskunde der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts und Jsokrates.

§ 14. Die Rhetoren und sonstigen Publizisten. Der näheren Erforschung des positiven Staatsrechtes war die "Philosophie", die Wissenschaft von Sokrates und Platon, mit ihrer vorwiegend politisch-ethischen Bestrebung und ihrer spekulativen Methode entstremdet. Aber nicht blos dies. Uebte die sokratisch-platonische Staatswissenschaft auch sonst im Leben keinen praktischen Sinsluß⁴), ja war sie es, welche im politischen Leben der Praxis Konzessionen machte 5), in einem Punkte erzielte sie doch einen thatsächlichen Ersolg. Sie war eine der Ursachen dafür, daß auch die andere wissenschaftliche Richtung, welche neben der Philosophie erstand, die Khetorik, und die damit zusammenhängende Litteratur sast ausnahmslos es unterließen, sich mit der rechtswissenschaft= Lichen Erklärung des positiven Staatsrechts zu besassen.

Die Rhetorik trat an den Platz der Sophistik. Daß die Rhetorik, die als solche bisher nur die Lehre von der geschickten und schön gesormten Rede, also eine formale Wissenschaft gewesen. die Sophistik in ihrer Stellung als materielle Wissenschaft verbrüngte, war eine Folge des noch stärkeren Emporsteigens der Macht der Rede im praktischen Staatsleden, das hinwiederum seine vorwiegendste Veranlassung aus dem von nun an unerschütterten. Bestande der in Athen nach dem peloponnesischen Krieg neu hergestellten

1) Comperz I, S. 340 nennt Platon einen gewaltigen, wenn nicht den gewaltigsten Schriftsteller aller Zeiten.

5) Nebergang Natons von monarchisch-aristokratischer (Staat) zu demokratischer Versassungsform (Gesetze). Bgl. S. 31 u. 35.

6) hiezu Comperg I, G. 381 ff.

über den Begriff der Gerechtigkeit im ersten Buche seines "Staates" zu nicht geringem Teil aus ben Antilogien geschöpft.

²⁾ Politische Begründung des Zensus- und Losprinzips, der Laiengerichtsbarkeit, der Delegation von Gesetgebungsgewalt an die Verwaltungsbehörden. Bgl. S. 34 N. 9 u. S. 45.
3) Unten § 16.
4) Ueber die Gründe Anm. 7.

⁷⁾ Wenn die neuaufgerichtete Demokratie von Ankang an und in der Folge der Jahrzehnte vor jedem nennenswerten Bersuche, sie zu ändern, bewahrt blieb, ja sich kräftig fortentwickelte, so lag die nächste Ursache hiefür darin, daß Handel und Judustrie zum mindestenst gleichen Teile in der Hand von Melöken, also von politischen Rechtes baren Staatseinwohnern lag. Handel, Industrie und Handwerk hatten sich trotz der anfangs vorhandenen thatsächlichen Abhängigkeit von Sparta und des späteren politischen Üebergewichts Thebens rasch wieder erholt, eine Folge teils der günsstigen Vage Athens und seines Haffangles des durch die Berwüsstungen des Krieges veranlaßten Rückganges des Landbaues, der Attika außer Stand setzte, für die Bolksernährung allein aus eigenem Erzeugnis zu sorgen. Die Metöken waren so, fortwährend an Zahl wachsend, imstande, durch ordentliche und außerordentliche besondere Metökenskeuren (Blaß, Die sozialen Zustände Athens im 4. Jahrh. v. Chr., 1885, S. 13; Thumser in K. F. Hermanns Lehrb. der griech. Antiquitäten,

Regierungsform der unmittelbaren Demokratie infoferne entnahm, als fich mit ihm eine fortgesette Zunahme ber politischen Macht ber Etklesia und bamit ber befitologen Maffe verband. Ariftoteles fchilbert diefe politische Omnipotenz des Demos im "Stagte ber Athener" (41) mit den Worten: άπάντων γάρ αὐτὸς αύτὸν πεποίηκεν ὁ δημος χύριον και πάντα διοικείται ψηφίσμασιν και δικαστηρίοις εν οίς ό δημός έστιν ό κρατών. Ronfequenterweise führte eine folche Ausdehnung ber Boltsberrschaft zu fortgesetzter Steigerung des Ginfluffes der Bolksredner. Nichts ift hiefür bezeichnender, als der Umftand, bag bas Parteioberhaupt, ber prattifche Staatsmann, ber berufsmäßige Barlamentarier nicht mehr blod πολιτικός, fondern βήτωρ πολιτευόμενος 1) und Rhetor schlechthin heißt.

Der zweite Grund, ber eine Erhöhung ber politischen Macht ber Bolkgredner mit sich brachte, war die mit dem Buchhandel am Ende des 5. Jahrhunderts auffommende Sitte, Reben burch Abschriften zu vervielfältigen. Dies führte bazu, bag neben bie mund= liche, durch Abschriften verbreitete Rede als politisches Machtmittel die in die äußere Form ber Rebe entweber vollständig gekleibete ober ihr in afthetischer hinficht wenigstens nachstrebende publizistische Brochure trat.

Die so abermals gesteigerte Bedeutung der Rede für den Mann des praktischen Staats= lebens mußte auch in ber theoretischen Ausbildung jum politischen Beruf ben Schwerpunkt noch mehr nach ber formellen Seite verlegen. Die materiell-enchklopädische Bilbung tonnte nahezu gang verschwinden, die Aneignung des materiellen Wiffens vom Staate mehr und mehr ber Braxis überlaffen werben. Nötig war bagegen eine ftufenweise Ausbilbung in der Metorik, ein Ausbilden nicht blos und nicht sofort in der parlamentarischen, sondern auch und zuerst in der ästhetischen Staatsrede 2), die wir als einen Zweig der Belletriftit bezeichnen können, und in der Gerichtsrede, und ferner nicht blos in der

I. Bb., 6. Aufl. 1892, S. 423 ff.) ben besitzenben Burgern einen Teil bes finanziellen Aufwandes abzunehmen, welcher fur die Rriegführung und fur den Richter- und den neueingeführten Efflefiaftenfold und für das Theatergeld der fo vor voller Unzufriedenheit bewahrten armen Burger erforderlich war. Auf biefe Weise unterblieben nennensweite Berfuche ber wohlhabenden Burgertlaffe, bie Berrwar. Auf diese Weise unterdlieben nennensweite Versuche der wohlhabenden Bürgerflasse, die Herrschaft der Nichtbesitsenden zu ftürzen. Nicht minder war es aber die rechtliche Ordnung des Staatswesens selbst, welche der Volkskerrschaft sesten Aben gab. Sie war es, welche die unmittelbare Demofratie auch in Zeiten aufrecht erhielt, in welchen, wie in den Jahren des Bundesgenossenssienkrieges (357—355), dem Handel und der Industrie schwere Wunden geschlagen wurden. Der Grund hiefür lag in der Forterhaltung zweier Prinzipien der früheren Demofratie: des Prinzips des Rechtsstaates (die allgemeinen νόμοι Schranken für die ψηφίσματα, die Volksbeschülüsse) und der Bindung der Etklesia an eine Mitwirfung des Nates (Arist., Staat d. Ath. 45, 21 ff.), und in der Hindusgung eines neuen, auf die Gesetzgedung bezüglichen: des Ausschlusses der Bolksversammlung von der Absassischung alleemeiner Gesetz (Arbumier S. 521. Smehade Grief Waltschlusse 1890, 238). Die Walksgemeiner Gesetze (Thumser S. 521; Swoboda, Griech, Volfsbeschlüsse 1890, S. 236). Die Volfsegemeinde behielt in dieser Richtung nur ein Initiativrecht. Bon ihr geht der Auftrag zur Sinseitung des Gesetzegebungsversahrens aus und zwar durch Einseitung von Nomotheten, einem unständigen Kollegium, das aus der Reihe der Geschworenen (Heliasten) ernannt wurde. Das Gesthadenschreiben der Vollegium von Konstitution der Vollegium von Volle setgebungsversahren selbst erfolgte vor biefen Laienbeamten in Form eines Prozesses, fo daß es biesem Kollegium nach Anhören des Rates überlassen war, zu entscheiden, ob ein Geseh ergehen ober es beim alten verbleiben folle. Die Gesehesabfaffung war fo zwar nicht den Ginfluffen der politi= fchen Leidenschaft des Bolfes entruckt - benn die Amtsbauer von Buleuten und heliaften war nur eine einjährige und die einen wurden durch Wahl, die anderen durch Los bestellt -, wohl aber ben farken Ausbrücken der einen botteden in der Bolksversammlung. Insseren dicht Sob seitent —, wohr der bei farken Ausbrücken der geleben in der Bolksversammlung. Insseren läßt sich Gomperz zusklimmen, welcher den Grund, worum es der griechischen Philosophie nicht gelang, ihre Theorien in die Praxis des Staatslebens einzusühren, außer in der mindestens erträglichen wirtschaftlichen Lage der Massen vorzugsweise in dem griechischen und zumal dem athenischen Nationalcharafter erblickt, indem dem Griechen und dort Allem dem Könen und Unverwitzelten abholder, der Stetigkeit der Kinniskung afinktiere Sinn innerweiten (I. S. 221) ber Entwicklung günstiger Sinn innewohne (I, S. 331).

1) Thumser S. 516 N. 6 und Christ, Geschichte der griechischen Litteratur, 2. Aust.,

<sup>1890, § 267.

2)</sup> Die sog. paneghrische oder epideistische Rede, die Prunkrede: γένος πανηγορικόν [επιδείχ-

Theorie der Redekunft, sondern auch in der Redeanwendung, also in Berbindung mit praktischen Uebungen 1).

So treten an die Stelle der Sophiften als Lehrer der politischen Beredsamkeit Lehrer ber Rebekunft ichlechthin, ebenfalls Rhetoren genannt. Die Rebekunft wird für bie einzig wahre Wiffenschaft erklärt2). Wenn ber Unterricht in ben materiellen Disziplinen babei nicht gang zu Ende ging, fondern dieselben zum Teil wenigstens als Nebengegen= ftande ber Unterweisung erhalten blieben, so erklart fich bies lediglich baraus, bag ber Unterricht in der Redekunft, den Unforderungen der Zeit entsprechend, nicht blos ein theoretischer, sondern auch ein praktischer mar. Die Lehrer gaben Mufterbeispiele für die verschiedenen Redearten und liegen ihre Schüler Reben über Themata ber entsprechenden Gebiete, fingierte Festgelegenheiten, Rechtsfälle, parlamentarische Vorgange entwerfen. Go blieb auch die Staats- und Rechtskunde Nebengegenstand ber Unterweisung, ber Erwerb der diesbezüglichen Renntniffe nicht ganz der Erfahrung anheimgegeben. Und nicht blos badurch, sondern noch aus einem anderen Grunde maren Staats= und Rechtstunde ferner= hin Gegenstand berufsmäßiger Beschäftigung der Rhetoren. Lettere waren, ber eine mehr, ber andere weniger, auch ausübende Redekunftler, nicht fowohl in Form ber munblichen Rebe, als in der der Redeschriftstellerei. Diese betrieben fie in doppelter Urt, einmal als Abvokaten, Prozefredenschreiber, Logographen3), wie sie heißen, als welche sie ben Par= teien Gerichtsreden entwarfen, und bann als publigiftische Tagesichriftfteller, als Journaliften, insoferne fie politische Prunkreden und politische Brochuren mit praktischer Tendenz veröffentlichten4). In Folge ber praktischen Richtung ihrer litterarischen Thätigkeit stehen fie demnach mit dem Staat und feinem Rechte in fortwährender Berbindung und gwar auch und nicht gum wenigsten mit bem Staatsrecht, benn felbst, wenn fie fich nur auf forenfische Dienstleiftungen beschränkten, die Masse der politischen Prozesse machte Betanntschaft mit bem öffentlichen Rechte zu gebieterischer Notwendigkeit.

So rege aber die Beziehungen ber Rhetoren zum positiven Staatsrecht sich auch gestalteten, fo war boch die Art berselben einer wissenschaftlichen Behandlung des Staats= rechts nichts weniger als gunftig. Diese Beziehungen waren in allen Fällen praktischen Charafters und in allen lag der Schwerpunkt auf der Form. Wenn überhaupt eine Wiffenschaft aus dieser praktischen Richtung, aus Unterricht, Anwaltsihätigkeit und politischer Tagesschriftstellerei, Forderung empfangen konnte, bann war es die Rhetorik mit ihren formalen Silfswiffenschaften, aber nicht die Jurisprudenz. In diefer Sinficht genügte ben Rhetoren einfaches empirisches Berftandnis. Und bagu fommt noch, bag ben Gegenstand aller rhetorischen Theorie und Praxis die Bolksrede, die Rede an das Publikum, bildet b). Bei der Prunkrede war eine Gelegenheits=(Fest-)versammlung, bei der Gerichtsrede das große Kollegium der Geschworenen, bei der parlamentarischen Rede die Etklesia oder wenigstens der Rat als Zuhörerkreis gedacht. Da es nun die erste Regel aller Nede, die überzeugen will, ift, sich auch dem Inhalt nach in dem Gesichtskreise der Zuhörer zu bewegen, fo mußte sich ber Rhetor einer popularen Darftellung befleißigen und war fo auch aus biefem Grunde fein Anlaß zu tiefer gehender, wiffenschaftlicher Betrachtung bes

¹⁾ Anfange hiezu ichon bei Protagoras; vgl. Comperg I, S. 379ff, u. 475. 2) Ciehe Bentel G. 148.

²⁾ Siehe Hentel S. 148.
3) Lipfius, Kon der Bedeutung des griechischen Rechts S. 23; Christ a. a. O. §§ 244, 246, 248, 249, 255; Gomperz I, S. 309, 335 u. 465.
4) Neber diese Flugschristenlitteratur auch Comperz S. 397.
5) Wir sinden diese Rede auch schon bei den Sophisten; ihr Hauptvertreter ist Gorgiaß; aber es dürste zu weit gehen, wenn Comperz (S. 333 u. 338) die Sophisten schlechthin mit der Formel "halb Prosesso und halb Journalist" belegt, obgleich das vollkommen zutrisst, daß die Grenze zwischen Sophistel und Rhetorik keine ganz sesse ist (vgl. Comperz S. 331, 381 ss.).

materiellen Wiffensgebietes gegeben 1). Und, was gerade bas öffentliche Recht anging, so leistete folder Bopularifierung ber Staatstunde nun noch - und bamit tommen wir auf unferen Ausgangspunkt zurud - die Wiffenschaft der "Philosophie", die fokratisch= platonische Theorie, Borschub. Aus ihrer Thefis, daß die Staatsform gleichgiltig sei, wenn nur die Staatsgewalt von berufsmäßig Gebilbeten ausgeübt merbe, leitete die prattifche Politit bie beftimmte Behauptung ab: ber tüchtige Staatsmann führt unter jeber Staatsform die Geschäfte gut. Galt aber diefer Sag, bann fehlte die Notwendigkeit irgendwie rechtswiffenschaftlicher Behandlung des positiven Staatsrechtes.

So gelangen wir zu dem Resultat: die "Rhetorit" vom Ende des 5. Jahrhunderts an ist, was bas Wiffen vom Staatsrecht anlangt, lediglich eine mit praktisch popularer Politif verbundene Rechtstunde teils politivrechtliche boamatischer, teils antiquarischibealisierender Natur.

Daß die rechtsgeschichtliche Runde ibealifierendes Gepräge trug, das erklärt die Verbinbung ber Staatsrechtskunde mit ber praktischen Politik. Wollte man eine Aenberung bes Beftehenden erreichen, fo mar ber beste Weg hiezu, bag man bas, mas man wollte, als eine Rückfehr zum Alten bezeichnete und das Alte dementsprechend idealisierend in die Höhe hob2).

Daß auch außerhalb des Kreises der Rhetorik praktisch-populäre Politik in litterarischem Gewande getrieben wurde, daß lettere bemnach in ber Rhetorik nicht ihre einzige Boraussetzung hatte, es vielmehr, wie wir faben, auch die Entstehung des Buchhandels war, die eine politische Flugschriften= und Buchlitteratur ins Leben rief, bafür find uns Zeugen Kritias, bas Saupt ber Dreißig, und Xenophon, beibe nicht Rhetoren, aber praktische Staatsmänner, von welchen ber eine ber hiftorischen Forschung zufolge 3) u. A. eine praktisch-politische Schrift mit antiquarischem Apparat über Athen, eine 'Aθηναίων πολιτεία, schrieb, mährend mir ja von dem anderen in der Kyropädie, dem Staat des Lafebamonier und hieron belletriftische Schriften bes angebeuteten Charafters haben4).

Noch bleibt ein anderer neuer Litteraturzweig zu erwähnen, die mit dem vierten Jahr= hundert ebenfalls unter der Führung Athens beginnende jungere Lokalgeschicht= fchreibung, von der älteren, früher 5) erwähnten dadurch unterschieden, daß fie mehr, wie diefe, die inzwischen auch inhaltsreicher gewordenen amtlichen Jahrbucher, alfo urfundliches Material zu Grund zu legen in der Lage war und fo außer mythischer Ur= und allgemeiner Stadt= und Baugeschichte auch die πάτρια νόμιμα und die unmittel= bare Gegenwart berückfichtigte 6). Allein baraus, bag bie attifchen Chronifen, die fog. Atthiben 7), nach den Archontenjahren abgeteilt waren, muffen wir abnehmen, daß diese

¹⁾ hiezu Comperz S. 309. 2) Darüber, daß bei ben Griechen zur Popularität eines politischen Ibeals gehörte, baß fein

Borbild in der Vergangenheit lag, im Allaemeinen Schmidt, Bd. II, S 69.

3) Siehe Dümmler im Hermes XXVII (1892), S. 264, Meyer II, S. 650 u. 11 und besonders v. Wilamowis a. a. O. I, S. 165, der auch eine praktischepolitische Schrift des Theramenes aus Arist., Staat d. Ath. 36, 2 zu erkennen glaubt und S. 174 über die politischepraktische Publizistist an der Wende des Jahrhunderts im Allgemeinen handelt. Dort auch insbesondere über andere Politien des Aritias. Neber andere Staatstheoretiker Ed. Meher in den Jahrbüchern, 28b. XXX, S. 720.

⁴⁾ Ueber fie Bentel S. 133ff. Chrift, § 226, bezeichnet die Apropadie als "hiftorifchen Tendengroman"; zutreffender ware noch "hiftorisch-politischer Tendengroman".

5) S. 21 bei N. 7.

⁶⁾ Bgl. Niese in Sybels Hiftorischer Zeitschrift, 1892, S. 54, v. Wilamowit I, S. 278 und Comperz, S 396 u. 477.

⁷⁾ v. Wilamowit I, 280, 284, 288, bringt in einer intereffanten Sypothefe bie Entstehung diefer Atthiden mit der Erffarung der Ritualvorschriften in Bujammenhang. Er grundet dies darauf, daß die ersten Atthidographen (Kleidemos, Androtion 2c.) "Exegeten", d. h. Erklärer bes

Wefchichtswerke, soweit fie hiftorischen ober geltenden Rechtsftoff enthielten, nur eine Rechtsftatiftit, juriftische Daten, höchstens rechtliche Altertumstunde, jedenfalls aber teine juriftische Staatswiffenschaft bogmatischer ober hiftorischer Urt boten. Demnach mare bas Ergebnis, zu dem wir gelangen: soweit in der erften Salfte des 4. Jahrhunderts Staats= rechtswiffenschaft getrieben wurde, waren es lediglich die "Philosophen", die fich damit beschäftigten. Allein hiervon besteht eine Ausnahme; es ift die Erscheinung des Jokrates.

§ 15. Jokrates. Jokrates 1), beffen Leben nahezu ein Jahrhundert, von 436-338, währte und so in die Zeit von Sokrates, Platon und Aristoteles zugleich fiel, ist an sich bas typische Beispiel bes Rhetors. Auf der einen Seite eine weitgebende Abhangigkeit von den Borgangern - mas Cophiftit und Philosophie an staatlicher Wiffenschaft bieten. wird in tunftvollem Gewande dem Berftandnis des großen Publitums naher gebracht -; auf ber anderen Seite eine gewiffe Originalität: in ber außeren Form - Rokrates ift ein Meifter bes Stils - und in bem Bervorkehren ber praktischen Bolitit 2). Allein barüber hinaus unterscheibet fich Isokrates auch von den übrigen Rhetoren. Im Gegensat zu einem Alkidamas, Thrasymachos, Polykrates, Zoilos gelingt es ihm Dank seiner hervorragenden Begabung und in Folge bes Umftandes, daß er von den zwei Formen ber Staatsrede ausschließlich die für eine tiefer gehende Behandlung staatlicher Dinge immerhin beffer geeignete Prunkrebe pflegt, nicht blos in Lehre und Praxis ber eigentlichen Redekunft, sondern teilweise auch im materiellen Wissen vom Staate über das Maß einfacher Koutine hinauszukommen; nicht umsonft haben Platon und Aristoteles in ihm ihren bedeutenoften Gegner erfannt.

Insbefondere gilt diefer Borzug von Jokrates auch für das Staatsrecht. Es läßt fich eine als wiffenschaftlich zu bezeichnende isokratische Lehre von ben Staatsformen nachweisen. Und fo erfordert Fjokrates im Gegensatz zu anderen uns bekannten litterarischen Vertretern praktisch-popularer Staatskunde aus der ersten Salfte des 4. Jahrhunderts einen Augenblick gesonderter Betrachtung.

Für eine nur oberflächliche Staatenkunde lag es außerordentlich nahe, den Unterschied zwischen rechtlicher und politischer Betrachtung übersehend, in den fünf nodereiat der fotratiichen Lehre auch fünf rechtliche, auf ein und benfelben Ginteilungsgrund guruckgebende Arten von Staatsformen zu erblicen. In ber That fprechen Blaton und Niokrates 3) gleicherweise davon, die gemeine Meinung (of noddof) unterscheide fünf Arten von noderefal. Unter diesen of πολλοί können aber lediglich die Rhetoren und die Rhniker, letztere unter bes Antisthenes, Platons erbitterten Gegners, Führung, verftanden werden. Die Ginen hielt ihre vorwiegend formale Richtung, die anderen ihre Gleichgiltigkeit gegen das Staatsleben 4) von einer intensiveren Beschäftigung mit dem praktischen Staatsrecht 5) ab.

Rituals, waren (Plato, Gesetze VI, 759 d, IX, 871 c). Daraus schließt er, daß diese aus Aufzeichnungen ihrer Borgänger, aus einer in hohe Zeit hinaufreichenden Exegetenchronik schöpfen.

1) Ueber Fjokrates Blaß, Die attische Beredsamkeit, 2. Abt., 2. Aufl. 1892, und Henkela, a. O. S. 45 st. 147 st.

²⁾ Die praftische Richtung seiner Publizistit zeigt sich insbesondere barin, daß er, wie Xenophon, im Gegensatz zu dem, was wir von Platon wissen, auch das politische Verhältnis der hellenisischen Staaten zu einander und der Hellenen zu den Barbaren (Persern) in den Kreis seiner Betrachtungen einbezieht. Darin, wie in seiner Sigenschaft als Prunkredner, ist sein sophistischer Borläufer Gorgias, der Rhetor unter den Sophisten (vgl. Comperz S. 381 ff.), mit dem er auch

Borlaufer Gorgias, der Rhetor unter den Sophisten (vgl. Gomperz S. 381 ff.), mit dem er auch zeitlich teilweise noch zusammenfällt. Sorgias lebte 483—375.

3) Siehe oben S. 37 N. 5 und Jjokrates, Panathenaikos 181 ff.

4) Lgl. Zelker II, 1 S. 324.

5) Jfokrates begreift unter den "ol πολλοί" offendar nur die letzteren, denn er sagt a. a. O., nicht wegen Mangel an wissenschaftlicher Bildung, sondern an Interesse für das, was praktisch notwendig ist, hätten "ol πολλοί" das Richtige verkannt; er sieht den Fehler also nicht in einer Unwissenschaftlichkeit, sondern lediglich in einseitig spekulativer Forschungsweise. Allein die Khniker

So war also gerade das Gegenteil von dem vorhanden, was wir früher 1) als den nächften Wunich ber Staatsrechtswiffenichaft bezeichnet haben, eine klare Unterscheibung ber beiben Einteilungsreihen der Staatsformen, der Einteilung nach der Zahl der obersten Ausüber der Staatsgewalt und nach der Art der Aemterbesekung; denn auch Platon hatte feine folde Klarlegung gegeben, nachdem für ihn die Frage nach der Organisation ber oberften Staatsgewalt von untergeordneter Bedeutung war. Was er in dem Nomoi unterscheibet, sind die einzelnen Staatsprinzipien; für ihn ift der Gegensatz von Monarchie und Demofratie fein Gegensatz ber Staatsformen, fondern der Staatsprinzipien; Monarchie und Aristokratie bedeuten ihm das Gleiche.

Fokrates war es vorbehalten, die Lücke der bisherigen ftaatsrechtlichen Theorie auszufullen und fich damit einen hervorragenden Plat in der Geschichte ber Staats= rechtswiffenschaft zu erringen. Was er that, bas ift, bag er bem in ber sokratisch= platonischen Staatslehre in nuce enthaltenen politischen Gedanken, für eine qute Staats= verwaltung seien tüchtige Beamte die Sauptsache, die Staatsform dagegen gleichgiltig, nicht blos wortbeutlichen Ausbruck, sondern auch juristische Erklärung gab, indem er fagte, Aristofratie und Timofratie seien überhaupt feine Politien, es gebe nur brei äußere Formen von Politien (ιδέαι των πολιτειών), Oligarchie, Demokratie und Monarchie; Aristokratie, wie Timokratie, könne in jeder dieser drei Staatserscheinungen bortommen; Ariftotratie sei in jeder dieser Bolitien (εν άπάσαις ταις πολιτείαις) bor= handen, in welcher man έπὶ τὰς ἀργὰς καὶ τὰς ἄλλας πράξεις, somit zur behördlichen und ausführenden im Gegensak zur überlegenden Staatsthätigkeit, τούς ίκανωτάτους των πολιτών και τους μέλλοντας άριστα και δικαιότατα bestelle. Welchem anderen Gebanken leiht hier Fokrates Worte, als dem, daß es für die rechtliche Unterscheidung der Organi= fation ber oberften Staatsgewalt nur auf die Bahl ber Träger berselben ankomme, bag also der Gegensat von Ariftofratie und Timofratie einer anderen Ginteilungsreihe angehöre? In diesem Sinne spricht er von einer δημοκρατία αριστοκρατία μεμιγμένη (a. a. D. 153) ober noch besser αριστοκρατία γρωμένη (131)2). Riokrates geht nur darin zu weit, daß er das Wort nodureia im Sinne von Verfassung nur auf die Verfassung im engeren Sinne, b. h. auf die Organisation ber oberften Staatsgewalt, nicht auf die ganze Staatsorgani= fation bezogen haben will. Daburch ichrantt er auch bie Bedeutung von Aristofratie und Timokratie ein, die ja auch besondere Unterarten der oligarchischen oder demokratischen Organisation der obersten Staatsgewalt als solcher bezeichnen können. bies erklärlich. Er wendet fich eben gegen die forratische Lehre und diese hat anders, als Herodot, diese Worte nur in Richtung auf die Aemterbesetungsweise verwendet3).

find boch nicht fo ausschließlich bebeutend, baß auch wir fie allein unter ben πολλοί verstehen bürfen. Man könnte andererseits bei dieser weiten Begründung und bei ber Stellung des Jiotrates zu Platon benten, er meine damit auch Platon. Allein dieser unterscheibet an der einzigen Stelle, wo er eine Einteilung allein der Staatsverfassungsformen gibt, im Politikos (f. o. § 10), nicht fünf, sondern sechs Staatsarten, indem er ja die gute und schlechte Demokratie als zwei vollskändig selbständige Staatsarten auseinanderhält. Daß Jsokrates auch die seinen Staatsanschauungen nahestehende Akademie nicht meinen kann, indem auch diese sechs Staatssormen zählte, wenn auch zwei mit demselben Namen, und ebensowenig Aristoteles, an den man denken muß, wenn die Ethik vor dem Banathenaikos (geschrieben 342—339), versaßt sein sollte (was hiefür spricht, darüber vgl. Gercke, Art. Aristoteles in Paulys Encyklopädie Bd. II, 1895, S. 1014 mit 1038), davon später (§ 25).

^{1) § 4} a. C., S. 30.
2) Bgl. auch Blaß S. 84 und Henkel S. 48 u. 155.
3) Aus den rein politischen Erörterungen von Jokrates mag erwähnt sein, daß er, wie Sokrates, einer auf Beamtenwahl und Beamtendisziplin und Entscheidung aller zweiselhasten Fälle beidrankten unmittelbaren Bolfsherrichaft bas Wort rebet (Areopagitifos 26; Benfel G. 154).

Vierter Abschnitt: Aristoteles und Theophraft.

I. Rapitel.

Die wiffenschaftlichen Staatsschriften von Aristoteles und feiner Umgebung 1).

§ 16. Die Schrift vom Staate der Athener. Wenn wir aus der allgemeinen Richtung der Wissenschaft des großen Stagiriten eine Prognose darüber ausstellen wollen, ob wir bei Aristoteles (384—322) und seiner Umgebung eine Förderung staatsrechts-wissenschaftlicher Erkenntnis erhoffen dürsen, so kann diese Prognose nur günstig aussallen. Sinmal ist Aristoteles der Begründer der sormalen Logik und auf der anderen Seite derzenige, der die empirische Methode als die vorwiegende Forschungsweise in die sog. Geisteswissenschaften, also auch in die Staatswissenschaft eingeführt hat.

Die Klarlegung der Bejege des wiffenschaftlichen Dentens und Beweifens mußte auf jebe Wiffenschaft, ber nicht sowohl beschreibender als begriffsentwickelnder Charafter gutam, fordernd wirten und eine wiffenschaftliche Richtung, welche an Stelle primar spekulativer Betrachtung den Besitz von Ersahrungsthatsachen zu erweitern suchte, mar geeignet, jebe mit bem Recht fich irgendwie beschäftigende Lehre auf Die Erforschung bes vorhandenen Rechtes hinzuleiten. Dazu tommen Brunde, die in der bisherigen miffenschaftlichen Behandlung des Nechtsmomentes im Staatsleben felbst lagen. Nach dem Gefetze bes Wechsels von Rationalismus und Empirie in der historischen Entwicklung alles menschlichen Erkennens ftand ein Umschlag von der nach Maggabe ber Zeitverhältniffe mit Platon auf dem Sohepunkt ihrer Geftaltungstraft angekommenen spekulativen Betrachtung bes ftaatlichen Rechtslebens qu einer positiv=exakten Behandlung ber Dinge qu erwarten. Der regelmäßige Cang ber wiffenschaftlichen Entwicklung ift, wie uns bie ichon oben 2) kurz besprochene Methode der Sophisten bestätigte, der 3), daß von einem laienhaft erworbenen Thatsachenbesit von mäßigem Umfang und mäßiger Tiefe zu "voreiliger Berallgemeinerung" übergegangen wird. Diefe hat ihren Grund in dem dem mensch= lichen Geist eigentümlichen Streben, die wirre Summe der Thatsachen zur Erleichterung ber Uebersicht einheitlich zu ordnen, denn ohne solche Uebersicht vermag er fie nicht zu bewahren. Es ist dies der Beginn des Rationalismus. Balb reicht bei diesem Streben nach einheitlicher Erklärung bas vorhandene Thatsachenmaterial zur Beweisführung nicht mehr aus. Es wird durch Spekulation, insbesondere Teleologie, erganzt. Die Spekulation schreitet fort und auf ihren Berallgemeinerungen ruht auch der Fortschritt der Wiffen= schaft. Zugleich entfernt sie sich aber immer mehr von ben beobachteten Thatsachen. Die Aluft zwischen Erfahrung und Rationalismus wird immer größer. Es kommt bie Beit, wo dies erkannt wird. Nun geht man wieder auf Betrachtung des Thatfachlichen Man prüft daran die Spetulation, sie stürzt als volle ober halbe Unwahrheit, bamit auf bem verstärkten Erfahrungsbesit neue Theorien entstehen können. Go mar auch für die griechische Staatswiffenschaft entschieden die Zeit gekommen, wo die Ungemessenheit der politisch-philosophischen Staatstheorien, wie sie Platons Werke enthielten, im Wege einer Rritik des Beftehenden zu prufen maren. So viel Grundgedanken ber platonische Gesetzftaat auch mit ber wirklich in Kraft befindlichen Rechtsordnung Griechenlands gemein hatte, insbesondere ben Gedanken des Rechtsstaates und einer gewissen Mitte

¹⁾ Die Litteratur hierüber fiehe bei Gerde S. 1051 u. 1052.

²⁾ S. 25 bei R. 2.

³⁾ Bgl. zum Folgenden Schmoller im Handwörterbuch ber Staatswissenschaften, Bb. VI, S. 533 ff. und Comperz I, S. 222, 229, 237, 244.

zwischen Freiheits- und Polizeistaat, in Bezug auf das formelle Staatsrecht, in Bezug auf die Fragen ber Organisation ber oberften Staatsgewalt, mar die Rluft amischen Theorie und Praxis offenbar. An dem Orte, wo die missenschaftliche Lehre ihren Ausbau gefunden hatte, daß die Ausübung der Staatsgewalt vorwiegend in der Sand von hiezu Gebildeten liegen muffe, beftand nach wie vor, ja erhielt fich mit größerer Festigfeit, benn je, eine auf dem Gedanken der unmittelbaren Bolksherrschaft ruhende, wenn auch in gewiffer Richtung beschränkte, bemokratische Berfassung. Es mußte bie nächste Aufgabe der Wiffenschaft werden, zu entscheiben, wer die innere Wahrheit für fich habe, die Spekulation ober die Thatsachen. Aristoteles ift es, der diese Aufgabe erkannt und mit hilfe feiner Schüler auch durchgeführt hat. Ihre Durchführung aber ift gleich= bedeutend mit wiffenschaftlicher Erforschung des partitularen, positiven Staatsrechts 1).

Daß Aristoteles biese Aufgabe erkannte und damit auch ein Förderer ber positiven Rechtswiffenschaft wurde, dafür lag ber lette Grund in dem Bange feiner Ausbildung. Für die Einführung ber empirischen 2) Methode in das Gebiet der Staatswiffenschaften Seitens Aristoteles finden wir nur bann volle Erklärung, wenn wir annehmen, daß bessen wissenschaftliche Erziehung von der Seilkunde ausgieng3). Und bafür spricht ja ber Umstand, daß er ber Sohn eines Arztes, des Leibarztes am makedonischen Sofe, Nikomachos, ift. Auch Platon war naturmiffenschaftlich gebilbet. In ber Akabemie wurden nachweisbar außer Ethit, Politif und Dialettit Zoologie und Botanit, befonders aber Mathematik und Aftronomie getrieben4). Aber die Medizin gerade war es, welche ben ersten Schritt von der Spekulation zur Empirie rollzog 5).

Aristoteles und seine Schule hat die neue Untersuchungsmethode, Sammlung der Thatjachen und erst auf Grundlage der Thatsachen Abstraktion, im Gebiete der übrigen Naturmiffenschaften, insbefondere in ber Zoologie, bann aber auch in ber Beiftesund damit in der Staatswiffenschaft zur Unwendung gebracht. Auf letterem Gebiete war ihm das Betreten des neuen Weges insoferne noch erleichtert — und darauf ruht nicht zuleht Platons Bedeutung für die Staatsrechtswiffenschaft —, als Platons theoretisches Shstem gleichsam als Wegeführer dienen konnte. Aus ihm war zu entnehmen, welche Einzelthatsachen zweckmäßigerweise beobachtet und in welcher Art sie geordnet werden mußten. Denn ersprießliche Beobachtung ber Thatsachen ist nur dann möglich, wenn spetulative Thesen ber historischen Untersuchung Ziel und Richtung geben 6).

Dafür, daß Ariftoteles die empirische Methode auf dem Gebiete der Staatswiffenschaft anwandte, ift uns Beweis die geschichtliche Nachricht von zwei Sammelwerken der aristotelischen Schule, den "noderstat", nicht weniger als 158 griechische Politien um= faffend 7), und den νόμιμα βαρβαρικά, einer Sammlung von Satungen nicht griechischer

¹⁾ hiezu Dilthen I, S. 289 u. 293ff.

²⁾ Richt: induttiven. Ueber ben Unterschied Gomperg I, G. 239 u. 248.

³⁾ Anderer Anficht Bilamowit, Bd. I, S. 315. Dagegen Windelband S. 79. Richt gang ficher Gerce S. 1012.

⁴⁾ Usener in den preuß. Jahrb. 1884, S. 11. 5) hierüber Comperz S. 238ff.; Beloch S. 604; Windelband in Müllers Handbuch S. 180. Her war der Gegensat zwischen dem, was das Leben sorberte und die Spekulation bot, zuerst erkannt. Auf keinem anderen Gediete zeigte die Praxis so augenfällig und eindringlich die falschen Wege der Theorie auf (Comperz S. 238). Es ist die medizinische Schule von Kos, deren Haupt Hippokrates (460—377) war, welche sür auf Geseiset der Wissenschaft an der Wende vom Samt Archiefung und Fachenburg und Fac

^{5.} zum 4. Jahrhundert ben Umschwung mit der Schrift "von der alten Medizin" (περί άρχαίης ίητρικής) einleitete (Gomperz S. 226 ff.).

⁶⁾ Gomperz S. 245.
7) Herüber Nissen, Die Staatsschriften des Aristoteles, Rheinisches Museum für Philoslogie, N. F., Bd. 47, S. 184 st., und Gerce, S. 1052 u. 1037. Nissen weist die Namen von 98 Politien nach.

Gemeinwesen in vier Buchern. Bisher nur auf Fragmente und indirekte Angaben angewiesen, hat uns ein glüdlicher Fund bes Jahres 1891 eine ber Bolitien, Die Schrift vom Staate der Athener, die 'Adyvalor noditela wiedergegeben. Nicht blos, daß wir nunmehr ein größeres Stud eines biefer Sammelwerke kennen, find wir durch diefen Fund auch in den Stand gesetzt, den Charafter der übrigen Teile der erften Sammlung und der Barbarenfahungen zu bestimmen, benn, wie wir später sehen werden 1), ift es für die Beurteilung der einzelnen Werke der aristotelischen Schule im Wesentlichen gleichgiltig, ob fie von Aristoteles selbst oder einem seiner Schüler verfaßt find, nachdem fie alle zum Mindesten auf ariftotelische Anregung zurückgehen. Un der 'Adnyaiwy πολιτεία haben wir also unfer oben abgegebenes Urteil, daß die aristotelische Schule in ben Dienst ber rechtswissenschaftlichen Betrachtung bes partifularen griechischen Staatsrechtes trat, zu begründen.

Die erhaltene Politia zerfällt in zwei Teile. Der erste giebt eine Entwicklung ber Staatsordnung des athenischen Staates bis zum Jahre 403 (Rap. 1-41), der zweite Teil schildert die Berfassung ber in biesem Jahre wiederhergestellten Demotratie2), bie Demokratie bes 4. Jahrhunderts, wobei die Neberlieferung jedoch nur bis gur Darftellung der Gerichtsverfaffung reicht. Der hiftorische Teil enthält sachliche Betrachtungen ber allgemeinen attischen Staatsgeschichte, politische Arteile und Schilberungen bes jeweiligen Berfaffungs- und Berwaltungsrechtszustandes, umfäßt fomit hiftorische, politische und rechtsgeschichtliche Ausführungen. Rein quantitativ betrachtet, mogen die hiftorischpolitischen Erörterungen die reine Wiedergabe der jeweiligen Rechtsordnung um das doppelte überragen. Allein, was allen hiftorifd-politischen Erörterungen Richtung und Zwed gibt, ift die Schilderung der Berfaffungsrechts-Entwicklung mit dem Endziel der Gegenwart, also ein Thema ber Staatsrechtsgeschichte und bamit eines Zweiges ber Staatsrechts= wissenschaft. Die Darstellung will nur eine juriftische Geschichte, eine juriftische Konftruktion ber Berfaffungsanderungen fein 3). Ihrer Erklarung und ihrer Begrundung bienen die allgemeine Geschichtserzählung und die politische Würdigung gewiffer Abfichten und Handlungen. Zweifel konnte in dieser Beziehung nur die breite Schilberung der Pifistratidenzeit4) erregen, in welcher nicht blos die Rechts-, sondern auch die Berwaltungs=Zuftande und Wandlungen unter Pifistratus berichtet werben. Allein hier ift zu bebenken, daß es keine geschriebene Verfassung ber Thrannis gab. Das rechtliche Wefen ber Tyrannis und der Grund ihres Sturzes läßt fich nur aus den Einzelheiten der Berwaltung erkennen⁵). Es gilt hier, wie fonft: Die mitgeteilten Thatsachen ber allgemeinen Staats-, insbesondere der äußeren und der Kriegsgeschichte, die Urteile über die Zweckmäßigkeit einer bestehenden Verfassung, über den Inhalt von Versassungsprojekten, über jeweilige Parteibestrebungen, über Gigenschaften und Absichten der Parteihaupter u. f. w. bienen nur bazu, die Notwendigkeit und die Art der Entwicklung und Fortbildung bes öffentlichen Rechtszuftandes Athens zu erläutern. Wäre der Zweck des Buches nicht ein rechtshiftorischer, sondern ein politischer, so ließe fich die jedesmalige zusammenfaffende Darstellung des Verfassungsrechtes der einzelnen Perioden und die Mitteilung von gewissen positivrechtlichen Ginzelheiten nicht so leicht erklären. Es würde derselben nicht

¹⁾ Einstweisen Gercke S. 1013, 1018, 1020, 1024—1026.
2) 41, 1: την οδσαν πολιτείαν. 42, 1: η νδν κατάστασις της πολιτείας.
3) Wgl auch Niese in Sybels hist. Zeitichr. 1892, Bb. 33, S. 54 u. 68; Meher, Bb. II, S. 293; v. Wilamowit, Bb. I, S. 260. Die juristische Konstruktion zeigt sich insbesondere in den oft vorkommenden Rückschlissen auf frühere Verhältnisse aus Verfassungszuständen der eigenen Zeit (Niese S. 65). In dieser Methode der Kückschlisse war ihm Vorbitd Thuthdides, vgl. Comperz I, S. 403 u. 405.

^{4) 14} ff.

⁵⁾ Eine Anwendung oben S. 18 N. 2.

bedurft haben, wenn es fich nur darum gehandelt hatte, ein politisches Urteil über bie jeweilige Verfassung zu ermöglichen. Man lese 3. B. die Schilderung der öffentlichen Rechtszustände vor Solon1). Ein entsprechendes politisches Urteil über den Rat jener Zeit ware icon möglich, wenn auch nur mitgeteilt ware, wieviel Mitglieder derselbe hatte und aus welchen Elementen und auf welche Weise er bestellt wurde. Eine Angabe ber Buke, welche ber einzelne Ratsherr bei ber Berfaumung einer Sikung bes Rates ober ber Bürgerschaft zu erlegen hatte, mare hiefür taum nötig gewesen. Und die gleichen Gründe können als Beweis dafür dienen, daß die 'Adnyalwy noditsia auch keine allgemeine Staatsgeschichte sein foll, eine Unnahme, gegen die noch ber weitere Umftand fpricht, daß die 'Aθηναίων πολιτεία, wie die gelehrte Forschung?) festgestellt hat, keinen urkundlich gewonnenen Geschichtsftoff bietet, fondern nur bas von Anderen, von ben Siftorikern, insbesondere der Atthis, gebotene Material verwertet. Und würde sich der rechtsgeschichtliche Zweck bes hiftorifden Teils nicht vollends ichon aus feinem eigenen Inhalt ergeben, fo murben wir benfelben gar aus bem Zusammenhang mit bem zweiten Teile, aus ber Art, wie bort die bestehende Verfassung bargestellt wird, zu entnehmen haben. Es geschieht bies ausschließlich in ber Form ber Mitteilung bes positivrechtlichen Stoffes. Es fehlt jede politisch= ethische Betrachtung.

Man hat diesen rein juristischen Charakter des zweiten Teiles der nodersia bestritten. "Wäre der Zweck Dogmatik der Versassung, so würde nicht so viel des Wichstigken sehlen"). In der That ist im zweiten Teil eine Reihe von Beamten, die zu dem Areise von Beamten gehören würden, deren Amtsrecht in dem uns Erhaltenen geschildert wird, nicht erwähnt oder die Zuständigkeit der erwähnten nicht oder nur teilweise umschrieden⁴), allein hier ist zu bedenken, daß wir es nicht blos mit einer Rechtsstatistik, Rechtssammlung, sondern mit Rechtswissenschaft zu thun haben, und die sichtet, ordnet, giebt nicht die ganze Masse Stosses.

Es erübrigt noch, von eben diesem rechtswiffenschaftlichen Charakter des Buches zu sprechen. Der rechtswissenschaftliche Charafter, die rechtshistorische Methode des ersten Teiles zeigt fich vor Allem barin, daß die Beziehungen zur Gegenwart nie außer Acht gelaffen find, also nicht juriftische Altertumskunde getrieben, sondern der Zusammenhang zwischen Bergangenheit und Cegenwart, ber Cang ber Rechtsentwicklung aufgesucht wird. Es beweisen dies einmal die ausdrücklichen Bergleiche mit der Gegenwart, die da und bort eingeschoben find b), bann aber eben ber Umstand, bag von bem jeweiligen Rechtszustand wohl Einzelheiten, aber nicht alle, sondern nur diejenigen mitgeteilt werben, welche für bas Berftändnis des geltenden Rechtes von Bedeutung find. Des Weiteren wird die aristotelische Darstellung auch der anderen Aufgabe einer rechtsgeschichtlichen Betrachtung gerecht, die Rechtsentwicklung in Verbindung mit den jeweiligen allgemeinen Staats- und Gesellschaftsverhältnissen zu setzen. Sie läßt in ganz besonderem Mage hervortreten, wie die athenische Verfassungsentwicklung nichts anderes, als das Ergebnis eines fortgesetzten Kampfes zwischen Abeligen und Nichtabeligen, Reichen und Armen um das Maß ihrer Teilnahme an der πολιτεία, an der Staatsverwaltung, war. Nichts zeigt dies deutlicher, als der Umstand, daß die Schrift das Wort dipos weit öfter, benn im staatsrechtlichen, im sozialen Sinne, b. h. nicht gleichbedeutend mit έπαλησία, ber Gesantheit der Staatsbürger, sondern mit πλήθος oder οί πολλοί, mit einsach frei geborener, besitzloser Menge gebraucht. Das Wort δημοτικός wird geradezu auß-

3) v. Wilamowiß I, S. 309.

^{1) 417.} 2) Niese a. a. O. S. 55, 44, 52, 66; v. Wilamowih I, S. 260, 257, 286, 373.

³ilamowig I, S. 260, 257, 286, 373. 4) Bgl. hierüber v. Wilamowig I, 216ff

⁵⁾ Rap. 3, 7; 21; 22.

ichlieflich im Sinne einer dem nichtadeligen Teile der Bevölkerung gunftigen Beftrebung und Entwicklung verwendet.

Nicht minder erkennen wir die juristische, hier rechtsbogmatische Methode im zweiten Teile. Die einzelnen Rechtsfäge werben auf allgemeine Gesichtspuntte zurudgeführt. Go ist es, um nur ein Beispiel zu geben, gewiß ein ordnendes Pringip, bas Ariftoteles aufftellt, wenn er einen Teil ber Buftanbigfeit bes Rates unter bem Gesichtspunkt zusammenfaßt, daß hier ber Rat bei der Bermaltungsthätigkeit anderer Behörden mitwirke 1), will fagen, nur genehmigend, zustimmend thatig fei, wahrend ihm, bas ift zu ergangen, in anderen Angelegenheiten bie Gigenfchaft einer unmittelbar felbft handelnden Behörde zukomme.

Wir haben unfere Erklärung des miffenschaftlichen Charafters der Politeia noch gegen= über ber Auffassung berselben als einer politischen Schrift gu festigen. Es ift Bila = mowit, welcher die Schrift für eine fich an alle Gebildeten wendende, also populare Schrift erklart, die den 3med habe, im Publikum ein politisches Urteil über die athenische Berfassung und zwar in ber allgemeinen Absicht zu erzeugen, bas politische Urteil bes Bublitums überhaupt zu bilden2). Freilich raumt Wilamowit fofort felbit ein, bak ber Verfasser sein Urteil über die athenische Verfassung ausdrücklich nicht formuliere3), aber er meint, Ariftoteles gebe gelegentlich Winke, Die ber aufmertsame Leser nicht übersehen könne. Solche Winke mögen sich für ben verfassungsgeschichtlichen Teil behaupten laffen, für die geltende Berfaffung vermag fie nur eine gang besondere Gabe, zwischen den Beilen zu lefen, zu erkennen. Sier liegt auch für den aufmersamen Lefer an fich lediglich eine geordnete Darftellung bes geltenden Rechtes bor. Das Urteil hierüber muß er fich felbst bilden und bagu gehort eine politische Reife, wie fie bem "großen Publifum", an das Aristoteles seine Beschreibung richten foll, gewiß nicht zukam. Ueber die ganze geltende Berfaffung fteht in bem erhaltenen Text am Schluffe ber Berfaffungsgeschichte allein die Bemerkung, es sei eine Berfaffung, in welcher ber Demos im sozialen Sinne thatfächlich berriche, mas bem Berfaffer angemeffen buntt, weil fich eine größere Menge weniger leicht durch Aussicht auf materielle Borteile und durch persönliche Rücksichten beeinfluffen laffe, als eine kleine Regierungspartei. Und wie dadurch, daß mitgeteilt wird, welche einzelne Berwaltungsgeschäfte bem Rat zukommen und welche Beamte durch Wahl ernannt werben, das politische Urteil geweckt zu werben vermag, wird selbst von einem einsichtigen Lefer erft nach einem längeren Studium gefunden werden.

Mit der hier vertretenen Auffassung dürfte sich wohl diejenige Riffens4) decken. Er giebt berfelben zwar nicht wortdeutlich Ausdruck, aber es läßt fich biefe feine Ueberstimmung aus bem Zwecke erkennen, ben er ber Politiensammlung und ber Sammlung der "Gesetze", welche den Namen von Aristoteles erstem Schüler, von Theo= phraft, trägt, zuweist und beffen Untersuchung er sich zur Aufgabe gesetzt hat.

Auch die Ansicht Niffens über den Zweck des Buches ift allerdings im Einzelnen nicht gang leicht zu erkennen. Nur bas eine fteht fest, bag Riffen ber Politien= und Gesetzessammlung teine rein wissenschaftliche, sondern eine praktisch-politische Bestimmung aumessen will 5). Im Ginzelnen scheint er an verschiedene Zwecke zu denken, in ihrem

¹⁾ συνδιοικείν 49, 5; 47, 1.

²⁾ Bb. I. S. 309.

³⁾ S. 310.

⁴⁾ In der S. 61 R. 7 angeführten Abhandlung.
5) Zwar keine unmittelbar amtliche, woran man einen Augenblick zu denken vermöchte, wenn R. den shstematischen Teil der 'Αθηναίων πολιτεία mit einer Dienstpragmatik vergleicht (6 193), wohl aber eine privatgutachtliche, wie es ja fiberhaupt bas Bestreben n.'s ift, im Gegensat zur herrschenden Anschauung (über biese Gerce, S. 1016 u. 1017) nachzuweisen, daß sich Aristoteles an der praktischen Politik und zwar im Dieuste des makedonischen Königs litterarisch

Endawed aber ftellt fich Niffen bie Sammlungen wohl als Vorarbeiten für ein großes Gesetzgebungswerk des makedonischen Reiches vor. In diesem Sinne stellt er sie der "Sammlung des römischen Rechtes unter Kaiser Juftinian" an die Seite, nennt er fie eine Gelegenheitsschrift, ein politisches Rezeptbuch 1). Er geht von dem Gedanken aus, Aristoteles wollte den König (Alexander) veranlassen, ein "Reichsgeset,", ein vouos im weiteren Sinne, d. h. eine umfaffende formelle und materielle Rechtsordnung zu schaffen. Für Berftellung eines entsprechenden Entwurfes habe Aristoteles eine "Robifikation bes herrschenden Bartikularrechtes" und eine "Darstellung ber mit seiner Ausübung betrauten Organe" - bas eine die "Politien", bas andere Theophrafts Gefete - für erforderlich aehalten2). Daneben bezeichnet Riffen ben suftematischen Teil ber Politien als eine Art Dienstbragmatit, Die gangen Politien als eine Sammlung zum Gebrauch praktischer Staatsmänner, wie zur heranbildung folder 3), als ein Sandbuch der makedonischen Beamten bei Führung ber Berwaltung und bei Entscheibung von Streitigkeiten und als eine hellenische Gesetzes und Staatenkunde 1). Alle diese Zwecke haben aber das gemein, daß sie zeigen, daß Niffen bem Buche juriftische Ratur beilegt, und barauf fommt es an.

Freilich in der Meinung über den Zweck der Sammlung vermögen wir Niffen nicht beizuftimmen. Wir geben auf den Punkt ein, weil er für die Entscheidung der Frage wichtig ift, ob diese juristische Behandlung des positiven Rechtes als der Anfang einer selbständigen Staatsrechtswiffenschaft betrachtet werden darf, ohne jedoch hiebei Theophrafts Gefete, auf welche wir nachher zu reden kommen, fogleich in die Beweißführung mit hereinzuziehen.

Unferes Erachtens spricht gegen die Annahme von Riffen die Art der Darftellung des hiftorischen und die Lückenhaftigkeit des dogmatischen Teils in der Angabe positiven Rechtsftoffes. Für ben Zwed Niffens ware es nicht erforderlich gewesen, für jedes einzelne Staatswesen ben Zusammenhang bes jeweiligen Rechtszustandes mit ben fozial-politischen Berhältniffen bargulegen. Die "allgemeinen Bringipien für bie Reichsgefekgebung", insbesondere auch die Belehrung über den Ginfluß der fogialen und parteipolitischen Berhältnisse auf die Rechtsordnung sollte ja nach Nissen bie "Politik" geben, welcher er somit ebenfalls eine offizielle Beftimmung zuweift. Es hatte also zur Befriedigung ber von Niffen angenommenen Zwede bie Mitteilung bes rechtsgeschichtlichen Materials allein genügt. Auf ber anderen Seite ware in ber Mitteilung bes geltenben Rechtes eine umfaffendere Berückfichtigung des Details nötig gewesen, wenn die gemeinten beiden ersten Bwede erreicht werben follten. Als ein Lehrbuch für bie gufunftigen Beamten konnen wir uns das Sammelwerk aber ichon seines äußeren Umfanges b wegen nicht benten. Niffen beruft sich für seine Anschauung außer auf einen von anderer Seite 7) in seiner Chtheit angezweifelten Brief von Ariftoteles an Alexander aus dem Jahre 323, in welchem Aristoteles den Rönig auffordert, für einen guten Zustand seiner Staaten burch eine Gesetzgebung zu forgen, insbesondere 8) auf Aristoteles Nikomachische Ethik X 9 21, wo ausgeführt wird, das Studium von Sammlungen von Gesetzen und Verfassungen

beteiligt habe. Wie vorsichtig dagegen Niese! Er nennt (Geschichte der griechischen und makedonischen Staaten seit der Schlacht bei Charonea, I. Teil, 1893, S. 174) Aristoteles lediglich einen "Freund" bes matedonischen Saufes.

²⁾ S. 183, 200.

¹⁾ S. 205, 206, 200. 3) S. 193, 194.

⁴⁾ S. 194, 195.

^{5) ©. 183.}

⁶⁾ Ueber feine Erheblichkeit Diffen felbit G. 186.

⁷⁾ Darüber Niffen S. 180 u. Gerde S. 1016 u. 1036.

^{8) 5. 183, 194, 200.}

habe wirklichen Nugen nur für Diejenigen, welche schon hinlängliche politische Bilbung besäßen. Allein ift benn ber Schluß zwingend, daß ber Stagirite unter biesen Sammlungen gerade die von ihm veranlagten meinte1), nachdem erwiesen ift, daß die Schrift vom Staate der Athener auf älteren Sammlungen, insbesondere auf den attischen Chroniken, beruht2), und wenn auch daß, daß er ihnen in erster Linie die Natur eines Gesetzgebungsmaterials, eines praktisch-juriftischen Sand= und Lehrbuches beilegen will? Wir glauben, diese Sammlungen von Politien follten wiffenschaftlichen 3weden dienen, das thatsächliche Material für eine miffenschaftliche Politik, für eine wissenschaftliche Lehre von der zwedmäßigen Ginrichtung der Staatsverfassung und Gesetzgebung beschaffen. Und bas beweift auch ber Schluß ber Nikomachischen Ethik3), wo Aristoteles fagt, er wolle έκ των συνηγμένων πολιτειών die Gründe der Er= haltung und des Unterganges der Staaten und der guten und der schlechten Staats= leitungen und die Art der Berfassungen im allgemeinen und für die einzelnen Staaten erkennen, dann werde es auch möglich sein, festzustellen, welche Berfassung die beste und wie jede beschaffen sei und welche materielle Rechtsordnung einer jeden entspreche. Selbst, wenn biefer Schluffat nicht von Aristoteles selbst, sondern erft von dem Herausgeber der Ethik, seinem Sohne Nikomachos, herrühren follte, wofür übrigens kein durchschlagender Grund vorhanden ist 4), so möchten wir es daraus entnehmen, daß Aristoteles auch sonst lediglich zum Zwecke wissenschaftlicher Erkenntnis gesammelt hat. Es wird glaubhaft berichtet, daß für die von Alexander auch pekuniär unterstütten zoologifchen Untersuchungen bes Ariftoteles auf amtlichen Befehl Sammlungen von Material und zahllose Beobachtungen im ganzen Reiche vorgenommen wurden 5). Warum sollte eine folche amtliche Sammlung nicht auch für Zwecke ber politischen Wiffenschaft stattgefunden haben?

Ist aber der Zweck der Politien, Vorstudien für eine Politik zu sein b), dann ergiebt sich mit einer gewissen Sicherheit, daß die 'Aθηναίων πολιτεία, außer der Orga= nisation der Bermaltungsbehörden und ber Gerichtsverfassung, in deren Schilberung bas uns Ueberlieferte abbricht, auch noch die athenischen vouor im engeren Sinne zur Darstellung brachte. Zu dieser Annahme führt die Erwägung, daß auch bei Platon die Lehre von der zweckmäßigen Gesetzgebung einen Beftandteil der Lehre von der Politik bilbet, nachdem Platon unter "nodersia" die gesamte staatliche Rechtsordnung versteht. Es ift bemgemäß zu erwarten, daß, wenn Ariftoteles durch Sammlung positivrechtlichen Materials Grundlagen für eine Darftellung ber "Politit" gewinnen wollte, er biefe Sammlungen ebenfalls auf die materielle Rechtsordnung erstredt hat. Siefür sprechen verschiebene Umftande. Wie wir feben werben, liegt ber Schrift vom Staate ber Athener, soweit sie vorliegt, das Schema der platonischen Nomoi zugrunde. Es ist anzunehmen, daß er bemgemäß auch die Sammlung des materiellen Partikularrechts in den einzelnen Staaten nach bem Schema Platons vornahm. Dafür fpricht bann weiter eine Stelle in Aristoteles "Politika", wornach ber πολιτικός auch verstehen soll, welches die besten und welches die jeder Verfassung entsprechenden Gesetze im engeren Sinne bes Wortes find. Hieraus ergiebt fich, daß als zweiter Teil ber ariftotelischen Politik, von

¹⁾ Dies scheint allerdings auch v. Wilamowit anzunehmen, Bb. I, S. 360. 2) Bgl. oben S. 63 bei R. 2 mit 57 R. 7 und Nissen selbst S. 193.

³⁾ X, 9, 23.
4) v. Wilamowik I, S. 360 u. 355.
5) Nissen S. 173, 193. Hiezu Gercke S. 1016 u. 1018, dort S. 1036 über dies Prinziper Materialiensammlung (συναγωγαί) in der aristotelischen Schule überhaupt.

ber Materialiensammlung (συναγωγαί) in ber aristotelischen Schule überhaupt.
6) Nach v. Wilamowig I, S. 370, freilich nur der Nebenzweck; j. v. S. 63, N. 3.
7) Zitiert nach Susemihl, Aristoteles Politik, griechisch und deutsch, 1879; VI (IV), 1289 a 13.

welcher es ja bem Verfasser nicht einmal vergonnt fein follte, die Verfassungspolitik zu Ende zu führen, eine Gesetzgebungspolitik gedacht war. Drittens ergiebt es sich aber aus ben 24 Büchern vouor Theophrafts (372-287), bes Saubtes ber beribatetischen Schule nach Aristoteles' Tod 1). Indem die herrschende Anschauung 2) den Inhalt der Bolitien auf die Darstellung der staatlichen Organisationsordnung beschränkt, sieht fie in biefen vouor die ben volrteiar entsprechende Sammlung des materiellen Rechtes ber einzelnen griechischen Staaten. Dem fteht aber ber Inhalt ber uns erhaltenen Fragmente entaggen. Wäre das Werk von Theophraft das den Politien entsprechende porbereitende Sammelwert, fo ware boch anzunehmen, bag auch hier ber Stoff nach ben einzelnen Staaten getrennt zur Darftellung gelangte. Un Stelle beffen finden wir in dem einen uns erhaltenen größeren Fragmente περί συμβολαίων⁸) (d. h. wörtlich über Bertrage, fachlich über bas gange Privatrecht) eine Wiebergabe bes in allen griechischen Gefetgebungen enthaltenen Rechtsftoffes nach materiellen Gesichtspunkten, bei welchen die einzelnen Gesetzgebungen nur als Gruppen von Beisvielen für das eben behandelte Rechtsgeschäft (dort für den Verkauf) erwähnt werden. Es wird sogar sehr oft zur Beftimmung ber einzelnen Gruppen ichlechthin von "einigen Gefetgebungen", Die bas Nechtsberhältnis auf diese bezw. jene Weise geordnet haben, gesprochen, ohne daß hiefür jedesmal, wenn auch meiftens, ein ober zwei Gesetzgebungen namentlich als Beispiele angeführt wären4). Das durch Sammlung in den einzelnen Staaten gewonnene Material ift somit hier ichon suftematisch für alle Staaten gemeinsam verarbeitet. Wo sollte es demnach anders gesammelt worden sein, als mit und in den Politien? Mit Recht bemerkt Ufener⁵), daß in den 24 Büchern "Gesetze" das Material verwertet sei, bas "bie Politien bereit geftellt" hatten. Dazu tommt, bag bie Art ber Darftellung nicht erlaubt, in diesem Fragmente und damit wohl in den "Gesetzen" schlechthin mit Darefte's) ein rechtswiffenschaftliches Werk zu feben 7). Es ist vielmehr ein rechts= politisches Werk. Die Rechtsfäte der einzelnen Gesetgebungen werden nur angeführt, um an ihnen Kritik zu üben und fie auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen8). Es wird der Zweck der einzelnen Rechtsfätze untersucht 9), es werden Zufätze zu denselben em= pfohlen 10). Der gange einende Gedanke ift barnach eben gesetzgebungspolitisch - die Politik besteht ja aus Kritik und Anleitung -, m. a. 28.: Theophrasts Gesetze find die Fortsetzung, der zweite Teil von Aristoteles' Politik. Dafür sprechen aber auch die anderen Fragmente. Sie enthalten allgemeine Regeln der Gesetzgebungstunft. Man vergleiche den aus Pomponius in die Digesten 11) übernommenen Satz: Jura constitui oportet, ut dixit Theophrastus in his, quae ἐπὶ τὸ πλεῖστον accidunt, non quae έκ παραλόγου, ober Stobaeus XXVII: δλίγων οἱ ἀγαθοὶ νόμων δέονται οὸ γὰρ τὰ πράγματα πρὸς τοὺς νόμους ἀλλ' οἱ νόμοι πρὸς τὰ πράγματα τίθενται, beibes platonififie Gedanken 12) 13). Und endlich noch ein allgemeiner Grund. Zwischen formellem und mate-

6) A. a. D. S. 302.

7) Uebereinstimmend Goldschmidt a. a. D. S. 55.

¹⁾ Hierüber Gercke S. 1026; dort auch über das wissenschaftliche Berhältnis des Theophrast zu Aristoteles (S. 1014, 1016, 1021, 1025).

2) Lipsius a. a. D. S. 24; Nissen 184.

3) Stobaei Flor. XLIV, 22, mitgeteilt und übersetzt in Hermanns Lehrb. d. griech. Antiquitäten II, 1, 3. Aust., 1884 (von Thalheim) S. 128 st.

4) A. a. D. Nr. 5.

5) A. a. D. S. 22.

⁹⁾ Nr. 3. 10) Nr. 3 u. 4. 11) L. 3 D. 1, 3.

¹²⁾ S. 45 N. 7 und S. 38 N. 7. 13) Diefer gesetzungspolitische Charafter ber angeführten Fragmente weist auch barauf bin, daß die Meinung unrichtig ift, welche glaubt, die Gesetze hatten die Materien alphabetisch geordnet bargestellt (fo 3. B. Niffen G. 184). Aus der Gefantheit der uns erhaltenen Fragmente gu

riellem Recht besteht ein so inniger sachlicher Zusammenhang, daß es bei sammelnden Borarbeiten außerordentlich schwierig und auch wenig ersprießlich ist, von vorneherein beibe Seiten ber Nechtsordnung streng zu scheiben. Wir finden daher auch schon in dem historischen Teile der 'Αθηναίων πολιτεία verwaltungsrechtliche Elemente und zwar auch andere als folche, die bagu bienen, die Gründe der verschiedenen Wandelungen flarzulegen, welche die Verfassung durchzumachen hatte.

So ist die 'Αθηναίων πολιτεία, so sind die Politien von den uns bekannten Werken ber aristotelischen Schule bie einzigen, welche wir als vorwiegend staatsrechtlich,

als selbständig staatsrechtlich bezeichnen dürfen.

Es erübrigt noch, das Maß der gebotenen Jurisprudenz zu bestimmen. Das Ergebnis geht dahin: Mit dem Makstab gemessen, den wir aus einer Vergleichung der Entwicklung gewinnen, den andere Teile der Rechtswiffenschaft in der internationalen Rechtsgeschichte nahmen, tritt uns hier eine über das Anfangsftadium zum Teil schon hinausgeschrittene systematische Behandlung des Stoffes entgegen.

Die Darstellung zeigt einerseits wohl noch die Merkmale des Anfangsstadiums einer jeben Shitematit, eine Einteilung bes Stoffes nach rein außeren Gesichtspunkten und eine Unterbrechung dieser äußerlichen Gliederung durch Erörterungen, die sich aus fachlichen Zusammenhängen erklären, und die besondere Gigentumlichkeit der Unfänge jeder Rechtswissenschaft, die Unfähigkeit, formelles und materielles Recht von einander zu trennen. So werben die Verwaltungsbehörden nicht nach ihrer inneren Verbindung, fondern dar= nach gegliebert, ob sie durch Los ober Wahl besett werden 1); dabei wird aber das Brüfungsverfahren (doxipasia), dem alle diese Beamten, die gewählten wie die erlosten, unterliegen, nicht am Schluß der Aufzählung der beiben Beamtengruppen, fondern im Laufe ber Darstellung der erlosten Beamten gelegentlich der Besprechung der Archonten geschildert, wogu ber Umftand veranlagt, daß bie Archonten im Gegenfage gu ben übrigen Beamten sich einem Bestätigungsversahren nicht blos vor dem Bolksgericht, sondern zuerst vor bem Rat ber Fünfhundert zu unterwerfen haben 2). Bei ber Ginftellung ber Beamten in die eine oder andere Gruppe wird bann auch sofort ihre ganze Kompetenz und zum Teil das von dieser Rompetenz berührte materielle Recht erörtert; man sehe z. B. die lange Ausführung über ben Rat3). Andererseits finden wir aber auch ichon eine Shite= matik nach inneren Gründen. Sie ist eine Frucht ber Vorarbeit, welche die politische Wissenschaft gethan. Das Grundspstem der 'Αθηναίων πολιτεία ist aus Platons Nomoi übernommen. Wie diese zuerst von den Staatsangehörigen und dem Gebiete sprechen 4), um bann die Organisation der apyai und bann die der δικαστήρια zu geben, so haben wir auch hier als die drei Teile des uns Erhaltenen das Recht der Aufnahme in das aktive Bürgerrecht (42), die Bestellung und Kompetenz der Berwaltungsämter (43 und 61), bie Besetzung und das Verfahren ber Geschworenengerichte (63). Zwischen bem zweiten und dritten Teile findet sich eine Uebersicht über die besoldeten Staatsdienstleistungen und die Mitteilung der über das öftere Bekleiden desfelben Amtes geltenden Grundfabe. · Aristoteles folgt dem angegebenen Schema so weit, daß das Recht der Volksversammlung, die doch das oberfte Staatsorgan ift, bei der Darstellung der nach ihrer Kompetenz mit

schließen, behandelten die drei ersten Bücher die Lehre von den Prinzipien der Gesetzebung und den Gesetzebungsorganen, die folgenden (4—7) die von den verschiedenen Arten der Klagen, die Bücher 8—11 das Recht der Staatsangehörigen und der Metöken, Jotelen, Atelen, die Bücher 13—16 Strafrecht, 17 u. 18 Privatrecht (περί συμβολαίων), das 20. Buch handelte von den Nationalsesten, den öffentlichen Spielen und dem Theater. Wir sehen, auch Versassungserchts- und Verwaltungspolitif war barin enthalten.

^{1) 55, 2} und 43 u. 61.

^{3) 43} ff.

^{2) 55.} 4) V, 735.

der Ekklesia in Berührung kommenden Stellen geschildert wird. Es liegt allein der Fort= schritt vor, daß dieselbe nicht mehr bei der Zuftandigkeit der Marktaufseher 1), fondern bei der Lehre vom Prytanenkolleg, das die Ekklesia zu berufen und zu leiten hat, ihre Behandlung findet, wo fie Platon nur, wie andere Bersammlungen, zu beren Berufung die Prytanen befugt sind, unter dem Sammelbegriff ξύλλογοι mitbezeichnet hatte, ein Fortschritt, der sich aber nicht theoretisch, sondern rein sachlich aus der Berschiedenheit ber Aufgaben ber Bolfsversammlung unter ben einzelnen Prhtanien erklärt. Außerdem ift lediglich der Grund, aus welchem Ariftoteles das Recht der Ekklefia in diefer Weise zur Darstellung bringt, ein anderer, wie bei Platon. Bei Platon ertlärte fich biefes Burudtretenlaffen der Ettlesia daraus, daß der thatsächlich größere Einfluß in der unmittelbaren Demokratie bei ben die Bersammlung leitenden und den höheren Beamten überhaupt lieat: in Aristoteles' juristischer Schrift hat es seinen Grund allein in dem am Aeußeren klebenden Schematismus der Anfangswiffenschaft, der zur Folge hat, daß das rein formale Recht der Berufung und Leitung um biefes äußerlichen Hervortretens in der Versammlung willen bem materiellen Verhältnis zwischen Leiter und Versammlung selbst vorgeht; benn bie materiell höhere Rechtsstellung der έχχλησία gegenüber dem Rat und seinem geschäfts= führenden Ausschuß war Aristoteles wohl bekannt, wie aus den schon früher einmal2), wenigstens bruchstückweise erwähnten Bemerkungen zu entnehmen ist, welche Aristoteles ber Darstellung ber geltenden Berfassung vorausschickte. Er charakterisiert dieselbe mit ben Worten: άπάντων γάρ αὐτὸς αύτὸν πεποίηκεν ό δημος κύριον καὶ πάντα διοικεῖται ψηφίσμασιν καὶ δικαστηρίοις ἐν οἶς ὁ δῆμός ἐστιν ὁ κρατῶν καὶ γὰρ αί τῆς βουλῆς αρίσεις είς τὸν δημον εληλύθασιν³). Es ist bas wohl eine politische Betrachtung, benn im Rechtsfinne giebt es keinen duos in den Geschworenengerichten, sondern nur in ber Bolksversammlung, es ift also von dem letten Sate abgesehen δήμος im sozialen Sinne und ubpios eival und upareiv im Sinne von thatsächlicher Herrschaft genommen, aber immerhin zeigt der Zusammenhalt mit dem letten Sate, wo diuos die Volksversammlung bedeutet, daß die Volksgemeinde in Aristoteles Augen rechtlich über dem Rate steht. Man könnte noch den Versuch machen, die Thatsache, daß Aristoteles der Volksgemeinde im System nicht die Stellung anwies, die ihr rechtlich gebührte, daraus zu erklären, daß die Sammlung der verschiedenen Staatsrechtsordnungen ja nur bas Material zum Aufbau eines Shftemes ber Politik bilben follte, es also bei Darstellung auf juristische Systematik nicht ankam. Man wurde dann sagen, ohne bies hätte Aristoteles gewiß diesen höheren Grad juristischer Shstematik zum Ausdruck gebracht. Allein dem widerspricht, daß fich auch im ersten Teile Ariftoteles nicht auf ein reines Bufammentragen beschränkt, sondern ben Stoff rechtswissenichaftlich verarbeitet. Es liegt also ein Mangel in der Systematik vor, wie er dem Anfangsstadium einer Wissenschaft entspricht.

§ 17. Die übrigen Schriften publizistischen Inhalts. Die 'A Invalwe nodersla
ist von den erhaltenen aristotelischen Schriften, die publizistischen Inhalt haben, nicht
die einzige, welche einen Anteil des Stagiriten und seiner Umgebung an staatsrechtlicher
Forschung dokumentiert. Wie dei den Sophisten, dei Sokrates und Platon, erscheint die
staatsrechtliche Forschung in diesen anderen Schriften aber nur als Anney von Philossophie und Politik.

Wir finden staatsrechtliche Erörterungen in den uns erhaltenen Teilen der "πολιτικά" und bei dem engen Zusammenhang, welchen griechisches Leben und griechische

¹⁾ Oben S. 36 N. 12.

^{3) 41, 2,}

²⁾ S. 55 oben.

Wiffenichaft zwischen Rhetorit und Ethit einer= und bem Staate andererseits herftellten, auch in der "ρητορική" und den "ήθικά". Dabei unterscheiden sich diese Werke von ben voraufgegangenen Schriften über die gleichen Themata badurch, daß sie Dank der empirisch = historischen Methode der Aristoteliker das positive Recht nicht blos in aroßen Gruppen und in gang allgemein gehaltenen Bemerkungen, sondern in weit= gehender Differenzierung und in einzelnen Rechtsfähen zur Beweisführung heranziehen 1), wenn auch nicht in so umfassender Beise, wie es nach ben angestellten Sammlungen, soweit dieselben bei Abfassung jener Werke schon vollendet waren, vermutet werden möchte. Allein Ariftoteles steht andererseits noch zu sehr im Banne des bisherigen wissenschaftlichen Berfahrens, als daß das positiverechtliche Moment die Oberhand über das spekulative hätte gewinnen können, er geht deduktiv, nicht induktiv, vor, verwertet somit ben zur Berarbeitung bereit liegenden positiven Rechtsstoff lediglich zur beispiels= weisen Prüfung des a priori Gewonnenen, und nicht minder finden sich neben den auf Erfahrungsmaterial beruhenden politischen Erwägungen philosophische Erörterungen, insbesondere sozialphilosophische, so daß das hauptsächlich in Betracht kommende Werk, die aristotelischen Bolitika, in seinem Grundton als eine Mischung von realer Sozialpolitik und spekulativer Sozialphilosophie bezeichnet werden muß, was zur Folge hat, daß der staatsrechtswissenschaftliche Gehalt dieser Schrift nicht das Mag erreicht, welches man angesichts der hiefür gemachten Vorftudien erwarten zu dürfen glaubt.

§ 18. Die Zeit der Abfaffung der einzelnen Schriften. Bei ben abweichenden Auffaffungen, welche in ben einzelnen genannten Schriften, mas die "Politik" angeht, sogar in ihren einzelnen Teilen nicht blos in politischer, sondern auch in ftaatsrechts= wissenschaftlicher Sinsicht zu Tage treten 2), ist es notwendig, in aller Rurze die ungefähre Beit ber Entstehung ber einzelnen Werke bezüglich ber Partien, welche ftaatsrechtlichen Inhalt haben, zu beftimmen. Dagegen kann fur unfere Zwede von einer Untersuchung ber Frage Umgang genommen werden, wie weit die einzelnen Werke von Ariftoteles selbst verfaßt sind. Dies deshalb, weil die wissenschaftliche Forschung festgestellt hat 3), daß die gesamten auf den Staat bezüglichen Schriften der unmittelbar ariftotelischen Schule, beren Zahl und Umfang ja fo groß ift 4), daß fie angesichts beffen, was uns unter Aristoteles Namen sonft erhalten, gar nicht alle von der Sand bes Gründers der Schule herrühren können, bas Erzeugnis einer auf Plan, Organisation und Leitung bes Schulhauptes zuruckgehenden Arbeit der gangen Lerngenoffenschaft find, fo daß die Grundgedanken aller dieser Werke auf aristotelischer Konzeption beruhen. Es gilt dies auch für die erst nach dem Tode des Meisters fertig gestellten 24 Bücher vouor von Theophraft. Für uns aber ift besonders wichtig, daß es demgemäß für die Frage ihrer

¹⁾ Desgleichen erweitert biefes empirisch-historische Berfahren auch ben Rreis ber rein philo-Jophifch-politifchen Erörterungen. Ariftoteles fest fich in feiner Politit nicht blos die Frage nach der absolut besten und der für alle historisch gegebenen Staatsarten relativ (zweit- oder dritt-) beften Berfaffung und Gesetzgebung zur Aufgabe, fondern er beabsichtigt, seine Untersuchung auch besten Bersassung und Gesetzebung zur Aufgabe, sondern er beabsichtigt, seine Untersuchung auch darauf zu erstrecken, welche Versassung und Gesetzebung für die einzelnen historisch gegebenen Staaten vorzüglich nach der in ihnen vorhandenen sozialen Gliederung die beste Staatsrechtsordnung sei, und ebenso die Fragen von Ziel, Zweck, Ursache, Veranlassund mid Mittel der Staatsumwälzung und von den Mitteln der Staatserhaltung nicht blos im Augemeinen, sondern für die einzelnen Staatsarten oder wenigstens einige derselben zu erörtern, Fragen, welche Platon entweder gar nicht oder nur stückweise behandelt hat (vgl. Pol. VI [IV], 1288 b 22 u. 1289 b 12 ff.; dann Susennicht, Vd. II, Ann. 1143 und Lutoslawski, Erhaltung und Untergang der Staatsversassungen nach Plato, Aristoteles und Machiavelli, Dorp. Diss. 1887).

2) Ein hervorragendes Beispiel s. u. § 26.

3) Nissen a. a. D. S. 186; Usener S. 20; Windelband bei Müller S. 253 ff., 257 ff.; v. Wilam owiz I, S. 205; Gercke S. 1024—1026, 1013, 1018 u. 1020.

^{4) 158} Bolitien, 4 Bücher Barbarenfagungen.

wissenschaftlichen Würdigung gleichgiltig ist, ob die Aθηναίων πολιτεία von Aristoteles felbst 1) ober einem seiner Schüler redigiert wurde, und ob die Politik, die ihrer Entstehung nach aus einem Chklus von Lehrvorträgen des Aristoteles hervorging2), so, wie sie vor= liegt, auf Nachfchriften seiner Schüler3) ober auf eigener Ausarbeitung seitens bes Meifters beruht, bezw. wie weit das eine, wie weit das andere der Fall ist.

Alle Schriften ariftotelischen Namens, welche in Betracht kommen, find erst nach bem Jahre 343/42, b. h. bem Jahre begonnen worben, in welchem Aristoteles an ben makedonischen Königshof berufen wurde; benn erft von da ab beschäftigte er sich ein= gehender mit ftaatswiffenschaftlichen Studien 4). Nach der Beziehung, in welche Ariftoteles die Politik zur Ethik fest - Ariftoteles erklart die Zucht der staatlichen Gesetze als erforberlich für die Verwirklichung der individuellen Sittlichkeit, erwartet also vom Staat die Bollendung dieser Sittlichkeit und fieht in der Lehre von der beften Staats= ordnung den Schlufftein aller Wiffenschaft von den menschlichen Dingen 5) - darf angenommen werben, daß die Ethik vor der Politik verfaßt ober wenigstens in Angriff genommen wurde. Jedenfalls fallen die staatsrechtlichen Bemerkungen der Ethik 6) früher als die der Politit: es ergiebt fich dies, wie wir sehen werden, aus ihrem rein svekulativen Charafter im Gegensatz zu dem Ginfluß der Empirie, welcher in den gleichen Lehren ber "Bolitit" bemerkbar ift, und aus ihrer noch ftarken Abhängigkeit von Platon. Auch die Rhetorik durfte in den hier in Betracht kommenden Teilen 7) vor der Politik liegen; es ergiebt fich bies auch für fie aus einer noch ftarken Abhangigkeit von Borgangern, hier vom Sokrates. Und, um noch das zeitliche Verhältnis von Ethik und Rhetorik zu beftimmen, fo ift es die Rhetorik, welche der Politik näher, also zwischen Ethik und Politik liegt. Die Lehre von den Staatsformen in der Rhetorik trägt ichon mehr empirischen Charakter an sich und zeigt in einem Punkt Aehnlichkeit mit den Ausbrücken der Politik, ein Umstand, auf den wir ebenfalls später in Rurze einzugehen haben.

Die Politik felbst zerfällt ihrer Entstehung nach in zwei Teile. Die ältere Schicht wird von den Buchern über die Saushaltungstunde, über bie Geschichte der Verfassungs= theorien und die Berfaffungen von Lakedämon, Rreta und Rarthago, und über die Zwedmäßigkeit ber Königsherrichaft und über ben beften Staat, b. h. in ber Reihenfolge ber Ueberlieferung gezählt, von den Büchern I, II und III und VII und VIII (letztere beide über ben besten Staat) — nach der Zählung von Susemihl, der die Bücher im Widerspruch mit dem die einzelnen Bücher verbindenden Text 8) nach ihrem sachlichen Zusammen= hang ordnet 9), die Bücher I-III und IV und V - gebildet. Die jüngere Schicht umfaßt die mittleren Bücher IV-VI (nach Susemihl die Bücher VI [= IV], VIII [= V] und VII [= VI]), die über bie anderen als die beften Staatsverfassungen und über Staatsgerstörung und Staatserhaltung handeln. Es kommt dies davon, daß Ari= ftoteles bei Wiederholung feiner Vortrage bor der Erörterung der Frage der beften Staatsordnung eine politische Würdigung der bestehenden Staatsordnungen und ihrer Wandlungen einschob. Es liegt auf der Hand, daß die vorausgehenden Bücher auf

Dies nimmt Gerde an (S. 1026).
 Hierüber ebenba S. 1038 mit 1034.

³⁾ Siefür fpricht die unfertige (Gerde S. 1039 u. 1051) Ueberlieferung.

⁴⁾ Sierüber Gerde S. 1016 und 1035. 5) Eth. Rif. X, 10 u. 22.

⁶⁾ Ueber die Lehre von den Staatsformen.

⁷⁾ Sie beziehen fich ebenfalls auf die Lehre von den Staatsformen. Der Abschluß ber Rhetorik (frühestens 335) ift jedoch erst nach den der Politik zu setzen (Gercke S. 1038, 1039, 1054). 8) VII (VI), 1316b 35ff.

⁹⁾ Ueber die Frage der Umstellung v. Wilamowik I, S. 355, 187; Gerde S. 1051.

diese Weise Abanderungen erfuhren 1), wie ja auch die Wiederholung der Borlefungen bas burch bie Bolitien neugewonnene Material in die ersten brei Bücher verarbeitete 2).

Mit biesem letten Sage ift ichon angebeutet, bag bie Politien und bie Barbarensatzungen nach und nach neben ber Politik entstanden. In Buch II der Politik ift ber Staat ber Karthager politisch gewürdigt, wir durfen somit annehmen, daß ber barauf bezügliche Teil ber Barbarensatzungen bor Abfassung bieses Buches fertig gestellt mar, denn daß auch das Recht der Karthager in den voulus Bapkapins enthalten war, läßt sich als Folgerung aus der durch Fragmente verbürgten Thatsache ableiten, daß in den Barbarensakungen Gesetze von Karien, Afrika, Etrurien und Rom behandelt wurden 3). Undererseits ist jedenfalls die 'Adgraiwr politeia erst nach Buch VII (IV) Schluß, welches vom Erziehungswesen im besten Staate handelt, geschrieben, benn wie ware bentbar, bag Ariftoteles, beffen Entwurf einer zwedmäßigen Staatsrechtsorbnung fonft fortwährend athenische Verhältnisse zum Vorbild nimmt, hier nicht auch ber Jugenderziehung in Athen, bie er im Staate der Athener Rap. 42 des Räheren schilbert, d. h. der Ausbilbung der Epheben 4) und der hiefür bestellten Beamten, der Sophronisten, Erwähnung thäte, nach= bem er an ber angegebenen Stelle die Frage ber Einteilung ber Jugenbergiehung und ber hiefur einzusegenden Uemter bis in die Gingelheiten hinein erörtert 5)? Die Bucher IV, V und VI alter Zählung setzen nach ben vielen neuen Beispielen, welche sie gegenüber der platonischen Litteratur bringen, das Vorhandensein schon einer großen Zahl von Politien und Barbarensagungen voraus 6).

II. Kapitel.

Die staatsrechtlichen Lehren der aristotelischen Schule.

§ 19. Der Staatsbegriff. Was die einzelnen staatsrechtswissenschaftlichen Lehren bes Stagiriten besonders interessant macht, das ist ber fortwährende Rampf zwischen Empirie auf ber einen und spekulativer und politischer Betrachtung auf ber anderen Seite, wobei allerdings nur leider zu oft ber Ausgang ber ift, daß der positiv=rechtliche Teil der gemeinsamen Uebermacht von Spekulation und Politik unterliegt.

Der Einfluß ber Empirie zeigt sich vor Allem in den Erörterungen über die begrifflichen Merkmale des Staates, der πόλις in diesem Sinne?). Aristoteles ist es querft, ber ex professo bie nichtgriechischen Staatsmejen gur Beftimmung bes Staatsbegriffes heranzieht. Hiezu hat ihn eben die Sammlung der νόμιμα βαρβαρικά geführt.

Man thut Aristoteles Unrecht, wenn man behauptet 8), er habe die großen Barbarenstaaten, die Edun im Sinne von Aristoteles, d. h. die staatlich organisierten Bolker-

3) Siehe Riffen G. 187. 4) Der in das Bürgerrecht aufgenommenen, achtzehn Jahre alten Staatsangehörigen.

¹⁾ Sie betreffen insbesondere das von der Königsherrichaft handelnde dritte Buch. 2) Bgl. v. Wilamowit I, S. 359 und im Allgemeinen Gerde S. 1020 u. 1038.

⁴⁾ Der in das Bürgerrecht aufgenommenen, achtzehn Jahre alten Staatsangehörigen.
5) Nachdem auch Platon und Jjokrates von solcher Jugenderziehung in Athen nichts berichten, kann diese Erziehung überhaupt erst um 336 zur Einführung gelangt sein. So v. Wilamowig S. 192st., 353. Neber andere Fälle, die darauf hinweisen, daß der Staat der Athener jünger als manche Teile der Politik, ebenda S. 67, 234. Dafür, daß der Staat der Athener jünger als manche Teile der Politik, ebenda S. 67, 234. Dafür, daß die 'Adhena wodere schwer gesschrieben ist, auch Ed. Meyer, Bd. II, S. 641.
6) Zu weit geht daher Gerate, wenn er die Außarbeitung des ganzen Werkes der Politeiai erst in die letzten Lebensjahre des Aristoteles (S. 1038, 1020 u. 1026), den Abschluß der Politik dagegen schon in die Zeit unmittelbar nach dem Tod Philipps von Makedonien setzt (S. 1051).
7) Daß zu jedem Staat ein Gebiet (τόπος) und Staatsangehörige (πολίται) gehören, siehe Pol. II, 1290b 42 u. 43.

⁸⁾ So erft wieder Eb. Meger in Conrads Jahrbüchern 1895, S. 714.

ftämme, nicht unter den Rechtsbegriff ber πόλις in der Bedeutung von Staatswesen au ftellen vermocht, sondern unter nodis als Staat lediglich den Stadtstaat, d. h. den aus einer Stadt mit ländlicher Umgebung bestehenden (πόλις mit χώρα), verstanden. Allein, wenn der Stagirite έθνος und πόλις einander gegenüberstellt, so thut er dies nicht sowohl in bem Gebanken, als ware es unmöglich, daß ein Edvos positivrechtlich einen Staat bilbete, als vielmehr in dem anderen, daß ein republikanischer, d. h. ein nichtmonarchischer Staat 1) zweckmäßigerweise, also politisch kaum aus einem ganzen Volksstamm bestehen könne. Benn in ber Politif 2) gesagt wird, ein Staat (πόλις) mit allzu viel Staatsangehörigen sei gleichsam ein έθνος, keine πόλις, benn es sei nicht leicht in einem solchen eine πολιτεία vorhanden, so liegt in diesem Sat doch auch ausgedrückt, auch ein Edvos kann staatlich organissert, b. h. ein Staat des positiven Rechtes sein; nur nicht leicht ein Staat mit einer eigentlichen Politeia, b. h. einer objektivrechtlichen Staatsordnung; eine folche fordert aber Ariftoteles, wie wir sehen werden, lediglich für die Republik, nicht für die Monarchie, für welch lettere vielmehr gilt, daß ber wahre Monarch an keine Politeia gebunden, absolut fein muffe. Also: Aristoteles kann sich große Staaten "nicht leicht" als versaffungsmäßige und somit nicht leicht als Republiken vorstellen, ja "auf Grund des historisch Gegebenen" hält er eine "gute gesetzliche Ordnung in einem großen Staat geradezu für unmöglich"). Allein von den griechischen Stämmen glaubt er, daß jeder als Ganzes einer politica teilhaftig werden, ja daß alle zusammen eine πολιτεία bilben könnten 4). Wo aber eine πολιτεία, ba ift auch eine πόλις. Vermögen also "τά των Έλλήνων έθνη" 5) eine Republik zu bilden, so ist anerkannt, daß nodis nicht blos den Stadt=, sondern auch ben Stammes= und Nationalstaat im positivrechtlichen Sinn bezeichnet.

Sein Erfahrungsmaterial zeigt Aristoteles große Staatswesen lediglich in der Form von absoluten Monarchien. Deshalb sucht er nach logischen Grunden bafur, bag nur in kleinen Staaten eine eigentliche Staatsrechtsorbnung vorhanden fei, in großen bagegen fehle. Er findet diefelben teils barin, bag allein ber kleine Staat bem Wohlfahrtszwecke zu dienen vermöge, daß es für eine unübersehbare Menge keinen Feldherrn und einen Berold (Amtskundiger) lediglich bann geben könne, wenn er eine Stentorftimme habe, daß es für gute Befehle und Entscheidungen nötig fei, daß die Staats= angehörigen einander kännten 6); zum anderen Teil in der Verschiedenheit der Veranlagung der einzelnen Bölker 7). Conclusum: Nicht mit einer staatsrechtlichen Behauptung, die dahin ginge, daß nur der Stadtstaat Staat sei, sondern mit der politischen These, nur

ber kleine Staat sei ein zweckmäßiger Staat, haben wir es zu thun.

Des Weiteren sprechen dafür, daß Aristoteles auch einen anderen als den Stadt-

1) Bgl. einstweisen Bol. III, 1284 b 13: ώστε . . . οδδέν κωλύει τοὺς μονάργας συμφω-

την λίαν πολυάνθρωπον.

νείν ταῖς πόλεστιν. Μάθετεθ § 27.

2) βοί. IV (VII), 1326b 2: ὁμοίως δὲ καὶ πόλις ἡ μὲν ἐξ δλίγων λίαν οὐκ αὐτάρκης (ἡ δὲ πόλις αὕταρκες), ἡ δὲ ἐκ πολλῶν ἄγαν ἐν μὲν τοῖς ἀναγκαίοις αὐτάρκης, ὥσπερ ἔθνος, ἀλλ' οὐ πόλις πολιτείαν γὰρ οὐ βάδιον ὑπάρχειν.

3) IV (VII), 1326a 26: ἐκ τῶν ἔργων φανερὸν ὅτι χαλεπόν, ἴσως δ' ἀδύνατον εὐνομεῖσθαι

⁴⁾ And daß sie dann imstande wären, über alle anderen Bölser zu herrschen. Pol. IV (VII), 1327 b 31: τδ δε Έλλήνων γένος . . . δυνάμενον ἄρχειν πάντων μιας τυγχάνον πολιτείας. Ger c e c. 1015. Wenn es Aristoteles in der Ethik (Nik. I, 28, 1094 b 7) schlechthin für möglich hält, ein έθνος zum höchsten Glücke zu führen, so hat er eben nur eine hellenische Bölkerschaft im Sinne.

⁵⁾ IV (VII), 1327b 34.
6) 1326b 6.
7) III, 1285a 20 ff., IV (VII), 1327b 23 ff. An der einen Stelle heißt est die Nichtgriechen seinen Sinnesart von Natur δουλιχώτεροι als die Griechen und die in Afien mehr als die in Europa, darum ertrügen sie ohne Murren die δεσποτική αρχή; an der anderen: die Völker in den kalten Gegenden Europas hätten wohl Mut, aber entbehrten des Verstandes und der praktischen Geschüllichkeit (διάνοια und τέχνη), während die asiatischen Stämme klug und geschickt, aber ohne Mut feien.

ftaat als πόλις im Rechtssinne ansieht, abgesehen von der Bemerkung, das Wort πόλις sei ein vieldeutiges 1), die Aussührungen über die Frage, wann der Staat derselbe bleibe und wann er ein anderer werbe. Wir können aus benselben entnehmen, daß die Meinung bes Stagiriten die ist, ein Staat bleibe berselbe, auch wenn die Staatsbewohner ben Shnoikismos, das Zusammenwohnen in der Stadt, auflösten und fich gerstreut anfiedelten, bie Mauern um eine Ansiedelung machten einen Ort noch nicht zum Staat, fonft konnte man, wie er fagt, ben gangen Peloponnes zu einem Staate machen, wenn man eine Mauer um ihn zöge 2).

Daher wendet Ariftoteles denn auch auf die Barbarenftaaten noch weitere ftaats= rechtliche Begriffe an. Die βασιλεία βαρβαρική wird z. B. als auf gesehmäßigem Wege erworbene, erbliche, absolute Herrschaft (έκ γένους άργη δεσποτική κατά νόμον) 3) besi= niert und, wenn Aristoteles ferner eine βασιλεία πόλεως και έθνους ένος η πλειόνων für möglich halt 4) und die makedonischen "Rönige", die er zu den Barbarenkönigen rechnet, neben die alten "Könige" der Lakedämonier stellt 5), so liegt doch klar, daß er πόλις im positiv=rechtlich griechischen Sinne und πόλις als Staat schlechthin zu unterscheiden weiß, ihm sowohl ber griechische Stadtstaat wie das politisch organisierte Edvos Stagten im Rechtssinne des Wortes sind 6).

Endlich ist zu bedenken, daß sich Aristoteles nicht den Zweck stellt, einen besten Stadtstaat aufzusuchen, sondern den besten Staat ichlechthin, daß er zwar glaubt, der absolut beste Staat sei nur erreichbar in der Form des Stadtstaates, sich aber einen relativ guten Staat, wie wir gesehen haben, auch als Stammes- und Nationalstaat borzustellen vermag 7). Wenn Aristoteles große und kleine πόλεις unterscheibet 8), so will er damit nicht Unterschiede innerhalb bes Stadtstaates geben, sondern Staaten untericheiben, die sich in den Grenzen des räumlichen Umkreises einer Stadt bewegen ober über biefen räumlichen Zusammenhang hinausgehen. Nur zwedmäßig erscheint ihm, baß die Zahl der Staatsangehörigen mit dem leiblichen Auge übersehbar fei 9). Es fehlt Aristoteles auch nicht an einem besonderen Namen für dieses über das räumliche Gebiet eines Stadtstaates hinausgehende Staatsgebilde. Es ist Edvos im staatsrechtlichen Sinne. In dieser Bedeutung dürfen wir Edry verstehen, wenn von Herrschaft über "wodels zai έθνη" 10) oder davon die Rede ist, daß das Königtum sich historisch zum Teil auf einen Dank von πόλεις καὶ έθνη für erwiesene Wohlthaten gründe 11) 12).

¹⁾ III, 1276a 24: πολλαχῶς γὰρ τῆς πόλεως λεγομένης. Ueber πόλις als Stadt im Gegen=

¹⁾ II, 1270a 24. πολαλώς 4αν της κολεως λεγομενής. αεθεί 10λας αιθ Stadt IV (VII), 1327a 4 fl.
2) III, 1276a 25 fl.
3) III, 1285 b 24 und 1285 a 18 ff.
4) III, 1285 b 38 und VIII (V), 1310 b 35.
5) 1310 b 39 mit 1324 b 10 u. 16.
6) Beiläufig sei bemerkt, daß fcon Platon an einer Stelle der νόμοι (III, 683 b 17 mit 682 c 22, 680 d 14 und 681 a 28) in einer geschichtsphilosophischen Aussichtung von πόλις spricht, was keine Fecht proberden ist wo feine Stadt vorhanden ift.

⁷⁾ Es geht baher zu weit, wenn Ed. Meger in den genannten Jahrbüchern, S. 726 fagt, Aristoteles habe für die neue Zeit, welche mit Alexander beginne, gar kein Verständnis gehabt.

^{8) 1326} a 10 ff. 9) εδσύνοπτος 1326 b 24. 10) ΙΙΙ, 1284 a 38: τὸ δ' αὐτὸ καὶ περὶ τὰς πόλεις καὶ τὰ ἔθνη ποιοῦσιν οἱ κύριοι τῆς

¹¹⁾ VII (V). 1310b 35. Rein ethnographisch ift έθνος gebraucht in III, 1285b 34: βασιλεία πόλεως καὶ ἔθνους ένὸς ἢ πλειόνων.

λεία πολέως και έθνους ένος ή πλειονών.

12) Das Resultat, welches wir gewinnen, ift noch nach einer anderen Richtung bemerkenswert. Es liefert uns einen weiteren Beweis dafür, daß die 'Αθηναίων πολιτεία nicht als eine praktische politische Tendenzschrift angesehen werden darf. Auch in dem der Entstehung nach spätesten Teil der Politische Tedanke seinegesehliche Ordnung, eine Politeia, für nichtgriechische Stammes- und Nationalstaaten nicht leicht sei. Die letzten Bücher sind wohl gleichzeitig mit der 'Αθηναίων πολιτεία entstanden. Es ist darum nicht glaublich, daß der Brief, auf den Nifsen seine früher (S. 65 bei N. 7) erwähnte Ansicht stützt, echt ist. Die Erhebung des makedonisch-asiatischen

Die bisherige Beweisführung wurde erheblich gefestigt, wenn es gelänge, noch eine Stelle ausfindig ju machen, aus welcher unmittelbar hervorgeht, daß Aristoteles nicht babor zurüchschreckt, einen über die räumlichen Grenzen eines Stadtstaates hinaus= aehenden Staat positiv=rechtlich als πόλις zu bezeichnen. In der That liefert die Politik einen folchen Baffus 1). Es heißt in einem Zusammenhang, auf ben wir fpater gurudfommen: Ware der Zweck der πόλις nicht so ζην, fondern nur Handel und Berkehr, bann mären die Thrrhener und Rarthager und überhaupt πάντες οίς έστι σύμβολα πρός άλλήλους, ως (gleichsam) μιᾶς πολίται πόλεως. Das "ως" erklärt sich baraus, daß Aristoteles in Begug auf ben politischen Staatsbegriff ein ab ζην für erforberlich halt. Positivrechtlich tennt er einen engeren und weiteren Polisbegriff als Staatsbegriff.

§ 20. Die rechtliche Ratur bes Staates. Un ben ariftotelischen Erörterungen über die Rechtsnatur des Staates ift ein zweifaches bedeutsam, einmal, daß auch diese Frage, beren bisherige Beachtung nur aus anderweiten Erörterungen herauszulesen war, bei Aristoteles die erste selbständige Behandlung erfährt, und dann, daß Aristoteles nicht blos die bisherige Lehre, der Staat sei eine rechtlich geordnete Gemeinschaft, fortentwickelte, sondern dieselbe durch die Art ihrer Fortbildung auch mit der anderen, in Platons Polititos enthaltenen von der Natur der Staatsgewalt — die Staatsgewalt ein Berhältnis von ἄρχων und ἀρχόμενος — in eine, wenn auch nur unvollkommene, kon= struttive Verbindung brachte 2).

Aristoteles bezeichnet es als eine Streitfrage — nach uns sonst gewordenen Nachrichten 3) ist sie aus der Praxis hervorgegangen —, wann es richtig sei, zu sagen, der Staat thue etwas oder nicht der Staat, sondern die Gewalthaber 4).

Man könnte nun auf den ersten Blick meinen, Aristoteles sei in dieser Beziehung ber Anschauung, ber Staat ftelle eine öffentlich-rechtliche juriftische Person bar, nachbem er fagt, die Sandlungen der Gewalthaber seien als "Sandlungen des Staates" 5) anzusehen, wenn die Gewalthaber im gemeinnützigen Interesse handelten, allein er will damit keine staatsrechtliche Charakterisierung des Staates, d. h. des rechtlichen Verhältnisses der Summe der Staatsangehörigen zu den Staatsorganen, geben, sondern nur den Rechtssah aussprechen, daß die Staatsorgane verpflichtet find, Berbindlichkeiten aus Sandlungen anzuerkennen und für deren Tilgung zu forgen, welche von einer im gemeinnütigen Interesse handelnden Regierung vorgenommen wurden. Staatsrechtlich kommt hier nur der einzelne Staatsangehörige in Betracht, indem aus dieser Pflicht der Regierung die weitere ber Unterthanen resultiert, für biese Verbindlichkeiten burch Abgaben aufzukommen, fo daß also die πόλις für das Staatsrecht hier nur eine Summe von Individuen, keine rechtliche, fondern nur eine wirtschaftliche Ginheit barftellt. Würben wir die aristotelischen Worte nicht in dieser Weise auslegen, so wären wir gezwungen, ihren Urheber eines groben Widerspruchs zu zeihen, denn andererseits wird in der Politik ausgeführt, der Staat sei eine ποινωνία παὶ σύνθεσις 6) und zwar eine ποινωνία πολιτών. Was aber bie Bürger gemeinsam hatten, das sei die πολιτεία, die "Herrschaftsordnung" 7), ber

Reiches Alexanders zu einer Politie war für Aristoteles eine unvollziehbare Borstellung (vgl. auch Gerde S. 1016).

¹⁾ III, 1280 a 37.

²⁾ Πεθετ θίεςε Ψιστατός, διε βιατοπ (ίεξ, οθεπ § 11 α. Ε.
3) Βαι. hierüber Επίςεπιή Ι, Σεί 2 Μππ. 455.
4) ΙΠ, 1274 b 34 ξί.: νον γὰρ ἀμφισβητοδοίν, οἱ μὲν φάσλοντες τὴν πόλιν πεπραχέναι τὴν πρᾶξιν, οἱ δὶ οὸ τὴν πόλιν ἀλλὰ τὴν δλιγαρχίαν ἢ τὸν τόραννον μπὸ ΠΙ, 1276α 8ξί.

 ^{5) 1276}a 16: τῆς πόλεως φατέον εἶναι ταύτης τὰς τῆς πολιτείας πράξεις.
 6) ΙΙΙ, 1276b 8. Ϥιιά, Ι, 1252a 1.

⁷⁾ Gierke a. a. D. III, S. 19, der überhaupt jum Folgenden zu vergleichen; ebenso Bernahit a. a. D. 8.

Staat also eine Verfassungsgemeinschaft, eine nowwola nodetzias; ändere sich die Verfassung, so ändere sich der Staat 1). Kowwola ist bei Aristoteles nicht der Ausdruck für eine Einheit. Aristoteles gebraucht 2014wis überhaupt nicht als einen spezifisch rechtlichen Begriff; κοινωνία bebeutet nichts anderes als Berbindung (σύνθεσις); κοινωνία ist nach Aristoteles auch die φιλία?). Die staatliche κοινωνία erhält ihre rechtliche Charakterifierung erft durch ben Beisat, daß fie eine Berfaffungsgemeinschaft sei. Berfassung ist auch nach Aristoteles aber eine Ordnung, τάξις τις των την πόλιν οίχούντων 3), näher bie τάξις τῶν τε ἄλλων ἀρχῶν καὶ μάλιστα τῆς κυρίας πάντων 4), ber oberften und der übrigen Gewalten im Staate. Unter Gewalten versteht Aristoteles nicht bie Staatsfunktionen, fondern die Gewalteninhaber, wie das Beispiel, daß in der bemotratischen Versassung αύριος ὁ δημος sei 5), ergiebt. Werden nun auch in der angegebenen Definition von Ariftoteles unter biefen Gewaltinhabern zunächst nicht bie rechtlichen Ausüber (Organe) der Staatsherrichaft, sondern die sozialen Kaktoren der thatsächlichen Macht und unter πολιτεία die gesamte Staatsordnung, nicht blos die Staatsorganisation verstanden, wie wir weiter unten erörtern werden, so lägt sich doch folgeweise fagen: Aristoteles sieht in Bezug auf die Verfaffung das ben Staatsangehörigen Gemeinsame, das xouvóv derselben, in der Gemeinsamkeit der rechtlichen Gewalteninhaber, weil die thatsächliche Macht ber einzelnen sozialen Gruppen eben in ihrem Uebergewicht innerhalb ber rechtlichen Gewaltenorganisation zum Ausdrucke kommt und die nodureia im Sinne von Staats= ordnung auch die politiesa als staatliche Organisationsordnung umfäßt. Daß dies die Meinung von Aristoteles, wird wortdeutlich durch eine andere Stelle 6), in welcher auß= einandergesett wird, die durch Ginfuhr-, Zoll-, Rechtshilfe- und Kampfgenoffenverträge zwischen Staaten herbeigeführten Beziehungen unterschieden sich neben einem anderen, später zu erwähnenden Bunkte badurch von der staatlichen Gemeinschaft, daß über ihnen nicht άρχαι κοιναί, gemeinsame Herrschaftsorgane, stünden 7). Wir dürsen somit die bis jest entwickelte aristotelische Anschauung vom rechtlichen Wesen des Staates bahin zusammenfassen: ber Staat ift eine in einer geordneten Unterordnung unter gemeinsame Berrschaftsorgane bestehende Berbindung von Bewohnern eines Landes. Bon einer Berbindung der Staatseinwohner zu einer subjektiven Einheit ift nichts zu bemerken; es besteht lediglich eine durch eine Ordnung der Staatsorgane verbundene Personenvielheit, eine Personenvielheit mit gemeinsamen Organen, ein συζην 8) unter einer Herrschafts= ordnung 9). Daß diese Gemeinschaft der Herrschaftsorgane lediglich eine objektiv-rechtliche

¹⁾ III, 1276 b 2: εἴπερ γάρ εστι κοινωνία τις ἡ πόλις, ἔστι δε κοινωνία πολιτών πολιτείας, γινομένης έτέρας τῷ εἴδει καὶ διαφερούσης τῆς πολιτείας ἀναγκαίον εἶναι δόξειεν ἄν καὶ τὴν πόλιν εἶναι μὴ τὴν αδτήν; ferner 1276 b 11 ff. Wenn es in letter Stelle heißt, am meisten müsse man einen Staat noch benselben nennen, wenn er bieselbe Verfassung behalte, so will mit bem barin liegenden Gegenteil, daß man ihn auch noch wegen anderer Elemente als benselben bezeichnen dürse, nicht auf solche rechtlichen Charakters hingewiesen sein. Was Aristoteles als ein anderes Element meint, ist das ethnographische, wie daraus hervorgeht, daß er sagt, man dürse bei Fortdauer der Verfassung den Staat noch denselben nennen, wenn auch die Nationalität der Bewohner gewechselt noche wie nan den Vernen bei Artsosungsänderung ändern, dürse trothem die Artsosungsänderungsänderung die Krethem die Artsosungsänderungsänderung die Krethem die Artsosungsänderungsänderungsänderung die Krethem die Artsosungsänderungsände habe, wie man den Namen bei Verfassungsänderung andern durfe, tropdem die Bolksnationalität dieselbe bleibe.

²⁾ Eth. Rik. (Susemihl) VIII, 9, 1159 b 31: èv κοινωνία γαρ ή φιλία. Dazu auch Dilsthen I, S. 104 u. 288.
3) Pol. III, 1274 b 39.
4) III, 1276 b 9 u. 10.
5) 1278 b 14.
6) III, 1280 a 40.

⁴⁾ III, 1276b 9 u. 10. 6) III, 1280a 40.

⁷⁾ οὖτ' ἀρχαί πᾶσιν ἐπὶ τούτοις κοιναὶ καθεστᾶσιν.
8) ΙΠ, 1281 b 5.

⁹⁾ Solche Ordnung ift auch in der absoluten Monarchie vorhanden, wenn fie auch nur den einzigen Sat umfaßt: alle Gewalt hat ber Monarch. Wenn Ariftoteles fagt, Monarchien hatten feine Politeia, fo meint er damit vorzugsweise nicht die Organisations=, sondern die materielle Staatsordnung.

ift, daß der Summe Staatsangehörigen nicht ein gemeinsames subjektives Recht an diesen Berrichaftsorganen zusteht, m. a. W., diefe nicht als Vertreter der Staatseinwohner als einer Gesamtheit, b. i. einer subjektiven Ginheit rechtlich erscheinen, das geht noch besonders daraus hervor, daß Aristoteles die πολιτεία eine τάξις nennt. Τάξις ist ihm gleich= bedeutend mit Gesek, Gesek ift Ordnung 1). Der aristotelische Staat läßt sich lediglich als eine objektiv=rechtliche Ginheit, d. h. als eine Verbindung, die einem Recht unter= liegt, bezeichnen. Rechtssubjektivität hat er nicht.

Wäre dieser rein objektiv=rechtliche Charakter der Verbindung, welche unter den Staatsangehörigen burch die Gemeinschaft der Berrichaftsorgane hergeftellt ift, nicht ichon burch das Angeführte erwiesen, so wurde er sich aus der weiteren Konstruktion ergeben,

welche Aristoteles der κοινωνία πολιτική zu teil werden läßt.

Aristoteles nennt den Staat zwar ein Ganzes (tò Thou), ein eine Einheit darstellendes Gemeinsame (Ev ti noivov), aber ein zusammengesetztes Ding, b. h. ein Ganzes, das aus vielen Teilen besteht und bei welchem immer ein herrschender und ein beherrschter Teil vorhanden ift 2). Damit ist auch das Verhältnis der Staatsangehörigen zu den Herr= schaftsorganen rechtlich erklärt. Die Staatsangehörigen bilben keine fubjektive Rechts= einheit, kein Rechtssubjekt, in beffen Namen die Staatsorgane handeln, sondern diefes zusammengesetzte Ding ist konftruktiv eine Herrschaft der Staatsleiter über die Staats= einwohner als Individuen, über das πλήθος πολιτών, über die Bielheit der Staats= angehörigen, ein Gewaltverhältnis, wie es viele andere giebt in der ganzen Natur, in der belebten und unbelebten 3). Modern ausgedrückt: der Staat ist weder ein gedachtes noch ein natürliches Rechtssubjekt 1), weder eine korporative noch eine lebendige (organische) Rechtsperfonlichteit, fondern ein Rechtsverhaltnis zwischen Herrschen und Beherrschten; das Er roeror bezeichnet nur eine objektiv-rechtliche, keine subjektive Verbindung der einzelnen Staatsangehörigen mit einander 5).

Dem stehen auch nicht zwei andere Stellen gegenüber, die, wenn sie rechtlichen Charafters maren, auf die Ronftruktion einer Rechtssubjektivität des Staates gedeutet werden tonnten. An dem einen Ort wird gesagt, der Staat muffe teilweise eine Ginheit darstellen. Allein gleich das Folgende zeigt, daß biese Einheit nicht als eine rechtliche, also auch

τῆς ἀπάσης φύσεως ἐνυπάρχει τοῖς ἐμψύχοις καὶ γὰρ ἐν τοῖς μὴ μετέχουσι ζωῆς ἔστι τις ἀρχή,

οξον άρμονίας,

5) Gierke, ber mit dieser Auffaffung der aristotelischen Lehre übereinstimmt (a. a. D. S. 18 u. 19), brudt dies dahin aus, es bestehe zwischen Gemeinwesen und Individuum bei Arisstoteles ein Ordnungs-, kein wahres Rechtsverhältnis, d. h. kein Berhältnis zwischen Rechtssubjekten. Der ariftotelifche Staat fei feine substantielle Cubjekts=, sondern nur eine kollektive, formelle, rein

logische Einheit.

⁴⁾ Ausbrücklich wird der Staat eine natürliche Bielheit, την φόσιν πληθος, genannt (I, 1261 a 18). Daß sich auf ben Satz, ber Staat sei posst früher als ber Einzelne (I, 1253 a 19), benn bas Sanze sei früher als ber Teil, keine organische Staatstheorie rechtlichen Charakters gründen läßt, hierüber durfte neuestens wohl kein Zweisel mehr bestehen (Gierke III, S. 18; van Krieken a. a. O. S. 24, Diltheh I, S. 274, 289), nachdem dieser Sat in materieller Beziehung lediglich sagen will, daß der Staat die natürliche Borbedingung für ein vollendetes Leben des Ginzelnen sei (Pöhlmann I, S. 166). Zudem gebraucht Ariftoteles Wendungen, die als auf ein wirkliches Leben des Staates hinweisend gedeutet werden könnten, nur vergleichsweise (vol. auch Eucken S. 105). So VI (IV), 1295 b 1: "ή γάρ πολιτεία βίος τίς (gewissermaßen) έστι πόλεως", oder III, 1281 b 6: γίνεσθαι ώσπερ ένα άνθρωπον τὸ πλήθος πολύποδα καὶ πολύχειρα καὶ πολλάς έχοντ' αἰσθήσεις.

nicht als die eines zusammengesetten Rechtssubjettes, sondern als eine ethisch-intellettuelle, als eine Ginheit ber Gesinnung und des Wissens gedacht ift, benn es heißt weiter, diese teilweise Einheit werde durch mandeia herbeigeführt 1) 2). Die andere Stelle lautet dahin, ber Staat werbe aus einer ποινωνία zu einer συμμαγία und das Gesetz zu einer συνθήκη, wenn der Staat seine Aufgabe nicht darin sehe, die Staatsangehörigen zur άρετή zu führen, sondern fich darauf beschränke, bem Rechtsschutz und dem privaten Berkehr bienfam gu fein 3). Auch biefer Gebanke ift nicht rechtlicher Urt. Er will nur fagen: ein Staat, welcher nicht barauf abzielt, feine Bürger zu einem vollendeten und felbstgenugsamen Leben zu führen 4) — und das liegt eben in der aperi —, ist keine algome doopaζομένη πόλις 5), ein Staat, ber in Wahrheit ben Namen Staat nicht verdient, kein zweckmäßiger Staat. Er sagt nicht, daß eine solche κοινωνία πολιτική positiv = rechtlich kein Staat sei. Auch der erste Satz will nichts anderes sagen, als das: Thatsächlich, politisch hat ein folder Staat keinen anderen Zwedt, keine andere Bebeutung, als ein Staatsvertrag zu gegenseitigem Schutz und gegenseitiger Freundichaft 6). Es ift also teine rechtliche, fondern eine politische Definition des Staates, wenn er Buch III, 1281a 1 als eine κοινωνία ζωής τελείας καὶ αὐτάρκους χάριν 7) umfchrieben wird.

Wollten wir die aristotelische Staatskonstruktion modern charakterisieren, so würden wir fagen, die ariftotelische Behre gahlt zu den fog. Objektstheorien: der Staat, die Summe ber Staatsangehörigen, ift nicht Subjekt, sondern Objekt ber Staatsgewalt; es giebt ftreng genommen keine Staatsgewalt, fondern nur eine Gewalt über ben Staat, eine Herrschergewalt, die ben biefe Gewalt Ausübenden zu eigenem Rechte zusteht. Die diese Gewalt wirklich Ausübenden sind also nicht blos zugleich Träger, sondern Subjekte ber Staatsgewalt. Beil die bie Gerrichaft Ausübenden selbst Subjekte dieser Gerrichaft find, entfällt der Begriff eines Trägers der Staatsgewalt, denn das Subjekt der Herr= schaft bedarf keines obersten Bertreters, weil es die Herrschaft selbst ausübt.

Leider fehlt bei Aristoteles eine nähere Konstruktion des Berhältnisses von apywy und apyousvos. Daß fie fehlt, ift begreiflich, benn die Politik ift von Saus aus kein juristisches, sondern ein politisches Werk, aber immerhin läßt sich aus dem, was Aristoteles über ein anderes Herrschaftsverhältnis, über das zwischen Serrn und Sklaven, fagt, erkennen, in welcher Richtung sie läge.

Aristoteles sieht in dem lebendigen Rechtsobjekt ein selbständiges Werkzeug zu "handelnder" 8) Thätigkeit. Die Gedankenreihe ift: δεσπότου δοδλός έστιν . . . άλλου δ' έστιν ἄνθρωπος δς ἄν κτήμα ή, κτήμα δὲ ὄργανον πρακτικόν και γωριστόν ⁹). Υιιί bas staatliche Herrschaftsverhältnis übertragen, wäre der αρχόμενος nicht das Objekt, aber das Werkzeug des άρχων. Freilich, allgemein hatte Aristoteles diese Ronsequenz

2) Das hier gemeinte ev ist also bas, was an anderer Stelle όμονοητικόν genannt wird (II, 1261 b 32).

¹⁾ ΙΙ 1263 b 31: δεῖ μὲν γὰρ εἶναί πως μίαν καὶ τὴν οἰκίαν καὶ τὴν πόλιν, ἀλλ' οὸ πάντη . . . αλλά δετ (scil. την πόλιν) πληθος ον διά την παιδείαν κοινην και μίαν ποιείν. Wir sehen, bie Trennung von Ethit und Staatswissenschaft, die Aristoteles vorgenommen hat, ist eine mehr äußerliche als innere. Dies gegen Pollocf, Introduction to the history of the science of politics, London 1893, S. 15.

³⁾ III, 1280 b 9 ff. μ. 30 ff.: τοῦ μὴ ἀδικεῖν σφᾶς αὐτοὺς καὶ τῆς μεταδόσεως χάριν. 4) ΙΙΙ, 1280b 34: ζωής τελείας χάριν καὶ αὐτάρκους; κgl. aud IV (VII), 1328a 35 und VII (VÍ), 1321b 17. 5) III, 1280b 8.

^{3) 111, 1200} β 3.

6) Das zeigt bezüglich des Sates "νόμος γίγνεται συνθήνη" noch das erläuternde Zitat aus Lykophron, das Geset werde ein έγγυητης (Bürge) άλλήλοις των δικαίων.

7) Wgl. auch III, 1275 b 21, I, 1252 b 30.

8) πράξις ist Gegensat zu ποίησις; πράξις ist das Thun des täglichen Lebens, ποίησις ist schöpspierische Thätigkeit (hiezu die Kunst); wgl. Windelband S. 119. 9) I, 1254 a 13 ff.

nie gezogen. Nicht, als ob ihn die notwendige Borbedingung der Staatsangehörigkeit. die freie Geburt, gehindert haben würde, in dem αρχόμενος ein staatsrechtliches ατημα bes άρχων zu sehen; sondern der Umstand, daß in der unmittelbaren Demokratie, deren Ginfluffen er fich ja als Rind feiner Zeit nicht völlig zu entziehen vermochte, ber mannliche, erwachsene apyousvos zugleich Anteil an der apyr, an der sasodspla im demotratischen Sinne, hatte, war die Beranlaffung, daß Aristoteles nie zu einer scharfen Formulierung der Rechtsstellung des Unterthanen als solchen kam, sie vielmehr immer mit berienigen des Bürgers, des πολίτης, verquiete, wie wir später noch des näheren sehen werden. Nur für die absolute Monarchie ift er im Stande, das Wefen der Sooλεία auf bie staatsrechtliche Stellung des Unterthanen zu übertragen, die Unterthanen als staatsrechtliche δούλοι zu bezeichnen 1).

Der angegebene Grund giebt auch die Erklärung dafür, warum Ariftoteles die beiben bis dahin entwickelten konftruktiven Clemente des Staatsbegriffes, ber Staat eine obiektiv-rechtlich geordnete Gemeinschaft und die staatliche Serrschaft ein Berhältnis zwischen to apyou und to apyousvoy, nicht in einer vollkommeneren Weise, als er es gethan hat, in Berbindung fette. Die Beziehung zwischen beiben ftellte er dadurch ber, baß er ben Staat für eine Versaffungsgemeinschaft und die Versaffung für eine τάξις των άρχων erklärte. Sie ware vollkommener gewesen, wenn er die Staatseinwohner als apyousvoi hätte hervortreten laffen, den Staat als ein objektiv-rechtlich geordnetes Unterordnungsverhältnis einer Bielheit von άρχόμενοι unter gemeinsame άρχοντες um=

schrieben hätte.

Immerhin ist die wissenschaftliche That, welche in dem logischen Zusammenfügen ber beiden oben angegebenen konstruktiven Elemente liegt, so, wie es geschehen, groß genug, um Ariftoteles' Berdienste um die Konftruktion des Staatsbegriffes in allererste Linie treten zu laffen. Ariftoteles hat damit die griechische Volksanschauung 2), daß ber Staat rechtlich in der die Herrschaft ausübenden Bürgerversammlung in Erscheinung, also diese Versammlung Subjekt der Staatsgewalt ist, wissenschaftlich erklärt. Rach der bis= herigen Lehre konnte lediglich eine Personenidentität von oberstem Ausüber und oberstem Träger der Staatsgewalt angenommen werden — so die Sophisten, deren Lehre von Blaton nur mittelbar geförbert war, - ; Dant beffen, was Platon im Polititos geleiftet, war es Aristoteles möglich, wissenschaftlich zu erkennen, baß für bas positiv griechische Staatsrecht der Begriff des Trägers der Staatsgewalt überflüffig ift, weil hier Ausüber und Subjekt der Staatsgewalt zusammensallen, nicht die Gesamtheit der Staatsangehörigen, sondern unmittelbar die Bürgerversammlung Subjekt der Staatsgewalt ift.

Die Neberzeugung, daß Ariftoteles für die rechtliche Erklärung des Staatsbegriffes hervorragendes geleiftet hat, steigert sich noch, wenn wir seine Ronstruktion einer besonberen Staatsform, ber absoluten unmittelbaren Demokratie, bes näheren betrachten. Sie zeigt uns, was bei der Konstruktion des allgemeinen Staatsbegriffes fehlt, den ersten Anfang einer staatsrechtlichen Rorporationstheorie, die Annahme einer gedachten Rechts-

persönlichkeit, einer juriftischen Berson.

§ 21. Die Rorporationstheorie bei Aristoteles. Bei Platon begegnete uns der Sak: οί γὰρ ἀδιχούμενοι πάντες εἰσίν, ὁπόταν τις τὴν πόλιν ἀδιχῆ ³), το bas

1) Bgl. VI (IV), 1295b 21: γίνεται οδν καὶ δούλων καὶ δεσποτῶν πόλις, ἀλλ' οὐκ έλευθέρων.

3) Siehe oben § 8 a. A. Borausgeht (Nomoi VI, 768a): περί δε των δημοσίων εγκλημάτων άναγκαῖον πρῶτον μὲν τῷ πλήθει μεταδιδόναι τῆς κρίσεως.

²⁾ Hernber Bolze, Der Begriff ber juristischen Person 1879, S. 112 ff., und Gierke S. 21. Das griechische Recht kennt also kein handlungsunfähiges Subjekt ber Staatsgewalt, wie es eine Staatskorporation ift.

πάντες 1) den einzelnen, jeden Unterthanen 2) bedeutete. In einem ganz anderen Sinne ver= fteht Aristoteles πάντες, wenn er fagt, in der absoluten unmittelbaren Demokratie seien of πολλοί (= ὁ δημος) κύριοι ούχ ως εκαστος αλλά πάντες 3), mobei mir auch hier babon absehen, daß Aristoteles in diesem Zusammenhange unter ber Herrichaft ber Menge nicht bie in ben händen ber Bürgerversammlung liegende Staatsgewalt, sondern bas thatsächliche Uebergewicht des Böbels versteht, weil dieses u. a. auch in jener Versammlung zum Ausbruck kommt.

Was der Stagirite mit jenem Sate nun meint, das ergeben seine Ausführungen über das rechtliche Wesen der Weiber= und Kindergemeinschaft im Staate 4). Es heißt bort: Nicht fo könnten die in Rinder- und Weibergemeinschaft Lebenden sich ausbrücken, daß jeder Einzelne diefelbe Berfon feinen Sohn und diefelbe Berfon fein Beib nenne, fondern es fönnten nur alle zusammen so sagen; πάντες μέν, οδχ ως έκαστος δ' αδτων 5); das Wort πάντες sei eben doppelsinnig 6). Aristoteles unterscheidet also hier πάντες als ein Ganzes und als eine Summe von Teilen 7) 8), als eine Vielheit.

Aristoteles bleibt nun aber bezüglich der absoluten unmittelbaren Demokratie nicht babei stehen, dieses erste πάντες eben als πάντες schlechthin im Gegensat zu dem πάντες ώς έχαστος zu bezeichnen, sondern er nennt es eine Einheit, diese Demokratie eine aus einer Vielheit zusammengesetzte Einheit. Er vermag dies aber - und darin zeigt fich, daß wir uns noch im Anfangsstadium der Korporationslehre befinden, — nur in der Weise zu thun, daß er sagt, bei dieser Versassung sei der dipos ein Monarch: udvappos γάρ ο δημος γίνεται, σύνθετος είς έχ πολλών⁹). Wir wissen nun wohl, daß dieser Sah inmitten einer politischen Ausführung steht, die darthut, daß die Herrschaft des Pöbels der thatsächlichen Bedeutung nach derjenigen der Tyrannis gleiche 10), aber der Beisat zu μόναρχος ησύνθετος είς έχ πολλών" und die unmittelbar dazu gegebene Er= flärung of γάρ πολλοί κόριοί είσιν οδχ ώς εκαστος άλλά πάντες zeigen, daß fich damit auch die Borftellung einer rechtlichen Ginheit verbindet, die Vorstellung, daß ber dies als Bürgerversammlung eine Cinheit, somit modern ausgedrückt ein Rechtssubjekt fei 11). Diese πάντες sind, das sei noch ausdrücklich gesagt, andere als die πάντες, die im Staat vereinigt sind, nicht alle Unterthanen (άρχόμενοι), sondern nur alle Bürger (πολίται). Die Bürgerbersammlung ist ja nach dem oben erkannten Prinzip 12) nicht blos oberste Ausüberin, sondern Subjekt der Staatsgewalt. Aristoteles hat aber mit dieser Kon= struktion des dopuos der Wirkung nach nicht blos eine rechtliche Erklärung der unmittel=

1) = δημος. Sn 768 a heißt eß fortfahrend: ἀλλ' ἀρχήν τε εἶναι χρη της τοιαύτης δίκης καὶ τελευτην εἰς τὸν δημον ἀποδιδομένην.
2) 768 b: ὁ γὰρ ἀκοινώνητος ὢν ἐξουσίας τοῦ συνδικάζειν ἡγεῖται τὸ παράπαν της πόλεως οἱ μέτοχος εἶναι, Ֆgi. ⑤ 34 M. 9.

6) τὸ γὰρ πάντες διττόν.

ο) το γαρ παντες οιττον.

7) Gierke a. a. D. S. 17: "Aristoteles spricht... in einer für alle Folgezeit einslußreichen Weise den Anterschied zwischen dem Ganzen und der Summe seiner Teile auß".

8) Die gleiche Vorstellung liegt dem Saß zugrunde: οδ γάρ δ διχαστής οδδ' δ βουλευτής
οδδ' δ έχχλησιαστής άρχων έστιν, διλά το διχαστήριον καὶ ή βουλή καὶ δ δημος· των δὲ ρηθέντων έχαστος μόριον έστι τούτων (λέγω δὲ μόριον) τον βουλευτήν καὶ τὴν ἐχχλησιαστήν καὶ τὸν δι-

καστήν (III, 1282a 34 ff.).

9) VI (IV), 1292a 11.

10) ό δ' οδν τοιοῦτος δήμος, ἄτε μόναρχος ὤν, ζητεῖ μοναρχεῖν διὰ τὸ μὴ ἄρχεσθαι ὑπὸ νόμον καὶ ϯίνεται δεσποτικός, καὶ ἔστιν ὁ δήμος οδτος ἀνάλογον τῶν μοναρχιῶν τῇ τυραννίδι (1292a 16ff.).

11) Auf den δημος im Rechtssinne angewendet, bedeutet also das Er τι κοινόν rechtlich nicht eine Summe, eine Bielheit, sondern eine Einheit.

12) Siehe vorige Seite.

³⁾ VI (IV), 1292 a 12. 4) II, 1261 b 21 ff. 5) Dasselbe sei hinsichtlich der Bermögensgemeinschaft der Fall: όμοίως δε και την οδσίαν πάντες μεν οδχ ως εκαστος δ' αδτων.

baren absoluten Demokratie, sondern der unmittelbaren Republik überhaupt gegeben, denn, wie wir sehen werden, begreift Aristoteles unter dipos jede die oberste Staatsgewalt außübende Versammlung aller Bürger, also auch die Ekklesia der unmittelbaren Aristokratie.

Das Souveränitätsmerkmal und die Lehre von den Staatenverbindungen. § 22. Wenn Ariftoteles gleich im Eingange seiner Politik 1) von der ftaatlichen Gemeinschaft außfagt, sie sei die κοινωνία πασών κυριωτάτη και πάσας περιέχουσα τὰς ἄλλας, so fönnte man auf ben erften Blid meinen, Ariftoteles erkläre die rechtliche Unabhängigkeit von einer anderen phyfifchen Zwangsgewalt, also die fog. äußere Souveranität, für ein wesentliches Merkmal der Staats- oder, indem wir beachten, daß nach der aristotelischen Staatskonstruktion die Souveränität nur eine Cigenicaft ber über ben Staat herrschenden Persönlichkeiten zu sein vermag, richtiger ber Herrscher-Gewalt. Allein ein Bergleich mit anderen Aeußerungen von Ariftoteles ergiebt, daß er mit diesem Sage nur ein ethisch-politisches Wert= urteil über das Berhältnis des Staates zu anderen menschlichen Gemeinschaften abgeben will. Wenn Aristoteles in der Nikomachischen Ethik 2) sagt, alle norwoniat seien gleichsam Teile der staatlichen Gemeinschaft, seien bab thy πολιτικήν, so ergiebt der Zusammen= hang, in welchem diese Aeußerungen stehen, daß damit nur gesagt sein will, der Staat fteht aus bem Grunde über allen anderen menichlichen Gemeinichaften, weil er allein bas Allen gemeinsame Befte 3) verfolgt, alle anderen Gemeinschaften nur beftimmten einzelnen Teilen der bürgerlichen Gefellschaft von Ruten find. Würde man jenen Sat bes Anfangs ber Politit nicht in biefer Beise beuten, so bestünde ein offensichtlicher Wiberspruch mit einer Reihe anderer Stellen, aus welchen klipp und klar hervorgeht, daß Aristoteles in der Souveränität im Sinne einer Unabhängigkeit von Außen kein wesentliches Merkmal der staatlichen Herrschergewalt des positiven Rechtes erblickt.

Einmal ergiebt dies der Gegensatzum zweckmäßigen, zum besten Staat. Für ihn sordert Aristoteles solche Souveränität, in seiner Sprache Selbstgenugsamkeit. Soll der wahre Staat seine Aufgabe, die Menschen zu einem selbstgenugsamen Leben zu führen, erfüllen, so muß er selbst adrápusca besitzen und die besitzt er, wenn er "alles hat und keines anderen bedars"). Außdrücklich wird die Forderung noch ganz besonders für das Berhältnis nach Außen gestellt. Es wäre eines von den unmöglichen Dingen, daß der Staat seinen Namen verdiente, heißt es in Buch VI (IV) 1291 a 9 ff., wenn er von Natur untergeordnet (Sklave) sein könnte; adrápusc γάρ ἡ πόλις, τὸ δὲ δοδλον οὐν αἄταρνες. Daß Aristoteles die Forderung der αδτάρνεια nicht auch für den positive rechtsichen Staat erhebt, daß ergiebt der weitere Außspruch, ein Staat mit zu geringer Unterthanenzahl sei nicht mehr αὐτάρνης; daß heißt nicht: und in Folge dessen übershaupt sein Staat mehr, sondern nur: sein wahrer Staat mehr.

Auf der anderen Seite läßt sich das Gleiche aus Aeußerungen ableiten, welche als die aristotelische Lehre von den Staatenverbindungen bezeichnet werden können.

Ex professo behandelt Aristoteles diese Lehre ja nicht. Dazu sehlte in dem vorwiegend politisch-ethischen Werke der Anlaß. Bei der wesentlich ethischen Aufgabe, die er dem Staate stellt, erwartet er die beste Erfüllung des Staatszweckes vom kleinen Staate, vom Stadtstaat und dieser ist ein Einheitsstaat. Und abgesehen davon erklärt sich leicht, daß, wenn Aristoteles den zweckmäßigsten Staat zeichnen will, er hiefür nicht den komplizierten zusammengesehten, sondern den einsachen Einheitsstaat zur Vorlage wählt. Allein dessenungeachtet gewähren Politik und 'Adyvalwe nodersa einen Einblick

⁴⁾ IV (VII), 1326 b 29: το γάρ πάντα δπάρχειν και δείσθαι μηδενός αυταρκες. Sanbbud bes Deffentligen Regis. Ginl.-Banb. Moth. I.

in die rechtliche Auffassung, welche Aristoteles ben Erscheinungen ber Staatenverbindung entgegenbrachte. Sie ist aus politisch-ethischen Erörterungen herauszuschälen.

Aristoteles unterscheidet von der modes zwischenstaatliche Verhältnisse der Gleich=, wie ber Ueber= und Unterordnung. Das eine geht baraus hervor, daß Ariftoteles, wie wir uns erinnern 1), fagt, den Ginfuhr-, Rechtsschutz- und Allianzverträgen fehlten zu einer πόλις die "gemeinsamen Herrschaftsorgane über ihnen"?). Als Herrschaftsorgane erscheinen Aristoteles aber, wie mir später noch näher sehen werben, die Bolfsversamm= lung, der Rat und das Bolksgericht 3). Wenn also über den Teilen keine gemeinsame apyh herrscht, oder, wenn zwar ein gemeinsames Organ4) vorhanden ift, aber ein solches, dem keine entscheibende, sondern nur eine beratende Stimme 5) zukommt, dann ift teine πόλις der Teile gegeben. Was ist damit anderes anerkannt, als daß Staaten= verbindungen ber Gleichordnung die Staatsnatur abgeht? Auf der anderen Seite kennt Aristoteles apyal ber einen über andere Staaten, so wenn er sagt, die Insel Kreta sei wegen ihrer gebietenden Lage mitten im griechischen Meer zu einer αργή Ελληνική 6), die Hellenen überhaupt seien wegen der glücklichen Mischung und Beranlagung (mutig und klug zugleich) unter ber Boraussetzung eines geeinten Staatswesens zu einer Berrschaft über alle anderen Bolter geeigenschaftet") ober, wenn er von der 2014 der Athener als πόριοι της δυνάμεως über Samier, Chier und Lesbier spricht8). Freilich weiß Ari= stoteles diese apyh über einen anderen Staat, das Sugeränitätsverhältnis, von der anderen, bavon wesentlich verschiebenen apyn noch nicht zu unterscheiben, welche sich auf sog. Inkorporation, d. h. Auflösung eines fremden Staates durch Annexion 2c., gründet und inhaltlich nicht die Schaffung einer Oberstaatsgewalt über einen anderen Staat, sondern nur die räumliche und personelle Erweiterung der in ihrer Natur unveränderten Staatsgewalt in der Form bedeutet, daß die neuen Staatsangehörigen von der Teilnahme an der Ausübung des Staatsregimentes ausgeschlossen (ύπήχοοι) sind. Er stellt neben einander die Herrschaft ber Athener über die Samier, Chier und Lesbier und die des Berserkönigs über Meber und Babylonier, obgleich er bie beiben letteren als solche bezeichnet, die einst an der Herrschaft waren 9). Allein, daß er solche dorch über andere Stämme auch unter Aufrechterhaltung der Staatseigenschaft für möglich halt, das zeigt eben wieder eine Neußerung über Samier, Chier und Lesbier in der 'Aθηναίων πολιτεία, wenn es bort heißt, die Athener ließen ihnen im Unterschied von anderen σύμμαχοι nicht blog ihre πολιτεία - bag mare ja auch bei Herabbrüdung berselben zur Gemeinde möglich gewesen —, sondern auch die "Herrschaft", welche sie "über Andere" besagen 10).

Dabei weiß Aristoteles diese apyh als eine rechtliche von dem upatos als einer thatsäcklichen Serrschaft und verschiedene Entstehungsweisen beider wohl zu trennen. Wir entnehmen dies aus seinen Bemerkungen darüber, was ethischer sei, die jog. poli=

¹⁾ Siehe oben S. 76 bei R. 6.

²⁾ III, 1280 a 38: εἰσὶ γοῦν αὐτοῖς (b. h. ben Bölfern, welche Berträge (σύμβολα) mit einander ſţhließen) συνθηκαι περὶ τῶν εἰσαγωγίμων καὶ σύμβολα περὶ τοῦ μἡ ἀδικεῖν καὶ γραφαὶ περὶ συμμαχίας. ἀλλ' οὕτ ἀρχαὶ πᾶσιν ἐπὶ τούτοις κοιναὶ καθεστάσιν, ἀλλ' ἔτεραι παρ' ένατέροις.

³⁾ Siehe einstweilen beispielsweise III, 1282 a 36.

⁴⁾ Also eine sog, organisterte Staatenverbindung vorliegt. 5) Es sei schon hier bemerkt, daß das Wesen des aristotelischen Bovderouevor keineswegs im Raten, sondern im Ueberlegen liegt, das Boudevousvov apyn hat.

⁶⁾ II, 1271 b 35.

⁷⁾ IV (VII), 1327 b 32: δυνάμενον ἄρχειν πάντων, μιᾶς τυγχάνον πολιτείας.
8) III, 1284 a 39.
9) III, 1284 b 2: διὰ τὸ γενέσθαι ποτ' ἐπ' ἀρχης.
10) 24, 2: ἐῶντες . . . καὶ ἄρχειν ὧν ἔτυχον ἄρχοντες. Ձgl. auß Σhuť h b i bes III, 37: δημοκρατίαν ὅτι ἀδόνατόν ἐστιν έτέρων ἄρχειν (bazu Meher in Conrads Jahrbüchern 1895, ⑤. 719).

tische oder die bespotische Herrichaftsweise, b. h. die in gesetlichen Schranken sich bewegende oder die absolute 1). Hier sagt Aristoteles, es könne nicht Sache des Politikers fein, Beicheid darüber zu geben, wie man über Nachbarvölker nicht blos mit, fondern auch gegen ihren Willen herrsche. Denn, was nicht sittlich sei, könne auch nicht Aufgabe des Politikers und Gesetzgebers sein; unsittlich sei aber nicht blos das ungerecht, sondern auch das nicht im Einklang mit dem positiven Recht (d. h. nicht auf freiwillige Unterwerfung gegründete) äpysiv; aparsiv dagegen, d. h. thatsächliche Gewalt üben könne man nicht blos wider positives Recht, sondern auch wider Gerechtigkeit2). Geht daraus auch hervor, daß es unsittlich ist, jemanden wider Willen einer derch zu unterwerfen, fo zeigen diefe Ausführungen boch, daß positivrechtlich Herrschaft im Rechtsfinn sowohl auf Offingation wie auf Vertrag gegründet sein kann. Aristoteles spricht baber auch von Herrschaftsausübung παρά τὰς συνθήκας 3) und von ἀρχή über σύμμαχοι 4). Uri= stoteles weiß also auch Verhältnis der Gleichordnung zwischen Staaten, wie eines die συμμαχία im Nechtsfinne ift, und Begründung eines Gerrschaftsverhältnisses durch Ver= trag zwischen bisherigen σύμμαχοι, somit συμμαχία im Rechts= und im politisch=sistorischen Sinne, vollkommen auseinander zu halten. Nur eines findet — und das ist bei bem geringen politischen Unterschied und dem gleichen Namen (ήγεμονία) leicht erklärlich bei Aristoteles keine Unterscheidung, völkerrechtliches und staatsrechtliches Brotektorat, b. h. Borortsftellung, Bundesfeldherrnamt im Rahmen ber Alliang und in ber Form bes Sugeränitätsverhältniffes. Zwischen ber gremovia ber Lacedamonier und Athener wird nicht unterschieden 5). Außerdem bedeutet ήγεμονία auch die rein thatsächliche Führung 6). Da= gegen läßt Ariftoteles - und bas ift für uns wichtiger - bas eine erkennen, bag keine Art ber ήγεμονία die Staatsnatur der Unterstehenden berührt. So sehr das Berhältnis der Griechen zu Makedonien unter Alexander geneigt war, sich aus einer Berbindung von Alliang mit bolferrechtlichem Protektorat zu einer provingiellen Gingliederung in bas makedonische Weltreich umzugestalten 7), nennt Aristoteles das griechische Volk in seinem legten Teile der Politik doch noch fortwährend freis), d. h. nicht: unabhängig, fouveran nach Außen, obwohl dies die Griechen im rechtlichen Sinne noch waren, benn dieser feine tonftruktive Unterschied zwischen rechtlicher und politischer Souveränität kann bei Ari= stoteles noch nicht vorausgesett werden, wohl aber: im Besitze einer Souveränität nach Innen, einer staatlichen Berfassung.

Somit ware der Beweis, daß für Ariftoteles Unabhängigkeit nach Außen kein wesentliches Merkmal des Polisbegriffes war, geliefert. Bezüglich seiner Lehre von den Staatenverbindungen aber ift nur das eine noch zu bemerken, daß Aristoteles zu der Erfenntnis, daß die staatsrechtliche apyn eines Staates über einen anderen, das Suzeränitäts= verhaltnis, die beiden Staaten unter Wahrung ihrer Staatsnatur zu einem neuen poli=

IV (VII), 1324a 36 ff.
 IV (VII), 1324b 23: καίτοι δόξειεν αν άγαν άτοπον ἴσως εἶναι τοῖς βουλομένοις ἐπισκοπεΐν, εὶ τοῦτ' ἐστὶν ἔργον τοῦ πολιτικοῦ τὸ δύνασθαι θεωρεῖν ὅπως ἄρχη καὶ δεσπόζη τῶν πλησίον καὶ βουλομένων καὶ μὴ βουλομένων. πῶς γὰρ ἄν εἴη τοῦτο πολιτικόν ἢ νομοθετικόν, ὅ γε μηδὲ νόμιμον ἐστίν; οὸ νόμιμον δὲ τὸ μὴ δικαίως μόνον ἀλλὰ καὶ ἀδίκως ἄρχειν, κρατεῖν δ' ἔστι καὶ μὴ δικαίως.

³⁾ Φοΐ. ΙΙΙ, 1284a 40: επεί γαρ θάττον εγκρατώς έσχον την αρχήν, εταπείνωσαν αυτους (bie Samier, Chier, Lesbier) παρά τας συνθήκας.

⁴⁾ Staat ber Athener 24, 2: λαβόντες την ἀρχην τοῖς τε συμμάχοις δεσποτικωτέρως

⁵⁾ Bol. VI (IV), 1296a 32. 6) B. Staat der Athener 23, 2: την της δαλάττης ήγεμονίαν. 7) Siehe hiezu Niefe a. a. D., S. 177, 183, 200, 39, 169; Raerst in Sybels Zeitschrift,

 ^{35. 74,} S. 201, 209, 216.
 8) IV (VIII), 1327b 31; ελεύθερον τε διατελεῖ.

tischen Gebilde, das auch πόλις ist, verbinde, nicht vordrang. Der Begriff des zusammen= gesetten Staates ift Aristoteles noch fremd. Ihm ist biese derif lediglich eine Beziehung zweier getrennter Staaten.

§ 23. Die rechtliche Entstehung des Staates. Aristoteles unterläßt es, sich ausbrudlich barüber zu äußern, wie die Entstehung bes Staates rechtlich aufzufaffen fei, ohne daß man aber deshalb behaupten dürfte, er verwerfe die Möglichkeit einer rechtlichen Entstehung bes Staates folechthin. Es läßt fich bies nicht einmal für bie Zuruckführung bes Staates auf eine vertragsmäßige Entstehung sagen. Was Aristoteles in Dieser Richtung bekämpft, ist allein die von den Sophiften begründete und seitdem in der Wiffenschaft vertretene Unschauung, als sei die Staatsentstehung lediglich ein Ausfluß ber Erfenntnis ber Zwedmäßigkeit ober Notwendigkeit solcher Berbindung 1). Er fieht die Veranlaffung zur Staatenbildung in erster Linie in dem natürlichen Trieb der Menichen, in ftaatlicher Gemeinschaft zu leben: Die Reigung zum Leben in ftaatlicher Gemeinschaft ist nicht νόμφ, sondern φύσει2). Damit sind aber staatsphilosophische, nicht ftaatsrechtliche Bemerkungen gemacht. Es ist dadurch die Möglichkeit einer Staatenarundung burch Bertrag nicht ausgeschlossen3), es ist nur ber Unschauung entaegengetreten. als hätte die Staatengrundung ihre innere Beranlaffung allein in der Aulturentwicklung. Für die staatsrechtliche Betrachtung der Dinge folgt aus dem angeführten Sate jedenfalls bas eine, bag Ariftoteles in ber Staatengrundung eine Menschenthat fieht. In biefem Gedankengange liegt der Sat: Welcher Mensch zuerst die staatliche Gemeinschaft ins Leben rief 4), μεγίστων άγαθων αίτιος 5). Andererseits bedarf es wohl auch keiner be= sonderen Hervorhebung, daß Aristoteles die Entstehung des Staates nicht rechtlich, etwa als Bertrag zwischen Dorfgemeinden, charatterisieren will, wenn er ihn als eine ex πλειόνων κωμών herborgegangene κοινωνία schildert. Gr will damit nur die kultur= historische, nicht die rechtliche Entstehungsweise des Staates kennzeichnen 7).

§ 24. Die Glieberung ber Soheitsrechte. Den größten Gewinn aus ber ber ariftotelischen Schule eigentümlichen Beachtung bes positivrechtlichen Details hat von allen ftaatsrechtlichen Erörterungen die Lehre von den Staatsverfassungsformen gezogen. Es zeigt dies nichts besser als ein Vergleich der Darstellungen, die diese Lehre einerseits in ber Rhetorik, wo das entsprechende thatsächliche Beobachtungsmaterial noch nicht vorlag, andererseits in der Politik erfahren hat. Che aber diese Bergleichung mit Nugen durchgeführt werben kann, ist eine eingehende Erörterung der diesbezüglichen Abschnitte der Politik und, um diese zu verstehen, gunachft eine Betrachtung ber Ginteilung ber Sobeits= rechte und ber Definition bes Politesbegriffes baselbft erforderlich. Wir handeln zunächft von der aristotelischen Ginteilung der Hoheitsrechte.

Aristoteles hat aus dem, was ihm die bisherigen politisch-philosophischen Theorien über die rechtliche Unterscheidung der Staatsorgane und über das rechtliche Wefen der apyn engeren und weiteren Sinnes boten 8), eine Lehre von der Einteilung der Hoheits= rechte, wie wir modern ausgedrückt sagen können, geschaffen.

Nachdem die Frage schon vorher gelegentlich der Feststellung des Politesbegriffes

In der Nik. Ethik VIII, 9 1160 a 11 widerspricht Aristoteles dieser Auffassung noch nicht.
 I, 1253 a 30: φόσει ή όρμη . . . επὶ την τοιαύτην ποινωνίαν und ebenda 2: ὁ ἄνθρωπος φύσει πολιτικόν ζῷον ἐστί.

³⁾ Dies meint Pollock S. 18 und 20. 4) I, 12. 5) Siehe auch Gierke a. a. O., Bd. III, S. 13 N. 13. 4) I, 1253 a 30: ὁ δὲ πρῶτος συστήσας...

⁶⁾ I, 1252b 27. 7) hiezu Dilthen S. 104 u. 288. Juristisch sind ihm die Staatsangehörigen die "Teile des Staates" (I, 1253a 21, III, 1274b 41); das zeigt das "ό άνθρωπος φόσει πολιτικόν ζῷον ἐστί".

⁸⁾ Siehe oben § 9.

aeftreift worden 1), fommt er auf biefelbe bes näheren bei ber Darlegung ber beften Ginrichtung ber einzelnen bemokratischen bezw. oligarchisch verfaßten Staatsarten zu iprechen?). Er schieft dieser Darlegung die Bemerkung voraus, daß als τρία μόρια των πολιτειών πασῶν τὸ βουλευόμενον περὶ τῶν κοινῶν, τὸ περὶ τὰς ἀρχάς unb τὸ δικάζον zu unter= scheiben feien. Je nach ber verschiedenen Organisation dieser brei Stude unterschieden fich die Politien von einander. Wenn Aristoteles somit die Frage zwar auch wesentlich vom organisatorischen Standpunkte aus behandelt3), so läßt fich doch aus seinen beiläufigen Bemerkungen hier und an der früheren Stelle auch feine Anschauung über das rechtliche Wesen dieser drei Stücke entnehmen.

Wir finden zuvörderst, daß Aristoteles unter to Boudsvousvou u. s. w. nicht die Βουλευόμενοι und άρχοντες und δικάζοντες, also die entsprechenden Organe, sondern die Soheitsrechte versteht, welche von biefen Organen ausgeübt werden; denn er fpricht an der zuerst erwähnten Stelle) von einer αρχή βουλευτική και κριτική. Wenn er also die drei Stücke als Teile aller Staatsverfassungen bezeichnet, so ist sein Gedanke der: fie sind es, weil sie Teile der Staatsgewalt, der nodersia in diesem Sinne, sind.

Es ware aber falfch, diefe Dreiteilung mit unserer modernwiffenschaftlichen Gin= teilung ber Thätigkeitsformen bes Staates, ber fog. Staatsfunktionen ober formellen Sobeitsrechte, in Rechtssehung, Rechtsprechung und Vollziehung zu identifizieren. Nicht einmal für das δικάζον ergibt sich völlige Uebereinstimmung. Wohl liegt auch für Aristoteles das Wesen des dinacor in der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten nach Rechtsgründen — bas Wesen bes δικάζον ift ihm κρίνειν περί των δικαίων τοις άμφισβητοδοιν⁵) —, allein andererseitz beareift Aristoteles unter το δικάζον Lediasich Art und Cinrichtung der δικαστήρια, der Bolksgerichte, unter δικάζον also nur die streitige Rechtspflege biefer Laiengerichtshöfe, ein δικάζειν im engeren Sinne, so daß er organisatorisch für τὸ δικάζον schlechthin τὰ δικαστήρια sekt 6). Das βουλευόμενον, im Ginklang mit ber aristotelischen Erkenntnigtheorie besser mit überlegender als mit beratender oder beschließender Gewalt wiedergegeben, ift nicht wie die Rechtssehung lediglich durch ein formales, sondern auch durch ein materielles Moment bestimmt. Es ist ein apivor über individuell bestimmte Gegenstände, über Rrieg und Frieden, Bundniffe und beren Lösung, Gesetzgebung, Entscheidung über Leben und Tob, Berbannung, Bermögenseinziehung, Beamten-Wahl und Rechenschaftsabnahme?). Wir feben, außer der Gesetzgebung auch Alte der Rechtsprechung und insbesondere der Bollziehung; und unter vopor versteht Aristoteles, wie fpater zu verfolgen, nicht einmal alle Rechtsvorschriften, sondern nur die allgemeinen, nicht die Individualgesete; der Erlaß letterer gehört zu der Thätigkeit des άρχων8). Also bestehen ichon hienach weitgehende Differengen zwischen aristotelischer und moderner Dreiteilung und ift schon hienach Anlaß gegeben, mehr zu betonen, was beide Lehren trennt, als was sie einigt.

Es fragt sich nun, worin das dem Bondenousvov eigentümliche materielle, also das Moment besteht, welches die von Aristoteles als Gegenstände des Boodsvousvou angeführten

βοί. III, 1275 b.
 VI (IV), 1289 b 20 mit VI (IV), 1297 b 37.
 Wenn in VII (VI), 1316 b 31 υση διαφορρά τοῦ βουλευτικοῦ gesprochen wird, so sind

δαπίτ θετίθιεθεπε Drganisationssormen δεβ βουλευόμενον gemeint.

4) III, 1275b 19.

5) VI (IV), 1291a 40; III, 1275b 19 n. 23 nmb 1281b 32.

6) VII (VI), 1316b 33 nmb VI (IV), 1300b 14.

7) VI (IV), 1298a 4: κύριον δ' εστί τὸ βουλευόμενον περί πολέμου καὶ εἰρήνης καὶ συμμαχίας καὶ διαλύσεως καὶ περὶ νόμων καὶ περὶ θανάτου καὶ φυγής καὶ δημεύσεως καὶ περὶ ἀρχῶν αίρέσεως καὶ τῶν εὐθυνῶν.

⁸⁾ III, 1282b 27.

Angelegenheiten alle gemein haben. Da ergiebt sich nun, daß diese Aufzählung keine erschöpfende, nur eine beispielsweise ift. Es folgt bies aus bem Umstande, bag Uri= stoteles die Mitglieder der έπκλησία auch dann noch als βουλευόμενοι bezeichnet, wenn die Exxlysix nur über einen Teil dieser Geschäfte, nur über Beamtenernennung, Beamtenrechenschaft, Krieg und Kriegsbündnis befindet, und aus der Thatsache, daß Ari= stoteles bei Aufzählung der notwendigen Staatsbehörden die Behörden, zu deren Amts= freis die Entgegennahme der Rechenschaftslegung der Beamten gehört, anderen, beren Aufgabe in dem Boudsvoueror two norvor besteht, gegenüberstellt 1). Was Aristoteles positiv mit dieser Aufzählung illustrieren will, das läßt eine Stelle ersehen, die in einem anderen Zusammenhange, ba, wo die Bor- und Nachteile der Demokratie gegenüber der aristokratisch-monarchischen Verfassungsart abgewogen werden, steht. Dort werden Wahl der und Nechenschaftsabnahme von den Beamten als μέγιστα πράγματα, als sehr wichtige Staatsgeschäfte, und der Wirkungskreis der Volksversammlung als ein woord tov μειζόνων bezeichnet. Aristoteles sieht also das jenen Gegenständen gemeinsame Glement in ihrer thatsächlichen Wichtigkeit. Die Gegenstände, über welche das Boodsvousvou zu befinden hat, find die thatsächlich wichtigsten Staatsangelegenheiten, eine Erklärung, beren Richtigkeit auch noch durch die Reihenfolge bestätigt wird, in welcher Aristoteles die einzelnen Beispiele aufzählt, voran Krieg und Friede, zulett die Rechenschaftsabnahme. Aus diesem Grundgedanken ift die an der Stelle, wo fie fteht, ohne jede nähere Begründung gelassene Wendung verständlich, das Bondsvousvou sei eben, weil es Bondsvόμενον, δαδ κύριον της πολιτείας, δαδ herrschende Stück der Staatsgewalt, δαδ oberste Hoheitsrecht2).

Unter tò περί τας αργάς versteht Aristoteles in Anschluß an platonische Auß= führungen die apyh im engeren Sinne, die Behördengewalt, die Gewalt, welche in der Sand von Staatsbienern liegt. Diefe Bezeichnung der Behörbengewalt, von welcher Ariftoteles übrigens fagt, zu untersuchen, was man unter ben apyai zu verstehen habe, sei nur wiffenschaftlich, nicht praktisch von Bedeutung, denn noch nie hätten Beamte barüber gestritten, ob sie zu den apxai zu rechnen seien, geht von einem ganz anderen Gin= teilungsgrunde aus, als der Begriff το βουλευόμενον, und teilweise auch von einem anderen, als ber Begriff το δικάζον. Den Gegenfatz zum άρχων bilben nicht 6 βουλευόμενος und 6 δικάζων, b. h. alle überlegenden und rechtsprechenden Staatsorgane, sondern & εκκλησιαστής und δ διααστής, das Bolksbersammlungsmitglied und der Bolksrichter. Sier ist also oberster Einteilungsgrund nicht Form und Inhalt ber Staatsthätigkeit, wie dies bei dem Gegensak von βουλευόμενον und δικάζον wenigstens in erster Linie der Fall ist, sondern ausschließlich die rechtliche Stellung der Staatsorgane. Zwar fagt Ariftoteles, Enτάττειν, befehlen, sei am meisten Sache des άρχων, allein andererseits hebt er auch hervor, daß auch das βουλεύεσθαι und αρίνειν über staatliche Angelegenheiten den apxai übertragen werben könne3). Daß für Ariftoteles bas auszeichnende Moment ber apyal in ihrer rechtlichen Stellung liegt, ergiebt ber Umftand, daß er in Bezug auf die Frage ber öfteren Bekleidung desselben Dienstes durch dieselbe Personlichkeit auf die eine Seite

¹⁾ VII (VI), 1322b 37.

¹⁾ VII (VI), 1322b 37.
2) VI (IV), 1299 a: περὶ μὲν οὖν τοῦ βορλερομένου καὶ τοῦ κυρίου δὴ τῆς πολιτείας τοῦτον διωρίσθω τὸν τρόπον μηθ VII (VI), 1316b 32: τοῦ βορλερτικοῦ καὶ κυρίου τῆς πολιτείας. Εθεηῖο werden in VII (VI), 1322b 37 mit 13 μηθ 1323a 7 die Behörden, αὶ περὶ τὸ βορλερόμενον εἰσι τῶν κοινῶν, σῆμε πάβετε Beqründung alß μάλιστα κυρίαι πάντων βεξεἰξημεί.
3) VI (IV), 1298a 7 ff. μηθ III, 1275b 16 μ. 17: βορλερόθαι μην κοίνειν ftehen hier in dem engeren Sinne der überlegenden und rechtsprechenden Gewalt. Μα weiteren Sinne wird auch dem άρχων εἰπ κρίνειν μπείταιτη, σῆμε θα θε εἰ αθεν seine Χβατίσξεὶ ενιθιθηίτε. III, 1287a 27: κρίνειν καὶ διοικεῖν τοὺς ἄρχοντας; III, 1286a 26: καὶ γὰρ νῦν συνίοντες (δὶε Gesamtheit der Βάτσερ) δικάζορσι καὶ βορλεύονται καὶ κρίνουσιν. Bürger) δικάζουσι καὶ βουλεύονται καὶ κρίνουσιν.

Ettlesiasten und Volksrichter, auf die andere den ἄρχων setzt. Er bezeichnet die Stellung von Ettlesiast und Volksrichter als eine in dieser Richtung keiner Schranke unterworsene, die àρχαί dagegen als διωρισμέναι κατά χρόνον. Dabei nennt er auch die Stellung der ersteren eine ἀρχή, ἀρχή ἀρχητος. Ettlesiasten und Volksrichter sind also auch für Aristoteles ἄρχοντες im weiteren Sinne, haben Anteil an der Staats, nicht aber an behördlicher Gewalt. Wan könnte unter Anwendung der Ausdrücke, welche Aristoteles bei der Segenüberstellung von βουλευόμενον und δικάζον gebraucht, hier sagen: die ἀρχή βουλευτική und κριτική bedeuten in diesem anderen Zusammenhange nicht die ἀρχή der beschließenden und auch nicht einmal nur teilweise diesenigen der rechtsprechenden

Organe, sondern die apyj der Boltsversammlung und der Boltsgerichte.

'Apyh im weiteren Sinne ift also Stellung als Staatsorgan, aber, wie wir des weiteren finden, nicht jede Organstellung, sondern nur die fog. obrigkeitliche, d. h. die in Außübung von βουλούοσθαι, δικάζοιν oder επιτάττοιν bestehende²). Aristoteles hebt nämlich aus der Reihe der άργαί, der Behörden, die άργαὶ πολιτικαί³) oder, wie er fie auch nennt, die zum Staat gehörigen Fürsorgeämter4) heraus, als welche er beispielsweise die Feldherrnstellen anführt. Indem er sie von den wirthschaftlichen Aemtern (apxai οίκονομικαί⁵) und den Hilfsstellen (όπερητικαί) und denjenigen, zu welchen man, wenn man im Besitz der nötigen Mittel ift, Sklaven verwende, unterscheidet, giebt er zu erkennen, daß er unter apyal poditikal das versteht, was modern ausgedrückt Ausübung von Herrschaft d. i. von Besehl und physischem Zwang ift. Wenn Aristoteles fagt, die Priester seien keine apyal nodunal und ebenso nicht die Chorausstatter 6), die Herolde und Gefandten, fo ift ihm ber Grund hiefur eben ber, bag Choregen und Gefandte (Rommissar) weber ein βουλεύεσθαι noch ein δικάζειν ober έπιτάττειν augüben und die Herolde, bie Umtsverkundiger, zu den Silfsorganen gahlen, mahrend er hinfichtlich der Priefter an anderer Stelle den Grund dieser Meinung felbst angiebt, indem er ihre Thätigkeit als eine έπιμέλεια περί τους θεούς im Gegenfatz zu der έπιμέλεια πολιτική als der Für= forge für weltliche Staatsangelegenheiten bezeichnet?). So kann Aristoteles, wenn er sagt, daß man meist die apyal schlechthin apyal nenne, deren Ausgabe in einem Boodsbεσθαι, αρίνειν und επιτάττειν und zwar vorwiegend im Letzteren bestehe. unter diesen άρχαί nur die άρχαι πολιτικαί, die obrigkeitlichen, herrschaftlichen Staatsorgane verstehen.

So gewinnen wir demnach einen mehrfachen aristotelischen Begriff der αρχαί. Er umfaßt 1. alle staatliche Geschäftsführung, weltliche und geistliche, hohe und niedrige, 2. die herrschaftlichen Staatsorgane, ob das nun Behörden, Staatsdiener, sind oder nicht 9) 10), 3. die herrschaftlichen Staatsbehörden, 4. die Staatsbehörden, welche

¹⁾ III, 1275 a 23 ff.
2) Wenn es in IV (VII), 1326 b 14 heißt: "ἄρχοντος δ' επίταξις καὶ κρίτις έργον" und βουλή nicht genannt wird, fo war die Erwähnung berselben nach dem Zusammenhang nicht erforderlich. Es will keineswegs gesagt sein, daß das obrigkeitliche Organ nicht auch das βουλευόμενον ausüben könne.

³⁾ VI (IV), 1299 a 18 u. 20; VII (VI), 1322 b 19.
4) ἀρχαὶ πολιτικαὶ τῶν ἐπιμελειῶν. Dabei werden allgemeine (Felbherrn) und spezielle (Knabenaussieher) unterschieden.

⁵⁾ Als Beispiel werden die Kornmesser angeführt.
6) Ueber sie Beloch S. 437.
7) VII (VI), 1322 b 19.

⁸⁾ VI (IV), 1299 a 25 ff.: μάλιστα δ'ώς άπλῶς εἰπεῖν ἀρχὰς λεκτέον ταύτας ὅσαις ἀποδέδοται βουλεύσασθαί τε περὶ τινῶν καὶ κρῖναι καὶ ἐπιτάξαι καὶ μάλιστα τοῦτο.

⁹⁾ In diesem Sinne ist das Wort 3. B. gebraucht auch in VI (IV), 1293a 29, IV (VII), 1326 b 14.

¹⁰⁾ Daß wir unter ἄρχων das einzelne obrigkeitliche Staatsorgan schleckthin verstehen, auch dasjenige, welches nicht Einzelbehörde, sondern Mitglied eines Kollegiums ist, dagegen darf nicht angesührt werden, daß es in III, 1282a 35 heißt: οδ γάρ δ δικαστής οδδ' δ βουλευτής οδδ' δ έκκλησιαστής ἄρχων εστίν άλλά το δικαστήριον καὶ ή βουλή καὶ δ δημός. Damit will lediglich

Befehle erteilen, b. h. ber außeren Form nach nicht Beschlüsse, wie die überlegenden, und nicht Urteile, wie die Gerichte, sondern, modern gefagt, Berfügungen, vollziehende Atte erlaffen, die eben in der Regel in der Form von konkreten Befehlen ergeben; wir wurden fagen, die Aemter der Militär=, Finang= und Wohlfahrtsverwaltung, die nicht nur wirt= schaftlich und pflegend ober nur in niederen Dienftleiftungen thätig find. Das entecten ift das Sandeln im Gegensatz zum Neberlegen und Entscheiben. Mit aller Deutlichkeit ergeben dies die späteren Ausführungen über die notwendigen Uemter 1). Dieselben umfassen porwiegend alles, was sich nicht als eine pophebesden ober apively im engeren Sinne — im weiteren Sinne ist ja auch das foodsbeodat ein aptvett — charatterisiert.

So ist also das zweite μόριον της πολιτείας fein Stud ber πολιτεία im Sinne von Staatsgewalt, sondern von Staatsbehördenorganismus. Es fehlt auch bei Aristoteles neben ber αργή πριτική und βουλευτική eine αργή επιταπτική?). Es durchtreuzt sich somit in der aristotelischen Dreiteilung eine Unterscheidung der formellen Soheitsrechte und der verschiedenen Staatsorganisationen. Was die Einteilung nach der Verschieden= heit der Staatsorgane in den ersten Abteilungsmodus fügt, ist, daß die apyai rodurinai vorwiegend άρχη επιτακτική üben3), allein Aristoteles handelt unter dem Rubrum τὸ περί τας αρχάς nicht blos von der Besetzungsweise dieser, sondern der obrigkeitlichen Aemter schlechthin. Andererseits fügt sich die Unterscheidung nach der Berschiedenheit ber formellen Hoheitsrechte in das zweite Einteilungsprinzip daburch, daß die Behörden auch am βουλευόμενον und δικάζον Anteil haben können. Von der Verquickung der ver= schiebenen Einteilungsgründe befreit, waren die ariftotelischen Sage diese: die Staatsgewalt zerfällt in brei Teile, eine άρχη βουλευτική, δικαστική und έπιτακτική, und die verschiebenen Berfassungen unterscheiben sich burch verschiebene Organisation bieser Gewalten, durch Berschiedenheit ber überlegenden, richtenden und ausführenden Organe.

Die ariftotelische Cinteilung stellt sich als eine schiefe Berbindung platonischer Gebanken4) bar. Das βουλευόμενον ift bas άρχειν des Politikos, das βουλευτικόν der Politeia: dem άργειν stehen im Politikos das πράττειν und das δικάζειν gegenüber. Un Stelle dieses πράττειν setzt Aristoteles nun das περί τας αργάς, was die Romoi, unter apxai auch die Dikasterien begreifend, als den Inhalt der "Berfassung" ansahen 5). Was Aristoteles vom logischen Wege abführt, ift, daß er vom Schema der unmittelbaren Demokratie ausgeht, in welcher το βουλευόμενον der έακλησία, το δικάζον ben δικαστήρια, τὸ ἐπιτακτικόν ben άργαί gehört, also grundsäklich bie berschiebenen Staatsfunktionen an verschiedene Staatsorgane verteilt find. Das entnehmen wir aus feinen Erörterungen über ben Politesbegriff, auf welchen wir gleich nachher in anderer Richtung näher zurücktommen. Aristoteles befiniert ben πολίτης als benjenigen, φ έξουσία κοινωνείν άρχης βουλευτικής και κριτικής 6), und fügt hinzu, dieser Begriff passe am meisten für die Demokratie, will fagen, unmittelbare Demokratie. Unter dieser versteht

gesagt fein, daß die Ausübung ber überlegenden und volksrichterlichen Gewalt nur ein kollegiales, geigt sein, das die Austialung der noerlegenden und volltstrafterligen Gewalten nur ein lotegiales, nicht das Recht des Einzelnen sei, daß dieser Teil an diesen Gewalten nur insosern habe, als er Mitzglied, μόριου, des Kollegiums sei. Szanto, Das griechische Bürgerrecht 1892 S. 3, will unter àρχή der Volkskollegien nur die souveräne Gewalt, das will heißen, höchste Staatsorgansstellung, versiehen, allein das δικάζου zählt ja nicht hiezu. Die 'Αθηναίων πολιτεία läßt auch nicht zu, wie Szanto will, das Wesen der obrigkeitlichen άρχουτες im engeren Sinn nur auf die Prostasie, Vorstehersschaft in Volksversammlung, Kat, Gerichtshof, Militärabteilung, zu beziehen; unter das Herrschen fällt auch das entrarreiv.

¹⁾ VII (VI), 1321 b ff. 2) Der Politifos hat das Wort gebraucht, aber in einem anderen Sinn. Bgl. S. 46 bei N. 11.

³⁾ VI (IV), 1299 a 28: τὸ γὰρ ἐπιτάττειν ἀρχικώτατον ἐστίν. 5) S. 36 N. 14.

⁴⁾ Siehe oben § 9. 5) S. 36 N. 14. 6) III, 1275 b 19. Der Gedankengang von Aristoteles ist der: Zuerst (1275 a 23) bezeichnet

er aber die Versassung, in welcher sür Ausübung dieser Gewalten nicht αρχαί, sondern eine έχκλησία und δικαστήρια vorhanden sind. Es geht dies mittelbar aus dem hervor, was er von anderen Versassungen sagt, bezüglich welcher es heißt: èν γαρ ταῖς άλλαις πολιτείαις sei nicht δ άδριστος άρχων (δ. h., wie wir wissen), der έκκλησιαστής und δικαστής im eigentlichen Sinne) έκκλησιαστής und δικαστής, d. h. Ausüber der αρχή βουλευτική und κριτική, sondern der in Bezug auf seine Herschaft zeitlich beschränkte (δ κατά τὴν ἀρχὴν ώρισμένος), d. h. eben der Beamte, indem in ihnen τὸ βουλεύεσθαι καὶ δικάζειν den Behörden übertragen sei²) 3).

Diese Aussührungen lassen zugleich erkennen, daß die Einteilung der Hoheitsrechte, von welcher Aristoteles bei seinen Darlegungen über die Staatsorganisation ausgeht, keine politische, sondern eine rein staatsrechtliche ist, und daß das Organisationsschema, das Aristoteles vorschwebt, politisch betrachtet, ein Organisationsprinzip von lediglich sormaler, nicht von materieller Bedeutung darstellt. Politisch sieht Aristoteles in einer Berteilung der drei Gewalten an verschiedene Organe lediglich die konstruktiv einsachste Organisation der sormellen Hoheitsrechte, nicht als ob er damit sagen wollte, es sei damit auch die materielle, thatsächliche Gewalt an verschiedene Faktoren verteilt, und so etwa der Möglichkeit eines der Freiheit der Unterthanen gefährlichen Mißbrauchs der Staatsgewalt durch Zersplitterung vorgebeugt. Dergleichen Gedanken liegen Aristoteles gänzlich serne. Materiellpolitisch und insbesondere sozialpolitisch läßt sich bei Aristoteles eine ganz andere Einteilung der Staatsgewalten und der Staatsorgane erkennen.

In Bezug auf thatsächlichen, politischen Einstluß seht Aristoteles das βουλευόμενον und das δικάζον in der unmittelbaren Demokratie völlig gleich. In dieser Richtung kommt ihm die Menge als solche, d. h. die Masse Derjenigen in Betracht, welche, wie er sie definiert, sich weder durch Reichtum noch durch besondere Tüchtigkeit auszeichnen. Die Menge soll nur von den höheren Aemtern, vom περί τὰς ἀρχάς, ausgeschlossen sein, am βουλεύεσθαι und αρίνειν dagegen Anteil haben. Ersteres sei ersorderlich, weil die Menge aus Mangel an Gerechtigkeit und praktischer Einsicht jedensalls ungerecht handeln und Mißgriffe thun würde, das lehtere sei notwendig, weil sonst die Staatsleitung nichts als Feinde hätte⁴).

2) 1275 b 18 ff.: εν γάρ ταξε άλλαις πολιτείαις οὐχ ὁ ἀόριστος ἄρχων εκκλησιαστής εστι καὶ δικαστής, ἀλλ' ὁ κατὰ τὴν ἀρχὴν ώρισμένος τούτων γὰρ ἢ πᾶσιν ἢ τισίν ἀποδέδοται τὸ βουλεύεσθαι καὶ δικάζειν ἢ περὶ πάντων ἢ περὶ τινῶν.

3) Daß Arifloteles übrigens mit jener Charafterifierung der Demokratie nur daß Schem,

er als das auszeichnende Moment des πολίτης μετέχειν αρίσεως καλ άρχης. Er führt aber dann aus, die άρχη sei teils άόριστος, teils διωρισμένη κατά χρόνον; zur άρχη άόριστος gehöre die Stellung des έκκλησιαστής und δικαστής. Den Begriff άρχη άόριστος bezeichnet er als einen von ihm der Unterscheidung wegen aufgestellten (1275 a 33), um dann fortzusahren: τίθεμεν δη πολίτας τολς οδτω (d. h. an der άρχη άόριστος) μετέχοντας, und so der angegebenen Desinition in III, 1275 b 19 zu gesangen. Dies gegenüber anderweitigen, mit Streichungen im Text vorgehenden Erstlärungsversuchen.

¹⁾ Siehe oben G. 87 bei R. 1.

³⁾ Daß Aristoteles übrigens mit jener Charakterisierung der Demokratie nur das Schema, die regelmäßige, nicht die wesenkliche Form der unmittelbaren Demokratie im positivrechtlichen Sinn geben will, sassen die späteren Aussührungen zur Genüge erkennen. Aristoteles hebt nicht blos hervor, daß es verschiedene soziale Arten der Demokratie gebe (VI [IV], 1289a 9 und 1297b 30), eine Unterscheidung, die er sich besonders zugute rechnet, sondern er weist auch mehrere Arten der

pervor, daß es verschedene joziale Arten der Demokratie gede (VI [IV], 1289a 9 und 1297b 30), eine Unterscheidung, die er sich besonders zugute rechnet, sondern er weist auch mehrere Arten der Demokratie im organisatorischen Sinne nach (VI [IV], 1298a 12 st.).

4) Daraus ergeben sich interessante politische Konsequenzen Henach soll die Demokratie immer eine unmittelbare sein, das Volk Gesetzgebung und die wichtigsten Verwaltungsakte üben und die Gerichtsdarkeit nahezu ausschließlich besitzen. Dabei hebt Aristoteles vom Boddschusvor nicht etwa die Gesetzgebung, sondern Beamtenwahl und Beamtenrechenschaft hervor. So sehr Aristoteles den Gesetzen als solchen die höchste rechtliche Macht im Staate einräumt — die Gesetze solch der yokitischen Bedeutung die Organisation der Gesetzgebungskhätigkeit hervor, weil die bestehenden Gesetze zu noplovz) —, so wenig tritt hinsichtlich der yolitischen Bedeutung die Organisation der Gesetzgebungskhätigkeit hervor, weil die bestehenden Gesetzge nur wenig sollen abgesändert werden können. Anher liegt der materielholitische Schwerpunkt nicht in dem organisatorischen Anteil an der Gesetzgebung, sondern an der Verwaltung (den übrigen

Materiell-politisch ist somit der organisatorische Unterschied von Boodeschand und aperior bedeutungslos und so bezeichnet Aristoteles Ekklesiasten und Wolksrichter gelegentlich ber Frage, ob dieselben apyovers seien, als appiverator, das will sagen Bolksversammlung und Volksgerichtsbarkeit gleicherweise als die politisch höchsten, d. h. thatsächlich einflußreichsten Staatsorgane, indem er jagt, man konne doch den appiwarde nicht eine dorig, d. h. benjenigen, welche die größte politische Macht haben, nicht Herrschaft im Rechtsfinne absprechen 1). In der 'Aθηναίων πολιτεία 2) charakterisiert er sogar die Bolksgerichts= barkeit allein als die größte Macht, indem er das historisch-politische Urteil, Colon habe mit der Ginführung der Berufung an Volksgerichte den Grund zur Herrschaft des Bürgertums gelegt, mit der Bemerkung begründet, αύριος γάρ ων ό δημος της ψήφου abpros giveral the noliteias; hat das Bolt im Gegenfak zum Abel die richterliche Gewalt in handen, dann wird es herr ber gangen Staatsverwaltung3). Wir feben, eine gang andere Wertung der Staatsgewalten, als bei jener Dreiteilung. Dorten fteht das βουλευόμενον über περί τὰς άργάς und δικάζον, hier ift δικάζον bem βουλευόμενον über-, zum mindesten aber gleich-geordnet. Wie möchte sich das anders erklaren, als bamit, bag wir es bort mit einer rechtlichen, hier mit einer politischen Wirkung ber Gewalten zu thun haben?

In der sozialpolitischen Gliederung des Staates, die Aristoteles nach der doppelten Richtung vornimmt, daß er fragt, welche Stände für bas Staatsleben erforberlich feien4), und welchen Anteil die einzelnen an der thatsächlichen Herrschaft im Staate haben sollten und wirklich hätten 5), erscheint als ein besonderer Stand τὸ πολεμικόν und zwar an früherer Stelle, als die übrigen acht Stände, mahrend in organisatorischer Beziehung die Organe der έπιμέλεια πολεμικών zu den άρχοντες zählen), also hinter die Organe des βουλευόμενον zu stehen kommen. Andererseits verschwindet hier το περί τος άργας zum Teil in bem Boddesochesvov. In Buch VI (IV) 1291a 27ff, find die einzelnen Stände nach der Reihenfolge ihrer Notwendigkeit to πολεμικόν, το περί τας άργας), το βου-

Gegenständen des βουλευόμενον) und der Rechtsprechung. Will also von einer Bolksherrschaft über-haupt gesprochen werden, so muß dem Bolk mindestens Beamtenwahl und Beamtenvechenschafts-abnahme zustehen, sie sind die bedeutendsten Geschäfte (III, 1282 a 27). Es sei jedoch hervor-gehoben, daß diese politischen Betrachtungen nicht von Aristoteles selbst angestellt werden, nur in ber Folge seiner Aussührungen liegen. Aristoteles untersucht nicht, welche Rechte das Bolk mindestens haben muß, sondern worauf die unmittelbare Demokratie im politischen Sinne zweck-mäßigerweise beschränkt sein soll. Zum mesel raz asyaz sollen nur Gebildete berufen werden (III,

Π΄, 1275 a 26; ό δ' ἀόριστος οἶον ό δικαστής καὶ ἐκκλησιαστής, τάχα μὲν οδν ἄν φαίη τις οδὸ' ἄρχοντας εἶναι τοὸς τοιούτους οδδὲ μετέχειν διὰ ταῦτα ἀρχῆς. 29; καίτοι γελοῖον τοὸς πυριωτάτους ἀποστερεῖν ἀρχῆς.

²⁾ Rap. 9, 1.

³⁾ Man gienge fehl, wurde man biesen Sat für den Ausdruck eines rechtlichen Gedankens ausehen. Gin solcher liegt in demselben ebensowenig, wie in der Wendung bei Demosthenes Timokr. § 2 "δουεί συνέχειν την πόλιν τὰ δικαστήρια", worauf Hermann, Lehrb. der griech. Staatkaltertümer, 5. Aufl., 1875, § 53 und Abh. der Göttinger Afademie der Wissenschaften, 4. Bd., 1850 (hist.-phil. Klasse), S. 73, in Berkennung der nur positischen Bedeutung der damit ausgesprochenen Berrichaft die Behauptung grundet, in Griechenland fei die richterliche Gewalt ber Sig ber eigent= lichen Souverunität (will jagen: bes höchsten Staatsorgans) gewesen. Diese Stelle hat so wenig staatsrechtliche Bedeutung, wie eine ähnliche in der 'Αθηναίων πολιτεία, wo es heißt, die Dikasterien hätten infolge des Umstandes, daß die solonischen Gesetze nicht einsach und klar gewesen seien, alle Streitigkeiten, össenkliche wie private, nach eigenem Ermessen entschieden und dadurch die Ferrschaft (7d 20pos) erreicht. In Wirklickseit besagt der Sat, daß jene Unklarheit und Zweideutigkeit in weitgehender Weise die Bildung von Gerichtsgebrauch in Form usueller Interpretation veranlaßt und so zu einer bedeutenden politischen Machtstellung der Volksgerichte geführt habe; denn Gerichtsgebrauch ist nicht Gesetzerbung, das ist nur authentische, nicht usuelle Interpretation.
4) IV (VII), 1328 b 21 st.
5) VI (IV), 1291 a ff. und 1292 a 23 ff.

⁴⁾ IV (VII), 1328 b 21 ff. 6) VII (VI), 1322 a ff.

⁷⁾ είπερ ἄνευ ἀργόντων ἀδύνατον εἶναι πόλιν.

λευσόμενον, τὸ κρινοῦν περὶ τῶν δικαίων τοῖς ἀμφισβητοῦσιν¹); in Buch IV (VII) 1329a 3 bagegen werben als die Teile, welche am meisten barauf Anspruch hätten, als μέρη της πόλεως zu gelten, τὸ πολεμικόν und τὸ βουλευόμενον περί τῶν συμφερόντων καὶ κρίνον περί των δικαίων genannt; το πολεμικόν (δπλιτικόν) und το βουλευτικόν erscheinen somit im ariftotelischen Mufterstaat als die einzigen staatsbürgerlichen, b. h. an der Staatsgewalt teilhabenden Stände2). Alfo auch hieraus ergiebt sich per argumentum a contrario ber rein staatsrechtliche Charafter jener Gliederung der nodereich in drei Stude.

Bom einseitig rechtswissenschaftlichen Standpunkt aus würde man in dieser Lehre von den toia uopia the noditsias noch eine nähere Umschreibung des Beamtenbegriffes, der apyh im engeren Sinne, erwarten, da die positivrechtlichen Momente, durch welche ñich ber άργων bom εκκλησιαστής und δικαστής unterscheidet, selbstverständlich in dem einen Merkmal ber zeitlichen Beschränkung bes Amtsrechtes nicht erschöpft find; allein eine nähere Verfolgung der Rechtsbegriffe, welche diese Lehre bot, lag eben außerhalb der unmittel= baren Aufgabe, die fich Ariftoteles mit seiner Politik ftellte. Daß die juriftische Begriffslehre aber andererseits in ber aristotelischen Schule boch ausbrückliche und besondere Bilege fand, bafür burfte, wenn sonft nichts, allein ber Umftand hinreichend Zeugnis geben, daß Aristoteles den rechtswissenschaftlich so bedeutsamen Lehrsatz vom Bodevousvov als κόριον της πολιτείας anführt, ohne irgendwie in eine Beweißführung hierüber ex professo einzutreten. Und boch hatte ihm der Zusammenhang ein näheres Eingehen auf diesen Sak, ber nur burch eine Reihe juriftifcher Schlufiolgerungen zu gewinnen ift, erlaubt, ohne bag ihm ber Borwurf einer unnötigen Abschweifung hatte gemacht werben können, nachbem ja bas Berhältnis ber einzelnen Teile ber Staatsgewalt zu einanber auch für Ariftoteles bis zu einem gewiffen Grade in der Frage mitbeftimmend ift, wem die einzelnen Gewalten zwedmäßigerweise zu übertragen feien. Es ift bies um so mehr auffallend, als es fich Aristoteles, wie er felbst erklart, zur besonderen, von ihm auch meift erfüllten Aufgabe stellt, die einzelnen Behauptungen auch mit entsprechendem Beweiß zu versehen3). Die Erklärung für die Abweichung von dieser Regel kann allein darin liegen, daß es eine in der wissenschaftlichen Schule, im Lyzeum, allbekannte Frage war, die mit dieser Bemerkung angeschnitten wurde. Abgesehen davon aber find wir gerade hinsichtlich des Beamtenbegriffes in der Lage, den mittelbaren Beweiß darüber zu führen, daß auch ihm rechtswiffenschaftliche Behandlung zuteil warb. Schon bei Berodot erscheint es als ein besonderes Merkmal des Beamten gegenüber dem Monarchen, daß er rechenschafts= pflichtig fei4), und ebenfo nimmt es Platon als ganz felbstverständlich an, daß die Beamten alle folche Verantwortlichkeit hätten 5). Erst bei Aristoteles tritt deutlich hervor, daß boch nicht überall in Griechenland eine folche Berantwortungspflicht ohne Ausnahme für alle Beamte beftehe; Lakedamon und Rreta nennt er als republikanisch regierte Länder, in welchen der Rat der Alten ausbovos sei b, also boch ein Beweis, daß auch der Rechtsbegriff des apxwv im Kreise der Schule zur Erörterung gelangte7).

§ 25. Der Politesbegriff. Der andere Puntt, den wir vorbereitend noch zu besprechen haben, ist der aristotelische Begriff des roditns. Auch hier finden wir gute

juristische Bemerkungen, zunächst schon in der Fragestellung.

^{1) 1291} a 27: τὸ μετέχον δικαιοσύνης δικαστικής. 2) ΙΥ (VII), 1329 a 32: επεὶ δὲ διήρηται τὸ πολιτικὸν εἰς δύο μέρη, τοῦτ' ἐστὶ τό τε όπλιτικόν καὶ τὸ βουλευτικόν.

 ³⁾ III, 1279 b 15: δηλοῦν τὴν περὶ ἔκαστον ἀλήθειαν.
 4) Gieĥe G. 16 R. 5.
 5) Gieĥe nhen G. 5) Siehe oben S. 36 bei R. 5 und S. 37 bei R. 2.

⁶⁾ II, 1271 a 6 und 1272 a 37. 7) Bgl. dazu als besonderen Beweis für das attische Recht das oben S. 68 bei N. 2 über die donipasia Bemerkte.

Uristoteles scheidet zwei Fragen, riva pp rakein nokirgn und tig o nokirgs earin1), bas heißt, wen man Burger nennen burfe und wer nach positivem Recht Burger fei. Er scheibet damit eine rechtsphilosophische und eine rechtswissenschaftliche Betrachtung.

Des weiteren ist aus der Antwort auf die zweite Frage, die sich dahin formulieren läßt: Aristoteles stellt zwei Arten von nodital einander gegenüber, nodital, die an den staatlichen Ehren teil haben2), und nodital, die nur apyopevol sind3), zu entnehmen, daß sich Aristoteles bis zu einem gewissen Grade bes rechtswissenschaftlichen Unterschieds bewußt war, der zwischen Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht besteht. Zwar erklärt Aristoteles, daß nodirgs im wahren Sinne, also berjenige, den man nodirgs nennen solle, nur der Staatsbürger, d. h. derjenige sei, welcher staatspolitische Rechte habe4), allein andererseits legt er boch auch Rechtssubjekten, welchen diese Eigenschaft abgeht, ben Namen πολίτης bei, um lediglich hinzuzufügen, diefe anderen Rechtssubjekte, welche den Namen πολίτης trügen, bedürften nur immer eines unterscheidenden Beisakes, ber Staatsbürger dagegen sei πολίτης schlechthin 5).

Daß Ariftoteles diese anderen Individuen zum Teil eben nur darum, weil fie Staatsangehörigkeit besitzen, πολίται nennt, das ergeben eine Reihe von Bemerkungen. Wie ließe sich der Sat, die Handwerker verloren, wenn sie nach positivem Recht an der apyh nicht Anteil hätten, darum noch nicht ihre Politeneigenschaft und seien hiewegen noch nicht in die Klasse der uéroixoi oder févoi zu verweisen6), anders erklären, als bamit, baß für bie Boliteneigenschaft Mitwirkung an ber ftaatlichen Geschäftsführung nicht wesentlich ift, m. a. W. positivrechtlich Politeneigenschaft jedem Staatsangehörigen zukommt? Denn peroixoi und févoi haben eben gerade das gemein, daß ihnen Staatsangehörigkeit fehlt; die einen find Staatsfremde mit Ansässigkeit, mit auf die Dauer berechnetem Aufenthalt, die anderen Staatsfremde, welche rechtlich als nicht anfässig, als nur vorübergehend im Lande sich aufhaltend gelten. Und wie könnte Aristoteles die von einem Staatsbürger abstammende Athenerin noderis nennen, wenn er nicht noditys auch im Sinne von Staatsangehöriger gebräuchte? 7).

Andererseits freilich führt Aristoteles die Thatsache, daß auch andere Personen als wirkliche Staatsbürger noderau genannt werden, nicht auf das Vorhandensein einer ein= fachen Staatsangehörigkeit, sondern auf eine fachliche Beziehung zum wahren Politen=, b.i. jum Staatsbürger-Berhältnis gurud, fo die Politeneigenschaft ber mit Atimie Beftraften 8), ber altgewordenen und darum von Staatsämtern befreiten Bürger 9) und diejenige der noch nicht in die Demotenlifte eingeschriebenen Athenersöhne 10). Sie seien Staatsbürger mit einem beschränkenden Zusake, wir können sagen, folde, die es waren, und solche, die es werden wollen. Allein diese sachliche Beziehung liegt nicht auf juriftischem, sondern auf thatsächlichem Gebiete. Die mit Atimie Bestraften können rechtlich als πολίται nur noch im Sinne von Staatsangehörigkeit, nicht von Staatsbürgerrecht bezeichnet werden; die staatsbürgerliche Stellung ist ihnen entzogen, die Staatsangehörigkeit geblieben. Aristoteles erkennt die Richtigkeit dieser rechtlichen Auffassung selbst an, wenn er den των τιμών μή μετέχων nur ωσπερ μέτοικος nennt 11). Wäre es nicht eine rein that=

III, 1275a 2.
 III, 1278a 37: μετέχων τῶν τιμῶν.
 III, 1278a 10: τοῦ ἀρχομένου πολίτου μπθ 1277a 22: πολίτης δ' ἐστὶ καὶ ὁ ἀρχόμενος.

³⁾ III, 1278 a 10: του αρχομενου πολιτου μπο 1277 a 22: πολιτης ο ευτι και ο αρχομενου.
4) III, 1277 b 35: ὧς ὰληθῶς . . . πολίτης ευτιν ῷ κοινωνεῖν ἔξευτιν ἀρχῆς.
5) III, 1275 a 19 ff: ἀπλῶς πολίτης, b. h. πολίτης im abfoluten Sinn (III, 1279 a 20: κατὰ τὸ ἀπλῶς δίκαιον. Gegenfat gemäß Cihit V 10 τὸ πολιτικὸν δίκαιον).
6) III, 1277 b 39; hiezu IV (VII), 1326 a 20 u. 22.
7) Ֆgl. auch VI (IV), 1292 a 1: μο αίδ eine Art ber Demotratie τὸ μετέχειν (sc. τῆς πολιτείας) ἄπαντας τοὺς πολίτας ὅσοι ἀνοπεύθονοι.

⁸⁾ III, 1275 a 21. 10) III, 1275 a 15, 1278 a 5. 9) III, 1275 a 18. 11) III, 1278 a 38.

jächliche Benennung, wenn Aristoteles den mit Atimie Bestraften noch den Staatsbürgernamen beilegt, so würden wir es als einen Fehler bezeichnen müssen, wenn Aristoteles meint, auch die Berbannten (φυγάδες) könne man mit einem einschränkenden Beisat noch als πολίται im Sinne von Staatsbürger bezeichnen; denn positivrechtlich hatte die Berbannung nicht blos Entziehung des Wohnrechts im Staate (Landverweisung), sondern zugleich Entziehung der Eigenschaft eines Staatsangehörigen, dei Ostrasismos auf Zeit (10 Jahre), dei ἀειφυγία auf immer zur Folge¹). Besonders deutlich läßt sich die rein thatsächliche Bedeutung des Wortes πολίτης in den angegebenen Fällen an der Bezeichnung der noch nicht eingeschriebenen Bürgersöhne als πολίται έξ ὁποθέσεως, πολίται ἀτελεῖς, als bedingte, unvollsommene Staatsbürger erkennen, d. h. sie sind Bürger, aber noch solche ohne Bürgerrecht und Bürgerpssichten. In rechtlicher Konstrustion sind sie lediglich Staatsangehörige, Staatsbürger nur, wenn man Bürger mit Staatsangehörigen identissiert und in diesem Sinne Attiv= und Passibürger scheidet²).

Wie sehr sich nach dem allen nur von einer Vorstellung, nicht von einer scharfen Scheidung des Unterschieds von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht in Aristoteles Politik sprechen läßt, und wie serne dem Stagiriten der Gedanke einer eigentlich rechts= wissenschaftlichen Betrachtung dieser Begriffe von Haus aus liegt, das zeigt nicht blos der Umstand, daß Aristoteles es hinsichtlich des Vorhandenseins der Politeneigenschaft sür gleichgiltig erklärt, ob sie auf positivrechtlich legitime oder illegitime Weise erworden seis), sondern vor allem die Charakteristerung der Auffassung des praktischen Staatslebens (der Aphose), daß sied die Politeneigenschaft nach der Abstammung bestimme, als ober-

¹⁾ Hiezu Szanto a. a. D. S. 62. Aristoteles bezeichnet im Staat der Athener, Kap. 22, die an den Ostrafismos sich knüpsenden Nachteile als Atimie. Diese Atimie ist aber, wie die dei der Thrannenvertreidung, Entziehung der Staatsangehörigkeit; das μεθιστάναι έν της πόλεως, wie Pol. III, 1284a 22 die Rechtsfolge genannt wird, ist nicht blos ein Wegjagen aus dem Staatsgediet, sondern aus der Staatsangehörigkeit, wie das μετέχειν της πόλεως nicht blos ein Wohnen im Staate, sondern ein Teilhaben an der Staatsangehörigkeit bedeutet. Nur politischatsächlich erklärt sich auch, wenn Aristoteles meint, die ihrer Bürgerpssichten ledigen Greise seinen nicht mehr Bürger im wahren Sinne; denn mit der Bürgerpssicht erlischt nicht das Bürgerrecht. Die Bürger, welche keine Aemter mehr bekleiden, sind nur statsächlich weniger am Staatsleben beteiligt. Mit dieser Erklärung kimmt ihre Bezeichnung als πολττα παρημμακότες (III, 1275a 18) — das sind solche, welche über die άκμή des thatsächlichspolitischen Ledens hinaus sind — oder als διά τὸν χρόνον ἀπειρηκότες (IV [VII], 1329a 33), die durch die Länge der Jahre müde Gewordenen.

biefer Erklärung stimmt ihre Bezeichung als πολται παρημακότες (III, 1275a 18) — das sind solde, welche über die deuch des thatsäcklich-politischen Lebens hinnus sind — oder als die tod productes (IV [VII] 1329a 33), die durch die Länge der Jahre müde Gewordenen.

2) Die juristische Konstruktion giebt Aristoteles für das attische Recht in der 'Aθηναίων πολιτεία mit aller Deutlichkeit. Wir dürsen dieselbe um so mehr heranziehen, als auch dort der Ausdruck anit aller Deutlichkeit. Wir bürsen dieselbe um so mehr heranziehen, als auch dort der Ausdruck anit aller Deutlichkeit. Wir fürsen dieselbe um so mehr heranziehen, als auch dort der Ausdruck anit aller Deutlichkeit. Wir sürsen deine von "krei von Würgerlasten" (und damit auch Bürgerrechten): drederig der furzweg: Diesenigen, deren beide Estern dzzoć, d. h. 'Aθηναΐοι sind, besigen noditesa, andererseits aber: erst 18 Jahre alt werden sie in die Liste der Deutsen, d. h. der Gemeindebürger eingetragen und erst mit dem 20. Lebensjahr sind sie perseichung, des Gemeindebürgerrechtes, macht sie an πολίται im Sinne don Staatsbürgern; im ersten Sahe heißt πολιτεία also Staatsangehörigkeit. Der weitere Gedante ist dann der: Mit Einschreibung in die Gemeindebürgerrechtes, macht sie sessen im Sinne den der Wit Einschreibung in die Gemeindebürgerriste erwerden sie des selbständigers, aber noch nicht dessen der sie den der sieden der sieden und Pflichten siegenschaft, an welche sich dei seinschliche Selbständigkeit und Bürgerrecht hat ja nicht blos diese einzige rechtliche Wirfung. Es ist eine rechtliche Siegenschaft, an welche sich der Schriften Gelbständigkeit und Bürgerrecht hat ja nicht blos diese einzige rechtliche Wirfung. Es ist eine rechtliche Siegenschaft, an welche sich der Schriften Schriften Schriften (Erziehungszwang, Wachten der übrigen Bürger teil. Mit diesem Gelostergang, mit solchen Rechten des Bürgers anderspörigkeit und Bürgerrecht sine sussargen de henore einer= und politischen Rechten des Bürgers anderesse, so den seine Staaten sie es "Allen" gestattet

flächlich und am praktischen klebend 1). Was heißt dies anders, als die wissenschaft= liche Beschäftigung mit dem Staatsrecht lediglich in Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtspolitik erblicken! Nur diese sind ihm Wissenschaft vom Staate, pedosopia noderung 2).

So ist es auch erklärlich, daß der rechtliche Inhalt der Staatsangehörigkeit in der Politik nicht erörtert wird. Anders der Inhalt des Staatsbürgerrechts. Er hängt mit dem politisch-philosophischen Politesbegriff, den Aristoteles aufstellt, innerlich zusammen. Hier finden wir daher auch wieder ein Stück wirklicher Staatsrechtswissenschaft.

Zunächst zeigt dies die allgemeine Bemerkung, daß sich der Begriff bes Polites nicht nach dem Wohnen im Lande bestimme, denn Wohnung im Lande hätten auch die Metöken und Sklaven, und ebensowenig nach ber Teilnahme am gerichtlichen Schuk und nach der Gerichtsunterthänigkeit, denn beides treffe gewöhnlich auch für Metöken und fraft Rechtsschutyverträgen sogar für im Land wohnende "Fremde" zu3). Dann aber ergiebt es die Begriffsentwicklung felbft. Zuerst befiniert Aristoteles ben Staatsburger als ben φ έξουσία ποινωνείν αρχής βουλευτικής και πριτικής 4). Diefer Begriff gelte aber nicht für alle Verfassungen, benn ber Bürgerbegriff sei ein nach ben einzelnen Berfassungen verschiedener 5); ber gegebene Begriff paffe "am meiften" für bie Ctaatsverfaffung, in welcher eine Etflesia und Dikafterien vorhanden seien. Aristoteles sucht baber nach einer weiteren, auf alle Verfassungen anzuwendenden Bestimmung und er findet sie unter der Erwähnung, daß in anderen Verfaffungen die Bürger badurch an bem Bondebeschau und δικάζειν teil hätten, daß sie rechtlichen Zutritt zu den Aemtern haben, die das βουλεύεσθαι und δικάζειν an Stelle von Volksversammlung und Volksgericht üben 6), in dem Sak: πολίτης ist derjenige, welchem die rechtliche Qualifitation zur Ausübung von άρχαί d. h. von obrigfeitlichen Stellen, die rechtliche Qualifikation, obrigkeitliches Staatsorgan au sein, aukommt7).

Das rechtliche Verhältnis des πολίτης άπλως zum πολίτης άρχόμενος berührt Aristoteles mit dem Saze: πολίτης δε κοινή μεν ό μετέχων του άρχειν και άρχεσθαί έστιν. Er erkennt damit an, daß der πολίτης άρχων eine rechtliche Unterart des πολίτης

αργόμενος ift 8).

8) III, 1284 a 1.

Wenn wir die ganze Untersuchung über den Politesbegriff übersehen, so ist nach dem Dargelegten das uns interessierende Resultat dieses: vorwiegend beschäftigt sich Aristoteles nur mit der Frage, wer soll πολίτης heißen. Um den Begriff des Staatsbürgers als den wahren Politesbegriff, als den Zentralbegriff des πολίτης, ins volle Licht zu stellen, sucht Aristoteles alles andere, was πολίτης genannt wird, in innere Beziehung zu dem πολίτης dieser Bedentung zu sehen, und scheidet demgemäß die übrigen Personen in solche, die erst Bürger werden und solche, die schon Bürger waren. In einem Punkte zeigt diese Theorie eine Lücke. Die Politeneigenschaft der Frauen ist damit nicht erklärt. Von allem anderen abgesehen, macht es eben der Umstand, daß Aristoteles selbst hervor-

¹⁾ III, 1275 b 26: πολιτικώς καὶ ταχέως.
2) III, 1282 b 23; IV (VII), 1324 a 20 (τῆς πολιτικῆς διανοίας καὶ θεωρίας). In der Betämpfung der Auffassung der χρησις spannt Aristoteles den Bogen so straff, daß er sagt, auch aus dem Grunde lasse sich dieser prattische Bolitesbegriss, πολίτης sei, wer von einem πολίτης oder einer πολίτις abstamme, nicht wissenschaft verwenden, weil hienach die Politeseigenschaft der ersten Staatseinwohner, der Staatengründer, nicht erklärt werden könnte (III, 1275 d 33), als wäre da nicht der Ausweg, daß für die ersten Staatsbürger eben ein anderer Erwerbsgrund als für die späteren vorlag. Der Unterschied zwischen πολίτης im Sinne von Staatsangehöriger und Staatsbürger ift hier völlig unbeachtet gelassen.
3) III, 1275 b 5.
4) III, 1275 b 19.

⁵⁾ Siehe M. 3. 6) 1275 b 13 ff. 7) III, 1276a 4: 6 δε πολίτης άρχη τινι διωρισμένος εστίν; III, 1277 b 35: πολίτης εστίν ῷ κοινωνεῖν ἔξεστιν ἀρχης: III, 1278a 37: πολίτης ο μετέχων τῶν τιμῶν.

hebt, die weibliche Bevölkerung komme der männlichen an Zahl nahezu gleich, zur Notwendigkeit, unter dem πολιτων τι πλήθος, als welches er den Staat bezeichnet, auch im Sinne von Aristoteles nicht blos die Vielheit der Staatsbürger, sondern der Staatsangehörigen, also die Weiber mit eingeschlossen, zu verstehen. Dafür spricht auch, daß Aristoteles nur sagt, am meisten, nicht aber ausschließlich werde πολίτης derzenige genannt, der an obrigkeitlicher Stellung teil hat 1). Für den einsachen Staatsangehörigen gebraucht Aristoteles einmal 2), zur Unterscheidung von petotxos und ξένος, den Ausdruck odusion pepos (της πόλεως).

Nachem Aristoteles in der Bestimmung des Wesens des Polites die politische Seite in den Vordergrund stellt, nachdem es ihm für den wahren Begriff desselben sogar gleichgiltig ist, ob die Eigenschaft im Einklang oder im Widerspruch mit dem positiven Recht erworden wurde, liegt nahe, daß Aristoteles die mehr juristisch interessanten Fragen nach Erwerd und Verlust der Politeseigenschaft nicht des näheren ersörtert. Ihm ist die nächste Frage, wem soll man Politeseigenschaft verleihen. Für den besten Staat ist seine Antwort: Staatsbürger sollen nur die Staatsburgane (rd nadutund) sein. Sie sind in der Jugend Krieger, als Männer Beamte und Richter, als Greise Priester. Die Ackerdauer sind entweder Stlaven oder Periösen von nichtzgriechischer Abkunst⁴). Von den Bürgerkindern und Bürgerfrauen schweigt er; sie sind ihm eben noder verlähmeten Sinn, Staatsangehörige.

S 26. Aristoteles Stellung zur Lehre von den Staatssormen im allgemeinen. Rehmen wir nun, zur Frage der Charakterisierung der Staatsversassungsformen seitens des Stagiriten übergehend, die Ergebnisse unserer Untersuchung über die Einteilung der sormellen Hoheitsrechte und über den Bürgerbegriss zusammen, so wäre von staatsrechtelichem Standpunkte aus zu erwarten, daß Aristoteles auf Grund des positiven Rechtes die Bersassungen darnach unterschiede, ob einer oder wenige oder die Mehrzahl der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen die überlegende Gewalt ausüben. Man wäre demgemäß an sich nur zu geneigt, seine Desinition der Versassung als τάξις των τε άλλων άρχων και μάλιστα της κυρίας πάντων () mit Organisation der Hoheitsrechte und vorwiegend des höchsten, der überlegenden Gewalt, wiederzugeben, um so mehr, als Aristoteles in unmittelbarem Anschluß an diese Begrissbestimmung sortsährt: κόριον μέν γάρ πανταχού το πολίτευμα της πόλεως, πολίτευμα δέ έστιν ή πολιτεία — das Herrschende ist nämlich überall die Staatsseitung (), die Staatsseitung aber ist mit Staatsgewalt identisch. Man würde also meinen, das κόριον bedeute, im Sinne von

¹⁾ III, 1278 a 37. Wgľ. δαλμ 1287 a 11: δοιεί δέ τισιν οδδέ κατά φόσιν εἶναι τὸ κόριον εἶναι πάντων τῶν πολιτῶν ε̈να (= βασιλέα). Şier muß πολίτης Staatsangehöriger heißen.
2) IV (VII), 1326 a 22.

³⁾ Ein neuerer Schriftsteller, Szanto, hat a. a. D. diese Erwerbs- und Berlustgründe erörtert. Der Arbeit fehlt eine scharfe Trennung von Staatsbürgereigenschaft und Staatsangehörigfeit. Es hätte dazu einer näheren Untersuchung des Verhältnisses der Staatsangehörigkeit gegenüber
dem des Metöken bedurft. Wenn einer fremden Frau Politie verliehen wird, so ist dies eben
Staatsangehörigkeit. Auch entgeht dem Verfasser, daß das attische Bürgerrecht, von Verjährung
abgesehen, nur durch Verleihung erworben wird, sowohl von Staatsfremden, wie von Staatsangehörigen.

⁴⁾ IV (VII), 1329a 20. Periöke heißt hier nicht Staatsangehöriger ohne Bürgerrecht, sondern soviel, wie Metöke, angesessener Staatsfremder (1329a 20, 1330a 29, 1326a 20). Bgl. auch noch III, 1278a 3ff.: τουτο γάρ άληθές, ως οδ πάντας θετέον πολίτας ων άνευ οδυ άν

⁵⁾ Siehe oben S. 76 M. 4. Bgl. auth VI (IV), 1290 a 7: πολιτεία πόλεως μέν γὰρ ἡ τῶν ὰρχῶν τάξις ἐστίν.

⁶⁾ Bgl. III, 1279 a (πολιτεία μὲν τὸ πολίτευμα σημαίνει τ' αὐτόν) unb VIII (V) 1308 a 6 (τοῖς ἔξω τῆς πολιτείας καὶ τοῖς ὲν τῷ πολιτεύματι). Und) VI (IV), 1293 a 16 unb VII (VI), 1321 a 26.

Organ genommen, den oberften Gewaltenträger, den rechtlichen Ausüber der überlegenden Gewalt, und Ariftoteles fügt auch, wie schon einmal erwähnt 1), sogleich bas Beispiel an. in demokratischen Staaten sei der ogwos das aborov. Allein die Einzelausführungen des Buches lassen extennen, das Aristoteles sich unter dem αύριον της πόλεως nicht unmittelbar den Ausüber der rechtlichen, sondern den Ausüber der thatsächlich höchsten Macht im Staate vorstellt, das ubprov der Demokratie somit nicht in der Gesamtheit der Bürger, im δημος rechtlichen Verstandes, sondern im πληθος, in der Menge der Nichtbesitzenden2), erblickt, und bag er bemgemäß bas auszeichnende Merkmal bieser Macht nicht blos in der Ausübung des βουλευόμενον, sondern gleicherweise auch in dem thatsächlichen Uebergewicht sich offenbarend findet, welches bem Böbel bei ber Ausübung ber behördlichen Gewalt und ber Bolfsgerichtsbarkeit gur Seite fteht 3). Wir erkennen alfo: eine Würdigung der thatsächlichen Machtstellung eines bestimmten Teils der Gesellschaft im Staatsleben, nicht eine juriftische, sondern eine sogialvolitische Untersuchung 1) ist es, die den Philosophen beschäftigt.

Räher läßt sich die Stellung des Stagiriten zur Lehre von den Staatsformen jo formulieren: Hatte sich Platon barauf beschränkt die untergeordnete Bedeutung nachzuweisen, welche dem Unterschied der Ropfzahl der rechtlichen Ausüber der Staatsgewalt in politischer hinsicht zukommt, in bieser Richtung ben Nachbruck vielmehr auf bas Staatspringip gelegt und in Folge bavon bie rechtswiffenschaftliche Bedeutung jenes Unterschieds überhaupt nicht berührt, so ftellt es sich Aristoteles zur Aufgabe, ber Ginteilung der Staatsversassungen in monarchische, demokratische und vligarchische Staaten auch ihre rechtswiffenschaftliche Bebeutung, zuerst jebe, später wenigstens die primäre zu benehmen.

Seine Ausführungen find in ber einen Richtung diese. Bei ben Begriffen Demokratie und Oligarchie zählt das Element "Mehr= bezw. Minderzahl" nicht zu den wesentlichen Begriffsbestandteilen. Das wesentliche Moment liegt dort in der Armut, hier im Reichtum⁵). Wo durch Reichtum geherrscht wird, gleichgiltig, ob der Reichen wenige oder viele find, besteht "notwendig" Oligarchie, wo die Armen herrschen, Demofratie. Es sei nur die Regel, daß in dem einen Falle Weniger-, im anderen Vielherrschaft vorhanden sei, weil eben meift') nur Wenige reich, die Mehrzahl arm sei. M. a. W .: auch die Herrschaft der reichen Mehrzahl ist Oligarchie, die der armen Minderzahl Demokratie.

In seinen späteren Darlegungen geht Aristoteles einerseits noch weiter. Er sagt nicht blos, ausnahmsweise konne einmal die Zahl der Reichen in der Mehrzahl sein, sondern, indem er fälschlicherweise das Prinzip der Abstimmung innerhalb eines jeden kollegialen Staatsorgans, also das Verhältnis von Staatsorgan zu Staatsorgan mit dem Zahlenverhältnis zwischen oberstem Staatsorgan und der Summe der Unterthanen, also nicht bem gleichen, nächsten Gattungsbegriff Angehöriges in Bergleich seht, es herrsche "überall", d. h. in Oligarchie, Aristokratie, Demokratie, die Mehrzahl, denn Geltung habe hier immer, was der Mehrheit gefalle?). Andererseits veranlassen ihn aber boch

¹⁾ Oben S. 76 bei 92. 5.

¹⁾ Den & 76 bet 36. 5.
2) το πλήθος, nicht πλήθος τι; οί πολλοί, bagegen ολίγοι (III, 1279 a 28 u. 32).
3) Bgl. VII (VI), 1318 b 30 u. 34; VI (IV), 1297 a 25.
4) Difthen & 104.
5) III, 1279 b 11 ff., besonders 1280 a 1: ἀναγκαΐον μὲν ὅπου ἄν ἄρχωσι διὰ πλοῦτον ἄν τ' ἐλάττους ἄν τε πλείους εἶναι ταύτην ὁλιγαρχίαν, ὅπου δ' οἱ ἄποροι δημοκρατίαν.
6) VI (IV), 1291 b 10.
7) Um bezeichnenbsten VI (IV), 1291 b 38: κόριον δὲ τὸ δόξαν τοῖς πλείοσιν; VIII (V), 1294 a 12 und VI (IV), 1290 a 20; VII (VI), 1317 b 10.

hiftorische Beispiele, das Zahlenverhältnis als zweites wesentliches Merkmal in der Beftimmung von Demokratie und Oligarchie neben den Unterschied von Reich und Arm λιι ftellen: δημοκρατία μέν όταν οἱ έλεύθεροι καὶ ἄποροι πλείους όντες κύριοι τῆς άργης ὧσιν, όλιγαργία δὲ ὅταν οἱ πλούσιοι καὶ εὐγενέστεροι όλίγοι ὄντες¹).

Die gangen Ausführungen als folde enthalten einen berechtigten Gebanken. Ari= ftoteles stellt fest, daß man Demokratie eine Herrschaft der Besitzlosen, Oligarchie die Berrichaft der Reichen nennt. Aber er fehlt darin, daß er glaubt, die Demokratie muffe immer als eine Herrschaft der Armen, die Oligarchie immer als eine der Reichen aufgefaßt werden. Er verkennt die doppelte Bedeutung beider Worte, die rechtsmiffen= schaftliche und die fozialpolitische, er verkennt, daß, wie dipos in seiner Beziehung auf bas Staatsganze2) einen Doppelbegriff, einen rechtlichen und einen sozialpolitischen, bar= ftellt, die Gesamtheit der Staatsbürger und die nicht besitzende Klasse der Gesellschaft bedeutet, so auch das Wort Demokratie sowohl die rechtliche Herrschaft der Gesamtheit der Staatsbürger wie die thatsächliche des nichtbesitzenden Teils derselben zum Ausdruck bringt3). Es ift dies um so auffälliger, als Aristoteles das Bewußtsein der ersteren Unterscheidung, ber zwischen dogwog im rechtlichen und im sozialen Sinne, keineswegs fremb war, wie wir zwar nicht aus einer ausdrücklichen Erklärung besselben, wohl aber mittelbar aus feinen Darlegungen zu entnehmen vermögen. Gine Reihe von Stellen laffen die Auffassung von dipos im sozialen Sinne, in welchem Aristoteles das Wort gewöhnlich gebraucht4), nicht zu. So, wenn z. B. in Buch III, 1275b 7 gefagt wird: έν δ' ενίαις (πολιτείαις) γάρ οὐκ έστι δήμος οὐδ' εκκλησίαν νομίζουσιν άλλά συγκλήτους, b. h. in einigen Staaten giebt es keinen δημος, b. h. keine Volksversammlung, fie kennen nur eine Rats=, d. h. eine Beamtenversammlung 5). Daß Ariftoteles dagegen bem Worte Demokratie nur einen sozialpolitischen Sinn beilegte, das zeigt das Beispiel, mit dem er die Meinung bekampft, es liege beim Begriffe Demokratie das einzige Beftim= mungsmoment in der Mehrzahl. Er fagt, gesetzt, die Gefamtzahl betrüge 1300 und von diesen wären 1000 reich und biese 1000 räumten den übrigen 300, die arm sind, keinen Anteil an der Staatsregierung ein, so könne niemand sagen, dieser Staat werde bemokratisch regiert, so wenig, als man ihn eine Oligarchie nennen würde, wenn die herrschaft allein im Besit dieser 300 mare "). Wir werden vom Standpunkt bes positiven Rechtes aus fagen: Bilben biese 1000 Reichen einen donuos, so liegt eine Demofratie vor, denn, daß der δημος im Rechtssinne, d. h. die organisierte Gesamtheit der Staatsbürger, nur aus Nichtbesitzenden bestehe, ist nur eine, nicht aber die einzige Art ber Demokratie im rechtlichen Verstande. Im politisch-sozialen Sinne gehört zum Wefen ber Bolksherrichaft, daß es eine Herrichaft ber Nichtbefigenben ift, im ftaatsrechtlichen Sinne erfordert das Wefen der Bolksherrichaft nur die Herrschaft der Mehrzahl der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen. Staatsrechtlich giebt es als dieselbe Ber-

¹⁾ VI (IV), 1290a 30 ff., insbes. 1290b 18. 2) D. h. abgesehen von feiner Bebeutung als Lokalgemeinde. Siezu Eb. Meher a. a. O. II S. 295.

³⁾ Bgl. hieher Schwarcz, Kritif ber Staatsformen bes Aristoteles, S. 15, eine Schrift, welche an den zwei Hauptfehlern leidet, daß sie sich nicht bewußt bleibt, daß die "Politif" nicht eine allgemeine Staatsrechtslehre, sondern eine Sammlung politischer Borträge ist (fiehe insbes. S. 30, 36, 73), und daß sie von der Vorstellung ausgeht, die in Pol. III, 1279 b von Aristoteles mitgeteilte Staateneinteilung in brei gute und brei verfehlte Berfalfungen fei die des Stagiriten (27, 8, 30, 5,

^{34, 54).} Letters gilt auch für benselben, Elemente der Politik, 1895, S. 35 u. 73.
4) 3. B. II, 1273 d 38, 1272 a 40.
5) Weitere Stellen II, 1273 a 7 u. 9 mit 1272 a 10; ferner Staat der Athener 14, 15, 20, 42, 43, 46.

⁶⁾ VI (IV), 1290a 34ff.

faffungsform Demokratien der Armen, wie der Reichen. Wenn in Rolophon oder Opus einmal die Reichen allein das Bürgerrecht hatten und ihre Zahl größer war als die ber Armen 1), so war dies eben eine Demokratie der Reichen. Aristoteles weiß Kolophon bei seiner ersten Theorie nicht einzuordnen und so wird dies historische Beispiel für ihn bie Beranlaffung, jum Begriff ber Oligarchie neben Reichtum auch derforgs zu verlangen 2).

Was Aristoteles zu dieser irrtumlichen Bestreitung der grundlegenden Bedeutung ber Zahlenverhältnisse für ben rechtlichen Unterschied zwischen Demokratie und Oligarchie führte, das ift der Umftand, daß er bei dieser juriftischen Polemit fälschlicherweise den politischen, nicht ben rechtlichen Berrichaftsbegriff verwendet, in der Berrichaft, um welche es fich hier handelt, nicht eine Gerrschaft über alle Staatsangehörigen, sondern einer Gejellichaftsklaffe über die anderen fieht. Aristoteles betrachtet die einzelnen Staats= angehörigen zwar als "Teile des Staates" 3), aber nicht fie allein; Teile des Staates find ihm vor allem auch die Schichtungen der burgerlichen Gefellschaft 1) nach Bermögen, Beruf und Geburt. Teile bes Staates find ihm auch Reiche, Arme und ber Mittel= stand 5), Aderbauer, Handwerker, Lohnarbeiter, Krieger= und Beamtenstand 6): in Buch VI (IV) 1291b werden mehrere είδη του τε δήμου και των γνωρίμων unterschieden?). In bem thatsachlichen Uebergewicht einer biefer verschiebenen Gesellschaftsgruppen über bie anderen kommt ihm das χόριον της πολιτείας zum Ausbruck. Die Demokratie ist für Ariftoteles eine Herrichaft der Armen über die Reichen, die Oligarchie eine Herrschaft ber Reichen über bie Armen. Und wenn die Tüchtigen die Obergewalt haben, dann find fie "Herren aller Uebrigen", d. h. aller übrigen Stände; alle anderen find bann ariuoi, der ehrenden Mitwirkung an den Staatsgewalten beraubt's).

Man könnte den Versuch machen wollen, den Vorwurf der Verguickung juristischer und politischer Betrachtung von Ariftoteles baburch abzuwenden, bag man fagte, Ari= stoteles behandle überhaupt nicht die Fragen der staatlichen, sondern der gesellschaftlichen Gewalt, er identifiziere Staat und Gesellschaft). In der That ist ihm der Staat auch eine Bereinigung der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, eine κοινωνία τοῦ πλήθους, πλήθος hier, wie der Zusammenhang ergiebt 10), im Sinne von Gesellschaft gebraucht. Allein Aristoteles sagt andererseits ausbrücklich 11), nicht alle Gesellschaftsgruppen, ohne welche ber Staat nicht existieren konne, mußten auch rechtlich Teile bes Staates fein, b. h. Staatsangehörigkeit und infolge bavon meift auch Staatsburgerrechte befigen. Was Aristoteles untersucht, ist demnach doch, ob alle oder wenige oder die Mehrzahl

5) VI (IV), 1295 b 2, 1289 b 30.
6) IV (VII), 1329 a 30 ff., 1328 b 3 ff. Ju VI, 1289 b 33 ff. Einteilung ber Richtbesitzenben

οί πλούσιοι διά τό κατά πλήθος όπερέχειν, όλιγαρχία.

9) So Gierke III, S. 17: "Ja, im Grunde ist die πόλις des Aristoteles überhaupt nicht das, was wir Staat, sondern das, was wir bürgerliche Gesellschaft nennen."

¹⁾ Siehe hiezu Ed. Mener S. 352.

²⁾ VI (IV), 1290b 15 ff.

³⁾ I, 1253 a 21, III, 1274 b 41.

⁴⁾ πληθος in diesem Sinne (II, 1261 b 14).

in Bauern, Markthändler und Handwerker.
7) Und zwar Bauern, Handwerker, Händler, Seeleute (Kriegsmatrosen, Kauffahrer, Fähreleute, Fischer) auf der einen, Reichtum, Abel, Tüchtigkeit, allgemeine Bildung auf der anderen Seite, ohne hier oder dort erschöpfen zu wollen. Wieder andere Einteilung in VI (IV), 1291 b 11; ferner VII (VI), 1321 a.

⁸⁾ III, 1281 a 29 ff.: τοὸς ἐπιεικεῖς ἄρχειν δεῖ καὶ κυρίους εἶναι πάντων; οὐκοῦν ἀνάγκη τοὸς ἄλλους ἀτίμους είναι πάντας μὴ τιμωμένους ταῖς πολιτικαῖς ὀρχαῖς; ferner VI (IV), 1290 b 10: ὡς οὕτ' ἄν οἱ ἐλεύθεροι ὀλίγοι ὄντες πλειόνων καὶ μὴ ἐλευθέρων ἄρχωσι, δῆμος . . . οὕτε ἄν

¹⁰⁾ ΙΙ, 1261 b 14: βούλεται (sc. ή πόλις) γ' ήδη τότ' είναι πόλις όταν αὐτάρκη συμβαίνη τήν χοινωνίαν είναι τοῦ πλήθους. 11) IV (VII), 1329a 35, VI (IV), 1290a 2, 1291a 26 ff. und 1290b 39.

biefer Gesellschaftsgruppen an der Staatsherrschaft Anteil haben 1). Und so ift es der fozialpolitische Grundton der Politik, welcher Aristoteles zu der Behauptung führt, dem Begriffe der Demokratie sei unter jedwelcher Betrachtung eine Herrschaft der nichtbesitenden Menge wesentlich.

Wo Aristoteles nicht als Sozialpolitiker, sondern als Verfassungshistoriker schreibt. da finden wir Demokratie auch für die Herrschaft der Majorität der erwachsenen, männ= lichen Staatsangehörigen schlechthin gebraucht. Insbesondere2) ist dies in der 'Aθηναίων πολιτεία ber Kall. Hier steht bas Wort nicht blos für die Herrichaft ber Nicht= besitzenden und Nichtadeligen 3), sondern als Gegensatz zur Oligarchie der Abeligen und Reichen auch für die Herrichaft des Mittelstandes, so, wenn er sagt, die solonische Berfassung stelle die Anfänge der "Demokratie" dar, oder, wenn er den durch Klisthenes herbeigeführten Verfaffungszustand "Demokratie" nennt4). Ja, Aristoteles räumt schließlich in der Politik felbst noch ausdrudlich ein, daß sich die Beschränkung des Wortes Demofratie auf die Herrschaft der Richtbesitzenden nicht im Ginklang mit der Rechtsgeschichte befinde, wenn er sagt, die Staatsordnung, welche auf den Mittelstand der zu wirtschaftlicher Selbsttragung des militärifchen Fußdienstes Fähigen gegründet sei und jett gewöhnlich 5) Politie genannt werde, habe früher den Namen Demokratie getragen und zwar deswegen, weil die zu jenem Hoplitendienst wirtschaftlich Fähigen infolge der Zunahme der Bevölkerung die "Mehrheit", d. h., im Gegensat zu der bisherigen Ritter (Reiter)=Oligarchie, gegenüber ben übrigen Ständen die Majorität erlangt gehabt hätten 6). Wir sehen, eine Begründung des Begriffes Demokratie allein auf das numerische Uebergewicht.

Trot diefer verschiedenen Bezeichnung zweier Arten der Demokratie im Rechtssinne (Demokratie und Politie) ware es aber verfehlt, zu glauben, Aristoteles hätte bas recht= liche Wesen ber Demokratie und ber staatlichen Gerrschaft schlechthin verkannt?), b. h., wie Platon8), verkannt, daß in seiner Demokratie vom rechtlichen Standpunkte aus nicht blos die Armen, fondern auch die in der Minderzahl befindlichen Reichen herrschten und die staatliche Herrichaft nicht die Berrichaft eines Gesellschaftsteiles über die anderen, sondern des obersten Staatsorgans, in der unmittelbaren Demokratie also der Gesamtheit ber Staatsbürger, über die einzelnen Individuen fei.

Wieberholt 9) erklärt er es, in juristischer Erkenntnis über Platon hinauskommend, für das Wefen der Demokratie, daß "Alle über Alles" die Entscheidung hatten, und ebenso bezeichnet er es als das maggebende Moment der "meisten" Politien, b. h. hier ber nicht auf monarchischer Staatsform beruhenden Staaten, daß άρχειν und άρχεσθαι unter den Bürgern abwechsle, d. h. unter ihnen die Aemter herumgeben 10). Das zeigt doch, bağ Ariftoteles die Staatsgewalt auch in Beziehung jum Individuum zu setzen vermag.

2) Siehe aber auch Pol. II, 1273 b 35 ff.

7) So Bernagik S. 13 u. 14.

8) Siele oben S. 50 bei N. 1 st.

9) VI (IV), 1298a 7 u. 10; IV (VII), 1328b 32. Ugl. dann noch VI, 1293a 8, wo von der Teilnahme der Reichen an Bolksversammlung und Bolksgerichtsbarkeit die Rede ist.

¹⁾ VI (IV), 1290 a 4 ff.: τούτων γάρ τῶν μερῶν ότὲ μὲν πάντα μετέχει τῆς πολιτείας, ότὲ δε ελάττω ότε δε πλείω. Dazu 1290b 8ff.

³⁾ Wenn auch meist (3. B. Kap. 41). In diesem Sinne deckt sich mit Demokratie das dort viel gebrauchte τὸ δημοτικόν (Kap. 6, 9, 10, 16, 18, 22, 27).

4) Kap. 41 bezw. 23 u. 29, 3. Man vgl. auch πλήθος in Kap. 20, 1 u. 25, 1 mit πλήθος

in Rap. 41, 1.

⁵⁾ Rhetorik VIII, 10, 1160 a; wohl nicht blos im praktischen Staatsleben, sondern auch in der Theorie.

⁶⁾ Pol. VI (IV), 1297 b 24. In der Rhetorik hält es Aristoteles noch für angemessener, biese Berkasiung πολιτεία τιμοκρατική, b. h. Zensusverfassung, zu nennen.

¹⁰⁾ Ι, 1252a 15: κατὰ μέρος ἄρχων καὶ ἄρχόμενος; VII (VI), 1317b 2 u. 3: τὸ εν μέρει ἄρχεσθαι καὶ ἄρχειν; VII, 1317b 20: τὸ ἄρχειν πάντων.

Die Besonderheit der aristotelischen Auffassung besteht nur darin, daß er in der Gleichheit der politischen Rechte für alle Staatsbürger nicht den Ausbruck einer besonderen bemokratischen Berfassungsform, sondern des bemokratischen Staatsprinzipes schlechthin, d. h. des Grundgedankens oder der Reihe von Grundgedanken sieht, aus welchen fich die gesamte Rechtsordnung bes bemokratischen Staates nach ihrem formellen wie materiellen Inhalt ableiten läßt, ein Umstand, aus dem sich erklärt, daß Aristoteles für die Charakterisierung der einzelnen noditesau nicht blos die Organisation des foodevousvov, sondern auch der ausführenden und richterlichen Gewalt 1) heranzieht und nicht blos diefe, fondern auch die Unterschiede des materiellen Teils der Rechtsordnung, des Verwaltungsrechtes2), wie bezüglich der Demokratie die nachher mitzuteilende ari= stotelische Aufzählung der demokratischen Charakteristiken erseben lassen wird.

Aristoteles nennt das Staatsprinzip $\delta \rho \circ \varsigma^3$), $\delta \pi \circ \vartheta \circ \varsigma \circ \varsigma^4$) und $\tau \circ \lambda \circ \varsigma^5$); nach dem Bringip bestimmt sich Bertung, Charakter und Bestrebung ber verschiedenen Staaten 6). Das oligarchische Prinzip ist Reichtum; für bas Prinzip von Aristokratie und Königsherrschaft 7) werden die gleichbedeutenden Ausdrücke αρετή 8), αξία 9), τὰ περὶ παιδείαν nai τà νόμιμα 10) gebraucht; ein Prinzip der Thrannis wird nur in der Rhetorik genannt, die Sicherheit des Herrschers; in der Politik heißt es lediglich, σκόπος der Thrannis, sei der Genuß (τὸ ἡδύ) 11). Das demokratische Prinzip endlich ist die Freiheit 12).

Was lettere anlangt, so kennt Aristoteles, genau besehen, nur ein Merkmal berselben, das ζην ως βούλεται im Gegensatz zum Leben μή ως βούλεται 18), d. i. zum Leben bes doudsbow, ber hier von Aristoteles nicht im Sinne von doudos 14) als Gegenjag bes Menschen, ber Rechtssubjekt ift, sondern im Sinne von Unterthan ber absoluten Staatsgewalt in Betracht gezogen wird. Das allein Wesentliche der Demokratie ist ihm der Charakter als Freiheits= im Gegensatz zum Polizeistaat 15). Aristoteles sagt, die δημοτικοί, die Parteigänger der großen Masse, erklärten noch ein zweites Merkmal für erforberlich und stellten basselbe fogar in ben Vorbergrund, das en μέρει άργεσθαι καί äpyein16). In der That ist dies insofern ein Clement der Freiheit, als Besit der Rechtssubjektivität, Freiheit in diesem anderen Sinne (Gegensat: Sklavenstellung), die grund= legende 17) Bedingung des Bürgerrechts der Demokratie ist, allein Aristoteles weist nach, daß dies Element der quantitativen Gleichheit, wie er es nennt 18), aus dem ersten

7) Für die Königsherrschaft ergiebt es sich aus VIII, 1310 b 32; h Basideia rétaural nard την άριστοχρατίαν.

9) VIII (V), 1310b 33. 8) VI, 1294 a 11.

10) Bilbung und Gefetlichfeit (Rhet. I, 8, 1366, 4ff.).

10) Bitoling und Sejegitigieit (athei. 1, 3, 1300, 411.).
11) Wie der σαόπος βασιλιαός das καλόν, das sittlich Schöne, sei (VIII, 1311a 5 u. 12).
12) Wenn adelige Geburt nicht als ein besonderes Staatsprinzip genannt ift, so hat dies seinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια sei eine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια sei eine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια sei eine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin, daß Aristoteles von der Ansicht ausgeht, εδγένεια seine Verdindung von erseinen Grund darin von erseine Verdindung erbter Tüchtigfeit und ererbtem Reichtum (αρετή και πλούτος αρχαίος (VI, 1294 a 22, I, 1255 b,

18) VII, 1317b 4ff.: ἔσον κατά ἀριθμόν im Gegensah zum ἔσον κατ' ἀξίαν; bgl. bazu VII,

^{1) 3.} B. VII (VI), 1318 b 30 u. 34. 2) 3. B. VI (IV), 1294 k 3) βοί. III, 1280 a 7 ff.; VII (VI), 1318 a 19. 4) VII, 1317 a 40; II, 1273 a 4. 5) VI (IV), 1289 a 17 und in der Rhet. I, 8, 1366 2 ff. 6) VII (VI), 1317 a 38 u. 39: τὰ ἀξιώματα καὶ τὰ ἡθη καὶ ὧν ἐφίενται. 2) 3. B. VI (IV), 1294b 20ff.

III, 1283a 37, VII, 1301b 4).
 13) VII (VI), 1317b 11 ff.
 14) Bgl. über diesen Gegensaß zu "frei" VI, 1292b 38: τρίτον δὲ εἴδος (ber Demokratie), τὸ πάσιν ἐξεῖναι ὅσοι ἄν ἐλεύθεροι ιμετέχειν τῆς πολιτείας; ferner III, 1280a 5 und

 ¹⁵⁾ III, 1279a 21 nennt er als Gegenfaß der κοινωνία ελευθέρων die πολιτείαι δεσποτικαί.
 16) VII (VI), 1317b 2.

¹⁷⁾ Aber nicht notwendig die einzige; über andere siehe VI (IV), 1291 b 31 ff. und 1292 b 22 ff., wo die verschiedenen Arten der Demokratie behandelt werden.

folge¹). Es liege in der Konsequenz des Prinzips ζην ώς βούλεται, daß der Freie nicht die Stellung eines άρχόμενος einnehmen könne, und zwar am folgerichtigsten gegenüber niemand; wenn aber doch, dann κατά μέρος, d. h. so, daß man adwechselnd an der Herrschaft teil habe; daher bezeichnet Aristoteles, ehe er die Aussührung giebt, daß τι αν βούληταί τις ποιείν als daß έλεθθερον καὶ έσον.

Aristoteles bringt eine lange Reihe von Folgesähen des demokratischen Pringips. In der von Aristoteles felbst gewählten Reihe find es diese: Allgemeine Wahlfähig= feit zu allen Aemtern, die abwechselnde Beteiligung eines Jeden an der Staatsherrschaft schlechthin, Berlofung ber Alemter, entweder aller ober boch berjenigen, welche keine besondere Erfahrung und Runft verlangen; Fehlen eines Zensus für Memter oder boch nur Zulaffung eines fehr geringen, ferner, von Offiziersstellen abgesehen, in ber Regel nur einmaliges Bekleiden jedes Amtes, kurze Amtsdauer entweder bei allen Aemtern ober bei benen, wo es angeht, Besetzung ber orbentlichen Gerichte aus Allen und von Allen, Zuständigkeit dieser Volksgerichte für alle Streite oder doch für die meisten und wichtigsten und entscheidenoften (Rechenschaftsabnahme, Berfassungsfragen), ferner für Streitigkeiten aus Berträgen ber Privatpersonen unter einander, lette Entscheibung ber Volksversammlung in Staatssachen ober wenigstens in ben wichtigften, möglichste Bermeidung jeder Bestellung einer Beborde als lette Inftanz, Organisation eines Rates 2), Entlohnung für den öffentlichen Dienst, entweder für jeden, für den in Boltsversamm= lung, Volksgericht und Amt, oder, wenn dies nicht durchführbar, für Amt, Gericht, Rat und die Sauptvolfsversammlungen ober nur für die Behörden, beren Mitglieder zusammen speisen muffen, endlich Wehlen bes Abels, Borhandensein von Armut und Ungebildetheit 3).

In Hinblid auf die von uns behandelte Frage ist wichtig, daß alle diese Folgerungen dis auf die letzte das gemein haben, daß keine von ihnen die sozialen Unterschiede der staatlichen Bevölkerung berücksichtigt. Sie sind bei jeder Demokratie im rechtlichen Sinne des Wortes möglich, auch bei derzenigen, in welcher die Mehrzahl der Staatsdürger nicht arm, sondern reich ist. Das klärt auf, warum sich Aristoteles mit dieser Charakterisierung der Demokratie allein nicht zusrieden giedt. Ihm ist ein zweites wesentliches Merkmal derselben das τὸ πλείον είναι κόριον 4). Das πλείον ist aber δ δημος, die Masse der Nichtbesitzenden 5). In den eingehenden Aussührungen über das Prinzip der Demokratie erscheint zwar die Herrschaft der Menge als ein Aussluß des Prinzips des ἴσον κατά άριθμόν. Aristoteles sagt, dort, wo dies Prinzip der Gerechtigkeit gelte, da müsse notwendig die nichtbesitzende Menge Herr sein und, was der Mehrzahl d. h. dieser Menge, gefalle, sei thatsächlich Ziel (τέλος) und positiv geltendes Recht 6). Allein Aristoteles behält immer vor Augen, daß es auch Staaten gegeben, wo die Mehrzahl der Staatseinwohner reich war. Für diese nimmt er keine Demokratie an und dessentwegen genügt ihm an anderer Stelle als Beweis für das Vorhandensein einer

1) Naturrechtliche Begründung III, 1287 a 13. 2) D. h. einer Zentralbehörde mit jährlichem Wechsel der Mitglieder und turnusweiser Amtsausübung innerhalb der Amtsperiode.

αυβίθυμης innerhalb der Amtsperiode.
3) VII (VI), 1317b 18 ff.
4) VIII (V), 1310a 29: δύο γάρ εστιν οίς ή δημοκρατία δοκεί ώρίσθαι, τῷ τὸ πλείον είναι κύριον και τῷ εὸ ευθερία

¹³¹⁷b 17: ή ελευθερία ή κατά τὸ ἴσον μπό ΙΙΙ, 1280a 7 ff. μπό VII, 1318a 19: δίκαιον δημοκρατικόν.

κόριον καὶ τῇ ἐλευθερία.
5) VI (IV), 1291b 37: ἐπεὶ δὲ πλείων ὁ δημος und III, 1281b 24 ff., wo τὸ πληθος mit ben Worten umjörieben wird: τοιοῦτοι δ' εἰσίν ὅσοι μήτε πλοόσιοι μήτε ἀξίωμα ἔχουσιν ἀρετῆς μηδέν.
6) VII (VI), 1317b 5 ff.

Demokratie nicht, daß Alle, ob reich, ob arm, an der Herrschaft Anteilsrechte haben. Gr fügt noch hinzu: ἐπεὶ δὲ πλείων ὁ δημος, κύριον δὲ τὸ δόξαν τοῖς πλείοσιν, ἀνάγκη δημοκρατίαν είναι ταύτην 1). So begreift es sich, daß Aristoteles als Bestimmungs= moment der Demokratie neben der EdenBepia noch die Herrschaft der Armen fordert.

Wir aber geminnen aus bem Dargelegten für unfere Beweisführung ben Sak: Aristoteles versteht, wenn er die πολιτεία αίβ τάξις των τε άλλων άργων και μάλιστα της πορίας πάντων bezeichnet, unter dem πόριον die höchste soziale Macht. Die Verfaffung ift ihm eine Ordnung ber Berteilung ber Staatsgewalten und der oberften zumal an die verschiedenen im Staat vorhandenen Gruppen der Gesellschaft2).

Das wird zur vollen Gewißheit, wenn wir an späterer Stelle3) die nodereia. befiniert finden als τάξις ταις πόλεσιν ή περί τὰς ὰρχάς, τίνα τρόπον νενέμηνται και τί τὸ κόριον της πολιτείας καὶ τί τὸ τέλος έκάστοις της κοινωνίας ἐστίν, δ. h. alß eine Ordnung ber Staatsgewalten nach ben brei Gesichtspunkten, in welcher Weise fie an die einzelnen Gefellichaftsgruppen verteilt werben, welche Gruppe bie oberfte und welches bas Gemein= schaftsprinzip ber jedesmaligen Staatsmitglieder sei4). Wir sehen also, die Frage nach bem αύριον της πολιτείας ift nicht die Frage nach dem rechtlichen, sondern nach dem thatsächlichen Herrscher im Staat, somit nicht die Frage nach ber Staatsverfas= ĵungsform5).

Wie wenig sie das ist, das bekunden mit am besten auch die Ausführungen über die Organisation des βουλουόμονον nach demokratischem Prinzip. Aristoteles erkennt hier im Gegensak zu früheren Teilen ber Bolitik an, daß bas positive Recht in bieser Richtung verschiedene Geftaltungen des Prinzipes "alle (Bürger) entscheiden über Alles" aufzeige, m. a. W., daß es Staatsrechtsordnungen gebe, nach welchen die Staatsbürger nicht zu einer Bolksversammlung zusammenkommen, sondern das Boodsvousvoy in der Sand einer Bersammlung sämtlicher und zwar berart organisierter, obrigkeitlicher Behörben ruhe, daß in dieselben alle Bürger turnusweise eintreten 6). Darüber äußert er fich aber nicht, wodurch biefes aus Beamten gusammengesette, oberste Staatsorgan von ben Ginrichtungen des oligarchischen Prinzips verschieden sei, welch' letteres er bahin definiert, baß hier baß βουλευόμενον entweder einer oder mehreren Behörden und zwar im letteren Falle entweder gemeinschaftlich ober geteilt?), also ebenso, wie in der eben geschilberten Demokratie, rechtlich betrachtet nur immer einem Teile ber Staatsangehörigen zustehe. Der Gegensat von herrschaft aus eigenem und aus vertretungsweise geübtem fremben Recht, ber konftruktive Unterschied von Ariftokratie und repräsentativer Demokratie kommt nicht jum Ausbrud. Auch bie Berrichaft ber ariftofratischen Berfassungsform wird als eine Herrschaft von Lovores, b. h. von im Namen eines anderen Organes handelnden Perfonlichkeiten, bezeichnet 8).

Daß Aristoteles das Wort Demokratie nur in dem engen Sinne einer Herrschaft der Armen gebraucht und sich hiedurch den Weg verlegt, die verschiedenen Arten von Trägern der Staatsgewalt auch nach ihrer rechtlichen Seite zu betrachten, muß um-

¹⁾ VI (IV), 1291b 37ff.

²⁾ Bgl. bamit III, 1283 b; τοῖς γὰρ πυρίοις (αί πολιτεῖαι) διαφέρουσιν ὰλλήλων, οἶον ή μὲν τῷ διὰ πλουσίων, ἡ δὲ τῷ διὰ τῶν σπουδαίων ἀνδρῶν (Ariftofratie) εἶναι, καὶ τῶν ἄλλων έχάστη τὸ αὐτὸν τρόπον.

³⁾ VI (IV), 1289a 16ff.

⁴⁾ Zugleich zeigt diese Definition, daß modereid mehr als Berfaffungsrecht, auch die Pringi= pien des materiellen staatlichen Rechtes umfaßt.

⁵⁾ πολίτευμα (f. v. S. 95 N. 6) heißt also auch nicht Geist ober Prinzip des Regiments, wie Bernatif a. a. O. S. 14 u. 52 meint.
6) VI (IV), 1298a 12 st.; VII (VI), 1318 b 23 st.

⁷⁾ VI (IV), 1298a 8 n. 34. 8) Siehe auch VI, 1291 b 39.

somehr Wunder nehmen, als Ariftoteles das Wort Oligarchie zwar regelmäßig, aber boch nicht ausschließlich für die thatsächliche Serrschaft der in der Minderzahl befindlichen Reichen gebraucht. In Buch VII (VI), 1317b, 38ff. werden als Bestimmungselemente der "Oligarchie" Abel, Reichtum und Bilbung genannt und an einer anderen Stelle 1) wird gesagt, daß die Aristokratie in gewisser Hinsicht eine Oligarchie sei; "in beiden seien die Machthaber an Zahl gering, nur werde diese durotys in beiden nicht durch dasselbe Moment bestimmt" 2).

Alles in Allem gewinnen wir das Resultat: Der Unterschied der Staaten nach ber Verschiedenheit der Träger der Staatsgewalt findet bei Aristoteles nur eine bei= läufige Behandlung 3). Die Punkte, auf welche die aristotelischen Ausführungen über die Staatsformen abzielen, find andere; es find die Fragen, wie teilen fich die vorhandenen Staatsformen nach bem thatfächlichen, politischen Uebergewicht ber einzelnen Gefell= schaftsgruppen und welcher Einfluß soll in dieser Beziehung den einzelnen Klassen ber Gefellichaft zukommen? und andererseits: welche Prinzipien beherrschen die einzelnen Staaten? Nur im Laufe ber Darlegungen über biefe Fragen wird bie erstgenannte berührt4).

Wollten wir noch weiteres dafür vorbringen, daß Ariftoteles in keiner Richtung darauf ausgeht, die Staaten nach der Verschiedenheit ihrer rechtlichen Gewaltenträger cinquteilen, fo mare es die von Aristoteles gestellte Frage: τὶ διαφέρει γυναίκας άργειν ή τούς άρχοντας δπό των γυναικών άρχεσθαι 5)? und dann dies, daß Aristoteles, auch darin Platon folgend, ebenso, wie den Demos oder die Reichen, auch die vouor als ubprot bezeichnet 6) und zwar im Gegensatz zur Menschenherrschaft, obgleich auch er ausdrücklich bemerkt, daß der νόμος auf ein κόριον ανθρώπων zurückgehe, das Gesetz oligarchisch, bemokratisch u. f. w. zu sein vermöge.

Wenn wir tropbem 7) fagen konnten, es fei gerade die Lehre von den Staats= versaffungsformen, welche bei Ariftoteles und damit für das griechische Recht den reichsten staatsrechtlichen Ausbau ersuhr, und nunmehr sogar noch hinzusügen können, in den diesbezüglichen Ausführungen trete die juriftische Beranlagung des Stagiriten in ganz besonderem Maße hervor, so liegt der Grund hiefür darin, daß der thatsächlich höchste Ginfluß eben vielfach in den Formen und Aeußerungen der rechtlich höchsten Gewalt zum Ausdruck kommt. Bon der Folie der rechtlich gleichen Anteilnahme aller erwachsenen

¹⁾ VIII (V), 1306 b 24 ff.
2) εν άμφοτεραις γαρ δλίγοι οἱ άρχοντες, οδ μέντοι διὰ τ' αδτὸν δλίγοι. Sehr gut illustriert diesen Unterschied und den weiteren Begriff der Osigarchie die Charasterisierung der πρόβουλοι, des die Beschlüsse der Bürgerversammlung vorberatenden Organs. Sinmal nennt sie Aristoteles δλιγαρχικόν, weil sie gering an Zahl sind (VI, 1299 a 34; VII, 1322 b 16), und gründet hierauf ihren Unterschied gegenüber der βουλή, die er als δημοτικόν bezeichnet. An anderer Stelle bezeichnet er sie als όλιγαρχικόν im Gegensatz zu den konstruktiv die gleiche Stellung einnehmenden νομοφόλακες als άριστοκρατικόν und zur βοολή als δημοτικόν (VII, 1323a 8 mit VI, 1298 b 29). Bgl. auch unten § 28.

³⁾ Besonders zeigt dies auch die Anordnung des Stoffes. Das nópeor der Demokratie und Oligarchie, der Aristokratie und Wonarchie und Politie (III, 1279b 11 ff.), die verschiedenen Arten der Demokratie und Oligarchie, der Aristokratie und Oligarchie, der Aristokratie, Politie, Aprannis und Königsherrschaft (VI, 1289a 8 ff. bis 1296b 11, insbesondere die Uebersicht in 1294a 26 ff.), das alles ist schon feste gestellt, ehe das Wesen des soodevouwor und sein Verhältnis zu den anderen Stücken der Staatsegewalt auch nur angedeutet wird, während juristisch doch gerade hiedurch die Bestimmung des Trägers

gerwit und int angebener with, wahrend jurigity both getade hiednich die Settimmung des Lingers der Ctaatsgewalt bedingt ift.

4) So gelegentlich der Unterfragen, was besser sei, die Herrschaft der Menge der Nichtebessen oder der δλιγότης der Tüchtigen (III, 1281a 40), und die Herrschaft eines oder mehrerer Tüchtigen (III, 1286a 25; 1286 b 5 st.).

5) II, 1269 b 33. Hiezu Bernahif a. a. O. S. 11 u. 12.

⁶⁾ VI (IV), 1293 a 10: τοῦ πολιτεύματος ἀνάγνη μὴ τοὸς ἀνθρώπους ἀλλὰ τὸν νόμον είναι πύριον.

^{7) § 24} a. A.

männlichen Staatsangehörigen an der Staatsgewalt 3. B. hebt sich das thatsächliche Uebergewicht ber nichtbesitzenden Rlasse ab 1). Nur bei einer Verfassungsart, bei ber Monarchie, läßt Aristoteles die Möglichkeit eines Auseinanderfallens von rechtlicher und thatsäcklicher Gerrichaft außer Betracht, dies wohl beswegen, weil es für die Frage ber Machtverhältnisse zwischen ben verschiebenen Gesellschaftsgruppen im Staate von untergeordneter Bedeutung ist, ob der König im Rechtssinne auch der thatsächliche Herr= icher im Staate ift. Sier fällt in der aristotelischen Darstellung demnach thatsächlich und rechtlich höchste Gewalt zusammen und so dürfen wir für die Monarchie am meisten lediglich die Frage des rechtlichen Trägers der Staatsgewalt angehende Erörterungen erwarten.

§ 27. Die verschiedenen Bedeutungen von Politie. Wenn wir nunmehr versuchen, den staatsrechtlichen Gehalt der aristotelischen Lehre von den Staatsformen herauszustellen, fo dürfen auch bei Aristoteles die nach Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtspolitit beften Staatsformen2), das Vollkönigtum3) und die aus den absolut besten Bürgern bestehende Aristokratie, nicht außer Berücksichtigung bleiben, benn auch Aristoteles halt beide für historisch möglich. Bezüglich des besten Königtums meint er nur, daß es heutzutage nicht mehr entstehe, sondern, wenn noch Monarchien zur Entstehung gelangten, dies τυραννίδες seien, weil sich niemand mehr vor Anderen so an άρετή außzeichne, daß er der Größe und Chre einer folchen Stellung wert fei; es fei vielmehr bie Zahl ber sich Gleichwerten sehr groß, so daß Riemand mehr freiwillig eine solch einseitige Herrschaft ertrage, und gern gegebener Gehorsam gehöre eben zum Wesen ber Rönigeherrichaft4). Chenfo ift hinfichtlich ber Ariftokratie Ariftoteles' Meinung lebiglich die, daß für die meisten historisch gegebenen Staaten wegen Fehlens der entsprechen= ben gesellschaftlichen Elemente biese Staatsform und zwar nicht blos in ihrer besten, fondern in jeder Gestalt nicht passe 5).

Die erste Betrachtung erfordert der weite Begriff der nodersia im Sinne von Staatsform.

Feststeht, daß nodersia bei Aristoteles einerseits die Demokratie mit thatsächlichem Uebergewicht bes Mittelstandes, andererseits jebe staatliche Rechtsordnung, auch die der monarchischen Staaten, bedeutet 6). Siezu treten aber zwei weitere Bedeutungen von πολιτεία, die eine auf die Berichiedenheit der numerischen Stärke der Ausüber der obersten Staatsgewalt und Staatsregierung, die andere auf eine beftimmte, einzelne Berichiebenheit der Verwaltungsweise bezüglich.

In der ersten Richtung werden unter modereiae, wie schon einmal?) erwähnt, alle nichtmonarchischen Staatswesen, die Republiken, zusammengefaßt 8). Die Beweisstellen

¹⁾ So bezeichnet Aristoteles in Buch VI (IV), 1292 a z. B. als fünfte Art der Demokratie die, wo Herr im Staate die Menge der Armen und nicht das Geset ist, und giebt zur Begründung: τοῦτο δὲ γίνεται δταν τὰ ψηφίσματα κόρια ή ὰλλὰ μή δ νόμος. Die Herschaft des Prosetariats ist die geselschaftspolitische Wirkung der rechtlichen Versassung; die thatsächliche Herrichaft der armen Menge führt darauf zurück, daß die Volksversammlung dei ihren Veschülfen nicht mehr an bie Einhaltung des Gesehes rechtlich gebunden, das Prinzip des Rechtsstaates beseitigt ist.

2) III, 1288a 41; VI, 1289a 31, 1293 b 2 u. 19.

3) VIII (V), 1313a 6: αυρία μειζόνων.

4) VIII, 1313a 3 ss.

5) VI, 1289 b 17 mit 1295a 31 ss.

⁵⁾ VI, 1289 B I'r mit 1295 a 31 st.
6) Für ersteres einstweisen (näheres § 28) VI (IV), 1296 a 24; für setzteres III, 1279 a 38, wo Aristoteles den Namen der Politie im engsten Sinne (Herrschaft des Mittelstandes) als τὸ κοινον δνομα πασών τῶν πολιτειῶν bezeichnet und unmittelbar vorher als zu diesen πολιτειῶι gehörig auch die μοναρχία genannt hat; ferner VIII (V), 1308 b 11, 1312 a 40, 1315 b 11 u. s. w.
7) S. 73 bei R. 1.

⁸⁾ Bernahit bagegen meint a. a. D. S. 17, die Griechen hatten für Republit feinen be= sonderen Namen gehabt, überhaupt zwischen Monarchie und Republik nicht unterschieden; die Monarchie fei nach ihrer Auffassung eine Republik, die von einem Ginzelnen beherricht werde.

hiefür find Buch VI (IV), 1292b 35 und Buch VIII (V), 1310a, 36 ff. Un bem einen Ort heißt es, es gebe außer Demokratie und Oligarchie noch zwei "πολιτείαι"; gewöhnlich nehme man zwar vier nodereiat (hier: Berfassungen) an, Monarchie, Oli= garchie, Demokratie, Aristokratie, allein es trete noch eine fünste hinzu, die Bolitie im engsten Sinne. Sie wird also mit Demokratie, Oligarchie und Aristokratie der Monarchie gegenübergestellt. Die andere Stelle lautet: έξ ων μέν αί πολιτεται μεταβάλλουσι καὶ φθείρονται καὶ διὰ τίνων σώζονται καὶ διαμένουσιν, ώς άπλῶς εἰπεῖν τοσαῦτα έστίν λείπεται δ' ἐπελθεῖν καὶ περὶ μοναρχίας, ἐξ ὧν τε φθείρεται καὶ δι' ὧν σώζεσθαι πέφυνεν, und im Vorausgehenden find eben die Gründe der Veränderung und Vernichtung und die Erhaltungsmittel hinsichtlich Aristokratie, Politie, Oligarchie und Demokratie erörtert 1). Bas biese Bolitien im engeren Sinne gegenüber ber Monarchie vereinigt, das ift nach der Sprache des Aristoteles, daß hier Herrschen und Beherrscht= werben in ber Regel2) umgehen, während ber Monarchos fortwährend an ber Herrichaft bleibt 3). Der Gegensat fällt also mit bem schon bei Sokrates und Platon 4) und nicht minder nun auch bei Aristoteles hervortretenden vom königlichen und republikanischen Staatsmann, von βασιλεύς und πολιτικός, zusammen; der βασιλεύς ist κύριος μή κατά μέρος άλλ' άπλως 5) (unbedingter Herrscher), kein μέρος πόλεως 6), d. h. ohne seines Gleichen, während die apyn roditing eine Herrschaft über Gleiche ift?).

Daß biefe Unterscheidung für eine richtige Auffassung ber aristotelischen Ausführungen eine nicht zu unterschätzende Bebeutung hat, bas zeigt eine Stelle in Buch VI (IV)8). Dort wird bargelegt, daß die Demokratie, in welcher die Bolksversammlung nicht an gesetliche Schranken gebunden sei 9), b. h. bei ber Berwaltung von ben vorhandenen Gesetzen abgehen könne, nicht mehr verdiene, nodereia genannt zu werben; benn, wo die Gesetze nicht herrschten, d. i. das Prinzip des Rechtsstaates nicht bestehe, da sei keine wahre poduceia vorhanden 10), ein Sak, der sich lediglich auf nichtmonarchische Staatswesen 11) beziehen kann, nachdem für Aristoteles nicht blos hinsichtlich des absolut besten, sondern auch hinsichtlich des historisch gegebenen wahren Königtums eine freie Stellung gegenüber dem Gesetz als ausgemacht gilt 12).

Dies führt aber auf die zweite, engere und ebenfalls nicht blos politische Bedeutung, welche bem Worte nodersia in der Lehre von der Einteilung der Staatsformen zufommt. Platons Gesegen 18) folgend, unterscheidet auch Aristoteles zwischen Staaten, in welchen die oberften Staatsorgane die Herrschaft im allgemeinen, und zwischen solchen, in welchen fie dieselbe im selbstfüchtigen Interesse ausüben. Das eine nennt Aristoteles πολιτείαι ορθαί, πολιτείαι nach bem absoluten Recht, also Politien schlechthin, die anderen πολιτείαι δεσποτικαί, Despotien: ber άργη πολιτική steht bie άργη δεσποτική gegenüber 14).

¹⁾ Weitere Belege III, 1284 b 13 (j. o. S. 73 N. 1), 1288 a 21; VIII (V), 1307 b 20 u. 25; 1304 b 19, 1310 b 1, 1311 a 24, 1311 b 37, 1313 a 8, 1315 b 40; VI (IV), 1292 a 18.

²⁾ I, 1259b 4. 3) Ι, 1252 a 14: ὅταν μὲν αὐτὸς ἐφεστήκη, βασιλικόν, ὅταν δὲ . . . κατὰ μέρος ἄρχων καὶ άρχόμενος, πολιτικόν.

⁴⁾ Oben S. 29 N. 3 und S. 41 N. 5. 5) III 1288a 30.

⁶⁾ III, 1284 a 30. 7) ΙΙΙ, 1287 a 11 ff.: δοκεῖ δέ τισιν οὐδὲ κατὰ φύσιν εἶναι τὸν κύριον εἶναι πάντων ἕνα, οπου συνέστηκεν εξ όμοίων ή πόλις; ferner VIII (V), 1301b 28.

^{8) 1292} a 30.
9) 1292 a 7: δταν τὰ ψηφίσματα κύρια ἢ ὰλλὰ μὴ ὁ νόμος.
10) 1292 a 32: ὅπου γὰρ μὴ νόμοι ἄρχουσιν, οὐκ ἔστι πολιτεία.
11) Sinfichtlich dieser aber auf alle, auch auf die Aristotratie, III, 1287 a 19 ff.
12) III, 1285 b 30, 1287 a 1; VI (IV), 1289 b 1, 1292 a 17, 1295 a 12.

III, 1279a 17 ff.: φανερὸν τοίνον ὡς ὅσαι μὲν πολιτεῖαι τὸ κοινἢ συμφέρον σκοποῦσιν,

In diesem Sinne ist die άρχή βασιλική eine Unterart der άρχη πολιτική 1), während bie αρχή πολιτική im Sinne von nichtmonarchischer Staatsgewalt eine αρχή δεσποτική zu fein vermag. Die Unterthanen in Despotien sind δούλοι, an ber Herrschaft gar nicht beteiligt, die Unterthanen ber Politien in biesem Sinne Freie, b. h. frei von Berwaltungswillfür, von Berwaltungsjelbstsucht. Die Herrschaft dort gleicht 2) der Herrschaft des Herrn (δεσπότης) über den Sklaven3); die Herrschaft über den Sklaven dient dem Vorteil des Herrn. Die Herrschaft hier ähnelt der Gewalt des Hausherrn über Weib und Kind, der αρχή οίκονομική 4), denn diese hausherrliche Gewalt dient au sich dem Borteile der Beherrschten und nur folgeweise dem des Cewalthabers 5); sie ift darum eine Herrschaft über Freie 6) und zwar über das Weib nach Art des republikanischen, über, bie Kinder, nach Art bes königlichen Staatsmannes. Demaemaß ift auch bie αρχή πολιτική eine Herrschaft über Freie und, wenn ihr zugleich der Charakter einer άρχη πολιτική in ber vorher gefagten Bedeutung zukommt, bann ift έλευθέρων καί ίσων αρχή vorhanden). Die Freiheit hier, die Freiheit von Verwaltungswillfür, besteht in allen dem Gemeinzwed dienenden Staatsordnungen 10), gang besonders aber in der guten Demokratie im Rechtsfinne, baber biefe Berrichaft in einem noch engeren Sinne dorch πολιτική genannt wird 11).

Wenn wir genauer zusehen, worin für Aristoteles der Unterschied zwischen poli= tischer und bespotischer Herrichaftsweise liegt, so ergiebt fich junächft, bag ber Stagirite, wie es bei ber Mannichfaltigkeit ber Staatsthätigkeit und ber bamit gegebenen vielfachen Gegenfählichkeit von Staatsintereffe und Privatintereffe des Tragers der herrschaft nicht anders sein kann, das unterscheidende Merkmal nicht in ein bestimmtes, einzelnes Moment verlegt, fondern bas Ueberwiegen bes einen über bas andere Interesse in einer Mehrzahl von Aeußerungen fordert. Nichts zeigt dies beutlicher, als die Beweisführung ber 'Αθηναίων πολιτεία barüber, baß Bisistratog im Gegensate zu seinen Söhnen πολιτικώς regiert habe 12), und die Darlegung in ber Politik, wie der Thrann dadurch, daß er für bas Gemeinwohl forge, fich seine Serrichaft zu erhalten vermöge 13). Sier wie bort

1) I, 1254 b 5. 2) Aber ist nicht basselbe; so schon Ethik Nik. V, 1134 b 9. 3) Bernatik a. a. O. S. 14 meint, auch nach Aristoteles' Auffassung stehe der Unterthan dem Staate immer wie ein Sklave gegenüber.

ταν η (thic binne both tephotitunithenem Status segments), οδού παναραία ακτηκάς αι σάρας τ. η μεν οξασού μοναργείται γάρ πας οξασο hier im engeren Sinn; Gegenfaß: Frau [III, 1259a 40]), soil.: aber eine Monarchie über Freie, ή δε πολιτική ελευθέρων α αλ τοων άρχη. So auch schon Cthik Nik. V, 1134a 27. Ferner VI (IV), 1295b 21 ff.: γίνεται οδν καλ δούλων καλ δεσποτών πόλις, άλλ' οδα ελευθέρων . . . βούλεται δέ γε ή πόλις εξ τοων είναι καλ όμοίων δτι μάλιστα.

9) I, 1255b 20.

10) Insbesondere auch in der Aristofratie; vgl. III, 1288a 10 ff.: αριστοκρατικόν δε πλήθος δ πέφνες φέρειν πλήθος άρχεσθαι δουάμενον την των ελευθέρων άρχην, δαό των κατ' άρετην ηγεμονικών πρός πολιτικήν άρχην (für die Aristotratie ist das Bolk geeignet, welches von Natur dazu besühigt ist, sich beherrichen zu lassen und zwar durch eine von Berwaltungswillkur freien Herrschaft, welche von Leuten geübt wird, die durch ihre Tüchtigkeit zu einer dem Gemeinwohl dienenden

δεττήσητ befähigt find). 11) ΙΙΙ, 1277 b 8: ἀλλ' ἔστι τις ἀρχὴ καθ' ἢν ἄρχει τῶν ὁμοίων τῷ γένει καὶ τῶν ἐλευθέρων (b. h. über nach Geburt Gleiche und von Verwaltungswillfur Freie). ταύτην γάρ λέγομεν

αδται μέν δρθαὶ τυγγάνουσιν οδσαι κατά τὸ άπλῶς δίκαιον, ὅσαι δὲ τὸ σφέτερον μόνον τῶν ἀρχόντων ήμαρτημέναι καί πάσαι παρεκβάσεις τῶν ὀρθῶν πολιτειῶν δεσποτικαί γάρ.

είναι τὴν πολιτικὴν ἀρχήν. 12) καρ. 14, Νr. 11; 16 Νr. 1. 13) VIII (V), 1314a 30ff.—1315 b 10.

ift es eine längere Aufzählung von Handlungen und Unterlassungen, worin sich die Sorge um das Gemeinwohl zeigen könne, bezw. gezeigt habe. Zugleich ergeben diese Aussührungen, daß der Gegensatz von politischer und despotischer Regierungsweise nicht lautet: Sorge sür das Gemein= und Sorge für das eigene Wohl, sondern Sorge sür das Gemein= und nur Sorge für das eigene Wohl. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Politikos, indem er dem Gemeinwohl dient, auch selbstsüchtige Interessen, das Interesse der Erhaltung seiner Herrschaft, versolgt. Er wird dadurch nicht zum desonorns.

Auch die Ausführungen über die άρχη πολιτική und δεσποτική zeigen den Einfluß, welchen die fortschreitende Sammlung des positivrechtlichen Materials auf die wissenschaftliche Anschauung des Stagiriten übte. Er geht ganz abgesehen von dem Schulzusammenhang schon seiner Absicht gemäß, die Mangelhaftigkeit der bisherigen Versassungstheorien nachzuweisen¹), auch in unserer Frage von platonischen, also einseitig philosophischespekulativen Betrachtungen aus, um im Lause der Entwicklung der juristisch=

empirischen Auffassung immer mehr Raum zu gönnen.

In Platons Politikos werden die der mahren Staatsform nachgebildeten Verfaffungen in gute und schlechte eingeteilt, je nachdem in ihnen Gesetz wellfur die Herrschaft führen. Es werben so sechs Berfaffungen, Königtum und Tyrannis, Aristotratie und Oligarchie, gute und schlechte Demokratie unterschieben. In ben Nomoi andererseits spricht Platon ben Gebanken aus, bag Staaten, in benen die Berrichaft selbstfüchtigen Zweden diene, nicht sowohl Politien, als vielmehr Stafiotien seien, ohne daß Platon jedoch die einzelnen hiftorisch gegebenen Staatsformen unter Berücksichti= gung diefes Gefichtspunktes glieberte. In ber Politik ericheint nun eine folche Glieberung. Rönigtum, Aristokratie und Politie im engsten Sinne als die gute Demokratie werden als die Staatswesen, welche πρός το κοινον συμφέρον, Thrannis, Oligarchie und "Demokratie" als die Staatswesen, welche πρός το ίδιον 2) η τού ένος η των ολίγων η τού πλήθους gerichtet find. Aristoteles bezeichnet biese Lehre als die gewöhn= liche und macht fie sich zu eigen. Offenbar ist dieselbe in der älteren Akademie ent= standen, ift sie doch eine Berbindung zwischen "Politikos" und "Nomoi". Und das Bindeglied geben eben lettere mit dem Gedanken3), daß die Bindung des Regierenden an Gefege das beste Mittel sei, um der in der menschlichen Natur besselben liegenden Schwäche zur Selbstsucht entgegenzuarbeiten, also ber Berwirklichung des Gemeinzweckes zu dienen, derselbe Gedanke, welcher in der Politik mit den Worten wiederkehrt, das Gesetz sei τὸ μέσον, das Gemäßigte, Unparteiische, von Leidenschaft Freie4) und es sei beshalb zwedmäßig, daß dem Gefet die oberfte Herrschaft im Staate zukomme 5).

Würden wir nun annehmen, Aristoteles habe mit dieser Unterscheidung von gemeinnütziger und selbstsüchtiger Serrschaft positivrechtlichewesentliche Merkmale der angeführten sechs Staatsarten bezeichnen wollen, so müßten wir in den Aussührungen der späteren Teile der Politik schwere Widersprüche hiezu sinden und den Stagiriten wenigstens der Unterlassungssünde zeihen, daß er es verabsäumte, sich über diese Abweichungen von srüher Gesagtem aufklärend zu äußern. Denn, um nur ein Beispiel zu nennen, während Aristoteles in Buch III ben Monarchen, dessen Regierung auf das Gemeinwohl abzielt, ohne weitere Sinschränkung König, denjenigen, der dem Gemeinnutzen entgegen nur zu seinem Borteil die Herrschaft ausübt, Thrannen nennt, bezeichnet er in Buch VIII (V) das Handeln gegen das Gemeinwohl nur als die Regierungsweise, welche die

¹⁾ II, 1260 b 35.

³⁾ Siehe oben S. 38 bei R. 6.

^{5) 1282}b 3.

^{7) 1314}a 36 ff. mit 1313a 14 u. 15.

²⁾ III, 1279 a 29-31 mit VIII (V), 1311 a 3.

⁴⁾ III, 1286a 18, 1287b 5.

⁶⁾ III, 1279 a 33 bezw. 1279 b 6.

meisten, aber nicht alle Tyrannen anwenden, und formuliert er ben Gegensatz zwischen Rönig und Thrann bahin, ber Rönig sei, auch wenn er gegen bas Gemeinwohl handle, jo lange König, als er mit Willen ber Unterthanen herrsche, ber Thrann, welcher bem Gemeinwohl diene, so lange Tyrann, als er auch gegen den Willen der Unterthanen die Herrschaft behaupte; m. a. W., er sagt: das Herrschen im Widerspruch mit dem Ge= meininteresse ist nur ein regelmäßiges, kein wesentliches Merkmal des Thrannenbegriffes, der Thrann kann auch πολιτιχώς regieren 1). Wesentlich ist der Thrannis das Herrschen wider Willen der Unterthanen, d. h., wie wir später sehen werden2), ausschließlich der nicht rechtmäßige Erwerb ber Herrschaft. Dem Königtum andererseits ist allein ber gesegliche Erwerb der Herrschaft wesentlich, das Sandeln im Gemeininteresse nur regel= mäßige Begleiterscheinung. Aristoteles hat eben zuerst das Merkmal herausgehoben, das ihm für die fogialpolitische Beurteilung der Monarchie und ber übrigen Staatsformen das wichtiaste erscheint. Eine Monarchie, die auf Usurpation beruht, aber das Gemeinwohl verfolgt, wirkt politisch, wie eine auf gesetzlichem Weg erworbene Einherrichaft, und eine Königsherrschaft, welche βασιλικήν τιμήν δβρίζοι3), ist in Bezug auf die Frage des Bestandes der Herrschaft nicht anders zu beurteilen, wie eine Tyrannis. Weil dies Sandeln gegen das Gemeinintereffe, die Despotie, in der griechischen Geschichte am augenfälligsten und häufigsten bei ber auf dem Wege von Gewalt und List erworbenen Gin= herrichaft zu Tage trat, nennt Aristoteles die despotische Regierungsweise auch thrannische und die politische auch königliche. Aber er unterscheibet im Gegensak zu Platons Nomoi wieber zwischen philosophisch-politischer und positiv-juriftischer Bedeutung ber Thrannis. Thrannis im ersteren Sinn ift jebe nur ber Gelbstsucht ber Regierenben bienende Herrschaft. In biefer Bebeutung kann Tyrannis auch die Oligarchie und Demokratie genannt werben. Und Aristoteles nennt sie auch wirklich so 4), allerdings unter der weiteren Voraussetzung, daß die Herrschaft in ihnen nicht an gesetzliche Schranken gebunden fei, eine Ginichränkung, auf welche wir nachber gurudkommen. Im letteren Sinn ist Thrannis die illegitim erworbene Monarchengewalt.

Daß Aristoteles mit dem Gegensat von gemeinnütziger und selbstsüchtiger Serrsschaftsweise den politisch=philosophischen Begriff geben will, das zeigt auch die Bezeich= nung von Thrannis, Oligarchie und "Demokratie" als παρεκβάσεις των ορθών πολιτειών. Im positivrechtlichen Sinn ist Thrannis keine Abweichung vom rechtlichen Weg, sondern so gut, wie die Königsherrschaft, eine rechte, d. h. zu Recht bestehende Staatsleitung, Thrannis nicht eine Abart des Königtums, sondern Königtum und Therannis zusammen die sich gleichgeordneten Unterarten der Einherrschaft. Für die staatsrechtliche Unterscheidung der Staatssormen bleibt also der Sah: Das Handeln vorwiegend im gemeinnützigen bezw. selbstsüchtigen Interesse ist nur eine regelmäßige, keine

¹⁾ In biesem Sinne vgl. Staat der Athener, Kap. 14, 3, wo es von Pisistratos heißt: διώκει τὰ κοινὰ πολιτικῶς μᾶλλον ἢ τυραννικῶς (ebenso 16, 1) im Gegensas zu τραχυτέρα ὰρχή seiner Söhne (16, 8; 19, 1).

⁵⁾ III, 1279a 21, VI (IV), 1289a 28, VIII (V), 1307a 7 (τοδ δικαίου παρέκβασιν).
6) Wie wenig der Charafterisierung einer Berfassung als paresbatisch vorwiegend juristische Bedeutung beigemessen werden kann, dürste insbesondere auch daraus hervorgehen, daß Aristoteles in einem anderen Jusammenhang (VI, 1290a 26 u. 1293b 26) alle historisch gegebenen Berfassungen gegenüber den beiden absolut besten, der Basilie und Aristokratie der vollkommenen Menschen, als παρεκβάσεις bezeichnet. In politisch-ethischer hinsicht werden die parekbatischen Staaten wohl auch nur Teile, Stücke einer Versassung (των πολιτειών τι μέρος, VI, 1295a 4) genannt.

wefentliche Eigenschaft jener drei politisch richtigen und jener drei politisch paretbatifchen Staatsformen. Dag Ariftoteles bem Unterschied aber boch nicht jede positivrechtliche Bedeutung abspricht, das ergiebt seine Stellungnahme in der Frage, ob bei Wechsel der Berfassung die nachfolgende Regierung verpflichtet sei, die von der voraufgehenden in ber staatlichen Geschäftsführung eingegangenen vermögensrechtlichen Berbindlichkeiten zu erfüllen. Trothem seine Unschauung dahin geht, daß der Staat mit Aenderung seiner Berfaffung, d. h., wie wir nun wiffen, im ariftotelischen Sinne mit der Aenderung des thatsächlichen Uebergewichts zwischen ben einzelnen Gefellschaftsgruppen ein anderer werbe, icheint 1) er boch in biefer Streitfrage zu ber Meinung zu neigen, bag bie Berbinblichfeiten zu erfüllen seien, welche von Regierungen eingegangen wurden, die im Ruken ber Allgemeinheit thätig waren.

Ein weiterer Unterschied innerhalb der hiftorisch gegebenen Staatsformen, welchem Ariftoteles neben politischer auch rechtliche Bedeutung jumigt, ift ber forratisch-platonische2) zwischen Rechts= und Willfürherrschaften, Rechts= und absoluten Staats= gewalten3). In dem erstentworsenen Teile (Buch I-III) fällt für Aristoteles, was die nichtmonarchischen4) Staatswesen angeht, nur selbstfüchtigem Interesse bienenbe und an Rechtsschranken nicht gebundene Staatsgewalt zusammen. Der Gegensatz des vor συμφέρον wird auch πρατείν, die nur den Vorteil der Regierenden bezweckenden Staats= formen werden schlechthin auch desnortuni genannt 5). In den später entstandenen Teilen Dagegen werden die Arten der Oligarchie und Demokratie, also der beiden republikanischen Staatsformen, welche nach Aristoteles in der Regel selbstsuchtigen Intereffen bienen, jum Teil barnach unterschieden, ob in ihnen bas Gesetz ober bas freie Ermeffen der im Besitz der thatsächlichen Vormacht befindlichen Gesellschaftstlasse, der Reichen bezw. ber Armen, die Herrschaft führe 6). Nur in diesem letteren Falle bezeichnet hier Ari= stoteles Demokratie und Oligarchie als άρχαι δεσποτικαί und geteilte τυραννίδες 7). Aus dieser Erkenntnis des Nichtzusammenfallens von selbstsüchtiger und absoluter Staatsherr= ichaft erklärt sich bann ber Satz: όποι γάρ μη νόμοι άργουσιν, οδη έστι πολιτεία 8), αίζο die Ausdehnung des Begriffs der mahren nodersia über den Kreis der dem Gemeinzweck dienenden Staatsformen hinaus.

bezeichnet, wo die Herrschenden Hirten und Diener der Gesetze sind.
3) In II, 1272a 38 ist der Gegensatz mit το μή κατά γράμματα ἄρχειν άλλ' αὐτογνώμονας

¹⁾ Gang ficher läßt fich die Meinung von Ariftoteles nicht bestimmen, nachdem ber Text in 1) Sanz sicher laßt sich die Meinung von Artistoeles nicht bestimmen, nachdem der Legt in III, 1276a 14 eine Lücke hat. Allein, nachdem Aristoteles in III, 1276a 15, also da, wo er davon spricht, daß der Staat mit dem Wechsel der πολιτεία rechtlich ein anderer werde, sagt, eine andere Frage sei, ob es δίκαιον sei, Berbindlichkeiten, die die vorige Regierung eingegangen habe, zu erstüllen oder nicht zu erfüllen, und es andererseits an dem Ort, wo die Streitsrage verhandelt wird (III, 1276a 15), heißt, die Handlungen der Demokratie seien ebensowenig wie diesenigen der Oligarchie und Thrannis Handlungen des Staates, sondern eben solche der Demokratie, Oligarchie und Thrannis, dürste sich obige Aussegung als die richtige bezeichnen lassen. Bgl. auch noch § 20, Text zu S. 78 N. 1.

²⁾ In III, 1287a 22 wird ber Rechtsftaat mit platonischem Ausbruck auch als ber Staat

⁴⁾ Die Monarchie kommt hier nicht in Betracht, weil hinsichtlich ihrer Aristoteles auch für das Königtum, also auch für die gute Monarchie, Freiheit von gesehlichen Schranken als vernunft= und zweckgemäß in Anspruch nimmt. Aristoteles verwirft, wie Platon, für das Königtum das be-schränkende Prinzip des Rechtsstaates. Wenn Leute im Staat vorhanden seien, welche sich vor den wenn Lebrigen durch ein Uebermaß von άρετή auszeichneten, Leute, die wie Götter unter den Menschen anzusehen seinen (III, 1284a 3 u. 11, 1288a 15 ff.), dann sei es "offenbar", daß es für solche feine Gesetze geben könne; sie selbst seien das Gesetz (VI, 1284a 13 ff.: αδτοί γάρ είσι νόμος).

5) III, 1276a 13, 1279a 21.
6) VI (IV), 1292a 5 ff., 1292b 7.
7) VI, 1292a 16 ff. (siehe S. 80, N. 10), dazu III, 1292b 9, VIII (V), 1312b 39.
8) Ueber ihn oben S. 105, N. 10.

Das oberfte juristische Einteilungsprinzip der Politien bleibt übrigens auch bei Ariftoteles die Berichiedenheit berselben nach dem Zahlenverhältnis des oberften Staatsorgans. Dag bem so ist, leitet sich mit zwingender Logik nicht blos baraus ab, bag alle bisher aus ber Politik gezogenen Politeiaunterschiede, die ber Stagirite macht, bis auf den letten gleichmäßig in Gin-, Weniger- und Bielherrschaft eine Zweiung der Erscheinungsform hervorrusen, so daß jener Divisor den höheren Gattungsbegriff ber Einteilung darstellt, sondern es ergiebt fich dies auch daraus, daß Aristoteles nur mittels Berücksichtigung bes Zahlenverhältniffes die Grenze zwischen Monarchie und Wenigerherr= schaft (Oligarchie und Aristokratie) und zwischen Oligarchie und Bolitie im enasten Sinne zieht. Aus der Art, wie er diese Grenzen bestimmt, und aus der Zahlengrenze. welche er für das Berhältnis von Politie und Demokratie aufstellt, läßt fich zugleich entnehmen, daß Ariftoteles das Prinzip der Demokratie im Rechtssinne richtigerweise in der absoluten Majorität erblickt. Inbezug auf den quantitativen Unterschied zwischen Weniger= und Einherrschaft wird gesagt, die πολιτεία των δλίγων sei eine Herrschaft ολίγων μέν πλειόνων δέ ένός 1) und die erste Art der Oligarchie wird dahin charakteri= fiert, daß in ihr die Teilnahme an den Staatsgewalten von einer fo hoben Schäkung abhängig sei, daß die dadurch von der Theilnahme Ausgeschloffenen noch die Mehrzahl bildeten2). Andererseits heißt es hinsichtlich der Politie, die Schatzung für die Herrschaft bes Mittelstandes sei so hoch zu bemessen, ωστο τούς μετέγοντας της πολιτείας είναι πλείους των μή μετεχόντων3). Und endlich ift die äußerste Demokratie schon vorhanden, wenn το πληθος die γνώριμοι und μέσοι eben überragt 4).

§ 28. Die einzelnen Berfassungs und Regierungsformen. Es erübrigt, die staatsrechtlichen Gedanken zu verfolgen, welche sich in den Partien der Politik finden, die von den einzelnen Staatsformen handeln.

Ist es richtig, daß Aristoteles die Versassungen nach den Gesellschaftsgruppen trennt, welchen im einzelnen Staate die thatsäckliche Vormacht zukommt, so ergiedt sich hieraus für die Frage, in welchen rechtlichen Formen dieses politische Nebergewicht zum Ausdruck gelangt, daß in dieser Veziehung — und damit treten wir in den noch außtehenden Beweis für eine früher ausgestellte Behauptung ein den das die Inhaberschaft der rechtlich obersten Gewalt im Staate in Vetracht zu kommen vermag. Denn das thatsächliche Nebergewicht einer Gesellschaftsklasse zeigt sich nicht blos darin, daß sie den größten Anteil an der obersten Staatssunktion hat, sondern es tritt auch in sonstigen Einrichtungen und Vethätigungen des Staatssebens hervor. Dies läßt sich nun auch in den aristotelischen Ausstührungen bald mehr bald weniger deutlich erkennen.

Aristoteles sieht, was das Versassungsrecht angeht, das thatsächliche Uebergewicht der einzelnen Gesellschaftsklassen in zwei rechtlichen Verhältnissen ausgeprägt, in dem Anteil an der Staatsgewalt dem Rechte und in dem Anteil an der Staatsgewalt der Ausübung nach. Das eine betrifft die Frage nach dem quantitativen Verhältnis, in welchem die Staatsbürger zu den Nichtbürgern im Staate stehen, die Frage nach der Zahl der Träger der Staatsgewalt, das andere die Frage nach dem quantitativen Vershältnis, in welchem die Staatsbürger an der staatlichen Organisation Anteil haben.

 ωστε τους απόρους μή μετέχειν πλείους όντας (VI, 1292a 41, 1298a 37, VII, 1320b 12 ff.).

4) VII (VI), 1319 b 13.

¹⁾ III, 1279 a 34. Also ift juristisch genommen das Doppelkönigtum schon Oligarchie, eine Konsequenz, die Aristoteles allerdings nicht zieht, weil ihm die politische Betrachtung überwiegt (II, 1271 a 19 ff., VIII, 1313 a 26). Er spricht dem spartanischen Königtum vielmehr aus anderen Gründen wahren Basileiacharakter ab (III, 1285 a 3 ff.).

³⁾ VI, 1297 b 5. 5) Oben § 26, S. 96, N. 3.

Daraus folgt, daß die Worte Demokratie, Oligarchie, Aristokratie u. s. w. bei Aristokeles zum Ausdruck verschiedener quantitativer Proportionen dienen. Wer in Bezug auf die Frage der Bürgerrechtssähigkeit zu den dalige, zu den Besitzenden, zählen mag, kann hinsichtlich des Anteils an der Ausübung der Staatsgewalt zu den weniger Besitzenden, zum δημος, gehören, indem zu Aemtern etwa nur Leute mit hoher Schakung wählbar sind, niedrigere Schakung aber lediglich zur Teilnahme an der Ekklesia berechtigt. Ein Staat, welcher sich in Richtung auf das erste Berhältnis vielleicht als δλιγαρχία darstellt, ist in Bezug auf das zweite unter Amständen Demokratie. In ersterer Hinsicht bedeutet δλιγαρχία, daß die Jahl der am Bürgerrecht Teilhabenden kleiner ist, als die der daran Nichtteilhabenden, in zweiter Beziehung bedeutet Demokratie, daß alle diese am Bürgerrecht Teilnehmenden auch die Staatsgewalt mit ausüben, das oberste Staatsorgan, eine έχχλησία, ein δημος ist. Nur so erklärt sich, wie Aristokeles dieselbe πολιτεία das eine Mal als Aristokratie, das andere Mal als Demokratie bezeichnen kann. Man gesstatte zwei Beispiele.

Aristoteles nennt es bei der Lehre von der Organisation des Boudsvousvov im Gegensatz zu ben τρόποι δημοκρατικοί, bei welchen die Gesamtheit der Bürger über Alles enticheibe, und zu ben τρόποι όλιγαργικοί, wo τινές περί άπάντων befinden 1), eine ari= stokratische Einrichtung, wenn über einen Teil der zum Boddsvousvou zählenden Gegen= stände alle Staatsbürger, über andere nur ein Teil berselben entscheide, 3. B. über Arieg und Frieden und über Beamtenrechenschaft alle, über alles Uebrige gewählte Beamte 2). Undererseits zeichnet er gelegentlich ber Ausführungen über Wertung, Charakter und Strebensziel der einzelnen Staatsarten3) folgenden Staat: das Bürgerrecht ift von einem mäßigen Zensus abhängig und die Zahl ber Bürger größer als die ber Nicht= bürger, der dipos auf Beamtenwahl und Abnahme der Rechenschaft von denselben und auf Gerichtsbarkeit beschränkt, alles Uebrige gewählten Beamten überlaffen, als solche werden nur Borgebildete und mit hoher Schahung Begabte ober wenigstens nur Borgebildete bestellt. Nach Obigem ware dies eine Aristokratie. Hier nennt er das Gleiche eine Demokratie, indem er ausdrücklich hervorhebt, daß diese Beamten wegen der Wahl ihre Gewalt auf Grund Volkswillens (τοῦ δήμου βουλομένου) inne hätten und wegen ihrer Rechenschaftspflicht bem xópior Underer (der Bolfsversammlung) unterworfen seien4). Wie ware dies anders zu erklären, als dadurch, daß Aristoteles das Wort Aristokratie hier im organisatorischen, Demokratie bagegen im engen verfassungsmäßigen, auf bie Frage der Inhaberschaft der oberften Staatsgewalt bezüglichen Sinne gebraucht hat? In bem einen Fall charakterisiert Aristoteles ben quantitativen Anteil ber Staatsbürger an ber Ausübung ber Staatsgewalt, die Regierungsform, in dem anderen das Berhältnis ber Burger zu ben Richtburgern, die Staats- ober Berfaffungsform. Was er uns in biefem Staat ichilbert, ift modern ausgebrückt, die teilweis mittelbare Demokratie, bie Demokratie, in welcher die Staatsgewalt von der Gefamtheit der Staatsburger nur in ihren wichtigsten Aften, im Uebrigen in beren Namen von Organen ausgeübt wird, die ben Träger ber Staatsgewalt vertreten.

¹⁾ VI (IV), 1298a 7 ff.: ἀναγκαῖον δ' ἤτοι πᾶσι τοῖς πολίταις ἀποδίδοσθαι πάσας ταύτας τὰς κρίσεις (über bie einen Bestanbteil bes βουλευόμενον bilbenden wichtigen Gegenstände) — Demotratie — ἢ τισὶ πάσας (οἶον ἀρχῆ τινι μιᾳ ἢ πλείσσιν ἢ ἐτέραις ἑτέρας) — Oligarchie — ἢ τινὰς μὲν αὐτῶν πᾶσι τινὰς δὲ τισίν.

^{2) 1298} b 5 ff.: ὅταν δὲ τινῶν τινές (seil. τινῶν πάντες), οἶον πολέμου μὲν καὶ ὥσπερ εἰρήνης καὶ εὐθυνῶν πάντες, τῶν δὲ ἄλλων ἄρχοντες καὶ οὖτοι αίρετοί ("ἢ κληρωτοί" ift μι ftreithen wegen Wiberipruths mit 1298 b 8 m. 1300 b 5), ἀριστοκρατία ἡ πολιτεία.

3) VII (VI), 1317 a 39.

4) VII (VI), 1318 b 29, 30, 34, 37.

Das andere Beispiel möge Sparta liefern. In ber Kritik ber Verfassung Spartas äußert Aristoteles, dasselbe sei durch Einführung des dem ganzen ogwo zugänglichen Ephorats aus einer Aristokratie eine Demokratie geworden 1). Zugleich erzählt er aber, wie schon einmal erwähnt2), bei ben Spartanern sei nur benjenigen Bürgerrecht zugekommen. welche im Stande waren, die Beisteuer zur Speisegenoffenschaft zu leiften, ben fog. Homoien, und rechnet Sparta bemgemäß zu den Aristofratien3). Auch bieser Gegensat erklärt sich leicht, wenn wir fagen, Aristokratie betrifft auch hier die Frage des Berhältnisses von Bürgern zu Richtbürgern, Demokratie die Frage der Trägerschaft der Staats= gewalt. Die Homoien bilben den dipos4), welcher durch die Ephoren entscheidenden Ginfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte übt.

Unsere Aufgabe ist nun, diesen doppelten staatsrechtlichen Gehalt der einzelnen πολιτείαι bei Aristoteles aufzusuchen. Es fällt dies bezüglich Demokratie und Oligarchie nicht schwer, schwieriger ift es für Aristokratie und Politie.

Aristoteles giebt in der Politik zweimal Einteilungen der noderafat, einmal, wo es ihm darum zu thun ift, die Meinung zu widerlegen, daß es von Demokratie und den anberen Politieen nur eine, nicht mehrere Arten (είδη) gebe 5), bas andere Mal bei ber Lehre von der Einrichtung des Bondenousvov, wo er barlegt, daß verschiedene Weisen (τρόποι) berselben zu unterscheiden seien 6).

Bezüglich der Demokratie läßt ein Vergleich der beiden Stellen sofort ersehen, baß bie erste Cinteilung sich in ber Hauptsache auf die Frage ber rechtlichen Boraussekung ber Bürgereigenschaft, die andere auf die verschiedene Organisation und Rompetenz des oberften Staatsorgans bezieht.

In ersterer Richtung unterscheidet Aristoteles fünf Arten 7), die erste, wo rechtlich Urme und Reiche als Burger einander "gleich" ftehen, kein Teil Gerr des Underen ift, thatsächlich aber, weil die Richtbesikenden immer in der Mehrzahl, der Wille dieser entscheidet; die zweite, wo die Teilnahme an den politischen Gewalten (auch an der Volks= versammlung s)) von einem mäßigen Census abhängt, mit bessen Vorhandensein aber ipso jure die politische Qualifikation erworben wird 9); die dritte, wo das Bürgerrecht Allen autommt, die von väterlicher und mütterlicher Seite als Staatsangehörige geboren find 10); eine vierte, wenn Alle, welche nur in irgend einer Beise Staatsangehörigkeit besitzen, auch die Boraussehungen des Bürgerrechts erfüllt haben 11); eine fünfte, wenn die Bürgereigen= schaft ebensoweit gezogen ist, die Volksversammlungsbeschlüsse, die ψηφίσματα, aber nicht mehr an Gesetze gebunden sind 12). Bon biesen fünf Arten bezieht sich nur der Unterschied zwischen Rr. 1 und 4 nicht auf die Frage ber Zahl ber Teilnehmer am Burgerrecht. In biefer Beziehung liegt in beiben Fällen biefelbe Demokratie vor. Reich und Arm haben in hinblick hierauf vor einander rechtlich nichts voraus, wenn jeder männliche Staatsangehörige schlechthin bei entsprechendem Alter das Bürgerrecht erwirdt. Wie die nähere Erklärung,

¹⁾ II, 1270b 9 u. 16. 2) S. 8 N. 3.

³⁾ VIII (V), 1306 b 30 u. 1308a 13. 4) ΙΙ, 1272 a 10: ἐκκλησίας δὲ μετέχουσι πάντες μ. VIII (V), 1308 a 17: ἔστι γὰρ ὧσπερ δημος ήδη οἱ ὅμοιοι.
5) VI (IV), 1289a 9ff.—1297b 30.
6) VI, 1298a 1
7) VI (IV), 1291b 30ff., 1292b 22ff. n. VII (VI), 1318b 6ff.
8) VI, 1292b 29 n. 1294b 4.

⁶⁾ VI, 1298a 11 u. 34; 1297b 36ff.

⁹⁾ Siftorifch betrachtet die altefte Form.

¹⁰⁾ VI, 1292 b 36: ανοπεύθυνοι scil. κατά τὸ γένος. Das attijche Recht schwebt hier vor: Staatsangehörige, deren Bollgeburt weder durch διαψηφισμός noch durch δοκιμασία gescholten ift (Staat der Athener 42).

¹¹⁾ III, 1278a 27ff. u. VII, 1319b 9ff. 12) Auch historisch die letzte Form, wie Aristoteles sagt: ή δημοκρατία ή νον εν ή κόριος ό

δημος και των νόμων εστίν (VI, 1298b 15 u. VIII, 1305 a 29).

welche noch gegeben wird 1), zeigt, will Ariftoteles zwischen Rr. 1 und 4 auch nur eine Unterscheidung hinsichtlich der Frage der Entgeltlichkeit der Ausübung der politischen Rechte machen. Reiche und Arme halten sich, meint er, politisch 2) bas Gleichgewicht, fteben sich thatsächlich gleich, wenn für die öffentlichen Dienste keine Entlohnung ftatt= findet. Anders bei Entgeltlichkeit derfelben. Wird ein Sold eingeführt, fo machen die Armen, weil sie durch Privatgeschäfte weniger in Anspruch genommen werden, von ihren politischen Rechten reichlich Gebrauch, und so wird zwar nicht durch bas Gesetz selbft, benn biefes gemährt für jedermann ben Sold, wohl aber burch die verschiedene Wirkung besfelben ein thatsächlicher Unterschied zwischen Reich und Arm herbeigeführt. Und so unter= scheibet Aristoteles an späterer Stelle 3) hinsichtlich ber Zahl ber Bürger richtig auch nur vier Arten von Demokratie, von welchen die drei ersten noch bas gemein haben, daß sie Gesehesstaaten sind, während die lettere Willfürherrschaft ift 4). Streng juristisch wären also nur drei Sauptarten ber Demokratie als Verfassungsform anzunehmen und, weil sich die vierte von der dritten Form nur durch das Kehlen des Rechtsstaatspringipes untericheibet, die lette Sauptart nach ber berichiebenen Regierungsform in zwei Unterarten zu zerlegen 5).

In der anderen Richtung stellt Aristoteles ebenfalls vier Formen auf 6). Die erste ist Ausübung des Boodsvousvov durch eine Plenarversammlung aller höheren obrigkeit= lichen Behörden 7), in welche alle Bürger nach und nach gelangen, unter Beschränkung ihrer Zuftandigkeit auf Gesetgebung, Berfassungefragen und Entgegennahme der Mitteilung ber von den Behörden erlassenen Anordnungen. Die zweite Form ist Ausübung des βουλευόμενον durch eine Vollversammlung der Bürger, jedoch auch nur in beschränktem Um= fang, nämlich für Wahl und Rechenschaftsablage ber Beamten, Gesetzebung und Entscheidung über Krieg und Frieden, während das foudavousvor im übrigen von den aus Allen durch Wahl oder Los bestellten Beamten genbt wird. Die dritte Art ift gegeben, wenn der Efflesia Wahl und Rechenschaftsabnahme, Entscheidung über Arieg und Bündniffe, alles übrige den Behörden zukommt, die aber nur soweit, als die bezüglichen Angelegenheiten technische Kenntnis verlangen, durch Wahl besetzt werden. Die vierte Weise endlich liegt da vor, wo die Volksversammlung das ganze βουλευόμενον ausübt und die Behörden hierin lediglich vorbereitend thätig sind. An einer anderen Stelle 8) erwähnt Aristoteles als eine weitere Art, daß die Bolksversammlung das Boodsvousvor bis auf die Beamtenwahl ausübe, diese aber burch einen in seiner Zusammensehung wechselnden, aus Wahl ber Etklefia hervorgehenden Ausschuß stattfinde.

1) 1292b 21ff.

3) VI, 1292 b 41 u. VII, 1318 b 6.

²⁾ Numerisch besteht in beiben Fällen nach ben Boraussegungen bieser Demokratie eine δπεροχή τοδ πλήθους. Nur denkt sich Aristoteles dieses Uebergewicht in der einen Art geringer, weil hier der Mittelstand noch zahlreicher vertreten sei (VI, 1296 a 10).

⁴⁾ VIII (V), 1306 b 20 n. 21 zeigt auch biesen Gegensat, wie bei den Oligarchien, so bei den Demokratien: δλως δε και αι δημοκρατίαι και αι δλιγαρχίαι εξίστανται ενίστε οδα είς τάς

ben Demofratien: δλως δε καὶ αἱ δημοκρατίαι καὶ αἱ δλιγαρχίαι εξίστανται ενίστε οδα εἰς τὰς εναντίας πολιτείας ἀλλ' εἰς τὰς εν τῷ αὐτῷ γένει, οἶον εκ τῷν εννόμων δημοκρατιῶν καὶ όλιγαρχιῶν εἰς τὰς κορίας (δ. h. aud über daß Geset) καὶ εκ τούτων εἰς εκείνας.

5) Aristoteles betrachtet die verschiedenen Arten natürsich mehr sozialpositisch. In der historisch ersten Art, wo mäßige Schahung Borausssehung deß Bürgerrechts ist, haben die "Bauern und mäßig Begüterten" die thatsächliche Herrichaft. Die anderen Arten entstehen durch fortgeseigte Junahme der nicht besitenden Alassen (VI, 1292 de, VII, 1318 de st.—1319 de, insbesondere 1319 a.5).

6) VI, 1298 a. 11; auch IV (VII), 1328 de 32: εν μεν γάρ ταῖς δημοκρατίαις μετέχουσι πάντες πάντων, εν δε ταῖς όλιγαρχίαις τοὐναντίον.

7) Εωσθοθα, Griechische Bossehssichsisses (Β. 134 irrt nach dem Wortsaut, wenn er glaubt, diese Versammsungen, Shnarchien, wie sie im positiven Rechte hießen, seien nur vorbereitende Instanzen gewesen. Aristoteles denst sie sich als Ersah der Volksversammsung.

8) VII (VI), 1318 de 23 ss.

Modern formuliert, unterscheidet Aristoteles mit dieser Einteilung den organi= satorischen Gegensak von unmittelbarer und mehr oder weniger mittelbarer Regierungs= innerhalb berselben Bersaffungsform. Das Pringip tritt bei Ariftoteles in bem Gegen= jak hervor, die Bürger übten bei der ersten Art das βουλευόμενον zu Teilen (κατά μέρος), in ben übrigen πάντες άθρόοι. Daß es ein Gegensat innerhalb ber Berfassungsform ift. bruckt Aristoteles baburch aus, bag er sagt, in beiben Fällen entscheiben alle (Burger) über Alles, in dem einen πάντες κατά μέρος, in dem anderen πάντες άθρόοι. Es feblt nur die Erkenntnis des Umstandes, daß diese Einteilung nicht eine Einteilung verschiedener Berfassungs-, sondern berichiedener Regierungsformen innerhalb berfelben Berfassungsart ift, ein Mangel, der sich eben daraus erklärt, daß es fich für Aristoteles nicht um Fest= stellung des rechtlichen Trägers der Staatsgewalt, sondern des sozialpolitischen Trägers bes thatfächlichen Uebergewichts im Staate handelt. Hervorzuheben ift aber: lediglich biefe konftruktive Seite ber mittelbaren Regierungsform ift Ariftoteles fremd geblieben, bie materiell-politische Bedeutung berselben findet, kann man sagen, in Aristoteles ihren erften suftematischen Berfechter1). Angeregt burch bie positiv-rechtlichen Erscheinungen einer an die Mitwirkung anderer Organe gebundenen Bolksversammlung?) und einer teilweisen ober gänzlichen Ausübung des foodsvousvor durch einen im Wege der Wahl ober bes Loses aus ber Gesamtheit ber Bürger bestellten Ausschusses 3), ift Aristoteles ber erfte, welcher die Zwedmäßigkeit von Konstitutionalismus und Repräsentativ= inftem zum Gegenstand suftematischer Erörterung macht. Er erklärt es einerseits als awecimäßig für die oligarchische Regierungsform, entweder der ganzen an der Berrichaftsausübung nicht teilhabenden Menge, dem dipos im fozialen Sinne, eine Mitwirkung am Boodevousevor einzuräumen ober zu biesem Zwed und zwar zur Teilnahme an ber eigentlichen Entscheidung eine bestimmte Anzahl aus ber großen Menge herauszuwählen 4), und andererseits halt er es für angemeffen, um ben Reichen ben ihnen nach bem Pringip ber qualitativen Gleichheit in ber bemofratischen Berfassungsform zukommenben gleichen Unteil an ber Staatsgewalt, wie ben Urmen, ju geben, nach bem Shiftem ber Rlaffenwahl eine Volksvertretung in der Weise zu schaffen, daß, wenn beispielsweise 1000 an Zensus nur ebensoviel haben, wie 500 andere, aus ben 1000 und ben 500 die gleiche Bahl genommen und die so zusammengesetzte Versammlung zum Herrn των αίρέσσων και των διααστηρίων gemacht, d. h. dieser die Befugnis übertragen wird, die Behörden zu wählen und die Volksgerichtshöfe zu besetzen 5).

Wir gehen zur Oligarchie über. Sinfichtlich ihrer find es die gleichen Rategorien, welche Aristoteles für die Bestimmung des oligarchischen Berfassungscharakters wie für bie oligarchische Organisation bes Boddevowevov aufstellt 6). Die Ausführungen hier und bort erganzen sich gegenseitig und tragen so zu wechselweiser Erklärung bei, insbesondere ailt dies für die erste Art der Oligarchie.

Die erste Art gehört beiden Richtungen an. Sie besteht darin, daß das Bürgerrecht burch einen mäßigen Zenfus bedingt ift, doch felbstverständlich durch einen fo hoben, bag bie Zahl ber ihn nicht Erreichenden größer ift, als biejenige ber ihn Erreichenden 7). Wer ihn aber erreicht, wird ipso jure burgerrechtsfähig und damit von Rechtswegen Mitglied der Ekklefia als des das Boudsvouerov ausübenden Organs und zu den Aemtern

¹⁾ Ueber Sofrates oben S. 30.

 ¹⁾ II, 1272a 10 ff. u. VI (IV), 1298b 38.
 3) III, 1275b 8, VI, 1298a 12 ff., VII, 1318b 23 ff.
 4) VI (IV), 1298b 28 ff.
 5) VII (VI), 1318a 11 ff. u. 25 ff.
 6) VI (IV), 1291a 39 ff. mit 1293a 12 ff. u. VII, 1320b 20 ff., andererfeits 1298a 35 ff.
 7) VII (VI), 1320b 27: τοσοῦτον εἰσαγομένους τοῦ δήμου πληθος διὰ τοῦ τιμήματος μεθ' οδ κρείττονες έσονται των μή μετεχόντων.

wählbar 1). Daburch, daß hier die Zahl der Bürger eine relativ größere 2) ift, fteht diese Form der Politie, der Demokratie des Mittelstandes, nahe. Die anderen Formen find in der ersten Richtung Zutritt zu ben politischen Organen nur bei Borhandensein einer hohen Schatzung und Aufnahme in dieselben lediglich burch Wahl seitens dieser Organe felbft, ferner Erblichkeit ber Mitgliebichaft in ben oberften Gewalten und als vierte Korm Erblichkeit wie eben, aber unter Fehlen des Prinzips des Rechtsftaates, welches Prinzip neben ber britten auch ber erften und zweiten Art eigentumlich ift. Die vierte Art nennt Aristoteles Suvasteia 3).

In Bezug auf die organisatorische Gestaltung des Boudevousvov besteht die zweite Form barin, baß nicht alle bes Bürgerrechts Teilhaftigen ipso jure auch Mitglieber bes Boodsoopsvor find, sondern nur hieraus Gemählte; dabei liegt die Wahl nicht in den Sänden der Gesamtheit der Bürger, sondern erfolgt durch Rooptation seitens der abprot τοῦ βουλεύεσθαι, b. i. des im Befit des βουλεύεσθαι befindlichen Organs. Die britte Form ist mit der Erblichkeit der Mitgliedschaft am Boddebousvov, jedoch unter Aufrecht= erhaltung bes Pringips gesehmäßiger Amtsübung gegeben. Die vierte liegt in gleicher Erblichkeit unter Wegfall lettgenannten Prinzipes.

Die äußere Struktur ift auch für die Formen 2, 3 und 4 in beiden Reihen die= felbe, nur daß es fich in ber einen Richtung um eine darzorns von Staatsangehörigen handelt, welche das Staatsbürgerrecht haben, in der anderen um eine δλιγότης von Staatsbürgern, welche am Bovdevousvor Anteil nehmen. Die Ausführungen von Aristoteles über die verschiedenen Einrichtungen des Boudsvousvou beziehen sich auf einen Anteil nicht der Staatsangehörigen, fondern der Staatsbürger an demfelben. Wenn es in Buch VI (IV) 1298a hinsichtlich ber Verteilung ber Gegenstände des βουλευόμενον heißt, entweder müßten dieselben πασι τοις πολίταις oder einem Teil derselben oder teils allen, teils einigen zustehen 4), fo können unter den πάντες οί πολίται nur "alle Staatsbürger", nicht "alle erwachsenen männlichen Staatsangehörigen", d. h. auch Nichtbürger gemeint fein. Wäre anderes anzunehmen, bann läge ein unauflöglicher Widerspruch barin, wie Aristoteles von der Spartiatengemeinde, die auch für ihn, wie schon erwähnt 5), nach Verhaltnis der Zahl der Bürger zu ben Richtbürgern eine Ariftokratie ober Oligarchie ift, bennoch als von einer Demokratie sprechen kann, in welcher ber Demos an der usgisty apyg, am Ephorat, Anteil habe. Dieser Demos in Sparta ist die Gesamtheit der Staatsbürger. Diesen allen kommt Wahlfähigkeit zum Cphorat zu, mahrend die anderen oberften Staatsstellen, bie Rönigs= und die Gerontenwürde, als ein Preis erworbener oder ererbter αρετή be= trachtet werden 6)7).

2) Mit πλείονες in diesem Sinne vgl. III, 1288a 36: πλήθος όπερέχον είναι κατ' άρετήν;

δαβ eine Menge an Tühtigfeit überragt, ift nur relativ möglich.
 3) VIII (V), 1306a 15—19, 1303a 13, 1306a 25, 1308a 19, II, 1272b 3 n. 11 (ber Gegensaß πολιτεία heißt hier Rechtsstaat), VI (IV), 1293a 32.
 4) πάσι τοις πολίταις πάσας ταύτας τὰς αρίσεις ἢ τιοὶ πάσας ἢ τινὰς μὲν αὐτῶν πᾶσι τινὰς δὲ τισίν.

5) S. 112 N. 3.

jebe, fondern lediglich die enticheidende Mitwirfung ber Burger als folder, b. h. ber nicht zum

¹⁾ Bgl. den Eingang zur zweiten Art VI (IV), 1298 b 1: ὅταν δὲ μὴ πάντες τοῦ βουλεύσσθαι μετέχωσιν ὰλλ' αίρετοί . . . und VIII (V), 1308 a 17: ἔστι γὰρ ισπερ δημος ήδη οἱ ομοιοι (das sind die Bürger in Aristokratie und Oligarchie); ferner VI (IV), 1294 b 3 ff., wo als Unterschied zwischen Demokratie und Oligarchie erwähnt wird, daß die Demokratie die Teiluahme an der Bolksversammlung von einem geringen oder gar keinem, die Oligarchie von einem hohen Census abhängig macht, (τάττουσιν οξον εκκλησιάζειν οξ μέν από τιμήματος οδδενός ή μικροδ πάμπαν οξ δ' από μακροδ τιμήματος).

⁶⁾ II, 1270b 25, 1272b 39. So erklärt sich, wie Aristoteles sagen kann, daß die Homoien gleichsam einen douce bilbeten (vgl. S. 112 N. 4 u. oben R. 1) und in Der Oligarchie bemofratische Ginrichtungen (δημοτικά νομοθετήματα) bestehen könnten (VIII, 1308a 15).
7) Uebrigens will Aristoteles bei solch' oligarchischer Organisation des βουλευόμενον nicht

Bas die Aristokratie angeht, so ist dem Stagiriten die klare Unterscheidung zwischen Aristokratie als Verfassung und als praanisatorisches Regierungsprinzip ebensowenig, wie seinen Borgangern, gelungen. Dagegen erkennen wir hier besonders deutlich, wie Ariftoteles zwischen philosophischem und positivem Staatsrecht zu trennen weiß. Zuerst neunt Aristoteles die Berfassung, in welcher Wenige "popioi" sind, Aristotratie, wenn diese Wenigen den Charafter von apioroi haben ober das Beste für den Staat und seine Glieder wollen 1). Die hier gemeinte ariftokratische "Herrschaft" ift die that= fächlich-politische. Sie ift gegeben sowohl, wenn aristotratische Berfassungsform mit unmittelbarer Ausübung ber Herrschaft burch die aristofratischen Bürger, also fog. unmittel= bare Aristokratie vorliegt, als auch, wenn innerhalb irgend welcher Verfassungs= und Regierungsform die apyal aprotivony besett werden2). Das erste ift in der fog. absolut besten Aristofratie ber Kall, wo nur bie absolut Besten Bürger sind, also ausschließlich bas Prinzip ber αρετή herricht — eine Staatsform, die, wie wir gesehen, Aristoteles unter Menschen zwar nicht für wahrscheinlich, aber auch nicht für schlechthin unmöglich hält3) -, bas andere ift gegeben, wenn bei ber Ordnung ber Wahl ber pbrigkeitlichen Staatsorgane Bilbung, Reichtum und Gesamtheit ber Bürger 4), b. h. aristofratisches. oligarchisches und demokratisches (= Gleichheits=) Prinzip 5) ober wenigstens die letteren beiden Berudfichtigung finden. Diese beiben Arten ber zweiten Form beziehen fich somit lediglich auf die Organisation der Staatsregierung, auf ben Anteil der Staatsbürger an den αργαί. Die aristokratische Besetzungsweise erfordert αρετή und δήμος, d. h. Wahl seitens des δήμος, d. i. aller Bürger, jedoch ohne Ginichränkung der Wählbarkeit durch einen Cenfus, indem Aristoteles' Gedanke der ist, daß jedes Glied dieses δημος soviel Einsicht und Bilbung habe, bag bas Produtt ber Wahl die Bestellung tüchtiger Obrigteiten sei 6). Der δημος, welcher mählt oder aus welchem gewählt wird, ist nun aber nicht etwa blos die Ekklefia bes bemokratisch verfaßten Staates, also besjenigen, in welchem auch den Armen Bürgerrecht zukommt, die Aristokratie, von welcher die Rede, also nicht schlechthin gleichbedeutend mit mittelbarer Demokratie, b. h. mit Demokratie, in welcher die Herrichaft namens der Bürgerschaft vorwiegend durch gewählte Beamte ausgeübt wird, sondern Demos ist die Gesamtheit der Staatsbürger eines jeden nichtmonarchisch versaßten Staatswesens, also auch der Oligarchie und Bolitie. Stände δήμος und δημοκρατία hier nicht im rein organisatorischen Sinn zur Bezeichnung der Teilnahme jeder Gesamtheit der Staatsbürger an der staatlichen Geschäftssührung, sondern wäre hierunter allein der

2) VI (IV), 1293b 11.

Regierungskollegium infolge Bahl ober Erblichkeit gehörigen an ber Ausübung ber überlegenden Gewalt vollkommen ausgeschlossen haben. Er empfiehlt sogar die Ginrichtung einiger Staaten zur Nachahmung, wo dem δημος im Sinne der am βουλευόμενον nicht teilhabenden Bürger eine recht= Radhahmung, wo dem δημος im Sinne der am sooksogevov nicht feilhabenden Burger eine regisliche Einwirkung auf das sooksogevov der Form gewährt ist, daß er über das verhandeln daif, was die im Besitz des βουλευόμενον besindliche Behörde der πρόβουλοι vorderaten hat, ohne aber die ausschlaggebende Stimme zu haben. Aristoteles bemerkt hiezu: οδτω γάρ μεθέξει δ δήμος του βουλεύεσθαι και λύειν οδδέν δυνήσεται τῶν περί την πολιτείαν (VI, 1298b 30). Die πρόβουλοι behalten die Entschedung, το τέλος (VII, 1322b 14). Also eine durch beratende Mitwirkung der Bürgergesamtheit beschränkte oligarchische Regierungssorm, eine Konstitution ähnlich dersenigen der Rheinbundstaaten. Bgl. hiezu auch VIII (5), 1309a 27ss., worüber weiter unten in diesem Paraserenkom graphen.

¹⁾ III, 1279 a 35. 3) VI, 1295 a 33, 1293 b 3 ff. 4) πλοῦτος, ἀρετή, δήμος (VI, 1293 b 15 ff.). 5) Hiezu G. 100.

⁶⁾ III, 1283 a 40, wo ausgeführt wird, daß die Mehrzahl auch Anspruch auf Teilnahme an der nodereia habe, denn zusammengenommen enthalte fie mehr Macht, Reichtum und Tüchtigfeit als die Minderheit; II, 1281 b 4, 1281 b 35 u. III, 1202 a 16, dazu der andere ebenda 18ff. ausgesprochene Gedanke, daß bei gemiffen Dingen der Sachfundige nicht ber einzige oder ber beste Beurteiler fei, fondern noch beffer derjenige, welcher bas Ding gebrauche (der Effende beffer als ber Roch); ferner II, 1272 a 18.

Demos der Demokratie zu verstehen, so bliebe, wollten wir uns nicht in die Lage versetzt sehen, einen staatswesen Widerspruch konstatieren zu müssen, unerklärlich, wie Aristoteles Lakedämon 1) ein Staatswesen zu nennen vermag, wo aperh und dhuog gemischt sind. Sparta war, wie früher gezeigt2), nicht blos seiner Staats=, sondern auch seiner Gemeindeversassung nach Aristokratie, die Zahl der Spartiaten geringer, als die Zahl der Periöken, und die Zahl der Homoien, wenn auch nur um ein geringes, kleiner, als die der Spartiaten. Als der Bersassung Lakedämons nahe verwandt erklärt Aristokeles die Bersassung Karthagos und die der kretischen Städte3). Für sie gilt jedenfalls, was die Staatssorm anlangt, daß sie Aristokratien waren; die Zahl der vom Bürgerrecht aus=geschlossenen Staatsangehörigen ist hier zweisellos größer gewesen als die der Bürger⁴).

So find unter dem, was Aristoteles Aristotratie nennt, verschiedene Staats= und Regierungssormen begriffen. Die wahre Aristotratie, die beste, ist wirklich der Berfassungs- und Regierungssorm nach unmitteldare Aristotratie; die Aristotratie, in welcher eine μίξις δημοχρατίας το καὶ άροτης vorhanden, ist jedes nichtmonarchisch versaste Staatswesen — habe es nun demokratische oder oligarchische Berfassungssorm oder diejenige der Politie —, in welchem die Staatswesen mit sog. mittelbarer Regierung; die Aristotratie, wo άροτή, δημος und πλούτος sich verbinden, ist ein nicht monarchisches Staatswesen, in welchem die Wählbarkeit zu diesen Aemtern noch durch einen bestimmten Zensus bedingt ist, wie dies nach Aristoteles in Karthago der Fall war⁵). So erscheint die positiverechtlich wirklich vorhandene Aristotratie bei Aristoteles lediglich als die sog. mittelbare Regierungssorm republikanischer Staatswesen, als die Regierung solcher vorwiegend durch gewählte Behörden, vorkommendensalls noch mit Ausstellung eines Zensus als Boraus= sehung der Wählbarkeit zum Amte.

Mit diesem Ergebnis stimmt es überein, wenn Aristoteles dann bei der Darstellung der verschiedenen Einrichtungen des βουλευόμενον es als die aristotratische Organisation desselben bezeichnet, wenn über Arieg und Frieden und Rechenschaftsablage der Beamten Alle (scil. Staatsbürger), über die übrigen Gegenstände des βουλευόμενον gewählte ἄρχοντες befinden?). Was ist damit anderes gesagt, als daß bei aristotratischer Einrichtung des βουλευόμενον der größere Teil der Gegenstände desselben an Stelle und im Namen der Gesamtheit der Staatsbürger, des δήμος in diesem organisatorischen Sinne, von gewählten ἄρχοντες erledigt wird, somit eine sog, mittelbare Regierung vorsieat?

¹⁾ Bgl. S. 112 N. 4, 115 N. 1 u. 6. 2) S. 7 bei N. 2.

²⁾ S. 7 bei N. 2.

4) Dafür spricht eben auch hier (II, 1272a 2, 1272b 34) das auf mistärisch-politische Gründe zurücksührende Shssitienwesen; zum Schukz gegen die Unterthanen war diese Bereinigung zu Tischgenossenschen im Frieden beibehalten; vgl. Pöhlmann a. a. O. S. 65. Dazu bezüglich Karthago Pol. II, 1272b 23c (πλήθος των άρχομένων) und Ed. Meher II, S. 695 si, bezüglich Kreta ebenda S. 275 u. 305 und in den Jahrbückern 1895, S. 706. Als Gemeinde war die kretische Stadt wohl demokratisch versaßt, weil hier die Speisegenossenschen der Bürger aus öfsenklichen Mitteln, nicht in Form der Umlage aufgebracht wurden (Pol. II, 1272a 13).

⁵⁾ VI (IV), 1293b 15, II 1273a 21 ff.
6) Was die Rangordnung der zwei bezw. drei Elemente der aristokratischen Regierungssorm angeht, so wird die depeth als dasjenige bezeichnet, welches vorwiegend der Aristokratie eignet. VI (IV), 1294a 10: δοκεί δὲ ἀριστοκρατία μὲν είναι μάλιστα τὸ τὰς τιμὰς νενεμήσθαι κατ ἀρετήν. άριστοκρατίας μὲν γὰρ ὅρος ἀρετή. Dazu über die verschiedenen Prinzipien der Etellenbesehung (auch der Gerichtsstellen VI, 1301a 10 ff.), VI, 1299b 22: οἰον ἐν δημοκρατία καὶ ὀλιγαρχία καὶ ολιγαρχία καὶ ολιγαρχία καὶ ολιγαρχία καὶ ολιγαρχία καὶ ολιγαρχία καὶ είσιν ἀρχαὶ κύριαι, οἰα ἐξ τοων δ' οἰδ ἐξ ὁμοίων ἀλλ' ἐτέρων ἐν ἐτέραις, οἶον ἐν μὲν ἀριστοκρατίαις ἐκ πεπαιδευμένων, ἐν δὲ ταῖς ὀλιγαρχίαις ἐκ τῶν πλουσίων, ἐν δὲ ταῖς δημοκρατίαις ἐκ τῶν ἐλευθέρων (hiezu III, 1281b 25: τοιοδτοί (ἐλεύθεροι) δ' εἰσίν ὅσοι μήτε πλούσιοι μήτε ἀξίωμα ἔχουσιν ἀρετής μηδέν). Ferner II, 1273b 1: ὅπου δὲ μὴ μάλιστα ἀρετή τιμάται, ταύτην οὐχ οἰόν τε βεβαίως ἀριστοκρατεῖσθαι τὴν πολιτείαν.
7) VI, 1298b 5 ff.; hiezu oben €. 111 %. 2.

Diese Weise ber Charatterisierung der aristotratischen Regierungsform erklärt fich nun vollkommen aus der Beobachtung des positiven Rechtes. In den ersten drei Büchern steht Aristoteles noch stark im Bannkreis platonischer Staatsrechtsphilosophie. Sier werden Besetzung nach Borbildung und Schatzung als zwei selbständige Besetzungsarten, als Aristokratie und Oligarchie, bezeichnet und bei Berbindung beiber Elemente eine britte, neue Besetzungsweise als gegeben angenommen. So erklärt es Aristoteles 3. B. 1) bezüglich ber Staatsordnung Karthagos für eine Abweichung vom Brinzip ber Aristokratie zu dem der Oligarchie und für eine dritte Art, daß hier bei Wahl der Obrigkeiten, insbefondere der ber höchsten, sowohl auf Bildung wie auf Schatzung gesehen werde 2). Un späterer Stelle 3) bagegen wird die karthagische Alemterbesekungsweise ausschließlich aristofratisch genannt, tropdem, wie Aristoteles sagt, die πολιτεία βλέπει είς τε πλούτον καί αρετήν καί δήμον. Der Grund hiefür ift eben ber: Ariftoteles sieht, bag im positiven Recht die drei genannten Elemente bei Borzug der aperch als Aristokratie zusammengefaßt werden, und folgt so mit seiner theoretischen der positiv-rechtlichen Unschauung und Musdrucksart. Er verwirft es daher auch, eine Staatsform aristokratisch zu nennen, in welcher in Bezug auf die Gerrichafts ausübung nur die beiden Prinzipien Reichtum und Armut (Freiheit) und zwar unter Neberwiegen des ersteren in Betracht kommen, obgleich er damit der, wie er fagt, üblichen Auffassung entgegentritt. Diese nehme hier eine Aristokratie beswegen noch an, weil mit größerem Besitz eher auch Bildung und eble Gefinnung verbunden sei 4). Ariftoteles ichopft aus geschichtlicher Betrachtung bagegen Die Anschauung, daß die nichtbesitzende Menge fich leichter zufrieden gebe, wenn fie nur Gleichheit mit den Wohlhabenden erreicht habe, während die letteren, wenn ihnen nach der Staatsordnung die Vormacht zukomme, felbstfüchtig verführen 5). Noch in einem anderen Bunkte weicht Ariftoteles von der von ihm als üblich bezeichneten Meinung ab. Er unterläßt es, von den Berfaffungen, in welchen oligarchische und demokratische Elemente verbunden find, nur die mehr zur Demokratie hinneigenden Verbindungen Politien im engsten Sinne zu nennen und ihnen diejenigen, in welchen bas oligarchische Element überwiegt, als Ariftokratien gegenüberzustellen. Er legt vielmehr allen diesen Mischformen, also auch den von der herrschenden Meinung als Aristokratie bezeichneten, den Namen Politie bei. Damit hat er aber noch eine beutliche Beweisstelle bafur geliefert, bag feine zweite und britte Form der Ariftokratie nicht Berfaffungs=, sondern Regierungs= formen find. In der Begriffsbestimmung der Politie im engsten Sinn geht Aristoteles, wie ichon früher ermähnt, grundfählich bavon aus, daß in ihr die Zahl ber am Bürgerrecht Teilnehmenden größer sei als die besselben nicht Teilhaftigen, daß also die Politie im allgemein staatsrechtlichen Sinne Demokratie sei. Wenn er nun diese Aristokratien der herrschenden Meinung dem Politiebegriff unterstellt, so gründet sich dies auf die Boraussetzung, daß hier ein πληθος, eine Demokratie im versaffungsrechtlichen Sinne, gegeben ift, bas Borhandensein einer Demokratie aber war für Ariftoteles, wie wir gesehen, nicht der Grund, warum er diesen sog. Aristokratien aristokratischen Charakter absprach. Aristoteles erkennt hienach die Möglichkeit an, daß auch Staaten mit demo-

¹⁾ II, 1273a 25ff. mit 1273b 18.

²⁾ Wenn Ariftoteles bei Würdigung bieser Einrichtung bemerkt, dieselbe bringe den Reichtum zu höheren Ehren als die Tücktigkeit, so will er damit nicht sagen, daß rechtlich, sondern nur daß thatsächlich der Bedingung ber Schatzung größeres Gewicht beiwohnt.

³⁾ VI (IV), 1293b 16.
4) Wenn Aristoteles andererseits gleichsam in Widerspruch hiemit sagt, die Politie stehe der Demokratie näher als die Oligarchie, so meint er dies lediglich in politischer Beziehung, insbesondere hinsichtlich der Frage des Bestandes der einzelnen Staatssorm (VIII [V] 1302a 14).
5) VI (IV), 1293b 35, 20, 1294a 15 ff. u. 41, 1297a 11 ff., VIII (V) 1307a 20.

tratischer Versassungssorm Aristokratien in seinem Sinne seine. Damit ist aber offenbar, daß die von Aristoteles inmitten der Darstellung der ekdy poditesas besprochenen Aristoteten zweiter und dritter Stelle im Gegensah zu den dort behandelten ekdy der Demoskratie und Oligarchie sich nicht auf die Frage der verschiedenen Versassungssormen beziehen.

Besondere Bedeutung erhält letzter Unterscheidung, also die Unterscheidung von Souveränitäts= und Regierungsorganisation, sür die Klarstellung der juristischen Natur der Politie im engsten Sinne. Für dieselbe gibt Aristoteles zwei Charakterisierungen, die sich zu widersprechen scheinen: auf der einen Seite der Sat, in der Politie bildeten die am Bürgerrecht Teilnehmenden (der Mittelstand zusammen mit den Reichen) gegen= über den Nichtbürgern die Mehrzahl, und die ausdrückliche Erklärung der Politie für die auf das noivor gerichtete Gerrschaft des πλήθος, im Gegensat einmal zu der selbstsücktigen Iwecken dienenden Demokratie, und dann zu den das gleiche Ziel, wie sie versolgenden Beniger= und Einherrschaften²); auf der anderen Seite die Bezeichnung der Politie als eine μίξις δλιγαρχίας καὶ δημοκρατίας³). Allein ein näheres Zusehen ergibt, daß diese Mischung und Zusammensetzung⁴ aus oligarchischem und demokratischem Bestandteil in Bahrheit nur die Regierungs=, nicht die Versassungsform der Politie betrisst, den Verssssungscharakter derselben als einer reinen Vielherrschaft in keiner Weise alteriert.

Unter ben Einrichtungen, in welchen eine folche Mischung und Zusammensekung jum Ausdruck gelangen foll, nennt Ariftoteles neben der Frage der Gewährung von Entgelt für Erfüllung ber Bürgerpflicht bezw. ber Aufstellung einer Straffanktion für Nichterfüllung berselben, also neben Fragen, welche bie Regierungsorganisation angehen, zwar beispielsweise auch die Bestimmungen über das Bürgerrecht, somit über das Ber= hältnis, durch deffen verschiedenartige Geftaltung sich eben die einzelnen Versassungs= formen unterscheiben, allein bie Abhängigfeit bes Burgerrechts ber Bolitie von einem mäßigen Zensus, im Gegensatz zur Abhängigkeit besfelben von gar keinem ober nur einem ganz unbedeutenden oder andererseits von einem hohen, kann in Wahrheit des= wegen nicht als Mischung und Zusammensehung von oligarchischen und bemokratischen Elementen angesehen werben, weil in bem Fehlen bezw. Borhandensein eines mäßigen Zensus kein wesentlicher Unterschied zwischen Oligarchie und Demokratie liegt. Aristoteles an anderer Stelle selbst fagt, kann auch bei Oligarchie der Zensus bes Bürgerrechts ein mäßiger sein 5). Der wesentliche Unterschied zwischen Oligarchie und Demokratie besteht auch nach Ariftoteles doch barin, ob die Teilhaber am Burgerrecht gegenüber den vom Bürgerrecht Ausgeschlossenen die Minder= oder die Mehrzahl bilben. Ein mäßiger Zensus ist also nichts der Politie eigentümliches, sondern sowohl bei Demokratie wie Oligarchie möglich; fagt boch Aristoteles selbst, daß die Söhe der Schatzung in der Politie fich nicht schlechthin bestimmen laffe, fondern die Bestimmungs= grenze nach oben eben barin liege, daß die Zahl ber am Bürgerrecht Teilhabenden größer sei, als die der daran Nichtbeteiligten 6).

Daß Aristoteles diesen Mischcharakter in keiner Weise auf die Verkassungssorm der Politie bezog, in dieser Richtung der Politie vielmehr rein volksherrschaftlichen

¹⁾ Der Schwerpunkt liegt natürlich auch bei der Lehre von der Politie in diesem Sinne in den politischen Ausstührungen, die in dem Nachweis gipfeln, daß diese Staatsordnung diesenige sei, welche am meisten die Garantie der Dauer in sich trage (VI, 1296b 40, 1296a 7, 1297b 5, VIII, 1302a 15).

 ²⁾ III, 1279 a 25 ff.
 3) VI (IV), 1293 b 34, 1294 b 14.
 4) 1294 a autή σύνθεσις.
 5) VI (IV), 1298 a 36.

⁶⁾ VI, 1297b 2 ff. In 1294b 6 will also mit den Worten το μέσον έκατέρου τίμημα τούτων nur eine regelmäßige, nicht eine wesentliche Eigenschaft der Politie bezeichnet sein.

Charafter beimaß, das ergeben aber besonders die Ausführungen, burch welche er die burch Mitwirkung einer Ektlefia beschränkte oligarchische bezw. aristokratische Regierungsform von der Regierungsweise der Politie (= Demokratie) unterscheidet. Gine oli= garchische bezw. aristokratische Regierungsweise ift. ihm bann gegeben, wenn trot Mitwirtens einer Etklesia das politische Uebergewicht bei den πλούσιοι bezw. ἄριστοι perbleibt.

Aristoteles handelt hievon an zwei Stellen. Zuerst bei der vergleichenden Beibrechung ber Berfaffungen von Lakebamon, Rarthago und Rreta. Er findet hier eine Neigung ber an sich aristokratisch angelegten Versassung von Karthago nach ber Seite ber Demokratie. Sie liege barin, daß in Karthago die Bolksversammlung, der "Demos", nicht blos das Recht habe, von den gemeinsamen Beschlüssen der Könige 1) und des Kates Renntnis zu erhalten, fondern, wenn diese nicht zusammenstimmten, die Entscheidung zu treffen, und in ber Befugnis jedes Bersammlungsmitgliedes, gegen die Antrage ber genannten Organe ju fprechen. In Lakedamon und in ben fretischen Stabten tomme ber Volksversammlung in allen Fällen nur das Recht ber einfachen Zustimmung zu ben Beschlüffen bes Rates, bort ber Geronten bier ber Rosmen, nicht bie eigentliche Entscheidung, die Sanktion, wie wir fagen würden, zu2). Die zweite Stelle findet sich in der Lehre von der Organisation des Boudevousvov. Wir haben dieselbe schon früher berühren muffen 3); es ist die Stelle, wo Aristoteles es als für die Oligarchie empsehlens= wert erklärt, auch τὸ πλήθος zur Teilnahme am βουλευόμενον heranzuziehen. Er schlägt bort zwei Wege hiefür vor, entweder einen Bolfgausschuß zu bestellen ober bem gangen Bolf ein Berhandlungsrecht über bas, mas die oberfte oligarchische Behörde, die Brobulen, vorberaten, zu gewähren und zwar entweder nur das Recht des Mitberatens unter Borbehalt ber Entscheidung für die Probulen ober bas Recht ber einfachen Zustimmung oder Ablehnung oder — darüber hinausgehend — zwar nicht das Recht, den Anträgen der Probulen positiv Entgegengesettes zu beschließen, auch nicht das Recht der Verwerfung der Anträge, aber doch wenigstens das Recht des Zurudverweisens an die Probulen 4). Wenn Aristoteles biefen Borichlag mit bem Sate begleitet, auf biefe Beise hätte das Volk am Bovdsvóusvov Anteil, ohne die Möglichkeit einer einseitigen Abande= rung der Verfassung zu besitzen, und inbezug auf die an letzter Stelle vorgeschlagene Geftaltung fagt, in den Politien fei es umgekehrt, hier hatten die Behörden (of daligot) außer bem Recht ber einfachen Verwerfung zwar nicht das Recht positiv Entgegengesetztes zu beschließen, aber boch wenigstens das Recht der Zurückverweisung an die Volksversammlung, so brudt er damit eben wortbeutlich aus, daß trot solcher Beschränkung δας χύριον, δας τέλος, δας lette Wort, ausschlieklich bort bei ben δλίγοι, hier bei ben πλείονες perbleibt 5).

Run handeln diese Stellen freilich von Aristokratie, Demokratie und Oligarchie nicht als Staats= (Berfaffungs=), sondern als Regierungsformen. Sonst könnte Ari= stoteles bezüglich Karthago, bas ja, wie wir wissen, ber Versassungsform nach eine Ariftotratie war 6), nicht von einem δημος fprechen und ebensowenig als die den Probulen

¹⁾ Das find die beiden Suffeten (Jahresbeamte), vgl. Meher II, S. 699.
2) σονεπιψηφίζειν, vgl. zum Ganzen II, 1273a 9 ff. u. 1272a 11.
3) Oben S. 114 bei N. 4 u. S. 115 bei N. 7.
4) Eine Art suspensives Beto.
5) Wenn Aristoteles in VII (VI), 1322b 13 die Kompetenz der obersten Behörde (ή μάλιστα αυρία πάντων) in den verschiedenen nichtmonarchischen Gemeinwesen mit den Worten fcildert, bieselbe habe oft die Entscheidung und das Recht der Initiative oder doch wenigstens den Borsis in der Volksversammlung, letzteres, wenn der Demos die Gerrschaft habe, so ist damit eben gemeint, daß ihr die Entscheidung insbesondere in der Oligarchie und in der Aristokratie und in der Demokratie zukommt, in welcher das Gefet, nicht ber donuog herricht. 6) Oben S. 117, R. 3.

ber Oligarchie in ber Aristokratie entsprechende Behörde die Gesetzemächter bezeichnen 1); benn die Ariftokratie stellt ja bei Ariftoteles, von der kaum zu verwirklichenden absolut besten abgesehen, inbezug auf die Staatseinrichtung nur eine besondere Regierungs= form bar. Allein bafür, bag wir keinen Tehlichuft thun, wenn wir annehmen, bag Aristoteles auch für die Politie als Berfassungsform nicht eine zwischen odigor und of πολλοί geteilte, sondern eine ausschließlich bei den πολλοί befindliche oberfte Staats= gewalt annimmt, find uns Beweiß zwei andere, von der Berschiedenheit der Berfaffungs= formen sprechende Stellen. Die eine derfelben befagt: es fei für die dauernde Erhaltung von Demokratie und Oligarchie ratsam, ben an ber Staatsleitung weniger Teilhabenden, also in der Demokratie den Reichen, in der Oligarchie den Armen, an allen anderen Staatsstellen gleichen ober sogar größeren Anteil einzuräumen2), nur die obersten Staats= ftellen seien den Staatsbürgern allein zu überlassen oder ihnen wenigstens die Majorität barinnen vorzubehalten3). Die andere Stelle empfiehlt den in "Ariftokratie und Oligarchie" thatsächlich am Ruber Befindlichen auch die nicht des Bürgerrechts Teilhaftigen, foweit fie fich zu höherer Beamtenthätigkeit eigneten, zur Staatsleitung heranguziehen .

So fest nach dem Bisherigen der Verfassungscharakter der Politie bei Aristoteles zu stehen scheint, an einem Punkte liefert der Stagirite - und darin haben wir einen neuen Beweiß für das Ueberwiegen der fozialpolitischen Natur des Werkes - seine juri= ftifche Auffaisung bes Wesens ber Politie an Die fogiologische Betrachtung berselben aus. In sozialer Hinsicht ist die Politie für Aristoteles eine užon nodereia zwischen Demokratie und Oligarchie, beide im gesellschaftlichen Sinne genommen), eine μίξις των εδπόρων καὶ ἀπόρων6), b. h. die Verkörperung des thatsächlichen Uebergewichts des Mittelstandes7). Da er das auszeichnende Moment des Mittelstandes, altgriechischem Rechte folgend8), in ber wirtichaftlichen Kahigkeit fieht, fich felbst für ben Waffen- b. h. in feiner Zeit für ben Fußdienst auszuruften und zu verpflegen 9), so nennt er Politie auch die nach seiner Meinung ausschließlich älteste 10), ber Beseitigung des Königtums folgende Militärrepublik ber Ritter 11) und fest sich so über bas von ihm felbst geäußerte juriftische Bedenken hinweg, daß diefer Militärstaat "logisch richtig" vielmehr als Oligarchie und, wie er, auf die thatsächlich gleiche Wirkung sebend, sogar noch hinzusett, als Königtum bezeichnet werden mußte. Der Gedankengang in letterer Richtung ift dabei der: Unter Berudsichtigung ber geringeren Bevölkerungsgiffer ber Staaten bamaliger Zeit erscheine ber im Befige ber herrschaft befindliche Mittelftand sowohl gegenüber ber bamals an Zahl ebenfalls nicht besonders ftarken Menge wie gegenüber bem folgenden Militärstaat der Hopliten numerisch schwach, letzterer fei aber eben, weil die Hopliten die guantitative Mehrheit im

¹⁾ VII (VI), 1323a 8 mit 1298b 29. Hiezu S. 103, N. 2. 2) Also eine Art Selbstverwaltung ber Unterthanen.

³⁾ VIII (V), 1309 a 27 ff.: πλην όσαι άρχαὶ κύριαι τῆς πολιτείας, ταύτας δὲ τοῖς ἐκ τῆς πολιτείαις εγχειρίζειν μόνοις η πλείοσιν; also beschränkte Regierungsform, Konstitutionalismus. Hiezu oben S. 115, N. 7 u. S. 114 bei R. 4.

⁴⁾ VIII (V), 1308a 8.
5) II, 1265b 28, VI (IV), 1296a 37; Staat ber Athener 13.
6) II, 1294a 23.
7) VI (IV), 1 7) VI (IV), 1296a 24.

⁸⁾ Meher S. 653, Beloch S. 428. 9) VII (VI), 1321a 11ff., III, 1279b 3 mit VI (IV), 1297a 30 u. 1297b 1 u. II, 1265 b 29.

¹⁰⁾ Auf die erst als zweite Form mit der Zunahme der Bevölkerung und dem damit zu-sammenhängenden Nebergang der Entscheidung auf das Fußvolk der Militärstaat der Hopliten folgt. Siehe hiezu oben S. 99 bei N. 5. Nach moderner Geschichtsforschung sind die ältesken Republiken teils folde ber Ritter, d. h. bes Abels, teils folde bes Mittelftandes, der Hopliten (Meger a. a. D. S. 350 ff.). 11) VI (IV), 1297b 17.

Staate gebildet hätten, früher Demokratie genannt worden, während er in Wahrheit Politie gewesen sei.

Nach diesen Bemerkungen über die Politie als Versassumgsform haben wir noch kurz zu versolgen, wie Aristoteles die Politie als eine besondere Form der Organisation des Boddsvóusvou charakterisiert.

In dieser Hinsicht sagt Aristoteles in unmittelbarem Anschluß an den die aristostratische Regierungsorganisation desinierenden Sat (όταν δε τινών τινές, οίον πολέμου μέν και είρήνης και εύθυνών πάντες, των δε άλλων άρχοντες και ούτοι αίρετοί, άριστο-κρατία ή πολιτεία): wenn über einige Gegenstände erwählte, über andere erloste Beamte oder über diese zusammen gewählte und erloste Beamte entscheiden, so ist teils Aristostratie teils Politie vorhanden. Diese unmittelbare teytliche Verdindung mit der Desinition der aristotratischen Besehungsweise ergibt auch einen inneren, sachlichen Zusammenhang. Von einer πολιτεία άριστοκρατική kann nur dann die Rede sein, wenn über einen Teil alle Bürger entscheiden. Es steht somit der ganze Satz grammatikalisch noch unter dem Satzschüge σταν δε τινών τινες, d. h. seil. τινών πάντες, bezw. inhaltlich unter der früher?) gegebenen allgemeinen Einteilung τινάς μέν αὐτών πάσι τινάς δε τισίν; es ist also auch sür die Organisation des βουλευόμενον in der Politie vorausgesetzt, daß über einen Teil die Gesamtheit der Bürger besinde.

Wir kommen endlich noch zur Monarchie. Hier fällt diese Unterscheidung von Einrichtung der Trägerschaft der Staatsgewalt und von Organisation des Boddsvous, also von Staats= und Regierungsform, selbstverständlich weg, andererseits tritt aber gerade in den Aussührungen über die Monarchie, wie schon früher angedeutet), die empirische Grundlage und damit das rechtshistorische und rechtsdogmatische Element in ganz besonderem Maße hervor. Zunächst darin, daß Aristoteles es auch hinsichtlich der historisch gegebenen Monarchie beider Arten für wesentlich erklärt, daß der Inhaber der Staatsgewalt dieselbe nach allen ihren Richtungen in Händen hat und von einer Bindung an Gesehe frei ist. Aristoteles drückt diesen Gedanken mit dem Sahe aus, der Monarch

4) § 26 u. E.

¹⁾ VI (IV), 1298b 8: εὰν δ'ενίων μεν αίρετοί, ενίων δε κληρωτοί ή κοινή αίρετοί και κληρωτοί, τὰ μεν πολιτείας ἀριστοκρατικής εστι τούτων, τὰ δε πολιτείας αὐτής. Wenn Aristoteles 1294b 33 als oligarchisch bezeichnet, daß alle Aemter durch Wahl, keines durch Cos beseth werde, so ist zu beachten, daß dort eine fremde Ausstührung mitgeteilt ist, in welcher Oligarchie im Sinne von Aristokratie gedraucht wird.

^{2) 1298} a 7ff.
3) Nur die Politie als Regierungsform kann Aristoteles meinen, wenn er zuerst nur andeutungsweise (II, 1273a 4) ben Verfassungen von Sparta, Areta und Karthago zusammen einen aus Aristotratie und Politie gemischten Grundcharakter, später (VI, 1294b 20 ff. aussührlich der Verfassung Spartas die Natur einer Politie zuweist. Der Verfassungsform nach sind diese Staaten ja auch für Aristoteles ausschließich Aristotratien. Uebrigens setzt sich Aristoteles damit, daß er in dieser Stelle die lakedämonische Staatsordnung auch der Negierungsorganisation nach für eine Politie erklärt, in Widerspruch einmal mit der kurz vorher gethanen Aeußerung, daß die karthazische wie die lakedämonische Staatseinrichtung eine aristokratische sei (VI, 1293b 16 u. 17), und dann mit seiner Konstruktion der Politie als einer Mischung von Demokratie und Oligarchie; denn das, was hier von den Schriftsellern, deren Meinung Aristoteles ansührt, oligarchisch genannt wird, die Wahl im Gegensah zur Auskosung der Beamten, ist nach seinen Aussührungen ja spezissisches Merkmal der Aristokratie. Zudem bekont Aristoteles kurz vorher noch ausdrücklich, daß dieser spartanischen Aristokratie im Gegensah zur karthagischen das Element des Adodoc seine Politiecharakter Spartas nur auf der Grundlage der Theorien Anderer behaupten. Er bemerkt, viese Andere Spartas nur auf der Grundlage der Theorien Anderer behaupten. Er bemerkt, viese Andere Erkräten die spartanische Staatsordnung für eine Demokratie, wieder Andere für eine Oligarchie. Er will nun aber keineswegs prüsen, ob diese Abeorien richtig sind, sondern nur angesichts dieser beiden Meinungen dokumentieren, daß man gewiß dann sagen könne, die Prinzipien von Demokratie und Oligarchie seine wohl gemischt als Demokratie wie als Oligarchie bezeichnet werde (VI, 1294b 14).

fei κόριος πάντων, Herr also auch über das Gesetz 1). Nur die παμβασιλεία ist βασιλεία im wissenschaftlichen Sinne, nur sie allein verdiente Königtum zu heißen2), alles Andere, was baside's genannt werde, insbesondere auch der sog. baside's nata vóuov, b. h. berjenige, welcher κατά νόμον, innerhalb ber Schranken bes Geselges, nicht κατά την αύτου βούλησιν feine Herrichaft außübe3), fei tein είδος πολιτείας, fondern νόμων, d. h. die auf ihn bezüglichen Rechtsfätze gehörten nicht zu den grundlegenden, sondern zu den ausführenden Bestimmungen der Staatsrechtsordnung; ein solcher Rönig sei nur nominell ein Rönig 4), in Wirklichkeit ein Beamter, ein Organ mit beschränktem Wirkungsfreis 5), fomit könne dies Königtum bei jeder Berfassungsform gegeben fein 6). hier trennt fich der Stagirite also vollkommen von der philosophisch-politischen Termino-Logie der Atademie, welcher er selbst noch in der Rhetorit folgt 7), und, wenn er dies thut, so ift es eben die Folge einer erhöhten Berücksichtigung rechtsgeschichtlichen, also positivrechtlichen Materials. Die Ausführungen über die einzelnen Arten der Basileia laffen dies mit aller Deutlichkeit erkennen.

Aristoteles stellt fünf Arten von Königsherrschaften positivrechtlicher Benennung 8) auf. Alls erfte erscheint ihm das auf Wahl ober rechtmäßiger Bererbung beruhende Amt des lebenslänglichen, im Kriege außerhalb bes Landes keiner höheren Gewalt unterworfenen militärischen Oberbefehlshabers) - ein Beispiel hiefür bas lakebamonische Rönigtum -, als lette bas unbeschränkte, bem Staatswohl bienenbe Ronigtum, das Ronigtum schlechthin, das Königtum mit άρχη πολιτική, welches der Gewalt des Hausvorstandes über die Rinder entspricht, also ebenso umfassend und ebenso für das Wohl der Beherrschten besorgt 10). Dazwischen stehen ihm das Königtum der Heroenzeit, eine auf militärische Führung, Richtergewalt und priefterliche Funktion beschränkte, auf gesetzlichem Wege entstandene und vererbliche Herrschaft 11); die βασιλεία βαρβαριαή, das Königtum einiger nichtgriechischen Staaten, insbesondere ber Berfer, eine rechtmäßig begründete und vererbliche, an gesetzliche Schranken nicht gebundene, selbstsüchtige Interessen verfolgende Gin= herrschaft 12); endlich die Aishmnetie 13), eine aipern ropavvic, von dem Königtum der Nichtgriechen sich nicht durch das Fehlen der gesetzlichen Begründung, sondern nur durch bas Fehlen ber Lebenslänglichkeit und damit der gesetlichen Erbfolge unterscheidend, also eine auf Volkswahl beruhende, nicht erbliche, an gesehliche Schranken nicht gebundene, selbstsüchtigen Zwecken dienende Herrschaft (Despotie), die, wie Aristoteles sagt, historisch teils auf Lebenszeit, teils auf bestimmte Zeit, teils für bestimmte einzelne Aufgaben vor= fam 14). Für seine Zeit konstatiert Aristoteles, daß es in Griechenland nur noch nominelle

¹⁾ III, 1285 b 4 n. 30, 1286 a 1. In der Rhetorik wird die Thrannis eine μοναρχία αόριστος genaunt (I, 8, 1386, 3).

²⁾ III, 1285 b 37 u. 18.

³⁾ III, 1287a 4, 1286b 32, 1288a 3, VIII (V), 1313a 3.

⁴⁾ VI (IV), 1288.

⁵⁾ III, 1287 a 8: κατά μέρος. Um die umfassende Kompetenz des Beamtenkollegiums der Ephoren zu fennzeichnen, nennt Aristoteles ihre αρχή eine αρχή εσοτόραννος (II, 1270 b 14).

⁶⁾ ΙΙΙ, 1286a 4. 7) Ι, 8, 1366: μοναρχία δ' ἐστὶ κατὰ τοὄνομα ἐν ἦ εἶς ἀπάντων κόριος ἐστίν τούτων δὲ ἡ μεν κατά τάξιν τινά βασιλεία, ή δ' ἀόριστος τυραννίς.

⁸⁾ III, 1285 a 4. 9) III, 1285 b 35, 1285 a 3, 16 u. 27, VIII (V), 1313 a 20 ff.

¹⁰⁾ VIII (V), 1315b, 1314b 7.

¹¹⁾ ΙΙΙ, 1285 b 5 π. 21: έκόντων μέν, επί τισι δ'ώρισμένοις. 12) VIII (V), 1313a 38 u. b 10, III, 1285b 24, 1285a 17ff.

¹³⁾ III, 1285a 31 u. b 26, 1286 b 39. Siezu Ed. Meyer II, S. 341, 635: = "Gebührwalt - er hat bafür zu sorgen, bag jedem zuteil wird, was ihm nach göttlichem und mensch= lichem Recht zusteht"

¹⁴⁾ Wenn Ariftoteles die Zwischenstellung, welche er den drei legtgenannten Arten zwischen

Rönigsherrichaften gebe; die Menschen seien fich mehr als früher gleich, barum ertrage man eine unbeschränkte Einherrschaft freiwillig nicht mehr: wenn sie aber auf List ober Gewalt gegründet werbe, bann fei eben ichon eine Thrannis vorhanden 1). Damit gibt Ariftoteles zugleich an, worauf er ben wesentlichen Unterschied positiven Rechts zwischen Thrannis und Königtum allein gründet. Es ist nur die Art des Erwerbs2). In der Selbstfucht bes Herrschers erblickt3) Aristoteles, wie wir schon früher4) faben, allerdings ein regelmäßiges, aber kein wesentliches Merkmal ber positivrechtlichen Thrannis. Freilich bas oberfte Ginteilungspringip für bie verschiebenen Arten ber Thrannis ist ihm bie Thrannis im positivrechtlichen Sinne nicht, als beren zwei Unterarten bie nur selbstsüchtige Intereffen verfolgende Thrannis und diejenige, welche βασιλιαωτέρα ist 5), zu unterscheiden wären, sondern, dem grundsätzlich politischen Charakter des Buches entsprechend, die Thrannis im Sinne der vorwiegend felbstsüchtigen Herrschaft 6). Aristoteles erwähnt bas Barbarenkönigtum und die Aisymnetie, die er zuerst zutreffend unter die Basilisial ein= reiht, auch unter ben είδη τυραννίδος. Die vollkommen klare Erkenntnis des Unterschiedes von philosophisch=politischer und positivrechtlicher Tyrannis fehlt also.

Des weiteren wird man vom einseitig juristischen Standpunkte aus eine ausdrückliche Untersuchung darüber vermiffen, ob sich benn ber Thrann im Sinne bes griechischen Rechts von dem Bazilebe nicht auch dadurch unterschied, daß er seine Gewalt als Vertreter bes Demos, nicht, wie ber βασιλεύς, aus eigenem Rechte übte. Allein es wäre geradezu auffällig, wenn wir bei Aristoteles eine ausbrückliche Untersuchung hierüber fänden, nachdem seine juriftischen Ausführungen in ber Bolitit ja nur Beihilfen zum politischen Berftanbnis ber Dinge sein sollten und für die politische Würdigung der verschiedenen Arten der Monarchie diesem Unterschiede aber auch jede Bedeutung von Gewicht abgieng. Gelegent= liche Spuren berartiger Erkenntnis lassen sich bagegen nachweisen. Für ben Aishmneten ift diefelbe jedenfalls gegeben. Ariftoteles will das Borhandensein obiger Unterscheidung gewiß mit bem hinweis auf die Bestellung des Aismmeten burch Wahl andeuten ?). Aber auch für die Thrannis burfte fich biefe Erkenntnis, bie Erkenntnis, bag bie Thrannis der Regel nach 8) nur eine monarchische Regierungs-, keine monarchische Staats-

spartanischem Königtum und παμβασιλεία anweist, damit motiviert, daß dieselben eine geringere Machtvollkommenheit, als diese, eine größere, als jene, besäßen (III, 1285b 36), so ist dies für das Bardarenkönigtum vollkommen unklar, das ebenso absolut in Form und Jnhalt, wie die παμβασιλεία war. Es wird daher später auch wiederholt der letzteren gleichgestellt (VIII, 1313a 38 u. 6: κορίαν μειζόνων). Auch sür die Lithmneten läßt sich ein gemindertes Recht nur aus dem Fehsen der Lebenslänglichkeit und Erblichkeit, nicht aber aus Umsang und Inhalt der Herrschaft entnehmen.

1) VIII (V), 1313a 4 si., 1304b 8, 1305a 15, 1306a 24. Oben S. 104.

2) Für die Begründung auf gesehlichem Wege gebraucht Aristoteles entweder κατά νόμον (III, 1285a 19) oder έκόντων (III, 1285b 5 u. 21, VI, 1295a 16) oder beides zusammen (III, 1285a 28). Fiezu άδικως und δικαίως in III, 1276a 3. Aristoteles hebt auch noch sehr richtig hervor, wie eine illegitim begründete Herrschaft im Laufe der Regierungszeit des Begründers eine Basikia, und eine Basikia, und eine Basikia, und eine Basikia in gleicher Weise eine roognysis zu werden vermöge: um Conkousympt

βασιλεία, und eine βασιλεία in gleicher Weise eine τυραννίς zu werden vermöge: μή βουλομένων γὰρ εδθύς οὐκ ἔσται βασιλεύς, ἀλλ' ὁ τύραννος καὶ μή βουλομένων (VIII, 1314a 37, 1313a 14, 1310b 20).

³⁾ S. 108 bei N. 2. 4) Das Vorhandensein eines solchen Doppelbegriffes der Thrannis bei Aristoteles dürfte von Zeller, Berl. Sigungsber. 1887, S. 1138 u. 1142 ff., Bernatit S. 10 und von Meyer S. 613 verkannt sein. Wortdeutlich gibt er demselben, allerdings mit tautologischen Wendungen, in der gegenfählichen Charakterisierung des nichtgriechischen Königtums und der Alshmneten Ausdruck: 1320 δε διά μεν το κατά νόμον βασιλικαί και διά το μοναρχείν εκόντων, τυραννικαί δε διά το δεσποτικώς άρχειν και κατά την αυτών γνώμην (VI [IV] 1295 a 15).

5) VIII, 1314 a 36.

6) VI (IV), 1295 a ff.

⁷⁾ Die Wahl des Pittakos zum Aisymneten erfolgte ohne Aenderung der demokratischen Staatsform Mytilenes (hiezu Meyer S. 635). Die unmittelbare Demofratie wurde nur zu einer

⁸⁾ Siernber S. 18, N. 2.

form war, beim Stagiriten feftstellen laffen und zwar daraus, daß Ariftoteles die Thrannis als eine für ihre Regierungshandlungen rechtlich unverantwortliche 1) Ginherrichaft über lauter Gleiche und Beffere jum Borteil des Berrichers, nicht der Beherrichten bezeichnet. Dieselbe beruhe baher auch nicht auf bem Willen ber Unterthanen, benn tein Freier ertrage freiwillig eine folde Herrschaft2). Dem Gerrscher gleich und frei in bem hier gemeinten Sinne find aber die Unterthanen im republikanischen Staatswesen. Juriftisch tonftruktiv mußte also auch der Aisymnete und der Thrann der Regelerscheinung mit dem lakedämonischen Königtum, das rechtlich nur erbliche Feldherrn= würde ift, aus der Reihe der monarchischen Staats-, d. h. Verfaffungsformen ausgeschieden werden 3).

§ 29. Die juriftische Einteilung der Staatsformen bei Aristoteles. Untersuchen wir jum Schluß zusammenfaffend, welche Einteilung ber Staatsformen im weiteren Sinne sich vom rein staatsrechtlichen Standpunkte aus als die aristotelische ergibt, so finden wir als oberfte Einteilung ber Verfaffungsformen die in Monarchie und Politie b. h. Republik4). Die Monarchie zweit sich bann in Königtum und Thrannis, je nachbem die Herrschaft rechtmäßig oder unrechtmäßig erworben wird 5); ein nicht häufig vorkommen= der Unterschied, weil die Tyrannis in der Regel nicht Herrschaft aus eigenem Recht, sondern nur eine Regierungsform innerhalb einer anderen Staatsform, insbesondere innerhalb der Demokratie ift. Die Politien ihrerseits zerfallen in πολιτείαι ολίγων und των πολλων (τοῦ πλήθους), in Weniger= und Vielherrschaften 6). Weitere wesentliche Unterschiede bestehen lediglich unter den Politien: Oligarchie und Aristokratie innerhalb ber Weniger-, Politie im engften Sinn und Demokratie innerhalb ber Mehrheitsherrschaften unterscheiden sich badurch, daß in der Oligarchie und Politie notwendig, in Aristotratie und Demokratie möglicherweise bas Bürgerrecht burch Bermögensbesik bebingt ift. Wie zwischen ben Monarchien, fo bilbet auch zwischen ben Weniger= und Viel= herrschaften bas Merkmal ber gemeinnütigen bezw. selbstfüchtigen Staatsverwaltung nur ein regelmäßiges, fein wesentliches Unterscheidungsmoment.

Von diesen Verfassungsformen findet Aristoteles in seiner Zeit barbarisches König= tum, Tyrannis, Demokratie und Oligarchie, nicht aber Aristokratie und Politie vertreten. Wenn Aristoteles die Verfassung der fretischen Städte, die von Sparta und Rarthago als Ariftokratien bezeichnet, so meint er bamit bie Verfaffungen früherer Tage. Bezüglich Spartas haben wir dafür das ausdrückliche Zeugnis des Stagiriten, wenn er und erzählt, daß Athen und Sparta in den Staaten, welche sie unter ihre Segemonie brachten, auf Ginführung der bei ihnen beftehenden Staatsverfaffungen, die

2) VI (IV), 1295a 20: ήτις ανυπεύθυνος άρχη των όμοίων και βελτιόνων πάντων πρὸς τὸ τφέτερον αὐτης συμφέρον, άλλα μη πρὸς τὸ τῶν άρχομένων. διόπερ ἀκούσιος οὐδείς γὰρ έκων

¹⁾ Rechtliche Unverantwortlichkeit kommt felbstverständlich auch bem wahren König zu; fie folgt aus dem κόριος πάντων (= τῆς πόλεως VIII (V), 1314b 9). Damit steht nicht in Widerspruch, wenn dem Thrannen in VIII, 1314b 5 u. 1 empsohlen wird, damit er βασιλιαώς, d. h. im Interesse des Staates, zu handeln scheine und sich dadurch seine Herrschaft erhalte, über alle Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu stellen. Das thut der König nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Grunden. Rechtlich ift er für Berwendung ber Staatsgelder im Staatsintereffe nicht

δπομένει των έλευθέρων την τοιαότην άρχήν.

3) Diese spartanischen Könige untericeiben sich von den Tyrannen wieder daburch, daß sie nur außerhalb des Landes im Felde unbeschränkte Gewalt hatten und für die Ausübung ihrer Besugnis verantwortlich waren. Den nicht blos auf bestimmte Aufgaben beschränkten Aismmeten dasgegen wohnte wohl wegen der ihnen in jeder Richtung zukommenden absoluten Gewalt rechtliche Underantwortlichkeit dei. Es ist dies umsomes anzunehmen, als sie in praxi auch Tyrannen gesannt worden schränkten Seine der Schränkten Seine sein die der Ausbergerung seine der Seine de nannt wurden (über letteres Meger G. 635).

⁴⁾ Siehe oben G. 104 bei M. 8.

⁵⁾ Bgl. vorige Seite R. 2.

⁶⁾ III, 1279a 25 ff.

Lakebämonier auf die der Oligarchie, die Athener auf diejenige ber Demokratie, brangen 1). Dies läßt ersehen, daß sich Aristoteles das aristotratisch verfaßte Sparta bis in das fünfte Sahrhundert zurückliegend benkt. Im übrigen geht es baraus hervor, daß wieder= holt ganz allgemein gesagt wird, die meisten Berfassungen seien demokratisch und oligarchisch 2), um bann hinfichtlich ber Politie im engsten Sinne noch zu bemerken, bag dieselbe nie oder wenigstens nur selten vorkomme 3).

Was die Regierungsformen anlangt, so unterscheidet Aristoteles hinsichtlich der Organisation des Boodsvousvov — hierauf beschränkt sich seine Unterscheidung — eine bemokratische, oligarchische, aristokratische und eine "politische" Einrichtung besselben.

§ 30. Die Lehre von den Staatsformen in der Ethit und Rhetorif. Ghe wir gu den anderen, wenigen, staatsrechtlichen Lehren, welche die aristotelische Politik außerdem enthält, übergehen, ift es noch erforderlich, die oben 4), als wir von der Zeit der Abfaffung ber einzelnen publiziftischen Schriften bes Stagiriten sprachen, aufgeftellte und feitbem öfters wiederholte Behauptung zu begründen, daß Ethik und Rhetorik in ihren Lehren von den Staatsformen vor der Politik und zwar die Rhetorik in den diesbezüglichen Ungaben zwifchen Ethik und Politik liegen. Nachbem wir die betreffenden Ausführungen der Politik und die Fortschritte darin gegenüber Platon so eingehend kennen gelernt haben, bedarf es hiezu keines weitwendigen Beweises. Es genügen einige wenige Schluffolgerungen, die wir durch Gegenüberstellung ber berichiebenen Charakterifierungen und Ginteilungen in Politik, Ethik und Rhetorik gewinnen.

In ber Cthit unterscheidet Ariftoteles brei qute und brei verderbte Arten von Berfassungen, Königtum, Aristokratie und Timokratie ober Politie auf der einen, Thrannis, Oligarchie und Demokratie auf der anderen Seite. Das unterscheidende Merkmal liegt barin, ob die Herrschaft im Interesse ber Berrichen ober ber Beherrschten geubt wird 5). In der Rhetorik unterscheidet Ariftoteles vier Hauptformen, die Demofratie, in welcher die Alemter durch Los, die Oligarchie, in welcher fie an die Begüterten (ἀπὸ τιμημάτων), die Aristokratie, in welcher die zur Gesetlichkeit Grzogenen sie innehaben, und die Monarchie, wo, wie der Name sagt, είς άπάντων αύριος έστιν; von diesen wird lettere noch in zwei Unterarten, in die μοναρχία κατά τάξιν und die μοναρχία άόριστος, die an gesetzliche Schranken sich haltende, und die von folchen freie Monarchie, in Bafileia und Tyrannis zerlegt "). Un fich ift ja diefe zweite Ginteilung die altere, fie knüpft an Sokrates, die andere nur an Platon an. Allein nichtsbestoweniger bürften bie Ausführungen der Rhetorit über die verschiedenen είδη πολιτείας später fallen, als die ber Ethik. Sie bekunden, abgesehen bavon, bag bie Charakterifierungen ber Rhetorik bem positiven Rechte und damit, wie die Politik, der Empirie viel näher stehen, schon mehr eigenes Nachdenken über diese Lehre, Systematisierung und Ausdrücke, welche an die Politik erinnern. Es zeigt sich bies barin, daß Ariftoteles ein oberftes Unterscheibungsmerkmal für alle Berfaffungsarten aufstellt, und daß er bies in gleicher Weise beftimmt und benennt, wie in der Politik geschieht. Den oberften Ginteilungsgrund aller Staatsformen findet er, wie in der Politik, in der Verschiedenheit der Herrschaft. Wohl hat auch schon Platon ausgesprochen, daß die herrichende Fünfteilung der Politien auf der verschiedenen Organi= sation der oberften Ausübung der Staatsgewalt beruhe. Allein, während Platon diese

¹⁾ VI (IV), 1296a 32ff. u. VIII (V), 1307b 22ff. Dem steht auch nicht II, 1270a mit ber Bemerkung entgegen, daß ber Grundbesit in ber Hand Weniger konzentriert sei, was auch, soweit es richtig ift, in vorariftotelische Zeit zurückgeht (Pohlmann S. 104, 106, 108).

^{2) (}VI IV), 1296 a 22, VIII (V), 1302 a 1. 3) VII (IV), 1296 a 37. 5) Eth. Rif. VIII, 10, 1160 a 31 ff.

⁴⁾ Oben § 18. 6) Rhet. I, 8, 1365b 27ff.

Berschiedenheit als eine Verschiedenheit des αράτος τοῦ δεσπότου bezeichnet 1, spricht die Rhetorik von einer Verschiedenheit ber ubera, des upivov. In ähnlicher Weise wird aber in der Politik die πολιτεία als eine Ordnung der obersten Gewalt, des αύριον, umfcrieben2) und das gemeinsame Wesen zweier Bestandteile dieses abprov, des Bondendμενον und des δικάζον, ja an einigen Stellen sogar aller drei Stücke desselben3) in ein upivair verlegt4). So ergibt sich die Berechtigung obiger Erklärung, zugleich aber, daß erft die Politik die wirklich ariftotelische Lehre von den Staatsarten enthält, während die Sthit der alteren Afademie 5), die Rhetorit der Lehre der an Sokrates anknüpfenden Rhetoren 6) folgt.

§ 31. Die Lehre von ben Staatspringipien. Der Umstand, daß der Stagirite zwei ftaatsrechtlich fo verschiedene Dinge, wie es die Ordnung der Berfassungsform und die Organisation der Ausübung des βουλευόμενον sind, mit demselben Namen πολιτεία bezeichnet, führt uns zu einer weiteren, ebenfalls staatsrechtlich auszubeutenden Lehre der Politik, zu der Lehre von den Staatsprinzipien. Wie früher?) gezeigt, erklärt fich die Thatsache, daß Aristoteles Staats- und Regierungsorganisation ohne nähere Unterscheibung unter bemfelben Ausdruck begreift, eben baraus, daß feine Darstellung nicht sowohl ben Berfaffungs- und sonstigen ftaatlichen Organisationsformen als vielmehr ber Behre von den Staatsprinzipien gewidmet ist.

Der Schwerpunkt diefer Lehre liegt in dem seinem Ursprung nach ebenfalls auf platonischen Ideen beruhenden, von Aristoteles mit genialer Rraft verfolgten Gedanken, baß alle vorhandenen Staatspringipien fich auf bas eine ber Gleichheit, bas man vorzugsweise als das demokratische bezeichne8), zurückzuführen seien. Aristoteles erörtert diefen Gedanken zwar nicht für die Frage rechtlicher, sondern thatsächlicher oberfter Ge= walt im Staate, also nicht unter ftaatsrechtlichem, sondern sozialpolitischem Gesichtspunkt, allein, weil im rechtlich geordneten und diese Ordnung einhaltenden Staat thatsächliche Berrschaft gewöhnlich da liegt, wo sich auch die rechtliche Gewalt befindet, so läßt sich diese Lehre auch als eine folche staatsrechtlichen Inhalts bezeichnen.

Aristoteles führt aus: die Gleichheit sei eine zweifache, eine nach der Zahl und eine nach dem Wert 9), eine qualitative und eine quantitative; beide find in jedem Staat vorhanden 16). Qualitative Momente sind Freiheit, Reichtum, Bildung, Abel; das quanti= tative ift das numerische Uebergewicht, die όπερογή του πλήθου. Vom Standpunkt der Philosophie aus, welche in voller Uebereinstimmung darüber sei, daß die wahre Gleich= heit oder Gerechtigkeit allein die qualitative Gleichheit sei, diesenige, welche Ungleiche ungleich behandele 11), muffe man zu dem Ergebnis kommen, die Herrschaft im Staate gebühre dem Teil der Gesellschaft, der an politischer Bildung und Tüchtigkeit die übrigen überrage, denn der Zweck des Staates bestehe in einem glücklichen und edlen Leben 12). Wenn aber dies der Zweck der ftaatlichen Gemeinschaft sei, dann muffe denen, welche zur Erfüllung desfelben beitragen, ein größerer Ginfluß im Staatsleben gewährt werben, einerseits als benen, welche ihnen an Freiheit ober Abel gleich ober noch überlegen seien, an πολιτική άρετή aber nachstünden, andererseits als denjenigen, welche ihnen an Reich= tum, aber ebenfalls nicht an dieser aperi vorangiengen 13). Es muffe baber, wenn ein Geschlecht ober ein Einzelner auftrete, deffen apery die aller Anderen zusammengenommen

¹⁾ Oben S. 37.

^{3) 3.} B. VI (IV), 1298a 8. 5) Oben S. 107 bei N. 3.

^{7) § 26.}

⁹⁾ VIII (V), 1301b 29.

²⁾ III, 1278b 10.

⁴⁾ Siehe oben S. 86, N. 3.

⁶⁾ Oben § 15. 8) VI (IV), 1291 b 34.

¹⁰⁾ VI (IV), 1296b 16.

¹¹⁾ VIII (V), 1301a 26, 1301b 36, III, 1280a 11 ff., 1282b 20 ff. 12) III, 1283 a 25. 13) III, 1281 a 1ff.

überrage, Diefes Geschlecht bezw. Diefer Gine Gerr über Alles werben 1). Ru anderem gelange man vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus. Rach den Unforderungen der Politik sei es zutreffender, die Staatsgewalt unter Berücksichtigung beider Arten von Bleichheit zu verteilen; eine Berfaffung, welche nur eine von beiden berücksichtige, fei erfahrungggemäß nicht von langer Dauer und unterliege inneren Störungen 2). Man muffe baher alle im Staat vorhandenen, fich entgegengesetten Gesellschaftsgruppen an ber Staatsgewalt beteiligen, die Gebilbeten und die Ungebilbeten, die Armen und bie Reichen 3). Im praktisch-politischen Leben allerdings entscheibe entweder das qualitative 4) oder das quantitative 5) Uebergewicht der einzelnen Gesellschaftsgruppen. Indem die Einen behaupteten, wenn Leute in einem Stud ungleich feien, 3. B. im Bermogen, fo feien fie schlechthin, auch in Bezug auf den Anteil an der Staatsgewalt, als ungleich anzusehen, Andere bagegen von ber Meinung ausgiengen, daß Leute, welche in einem Stude gleich feien, g. B. in ber freien Geburt, bamit auch ichlechthin gleich fein mußten, seien in ber Wirklichkeit Oligarchie und Demokratie die häufigsten Berfaffungen, benn Abel und Tüchtigkeit finde fich bei relativ Wenigen, Reichtum und Armut bei relativ Bielen 6).

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß dieser Gegensak der Verteilung der Staatsgewalten nach dem Unterschied von baspoun und nown doorge sich von der Frage bes thatsächlichen auch auf die Frage bes rechtlichen Anteils an ber Staatsgewalt übertragen läßt, eben weil fich biese thatsachliche meist in rechtlicher Berrichaft außert, und baß sonach mit jenem Gegensat auch ein staatsrechtlich verwertbares Einteilungsmoment gewonnen wurde.

Die Untersuchungen der Politik über die verschiedenen Staatsprinzipien find aber auch noch von zwei anderen Gefichtspunkten aus betrachtet von staatsrechtlicher Bedeutung.

Die einzelnen Staatsprinzipien thun sich, wie unsere bisherigen Ausführungen zeigen, in verschiedenen Richtungen tund. Wir haben verschiedene Arten der Politien einerseits in Bezug auf bie Berfaffungsform, andererseits hinsichtlich ber Organisation bes βουλευόμενον unterschieden?). Staatsrechtlich intereffant ift, daß diese verschiedenen Richtungen nicht nur bem Berfaffungs-, sonbern auch bem Berwaltungsrecht angehören. Edendspla ift das Bringip ber Demokratie.8). Dieselbe bekundet fich aber nicht blos in bem Staatsbürger-, sondern auch in dem Unterthanenverhaltnis. Elabdepia ift auch gegeben, wo ber Sanblungsfreiheit ber Unterthanen möglichst wenig Schranken gezogen finb 9).

¹⁾ III, 1288a 15ff., VIII (V), 1301a 35ff.

^{1) 111, 1200} α 15 ||., ν 111 (ν), 1301 α 30 ||.
2) VIII, 1302 α 3 ||.
3) 1308 b 25 ||.
4) δύναμις, όπεροχή.
5) κοινή ισότης; VI (IV), 1290 α 8: πολιτεία μέν γὰρ ή τῶν ἀρχῶν τάξις ἐστί, ταύτην δὲ διανέμονται πάντες (scil. Staatengründer, Staatsmänner, Gejetzgeber) ἢ κατὰ τὴν δύναμιν τῶν μετεγόντων ἢ κατὰ τιν αὐτῶν. ἰσότητο κοινήν, λέγω διοίον τῶν ἀπόρων ἢ τῶν ἐὐπόρων ἢ κοινὴν τιν ἀμφοῖν (bie berʃidjiebenen Staatsreditsordnungen werden eingeteilt entweder nach einem Moment, welches fich als eine berjenigen Eigenschaften barftellt, welche bie am Staatsburgerrecht Teilhabenden vor Anderen auszeichnen, oder nach einer allgemeinen Gleichheit, 3. B. ber der Armut ober bes Reichtume, oder einer, welche diesen beiden gemeinsam ist, d. h. der freien Geburt). Ferner VII (VI), 1321 a 1 ff.: ή πολυανθρωπία αντίκειται πρός τὸ δίκαιον τὸ κατά την άξιαν und Eth. Nik. V,

¹¹³³ b 27. 6) III, 1280 a 22, 1282 b 24 ff., VII (VI), 1318 a 5, VIII (V), 1301 a 29 ff., b 36 ff., 1302a 1ff.

⁷⁾ Gine weitere Ausstrahlung bes Prinzipienunterschiedes von allgemeinerem Charafter fieht Ariftoteles in ber verschiedenen Art ber Bestellung ber Staatsorgane. Sieruber VI (IV), 1300a 15ff., 30 ff., 1301a 11 ff., 1292 b 3 u. 4. Hervorzuheben ist hieraus an diesem Orte nur, daß aristo-tratische Besetzungsweise für Aristoteles nicht blos vorliegt, wenn die Bestellung Einiger durch Alle, fondern auch, wenn die Bestellung durch bestimmt Qualifizierte aus Allen durch Wahl erfolgt.

8) Oben S. 100 bei N. 12.

9) VII (VI), 1317 b 11 ff., VIII (V), 1310 a 30. Vgl. auch Schmidt, Ethik der Griechen,

II, 233 ff.

Und intereffant ift weiter und ein Beweis der positivrechtlichen Anschauung, daß Ari= ftoteles die einzelnen Staatspringipien nicht ausschließlich mit beftimmten Staatssormen verknüpft. 'Aperi ift nur vorwiegend, nicht ausschließlich das Prinzip der Aristokratie, έλουθορία nur vorwiegend, nicht ausschließlich das Prinzip der Demokratie 1). Dann erklärt fich auch die Bemerkung, daß es Verbindungen der verschiedenen πολιτείαι, 3. B. oligarchische Aristokratien und demokratische Politien, und so mehr Arten von Politien als Namen bafür gabe 2): unter nodereid find hier die Staatspringipien gemeint. Wenn Aristoteles bie Beteiligung mehr als einer sozialen Gruppe nicht blos an ber Erledigung niedrigerer Staatsgeschäfte 3), sondern am Staatsregiment 4) selbst für zweckmäßig halt, fo denkt er dabei keineswegs an eine rechtliche gemischte Staatsform 5). Es handelt fich bei ihm nur um eine foziale Mischung ber Staatsformen und um rechtliche Mischung ber Staatsprinzipien.

Die verschiedenen Arten der Behörden und der Gesehesbegriff. Als die zwei letten Lehren, welche von Ariftoteles auch ftaatsrechtliche Behandlung erfahren haben, nennen wir die Lehre von der sachlichen Gliederung der Behörden und vom Gefek. Beibe find in der Politit des Raberen erörtert. Die verschiedene Art, wie bies in dem einen und in dem anderen Fall geschieht, giebt uns ein typisches Beispiel bafür, wie je nach der Verschiedenheit der einzelnen Staatseinrichtungen politische Betrachtung ein Eingehen auf juriftische Fragen erforderlich oder entbehrlich macht.

Ganz anders, als im Staatswesen der Athener, wo Aristoteles in Bezug auf den erften Bunkt die Bule als die Behörde voranftellt, welche den umfaffenoften Wirkungs= treis hat, und ihre Zuftandigkeit und ihr Berhaltnis zu anderen Behörden im Ginzelnen verfolgt'6), ftehen hier die beiben rein politischen Fragen in dem Vordergrund, welche Behörben find notwendig, und welche verlangen besondere Renntnisse und besonderes Bertrauen 7). So kommt es, daß hier als die erste Behörde die Marktpolizei erscheint, weil fie für das Unumgänglichfte gur Gelbstgenugsamkeit des Staates, für den Lebens= unterhalt der Staatseinwohner, forgt, mährend der Rat das Ganze schließt 8). Staats= rechtlich verwertbare Gesichtspunkte, die Zusammenfassung ber Geselswächter, ber Probulen und des Rates unter dem Begriff der obersten Aemter⁹), die Unterscheidung von apxal πολιτικαί und περί τούς θεούς, treten ganz zurück 10).

Auch in der Lehre von der Gesetgebung find es selbstverftändlich politische Ge= fichtspunkte, von welchen ausgegangen wird. Es find die beiden Fragen, was zuträglicher für den Staat sei, Beherrschung durch den besten Mann oder durch das beste Gesetz, und warum der gute Gesetzgeber die Unterschiede und den politischen Wert der einzelnen Ber= faffungen kennen muffe 11). Sier knüpfen fich aber an die politischen Fragen staatsrechtliche Ausführungen über Gesehesbegriff und Gesehesarten. Reues bieten lettere gegenüber ber bisherigen Erkenntnis 12) bis auf einen Bunkt allerdings nicht.

Das Gesetz ist nur dazu geschickt, d. h. zweckmäßigerweise verwendbar, das Allgemeine, nicht aber bas Zufällige, b. h. bas Individuelle zu ordnen 13). Die regelmäßige

¹⁾ VI (IV), 1294a 9 u. 12; VII (VI), 1317a 40 u. VI, 1291b 34. Schrankenlose Freisheit sei nicht einmal ersprießlich: ἡ γὰρ εξουσία τοῦ πράττειν ὅτι ἀν εθέλη τις οὐ δύναται φυλάτ-1 set το δν έκάστω των άνθρωπων φαδλον (VII, 1318a 40).
2) VII (VI), 1317a 1 u. VI (IV), 1297b 30.
3) VIII (V), 1309a 27; oben S. 121, N. 3 u. 115, N. 7.
4) VII (VI), 1318a; siehe oben S. 114 bei N. 5.
5) Die Stelle 1318a 25 sf. spricht lediglich von Einrichtungen innerhalb der Demokratie.

⁶⁾ Oben S. 64 R. 1. 7) VII (VI), 1321 b 5 ff., 1322 b 30, 1322 a 32.

⁹⁾ Oben S. 120, N. 5. 8) 1322 b 37.

¹¹⁾ III, 1286 a 9 u. VI (IV), 1289 a 20 ff. 13) III, 1286 a 10 ff., 1287 b 27. 10) S. 87. 12) Oben § 8.

Form ist also das allgemeine Gesetz. Das Gesetz ist entweder geschriebenes oder ungeschriebenes. I. Im engsten Sinn bildet Gesetz den Gegensatz zu Versassung, die an sich mit unter den Gesetzesbegriff fällt. Auch dei Aristoteles ist dieses Gesetz im engsten Sinn eine an die Staatsorgane, die ἄρχοντες, sich richtende Vorschrift. Nachdem Aristoteles gesagt, die Versassung bestimme bezüglich der obrigkeitlichen Gewalten die Art, wie sie verteilt werden, wer Träger der obersten Gewalt und was das Ziel oder Prinzip seder Staatsordnung sei, fährt er sort: "Die Gesetze dagegen sind abgesehen von denslenigen, welche die Versassung selbst bestimmen, diesenigen Vorschriften, nach welchen die Regierenden regieren und den Gesetzesübertretern wehren müssen". Ginen scharfen Gegensatz macht Aristoteles dann noch zwischen haptopara τοῦ δήμου und νόμοι. Der Gegensatz sist dem attischen Recht entnommen und sollte wohl im zweiten Teile der Politisseine Ertlärung sinden Recht entnommen und sollte wohl im zweiten Teile der Politisseine Ertlärung sinden Besenst sönne. Aristoteles macht sie mit der Bemerkung, daß Gewohnheitsrecht, Gesetze nach oft mehr demokratisch sei, διὰ δὲ τὸ ἔθος αχὶ την ἀγωγήν, nach Gewohnheit und Staatspraxis aber mehr oligarchisch verwaltet werde 4) 5).

Fünfter Abschnitt: Die hellenistisch-byzantinische Beit').

§ 33. Das alexandrinische Zeitalter. Bekanntlich ist unsere Kenntnis des Geisteslebens der hellenistischen Periode viel beschränkter, als diesenige, welche wir von der eigentlich griechischen Kultur besitzen. Im Gegensatz zu dieser sind uns die Werke der führenden Geister der Alexandrinerzeit in der Hauptsache nur nach Titeln oder Auszzügen oder Mitteilungen späterer Schriftsteller bekannt. Für unsere Fragen läßt das vorhandene Material etwa solgendes Bild zu.

Wenn irgend eine Wissensch, so mußte diejenige des Staatsrechts von den politischen Ereignissen der letzten Jahrzehnte des vierten und der ersten Jahrzehnte des 3. Jahr-hunderts v. Chr. start berührt werden. Für das europäische Griechenland und speziell sür Athen kennzeichnen sich diese Ereignisse durch zweierlei, einmal durch den dauernden Berlust der politischen d. h. thatsächlichen Souveränität infolge der teils völker-, teils staatsrechtlichen Verbindung mit dem makedonischen Weltreich, bezw. dem Teilreich, welches aus diesem Weltstaat, den Alexander seinen Rachfolgern hinterließ, hervorging, zum Anderen durch die Unbeständigkeit der Verfassungs- und Regierungsformen innerhalb

6) Bur folgenden Ginteilung fiehe Compers S. 420.

¹⁾ III, 1287 b 6, VI (IV), 1292 b 14, VII (VI), 1319 b 4 $\mathfrak u$. 1320 a 1, IV (VII), 1324 b 22.

²⁾ VI (IV), 1289a 16ff., IV (VII), 1324b 4; Hildenbrand S. 352.
3) Der Unterschied liegt in der Form des Zustandekommens. Bis zur Aenderung nach dem Sturze der Dreißig jedoch war die Form des Gesetzes im Ganzen dieselbe, wie die des Psephismas. Siehe Swoboda S. 238 und Jellinek, Gesetz und Verordnung 1887, S. 38 u. 39.

⁴⁾ VI (IV), 1292 b 13.
5) Selbstverständlich begegnet auch bei Aristoteles der alte Gegensaß von natürlichem (logischem) und positivem Recht, nicht blos in der Ethik, wo über ihn näher gehandelt wird — V, 1134 b 18 ff.: τοῦ δὲ πολιτικοῦ δικαίου τὸ μὲν φόσικον ἐστι, τὸ δὲ νομικόν —, sondern auch in der Politik (3. B. III, 1279 a 19, IV [VII], 1324 b 28, I, 1255 a 1 u. 5), alkein zugleich die Erkenntnis, daß es kein staatsrechtlich-juristischer, sondern ein staatsrechtlich-philosophischer Gegensaß ist; denn das Sese, von welchem Aristoteles in der Politik spricht, ist ihm schlechthin abänderdar (III, 1287 b 28), während das natürliche Recht, wie die Ethik darlegt (V, 1134 b 28), nur dis zu einem gewissen Grade abgeändert werden kann.

bes einzelnen Staatswesens. So stand Athen in kurzer Zeit nacheinander bald unter staats-, bald unter völkerrechtlicher Schutzgewalt des makedonischen Reiches, in anderen Staaten kam die Thrannis wieder auf.

Das Gine mußte das Arbeitsfeld griechischer Staatsrechtswiffenschaft, wie Staats= wissenschaupt, erweitern, ja wegen der höheren thatsächlichen Bedeutung des Großstaates das Augenmerk berfelben gang besonders diesen größeren Staatswesen zuwenden. Das Andere war geeignet, bas Interesse am Staat und damit auch am Staatsrecht ganglich verkummern zu laffen; denn nichts ift gerade der wiffenschaftlichen Pflege positiven Staatsrechtes so hinderlich, wie der Mangel einer gewissen Beständigkeit. Das erstere mußte umsomehr eintreten, als die von Makedonien ausgehende Gründung von Großstaaten gleichbedeutend mit einer Erhebung ber griechischen Rultur zur Weltkultur bes Bellenismus war, nachdem Makedonien feit den Tagen Philipps unter dem Ginfluß griechischer Geistesbildung gestanden hatte: griechische Wissenschaft fand in allen aus der Weltmonarchie Alexanders hervorgegangenen Reichen, neben und vor Bella in Alexandria, Antiochia und Pergamon eifrige Pflege. Für diese Städte war ja der Großstaat nicht blos ber Staat, mit welchem man in völker- ober ftaatsrechtlicher Berbindung ftand, sondern ber Staat, unter bessen unmittelbarer Herrschaft man lebte. Bei dem regen Berkehre, ber die verschiedenen Stätten der Wissenschaft verband, mußte die etwa außerhalb Griechenlands erfolgende Untersuchung ber Staatsrechtsverhaltniffe ber Großstaaten auch auf die wissenschaftliche Richtung des örtlichen Ausgangspunktes aller Wissenschaft, auf die Wiffenschaft in Athen, Ginfluß gewinnen.

Doch vermochte der Wandel der politischen Dinge, wenn er überhaupt wirkte, nicht gerade plöhlich und völlig umstürzend zu wirken. Wohl die staatlichen Thatsachen, nicht aber die staatliche Forschung unterliegt plöhlich auftretenden gewaltsamen Aenderungen. Daß die griechische Staatsrechtswissenschaft ihr bisheriges Arbeitsseld so unmittelbar verlassen würde, war um so weniger anzunehmen, als sie dasselbe eben erst — unter der Führung von Aristoteles — in umsassenderer Weise betreten hatte. Eben erst war sie zu einer empirischen Untersuchung der einzelnen griechischen Staatsewesen vorgedrungen.

So entnehmen wir benn, von Theophraft, ben wir schon oben 1) nannten, ganz abgesehen, aus den uns erhaltenen Titeln der Staatsschriften zweier bedeutender Peripatetiker an der Wende des 4. zum 3. Jahrhundert, Dikäarchs von Messene und des Demetrios von Phaleron, der eine ein Schüler von Aristoteles, der andere ein Schüler Theophrasts, daß die griechische Staatsrechtswissenschaft in ihren beiden Erscheinungssormen als selbständige historisch-dogmatische Untersuchung und als accessorische Beigabe politisch-philosophischer Betrachtung wenigstens teilweise noch die bisherigen Untersuchungsobjekte beibehielt.

Bon Dikäarch werden uns Politien der Pellenäer, Korinther und Athener genannt und ein politisches Werk, der Tripolitikos, in welchem eine Mischung aus den drei guten Staatssormen, der guten Demokratie, der Aristokratie und Wonarchie als beste Staatssorm vorgeschlagen wird, das spätere sog. γένος διααιαρχιαόν²). Wir dürsen vermuten, daß sich sene Politien dem Aristotelischen Borbild angeschlossen haben und der Tripolitikos auf empirischer d. i. positiv staatrechtlicher Grundlage beruhte. Es unterstützt uns darin das Fragment 23 bei Athenaios IV, 141a. Dasselbe läßt ersehen, daß in dem Tripolitikos eine genaue Beschreibung der spartanischen Phiditien enthalten war³).

3) Hiezu Onden, Staatslehre des Aristoteles, II, S. 370ff.

^{1) § 17. 2)} Photios, Bibl. Cob. 37.

Es ift baber bie Annahme gerechtfertigt, bag Difaarch bieje feine gemischte Staatsform ber idealisierten Verfassung des alten Sparta entnahm 1).

Bon Demetrios von Phaleron werden sowohl Schriften aset the 'Adhinge νομοθεσίας und περί των 'Αθήνησι πολιτειών wie περί της πολιτείας schlechthin erwähnt2), Schriften, von denen umsomehr vermutet werden darf, daß sie positives Recht berudsichtigten, als Demetrios ja als praktischer Staatsmann in Athen thätig gewesen ist und auch Erinnerungen seiner zehnjährigen Verwaltung daselbst geschrieben hat.

Andererseits finden wir aber in der Zeit des Uebergangs zum dritten Jahrhundert auch schon die Anfänge einer neuen Richtung. Zenon hat die ftoische Schule 308, Spikur die nach feinen "Gärten" benannte Lehrgenoffenschaft 306 in Uthen gegründet. Die Anfänge zeigen fich zuerft in einer philosophischen Betrachtung bes Stagtes und zwar tritt der Wandel der Dinge in erster Linie in der Richtung einer Berkummerung des wiffenschaftlichen Intereffes am öffentlichen Leben ein. Die Unsicherheit der politischen Berhältniffe und ber Berluft ber nationalen Gelbständigkeit, nicht jum mindeften aber bie Entsetzung der Staatsangehörigen aus der thätigen Mitwirkung an der Führung der Staatsgeschäfte infolge der Verdrängung der demokratischen burch die monarchischen Berfassungsformen hatten ben staatlichen und nationalen Sinn ber Griechen gelähmt, eine Entfremdung zwischen Staat und Individuum hervorgerufen3). Das gelangt auch in der Wissenschaft zum Ausdruck. An Stelle des Staates wird das Individuum das erste Untersuchungsobjekt ber praktischen Geisteswissenschaften. Die Individualmissenschaft brangt bie Staatswiffenichaft jurud, ja ber grundfatliche Standpunkt ift fogar ber: bas Individuum bedarf zu feiner Selbstgenugsamteit keiner Zugehöriakeit zu einer staatlichen Gemeinschaft. Das zeigen Stoa und Epikureismus. Nach der Stoa bedarf der Mensch nur der Bereinigung der Freundschaft und einer fittlich-geiftigen Gemeinschaft mit allen Menschen 4) und den Göttern, nach der Lehre Epikurs ift für den Menschen jede Berbinbung mit Anderen überfluffig 5). Wenn die Stoa jene fittlich-geiftige Gemeinschaft aller Menschen, den nóspos, eine noditesas, nennt, so ist sie weit davon entsernt, darunter etwas anderes als eine burch das Band ber Vernunft und Sittlichkeit verbundene Gemein= schaft, etwa einen Weltstaat, ein Weltreich von rechtlicher Ratur zu verstehen.

Beschäftigten sich die Philosophen über diesen prinzipiellen Standpunkt hinaus doch mit bem Staatswesen, so geschah es, ber Vorzugsstellung entsprechend, welche bie Wiffenschaft bem Individuum eingeräumt hatte, unter bem Gesichtspunkt bes Verhaltnisses von Individuum zu Staat, also nicht, wie bisher, in erfter Linic in Form einer Betrachtung von Staatsorganisation und Staatsverwaltung als solcher. Die Stoiker verlassen babei das Gebiet der Ethik nicht - fie machen dem Weisen die Beteiligung am beftehenden Staate nur zu einer sittlichen Pflicht, dies dann, wenn in demfelben ein Fortschritt zur Vollkommenheit zu erkennen ift?) —; die Epikureer, welche die Teil= nahme am Staatsleben nur für nüglich erklären, indem dieselbe dem Schutze vor Beschä-

7) Stob. Ecloga, II 6, 6.

¹⁾ Siehe Zeller, Bb. II 2, 3. Aufl., 1879, S. 893 und Hentel S. 24. 2) Laertios Diogenes V, 80 und 81. 3) Dilthen I, S. 322.

⁴⁾ Darin zeigt fich das Heraustreten der griechischen Rultur aus nationaler Abgeschloffenheit.

⁴⁾ Sarin zeigt ind das Veraustreten der griechingen Kultur aus nationaler Abgelchioffengeit.
5) Epik bei Plutarch, de aud. poet. 14, 37 (UI. Fragm. 548).
6) Zenon nach Plutarch, de Alex. M. fort. 1, 6: ή πολδ θαυμαζομένη πολιτεία τοδ Ζήνωνος είς εν τοῦτο συντείνει για μή κατά πόλεις μηδε κατά δήμους οίκωμεν δίοις έκαστοι διωρισμένοι δικαίσις, άλλα πάντας άνθρώπους ήγώμεθα δημότας καὶ πολίτας. Hiezu über Zenons Staat Windelband S. 137, insbesondere aber Gierke III, 26; ferner Hilbenbrand S. 510 ff., Pößlmann I, S. 115 u. 610 ff., Hasbach, die allgemeinen philosophischen Grundlagen der den François Quesnah und Adam Smith degründeten politischen Dekonomie, 1890, S. 5 ff. Hath, Griechentum und Chriftentum, beutsch von Preuschen, 1892, G. 127 u. 155.

digung durch Andere diene, zeigen schwache Ansätze zu einer Staatsrechtsphilosophie: sie charakterisieren Geseh und Staat ihrem rechtlichen Inhalte nach als ein Sicherungsvershältnis, das, was seine Entstehung anlange, auf einem Vertrag der Individuen beruhe 1).

Bei dem engen Zusammenhang, der bisher in Griechenland durch das Bindeglicd der Politik zwischen positiv-rechtlicher und philosophisch-ethischer Staatsbetrachtung bestand, war es nicht anders zu erwarten, als daß dieses Zurückdrängen der Staats- hinter die Individual-Philosophie und Ethik auch auf die Fortentwicklung der Staatsrechtspolitik und Staatsrechtswissenschaft hemmend wirkte. Wenn diese Hemmung sich sogar teilweise zu einer Vernichtung des disher Erreichten steigerte, d. h. wenn die Pslege der Staatsrechts- wissenschaft in den beiden Formen, in welchen sie bisher in Erscheinung getreten war, sowohl in den jungen Anfängen einer selbständigen Wissenschaft, wie in der accessorischen Verschindung mit Politik und Ethik und Philosophie, ihr Ende fand, ja wenn sogar die Politik vorübergehend als Wissenschaft söllig unterging, so war dies die Folge der Bundesgenossensssenschaft und Anterstückung, welche Individual-Philosophie und Individual-Ethik durch zwei andere Momente, durch die stoische Lehre vom Gehorsam gegen die Vernunftgesehe und durch den Versassungscharakter der Diadochenstaaten als absoluter Monarchien, erhielt.

Die genannte Lehre der Stoa zeigt die terminologische Neuerung, daß fie im Gegensate zu der bisherigen, auf die Sophistenzeit zurückgehenden Ausdrucksweise, welche vopos und deois gleichsette, die Vernunftnorm als vopos bezeichnet und so den Gegensat von Vernunft und Willkür mit der Antithese von νόμφ — θέσει wiedergibt. Es hatte dies zur Folge, daß jener Sat vom Gehorsam gegen die Vernunst, der nur als ein ethisches Prinzip, d. h. als die Regel gemeint war, die sittliche Tüchtigkeit bestehe in dem Gehorsam gegen die Vernunft, alsbald auch auf das äußere, das Rechtsgeset Anwendung Das führte aber bei dem bedeutenden Ginfluß, den die Stoa im miffenschaftlichen Leben errang, wieder dahin, daß man bei Beschäftigung mit dem Rechte die Regeln des positiven Rechts mehr und mehr aus dem Auge verlor und statt deffen den Lehren der Vernunft nachging, die ja nach der neuen Terminologie auch Ge= setze waren. Ober, wie die Frage infolge des weiteren Umftandes, daß die Stoa Vernunft gleich Natur, λόγος gleich νόμος, d. h. gleich der allgemeinen Natur der Welt und der besonderen des Menschen sette 2), regelmäßig gefaßt war, man forschte darnach: wie ist das Berhältnis νόμφ = φύσει geftaltet ober wie foll es hienach gestaltet fein? Die Frage, wie ift das einzelne Berhältnis desei, nach positiv geltender Rorm, geordnet, trat in den Sintergrund. Führte die Individualphilosophie von dem Staatsproblem und damit von Staatsphilosophie grundsäglich weg, so mußte, wenn burch entgegenwirkenden Ginfluß boch eine wiffenschaftliche Beschäftigung mit dem Staat erhalten wurde, das eben ffizzirte stoische Dogma diese Wissenschaft, soweit Staatsrecht in Frage kam, in die Bohnen einer Betrachtung der vernünftigen Staatsrechtsordnung lenken, b. h. fie mußte Staatsrechts= philosophie sein. Damit war aber nicht blos eine selbständige Staatsrechtspolitik aus= geschlossen, denn zweckmäßig ist nach dieser Lehre eben das Bernunftgemäße, sondern ins= besondere auch jede rechtswissenschaftliche Behandlung des positiven Staatsrechts, jede Staatsrechtswiffenschaft.

Zur gleichen Ablenkung vom positiven Staatsrecht trug dann aber noch bei, daß die Diadochenreiche Monarchien und zwar absolute Monarchien waren. In einer absoluten Monarchie sehlt eine umfangreichere Staatsrechtsordnung — hier herrscht nicht Recht,

¹⁾ Laert. Diog. X, 150: συνθήκη, σύμβολον τοῦ συμφέροντος. Hiezu Gierke III, S. 21, N. 44, und Hasbach S. 8.
2) Siehe hiezu Windelband, 1888, S. 295, 1892, S. 134; Berghohm I, 154.

sondern freies Ermessen — und damit besondere Veranlassung, sich mit dem Recht derselben wissenschaftlich zu beschäftigen. Die Frage, zu welcher der Wechsel der Dinge viel stärker anzuregen vermochte, war vielmehr die nach dem politischen Werte der absoluten Einherrschaft, was ist zweckmäßiger, besser, die bisherige Form der demokratischen Regierung und Verfassung oder die neue monarchische Verfassungs- und Regierungssorm?

Wir hatten oben als die andere Möglichkeit des Einflusses, den die Aenderung der staatlichen Verhältnisse auf die Gestaltung der Staatswissenschaft haben konnte, die bezeichenet, daß die Staatswissenschaft ihre Aufmerksamkeit nun auch und sogar in erhöhtem Maße den verschiedenen neuen, größeren Staatswesen zuwandte. Rach dem eben Ausgeführten sand diese Möglichkeit in Form rechtswissenschaftlicher Behandlung keine Verwirklichung, wohl aber, wenn auch nur in ganz geringem Grade, im Rahmen philosophischepolitischer

Untersuchung. Das ist in Rurze zu berühren.

Dagu war die hiftorische Abhängigkeit hellenistischer von griechischer Wissenschaft zu stark, als daß erstere imstande gewesen wäre, eine Frage, welche durch mehr als zwei Jahrhunderte das griechische Bolks- und Geistesleben bewegt hatte, die Frage nach ben Borzügen und Nachteilen der einzelnen historisch gegebenen Staatsformen, aus der Reihe der Objekte wiffenschaftlicher Betrachtung völlig auszuscheiden. Sie mochte die Berschiedenheit der Staatsformen als für die adrapusia des Individuums gleichgiltig erklären, aber behandeln mußte fie, wenn auch nur in zweiter Linie, diese Unter-So dürftig unsere Ueberlieferung ift, dies eine bestätigt fie uns doch, daß die Wiffenschaft sich mit diesen Fragen beschäftigte 1), und sie läßt erkennen, daß diese Behandlung ber Lehre von ben Staatsformen unter bem Ginfluß ber veränderten politischen Berhältniffen erfolgte. Wir haben zwei Beweise bafür: Zunächft find uns von Vertretern aller vier großen Schulen bes britten und zweiten Jahrhunderts Titel von Werken repi Basidsias mitgeteilt: von dem der Akademie zugehörigen Kenokrates aus Chalkedon2), aus ber peripatetischen Schule von Straton aus Lampsakog3), von den Stoikern Aleanthes aus Affos und Perfaios aus Rition4), aus ber epikureischen Schule von bem Gründer selbst 5). Und dann entnehmen wir es daraus, daß diese jüngere Wiffenschaft die beste Staatsform nicht blos in einer Mischung von Demokratie und Aristokratie (Oligarchie) fieht, sondern als brittes Element die Bafileia hinzufügt. Wir haben aus den Reihen der Peripatetiker Dikaarchs Tripolitikos bereits erwähnt und von den Stoikern berichtet und Laertiod Diogenes ganz allgemein 6), daß fie für πολιτείαν αρίστην την μίχτην έχ τε δημοχρατίας καὶ βασιλείας καὶ ἀριστοχρατίας hielten.

Andererseits kann aber auch kein Zweisel darüber sein, daß es nur diese eine positivrechtliche Thatsache des Vorhandenseins rechtmäßig gegründeter Monarchien ist, welche wissenschaftliche Verwertung findet, eine nähere Untersuchung der rechtlichen Gestaltung dieser Monarchien dagegen nicht erfolgt. Der Inhalt der Schriften περί βασιλείας ist ein rein philosophischer. Es wird von dem Saße außgegangen, daß die βασιλεία die über allen anderen Arten stehende Herrschaftssorm und insbesondere eine unversantwortliche Herrschaft sei?), und daß sie demgemäß nur dem Weisen als dem Einzigen

¹⁾ hiezu Dilthen I, S. 308.

²⁾ Er hat seine Schrift περί βασιλείας Asexander dem Großen gewidmet (Laert. Diog. IV, 14).

³⁾ Laert. Diog. V, 59.
4) Laert. Diog. VII, 175 11. 36.
5) Ebenda X, 28.
6) VII, 131.

⁷⁾ Stob. Ecl. 6, 6: τὴν γὰρ βασιλείαν ἀρχὴν ἀνοπεύθυνον εἶναι καὶ τὴν ἀνωτάτω καὶ τὴν ἐπὶ πάσαις; Laert. Diog. VII, 22; Suidas unter βασιλεία I, 1, 957 eb. Bernhardh; Rärst in Sybels historischer Zeitschrift, 1895, Bb. 74, S. 222.

gebühre, ber diese Unverantwortlichkeit verdiene, weil er den Unterschied von But und Bofe kenne. Gine Begründung, warum die Basileia die oberfte Herrschaft und mahrer Berricher nur der Beise, d. h. hiefur Vorgebildete sei, aus dem positivrechtlichen Berhältniffe ber Diadochenreiche fehlt. Nachdem wir den Inhalt der zweitgenannten Schriften auf Grund der Zugehörigkeit Dikaarchs zur veripatetischen Schule babin bestimmen burfen. daß in denfelben der zusammengesette Staat deswegen für den besten erklart wurde, weil er ber bauerhaftefte fei, bag also biefe Schriften politischen Charakters maren und in der Begründung aristotelischem Vorbild folgten, so ift auch anzunehmen, daß die Beweisführung barüber, warum das Königtum die vernünftigste Herrschaft und die Herr= schaft in bemfelben ein Privileg bes Weisen sei, in aristotelischer Weise geschah. Es lag den Philosophen nicht sowohl daran, die Zwedmäßigkeit der bestehenden Rönigsherrschaft, benn vielmehr ihren Ginfluß an ben Ronigshofen als ber Bernunft entsprechend nachzuweisen 1). Und ebenso werben wir in Anbetracht bes Zusammenhangs, in welchem bie Begründung Diefer Lehre mit Ariftoteles' Politik fteht, nicht fehlgeben, wenn wir meinen, bei ben Erörterungen über bie zwedmäßigfte Staatsform fei die Sinzufügung bes monarchischen Clements nicht aus ben besonderen Berhältniffen dieser neuen Rönigreiche, fondern eben damit erläutert worden, daß die Königsherrschaft, wenn sie die logisch beste, bie vernünftigfte Staatsform fei, bann boch notwendig auch einen Beftandteil ber zwedmäßigsten herrschaftseinrichtung bilbe. Es mangelt also an einer erhöhten Benühung empirischen Materials und damit an jeder selbständigen, wie accessorischen juristischen Betrachtung des geltenden Rechts der Diadochenstaaten.

Für die Rechtfertigung des oligarchischen bezw. demokratischen Elements der gemischten Staatsform ift wohl noch eine Zeit lang in erster Linie das in ber ariftote= lischen Politik zusammengetragene Material verwertet worden; es blieb also die Beweiß= führung vorerst eine empirische. ' Zwar sind es nicht die jüngsten positivrechtlichen Gestaltungen von Demokratie und Oligarchie, sondern das fog. Ihkurgische Sparta und das folonifch-kliftheneische Athen, die man zur Beweisführung heranzog, immerhin läßt fich aber vermuten, daß diese alten Staatseinrichtungen, wie bei Aristoteles, nicht blos politisch, sondern auch rechtshistorisch gewürdigt wurden. Allein die zunehmende Herr= schaft der stoischen Schule, die den Schwerpunkt auf das, was natürlich und vernünftig, nicht auf das hiftorisch Gegebene legt, verdrängt allmählich auch aus diesen Teilen der Behre von ben Staatsformen bie empirische Begründung. Dieselbe wird in erster Linie eine philosophische, die historischen Thatsachen treten in die zweite Reihe, stark ibealifiert nur zur Illustration bes logischen Beweises bienenb. Es ift bamit nicht blos die Staatsrechtspolitik durch philosophisches Staatsrecht, sondern auch die politische und, soweit davon geredet werden kann, die Staatsrechtsgeschichte burch Geschichtsphilosophie über ben Staat verdrängt. Beleg hiefür ist uns das einzige größere2) Frag= ment einer Darftellung ber Lehre von ben Staatsformen, welches uns aus helleniftischer Zeit erhalten ift, das fechste Buch ber Siftorien des Polybios (205-123).

Wie im nächsten Paragraphen zu erörtern, stellen Polybios' Geschichten zwar eine neue Richtung hellenistischer Staatswissenschaft dar, allein den Grundcharakter der bisherigen Betrachtungsweise haben dieselben beibehalten. Den Beweis, daß die die gemischte Staatssorm die "beste" sei, führt er λόγφ und έργφ³) aus. Dabei über=

3) VI, 3.

¹⁾ Xenokrates stand mit Alexander dem Großen, Zenon und sein Schüler Persaios mit Antigones Gonatas in näherer Berbindung. Hiezu Kärst a. a. D. S. 221, und Niese a. a. D. I, S. 174.

2) Ueber die bei hellenistischen Schriftstellern vorkommenden Einteilungen und Bezeichnungen der Staatsformen siehe die Zusammenstellung dei Henkel S. 100, N. 4.

wiegt, dem Bisherigen entsprechend, der logische Beweis. Es find geschichtsphilosophische Ausführungen 1) über die natürlichen d. h. vernünftigen Entstehungs= und Aenderungs= ursachen ber einzelnen Staatsformen 2), auf welche bie Darlegung in erster Linie gestützt Thatfächlich verwirklicht andererseits sieht Polybios die beste Staatsform im lufurgifchen Sparta. Auch biefe Schilberung ift geschichtsphilosophisch 3). Nicht, bag hier beschrieben würde, wie sich diese Mischung im Einzelnen vollzog. Kaum, daß man er= fährt, daß die drei fich beschränkenden Gewalten König, Bolf und Geronten find. so bebeutende Ephorat wird der beliebten Dreiteilung wegen gar nicht genannt! Die furze Ausführung zielt auf nichts anderes ab, als barauf, bas erbichtete politische Raisonnement, den dogos Lykurgs darzuthun 4), der zu der bewußten That führte, die Staatsverfassung "nicht als einfache und einförmige zu gestalten, sondern aus ben Borgügen und Eigentümlichkeiten der besten Berfassungen zu mischen" 5).

Man kann bas, was diese populär-philosophischen 6) Schriften aus der Zeit von Polybios an Beispielen aus ber allgemeinen Staats- und aus ber Staatsrechtsgeschichte enthielten, nicht als Anzeichen einer historischen Politik ober rechtsgeschichtlichen Wiffenschaft charafterifieren. Es find bas nur geschichtliche Zuthaten ohne miffentlichen Charafter. beffen fie ebenso entbehren, wie die selbständige Geschichtsschreibung jener Zeit, welche, sei fie Universal=, sei sie Lokalgeschichte, nicht sowohl als eine Geschichtswissenschaft, sonbern vielmehr nur als ein "Bestandteil der schönen Litteratur" 7) angesehen zu werden vermag. Es kam bei ihr nicht auf Belehrung, sondern auf Unterhaltung bes Lesers und damit weniger auf ben Inhalt, als auf die Form des Gebotenen an, eine Folge des Ginfluffes

der popularisierenden Rhetorik 8).

Rand der staatsrechtliche Stoff somit auch keine wissenschaftliche Aflege als Annex von Philosophie und Politik, wie früher, oder im Zusammenhang mit Geschichtsschreibung, welch' letteres wohl der Fall gewesen ware, hatte nicht die isokratische, d. h. popular= rhetorische Behandlung ber Geschichte über bie ariftotelische ben Gieg bavon getragen 9), gang mußte er wissenschaftliche Fürsorge boch nicht missen. Sie wurde ihm von der in Alexandria neu gegründeten Wiffenschaft der Grammatik 10), also ber Philologie zu Teil, die nicht blos Form-, sondern, wie die eines Hippias, auch Sachphilologie und bamit auch Altertumswiffenschaft mar. Gine Staatsrechtswiffenschaft mar bies freilich nicht, benn Rechtsaltertumer find nicht Rechtsgeschichte und das vergangene Recht murbe als vergangenes, nicht in seiner Beziehung zur Gegenwart behandelt. So gab es also in ber zweiten Salfte ber helleniftischen Periode wohl eine Altertumskunde des Staats= rechts, aber keine Staatsrechtswissenschaft.

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung. Wir haben gesehen, daß Dikäarch das Ideal der Staatsform in einer dreifach gemischten Verfassung erblickt. Es darf nicht unterlassen werden, hervorzuheben, daß, mas Polybios als gemischt bezeichnet, nicht das Staatspringip, sondern die Berfaffungsform ift. Ariftoteles spricht von einer rechtlichen Mischung ber Staatsprinzipien, nicht ber Staatsformen; ber rechtlichen Staats=

1) Cbenba VI, 5-9.

4) Siehe bas Nähere hierüber Bentel, S. 102ff. Ueber ben Wert biefer philosophifchen

³⁾ VI, 4: τὰς ἑκάστων κατὰ φύσιν ὰρχὰς καὶ γενέσεις καὶ μεταβολάς. 2) VI, 10.

Spetulation des Polydios Mommsen, Kömische Geschichte II (8. Aust.), S. 452.

5) πάσας όμου συνηθρόισε τας άρετας και τας ίδιστήτας των άρίστων πολιτευμάτων.

6) Populärphilosophisch, weil sie infolge der Betonung der praktischen Lebensweisheit des Individuums mit dem gemeinen Mann in viel nähere Beziehung traten, als die frühere Philosophie.

⁷⁾ Beloch S. 17; Meyer II, S. 16. 8) Siehe oben § 14. 9) v. Wilamowit I, 304.

¹⁰⁾ Zenodot um 280, Eratofthenes um 230, Ariftophanes um 190, vgl. Meger II, G. 17.

form nach ift ihm die Politie im engften Sinne eine Demokratie und auch außerdem rebet er nur einer burch andere Organe beschränkten, nicht aber einer zwischen mehreren Organen geteilten oberften Staatsgewalt das Wort 1). Bei Polybios dagegen ift mit der Unterscheidung verschiedener Politien bie Berschiedenheit bes oberften rechtlichen Staatsorgans gemeint. Das zeigt bie Berteilung ber Gewalten Lakebamons und Roms nicht an verschiedene Gesellschaftsgruppen, sondern an verschiedene Staatsorgane. Es wird alfo nicht blos eine Beschränkung, sondern eine Teilung der oberften Staatsgewalt dem Rechte ober der Ausübung nach angenommen2). Wir vermögen nicht festzustellen, ob biefe Uebertragung vom Staatsprinzip auf die Staatsverfaffungs= und Regierungsform auf Dikaarch zurückgeht, jedenfalls ift zu bemerken, daß Aristoteles bereits bei Polybios migverstanden war.

§ 34. Die grato-römische Periode. Wie wir sehen, hielt die hellenistische Wissen= ichaft, trot verschiedenfter Richtung in anderen Beziehungen, in der Behre von den Staatsformen boch an aristotelischen Grundanschauungen fest. Diese waren aber im demokratischen Staatswesen gebildet und hieraus erklärt fich mit, warum die Wissenschaft der alexandrinischen Zeit der neuen Staatsform in zivilifierten Landen, der absoluten Monarchie, nur fehr beschränktes Interesse entgegenbrachte. Das mußte sich ändern, wenn die Gegenwart wieder ein Staatswesen von demokratischem Grundcharakter darbot.

So war es leicht erklärlich, daß, als die hellenistische Welt mit Rom in thatfächlich= politische Beziehung trat3), sich das Augenmerk der griechischen Wissenschaft sofort auch der rechtlichen Gestaltung dieses Staatswesens zuwandte. Zwar war ja das römische Reich als Staat um biese Zeit noch eine aristokratische Republik: benn nicht bie Mehr= heit der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen, zu denen sich doch auch die Latiner und Beregrinen rechneten, hatten Anteil am Staatsregiment, sondern nur die römischen Stadtbürger. Rom als Stadt war ähnlich, wie im lakebämonischen Staatswesen Sparta 4), die im Besitz der Staatsgewalt befindliche Gemeinde 5); sie war nicht blos Subjekt der Stadtobrigkeit, sondern Trägerin aller Staats= und Oberstaats= und Schutzewalt, deren Subjekt das römische Staatswesen war. Die römische Stadtgemeinde aber war demotratisch organisiert. Die Gewalt ber Stadt lag in den Händen der großen Mehrzahl ber erwachsen, männlichen Stadtangehörigen, der Vielheit der Stadtbürger, der civitas Romana in biefem Sinne. In ihr fand ber griechische Sinn feinen δημος wieder. So leitet sich mit dem zweiten Jahrhundert vor Christus eine neue Epoche griechischer Staatswissenschaft ein; zumal, nachdem die Hellenen Romäer geworden 6), wendet sich ihr wissenschaftliches Interesse dem römischen Staatswesen zu. Es ist Polybios 7), der diefe neue Richtung griechischer Staatswiffenschaft begründet.

Polybios ist zwar in erster Linie Geschichtschreiber. Aber gerade damit, daß er dies ift, hängt seine Stellung in der Geschichte der Staatswiffenschaft zusammen. Polybios ift es auch, der die griechische Geschichtschreibung wieder zu einer eigentlichen Geschichtswiffenschaft erhebt. Er erklart wiederholt, daß er nur mitteile, was belehre, nicht, was unterhalte8), er befämpft das besondere Streben nach schöner Form und

¹⁾ Oben S. 129 N. 5.
2) Gierke III, S. 25 N. 57.
3) Erster makedonischer Krieg 215—206.
4) Oben S. 7 bei N. 2.
5) Bgl. Gierke III, S. 27 u. 358; Bruns in Holhendorssecht und Volksrecht 1891, S. 114; Mitteis, Reichsrecht und Volksrecht 1891, S. 83; Rehm, Annalen des Deutschen Reichs 1892, S. 144; dagegen Mommsen, Abris des römischen Staatsrechts 1893, S. 75.

⁶⁾ In den letzten zwei Jahrhunderten v. Chr. werden die griechischen Kleinstaaten, die bisher nur in einem völkerrechtlichen Protektorat zu Rom standen, allmählich Bestandteile des römischen Reichs; vol. Mitteis S. 87 st., 114, 159.

⁷⁾ hiezu Dilthen I, S. 313. 8) IX, 1.

äußerem Effekt auf Rosten von Wahrheit und Genauigkeit 1), wie es der bisherigen Richtung eigentümlich gewesen; er will zur Belehrung des Staatsmannes schreiben; denn er erblickt in geschichtlichen Renntnissen die beste Borbildung für die praktische Staats= thätigkeit2), und fo kommt es, bag in seine Geschichtsbarstellung auch staatswissenschaft= liche Exturse eingeflochten find.

Nun missen wir allerdings bereits3), daß diese Staatswissenschaft des Polybios in erster Linie stoische Philosophie mar, das Hauptbestreben von Bolybios dahinging, bei ben einzelnen Staatswesen, die in ber Geschichte auftreten, bargulegen, baf fie fich pernunftmäßig ober vernunftwidrig4) entwickelt hatten. Auch die Geschichte Roms ift unter diefem Gefichtspunkte behandelt b). Allein der römische Staat hatte für die griechische Wiffenschaft nicht den Reiz der Neuheit haben, Polybios nicht auch zugleich praktischer Staatsmann sein muffen, wenn berselbe bei feinen wiffenschaftlichen Exturgen nicht auch näher auf die Wirklichkeit der Dinge eingegangen wäre. In dieser Richtung Polybios zu folgen, ift uns jedoch versagt; benn bas, was er über bogmatische und geschichtliche Staatsphilosophie hinaus eben an Thatsächlichem bietet, gehört nicht in bas Bereich ber Staatsrechtswiffenschaft, sonbern ber Staatsrechtspolitit und Staatsmoral. Um ein Beispiel zu geben 6), so verwirft es Polybios, daß man nur drei Arten von Politien anerkenne, Rönigtum, Arifto- und Demokratie; er ftellt noch brei andere, Thrannis, Oligarchie und Ochlokratie hingu. Allein die Unterscheidungsmerkmale find lediglich ethifch-politische. Berfassungs- und Regierungsprinzipien werben babei nicht unterschieden 7).

Staatsrecht findet sich nur als schwache Zuthat zu politischer Erörterung. So umschreibt Bolybios die Zuftändigkeit des diucs dahin, daß er der Richter über Belohnung und über Strafe fei, ber bem Burger Umt, Burgerrecht und Leben gur Bergeltung zu nehmen vermag, wie er andererseits die Aemter als schönsten Preis der Tüchtiakeit verleihe, ferner daß ihm zukomme das Recht, Gesette anzunehmen ober zu verwerfen und über Arieg und Frieden und Bündnisse zu befinden. Allein er schließt baraus, daß die Gewalt der Beamten durch direkte Wahl, die des Senats durch Vermittlung bes Zenfors auf bas Bolf zurudführt, nicht, bag bie Bolfsversammlung im Befige ber höchsten Rechtsmacht im Staate, sondern nur, daß fie im Besike des wichtigsten Teils ber Staatsgeschäfte sei8) und beshalb von einem δημοκρατικόν πολίτευμα gesprochen werben könne, dem in der Auftändigkeit der Konsuln das βασιλικόν πολίτευμα, in der Rompetenz des Senats die noditesa apistonpating gegenüberstehe.

Polybios fand keine kräftige Nachfolge. Da die römische Raiserzeit die in der alexandrinischen Beriode niedergehaltene Rhetorik wieder belebte und bamit bas Schwergewicht von neuem auf die formale Seite fiel, murbe die Staatswiffenschaft wieder gu reiner Staatsphilosophie, versehen mit zurechtgemachten historischen Beispielen 9), und

¹⁾ XVI, 18, 2-3, 20 4, 25-26.

³⁾ S. 136 bei R. 1.

⁴⁾ So Theben und Athen VI, 43.

⁵⁾ VI, 9 u. 10 i. f. 6) V, 3: Königtum ist die Monarchie, welche freiwillig zugestanden und mehr mit Einsicht als durch Furcht und Gewalt geleitet, Ariftokratie bie Wenigerherrschaft, welche nach Auswahl von Gerechtesten und Einsichtigken verwaltet wird; die Demokratie die Herrschaft, welche nach Auswahl von Gerechtesten und Einsichtigken verwaltet wird; die Demokratie die Herrschaft einer Menge, bei welcher es ererbte Sitte ist, die Sötter zu ehren, die Estern zu pslegen, dem Alter Ehrsucht entgegenzubringen und den Gesehen zu gehorchen.

7) Ein anderes Beispiel: Die Bezeichnung von έθη und νόμοι als Grundlagen eines jeden Staates; VI, 47.

8) VI, 14.

⁹⁾ Eine Ausnahme macht nur Plutarch, beffen Lebensbeschreibungen etwa in gleicher Weise, wie Polhbios' Geschichten, bas Staatsrecht berühren. Man vergleiche bie politische Wirtbigung ber lykurgischen Verfassung bei Pol. VI mit Plut. Lyk. 5.

floß fo mit ber politischen Geschichtsschreibung, die völlig die Natur von Geschichtsphilosophie annahm, in eines zusammen. Um schärfften ift biefer Wechsel bei Dionhfios von Salikarnaffos (unter Sadrian) ausgeprägt 1). Derfelbe hat, glaubhafter Rachricht zufolge2), eine Schrift περί της πολιτικής φιλοσοφίας verfaßt und in seiner Rhetorit's) die Geschichte eine Philosophie aus Beispielen genannt, weshalb sich die Sistoriter auch als Philosophen bezeichneten4).

Was mit dem Nebergang zur Kaiserzeit wechselte, ist nur das politische Ideal. Bon nun an ift es die absolute Monarchie 5). Als Beispiel hiefur seien die vier für Trajan bestimmten Reden repi Basilas von Dion Chrysostomos aus Prusa, einem ber erften Vertreter ber Prunkrebe ober, wie fich bie neue mit ber Raiserzeit aufkommenbe Rhetorik nannte, der "Sophiftit" angezogen. Neben religiöser und ethisch-politischer Charakterifierung) findet das Königtum hier auch eine staatsrechtliche Definition. Das eine wesentliche Merkmal ist das schon von den Stoikern 7) hervorgehobene, die rechtliche Unverantwortlichkeit, das andere — und darin zeigt sich die Zeit des that= sächlichen Absolutismus —, Gesetz sei der Wille des Königs.

Im Prinzip erfährt staatsrechtlicher Stoff wissenschaftliche Berücksichtigung nur als Gegenstand der Realphilologie, die gleichmäßig von der Grammatik und den jungeren Rhetoren, namentlich der neuen Sophistik betrieben wird. Doch ist es nicht mehr selbständige Forschung, sondern, entsprechend dem Abschluß, den die hellenische Rultur mit dem Untergang der hierauf gegründeten Staaten erreicht, nur Sammlung deffen, was die griechische und hellenistische Zeit erarbeitet hatten. Dieses Zusammenfassen und Sammeln früherer Arbeitsleiftung zeigt im zweiten Jahrhundert n. Chr. insbesondere die lexikographische Litteratur, von welchen für uns insbesondere die λεξικά δητορικά der Attikisten) in Betracht kommen. Da man die künstlerische Stilform von Rede und Schrift in dem klaffischen Attisch sah, hatten diese Lexika zum Zweck, die angehenden Redner mit attischer Sprachform und attischen Altertumern bekannt zu machen 10). Gie gaben bamit auch über attische Staatseinrichtungen Aufschluß. Ebenso find uns als von staatsrecht= lichem Inhalt erhalten des Sophisten Athenaios Sophistenmahl (δειπνοσοφισταί nach 192), ein "Lexikon in Form von Tischgesprächen" 11), in welchem Juristen und Rhetoren ju Wort kommen, und bas Erzerptenwert bes Grammatikers Joannes Stobaios (um 460) ανθολόγιον, beffen viertes Buch auch von Politik, d. h. von staatlichen Dingen handelt.

§ 35. Die byzantinische Zeit. Antiquarische, die ganze Summe des Geisteslebens griechisch-hellenistischer Rultur umfassende Sammelwerke find auch die Form, in welcher in byzantinischer Zeit der vorhandene staatsrechtliche Stoff zu wissenschaftlicher Behand-

¹⁾ Fast ebenso bei Diodor (unter Augustus), weniger ftark bei Appian (unter Hadrian) und Caffins Dio (um 150 bis 235).

²⁾ Thut. Jud. 2. 3) II, 1.

⁴⁾ Rgl. hiezu Peter, Bur Rritit ber Quellen ber alteren romifden Gefchichte 1879.

⁵⁾ Bgl. Bentel S. 128ff.

⁶⁾ Als Sirte ber Menfchenherbe, Bater feiner Unterthanen und als "Abbild ber weltordnenden Gottheit in feiner Fürforge für die Menfchen" (Sentel S. 119).

⁷⁾ Oben S. 134 N. 7.

⁸⁾ Dion. Chrnf. Or. III Dinb. I, 46: βασιλεία δὲ ἀνοπεύθυνος ἀρχή, ὁ δὲ νόμος βασιλέως δόγμα μ. Or. LVI Dinb. II, 177: τὸ καθόλου ἀνθρώπων ἄρχειν καὶ ἐπιτάττειν ἀνοπεύθυνον ὄντα βασιλεία καλεῖται.

⁹⁾ Um Attifisten zu nennen, beren Werke uns erhalten sind, seien genannt Harpokration aus Alexandrien (vermuklich unter Antoninus Verus) und Possus aus Raukratis in Aegypten (unter Commodus); ihre Werke dékets rov déka śąrośpow bezw. dvomastukóv.

10) Siehe Christ §\$ 468, 492, 509, 517; v. Wilamowik I, S. 295, 298.

11) Christ S. 611, Hath, S. 29 A. 1.

lung gelangt. Nur als Gegenstand enchklopädischer Altertumskunde lebt das Staatsrecht bom 8. bis 15. Jahrhundert im Orient fort. In den ersten Jahrhunderten geht die Rompilation mehr oder weniger eng auf die römische Periode hellenistischer Zeit zurud. Im 12. Jahrhundert beginnt eine erste Renaissance griechischer Wissenschaft, man schließt unmittelbar an die klassisch hellenische Zeit an. In die erste Beriode gehören bas umfassendste Wort- und Sachlegikon griechischen Lebens, welches uns erhalten ift, von Suibas') aus dem 10. Jahrhundert, und zwei Werke des Polyhistors Michael Konstantinos Pfellos (geb. 1018)2). Aus dem 14. Jahrhundert, also aus der zweiten Periode, sind Miscellanea philosophica et historica3), u. A. philosophische Betrachtungen über bemofratische, monarchische und aristofratische Staatsprinzipien enthaltend4), und eine Abhanblung über den Staat der Athener von Theodoros Metochites († 1132) zu erwähnen. Aus bem Werke von Pfellos ift intereffant, daß eine Stelle beffelben sich deutlich als Erzerpt aus Aristoteles' Staat der Athener) erkennen läßt.

¹⁾ Chrift a. a. D. § 572; Rrumbader, Geschichte ber bygantinischen Litteratur 1890, S. 261.

²⁾ Eine σύνοψις τῶν νόμων διὰ στίχων ἰάμβων καὶ πολιτικῶν πρὸς τὸν βασιλέα Μιχαήλ und περί τῶν ὀνομάτων τῶν δικῶν. Ueber Pfellos im allgemeinen s. Stein im Archiv für Philosophie,

1. Abt., N. F. Bb. 2 (1896), S. 233 ff.

3) δπομνηματισμοί και σημειώσεις γνωμικαί.

4) Agl. Krumbacher S. 255.

5) Kap. 21, 4 (über die Kisscher Geschereische Einteilung Attitas in Stadtmark, Küstengebiet und Binneysand). Siene h Wissenschild Einzelscher Gescher der Schere der

Binnenland). Siezu v. Wilamowig I, S. 293; Bermann, Griechifche Staatsaltertumer, 6. Aufl., S. 401 N. 2.

Zweites Buch.

Rom.

§ 36. Die Zeit der Republik. Auch für Kom geht die Grundfrage, welche wir zu beantworten haben, nicht dahin, auf welche Weise, sondern dahin, ob sich daselbst eine Staatsrechtswissenschaft entwickelte.

Der Weg zur Antwort ist uns bei Kom dadurch wesentlich erleichtert, daß wir hier die sesssische Thatsache einer selbständigen und voll entwickelten Privatrechts= und einer damit in Zusammenhang stehenden, wenn auch nicht zu gleicher Stufe¹) vorzeschrittenen, Privatprozehrechtswissenschaft vor Augen haben. Wir gehen den Ursachen der Entstehung und lebhaften Fortentwicklung dieser beiden Zweige reiner Jurisprudenz nach und fragen: Liegen die gleichen Gründe nicht auch für die Entwicklung einer Staatsrechtswissenschaft vor? oder geben die Gründe der Entstehung einer Privat= und Privatprozehsjurisprudenz einen solchen Anlaß nicht?

Für das griechische Staatsrecht war ein berartiger Weg nicht gangbar. Das Vorshandensein einer griechischen Privatrechtswissenschaft ist noch in geringerem Umsang anzunehmen, als das einer staatsrechtlichen Jurisprudenz. Das zu Gebote stehende urstundliche Material, obendrein dürstiger, als das für die gleiche Frage des Staatsrechtserhaltene, läßt nur die Antwort zu, daß auch hierin eine dauernde selbständige Rechtswissenschaft sich nicht entwickelte. Auch das Privatrecht bildet grundsätzlich nur den Gegenstand einer Rechtskunde, keiner Rechtswissenschaft, einer empirischen, aber keiner dogmatischen Jurisprudenz, zum Ausdruck kommend teils in der Kunst der Rechtsanwendung, zum Teil daneben auch im Rechtsunterricht.

Auf die erste Art von Rechtstunde weist die Mitteilung hin, daß zu Demosthenes' Zeit der rechtsunkundige Redner vor Gericht an den zutressenen Stellen seiner Rede das Gesetz verlesen läßt2). Die Routiniers, die das thun, sind die Vorläufer der von Cicero3) und Quintilian4) erwähnten Pragmatiker5), der gewerbsmäßigen rechtskundigen Berater der Gerichtsredner während der Verhandlung vor Gericht. Die andere Art wird von den uns schon aus anderem 3 Jusammenhang bekannten berufsmäßigen Prozeßeredenschreibern, den sog. Logographen, später von den Rhetoren, d. h. rechtskundigen Gerichtsrednern, dargestellt7). Diese Logographen und Rhetoren traten ebenso, wie die

¹⁾ Wlaffat, Römische Prozeggesete, 2. Abt. 1891, S. 1 ff.

²⁾ Siehe Mitteis a. a. O. S. 191.
3) de orat. 1, 198.
4) XII, 3, 3—4.

⁵⁾ Friedländer, Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms, 6. Aust., 1. Teil 1888, S. 333, ferner Jörs, Römische Rechtswissenschaft zur Zeit der Republik S. 242, 255, 263.
6) S. 56 bei N. 3.

⁷⁾ Hiezu Christ S. 302, 303; Blaß, Attische Berebsamkeit, 2. Ausst., 1. Bb. 1887 S. 40, Meier und Schömann, Attischer Prozeß, 2. Ausst. v. Lipsius 1883 ff., S. 708; Mitteis S. 189 ff.

Sophisten, auch als Lehrer ber Rebekunft auf. Indem bieselben ihren Brobe- und Musterreben nach bem Zwecke bes Unterrichts auch gerichtliche Themata zu Grunde legten, bilbeten Brivat-, Straf- und Brozefrecht Nebengegenstände ber theoretischen Unterweisung. Bur Rechtswissenschaft erhob sich diese Rechtstunde nur in Berbindung mit Privatrechts-Philosophie und Politik. In Buch XI von Platons Nomoi, wo über die beste und zwedmäßigste Brivatrechtsgesetzgebung gehandelt mird, find auch einige rechtswissenschaftliche Ausführungen eingewoben, in selbständigerer Beise treten privatrechtliche Gedanken wissenschaftlichen Charakters in Theophrafts Gesetzen hervor 1).

Wenn sich in Rom die Privatrechtskunde, die ja auch hier von der Rechtspraxis ausgeht, in umfassender Weise zur Rechtstheorie emporschwang, so hat dies seine Ursache in der Formenftrenge des römischen gegenüber ber Formfreiheit des griechischen Stadtrechts. Wohl kennt auch bas griechische, wie jebes junge Vertragsrecht bestimmte Formen und Ramen von Berträgen, aber bie Bindung an einzelne Formen und Ramen ift keine jo unabanderliche, wie in Rom2). Die größere Formenftrenge bes römischen Privatund Prozekrechts verlangt die Silfe Rechtsverständiger und sie kommt darin zu bezeichnendem Ausbruck, daß, mährend in Griechenland sich diese Thätigkeit der Rechts= routiniers nur auf ben Prozef bezieht, in Kom die Privatrechtskunde von Anfang an nicht minder, als in Unfertigung von Attionsformeln, in Kautelarjurisprudeng und in einfacher Begutachtung von Rechtsfragen bestand, Die nicht mit einem Brogek gusammenhiengen 3). Die Beurkundung der Rechtsgeschäfte verdankt in Rom ihre Ent= stehung nicht bem Streben nach Sicherheit und Deffentlichkeit ber Rechtsverhaltniffe, sondern dient "vorwiegend der juriftischen Korrektheit und Fehlerlosigkeit"4) der Rechtsgeschäfte. Wenn Rom zwar zur Bolks-, b. h. Laien-, aber boch nicht zur Maffengerichtsbarkeit, wie in Griechenland 5), übergieng, wenn das römische Recht dem Berfahren in judicio eines vor dem Magiftrat voraufgehen ließ, welches den Prozeß nicht blos, wie in Griechenland, instruierte, sondern in der formula der Entscheidung des Richters feste Richtung gab 6), so erklärt sich dies alles aus der formaleren Geftaltung bes römischen Privat= und Prozegrechts.

Ihre lette Ursache hat diese Verschiedenheit von Privat= und Prozegrecht in hellas und Rom in der Verschiedenheit des Volkscharakters. Beim Griechen überwiegt — wir haben schon früher?) baraus Konsequenzen gezogen — die Phantasie und das warme Gefühl, beim Italiker berechnender Berftand und fühler Ernft, erfteres führt aber gu Bernachläffigung ber äußeren Form, letteres zu Formalismus. Das zeigt fich zunächft in ber Religion 8), bas zeigt fich — bei bem engen Zusammenhang, ber zwischen Religion

¹⁾ Siehe Hermann, Lehrbuch ber griechischen Rechtsaltertumer, 3. Aufl. 1884 (von Thal-heim herausgegeb.), S. 128 und oben S. 67.

²⁾ Bgl. Mitteis S. 71, 465, 142, 185; Jors S. 18ff., 154, 112; Leift, Graco-italifche Rechtsgeschichte 1884, S. 658ff.; Lipfins S. 11; Bermann a. a. D. S. 94; Bruns in Bolgendorffs Engyklopädie S. 122.

³⁾ Hörs S. 80 ff.
4) Mitteis S. 175.
5) Die Sektionen der Heliäa in Athen waren im Mittel täglich mit 300 Geschworenen beseht; Beloch I, S. 426.

⁶⁾ Siezu Mommfen, Nömische Geschichte, 8. Aufl. 1888, Bb. I, S. 435: "Und bieser Trennung hat bas römische Privatrecht seine logische und praktische Schärfe und Bestimmtheit zu verdanken."

⁷⁾ Oben S. 10.

⁸⁾ Siehe hierüber Ed. Meger II, S. 528. 529, 703, 713. Er carafterifiert Die italische Religion bahin, bag in ihr im Gegenfag zu ben meiften anberen indogermanischen Boltern nicht sowohl tiefe Empfindung als stark entwickelte Reigung zum Formalismus vorhanden sei. Es besteht ein reiches Ritual, Ceremonialdienst= und Rechtsvorschriften enthaltend. Die Vogel=, Blits- und Eingeweideschau ist dis in das Detail entwickelt. "Vom Staat wie vom Einzelnen erhalt jede Gottheit genan, was ihr gebührt, aber nicht mehr; und, wenn es möglich ift, fie in ben

und Recht in Bezug auf die Entstehung des letteren besteht 1), leicht erklärlich - nicht minder im Recht.

Mit der Erkenntnis dieses Gegensates ift aber auch schon die Frage entschieden, ob wir für die republikanische Zeit Roms, wie die Entstehung einer Rechtskunde des Privat= und Privatprozegrechts, fo auch die Entstehung einer besonderen Staatsrechts= tunde annehmen durfen. Wenn der Formalismus des Privatrechts die legte Ursache für Ausbildung einer besonderen Privatrechtskunde ist, so muß auch der Formalismus bes öffentlichen Rechts zu gleichem Ziele führen. Das Staatsrecht als solches gibt ja zwar an sich viel weniger Anlaß zur Ausbildung besonderer Rechtskunde und Rechts= wiffenschaft, wie das Privatrecht. Es macht sich in dieser Beziehung geltend, daß ber Staat jur Staatrechtsorbnung eine andere Stellung einnimmt, als ju berjenigen bes Privatrechts. Was das Privatrecht angeht, so beschränkt sich der Staat als Obrigkeit auf eine gesetgebende Thätigkeit, die Ausführung der Gesetze stellt er den Unterthanen anheim, hinsichtlich des Staatsrechts bagegen ist ber Staat nicht blos gesetzgebend thätig, sondern auch die Ausführung der Gesetze liegt hier vorzugsweise in seiner Sand. Der Privatverkehr giebt bem Individuum viel feltener zur Beschäftigung mit Rechtsfragen Unlaß, als die Thätigkeit im Staatsleben. Dem Privatmann fehlt baher Rechtskenntnis, das Staatsorgan lernt Recht und Rechtsanwendung durch die Praxis des täglichen Dienstes. Und die einfache Renntnis des Staatsrechts ift auch leichter zu erwerben, als die des Privatrechts. "Im Privatrecht ist im Wesentlichen alles generell, typisch, im Staatsrecht alles individuell, fingulär2)." Der Privatmann bedarf baher, wenn fein Interesse rechtliche Fragen berührt, viel eher des Rates Rechtsverständiger, wie der Staatsmann. Befondere Privatrechtskunde muß fich fo früher ausbilden, als besondere Staatsrechtstunde. Wenn aber ftarter Formalismus des Rechtes vorhanden ift, bann tritt auch im Gebiete des Staatsrechtes das Bedurfnis einer besonderen Rechtskunde hervor. Das war nun in Rom der Fall, wie sich mit Folgendem beweisen läßt.

Wo die Religion Staatsreligion ist, da haben nicht blos die wichtigsten Privat=, sondern vor allem auch die wichtigsten Staatshandlungen neben weltlicher auch religiöse Bedeutung. Sie kommen nicht blos als Berhältnis von Mensch zu Mensch, sondern auch von Mensch zu Gott in Berücksichtigung, wobei, wenn bem Bolkacharakter entsprechend die Religion auf formalistischem Grunde ruht, auch das letztere Verhältnis als ein Rechts= verhältnis, auch das Ritual neben dem eigentlich geiftlichen Recht als Rechtsnorm angesehen wird. Infolge des Umstandes, daß das Berhältnis zu Gott dem zwischen den Menschen vorgeht und bemgemäß die sakrale Bebeutung der Staatshandlung höher geschätt wird, als die weltliche, obgleich ber Priefter bei Bornahme berfelben in ber hauptsache nur als Ratgeber der weltlichen Behörde, nicht diese als Gehilfin des Priefters fungiert3), und infolge des weiteren Umftandes, daß im Gegensatz zu den jährlich wechselnden Magistraturen die Zusammensetzung der Priefterkollegien auf dem Pringip der Lebenslänglichkeit beruht, bildet fich biese besondere Rechtskunde in erster Linie bei den Brieftern aus, wie die Pontifices ja auch wegen der Bedeutung, welche die den Zweden der Festtagsheiligung bienende Ralenderordnung für die Gerichtsthätigkeit hatte, mit dem weltlichen Prozeß- und Privatrecht in Berührung gelangten 1). In Betracht tommen hier außer den Pontifices, den

Formen des Rechts zu betrügen und dadurch weiteren Gewinn zu erzielen, so nimmt Niemand daran Anstog. Auch Jörs S. 15; Mommsen a. a. D. Bb. I, S. 171.

1) Die Rechtsvorschriften gehen aus Ritualvorschriften hervor; das Recht erscheint zuerst als

bon ber Gottheit gesettes und gelehrtes.

²⁾ Störk, Methodik bes öffentlichen Rechts 1885, S. 73. 3) Mommfen, Abrig des römischen Staatsrechts S. 92.

⁴⁾ Bgl. Mommfen S. 95. Für das Privatrecht will er ihnen nunmehr geringeren Anteil

Ratgebern der Magistrate in allen eine religiöse Seite darbietenden Angelegenheiten 1), die Fetialen als Träger bes internationalen Verkehrs und bamit als Kenner bes äußeren Staatsrechts und vor allem die zur formalen Deutung des Götterwillens bestellte Priefter= schaft der Auguren. Indem nach weltlich-religiöser Vorschrift ober Sitte für die wichtigsten Staatsakte 2) die Zustimmung der Götter eingeholt wurde, waren fie es besonders. welche neben dem Sakral= sich auch mit dem Staatsrecht und zwar mit dem inneren Staatsrecht befagten3). Alle Drei, Pontifices, Fetialen und Auguren, unterschieben fich auf ber einen Seite von ben nichtpriefterlichen Kennern bes weltlichen (zivilen) Privatund Prozegrechts, den sog. juris consulti, indem sie nicht, wie diese, neben ihrer Responbententhätigkeit an Dritte auch öffentlichen, praktischen Rechtsunterricht erteilten4); ber Erwerb der Kenntnisse des öffentlichen Rechts war, soweit der Bater den jungen Kömer nicht in den Senat mitnahm 5), der eigenen Thätigkeit in öffentlichen Dingen überlassen 6). Auf ber anderen Seite haben sie aber mit den juris consulti auf litterarischem Gebiet Berührungspunkte. Wie diese Formel- und Responsensammlungen veranftalteten, so überlieferten commentarii pontificii, libri fetialium und augurales 7) die besondere Rechtsfunde dieser Priestenkollegien. Sie enthalten jus sacrum (pontificium, fetiale, augurium) und jus civile, d. h. weltliches Stadtrecht's), von diesem insbesondere auch weltliches jus publicum.

So war die eine Grundlage römischer Staatsrechtswissenschaft gegeben. Die andere schufen die aus den Jahreschroniken der Konsuln und den Kalendern (Fasten) der Bontifices 9) hervorgegangenen Annalen, welche sich inbezug auf staatsrechtliche Fragen als eine Rechtsftatistif und Rechtsaltertumskunde barftellen.

Das Resultat ist: Im 2. Jahrhundert v. Chr., ungefähr gleichzeitig mit einer Wiffenschaft des Privatrechts 10), entsteht teils aus geiftlicher Rechtskunde, teils aus geistlich = weltlicher Geschichtsschreibung eine römische Staatsrechtswissenschaft und zwar in ganz anderer Weise, als die gleiche griechische Disciplin. Wohl begegnen uns auch

hieran gubilligen; bagegen Ripp in ber fritischen Bierteljahrsichrift für Gesehgebung und Rechtswissenschaft 1895, 3. Folge, I. Wb., S. 143. Die herrschende Meinung bei Karlowa, Römische Rechtsgeschichte Bb. I 1885, S. 58, Jörs S. 19 und Kipp, Quellenkunde des römischen Rechts 1896, S. 66. Daß die Pontifices auch besundere Psseger des Privatrechts in Form konsultatorischer Thätigkeit waren, dafür spricht eben auch ihre Ständigkeit gegenüber der Annuität der Magistrate.

1) Jörs S. 17 u. 18.

2) Wie ja auch für Privatgeschäfte (auspicia privata), z. B. die confarreatio; Karlowa I,

³⁾ Mommsen a. a. O. S. 92, 217; Karlowa S. 59, 474. 4) Die besondere Rechtskenntnis, insbesondere auch die des öffentlichen Rechts, pflanzten sie nur innerhalb des Rollegiums fort.

⁵⁾ Jörs S. 58 u. 231. 6) Während der junge Römer in Privat- und Prozeßrecht dadurch gebildet wurde, daß er bei den Konsultationen des juris consultus zuhörte und an dessen Disputationen teilnahm. Wahrscheinlich seit Coruncanius (253 v. Chr. erster plebeischer Pontisez maximus), vgl. Kipp, S. 66.

scheinlich seit Coruncanius (253 v. Chr. erster plebeischer Pontiser maximus), vgl. Kipp, S. 66.
7) Karlowa S. 272, 281, 475; Teuffel, Römische Litteraturgeschichte, 5. Aust. 1890, S. 73ff.; Schanz, Geschichte ber römischen Litteratur, Bb. I (1890), S. 17; Mommsen, Römisches Staatsrecht I (2. Aust.), S. 4 R. 2 u. 3.
8) Cicero läßt de senectute 38 M. Porcius Cato sagen: jus augurium, pontificium, civile tracto; hiezu Jörz S. 281 R. 2, 275 R. 5. Daß sich Cato auch mit welstlich-öffentlichem Recht beschäftigte, darauf weisen auch seine Origines (gleich den griechischen xeiseis, oben S. 11 bei N. 8), die politischen Aeußerungen, welche von ihm bei Cicero de re publica II, 1, 2 u. 21, 37 erwähnt werden, und die Bemerkung des Grammatikers Servius (Ende des 4. Jahrh. n. Chr.) in seinem Kommentar zu Vergil. Aen. IV, 682 hiu: Cato ait de tribus istis partidus (populi, optimatium, regia potestate) ordinatam esse Carthaginem.
9) Schanz Bb. I, S. 18.

⁹⁾ Schanz Bb. I, S. 18.

¹⁰⁾ Sext. Aelius Paetus Catus (Konful 198) ist der erste theoretische Jurist des Privatrechts. Er geht von Formel= und Responsensammlung zu theoretischer Erläuterung über (Jors S. 109, 110); M. Porcius Cato (234—149) ift er erste Theoretiker bes Staatsrechts; siehe N. 8.

in Griechenland besondere Renner der Götterzeichen, die Seher (udvrais) und in Athen besonders die Exegeten 1), allein wegen des geringeren Formalismus des Rituals ist ihr politischer Einfluß auch geringer und weniger Gelegenheit für fie, mit dem Staatsrecht in besondere Beziehung zu treten. Ihre Runft beschränkt sich, was Rechtsvorschriften angeht, auf Deutung des geiftlichen Rechts. Nur als Ausleger dieses kennt sie Platon 2). Und äußerlich kommt ihr weniger hohes Ansehen im öffentlichen Leben barin zum Außbrud, daß die parteis bei homer zu den handwerkern zählen 3). Nur die Exegeten sind aus abeligem Gefchlecht 1). Platon stellt die Priester in seiner staatlichen Organisation auf eine Stufe mit Stadt= und Marktauffehern 5). Andererseits entspricht ber römischen Annalistik inhaltlich die griechische Horographie 6). Allein wir haben gesehen, daß die griechische Staatsrechtswiffenicaft ihre hauptsächlichften Anknupfungspunkte nicht biefer, fonbern ber Tradition der sieben Weisen, also Ersahrungsfätzen politischen und staatsrechtlichen Inhalts verdankt.

Die von der griechischen Entstehungsweise abweichende Entstehung der römischen Staatsrechtswiffenschaft hat auch für Stellung und Inhalt ber Wiffenschaft bedeutsame Folgen.

Wir besprechen zunächst erstere Folge. Wir erinnern uns, daß der griechischen Staatsrechtswissenschaft mit einer Ausnahme der Charakter der Selbständigkeit abging. Sie war Annex von Politif und Philosophie, eine Thatsache, die wir u. a. auf den mehr Bu Phantafie und damit mehr zu Neu- und Umgeftaltung hingeneigten Sinn ber Griechen und auf die große Mannichfaltigkeit der augenfälligften Staatseinrichtung, der Staats= form gurudführten 7). Dag insbesondere biese Bielgestaltigkeit bes positiven Staatgrechts die Ursache jener Unselbständigkeit der griechischen Staatsrechtswissenschaft war, das tritt noch besonders hervor, wenn wir ihr die grundsäklich gleichförmige Entwicklung des griechischen Privatrechts gegenüberstellen. Das griechische Privatrecht bildet im Wesent= lichen ein einheitliches Ganze's). Daraus erklärt sich, daß es viel später, als das Staats= recht, erft mit Platon, in den Kreis wiffenschaftlicher Betrachtung eintrat; wenn nicht als Zweig der Rechtswissenschaft, sondern als folder der theoretischen Volitik und Philosophie, so liegt dies an seiner formfreien, einfachen Gestaltung. Dieselbe machte einen Uebergang von Rechtsempirie zu Nechtstheorie nicht erforberlich. Eleich einheitlicher Charakter, wie bem griechischen Privatrecht, fommt bezüglich ber Stämme ber Staliker auch bem öffentlichen Rechte zu. Ueberall, bei Latinern und Sabellern, herrscht bereits im 4. und 3. Jahrhundert gleichmäßig die republikanische Korm der unmittelbaren Demokratie. So fehlen die Gegenfage, die zur Bergleichung herausfordern. Die republikanische Staats= anschauung wurzelt in bem Borftellungstreise ber Römer jener Zeit schon so fest, daß fie auch rüdwärts — mit den geschichtlichen Thatsachen wohl in Widerspruch — das Königtum nur als eine Regierungs-, nicht als eine Verfassungsform, b. h. ben König nur als ein Organ des aristokratischen Volkes, die Königszeit der Verfassung nach als eine mittelbare Aristokratie ansahen9). Dazu kommt noch die dem römischen Charakter entsprechende Thatsache, daß das streng römische Gesetz der zwölf Tafeln ein Lehrbuch in ben Schulen wurde 10). Dies mußte ben Blid bes Römers auf bas geltende Recht ge-

Sandbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.=Band. I. Abth.

10

¹⁾ Uteber fie oben S. 57 N. 7. 2) Gesetze VI, 759 d, IX, 871 c. 3) Meher II, S. 363, 95, 431 und in den Jahrbüchern S. 708; Besoch S. 244. 4) v. Wisamowitz I, 280. 5) Ges. VI, 759. 6) Siehe oben S. 21 bei N. 7. 7) Oben S. 10 bei N. 5. 8) Mitteiß S. 61, 63. Natürlich bestehen auch für das Staatsrecht norvà dinata, z. B. die Einteilung in Phylen und Phratien; ebenda S. 63.

9) Hiezu Cb. Meher S. 526.

¹⁰⁾ Mommsen, Römische Geschichte I, S. 473, 930.

richtet halten und damit einen gaben Sinn für das Vorhandene in ihn legen. So erwuchs die römische Staatsrechtswissenschaft, unverbunden mit irgendwelcher Politik und Philosophie, ja sogar - und bas ist ebenfalls die Folge ber ursprünglichen Gleich= förmigkeit und Einzigartigkeit ber öffentlichen Einrichtung in ber ganzen Umgebung unabhängig auch von ber fich fo breit entwicklnben Brivatrechtswiffenschaft. Dafür haben wir einen doppelten Beleg. Ginmal barin, baß die uns erhaltenen Titel und Fragmente von Büchern staatsrechtlichen Inhalts nicht blos auf die Behandlung der Rechtsftellung folder Staatsorgane hinweisen, zu beren Wirkungstreis die Privatrechtspflege gehörte, sondern auch andere Staatsorgane und das Beamtenrecht schlechthin betreffen; und dann barin, daß von der Mehrzahl ber hier zu nennenden Schriftsteller 1) nicht auch Werke privatrechtlichen ober privatprozessualen Inhalts bekannt sind2), im Gegenteil, einige von ihnen find uns nicht fowohl als juris consulti benn vielmehr als Annalisten, so hemina und Sempron. Tubitanus ober, wie Barro und Junius Gracchanus, als Altertumsforscher bekannt. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß sich die juris consulti des Privat- und Prozegrechts nicht auch mit öffentlichem Recht beschäftigten; fie haben bies nicht blos hinsichtlich ber mit ber Privatrechtspflege zusammenhängenben Fragen des öffentlichen Nechts, sondern auch unabhängig davon gethan3); allein immerhin bilbet das nach unserem Quellenmaterial nicht die Regel.

Zum anderen erklärt sich, wie oben bemerkt, aus der verschiedenen Entstehungsweise von griechischer und römischer Staatsrechtswissenschaft auch eine Verschiedenheit ihres Inhalts. Die griechische Staatsrechtswissenschaft ist durchweg allgemeine Staatsrechtslehre, die römische behandelt positivrechtliche Spezialmaterien. Die griechische Staatsrechtslehre behandelt die Frage von den Formen der Versassung und Regierung, den Teilen der Staatsgewalt und dem allgemeinen Gesetzesbegriff, die römische Staatsrechtslehre handelt vorwiegend von den praktisch am meisten hervortretenden Verwaltungs-

¹⁾ Es werden uns genannt von Cassius Hemina (2. Hälfte des 2. Jahrh. v. Chr.) ein Buch über die Eensoren, de censoribus libri duo (Schanz a. a. D. gegen das Borhandensein einer solchen Schrift), also über Organe, welche mit Civil- und Strasprozeh nicht besaßt sind; von L. Cincius (aus der Zeit Ciceros und Barros; Teuffel § 117, 4; Schanz § 64, 2) neben Werken de officio juris consulti und de consulum potestate auch solche de comitiis und de re militari, von Barro (geb. 116) ein commentarius isagogicus sür Pompejus, ex quo disceret quid facere dicereque debeat, cum senatum consuleret (Gellius 14, 7), ferner algemeine Werke von L. Julius Cajar (1. Jahrh. v. Chr.) und M. Valerius Messalla (Teuffel § 199), Corvinus (Konsul 53) de auspiciis, von C. Sempronius Tubitanus (Konsul 129) libri magistratuum, von seinem Zeitgenossen M. Junius Gracchanus, dem Freunde des C. Gracchus (Teuffel § 138), de potestatidus (Cic. de legidus 3, 49, Dig. 1, 13, 1 pr.), dessen Teuske von Luästoren handelte. Hern Karlowa I, S. 488; Krüger, Geschichte der Quellen und Litteratur des römissen Rechts 1888, S. 47; Schanz § 71 u. 76; Kipp S. 68.

2) Karlowa S. 488.

3) Dies läßt sich nicht blos daraus ableiten, daß die Kodistation des jus civile in den

²⁾ Karlowa S. 488.
3) Dies läßt sich nicht blos baraus ableiten, daß die Kodistation des jus civile in den 12 Taseln neben Normen des Privat= und Prozehrechts, insbesondere auch Sätze des Sakral= und Polizeirechts enthielt (Bruns a. a. D. S. 117 u. 119; Mommsen, Römische Geschichte I, (8. Aust., S. 431, 470, 281) und sich somit die den Gegenstand der privatrechtlichen Regularjurisdrudenz dilbende Interpretation der 12 Taseln auch hierauf bezog, sondern auch aus dem Umstand, daß viele juris consulti dem Pontisikal= und Augurenkollegium angehörten (Förd S. 261; Karlowa I, S. 488; Cato z. B. war Augur) und wir von einigen Privatrechtsjuristen, insbesondere Aulus Dsilius zur Zeit Edsars) und seinem Schüler Q. Aelius Tubero, ausdrücklich wissen, daß sie sich auch mit öffentlichem Recht beschäftigten. Bon Ofilius erwähnt uns Pomponius (D. 1, 2, 2 § 44) ein Werf de legibus (Gegensaß de jurisdictione; Karlowa S. 486; Krüger S. 63) und Tudero dezeichnet er (l. c. § 46) als einen hervorragenden Kenner sowohl des privaten wie des öffentlichen Rechts, der auch aus beiden Materien Bücher hinterlassen habe. Außerdem darf dasselbe hinschtlich berzeinigen Privatrechtszuristen angenommen werden, von welchen uns berichtet wird, sie hätten sich auch mit Sakralrecht beschäftigt, so Sex. Fabius Pictor (2. Hälfte des 2. Jahrh.; Teussels 3133, 3; Krüger S. 55 N. 25) und T. Manlius Torquatus Kkonsul 164; Krüger S. 55, 25), den Val. Mag. 5, 8, 3 als juris civilis et sacrorum pontificalium peritissimus bezeichnet.

behörden in scharfer Trennung von Magistratur und Priesterschaft 1). Der Richtung entspricht auch die Methode: bort beduktiv, bier induktiv, eine unmittelbare Begründung auf geltendes Recht und Rechtsgeschichte; dort rein theoretische Fassung, hier in Berücksichtigung des praktischen Zweckes die außere Form der Anweisung, Information der Beamten 2), dabei aber boch die gleiche Genauigkeit der Begriffsbestimmung, wie wir fie für Privat= und Prozegrecht gewohnt find, fo z. B. der Sat Meffallas3): reliquorum magistratuum4) minora sunt auspicia: ideo illi minores, hi maiores magistratus appellantur: minoribus creatis magistratibus tributis comitiis magistratus sed justus curiata datur lege, maiores centuriatis comitiis fiunt 5).

Zum Schluß ift noch ein besonderer Vorzug zu besprechen, welcher sich für die römische Staatsrechtswiffenschaft aus ihrer Freiheit von jeder Berbindung mit Politik und Philosophie ergiebt. Es ift die Eigenschaft, thatsächliche und rechtliche Machtverhältnisse zu unterscheiden, eine Eigenschaft, welche, wie wir wiederholt sahen, der griechischen Staatslehre nabezu völlig abgieng. Diefe Eigenschaft blieb ber ftaatsrechtlichen Juris= prudenz Roms auch in den folgenden Jahrhunderten und fo liefert das treffendste Beispiel hierfür wohl die Zeit von Antoninus Bius und Sever. Damals maren es in Wirklichkeit nicht mehr Volk und Senat, sondern Seer und Beamte, welche den Raiser ernannten; ber Raifer hatte thatfächlich ichon in viel höherem Mage die Eigenichaft eines dominus als eines magistratus. Nichtsbestoweniger hielt die Jurisprudenz jener Zeit, b. i. noch unter Antoninus und Sever, daran fest, daß ber populus Subjekt ber Souveränität sei, die kaiserliche Gewalt auf einer Uebertragung der Volksgewalt nur der Ausübung, nicht dem Rechte nach beruhe 6).

Mit Vorstehendem ist die römische Staatsrechtswissenschaft der republikanischen Zeit geschilbert. Wenn bieselbe nicht zu bem außeren Unfeben und zu bem wissenschaftlichen Fortschritt gelangte, welche ber Wissenschaft bes Privatrechts zu teil waren, so liegt ber Grund hiefür zunächst darin, daß, der Regierungsform der unmittelbaren Demokratie ent= sprechend, formell-rhetorische Schulung in der Volksversammlung höheren Ginfluß gewährte. Sier fiegte noch ftarker als auf bem Gebiete ber Nechtspflege 7) in ber Rivalität amifchen Redner und Jurift ber erftere und dies Berhältnis mußte fich mit gunehmenber

¹⁾ Libri magistratuum — jus pontificium, augurium; beibes zusammen jus publicum; Mommjen, Römisches Staatsrecht, 2. Aust. I, S. 4, II, S. 52, Abriß S. 88 und Gierke a. a. D. Bb. III, S. 61.

2) Mommjen, Römisches Staatsrecht Bb. I, S. 5 und Diltheh a. a. D. I, S. 27.

³⁾ Bei Gellius 13, 15.

⁴⁾ Zuvor ift von Konfuln, Pratoren und Cenforen gesprochen.

⁵⁾ Wenn man glaubt, beswegen, weil die von späteren Schriftstellern unmittelbar aus ben oben genannten Berten entnommenen Fragmente mehr rechtsgeschichtlichen Charatters find, Die Berfasser derselben mehr zu den Staatsmännern, Historikern oder Altertumssorschern als zu den Juristen rechnen zu müssen (Krüger S. 47, 69, 76; Schanz I, S. 119) und demgemäß erst mit Tubero die Reihe der sich mit dem öffentlichen Recht sachmäßig Beschäftigenden beginnt, so sprechen hiegegen die staatsrechtlichen Titel dieser Litteratur und Auchschlässe, die wir aus einem weiter unten näher zu behandelnben Werf zu machen uns befugt halten. Andererseits darf freilich auch nicht vergessen werden, daß diese Rechtsgeschichte mit allgemeiner Geschichte verbunden ift, so gut, wie uns das noch

bei Cicero de rep. II begegnet.

6) Gaius 1, 5: constitutio principis est, quod imperator constituit. nec unquam dubitatum est quia id legis vicem obtineat, cum ipse imperator per legem imperium a ceipiat, und Ulpian, Dig. I, 4, 1 pr.: quod principi placuit legis habet vigorem, utpote cum lege regia quae de imperio eius lata est populus ei et in eum omne suum imperium et potestatem conferat. Daß die lettere Stelle für die Zeit Ulpians nicht ganz paßt, die erstere ungenau ist, (hierüber Pernice, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 1885, Bd. VI, S. 298 und bei Bruns a. a. S. S. 137 und Krüger S. 100 und im Allgemeinen Mommsen, Abriß S. 194—196 und Kipp, S. 11 u. 32), ist für ihre Verwendung hier ohne Belang.

7) Die größeren Volksgerichte (Centum- und Dezembirn) ausgenommen (vol. Hörs S. 182 u. 192).

⁷⁾ Die größeren Boltsgerichte (Centum= und Dezemvirn) ausgenommen (vgl. 3 örs C. 182 u. 192).

Bevölkerung 1) nur um so mehr fteigern. Der zweite Grund liegt in dem Wefen des Staats= rechts im Gegensatz zu bemjenigen bes Privatrechts. Anüpft bie staatsrechtliche Borichrift in der Regel an konkretere Thatbestände an als die privatrechtliche, ist also die Rechtsan= wendungskunft hier wohl an sich leichter als im Gebiet des Privatrechts, so ift andererseits die Formulierung allgemeiner Begriffe — und die macht doch in erster Linie das Wesen der Jurisprudenz aus - in letterem Gebiete weniger ichwieriger als in dem anderen. Ub= ftrakte Rechtsbegriffe laffen fich leichter für "allgemein=menschliche Verhältniffe", wie folche den Gegenstand des Privatrechts ausmachen (Person, Familie, Gigentum), als für die "teils mehr von konkreten Bedingungen abhängigen, teils eine weit umfassende historische Bergleichung erfordernden Thatsachen" 2) des öffentlichen Rechts aufstellen. Allein mit Silfe beffen, was griechisch-hellenistische Wissenschaft gerade auf dem Gebiete der allgemeinen Rechtslehre geleistet hatte, war es auch möglich, diesen Mangel zu beheben. Freilich war die unerläßliche Voraussetzung des Erfolges hiefür die Kraft und Runft, fich die echt römische, b. h. von politischer und philosophischer Beeinflugung freie juriftische Betrachtungsweise, also die Selbständigkeit des Juriften auch gegenüber Briechen und Selleniften gu bemahren. Dann war man imftande, den staatsrechtlichen Rern, den die griechisch=helle= nistische Staatswissenschaft in sich barg, aus seiner politisch-philosophischen Umhüllung zu lösen und zu Rugen des römischen Rechtes zu verwenden. Daß es einem Römer wirklich gelänge, juristische und politische Betrachtung zu trennen, setzte nicht zu hobes voraus. In Rom fehlte die Bielgestaltigkeit des Staatslebens, die es jelbst einem Ariftoteles unmöglich machte, in dieser Richtung besondere Erfolge zu erzielen. Je strenger juristisch geschult, um so felbständiger und unabhängiger konnte an die Ergebnisse griechischer Wijsen= schaft herangetreten werben, ohne sich von ihrer vorwiegend politisch-philosophischen Richtung gefangen nehmen zu laffen. Andererseits darf aber freilich auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die griechische Wiffenschaft bis dahin auf allen anderen Gebieten des Rultur= lebens in Rom zu vollkommenem Siege vorgegangen war. Es mußte also schon als eine große That bezeichnet werden, wenn es der römischen Jurisprudenz gelang, sich von den Einflüffen der einer Beobachtung des positiven Rechts abgeneigten hellenistischen Philosophie überhaupt nur negativ zu halten. Die Wirklichkeit gieng darüber noch hinaus. Es ift Cicero, ber mit Erfolg griechisch sellenistische Politik und Philosophie für bie römische Rechtswiffenschaft positiv verwertet3) und so wenigstens teilweise die oben beregte Lücke beseitigt hat.

§ 37. Cicero im Besonderen. Die Absicht Ciceros gieng allerdings keineswegs bahin, der römischen Staatsrechtswissenschaft einen allgemeinen Teil durch Bestimmung des Staatsbegriffes, der Staatssormen u. s. w. auf Erund des positiven Rechtes zu geben. Der Thatsache, daß ihm diese Absicht fern lag, gibt er in den beiden in Betracht kommenden Dialogen de re publica und de legibus wortdeutlich Ausdruck. Den der Absicht nach rein philosophisch-politischen Charakter des erstgenannten Dialogs⁴), der sich die Darlegung der besten Staatssorm zur Aufgabe stellt, hebt er mit den Worten hervor, daß, wenn er dabei das römische Staatsrecht berühre, dies nur des Beispiels halber geschehe⁵). Und in den Gesehen erklärt er, es sei notwendig, das Recht wissenschaftlich nicht aus dem Edikt des Prätors, wie es die Meisten heute thun, und nicht aus den zwölf Taseln, wie es die

¹⁾ Ueber die Bevölkerung Roms Meher im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bb. II, S. 455.

²⁾ Störk a. a. D. S. 75 und Holhendorffs Enchklopädie, 5. Aufl., S. 1045.

³⁾ Siezu Dilthen I, S. 309.
4) Begonnen 54, fertig 51, uns teilweise erhalten.
5) II, 39, 65: quod autem exemplo nostrae civitatis usus sum, non ad definiendum optimum statum (sc. rei publicae) valuit — nam id fieri potuit sine exemplo — sed ut civitate maxima reapse cerneretur quale esset id quod ratio oratioque describeret.

Früheren thaten, sondern ex intima philosophia zu schöpfen 1), b. h. aber nach dem weiteren Sake, das mahre Geseth ift die der Natur inne wohnende Vernunft2), aus der Vernunft. Was follte dies anderes bedeuten, als: die allgemeine Grundlage der Rechtswiffen= schaft muß eine philosophische, keine positivrechtliche sein? Zwar stellt sich dieser zweite Dialog, wie das Borhaben desselben im ersten Buche stiggiert wird, nicht blos eine philosophische ober was, nachdem Cicero Vernunft und Zwedmäßigkeit für identisch erklärt, basselbe ift, nicht blos eine politische Aufgabe. Es foll bas Wefen des Rechts aus ber Natur des Menschen festgestellt, dann aber nicht lediglich das jus naturae3), das Recht, das sein soll⁴, sondern auch das jus civile, d. h. das positive Recht der Völker, ins= besondere das jus populi Romani behandelt werden. Allein, wie die thatsächliche Außführung zeigt, wird diese Behandlung des positiven Rechts nicht als eine eingehende, sondern ebenfalls nur als eine mehr beispielsweise, die gesetzgebungspolitischen Gedanken bestätigende gedacht 5). Wir sehen also, auch der zweite Dialog verfolgt in der Auß= führung die Methode der stoischen Philosophie 6).

Nichtsbestoweniger enthalten beibe Schriften auch einen wesentlichen Beitrag zur all= gemeinen Staatsrechtslehre. Die Feststellung ber wünschenswerten Staatsorbnung macht eine wiffenschaftliche Konftruktion derselben nötig. Zu diesem Zwecke wird der rechtliche Cehalt des griechisch-hellenistischen Wissens für die Erklärung des römischen Rechtes unter Aufrechterhaltung römisch=rechtlicher Selbständigkeit verwertet.

Die bisherigen Werke der römischen Litteratur über den Staat?) enthielten, nach ben Titeln zu fchliegen, nur eine Darftellung bes Rechtes einzelner Staatsorgane ober bas ber Magistratur schlechthin gemeinsame Recht. Ciceros Schriften geben eine Ronftruttion bes Staatsbegriffes, wie es die griechisch=hellenistische Wissenschaft gethan.

Die hellenistische Philosophie — sie ist es ja, die in Rom Eingang findet — faßt ben Staat, wie wir gesehen haben 8), in boppelter Weise auf, entweder als ein subjektiv= oder als ein objektivrechtliches Verhältnis, die Epikureer als Vertrag, die Stoiker als eine Gemeinschaft ber Berfaffung), b. h. als eine Gemeinschaft, die in einer Ordnung und Berteilung ber Staatsgewalten besteht. Beibe haben aber das gemein, daß fie den Staat für ein notwendig rechtliches Berhältnis ertlären. Cicero folgt nicht ber epikureiichen Richtung. Die res publica = civitas ift ihm amar juris societas 10), aber nach bem dieses jus erklärenden Sat: (cum) lex (sit) civilis societatis vinculum 11), eine Gemeinschaft bes objektiven Rechtes. Und boch mürbe man fehlaehen, wollte man behaupten,

¹⁾ I, 5, 17: non ergo a praetoris edicto ut plerique nunc neque a duodecim tabulis ut superiores sed penitus ex intima philosophia hauriendam juris disciplinam (b. h. bie wiffenfcaftliche Behandlung des Rechts, Jörs S. 312) putas.
2) I, 6, 18: lex est ratio summa insita in natura.
3) III, 20, 49, I, 6, 18.

⁴⁾ I, 5, 17: considerandae leges quibus civitates regi debeant.

⁵⁾ Cicero fagt, er werde bei der Darstellung der lex naturae immer den Punkt, d. h. das Pringip bezeichnen, aus welchem fich bas einzelne positivrechtliche Inftitut ableite (II, 18, 46; 3. B. Artigip vezeichnen, aus welchem sich das einzelne positivrechtliche Institut ableite (II, 18, 46; 3. 28. III, 16, 35: Gesetz über Abstimmung), also untersuchen, ob sich das positive dem Naturrecht anschließe ober nicht (nostra jura ad naturam accomodari II, 25, 62, III, 5, 12). Und, wie er im Gespräch ausgesordert wird, nach der Darstellung der zwecknäßigen Behördenorganisation auch de potestatum jure zu sprechen, erklärt er, das nur in aller Kürze thun zu wollen, da M. Junius Gracchanus (s. v. S. 146 N. 1) hierüber geschrieben habe; er werde vorzugsweise vom naturrechtsichen Standpunkt darüber reden (III, 20, 49; dazu III, 5, 13: nostra jura attingam).

6) Deren spukretistischer, d. h. Platonismus und Aristotelismus mit Stoikismus verbindender, von Panaitios (180—110) begründeter Richtung (vgl. Windelband 1892, S. 126 u. 127) er ja

auch sonft folgt.

⁷⁾ Bgl. S. 146 N. 1. 8) Oben S. 133 bei N. 1 u. 132 bei N. 6.

 ⁹⁾ συνθήνη — πολιτεία, κόσμος.
 10) de rep. I, 32, 49: quid est enim civitas nisi juris societas?

¹¹⁾ Ebenda.

Ciceros Definition sei die ftoische. In erster Linie ift die res publica für Cicero nicht . societas, sondern res populi 1), d. h. Angelegenheit der "Gesamtheit" 2), des "ganzen Bolfes" 3), die constitutio populi, das organisierte, versafte gange Bolf und bieser populus wird definiert als coetus multitudinis juris consensu et utilitatis communione sociatus, als eine burch die Gemeinschaft des objektiven Rechts und bes Nugens verbundene Bereinigung von Menschen. Die Gemeinschaft besteht somit nicht in ber Orbnung der Organe 4), sondern des Volkes selbst und zwar, weil res publica und civitas identifiziert werden, der freien, wehrhaften Manner. Sierin zeigt fich die gegenüber bem Hellenismus 5) selbständige, latinische Staatsauffassung 6). Der Römer kennt ben Staat nur als eine organifierte Gesamtheit ber Bürger, organifiert in ber Bolksversamm= lung, als herrschende Bersammlung aller Bürger. Der Staat im Rechtssinn fällt ihm mit der Bolksversammlung zusammen. Die Konstruktion geht also einseitig von der unmittelbaren Demokratie ber latinischen Stämme aus. Die Bolksversammlung ift ber Staat, nicht blog Organ beg populus, sondern selbst populus?). Dag bies die römische Auffaffung ift, das tritt noch in der auch in Justinians Institutionen 8) aufgenommenen Erklärung hervor, welche die Juriften für den Sat beibringen, daß das Senatuskonfult als der lex gleichstehend zu erachten sei. Die Juristen sagen: als der populus sich so mehrte, daß es Schwierigkeiten machte, ihn zu Gesetzgebungszwecken an einen Ort zu= sammenzuberusen, sei es angezeigt erschienen, senatum vice populi consuli 9).

Nun entsteht aber die bedeutsame Frage: wie werden unter diesen einseitig konstruierten allgemeinen Staatsbegriff auch die anderen Staatsformen gebracht? Bei Aristoteles finden wir ja die gleiche Konstruktion, aber doch nicht für den Staat schlecht= hin, sondern lediglich für die absolute unmittelbare Demokratie 10). Aristokratien und Monarchien find boch Staaten, in welchen keine Volksversammlungen, keine Bersammlungen aller freien, wehrhaften Männer vorhanden find. Cicero vermeidet auch bei der Definition biefer Staatswesen bas Wort populus zu verwenden: im Gegensat zur civitas popularis als berjenigen, in qua in populo sunt omnia, wird das regnum als ber status rei publicae, wo summa omnium rerum 11) penes unum, bie civitas optimatium

¹⁾ I, 25, 39; 26, 41; 27, 43.

²⁾ Eb. Meyer II, S. 520, 525; populus latinisch, bei den Sabellern tuta, der Volksrichter meddix tuticus; dazu die späteren Juristen: Gaius I, 3: plebs autem a populo eo distat quod populi appellatione universi cives significantur connumeratis etiam patriciis (Just. Instit. II, 4).

³⁾ Gierke, Bb. III, S. 26. 4) πολιτεία ή των άρχων τάξις εστί (Arist. Pol. IV 3, 3). 5) Nicht der Hellenismus, sondern nur Aristoteles hat ähnliche Gedanken (siehe unten N. 10). Allein wahrscheinlich tannte Cicero die Schriften von Aristoteles gar nicht; seine Quellen find Banai-

tios, Theophraft, Difaarch. 6) Lgl. auch de rep. II, 12, 24 u. 18, 33.

⁷⁾ So auch Sierfe, Bb. III, S. 24. Mommsen (Abriß S. 82) nimmt für die ältere Republit als Aufsassung der Römer die Fiktion eines Gesamtwillens an. Gleichmäßig selbständige Träger desselben seien Magistratur und Komitien gewesen, nachdem die Magistratur (das König-Träger desselben seien Magistratur und Komitien gewesen, nachdem die Magistratur (das Königtum) älter als die Volksgemeinde sei. Das Mandat zur Magistratur sein Rachsolsgemeinde sei. Das Mandat zur Magistratur sein Schemeinwillens, indem Rechtstitet der Magistratur und zwar ausschließlich die Wahl der Komitien werde. Es dürfte richtiger sein, mit Sd. Meher II, S. 525 als die Aussalfung schon des vierten und dritten Jahrhunderts anzunehmen, daß Subjekt der Staatsgewalt allein und ausschließlich die Volkseversammlung der freien wehrhaften Bürger und daß diese Gemeinde schon vor dem König gewesen sei. Das Volk, über welches Latinus regierte, hieß Aboriginer, d. h. die, "die von Aufang an der weren" ba waren".

⁸⁾ I, 2, 4.
9) I, 2, 5. Der Gebanke ist zuerst von Pomponius (unter Habrian bis zu den divi fratres; vgl. Kipp S. 83) entwickelt (l. 2 § 9 D. 1, 2); vgl. Gierke III, S. 48 N. 39.

¹⁰⁾ Siehe oben S. 80.

¹¹⁾ de rep. I, 31, 47: summa potestas.

als ber Staat, wo bie summa omnium rerum penes delectos ist 1). Nichtsbestoweniger muß Cicero auch hier einen populus als vorhanden annehmen, benn auch biese beiben Formen find ja status rei publicae, also rei populi. Die griechische Staatsrechtslehre fennt in Monarchie und Aristokratie keinen dopos im Sinne aller freien, wehrhaften Männer als Inhaber ber oberften Staatsgewalt 2). Die Ronfequenz ber Auffaffung Ciceros ware also hier die Annahme einer fingierten Volksversammlung, ber Staat ichlechthin im Sinne Ciceros somit eine wirkliche ober vorgeftellte Bolksversammlung 3), Königtum und Aristofratie nur die Formen einer mittelbaren Demokratie, keine Berfaffungs-, sondern Regierungsformen. Cicero felbst zieht diese Konsequenz ausbrücklich nicht. Aber, daß fie in der Borstellung Ciceros liegt, entnehmen wir aus einer der letten Schriften (44 v. Chr.) Ciceros, ben Officien, wenn es bort 4) bei ber Darlegung, baß bie Pflichten für Alt und Jung, für Bürger und Beregrine, für Privatmann und Magistrat verschiedene seien, heißt: est igitur proprium munus magistratus intelligere se gerere personam civitatis debereque eius dignitatem et decus sustinere, servare leges, jura describere, ea fidei suae commissa meminisse. Diese Würde und biefer Ruhm ber civitas ift hier nicht blos Würbe und Ruhm ber Bolfsversammlung, fondern auch der nichtversammelten, der vorgeftellten Bürgerschaft. Und biefer Sat fagt uns weiter, daß im Sinne Ciceros die Magiftratur Organ des Volkes und endlich, baß biefe Gesamtheit der Bürger auch ein Rechtssubjekt ift. Der Staat, jeder Staat ift also nach Cicero rechtlich nicht blos ein Verhältnis der Staatsangehörigen zu ein= ander, sondern eine fingierte Personlichkeit bes Staatsrechts 5), die freilich andererseits viel häufiger nach ihrer natürlichen Bielheit mit multitudo pher omnes bezeichnet wirb 6).

Mit diefen Ergebnissen stehen scheinbar andere Ausführungen Ciceros in unverbundenem Widerspruch. So eine Stelle, in welcher in allgemein aristotelischem Sinn gefagt wird, Magiftrat und Vorsteher machten bas Wesen bes Staates aus und aus ihrer Zusammensehung sei die Staatsform zu entnehmen 7), ober zwei Bemerkungen über bie befte, b. i. die gemischte B) ober, wie fie Cicero nennt 9), die vierte Staatsform, die dann gegeben ift, wenn ein Teil ber Geschäfte einem Borsteher oder König, ein anderer ber auctoritas der Vornehmen, ein britter dem judicium und der voluntas der Menge zukommt 10). Hier wird außer von jus oder potestas populi 11) von potestas regia (consulum, magistratuum) 12), ja sogar von summa imperii des Königs 13) und

¹⁾ I, 26, 42.
2) Bgl. oben § 29.
3) So Gierke S. 24. Die Auffassung des Bolkes als einer füngierten Bolksbersammlung mußte bei den Römern um so eher entstehen, als ja drei Bersammlungen des ganzen Bolkes mit verschiedener Kompetenz zu unterscheiden waren, die comitia centuriata (comitiatus maximus), curiata und tributa. Bgl. Bruns a. a. O. S. 123 und Kipp S. 8.

⁴⁾ I, 34, 124.

⁵⁾ Bgl. Gierke S. 45, 48; Karlowa S. 379; Mommsen, Abriß S. 81; nur, daß das Volk nicht auch als corpus ober collegium bezeichnet wird, obgleich es als "Urbild und Muster für alle corpora" diente (Pernice, Berliner Festgabe für Gneist 1888, S. 123 u. 129; auch Gierke S. 52 und deutsches Privatrecht [1895], S. 460).
6) Siehe die Stellen bei Gierke S. 24.

⁷⁾ de leg. III, 5, 12: magistratibus iisque qui praesint contineri rempublicam et ex eorum compositione quod cuiusque rei publicae genus sit intellegi.
8) de rep. I, 29, 45, II, 23, 41, III, 13, 23.
9) ibid. 29, 45.

¹⁰⁾ I, 45, 69: placet enim esse quiddam in re publica praestans et regale, esse aliud auctoritati principum impartitum ac tributum, esse quasdam res servatas judicio voluntatique multitudinis.

¹¹⁾ II, 23, 43; 28, 50.

¹²⁾ II, 23, 43; 9, 15; 32, 56 (uti consules potestatem haberent tempore dumtaxat annuam genere ipso ac jure regiam).

¹³⁾ II, 28, 50.

summa (potestas) consilii des Staates 1) gesprochen und das Nebeneinander von fönialicher und Bolfsgewalt auf eine pactio inter populum et potentes zurückgeführt 2). Es scheint damit jede Personlichkeitstheorie des Staates und jeder Gedanke, baß die oberfte Staatsgewalt immer ungeteilt der Gesamtheit der erwachsenen, wehr= haften Männer eigne, verneint, allein wir durfen nicht vergessen, daß die beiden staatsrechtlichen Schriften in erster Linie philosophisch=politischen Charafter an fich tragen. Politisch 3), aber nicht rechtlich beruht die Staatsform auf der Ginrichtung ber Staatsorgane, politisch, aber nicht rechtlich liegt eine Teilung der Staatsgewalt zwischen Volk, Ronfuln und Senat vor. Für die politische Frage ber Dauerhaftigkeit des Staatswesens kommt die thatsächliche Anteilnahme an der Staatsgewalt, nicht die Frage in Betracht, in welchem rechtlichen Berhältnis die fie Uebenden zu einander stehen 4). Die recht= liche Auffassung Ciceros tritt mit voller Deutlichkeit in Buch III de legibus hervor; bort gibt er ben Entwurf eines Staatsgrundgesels und in bemselben hat potestas allein der populus 5), der senatus nur auctoritas, d. h. consilium 6), der magistratus auspicium, judicium und imperium, aber in Unterordnung unter ben populus 7). So bleibt das wichtige Ergebnis, der rechtsphilosophische Staatsbegriff Ciceros ift nicht der griechisch=hellenistische, sondern der positivrechtlich=römische 8).

Ciceros publizistische Schriften find noch aus einem anderen Grunde, als bem, daß fie die allgemeinen Lehren bes Staatsrechts auf Grund römischrechtlicher Anschauung entwickeln, von Bedeutung. Sie liefern uns rudwärts auch den Beweis, daß in den beiden letten Jahrhunderten der Republik bereits eine Staatsrechtswissenschaft in Rom bestand 9).

Der Berfaffungsentwurf in ben Gesetzen 10) ift, die alteren Gesetze nachahmend, in altertumelnder lapidarer Sprache gehalten. Es find hier fo viele juriftifch-technische Musdrücke ohne nähere Erklärung gebraucht und die dem Ganzen zu Grunde liegende rechtliche Konftruktion des Verhältnisses von Volk zu Senat und Magistrat ist so klar gegeben, daß es nicht anders fein fann, als daß ber Entwurf auf wiffenschaftlichen Borarbeiten ftaatsrechtlicher Art beruhte. Um Beispiele zu geben: par maiorve potestas (= magistratus) 11) — minoris magistratus partiti 12) juris plures sunto regio imperio duo sunto iique praeeundo, judicando, consulendo praetores, judices, consules appellamino — militia summum jus habento, nemini parento — imperia, potestates, legationes, cum senatus creverit populusve jusserit, ex urbe exeunto omnes magistratus auspicium judiciumque habento exque is senatus esto — unb bann bie Cate, welche bie oberfte Gewalt bes Volkes erkennen laffen: creatio magistratuum, judicia populi, jussa vetita cum suffragio cosciscentur, optumatibus nota, plebi libera sunto. Ast quid erit, quod extra magistratus coerari oesus sit, qui coeret, populus creato eique jus coerando dato, zugleich mit der Bezeichnung

¹⁾ ibid. 2) III, 13, 23.

³⁾ Das durfte bei Gierke III, S. 24 u. 25 und Mommfen, Romifche Geschichte III, S. 622 außer Betracht geblieben fein.

⁴⁾ Id enim tenetote, nisi aequabilis haec in civitate compensatio sit et juris et officii

⁴⁾ Id enim tenetote, insi aequantis nace in civitate compensato sit et juris et oficii et muneris, ut et potestatis satis in magistratibus et auctoritatis in principum consilio et libertatis in populo sit, non posse hunc commutabilem rei publicae conservari statum.

5) III, 12, 27.

6) III, 12, 28.

7) III, 12, 27: ber Magistrat soll judicia haben, doch so, ut esset populi potestas (die oberste Entscheinung) ad quam provocaretur; und da nach dem Entwurf der Senat aus denjenigen bestehe, welche Magistraturen inne hatten, sei dem demotratischen Prinzip entsprechend: neminem in summum locum nisi per populum venire sublata cooptatione censoria.

8) Siehe dagegen Gierke S. 25.

9) Siehe oben S. 144 be

⁹⁾ Siehe oben S. 144 bei N. 10.

¹⁰⁾ III, 3, 6ff. 11) III, 6 u. 10; 4, 11. Vergl. S. 147 N. 3.

¹²⁾ Gegensatz zu Rollegialität mit Interzessionsrecht.

der Zenturiatkomitien im Verhältnis zu den anderen contiones als maximus comitiatus. Dazu kommt noch ber Satz privilegia non inroganto. Derfelbe weift auf eine Lehre hin, daß ein wesentliches Moment der lex die Allgemeinheit sei 1). In der That wurde diese Lehre nachmals gang und gabe 2).

Beweisbehelflich ift ferner in diefer Richtung die Einteilung der "Gefete" 3). Nachdem das erste Buch vom Wesen des Rechts gesprochen, handelt das zweite vom Sakral= recht und das dritte von der Ginrichtung der Magiftratur. Weiter foll fich im einzelnen das jus potestatum anichließen4) und hat demgemäß das vierte uns unbekannte Buch de judiciis gehandelt 5). Wir sehen: eine Einteilung des öffentlichen Rechts in jus sacrum und jus magistratuum und für diese Einteilung sprechen eben auch die früher 6) erwähnten Buchertitel. Endlich ift nicht zu vergeffen, bag Cicero für bas Nähere über das jus potestatum nach jus civile auf die Schrift des Junius Gracchanus verweist 7).

§ 38. Die Raiferzeit. Der Uebergang zum Prinzipat bedeutet für die Staats= rechtswiffenschaft als felbständige Disziplin ein Erlöschen. Die republikanischen Organe, beren Thatigkeit an die Bornahme religiöser Sandlungen, insbesondere an Auspizien, somit an die Mitwirkung priesterlicher Sachverständiger geknüpst war, Konsuln, Komitien, Senat u. f. w. verschwanden teils, teils bugten sie an ihrer Rompetenz erheblich ein ober verloren infolge Uebernahme des Amtes durch ben princeps an Bedeutung 8). Der Raifer und seine Beamten, die magistratus extraordinarii, an folche priesterliche Mitwirkung nicht gebunden, gewannen das Uebergewicht. So hört die Pflege, welche das Staatsrecht in dem Kreis der priefterlichen Sachverständigen gefunden hatte, auf 9). Auch die Staats= männer, welche bisher ihre praktische Erfahrung zu theoretischer Behandlung des öffent= lichen Rechtes führte, verschwanden. Es fehlte für den politischen Ehrgeiz das ihn emportragende öffentliche Leben ber unmittelbaren Demokratie. Die höheren Aemter waren dem erblichen Senatoren- und Ritterstand vorbehalten, der Jurift als folcher war hieraus im Gegensatz zu früherer Zeit verdrängt und dazu kam, daß das freie Wort, bas gerade der Jurift gegenüber der fortwährenden thatsächlichen Erweiterung der kaiser= lichen Gewalt bei Erörterung ftaatsrechtlicher Fragen hätte sprechen muffen, beengt war 10). Die Juriften des Privat- und Prozegrechts, die bislang nebenbei auch über den Rahmen hinaus, in welchem fie durch ihre eigentliche Thätigkeit veranlaßt waren, öffentliches Recht behandelt hatten 11), waren insbesondere noch dadurch abgehalten, staatsrechtliche Fragen zu untersuchen, daß seit Augustus ein besonderes jus respondendi, d. h. etwa bas Recht im Namen bes Kaisers zu respondieren 12), zur Einführung gelangte. Dasselbe wurde selbstredend angestrebt, denn es erhöhte das Ansehen des Responsums. Machte man sich mißliebig, so bestand keine Aussicht, es zu erhalten, bezw. die Gefahr, das Berliehene zu verlieren; denn der Grund der Ginführung diefes Inftituts mar ja gerade der gewesen, den Einfluß bes princeps auf Rechtsanwendung und Rechtsbildung gegen= über demjenigen der Juriften zu fteigern 13). Daber berücksichtigen diese Juriften bin-

12) Ripp, S. 71.

¹⁾ Anderer Anschauung Jellinek a. a. D. S. 41.

²⁾ Bgl. Pernice in der zit. Festgabe S. 105. 3) Bgl. Krüger S. 77. 5) III, 10, 47. 7) Bgl. S. 149 M. 5. 4) III, 20, 48. 6) ⑤. 146 ℜ. 1.

⁸⁾ Mommsen, Abrif S. 324, 344.
9) Derselbe, Kömische Geschichte, Bb. III, S. 624.
10) Mommsen, Köm. Gesch. Bb. III S. 622: Die neue Monarchie begann damit, der Redefreiheit den Krieg zu machen.

¹¹⁾ Oben S. 146 N. 3. 13) Rarlowa S. 659; Ripp, S. 71 u. 72.

fort nur mehr diejenigen staatsrechtlichen Puntte, beren Kenntnis für die Unwendung von Privat= und Prozegrecht erforderlich war, die Lehre von den Rechtsquellen, von Wesen, Umfang und Organen der jurisdictio und des imperium mixtum. Ja nachbem Senatoren und Nitter ein Vorrecht zum Staatsbienft hatten, fehlte fogar ber äußere Unlaß zu einem sich auf einfache Rechtskunde beschränkenden Unterricht in öffentlichen Dingen. Man überließ den Erwerb der nötigen Renntnisse ruhig der Praxis. Gegen= ftand theoretischer Behandlung blieb das Staatsrecht nur nach ber historischen Seite. zuerst teilweise noch in juristischer 1), dann in rein philologisch-antiquarischer 2) Weise.

Unter Hadrian andern sich die für unsere Frage maggebenden Verhältnisse. Sadrian erkennt infolge seines fortgesetten Reisens im ganzen Reiche 3), daß, foll eine einheitlich geordnete Bermaltung möglich fein, ber Erwerb ber für die höheren Bermaltungestellen nötigen Kenntnisse nicht mehr ber Praxis allein anheim gegeben werden könne; benn bies hatte bisher schon zur Folge gehabt, daß die höheren Beamten von ihrem Unterpersonal abhängig waren, welches, nicht ständig wechselnd, sich eine gemisse Geschäftsroutine zu verschaffen in ber Lage war 4). Erforderlich schien eine mehr sachliche als formale Bilbung. Und so gewannen b) die als Respondenten gebildeten Juristen den Borzug vor den rechts= fundigen Gerichtsrednern, ben Sachwaltern ober Abvokaten, in beren Ausbilbung ber Erwerb juriftischer Renntniffe nur eine untergeordnete Rolle spielte. So fiegten die Juristen über Rhetoren und Sophisten, zudem die Brivatrechtswissenschaft, deren Gegenftanbe ja von ben politischen Menberungen in ber Sauptsache unberührt geblieben waren, sich fräftig fortentwickelt und, foweit es das Bedürfnis der Rechtspflege verlangte, auch staatsrechtliche Fragen fortbehandelt hatte "). So sehen wir die juris consulti") in die hohen und höchsten Staatsämter eintreten ober wenigstens als rechtskundige Gehilsen, Afsefforen, der, wie bisher, aus dem Ritter-(Offizierg-)ftand genommenen höheren Regierungsbeamten fungieren. Daburch wird das positive Staatsrecht der Jurisprudenz wieder näher gebracht.

Die Schaffung eines gebildeten Beamtentums bringt allerdings nicht bas mit fich, daß das öffentliche Recht unter die Gegenstände des sich hebenden theoretischen Rechts= unterrichts aufgenommen wird; die Borbilbung bleibt eine privatrechtlich-prozessuale. Infolge bes Umstandes aber, daß die meisten Gerichtsämter zugleich Berwaltungsämter find, also eine Trennung von magistratischer Verwaltung und magistratischer Rechtspflege in ber Behördenorganisation nicht besteht, werden die regelmäßig in den praktischen Staatsbienst übergehenden Rechtsgesehrten veranlagt, in ihrer litterarischen Thätigkeit auch wieder der öffentlichen Rechtsordnung ihre Aufmerksamkeit zu ichenken 8). Indes geschieht es nur anhangsweise, bei der personellen Verbindung von Theorie und Praxis, wie

¹⁾ Trebatius etwa 54 v. bis 14 n. Chr. (D. I, 2, 2, 45) de religionibus, d. h. über Pontifikalrecht, Teuffel §§ 207 u. 259, 3; Labeo (gest. vor 22 n. Chr.); Ateius Capito (gest. 22; publici privatique juris peritissimus); Nerva unter Tiberius; Massurus Sabinus unter Nero (hiezu Karslowa I, 671, 696, 683—686, 689; Kipp, S. 68, 78, 79).

2) Fenestella (52 v. dis 19 n. Chr.) de provocatione, über die Quästoren (Teuffel § 259),

und die Sammelwerke: Lexikon von Verrius Flaccus de verborum significatu unter Augustus (der Auszug hieraus von Pomponius Festus wohl um 150 n. Chr.), die Enchklopädie (Artes) von Corn. Celsus unter Tiberius, noctes Atticae (um 170) von A. Gellius (geb. etwa 130); hiezu

Corn. Celsus unter Tiberius, noctes Atucae (um 177) Con.
Kipp S. 124 mit 68.
3) Nur die vier letzten Jahre seiner Regierung lebte er ununterbrochen in Kom.
4) Ngl. Cic. de leg. III, 20, 48; Mitteis S. 193.
5) Ngl. zum folgenden Mitteis S. 189 st. und die dort Anm. 4 zitierten; Higg, Die Asserten der römischen Magistrate und Richter 1893, S. 71 st., und die Stellung Kaiser Hadrians in der römischen Rechtsgeschichte, 1892.
6) Z. B. Titius Aristo (Krüger S. 100; Karlowa S. 698) unter Trajan.
7) Ueder die Bedeutung dieses Wortes Kipp, S. 73 mit 93.
Siezu Karlowa I, S. 755.

bisher, nur soweit, als die Prazis dazu Anlaß gab, im wesentlichen also nur für verwaltungs-, insbesondere fteuerrechtliche, bagegen nicht für verfassungsrechtliche Gebiete 1). In einem Staate, der fich mehr und mehr zu rein monarchischer und absoluter Regierungs= form ausbildete, fcwand in gleichem Mage die praktische Gelegenheit, staatsrechtlichen Grundfragen näher zu treten. So wird das Staatsrecht nur bis dahin theoretisch behandelt, als es Verwaltungsrecht oder die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Jurisdiktion betrifft 2), bis dahin aber auch rechtsgeschichtlich 3). Gine selbständige allgemeine Staats= rechtslehre entsteht nicht mehr 4), der personelle Zusammenhang von Theorie mit Praxis hält die Juristen ab, auch allgemeine Grundbegriffe aufzusuchen.

Daß die staatsrechtliche Litteratur aus der Pragis hervorgeht, zeigt ihre äußere Sie erscheint in Werken über die Rompetenz der einzelnen Behörden. Infolge ihres Zusammenhangs mit dem Privatrecht macht fie in ihrer wissenschaftlichen Qualität bie Perioden des Auf- und Absteigens der Wissenschaft des Privatrechts 5) mit. Nichts läft dies fo deutlich ersehen, wie die Lehre von den Rechtsquellen. Die Darstellung der Rechtsentstehungsquellen hadrianisch-antoninischer Zeit, wie wir sie in Justinians Inftitutionen aus ben Ruriftenschriften, insbesondere aus Gaius und Ulvian wiedergegeben finden, zeigt eine gleich hohe Fertigkeit in Konftruktion, wie in Aufstellung begriffs= entwickelnder Lehrfähe 6). Die Formen der Rechtsentstehung in der mit Konstantin anhebenden Beriode haben keine jener Zeit ebenbürtige wissenschaftliche Erklärung gefunden.

§ 39. Das antite Chriftentum und bie Staatsrechtslehre. Jede Offenbarungs= religion ftellt die religiösen über die staatlichen Interessen 7). Die driftliche Religion mußte bemnach, gewann fie Ginfluß auf Die Wiffenschaft, Diese ber Betrachtung bes staatlichen Lebens entfremden. Wenn es ihr in Wirklichkeit nicht vollständig gelang, so verhinderte das der hiftorische Boden, auf dem fich die driftliche Wiffenschaft, die Uni= versalwissenschaft ber driftlichen Theologie, entfaltete. Die heidnische Anschauung von ber Bedeutung des Staates, wie fie in Rom, dem balbigen Hauptfit der driftlichen Rirche, noch fest wurzelte, zu vernichten, das vermochten erft die späteren Jahrhunderte bes Mittelalters. Borläufig war hier ber Ginfluß ciceronianischer Staatsphilosophie noch zu groß, als daß sich felbst die chriftliche Wiffenschaft vollständig von der Betrachtung des Staates hätte abdrängen laffen. Eines nur war möglich. Die driftliche Wissenschaft gieng aus ber hellenistischen Religionsphilosophie hervor und war so vor= wiegend Moralphilosophie. Es mußte demnach in erster Linie die religios-sittliche Bebeutung des Staates sein, die fie beobachtete.

Nichts zeigt dies besser als das, was die noch der Antike angehörenden Schriften Augusting (354-430)8) auf ben Staat Bezügliches enthalten. Augustin hat sich in teinem feiner Werte eingehender ober gar instematisch mit ber Staatslehre befagt 9).

¹⁾ So Celjus und Julian (Krüger S. 131), Ulpian und Paulus (Karlowa S. 742

¹⁾ So Cessus und Julian (Krüger S. 131), Ulpian und Paulus (Kartowa S. 142 und 747; Kipp, S. 89).

2) Belege Karlowa S. 671, Kipp, S. 86, 89 u. 90 und die Digestentitel I, 10—23, lettere alle Aemter und Dienste betreffend, welche mit der Rechtspslege zusammenhängen (vgl. Bruns a. a. D. S. 144 u. 155); dazu die Bücher 48—50 der Digesten.

3) Pomponius (über ihn Jörs S. 8, Kipp, S. 83), Gaius (Kipp S. 77 und 83).

4) Die Zusammenstellung der höheren Staats= und Hosamter, welche nach amtlichen Quellen zwischen 411 u. 413 versatz wurde (Krüger S. 375, Kipp, S. 98), ist nur Rechtsstatistik.

5) Heierüber Jörs S. 1st. und Kipp, S. 71—94.

6) Siehe hierüber Pernice in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte, 6. Bb. (1885), S. 294 st.; Gierke Bd. III, § 4 N. 39, 44, 47, 53; § 6 N. 29; Krüger S. 81 u. 100; Kipp, S. 32.

7) Bgl. Sd. Meyer, II, S. 750.

8) Ueber ihn Windelband S. 214.

9) Bgl. v. Hertling in Bruders Staatssexison der Görresgesellschaft, Bb. I (1889), S. 534;

⁹⁾ Bgl. v. Bertling in Bruders Staatslegifon ber Gorresgefellichaft, Bb. I (1889), G. 534; Gennrich, Staats= und Kirchenlehre Johanns von Salisbury, 1894, S. 128, R. 1.

Wenn er sein großes apologetisches Wert 1), das beweisen sollte, daß nicht das Christen= tum es fei, welches an dem Berfall bes römischen Reiches, wie er insbesondere in ber Eroberung Roms durch die Westgothen zu Tage trat, die Schuld trage, civitas dei betitelte, so lag ihm nichts ferner, als die Gemeinschaft der Gläubigen, welche er damit umschreiben will, für ein Gemeinwesen von Staatsart zu erklaren. Deutete es nicht schon die Herleitung des Titels aus den Pfalmen2) an, daß Augustin bei dem Namen civitas dei primär nicht an ben Staat, sondern an die Stadt und zwar an die Stadt im topographischen Sinne, an die himmlische Stadt, das himmlische Rerusalem benkt. jo murbe es unter allen Umftanden ber Sah jenes Wertes befunden, bag bie zwei genera, in welche die Menschheit zerfalle, das genus eorum, qui secundum deum vivunt, die Schaar der Gotteskinder, und das genus derjenigen, qui secundum hominem vivunt, die Schaar der Welffinder (die civitas terrena), nur "mystice" d. h. im übertragenen Sinne, als zwei Staaten, "civitates", bezeichnet werden könnten3). Erst in zweiter Linie beschäftigt fich Augustin mit bem Staat im Rechtsfinne, aber nicht, um ihn staatsrechtsphilosophisch ober staatsrechtspolitisch ober gar staatsrechtlich zu betrachten, fondern, um die Unsittlichkeit des heidnisch-gegenwärtigen, die Sittlichkeit des wahren, gewünschten Staates und zwar in Form einer geschichtsphilosophischen Konftruttion barzulegen. Der heibnische Staat ist ein Produkt der Sünde, ein latrocinium, ber mahre Staat ist ber sittliche Staat und ber sittliche Staat ist ber sich ben Normen bes Chriftentums unterstellende 4), das ift der Grundgedanke der diesbezüglichen Ausführungen 5). Nur nebenbei, insbesondere zum Zwecke des Bergleichs, um das Berhältnis

¹⁾ Dilthen S. 327: "Das reifste Werk des Auguftinus" und ebenda S. 426.

²⁾ Pfalm 87, 3 (civ. dei Buch II, 21) und Pfalm 48, 2; 39 (XI, 1).

³⁾ XV, 1: quas etiam mystice appellamus duas civitates hoc est duas societates hominum quarum est una quae praedestinata est in aeternum regnare cum Deo, altera aeter-

num supplicium subire cum Diabolo. Heuter, Augustinische Studien, 1887, S. 128, 131.
4) Siehe hierüber Reuter S. 135, 139, 142, 143.
5) Augustins Staatstheorie ist also religiös-ethischer Art. Er verlangt nur eine sittliche Unterordnung des Staates unter die christische Religion (civ. dei V, 24: Christianos imperatores litterbronung des Staates unter die chriftige Keligion (civ. dei V, 24: Christianos imperatores dicimus esse felices . . . , si suam potestatem ad Dei cultum maxime dilatandum majestatieus famulum faciuntl. Der Kaiser hat nur die sittliche Pssicht zum Dienst an die fatholische Kechtskirche. Er ist Diener der Keligion Keligion, keine Rechtspslicht zum Dienst an die katholische Kechtskirche. Er ist Diener der Keligion Gottes, aber nicht der Kirche. Die herrschende Meinung ist eine andere (vgl. Löning, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, V. Lieberg, Lehrbuch des Kirchenrechts, 4. Aust. [1895] § 10, Zorn, Kirchenrecht, 1888, S. 49): es bestehe rechtliche Absanzische des Kaisers von der Kirche, er habe den Weisungen der Kirche zu folgen. Man derust sich hiesen von der Kirchen Tribunen Warrellinus über die Webendlung der Keber wie Augustin sont er könnte als Richtschaft das er zu Marrellinus über die Rekondlung der Keber wie Augustin sont er könnte als Richtschaft das er zu Marcellinus über die Behandlung der Keter, wo Augustin sagt, er könnte als Bischof, da er zu einem Christen rede, in dieser Sache, ohne sich etwas anzumaßen, ihn nicht blos bitten oder beraten, sondern ihm besehsen (pro ecclesiae utilitate missus es . . . Ši non audis amicum petentem, audi episcopum consulentem, quamvis quoniam Christiano loquor maxime in tali causa non arroganter dixerim audire te episcopum convenit jubentem). Allein Augustin fagt nur, als einem Christen könne er ihm besehlen, das heißt doch, nicht aber als einem Tribunen. Als einen solchen kann er ihn nur bitten und ihm raten. Auch in Brief 134, c. 4 (II, S. 520) ist nur von einem christlichen Sehorsam die Rede, im übrigen von Bitten, Mahnen und Intercedieren. Rechtlich besteht sür Augustin zwischen Staat und Kirche ein Berhältnis der Neber- und Unterordnung. Es läßt sich das aus verschiedenen Stellen entnehmen, in welchen überall der Kaiser als die unmittelbar nächste zystanz nach Gott erscheint, hat doch der römische Wischen überall der Kaiser als die unmittelbar nächste zystanz nach Gott erscheint, hat doch der römische Wischen um jene Zeit noch keine rechtlich anerkannte Vorzugsstellung selbst inmerhalb der Kirche. Angustin giebt da Beispiele dafür, daß das Recht des Höheren dem des Niedrigeren vorgeht. In denselben werden deus und imperator ohne Mittel einander gegenübergestellt (Sermo 62 sal. 6 de verb. Dom.], n. 13 = c. 97 C. 11 qu. 3, siehe unten S. 158, N. 3; epist. 105 (II S. 393) c. 71): wenn die Kaiser gut besehlen, per illos non judet nisi Christus; ferner epist. 185 ad Bonif. c. 2 pr. 8 (= c. 1 Dist. 9). Ethisch ster Staat unter der Kirche, rechtlich ist das Verhältnis umgekehrt. Daß sich andererseits dei Augustin auch Stellen sinden, auf Grund deren isc ein sittlisses Korresotverköltnis von Staat und Kirche auch Stellen finden, auf Grund beren fich ein fittliches Korrelatverhaltnis von Staat und Rirche ergiebt (die Rirche bedarf auch des Staates), darüber fiehe Reuter S. 145 u. 152.

ber Menschen zu Gott zu veranschaulichen 1), werden mit diesem Grundgedanken zusammenhängende Fragen staatsrechtsphilosophischen 2) oder staatsrechtspolitischen 3) Charakters gestreift. Dabei zeigt Augustin engen Anschluß an die bisherige Theorie 4). Würde nicht schon dieser enge Anschluß an die heidnische Philosophie, mit der er vertraut war, nachdem er mehrere Jahre Lehrer der Rhetorik in Mailand gewesen, genügend beweisen, daß Augustin von Haus aus staatswissenschaftliche Fragen gar nicht interessieren, so würde es mit voller Klarheit daraus hervorgehen, daß in den Augustinischen Werken jede Spur einer Aussührung über die beste Staatssorm, also die Behandlung eines Themas sehlt, welches sogar noch die disherige, die hellenistische Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtspolitik beibehalten hatte; der schlagenosse Woralphilosophie gethan, bas Staatsleben aus dem Kreise der Beobachtungsobjekte seiner Wissenschaft ausschied.

Und doch hat diese antike christliche Theologie für die Geschichte der Staatsrechtswissenschaft eine nicht geringe Bedeutung gewonnen. Sie hat einer Lehre, die bisher nur in der Rechtsphilosophie heimisch war, der Lehre von dem Borzug des Natur- vor dem historischen Recht eine solche Begründung gegeben, daß dieselbe auch Eingang in das rechtswissenschaftliche Studium fand, ein Umstand, der gerade für die Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft von hohem Einssus werden sollte.

Die Frage des Verhältnisses des natürlichen zum positiven Recht ift eine Frage ber allgemeinen Rechtslehre. Griechische und römische Rechtswissenschaft haben sich, wie früher angebeutet 5), niemals bagu verstanden, einem Sage bes positiven Rechts, ber bem Bernunftrecht widersprach, Rechtsverbindlichkeit abzusprechen 6). Sie gewährten bem Naturrecht lediglich den Borzug der inneren, aber nicht den Borzug der äußeren Geltung vor bem historischen Recht; fie erkannten nur an, daß das lettere, wenn es dem Naturrecht widerspreche, undernünftig, nicht aber, daß es dann underbindlich sei. Und in Wirklichkeit behaupteten auch die griechischen und römischen Rechtsphilosophen nichts anderes, als daß bas ideale, das "wahre" positive Gesetz der vernünftigen Ordnung der Dinge nicht widersprechen solle. Die neue Lehre lautet nun aber: Menschenrecht, das dem Naturrecht zuwiderläuft, ist nicht blos unvernünftig, sondern auch unsittlich 7) und — was uns angeht — ohne äußere Geltung. Und nicht, daß der Gedanke der wäre: historisches, den Anforderungen der Vernunft widersprechendes Recht ist unverbindlich, weil es un= vernünftig ift, historifches Recht barf ber Bernunft nicht widersprechen; sondern die neue Lehre ift die: der Vernunft widersprechendes Recht ist unverbindlich, weil es einem positiven Recht höherer Quelle, dem Bernunftrecht, widerspricht.

Daß sich dieser Lehre auch die Thore der Rechtswissenschaft öffnen, dafür liegt der Grund darin, daß die christliche Wissenschaft und zwar Augustin es war, welcher zuerst

¹⁾ Confessiones III, 8.

²⁾ So vor allem die Servorhebung der Gerechtigkeit als Prinzip des wahren Staates im Unschluß an Cicero (de rep. III, 31, 43; 33, 45; 35, 50) in civ. dei XIX, 21.

³⁾ So der Sag, daß gottesfürchtige, d. h. criftliche Regenten den Regierten am meisten Bor-

teil bringen; civ. dei II, 19, V, 19, IV, 3.

4) Lehre vom Naturtrieb, der den Menschen zur Gesellschaftsbildung treibt (civ. dei XIX, 12: homo fertur quodam modo naturae suae legibus ad ineundam societatem); Begründung der menschlichen Gesellschaft durch allgemeinen Bertrag (confess. III, 8: generale quippe pactum est societatis humanae obedire regibus).

societatis humanae obedire regibus).

5) § 2 (S. 10, N. 1), § 37 (S. 149, N. 5); dazu noch Bergbohm a. a. O. S. 155, Krüger S. 121 und Kipp S. 129.

⁶⁾ Anders Cicero von rechtsphilosophischem Standpunkt aus (de rep. III, 22, 33 in Laktantius instit. div. 6, 8, 7).

⁷⁾ Augustin in c. 92, C. XI, qu. 3: non semper malum est non obedire praecepto; cum enim dominus jubet ea, quae sunt contraria deo, tunc ei obediendum non est.

vollkommen klar und ausichließlich das Raturrecht als einen Ausfluß von Bernunft und Willen des persönlichen Gottes erklärt 1). Wohl hat auch die heidnische Philosophie, ingbesondere Cicero2), das Naturrecht aus der Bernunft Gottes erfließen lassen; aber dieses Zurudführen des Naturrechtes auf göttlichen Ursprung erhält ganz anderes Gewicht, wenn auch die Religion auf eine Offenbarung Gottes zurückaeht; bann wird es auch bem Juriften leichter, Gott gleich ben irbischen Gewalten als einen Gesetzgeber und bas Bernunftrecht somit als objektives, positives Recht zu betrachten3). Gewann diese Unschauung von der Natur des Bernunftrechtes die Oberhand in der Wissenschaft — und fie beherrschte, wie wir sehen werben, die mittelalterliche Staatslehre -, dann gab es für eine Staatsrechtswissenschaft nur schlechte Aussichten: benn ber Siea biefer Anschauung hatte nicht nur das zur Folge, daß sich das wissenschaftliche Interesse viel mehr bem höheren Rechte, ber Staatsrechtsphilosophie, als bem positiven Staatsrechte zuwandte, fondern auch, daß man verlernte, was die rechtswissenschaftliche Forschung im Abendlande bisher erfolgreich gethan hatte, zu unterscheiden zwischen dem, was Natur= und dem, was historisches Recht sei, und des weiteren, daß man noch weniger, denn bisher, Rechts-, Glaubens= und Sittenregel auseinanderhielt. Lettere Folge war aus dem Grunde besonders zu erwarten, weil in der driftlichen, namentlich in der afrikanischen Rirche, d. i. eben der, welcher Augustin angehörte, auch die Bibel als lex dei bezeichnet wurde 4).

Es ist nun unsere Ausgabe, nachzuweisen, warum die Lehre Augustins von Natur und Kraft des Vernunstrechtes in der mittelalterlichen Staatslehre zu einem wissenschaft= lichen Gemeingut wurde. Wir gehen daher zur Darstellung der Geschichte der Staats= rechtswissenschaft im Mittelalter über.

¹⁾ Augustin contra Faustum XXII, 27: lex aeterna est ratio divina vel voluntas dei ordinem naturalem conservari jubens, perturbari vetans.

²⁾ de legibus II, 4, 10: quamobrem lex vera atque princeps apta ad jubendum et ad vetandum ratio est recta summi Jovis. Es ist der Sinsluß des Christentums, wenn in den Justinianischen Justitutionen das jus naturale außer mit Uspian auf naturalis ratio (§ 1, I, I, 2) auf divina quaedam providentia (§ 11, I, 1, 2) zurückgeführt wird. Hiezu Stammler, Wirtscheft und Recht, 1896, S. 170.

³⁾ Augustin, sermo 62 (al. 6 de verb. Dom.) n. 13 (= c. 97, C. 11, qu. 3): si aliquid (ipse) proconsul jubeat et aliud jubeat Imperator, numquid dubitatur illo contempto illi esse serviendum? ergo si aliud Imperator et aliud Deus, quid judicatis? solve tributum: esto mihi in obsequium; recte, sed non in idolio. In idolio prohibet. Quis prohibet? maior potestas. Siezu v. Hertling a. a. D. S. 539 und Hergenröther, Der Gehorsam gegen die weltliche Öbrigkeit und dessen der Behre der tatholischen Kirche, 1877, S. 34; ferner Löning a. a. D. S. 87.

a. a. D. S. 87.

4) Diese Bezeichnung führt in der Wissenschaft auf Tertullian zurück, der juristisch gebildet
— er war Rechtsanwalt in Karthago — die Claubenslehre nach juristischer Methode darstellte.
Siehe Harnack, Lehrbuch der Dogmengeschichte, Bd. III, 1890, S. 14 u. 310, und aussührlich Seeberg, Lehrbuch der Dogmengeschichte, 1. Hälfte, 1895, S. 92, 93, 151.

Drittes Buch.

Das Mittelalter.

§ 40. Die Zeit bis zum gregorianischen Kirchenstreit. In drei Formen saben wir bas Staatsrecht mährend ber letten Jahrhunderte bes Altertums eine bescheidene miffen= schaftliche Aflege finden; in Verbindung mit Staatsrechtsphilosophie, mit Privatrechts= wissenschaft und mit Altertumskunde. Es fragt sich, ob diese Art der Pflege des Staats= rechts, als Begleiterscheinung anderer Wiffenschaften, sich auch in das Mittelalter fortsette.

Die allgemeinen Voraussehungen für eine wissenschaftliche Arbeit überhaupt waren, entsprechend der geiftigen Rultur, in den erften Jahrhunderten des Mittelalters vorhanden. Die weltlichen Rhetoren= und Rechtsschulen bestanden in Stalien unverändert fort und vom Ende bes 6. Jahrhunderts an begegnen uns in Italien, Spanien und England höhere Alofterund Kathebralfdulen für enchklopäbifde Ausbildung ber künftigen Kleriker 1). Nichtsbeftoweniger fehlt für diese Zeit jedes Anzeichen einer staatsrechtlichen Forschung, eine Folge teils ber veränderten, teils der unsicheren, rasch wechselnden politischen Umstände.

Das römisch=byzantinische Staatsrecht verlor durch den Untergang des weströmi= ichen Reiches im Abendlande in der Sauptsache seine Geltung. Die Juriften und Rhetoren des römischen Rechtes beschäftigten sich daher vorwiegend nur mit dem Privat= und Prozeß= recht. Wir können dies ruckschließend aus den Schriften des Irnerius (ungefähr 1055-1130)2) entnehmen. In ihnen finden wir außerordentlich wenige Bemerkungen ftaatsrecht= lichen Inhalts 3). Besonders bezeichnend ift, daß in der Summa codicis an Stelle der aroken Reihe von Titeln, die im juftinianischen Koder von der Magistratur handeln (Tit. 26-57), ein einziger Titel de omnibus magistratibus (I 18) steht 4). Schriftsteller, ber fich zur Aufgabe fest, dem ganzen römischen Recht, also auch dem römi= schen Staatsrecht, wieder umfassende Geltung zu verschaffen, in der Erörterung staatsrecht= licher Fragen in diefem Mag guruchaltend ift, fo ift um fo mehr angunehmen, daß in ben voraufgegangenen Zeiten, in den Zeiten, ba bas Personalitätspringip noch unbestritten galt und die Geltung des römischen Rechtes in der Sauptsache auf Privat-, Prozeß= und Strafrecht beschränkt war, sich auch bie Wissenschaft⁵) nur mit biesen Teilen ber römischen Quellen befaßte.

¹⁾ Hierüber Müller, Kirchengeschichte, Bb. I, 1892, S. 319 u. 329 (§ 96); Fitting, Quaestiones de juris subtilitatibus des Frnerius, 1894 (Hallenser Festschrift), S. 38 ff. und S. 47, und berselbe, Summa codicis des Frnerius, 1894, S. XCIX; Kausmann, Geschichte der Unisparitäten Bb. I 1892 S. 106

und berfelbe, Summa codicis des Irnerius, 1894, S. XCIX; Kaufmann, Geschicke ver universitäten, Bb. I, 1888, S. 106.

2) Bgl. Fitting, Quaest. S. 44 st. Ob Irnerius wirklich Berfasser beider Werke ist (Zweisel darüber äußert Landsberg in der Zeitschrift der Savignhstiftung für Rechtsgeschichte, Bb. 16 [1895], Heft 2 [röm. Abt.], S. 339), ist für unsere Benitzung dieser Schriften unerheblich. Für unsift die auch von Landsberg nicht angezweiselte Zeit ihrer frühen Entstehung von Bedeutung.

3) Quaest. I, 10, I, 17, § 1 (Begriff des princeps), III, 1, § 3 (Begriff des Staatsorgans), III, 6, § 1 (Begriff der jurisdictio) und Summa I, 14, § 5 u. 11; hiezu Fitting, Quaest. S. 13 und Summa S. LXVI.

4) Fitting, Summa LV.

5) Darüber, daß im Mittelalter eine Rechtswissenschaft vor Frnerius vorhanden war, dieser

Wenn die beiben anderen Formen, in welchen juriftische Betrachtung des Staats= lebens bisher zu Tage getreten war, fich im Mittelalter nicht forterhielten, so liegt ber Brund hiefür nicht, wie bei ber römischrechtlichen Jurisprudeng, in den veränderten politischen Berhältnissen, sondern in deren Unftetigkeit. Säufiger Wechsel der politischen Berhältniffe benimmt ber Staatsrechtswiffenschaft, wie schon wiederholt bemerkt, das Objekt, beffen fie zu gedeihlicher Entwicklung als notwendiger Voraussetzung bedarf, eine ruhige, feste Staatsrechtsordnung. In den auf lange Zeit hinaus maggebenden Enchklopädien, Uebersetzungen und Erzerpten ber antiken Litteratur, welche unter bes Oftgotenkönigs Theodorich Regierung Boethius (ungefähr 480-524) und Caffiodor (ungefähr 480-575) 1) herstellten, fällt antike Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtskunde voll= kommen aus. Siefür ift nicht der einzige Grund, daß unmittelbare Renntnis der politischen Schriften von Aristoteles fehlte. Die politischen Schriften Ciceros und Platons waren bekannt, aber sie wurden kaum gelesen.

Einige Jahrhunderte später, seit dem 10. Jahrhundert, waren gesicherte staatliche Zustände vorhanden. Sie mährten von Otto I. an durch mehr als 100 Jahre (950-1070) und es waren so an fich die bisher mangelnden Voraussekungen für die Entstehung einer Staatsrechtswiffenschaft gegeben gewesen, umsomehr, als auch das allgemeine geistige Niveau. welches unter ben voraufgebenden politischen Verhältnissen ebenfalls gelitten hatte 2), nicht blos räumlich, sondern auch innerlich erweitert war. Allein es fehlte noch das Bedürfnis für eine wiffenschaftliche Behandlung staatsrechtlicher Fragen. Und dieses fehlte einmal, weil ber Staat begann, fich nach Normen bes Privatrechts zu gestalten, die im Bolksbewußt= fein lebten 3), dann, weil das Staatsrecht der in Betracht kommenden Staaten in seinen ober= ften Grundlagen keine augenfälligen Gegenfäße zeigte, also die Verschiedenheit mangelte, die sonst wohl zu vergleichender juristischer Untersuchung herausfordert, und endlich, weil das Staatsrecht ber einzelnen Lanbe infolge ber absolut monarchischen Berfassung verhältnismäßig einfachen Charakter an fich trug, fo daß Staatsgeschäfte eine besondere Borbildung nicht erforderten, sondern die allgemeine Borbilbung ber Aleriker hiefür genügte. Die Uneignung der besonderen Renntniffe konnte der Praxis um so leichter überlaffen werden, als fich bas anzuwendende öffentliche Recht nabezu ausschließlich im Wege ber Berwaltungspraxis bildete.

Auch für die Richtigkeit des eben Ausgeführten dürfte fich ein besonderer Beweis durch Rudfchluß aus den Werken des Irnerius rechtfertigen. Sätte in der unmittelbar voraus= gehenden Zeit ein Bedürfnis zur miffenschaftlichen Untersuchung ftaatsrechtlicher Fragen obgewaltet, fo murbe dies in Grenzgebieten zwischen Privat= und öffentlichem Recht, z. B. in der Lehre von den Rechtsquellen, doch wohl auch auf die Privatrechtswiffenichaft gurudgewirkt haben, fich ein folcher Ginfluß also auch bei Irnerius zeigen; ebenfo gut, wie fich bei ihm ftaatsrechtliche Fragen, die in seiner Zeit auftauchen und in Zusammenhang mit bem Privatrecht stehen, berücksichtigt finden 4). Allein nichts von dem ist bemerkbar.

§ 41. Die Zeit des gregorianischen Kirchenstreits 5). Die Berhältnisse anbern sich

nicht ber Erneuerer ber Rechtswiffenicaft im Abenblande ift, fiebe Fitting, Quaest. S. 38 ff. u. 47 Summa XCIX.

¹⁾ Ueber Beide Müller S. 320 ff.; ferner Gerde a. a. D. S. 1030 u. 1039 und Windelband S. 215.

²⁾ Harnack, Dogmengeschichte (Grundriß), 2. Aufl., 1892, § 56: "Das geistige Leben und die Theologie haben bis zur Zeit Karls des Großen keine fortschreitende Geschichte."

3) In ähnlichen und gleichen Leih- und Dienstverhältnissen, wie diejenigen waren, vermittelst deren die staatliche Verwaltung ihre Gliederung erhielt, spielte sich auch das wirtschaftlich-persönliche 4) Davon fpater. Leben ber Privaten ab.

⁵⁾ Ueber die mittelalterliche Staatslehre schlechthin Stahl, Geschichte der Rechtsphilosophie, 2. Aufl., 1847, S. 51ff.; Walter, Naturrecht und Politik, 1863, S. 520ff.

mit den Zeiten desjenigen Rampfes zwischen Raifer= und Papsttum, den wir als den gregorianischen Rirchenstreit bezeichnen 1). Für Augustin eriftierte die Frage nach bem Berhältnis von Staat und Rirche als Rechtsfrage noch nicht. Augustin fteht auf bem Boben bes in feiner Zeit wirklich geltenden Staatskirchentums. Für ihn ift ein rechtliches Unterordnungsverhältnis nur zwischen Raifer und Gott vorhanden; nur den Befehlen Cottes, göttlichem Recht, nicht aber einem Recht firchlicher Organe ift der Raiser unterworfen 2). Unders lagen die Umftande in der zweiten Salfte des elften Jahrhunderts. Run handelte es sich um bas Berhältnis zwischen Kaifer und Papft und bamit, was bas Berhältnis ber gefetgebenden Gewalten Beiber ju einander anlangt, im Ginne jener Zeit um eine Frage des Rechts. Denn, während heute richtiger Anschauung nach das Berhältnis von katholischem Kirchenrecht zu Staatsrecht nicht auf dem Wege Rechtens, sondern nur auf dem Wege der Macht gelöft zu werden vermag, nachdem Gebiet und Angehörige beider Gemeinschaften sich nicht entfernt mehr beden, mußte diese Frage in der Zeit des Mittelalters als eine Rechtsfrage angesehen werden. Die Herrschaftsbereiche von Raiser und Papft fielen damals territorial und personell nahezu völlig zusammen, ja es war jogar die Annahme üblich, daß fie sich völlig bedten, indem die Ungläubigen nicht blos bem Reiche, sondern auch der Kirche unterthan seien 3). So war es nur natürlich, wenn fich aus dem Gedanken der Fortbauer des imperium mundi des römischen Reiches unter gleichzeitiger Umbeutung der civitas dei Augustins in eine Rirche im Rechtsfinne als allgemeine Borftellung des Mittelalters die Auffassung entwickelte, daß Raiser und Papst Organe ein und desfelben corpus, des mundus als des rechtlich gebildeten Weltstaates seien4). Die Frage war politisch, wirtschaftlich und sozial von so hoher Bedeutung5) und rechtlich fo ichwierig, daß fich das Bedurfnis nach einer wiffenschaftlichen Löfung berselben alsbald ergab.

Man follte nun glauben, weil es sich um eine Rechtsfrage handelte, würden sich vor allem die verschiedenen italienischen Rechtsschulen berufen gefühlt haben, an einer Lösung berselben teilzunehmen; zumal diejenige Roms, von deren Sitz jener Kampf ja feinen Ausgang genommen hatte und die zugleich in jener Zeit die erste und angesehenfte von allen war 6). Allein thatsächlich beteiligten sich die juris consulti des 11. Jahrhunderts an der Löfung dieser Frage nicht. Wenn wir nach den Gründen dieser auffälligen Er= scheinung forschen, so ist der erfte wohl darin zu suchen, daß die Lehrer dieser Rechtsschulen zugleich auch in ber Civil- und Strafrechtspraxis als Stabtrichter und Sachwalter thätig waren 7). Die staatsrechtlichen Teile bes corpus juris waren ihnen insolge beffen frember und fie baher nicht hinreichend ausgerüftet, um mit Erfolg in ben politischen Rampf einzugreifen; ganz im Gegensatz zu ben Alerikern, welche sowohl badurch, baß fie an ben Bofen und in ben Städten die politischen Geschäfte führten, als dadurch,

¹⁾ Ueber diese Zeit im allgemeinen Mirbt, Die Publizistit im Zeitalter Gregors VII, 1894, und Gennrich a. a. D. S. 130 ff. 2) Siehe oben S. 156, N. 5.

³⁾ Bgl. hierstber Gierke, Bb. III, S. 540, A. 50 mit 542, A. 56.
4) Bergl. Gierke, ebenda Bb. III, S. 515 ff., berselbe, Deutsches Privatrecht, 1. Bb. (1895), S. 434; Friedberg, § 14, S. 47; Sohm, Kirchenrecht, Bb. 1 (1892), S. 548; Rieker, Die rechtliche Stellung der evangelischen Kirche Deutschlands in ihrer geschichtlichen Entwicklung. 1893, S. 10; Kahl, Lehrspftem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik, Bd. 1 (1894), S. 113; Mirbt, Die Stellung Augustins in der Kublizistik des gregorianischen Kirchenstreites, 1888, S. 77 u. 96 und derselbe a. a. O. S. 574, N. 22.

5) Daß sich kaiserliche und päpstliche Maniseste mit ihr beschäftigten, stellt dies ins

hellste Licht.

⁶⁾ Fitting, Quaest. S. 28, 44. 7) Fitting, Die Anfänge der Rechtsschule zu Bologna, 1888, S. 39; Kaufmann a. a. D., Bb. I, S. 133 u. 200.

daß die Rirchenväter Lehren über das sittlich-religiöse Berhältnis zwischen Staat und Rirche gaben, einer Erörterung ftaatsrechtlicher Fragen um vieles naher ftanden. Der zweite und zwar ber hauptgrund mar aber wohl ber, daß bie ausgesprochen religioje Stimmung ber Zeit und die praktisch-politische Nichtung der italienischen Rechtsschulen jener Tage es kaum zuließen, von dem Brinzip, daß daß römijch-byzantinische Recht als Reichsrecht gelte. Gebrauch zu machen und die hienach an sich anwendbaren Bestimmungen ber justinianischen Gesetzgebung auch wirklich anzuwenden. Der allgemeine Satz der Digesten, daß bas Sakral= recht einen Teil des öffentlichen Nechtes bilbe 1), und die besondere, aus Coder und Novellen genau zu ersehende Stellung bes chriftlichen Raisers zur Rirche mußten zu ber Unnahme einer Ueberordnung des Raisers über ben Papst führen; ja selbst schon die beiden Stellen ber Inftitutionen und ber Digeften, welche von einem "Ueberlaffen" ber Berrichaft feitens des Volkes an den princeps durch eine lex regia reden2), mußten dies Resultat ergeben, nachdem dort nicht blos von einem Ueberlassen des Imperiums, sondern aller potestas bie Rebe ift. Allein bas religioje Beburfnis und bie religioje Empfindung mar auch in ber Laienwelt fo ftart, daß bie Borftellung einer Unterordnung des Papftes unter bas weltliche Regiment jener Zeit mit verschwindenden Ausnahmen3) eine absolut unvollziehbare war. Es war rasch und völlig in Vergessenheit geraten, daß dies das geltende Berhältnis der eben abgelaufenen Sahrhunderte gewesen. Und die Berufung auf die concessio potestatis verbot die prattijche Politik. Denn in der concessio liegt im Gegensatz zur translatio nur die Gemährung einer Gunft seitens einer höheren Gewalt, nur die Einräumung der Ausübung eines Rechtes, nicht die Einräumung des Rechtes selbst. Der Kaiser erschien barnach nicht als Nachfolger, sondern als Stellvertreter bes römischen Volkes. Diese Auslegung entsprach wohl ben rechtlichen Verhältnissen zur Zeit ber Entstehung dieser Stellen4) und hatte auch den praktisch = politischen Anschauungen der bemokratisch gesinnten, nach Selbständigkeit strebenden Bevölkerung Roms und ber norditalischen Städte, die Sitze dieser Rechtsschulen waren, entsprochen — und in der That hat die demokratische Partei Roms sie auch bald in der ersten Hälfte des folgenden Jahrhunderts zu der ihrigen gemacht 5) -, allein die von grnerius geführte, maßgebende Rechtslehre hat sich aus praktisch-politischem eigenem Interesse zu dieser wissen= schaftlich richtigen Auffassung nicht bekannt. Sie erklärte ben Raiser für ben "successor"

¹⁾ l. 1, § 2, Dig. I, 1.
2) Inst. I, 2, § 6; l. 1, pr. Dig. I, 4; das Nähere oben S. 147, N. 6.
3) Benzo von Alba (hiezu Lehmgrübner, Benzo von Alba, ein Berfechter der kaiserslichen Staatsidee unter Heinrich IV., 1887) und Sigebert von Gembloux; vgl. Mirbt, Publizistit, S. 576. Die übrigen antigregorianischen Publizisten behaupten lediglich eine Gleichordnung des Kaisers mit dem Papit. Bezeichnend ist die Stellung Hugo von Fleurys (über ihn und seinen zwischen 1102 und 1105 geschriebenen tractatus de regia potestate et sacerdotali dignitate sabgedruckt in den Monumenta Germaniae historica, libelli de lite imperatorum et pontificum secondis VI et VII conservati tom II 1892l Genurich S. 139 u. 107. Mirbt S. 73 st. und [abgebruckt in den Monumenta Germaniae historica, lidelli de lite imperatorum et pontificum saeculis XI et XII conscripti, tom. II, 1892] Gennrich S. 139 u. 107, Mirbt S. 73 ff. und weiter unten). Obgleich das von ihm aufgestellte Prinzip, daß der (französische) König die Herrichaft über die Bischöfe haben müsse, ut universitas regni ad unum redigatur principium (I, 3; dazu Gennrich S. 139, N. 1; Sacur im neuen Archiv der Gesellschaft für ältere Geschichtskunde, 28d. 16 (1891) S. 373, N. 33), auch auf den Weltstaat anzuwenden war, und obgleich Fleury verschiedentlich die thatsächlichen Verhältnisse zwischen Kaiser- und Papstum näher berührt (vgl. Sacur S. 372), stellt er doch seine Theorie der Unterordnung der Kirche nur für das Verhältnis von Vischof zu König, nicht von Papst zu Kaiser auf.

4) Der Erwerd des Prinzipats ist zu rechtschistorisch der Eintritt in eine Reihe auf verschiedene Weise erwordener Nemter; siehe Mommfen, Abriz S. 194 u. 197.

5) Sierse III, S. 571, N. 146; d. Bezold, Die Lehre von der Volkssouweränität während des Mittelasters in Sybels Zeitschrift, Bd. 36, S. 325; Pomtow, Neber den Einsluß der alterömischen Verschungen vom Staat auf die Politis Kaiser Friedrichs I. und die Anschungen seiner Zeit (Hall. Disson) 1885, S. 8 ff. Ueber die mittelasterlichen Ansprücke der Kömer, das caput mundizu sein, in der vorausgehenden Zeit siehe die eingehenden Belege Fittings, Quaest., S. 26.

gu fein, in ber vorausgehenden Zeit fiehe die eingehenden Belege Fittings, Quaest., G. 26.

ber römischen civitas im Besitze bes imperium 1), indem sie darüber hinwegsah, daß es sich in diesen Stellen um Uebertragung durch lex, nicht durch Bertrag, also durch Aft einer übergeordneten, ihre Macht wohl nur zur Ausübung hingebenden Gewalt handelte. Allein ihre Absicht, dem römischen Rechte Anerkennung als Reichsrecht zu verschaffen. war lediglich burch Vermittlung des Raifers zu erreichen. Und überdies hätten fie ber Stellung bieses mit ber anderen Auslegung auch insofern geschadet, als mit ber Unnahme einer concessio für die Herrschaft des Kaisers ein niedrigerer Rechtstitel als für bie Herrschaft des Papstes zugegeben und fo eine Unterordnung des Raisers unter ben Papft ohne Mühe abzuleiten mar. Der Raifer hatte seine Gewalt nur vom Volke, ber Papft bagegen von Gott gehabt. Die Juriften glaubten bem Streben ber Stäbte nach bürgerlicher Selbständigkeit, dem National- und Lokalpatriotismus Italiens und Roms, genügend badurch entgegenzukommen, daß fie betonten, das von Juftinian kobifizierte Recht fei römisches Stadtrecht, und eben bas Recht biefer Stadt, ber Metropole Italiens, fei es, bas fie zum einheitlichen Reichsrecht erhoben wiffen möchten. Macht und Bilbung, fo fagten fie, jeien die zwei wesentlichen Erfordernisse bes wahren Gesetgebers: ber populus Romanus sei ein folch' mahrer Gesehgeber gewesen. Rom sei der historische Sit ber Weltherrichaft und von Rom hätte bas Abenbland alle Wissenschaft erhalten 2).

So finden wir, daß sich an der litterarischen Erörterung des Streites in der That fast nur Kleriker beteiligen 3) und daß, soweit römisches Recht dabei benützt wird — und bas ift ebenfalls nur fehr fparlich ber Fall 4) -, bies nicht Beftimmungen bes romifchen

Staats=, sondern bes römischen Privatrechts find.

Wenn ber Streit um die Art des Berhältnisses amischen Raiser und Babst auf diese Weise auch in wissenschaftlicher Sinsicht den Charakter eines Streites unter Theologen hat, so könnte boch, weil es sich um einen Rechtsstreit handelt, geglaubt werden, bie Löfung fei in erfter Linie nach Maggabe bes positiven Rirchenrechts, also auf Grund deffen erfolgt, was Bibel, Tradition, Konzilsbeschlüsse und bischöfliche Satzungen boten. Allein in Wirklichkeit war die erste Quelle der Entscheidung das Naturrecht.

Es find verschiedene Grunde, die das veranlagten. Zunächst bot die erste Quelle bes positiv-kirchlichen Rechtes, die heilige Schrift, infolge der in ihren Anfängen auf die jubische Religionsphilosophie 5) zuruckgehenden vierfachen Auslegungsweise einen bochft unficheren Rechtsboden. Gbenfoviel, wie die buchftäbliche ober hiftorische Bedeutung, galt feit Auguftin auch die muftische mit ihren drei Unterarten, der allegorischen (geiftig-religiösen), tropologischen (moralischen) und anagogischen (auf die jenseitige oder zukunftige Welt bezüglichen) Auslegungsweise 6). Infolgedeffen konnte der einen Bibelftelle leicht eine andere entgegengesett und aus berselben Stelle mittelft verschiedener Auslegungsweise

3) Mirbt S. 90.
4) In der defensio Heinrici IV regis von Petrus Craffus (Mirbt S. 18, 539, 613), versfaßt um 1080.

5) Insbesondere auf Philon von Alexandria (1. Jahrh. n. Chr.); über ihn Windelband S. 173 (§ 18) u. S. 167 (§ 17). Dieser folgt wieder griechischer Methode (Auslegung des Homer). Hierüber Hatch, Griechentum und Christentum, deutsch von Preuschen, 1892, S. 42, 47, 50. 6) Aeber diese Auslegungsarten vgl. Diestel, Geschichte des Alten Testaments in der christlichen Kirche 1869, S. 161; Riezler, Die litterarischen Widersacher der Päpste zur Zeit Ludwig des Baiers 1874, S. 232. Beispiel bei Gennrich S. 115 sf.

¹⁾ Frnerius, Quaest. I, 16. 2) Frnerius, Quaest. I, 11: is enim demum legis lator jurisve conditor vere dicitur qui sic et prudentia floret et potestate viget . . . in reliquis enim philosophiae partibus singulorum istius urbis civium auctoritates adeo sequimur, ut artium cunctarum disciplinam aut ab ipsis aut per ipsos in omnes regiones emanare videamus aperte . . . nosti plane rerum summam, mundi principatum, singulare in omnes gentes imperium dubio procul hic constitisse.

das Verschiedenste herausgelesen werden. Eine Berufung auf Naturrecht war nicht in gleich müheloser Weise zu widerlegen. Bur Unwendung des Naturrechtes führte bann aber noch der weitere Umftand, daß die Sauptfrage mangels befonderer Bestimmung bes gefchriebenen Rechts im wefentlichen lediglich aus allgemeinen Erwägungen, aus ber ber Natur ber Berhältniffe innewohnenden Ordnung, aus ber fog. Natur ber Sache gelöft zu werden vermochte. Dies führte leicht zu einer ausschließlichen Berudsichtigung bes Naturrechts. Dann trug dazu die Thatsache bei, daß die sich mit den Fragen des gregorianischen Rirchenstreits beschäftigende Litteratur insgesamt aus augenblicklichem Bebürfnis hervorgegangen war. Gelegenheitsichriftsellerei ift aber mit Borliebe Tendengschriftstellerei und jede auf praktisch-politische Zwecke abzielende Rechtsanwendung arbeitet gerne mit dem Recht der Natur der Sache. Sie formt ihre Gründe nach dem gewünschten Biel und das geht leichter, wenn die Bernunft, d. h. doch in erfter Linie die subjettive Meinung, als wenn Satung oder Uebung die Beweismittel sind. Naturrecht ist elaftischer als geschriebenes und geübtes. Der maggebenbste Grund, aus bem man sich in erster Linie der naturrechtlichen Beweisführung bediente, lag aber darin, daß, dem firchlichen Sinne der Zeit entsprechend, die oben angemerkte Lehre Augusting zur allgemeinen Herrschaft gelangte, daß dem Naturrecht eine höhere rechtliche Kraft als dem positiven Rechte zugehöre, weil es Ausfluß bes göttlichen Willens und ber Bernunft Gottes sei 1).

So war die wissenschaftliche Behandlung des Staatsrechts vorwiegend eine staatsrechtsphilosophische. Nur sekundär und indirekt fand das positive Recht Berücksichtigung. Sekundär insoserne, als sich die Schriftsteller zum Beweis dessen, daß etwas dem göttlichen Willen entspreche, u. a. auch auf die consuetudo beriesen. Darin liegt aber eine unbewußte Berücksichtigung des positiven Staatsrechts, denn das Versassungsrecht des Reiches war in diesen Jahrhunderten des Mittelalters doch ausschließlich ein im Wege der Gewohnheit entwickeltes. Kommt das positive Recht in dieser Form, um einen Ausstruck Gierkes zu gebrauchen 3), nicht sowohl in seiner konstitutiven Bedeutung, d. h. als rechtsverbindliche Korm, denn vielmehr als "äußeres Zeugnis und Beispiel" in Betracht, so tritt es indirekt insoserne hervor, als sich in den naturrechtlichen Theorien teilweise wirklich geltendes, positives Recht wiederspiegelt. War als die Hauptquelle zur Entscheidung der Streitsragen das Vernunstrecht anerkannt, so war damit keineswegs eine gleichheitliche Entscheng gegeben. Den göttlichen Willen, die göttliche Vernunst bezügslich eines Lebensverhältnisses zu erkennen, war nur auf subjektivem Wege möglich: die

¹⁾ S. v. § 39 a. E. Wenn Mirbt a. a. D. dieses Beweisen mit allgemeinen Erwägungen, wie er es nennt (S. 613), darauf zurücksühren will, daß die Schriftseller des gregorianischen Kirchensstreites sast ausnahmslos dem praktischen Leben ferne standen (S. 544), so dürste dieser Grund nicht ganz stichhaltig sein. Unter diesen Schriftsellern befand sich z. B. mancher Bischof. Die Bischöfestanden aber doch mitten im kirchenpolitischen, wie die Mönche im wirthastspolitischen Leben. Ueber die Rechtsaufsassung des Mittelalters im Allgemeinen Sicken, Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung 1887, S. 549 u. 575 und Gierke, Deutsches Privatrecht, 1. Bb., S. 121, N. 34 u. 356, N. 3.

²⁾ Die Schriftsteller waren selbstrebend veranlaßt, darzulegen, warum dies oder jenes der göttlichen ratio und voluntas gemäß sei. Ihre Beweise waren infolge ihrer enchklopädischen Bildung
den verschiedensten Wissensgebieten entnommen. In erster Linie knüpften sie allerdings an Lehrmeinungen ihrer Borgänger an, eine Folge sowohl ihrer enchklopädischen, also weniger tiesgehenden
Bildung, wie des durch den verpstichtenden Charakter der katholischen Religionslehre entwickelten
karken Glaubens an Autoritäten; außerdem aber besonders an Seschichte oder, was sie eben dafür
hielten. Seschichtlich erweisen sie eine consuetudo. So berust sich Erassus, was sie eben dafür
des Königs zum Thron aus der Vererbung nachzuweisen, auch auf die Geschichte, auf Oktavian,
Tiberius, Konstantin, Gratian, Karl den Großen, Otto I., die ihre Krone alle ererbt hätten (Libelli
de lite, tom. I, 1891, S. 445).

3) Genossent, Bd. III, S. 533.

Vorstellung vom Vernunftrecht mußte notwendig je nach Bildung, Stellung und Beftrebung der Betrachter eine verschiebene sein. Immer aber werden sich in den verschiebenen Vorstellungen die Ideen der Zeit des einzelnen Betrachters wiederspiegeln. Wie das gesamte Kulturleben des Mittelalters, so beruhte aber auch das Rechtsleben desselben auf drei verschiedenen Clementen, auf Christentum, Antike und germanischem Volkstum 1). So konnte kirchliche, antike und germanische positiverechtliche Rechtsanschauung in dem als Naturrecht Behaupteten seine Auspräqung sinden.

Die Frage des Vorzugs der päpstlichen vor der kaiserlichen Gewalt bezw. der Gleichsordnung Beider wurde juristisch wesentlich nach dem höheren oder niedrigeren Rechtstitel entschieden, welcher der einen oder der anderen Gewalt zukommen sollte. Dem besonders frommen, mönchischen Zug der Zeit entsprechend²), mußte auch hier das kirchliche Element überwiegen. Derjenige Teil mußte also die erste Stelle einnehmen, der eine christliche Gewalt darstellte. Die Frage galt als entschieden, wenn nachgewiesen war, daß nur die päpstliche Gewalt auf göttliche Einsehung zurückzusühren sei, der Kaiser seine Gewalt das gegen auf sündigem Wege, durch den Teufel, von den Menschen erhalten habe, bezw. wenn nachgewiesen war, daß sich die Gewalt beider, des Kaisers wie des Papstes, auf göttliche Einsehung stühe. Beide Begründungen sind gäng und gäbe³). Das Vorwiegen kirchlicher Rechtsanschauung ist damit erwiesen.

Schwieriger ist, zu entscheiben, ob in den litterarischen Auseinandersetzungen des gregorianischen Kirchenstreites auch römische oder mittelalterlich-germanische Rechtsanschauungen zu Tage treten.

Kömischrechtliche Anschauungen hat man in der interessanten Theorie⁴) des Mönches Manegold von Lauterbach sehen wollen. Es ist dies dasjenige Mitglied jener Publizifit, welches allein näher erklärt, wie der Staat, als Menschenwerk gedacht, rechtlich zu konstruieren sei. Er ist der erste uns bekannte mittelalterliche Vertreter einer Rechtslehre der Volkssouderänität⁵). Die Königswürde ist ihm zusolge so wenig, wie diesenige von Bischof, Priester und Diakon, eine Einrichtung der Natur d. h. Gottes, sondern ein ledigslich vom Volk errichtetes Amt⁶). Die Stellung des Königs beruht auf einem pactum, dessen Inhalt dahin geht, daß er dem Volke Treue und Schutz vor Tyrannis d. h. unsgerechter Ausübung der Herrschaft⁷), das Volk ihm sidelitas vel reverentia verspricht⁸)⁹).

Man hat diese Konstruktion mit dem römischen Recht bezw. der römischen Rechts= philosophie in Zusammenhang gebracht, zurückgeführt einerseits 10) auf jene, erst vor

¹⁾ Bgl. Riezler S. 131.
2) Bgl. Müller S. 441.
3) Beide Anschauungen konnten sich auf Augustin berufen (vgl. oben S. 156, N. 5), indem, was Augustin als Sittenlehre meinte, als Naturrecht genommen wurde. Ueber die Vertreter der einzelnen Anschauungen Mirbt S. 545, 546; derselbe, Die Stellung Augustins u. s. w. S. 91 und Gennrich S. 136.

⁴⁾ Siehe über dieselbe Mirbt S. 227 ff.
5) Ueber ihn Francke in den Mon. Germ., Lib. de lite I, S. 300 ff. Seine Schrift (ad Gebehardum liber) ist um das Jahr 1085 zu datieren (Mirbt, Publizistik, S. 26).

⁶⁾ Lib. de lite I, S. 365: sicut episcopus, presbiter et diaconus non sunt meritorum nomina, sed officiorum, sic rex, comes et dux non naturae vel meritorum, sed sunt vocabula officiorum atque dignitatum. Ebenjo S. 385.

⁷⁾ S. 365: pravitatem fovere, bonos conterere. Und zwar benkt sich Manegold, wenn er es auch nicht ausspricht, dem Zeitgeist gemäß, als unsittlichen Herrscher benjenigen, der die Kirche vergewaltigt.

⁸⁾ Ebenda.
9) Es ift also ein anderer Grund, der im Mittelalter zur Lehre vom Staatsvertrag führt als im Altertum. Im Altertum ift die Lehre der Ausdruck des Gedankens, daß es Aufgabe des Staates sei, für das Individuum zu sorgen. Im Mittelalter wird sie aufgenommen, um daraus die Stellung des Herrschers als eines Organes des Volkes und damit seine Inferiorität gegenüber

dem Papst darzuthun. 10) v. Bezold a. a. O. S. 323.

furzem 1) erwähnte Stelle der justinianischen Institutionen, in welcher von der Uebertragung bes Imperiums auf ben princeps die Rebe ift, andererseits für eine Weiterbilbung ber von Augustin2) aufgenommenen ciceronianischen Definition des populus als coetus multitudinis juris consensu et utilitatis communione sociatus erklärt3). Allein beibe Stellen reichen nur bagu aus, die Lehre Manegolbs hiftorisch-politisch, nicht aber bagu. fie nach ihrer rechtlichen Ronftruktion zu erklären. Denn lettere Stelle fpricht gwar von einem coetus sociatus, also ber Sache nach von einem Bertrag, aber nur von einem Vertrag ber Genoffen unter einander, nicht mit dem Könige; die Verpflichtung zu Treue gegen den König kann hiernach nur eine vertragsmäßige Verpflichtung aus Sozietät, nicht aber gegenüber dem Könige sein 4)5). Und die andere Stelle spricht von einer lex 6), nicht aber von einem pactum, durch welches die Gewalt vom Volke übertragen wird. Sclost wenn wir aber annehmen, Manegold hätte die lex als Vertrag aufgefaßt, so mare boch ber Inhalt bes Bertrags ein Uebertragen von imperium, also in erster Linie Begrundung eines Rechtes, nicht Begrundung einer Pflicht. Gewiß hatte ferner Manegold, ba er boch fonst ber Zeit entsprechend?) an Zitaten nicht spart, bie Stelle auch angeführt, wenn er fie gekannt hatte. Letteres ift aber nicht angunehmen, nachbem er auch sonst teine Vertrautheit mit bem römischen Rechte zeigt. In Wahrheit bürfte nicht ein Anschluß an die justinianischen Institutionen oder an Cicero, sondern lediglich an die altrömische Geschichte vorliegen. Manegold führt auch als Beispiel für bas Recht des Volkes, den vertragsbrüchigen Rönig zu verjagen, die Vertreibung der Tarquinier an8). Die rechtliche Konstruktion des Verhältnisses von Volk und Fürst dagegen, die Konstruktion desselben als officium und pactum, dürste richtiger als Berbindung von kanonischer und germanischer Rechtsanschauung aufzufassen sein. In der Sprache des kanonischen Rechts ift officium Amt) und auf den Kirchenvater Sieronhmus beruft sich auch Manegold für die Bezeichnung der Stellen des Bischofs, Priefters und Diakons und bemgemäß auch des Königs als Dienst und Amt. Andererseits charakterisiert sich das Vertragsverhältnis, das Manegold zwischen Volk und König statuiert, als ein privatrechtlicher Dienstvertrag, wie der Vergleich, den Manegold zieht, beutlich ergiebt. Manegold will beweisen, daß das Bolk berechtigt ift, ben Fürsten zu entsehen, wenn er, ftatt es gegen Thrannis zu schüken, sich selbst biefer schulbig macht. So gewiß jemand, der einen anderen um angemeffenen Lohn als Schweinehirten bestelle, biesen Schweinehirten fortjagen durfe, wenn derselbe, statt die Schweine auf die Weide zu treiben, bavon ftehle ober fie verkommen laffe, fo gewiß könne bas Bolk einen ungerechten König entseken, weil er zuerst ben Bertrag gebrochen habe. Die Berechtigung

¹⁾ S. 162, N. 2.

²⁾ Civitas dei XIX, 21.

³⁾ Mirbt, Stellung, S. 92. 4) Aus letzterem Grunde kann auch nicht an eine Anknüpfung an Augustin in dieser Richtung gedacht werden, denn nach ihm (s. o. die Stelle S. 157, N. 4) ist die Gehorsamspsclicht gegen den König eine Verpschäftung nicht aus einem Vertrag mit dem König, sondern mit der societas humana.

⁵⁾ Die zweite Stelle ist zur Erklärung der Manegoldschen Konstruktion übrigens einigermaßen brauchbar, wenn man nicht sowohl die von Mirbt hervorgehobene communio utilitatis, als vielmehr den von Mirbt unerwähnt gelassenen Ausdruck res populi, womit Cicero die res publica umschreibt, (s. o. S. 150) heranzieht; allein Augustin, in dessen Gedankengängen auch Manegold aufgewachsen ist, verwendet in seinen Aussührungen über diese Definition res populi nicht in dieser Richtung.

⁶⁾ Die lex ist ein zugleich einen Wahlatt enthaltendes Kompetenzgeset (Mommsen S. 196; Kipp S. 11 u. 32).

⁷⁾ Siehe oben S. 164, N. 2. 8) A. a. D. S. 365.

⁹⁾ Dazu Gierke, Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien 1880, S. 140; derfelbe, Genossenschaftsrecht, Bd. III, S. 563; Dilthen S. 431 u. 433.

167

hiezu sei um so größer, quanto conditio hominum a natura distat porcorum. Sierin tritt insoferne germanische Rechtsborftellung zu Tage, als Manegold ober sein uns unbekannter Gewährsmann - ob es eigene Gedanken Manegolds find, die er produziert, wiffen wir ja nicht - zu diesem Vergleich nur durch das Mittel des Vaffallitäts= vertrages geführt sein kann. Darauf weisen die Ausdrucke fides bezw. fidelitas vel reverentia für die Berpflichtungen des Königs bezw. der Unterthanen hin. Im Baffallitätsbertrag liegt aber ber Beginn ber privatrechtlichen Behandlung bes öffentlichen Rechts, des Privatrechtsftaates des Mittelalters 1).

Als Gelegenheitsschriftstellerei geht die mit dem Vorstehenden charakterisierte Publi= ziftik über die zu lösende Hauptfrage nicht hinaus. Für sie ist die im Mittelpunkt ftehende Frage mit der Antwort erledigt: der Kaiser ift dem Papst gleich- bezw. untergeordnet. Wie die Stellung beider innerhalb des einen großen Organismus, dem fie angehören, in dem einen bezw. in dem anderen Falle aufzufaffen sei, also die systema= tische Behandlung der Streitfrage liegt ihr ferne2). Wiffenschaftliches Material bazu war in der reichen Behandlung der Frage vorhanden. Es bedurfte nur des kommenden, dem Streite praktisch fernstehenden Mannes, der es sichtete und ihm System gab.

Er erstand in der Person des einflugreichen Rirchenpolitikers Johannes von Salisbury, der 1180 als Bischof von Chartres starb. Derselbe ift der erste mittelalterliche Systematiker auf dem Gebiete der Staatslehre3). Gewiß haben auch schon andere vor ihm die Frage von mehr wissenschaftlichem Gesichtspunkte aus behandelt, so auf Seite Gregors honorius von Autun (Augustodunus)4), auf ber Seite seiner Gegner ber ichon früher 5) erwähnte Sugo von Fleurn. Allein Die eine Schrift ift rein theologisch=ethischen Charafters, die andere eine religios-politische Schrift6). Auch der policraticus Salisburys ift seiner Beweisführung und Einzelerörterung nach durchaus der chriftlichen Moralphilo-

4) Ueber seine kurz vor dem Wormser Konfordat entstandene Schrift Summa gloria de Apostolico et Augusto sive de praecellentia sacerdotii prae regno, vgl. Gennrich S. 144ff.

¹⁾ Den Anfang dieser privatrechtlichen Staatsauffassung zeigt auch die Beweisführung ber bas römifche Recht am meiften benügenden defensio von Petrus Craffus (oben G. 163, N. 4). Crassus ftellt bas vom Papst unabhängige Recht des Kaisers außer auf ratio (libelli de lite Í, S. 435) und divina ordinatio (S. 437, 445) aug auf lex (S. 445; prudentia juris S. 435). Lex ift römisches Privatrecht. Als heres und als bonae fidei possessor sei Heinrich IV. im Besitz des regnum (S. 443, 444; hiezu Mirbt S. 548, K. 6). Daß sich Crassus abei bewußt ist, Privatrecht anzuwenden, zeigt der Sah, wie könnte dem König etwas (nämlich das Erbrecht) entzogen werden, quod cuiquam privato homini legum sanctione sieri prohibetur.

2) Wie sehr sich diese Gelegenheitsschriftsellerei in dieser Hinsich Schrinke außerlegte, zeigt könnt könnten außerlegte, zeigt könnten dieser Binsicht Schrinke und Auskalter

²⁾ Wie sehr sich diese Getegenheitsschriftselleret in dieser Hindis Schranken ausertegte, zeigt schon die Formel, in welche die Streitsrage regelmäßig gesaßt wird: es wird von dem Verhältnis zwischen sacerdotium und imperium oder regnum, seltener von einem Verhältnis zwischen pontifex und imperator gesprochen (vgl. dazu Wirbt S. 574, R. 33 mit S. 544).

3) Vgl. auch v. Bezold S. 334: "erster Versuch einer Staatslehre". Ueber ihn, insbesondere auch über die geschichtliche Bedeutung seiner Lehre aussührlich Gennrich a. a. O.; außerdem Gierke S. 520; Dischtliche S. 441; Treumann a. a. O. S. 43 st.; Loss in Frage kommende Wert ist der 1159 vollendere Politratifus.

4) Ueber seine kurz von dem Warmier Conkardet entstanden Schrift Summe gelorie de

⁵⁾ Oben S. 162 R. 3.
6) In Fleury kann nicht ber erste mittelasterliche Systematiker ber Staatsrechtslehre gesehen werden. Einmal ift seine Schrift primar nicht ftaatsrechts-, sondern verwaltungspolitischen Inhalts. werden. Etnimal ift seine Schrift primär nicht staatsrechts-, sondern verwaltungspolitischen Juhalts. Sein Prinzip des Jusammenwirkens beider Gewalten, der unitas von kirchlicher und weltlicher Gewalt (hierüber Gierke, Bd. III, S. 528; Gennrich S. 138sff.; Sackur a. a. D. S. 374), ist ein verwaltungspolitisches. Jum anderen ist seine Theorie von der Unterordnung des Bischofs unter den König eine staatsrechtspolitische, keine staatsrechtsphilosophische (non natura sed ordine d. h. der Jweckmäßigkeit halber soll er dem König unterworfen sein, ut universitas regni ad unum recligatur principium; s. o. S. 162 N. 3). In der Geschichte der Theorie des Verhältnisses von Staat und Kirche ist Fleurh deshalb eine hohe Stellung einzuräumen, weil er klauz zwischen ser Kirche wohl eine höhere Stellung der Kirche zum Jumerium zu unterscheiden wußte. Er erfannte der Kirche wohl eine höhere Stellung zu als dem Staat, aber nur eine sittlich höhere. Mit dieser stellung kösen ihm eine politischerechtliche Unterordnung wohl bereinhar: sacerdosittlich höheren Stellung schien ihm eine politisch-rechtliche Unterordnung wohl vereinbar: sacerdotalis dignitas majestati regiae subest ordine, non dignitate. Bgl. Gennrich E. 139.

sophie zuzuweisen¹), allein nach seinem systematischen Ausbau ist er staatsrechtsphilosophisch, zum Teil sogar staatsrechtlich, das letztere in Bezug auf die Bestimmung des Berhältnisses von Priester- und Königtum zum mundus, das erstere in Bezug auf die Bestimmung des Berhältnisses dieser Beiden zu einander.

Die selbständige staatsrechtliche That Salisburys besteht darin, daß er die Gesamt= heit der Unterthanen von Papst und Raiser, den mundus, Staat (res publica), Papst und Kaiser oberfte Staatsorgane nennt. Staatsrechtlich ift dann weiter die Charakterisierung des Staates als Organismus gleich dem menschlichen Körper. Diese Konstruttion hat Salisbury feiner eigenen Angabe nach einer von ihm und feiner Zeit fälschlicherweise bem Blutarch jugeichriebenen, nach Entstehungszeit und Inhalt uns noch unbekannten epistola ad Trajanum entnommen. Wie er selbst sagt, folgt er berselben nicht wörtlich. Wie viel von der Einzeleinteilung der Organe feine eigene Schöpfung ift, wissen wir bemnach nicht. Jebenfalls ift er ber uns bekannte erfte Bertreter ber organischen Staatstheorie als einer Staatsrechtstheorie2). Staatsrechtsphilosophisch ist die Bestimmung des Berhältniffes von Priefterschaft und Fürsten zu einander. Die Priefterschaft ift die anima bez Staates und hat bemgemäß ben Prinzipat totius corporis, also auch die Herrschaft über das caput desselben, den Fürsten3). Der Beweiß wird aus der heiligen Schrift und ber Geschichte geführt4). Wie wenig bas wirklich geltenbe Recht babei ge= würdigt wird, zeigt nichts mehr, als der Umstand, daß dem Wormser Konkordat, das boch offenfichtlich nicht dem einseitig gregorianischen Standpunkt Ausbruck gab, von Salis= bury auch nicht ber mindefte Ginfluß auf seine Lehre vom Berhältnis von Staat und Kirche gewährt wird.

§ 42. Das 12. Jahrhundert. Salisbury gab der durch die Ereignisse des 11. Jahrhunderts hervorgerusenen Frage nach dem Verhältnis von Kaiser und Papst sussenstieden Abschluß. Nach dem inneren Zusammenhang ist seine Lehre daher noch dem elsten Jahrhundert zuzurechnen. Dagegen ist ein zwar noch im letzten Viertel des 11. Jahrehunderts entstehender zweiter Anlaß zur Pslege staatsrechtlicher Forschung für die Betrachtung erst dem 12. Jahrhundert zuzuweisen, weil er erst in diesem zu voller Wirtsamkeit gelangt. Er liegt in der nach unserer Kenntnis zuerst von Jrnerius eingehender begrünsdeten bestrecht. Bestrebung der Jurisprudenz des römischen Rechts, dem römischen Recht ein erweitertes räumsliches Geltungsgebiet zu verschaffen, d. h. es zum allgemeinen Reichse, zum faiserlichen Recht wenigstens in Italien zu erheben. Wie der Kreis zeigt, innerhalb dessen er entsteht, hat sich dieser Anlaß unabhängig von der Behandlung zener ersten Frage entwickelt; denn genannte Jurisprudenz hatte sich ja nicht an der Lösung zener Frage beteiligt.

In erster Linie vertrat Frnerius allerdings die Anschauung, daß die Gesetze der nordländischen Könige in Italien, die statuta der transalpini reges, durch den Unter-

¹⁾ Auch Sennrich S. 20 u. 127. Hat Manegolb z. B. das Recht, einen Thrannen d. h. einen undristlichen Regenten zu beseitigen, auf Bertragsbruch zurückgeführt, so begründet Salissburd der Thrannenvertreibung (sogar des Thrannenmordes) rein ethisch. Er spricht sogar von einer sittlichen Berpssichtung zur Thrannenvernichtung (Gennrich S. 97). Des weiteren nennt er, weil der gleiche ethische Schacksplied, das die ihm verliehene Sewalt mißbraucht, einen Thrannen: est enim tyrannis a Deo concessae homini potestatis abusus. Siehe das Nähere Gennrich S. 73 sf.

²⁾ Ueber diese Lehre Gennrich und Gierke S. 520 u. 549 (hier auch über die historische

Grundlage dieser Theorie).
3) V, Kap. 3—5.
4) Gennrich S. 30 u. 113.
5) Bgl. Fitting, quaest. S. 11, 25, 27. Gestellt hat diese Forderung nach unseren Kenntnissen zuerst Hincmar von Rheims; vgl. Wilh. Sickel in der deutschen Zeitschrift für Geschüchtswissenschaft, Bb. 12 (1895), S. 9.

gang der betreffenden Reiche und deren Aufgehen in dem neuen Imperium ihr Ende erreicht hatten und, soweit bas nicht ber Fall sei, unverbindlich seien, weil bas römische Recht durch fie nicht habe außer Rraft geseht werden können, nachdem ihnen der Charakter von leges gesehlt habe; benn Voraussetzung folder sei nicht blos Macht, sondern auch juriftische Bilbung ihres Erlaffers 1). Diese Eigenschaft sei jenen Königen ichon um beswillen abgegangen, weil illis temporibus non modo studia sed ipsi libri legitimae scientiae (sc. juris) fere perierunt2). Nichtsbestoweniger hielt Arnerius eine außdrückliche Aufhebung dieses Bielerlei von Bolksrechten3) im Interesse der erleichterten Durchführung der ausschließlichen Geltung des römischen Rechtes für zweckmäßig. Als thatsächlich und rechtlich allein hiezu berufen erschienen ihm aber die Nachfolger der Schöpfer biefes Rechtes, die Trager der romischen Raiserkrone, und um fie dazu zu veranlassen, stellte er ihnen den Schutz dieses Rechtes nicht blos als eine sittliche 4), sondern auch als eine politische Pflicht vor Augen: die logische Konsequenz des Vorhandenseins vieler und verschiedener Rechte seien auch multa regna, nicht unum imperium 5).

Indem Irnerius die umfassende fortdauernde Geltung des römischen Rechts zum Teil barauf gründet, daß die transalpini reges - und dazu rechnet er auch die neuen herrscher aus Deutschland) — ber Eigenschaft wahrer Gesetzeber entbehrten, weil ihnen die nöthige Rechtstenntnis und Rechtsbildung fehle, könnte man einen Augenblick baran benken, Frnerius habe noch ein anderes praktisches Ziel erftrebt, die Aufnahme der im römischen Recht Gebildeten in den faiferlichen Staatsdienst. Allein dem widerspricht, daß nicht blos die um das Jahr 10827) entstandenen Quaeftionen desselben keine einer Erweiterung ber kaiferlichen Macht freundliche Stellung einnehmen, sondern auch noch die älteren Fassungen der etwas vor 11008) entstandenen summa codicis es für gegen weltliches und göttliches, b. i. natürliches Recht 9) verstoßend erklären, wenn man L. L. 2, 3 Cod. de quadrienniis praescr. 7, 37 bahin auslege, daß bie Veräußerung einer fremden Sache feitens des Raifers dem Erwerber unbedingt, d. h. auch dann, wenn er wiffe, daß die Sache dem Veräußerer nicht gehöre, Eigentum verschaffe 10).

Etwas anderes ift die Frage, ob wir nicht in dem Umstande, daß die Lehrer der Rechtsschule von Bologna im Laufe des 12. Jahrhunderts in kaiserliche Dienste treten, eine Wirkung des Sakes zu erblicken haben, daß der mahre Gesetgeber juriftisch gebilbet sein muffe 11). In der That wird angesichts der großartigen Erfolge, welche Jrnerius' Lehr- und schriftstellerische Thätigkeit in Bologna begleiteten 12), anzunehmen sein, daß der erwähnte Umstand seine Ursache, wenn auch nicht allein ober in erster Linie, so doch mit in jener wiffenschaftlichen Anforderung an das Wefen des wahren Gesetzgebers hatte. Nahmen

¹⁾ Siehe oben S. 163 N. 2. 2) Quaest. IV, 9.

³⁾ Er fagt, es gebe in Stalien beinahe foviel Gefete als Säufer (Quaest. I, 16); vergl.

⁴⁾ Quaest. I, 16: qui enim nomen gerit imperii, gerere debet auctoritatem quoque eiusdem; tuenda sunt eadem jura quae sunt ab ea profecta.

⁵⁾ Ibid.: hoc igitur alterum concedi necesse est aut unum esse jus, cum unum sit imperium, aut si multa diversaque jura sunt, multa superesse regna.

⁶⁾ Quaest. I, 16: quorum (der untergegangenen Reiche) exemplo et hi quorum maiores casu quolibet aliunde huc delati permanserunt, sua (statuta) nescio quae frivola nomine legum censentes recitant, ut totidem fere leges habeantur quot domus.

⁷⁾ Lgl. Fitting S. 37. 8) Jrnerius, Summa cod. S. LXXXVII. 9) Forense et coeleste jus.

¹⁰⁾ Hiezu Fitting, Summa S. L., LVI, LXXI, LXXXIX; Quaest. S. 43.
11) Finerius im Dienste Heinrichs V. (Fitting, quaest. S. 49), die vier Doktoren im Dienste Friedrich Barbarossas. Thatsächliches Material zu letzterem bei Pomtow S. 26, 54, 70. Bemerkenswert ift, daß fich borläufig nur in Stalien, nicht in Deutschland Juriften in ber Umgebung bes Raifers befanden.

¹²⁾ Vgl. Fitting, Quaest. S. 48.

bie Raifer die Gelehrten des römischen Rechts in ihren Rat auf, so burften fie annehmen, daß dadurch ersetzt war, was ihnen perfönlich zum wahren Gesetzgeber fehlte, Bilbung im römischen Rechte, juris "prudentia" 1).

Der hauptgrund der heranziehung der Juriften zu kaiserlichen Beratern war freilich der Inhalt ihrer Lehre, daß das einheitliche Recht, deffen das Reich zu feinem Beftande bedürfe, nur das romische sein konne. Die Raiser gewannen damit in den Streitigkeiten mit den Combardifchen Städten und der Bevölkerung Roms ein Rampfmittel, bas geeignet war, bem italienischen Nationalgefühl zu schmeicheln und so bie Gegner zum Teil wenigstens zu entwaffnen.

Die Folge der Heranziehung der Juristen zu den Staatsgeschäften mar aber die - und das ist es, was uns interessiert -, daß die römisch-rechtliche Nurisprudens bem Staatsrecht wieder erhöhte Aufmerksamkeit entgegenbrachte, d. h. von nun an auch die staatsrechtlichen Partien des justinianischen Gesethuches wieder mehr in Berücksichtigung Anzeichen hiefür sind die Herübernahme der römisch-rechtlichen Bestimmungen vom crimen laesae majestatis2) oder, um rein staatsrechtliche Beispiele zu geben, die Anerkennung einer wahren Gesekgebungsgewalt des Kaisers durch Servorkehrung bes im übrigen noch keineswegs 3) im Sinne einer absoluten Gesetgebungsbefugnis aufgefaßten Sages: quod principi placuit, legis habet vigorem 4), und bie Behauptung eines zunächst allerdings noch nach Inhalt und Natur untlaren dominium mundi des Kaisers, d. h. einer Herrschaft desselben auch über Privatvermögen 5).

An fich frand der Sak fest, daß es das im corpus juris enthaltene römisch= byzantinische Staatsrecht sei, welches sich im Reiche in Geltung befinde. Man erkannte nicht, daß, wenn auch der Staat, das Reich, noch ein und berselbe wie damals fei, baraus noch nicht folge, daß auch das Staatsrecht noch das gleiche wie früher fein muffe. Allein ber Ginfluß ber veränderten politischen und ber ihr zu Grunde liegenden fogialen und wirtschaftlichen Berhältnisse mar ftarter als diese Lehre. Wie die italienische Juris= prubeng bigher ichon für bas Gebiet bes Privatrechts 6) ben veränderten wirtschaftlichen und sozialen Berhältnissen unter ber Formel aequitas, d. h. Natur ber Sache, Natur=

¹⁾ Quaest. I, 11. 2) Bgl. hierüber Pomtow S. 76 u. 88. Zunächst wird allerdings mehr nur der fremde Name für bas außerlich ahnliche germanische Berbrechen angenommen; fiehe Anitschin, Berbrechen des Hochverrats 1874, S. 42.

des Hochverrats 1874, S. 42.

3) Gierke, Althusius S. 267; Pomtow S. 52, 73, 88.

4) Eine Konsequenz auf die Rechtsstellung des Kaisers, daß er Organ des eigentlichen Gessetzgebers d. i. des Bolkes sei, wurde daraus nicht gezogen. Der unmittelbare Rechtstitel, nicht blos die causa remota oder gar nur der Ausdruck eines religiösen Gedankens war für die Stellung des Kaisers des Himmels Gnade (vgl. das Manisest, welches Friedrich I. 1157 gegen die von Hadrian IV. dehauptete Abhängigkeit des Imperiums von päpstlicher Belehnung richtete, in Mon. L. L. Sect. III, Vol. I 1893, S. 231 verbis: cumque per electionem principum a solo Deo regnum et imperium nostrum sit [hierüber Möller, Lehrb. der Kirchengeschichte, 2. Bd., 1891, S. 259]; ferner Sierke a. a. D. S. 571 N. 146, S. 576 N. 160). Die rein historische Zurückschung ihrer Herrschaft auf Boltsübertragung ließ sich die kaiserliche Politik ruhig gefallen, weil damit die Mehrzahl der repusiverschung ließ sich die kaiserliche Politik ruhig gefallen, weil damit die Mehrzahl der repusiverschung ließ sich die kaiserliche Politik ruhig gefallen, weil damit die Mehrzahl der repusiverschung ließ sich die kaiserliche Politik ruhig gefallen, weil damit die Mehrzahl der repusiverschung gefallen, weil der gefallen, weil damit die Mehrzahl der repusiverschung gefallen gehallen ge

Bolksübertragung ließ sich die kaiserliche Politik ruhig gefallen, weil damit die Mehrzahl der republikanisch gesinnten Kömer gewonnen war; denn im Grunde strebten dieselben doch nur nach einer thatsächlich politischen Weltbebeutung Roms, darnach, daß Nom als äußerer Six der kaiserlichen Weltherrschaft gelte. Hier Siezu Eicken S. 366.

5) Beranlaßt war die Erörterung dieser beiden Fragen durch den Streit über den Umsang der königlichen Rechte in Oberitalien. Wgl. über diese Frage der "Regalien" Arras, Die ronkalischen Beschlässe dem Jahre 1158 und ihre Durchsührung, Leipz., Diss., Diss., Sie ronkalischen Beschlässe im Mittelaster, Bd. I, 1885, S. 483/484 und Möller S. 260.

6) Ueber diese naturrechtliche Richtung der italienischen Doktrin, wie sie insbesondere auch dei Frnerius hervortritt, vgl. Fitting, Quaest. S. 14, Summa S. LXVI, LXXI und derselbe, Die Anfänge der Rechtsschuse zu Bologna S. 117, 125; Landsberg, Die Glosse des Accursus und ihre Lehre vom Sigentum 1883, S. 15. Im allgemeinen Sierke, Deutsches Privatrecht, Bd. I, S. 139. S. 139.

recht, Rechnung getragen hatte, so thut sie es nun auch und zwar in einem von Jahr= zehnt zu Sahrzehnt steigenden Maße für die Beränderung der auf sozialer und wirt= schaftlicher Grundlage ruhenden politischen Umftande 1).

Auf diese Weise fand auch das positiv geltende Staatsrecht, wenn schon in beicheibenem Umfange, wissenschaftliche Berücksichtigung2). Ein hervorragendes Beispiel hiefür aus der Gloffatorenzeit liefert die Unterscheidung eines dominium secundum proprietatem und eines dominium secundum postestatem des Kaisers3). Es kommt darin zum Ausdrud, daß nach germanischer Auffassung dominium nicht blos Eigentum im zivili= ftischen Sinne, sondern auch Gewalt, Herrschaft bedeutet 4), und die Annahme eines solchen Herrscherrechtes des Raisers über das Privateigentum entsprach der Staatsauffassung jener Beit. Der Staat galt damals noch als Objekt ber Berrichaft bes Raifers, erft im 13. Jahrhundert vollendet sich die Unterscheidung von Reichsaut und kaiserlichem Privatgut 5). Weiter zeigt fich germanische Einwirkung, die Einwirkung des Feudal= wesens, darin, daß man privatrechtliche Sätze des corpus juris civilis auch auf staats= rechtliche Verhältnisse anwendet. So wird 3. B. der Sat, daß res fisci nicht ersithar seien 6), auch auf die res publica als solche bezogen 7).

Bab Frnerius burch seine Lehre von der umfassenden Geltung des römischen Rechts ben erften Unftoß zu einer erhöhten Berudfichtigung bes Staatsrechts feitens ber römischen Jurisprudeng, so war andererseits die burch ihn begründete suftematische Behandlung bes römischen Rechts 8) bie indirekte Beranlaffung babon, bag auch bie kanoniftische Wiffenschaft begann, ftaatsrechtliche Fragen in ben Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Nachdem das Dekret Gratians in Bologna und zwar nach Frnerius' Tod (zwischen 1139 und 1142) entstand und die Aufgabe, die fich dasselbe stellt, eben= falls dahin gieng, in die bunte Maffe der vorhandenen Bestimmungen Ordnung und Shitem ju bringen, darf angenommen werben, daß bas Borbild für Gratian die von Frnerius auf das römische Recht angewandte Methode war 9). Wie die Gloffe zum corpus juris civilis, so erörtert von nun an auch die zu Gratians Rechtsbuch an passender Stelle staatsrechtliche Fragen. Das positiv geltende Staatsrecht vermochte hieraus noch viel höheren Borteil zu ziehen, als aus feiner Beachtung durch die zivili= ftische Jurisprudenz. Ginmal betraf eine ansehnliche Zahl von Dekretalen bas Verhältnis von Staat und Rirche und bann bot bas Rirchenrecht infolge ber bem Staatsorganismus

¹⁾ Ein Beispiel aus der Universitätsgeschichte siehe bei Kausmann, Bb. I, S. 163, 174, 382, 396; ein anderes Gierke, Genossenschit, Bb. III, S. 201 mit 215 und besonders S. 216. Ueber die Sache selbst ebenda S. 627 u. 200. Auch für das Staatsrecht ist in dieser Beziehung der Fortschitt von den Glossatoren zu den Postglossatoren bedeutsam (über diesen Regelsberger, Pandekten, Bd. I [1893], S. 34 u. 35). Bon den Glossatoren kommt für das Staatsrecht vor allem Pillius, † nach 1205, in Betracht (hiezu Gierke a. a. O. § 7, N. 35, 37, 38). Beispiele für Anwendung römischen Staatsrechtes siehe im übrigen die Gierke a. a. O. § 11, passim und (für Deutschland) Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, Bd. I, 2. Abteil., 1864 S 123 1864, S. 123.

²⁾ Ueber bie loci ordinarii ber Quellen, bei beren Erörterung Staatsrecht behandelt wurde, insbei. Dig. 2, 1 und Cod. 3, 13 de jurisdictione und feud. 2, 56 de regalibus, fiehe Stinking, Geschichte der beutschen Rechtswissenschaft, Bb. I (1880), S. 663.

³⁾ Ueber biese Frage Landsberg a. a. D. S. 93 und die bort Zitierten; ferner Gierke, Bb. III, S. 202 u. 616.

⁴⁾ Bgl. Heuster, Institutionen bes beutschen Privatrechts, Bb. I, 1885, S. 95.
5) Siehe Gierke, Deutsches Privatrecht, S. 477, N. 8 und Schröber, Lehrbuch der beutschen Rechtsgeschichte, 2. Aust., 1894, S. 505.
6) Inst. II, 6, 9; Dig. XLI, 3, 18.
7) Siehe Pomtow S. 49.
8) Herüber Fitting, Summa, Vorrede S. VIII; Einseitung S. LXXX u. LXXXVII

u. XCVIII.

⁹⁾ Diezu Rahl a. a. D. G. 14; Schulte, Geschichte ber Quellen und Litteratur bes fanonischen Rechts, Bb. I, 1875, S. 62.

analogen Gestaltung ber kirchlichen Verfassung eine Reihe von Begriffen bar, die auch bem Staatsrecht angehörten; führte boch biefer analoge Aufbau ber firchlichen Berfaffung dahin, daß die kanonistische Rechtslehre des 13. Jahrhunderts den Sat aussprach: ecclesia respublica est, quia jus publicum consistit in sacris et sacerdotibus 1). Es war also für die kanonistische Wissenschaft genügender Unlag vorhanden, staatsrecht= liche Fragen hereinzuziehen 2). Dag die staatsrechtlichen Ausführungen ber kanonistischen Dottrin babei weniger positive als vielmehr natur-ftaatsrechtlich waren, erklärt fich, abgesehen von der kosmopolitischen Ratur dieser Wissenschaft, daraus, daß dieselbe aus der Theologie herausgewachsen mar. Diese hatte aber Rechtsfragen nach ber naturrechtlichen Methode behandelt. Und fo tommt es, bag nunmehr auch die felbständig geworbene tanonistische Wissenschaft mehr nach dem Bernunft=, als nach dem positiven Rechte 3) verfährt. Die Lehre, in welcher die kanonistische Wissenschaft des 12. Jahrhunderts der Staatsrechtslehre am meisten diente, ist die rechtliche Erklärung des Repräsentativ= pringips, auf beffen Erörterung dieselbe burch die großen Kongilien dieses Jahrhunderts hingewiesen war 4). Außerdem veranlagte die hierarchische Gliederung der Kirche einen ähnlichen miffenschaftlichen Aufbau bes Staates von ber Ortsgemeinde burch Stabt, Provinz und Königreich zum Imperium 5). Undererseits finden wir in den folgenden Jahrhunderten auch staatliche Theorien auf kirchliche Berhältniffe übertragen 6).

Die bisher erwähnten Veranlaffungen zu einer erhöhten Aufnahme staatsrechtlicher Studien zeigen, daß bas Bedürfnis hiezu nicht von der Geftaltung der positiven Staats= rechtsordnungen ausgieng. Lettere weisen im allgemeinen noch so wenig komplizierte und so viele finnenfällige Rechtsinstitute auf, daß ihre Anwendung nicht das Bedürfnis nach besonderen theoretischen Silfsmitteln hervorrief. Dem scheinen die nationalen Rechts= bücher und rechtsbücherartigen Rechtsaufzeichnungen zu widersprechen, wie solche mit dem dreizehnten Jahrhundert in Deutschland und Frankreich auftraten?). Allein, wenn dieselben auch staats= und verwaltungsrechtlichen Stoff enthalten — und insbesondere der Sachsenspiegel enthält beffen fehr viel8) -, fo liegt ber Unlag zu biefen Aufzeich= nungen, wie zum Teil schon die Titel und bann die befolgten Ginteilungen zeigen, in den Bedürfnissen der Praxis des Zivil- und Prozegrechts. Der Charatter dieser Rechtsbücher läßt diese Entstehungsursache leicht erkennen. Sie enthalten vorwiegend oder fast ausschließlich positives, nur wenig spekulatives Recht. Sie find ferner in der Volkssprache geschrieben, wenden fich also nicht an die gelehrten Kreise. Und fie beschränken fich im ganzen auf Beobachtung und Beschreibung der Rechtserscheinungen; Definition und Rlaffifitation berfelben liegt ihnen fern; Die Einteilung bes Stoffes ift wesentlich ein

¹⁾ Siehe die Belege bei Gierke, Bb. III, § 11, N. 51 mit 330.

²⁾ Nicht am letten trug zur Pflege des Staatsrechts auch bei, daß die beiden großen prattischen Kirchenpolitiker dieses Jahrhunderts, Alexander III. und Innocenz III., hohe juristische Begabung und gediegene juristische Bildung hatten; vgl. Müller a. a. D. I, S. 538 u. 544; Kaufmann S. 3, A. 2; besonders Harnack, Bd. III, S. 393 u. 401.

3) Bgl. Müller a. a. D. § 125, S. 421 und § 139, S. 501 und Fitting, Anfänge,

S. 117, 123.
4) Belege bei Gierke, Bd. III, S. 309. Dazu Dilthen S. 433.
5) Siehe Gierke S. 545.

⁶⁾ Ein Beispiel bei Gierke G. 567 (Die Lehre vom bedingten Gehorfam).

⁷⁾ Bgl. hierüber Brunner in v. Holtzendorffs Enchklopädie der Rechtswissenschaft in spstematischer Bearbeitung, 5. Aust. 1890, S. 249 st. und 307—309.

8) Siehe Schulze, Einseitung in das deutsche Staatsrecht 1867, S. 44; Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 4. Aust. 1895, § 34. Für Frankreich ist als von Bedeutung für das Staatsrecht besonders zu nennen Jean d'Ibelin † 1266, le livre des assises et de dons usages dou roiaume de Jérusalem (Brunner S. 310 und Viollet, histoire du droit civil francie 2 schit 1893, § 179) français, 2. édit. 1893, S. 172).

äußerliches Anknüpfen, kein inneres Shiftematifieren 1). Alles zugleich Belege bafür, daß wir es mit einer niedrigeren Stufe wiffenschaftlicher Entwicklung zu thun haben, als fie theologisch-kanonistische und romanistische Wissenschaft zeigen. Hieran andert im Allgemeinen auch der Umftand nichts, daß uns in England und in Frankreich schon in dieser Beriode je ein fortgeschritteneres berartiges Rechtsbuch?) und in England sogar eine nicht aus dem Bedürfnis der Rechtspflege, sondern der Verwaltung3) hervorgegangene Dienst= und Rechtsvorschriften enthaltende suftematische Abhandlung begegnet 4), die in erster Linie dem Gebiete der Staatswiffenschaft, der Verwaltungspolitik und dem Verwaltungs= recht zuzuweisen ist. Es ist dies nur ein Beweis für die höhere politische Entwicklung, welche England und zum Teil auch Frankreich in dieser Periode schon erreichten.

§ 43. Die Entwicklung im 13. Jahrhundert. Es ift das 13. Jahrhundert, welches den bisherigen Gründen der Aufnahme von staatsrechtlicher Forschung im Mittelalter den wichtigsten hinzufügt. Standen die bisher erwähnten Anlässe im Zusammenhang mit bem Staatsleben, waren sie also praktisch-politischer Natur, so entspringt dieser weitere Anlag einem Ereignis des wissenschaftlichen Lebens, dem um 1200 (awischen 1150 und 1250) 5) ftatthabenden Bekanntwerben ber abendländischen Welt mit ben politisch-ethischen Schriften des Aristoteles, insbesondere also mit seiner Politik. Dieselbe eröffnete dem mittelalterlichen Denten gang neue Bahnen und bei der Pflege und Berehrung, welche bisher bie logischen Schriften bes Stagiriten gefunden hatten, war es natürlich, daß fich die mittelalterliche Wiffenschaft nun auch mit vollem Gifer dem Studium dieses Werkes hingab.

Drei Disziplinen, die sich mit staatlichen Dingen befaßten, kamen in dieser Richtung in Betracht, die noch einen Teil der Theologie bilbende Staatsrechtsphilosophie, bie bas Staatsrecht accefforisch behandelnde Bissenschaft bes römischen Rechts und bie mittelbar wegen bes Staatscharakters ber mittelalterlichen Kirche auch bem Staatsrecht zugewandte kanonistische Jurisprudenz. Mit allen dreien hatte die aristotelische Politik sachliche Berührung, denn fie enthielt ja außer Politik auch Staatsrechtsphilosophie und Staatsrechtswiffenschaft.

Daß die Staatsrechtsphilosophie zu dem aristotelischen Werk Stellung nahm, war unausbleiblich, denn beide behandelten Grundlehren, die mit Fragen der Cthit zusammenhiengen, und auf ethischer Basis beruhte ja sowohl die aristotelische wie die mittel= alterliche Staatsrechtsphilosophie. Eine Beziehung zwischen römischer Jurisprudenz und aristotelischen Lehren lag an sich weniger nahe, weil erstere eben vom speziell römischen Staatsrecht ausgieng und dieses an der Hand bes geschriebenen kasuistischen Detailstoffes,

¹⁾ Bgl. auch Bernheim, Deutsche Zeitschrift für Geschichtswiffenschaft, 6. Bb. (1891), S. 270 und dazu Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bd. 3 (1893), S. 206.

und vazu Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bd. 3 (1893), S. 206.

2) Heinrich von Bratton (1216—1272), de legibus et consuetudinibus Angliae libri quinque (vor 1259 versaßt); hierüber bei Holfendorff a. a. D. S. 339; ferner Pollock S. 4 und Gneist, Englische Berfassungsgeschichte 1882, S. 459. Der Saß lex (d. i. die Thronfolgevordnung) facit regem stammt von Bratton (vgl. ebenda und Fellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte 1892, S. 33). Hir Frankreich Beaumanoir († 1296), coutumes de Beauvoisis, vollendet 1283 (hierüber Brunner S. 312; Tardif, histoire des sources du droit français, Origines Romaines 1890, S. 396 s. u. 500; Viollet a. a. D. S. 185 s. u. 198; Barnkönig, Französsische Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. II (1848), S. 49 R. 2; Kaufmann Bd. I, S. 79).

³⁾ Die Abhandlung foll als Inftruktion für bie Beamten ber betreffenden Verwaltung bienen. 4) Dialogus de Scaccario, eine shstematische Darstellung ber Zusammensehung und Ber-waltung bes königlichen Schahamtes, 1178 ober Anfangs 1179 geschrieben (siehe Brunner a. a. D. S. 335 u. 339).

⁵⁾ Bgl. Winbelband S. 212, 248; Müller § 158 S. 582 und § 154 S. 563; Rauf=mann I, S. 52, 53, und näher Onden, Die Staatslehre des Aristoteles, Bb. I, 1870, S. 64 bis 80.

nicht von ftaatsrechtlichen Grundfragen aus behandelte. Berbanden sich aber beide und außer bem Bereich ber Möglichkeit lag bieß ja nicht, nachbem bie römische Jurisprudenz, feitdem sie hoffahig geworden, sich wieder mehr mit staatsrechtlichen Fragen beschäftigte -, so war nicht ausgeschlossen, daß auf Grund der allgemeinen Lehren des aristotelischen Werkes eine von der Privatrechtsmissenschaft sich methodisch loslösende Wiffenschaft bes positiven Staatsrechts entstand. Gunftiger lagen die Berhältniffe ichon von vornherein wieder für die kanonistische Wissenschaft. Der Gegenstand berselben mar. was das öffentliche Recht anlangt, systematisch, naturrechtlich ausgebaut und gefaßt 1); es hatte sein Fundament in der Rechtsphilosophie der allgemeinen Theologie. So gieng auch die kanonistische Doktrin auf allgemeine Fragen zurud. Allgemeine Lehren behandelte aber auch das aristotelische Buch und so war, verstärkt noch durch den staatlichen Charafter der Rirche, eine Berbindung beiber und damit eine Förderung der allgemeinen Staatsrechtslehre, vielleicht fogar eine Art felbständiger Wiffenschaft des allgemeinen Staatsrechts zu erwarten2).

Andererseits barg das Bekanntwerden mit dem ariftotelischen Werk für jede der drei Wiffenschaften auch eine Gefahr in sich, die Gefahr ber Bermischung mit theoretischer Politik. Für die römische und für die kanonistische Jurisprudenz war diese Gefahr von geringerer Bedeutung. Infolge der vorliegenden schriftlichen Fixierung ihres Stoffes waren fie jedenfalls imstande, sich von einer Ueberwucherung burch Politik freizuhalten. Dazu mar ber Wiffenschaft des römischen Rechtes wie der kanonistischen Doktrin eine Befaffung mit Politik bisher geradezu vollständig fremd gewesen. Behandelten fie aber ja in Zukunft politische Fragen, fo war in bem Bisherigen jedenfalls die Burgichaft gegeben, daß biefe Politik nur Rechtspolitit war und sich die Wissenschaft des Unterschieds von Recht und Politik bewußt blieb. Die Staatsrechtsphilosophie bagegen mußte wohl dem Undrängen der Politik infolge des ihr im besonderen Mage anhaftenden ftarken Glaubens an Autori= täten3) erliegen. Nachdem in dem aristotelischen Werk die politischen Erörterungen überwogen, lag es nahe, daß auch die bisherige Staatsrechtsphilosophie fich mehr und mehr in Staatsrechtspolitik verwandelte. Und damit mar wieder eine weitere Berbindung kaum zu vermeiden. Das aristotelische Werk enthält zu einem guten Teile nicht Rechts-, sondern Bermaltungs= ober Regierungspolitif. Demgemäß mußte die mittetalterliche Staatsrechtsphilosophie auch mit diefer in Beziehung treten und es fo dahin tommen, baß bie bas Canze einigenden Crunbfragen nicht mehr rechtliche, sondern politische, b. h. nicht mehr folche waren, welche Staatsrechtsphilosophie und Staatsrecht, sondern folche, welche Rechts- und Verwaltungspolitik gemeinsam hatten. Nachdem die mittelalterliche Staatsphilosophie von Saus aus in enger Berbindung mit der Ethit ftand, konnte das Endresultat dann kein anderes sein, als daß sich die bisherige mittelalterliche Staats= rechtsphilosophie in eine ethisch-politische Staatslehre mit accessorischer Zugabe von Staatsrechtsphilosophie verwandelte.

Was wir im Vorstehenden tonstruierten, ist der thatsächliche Gang der Geschichte 4). Es laffen fich in ber Folgezeit fünf verschiedene Wege ftaatsrechtlicher Forschung er= fennen: eine Lehre von der Regierungsfunst, vom regimen principum 5), in erster Linie

²⁾ hiezu Dilthen G. 431 u. 433. 1) Siehe hiezu Rahl I, S. 262 u. 257. 3) Ueber bas Wefen ber Scholaftit in Diefer Richtung fehr gut Landsberg S. 24; auch Raufmann I, S. 8 u. 16 und oben S. 164 R. 2.

⁴⁾ Bgl. dazu auch Sierfe S. 510 ff. u. 656; derfelbe, Althufius S. 2 u. 53. 5) Bgl. Thomas Aquinas † 1274, de regimine principum ad regem Cypri (unvollendet; Sierfe Bd. III, S. 504, Lorenz, Deutsche Seschicksquellen im Mittelalter, 3. Aust., Bd. 2 (1887) S. 337 und Baumann, Die Staatslehre des heiligen Thomas von Aquino, 1873) und Engelbert von Volkersdorf, Abt von Admont, 1250—1311, de regimine principum, ge-

Regierungsethit und Politik, baneben Staatsrechtsphilosophie; die römische Jurisprudenz und auf ihrer Grundlage Anfänge einer felbständigen Wissenschaft bes positiven Staats= rechts; und endlich die kanonistische Doktrin und wesentlich auf ihren Schultern, zum Teil allerdings auch auf benen ber Wiffenschaft bes römischen Rechts, Spuren einer einigermaßen felbständigen allgemeinen Staatsrechtslehre.

Wie schon daraus hervorgeht, daß sich aus ihnen Anfage zu einer selbständigen Staatsrechtswiffenschaft entwidelten, gebührt bas Sauptverdienft an bem Fortschritt ftaatsrechtlicher Forschung ber romanistischen und ber kanonistischen Doktrin. Die genannte Regierungslehre tommt ihnen hierin entfernt nicht gleich. Es enttäuscht bas, wenn man fieht, wie diese Regierungslehre zu einem großen Teil Staatsrechtspolitik enthält. Man könnte meinen, so aut sich von der griechischen Staatslehre, die doch auch vorwiegend Politik, nicht Staatsrechtsphilosophie war, konstatieren ließ, daß sie ein ansehnliches Stud Staatsrechtswiffenschaft burch Kritit bes positiven Rechtes zu Tage förberte, mußte das Gleiche hinsichtlich dieser Regierungslehre der Fall sein. Allein bei ihr tritt diese mittelbare Beobachtung des positiven Rechts nahezu vollständig hinter dem Glauben an Ariftoteles zurud. Bas biefer für zwedmäßig erklärt, sieht auch biese Regierungs= lehre als vernunftgemäß, jedenfalls aber als zweckmäßig an 1). Größer als die unmittelbare Förderung, welche die staatsrechtliche Forschung seitens der mittelalterlichen Philosophie infolge ihres Bekanntwerbens mit ber aristotelischen Bolitik ersuhr, ist jedenfalls die indirekte. Sie liegt darin, daß die Jurisprudenz nur durch ihre Vermittlung mit der aristotelischen Schrift bekannt wurde. Denn allein ber Lebhaftigkeit, mit welcher bie ariftotelische Politik von der mittelalterlichen Philosophie aufgenommen wurde, war es zu danken, wenn sich die Wiffenschaft von nun an nicht mehr blog gelegentlich, sondern ftandig mit dem Staat beschäftigte, das Wissen vom Staate ein selbständiger Teil der artes und sogar, wenn auch zunächst nur in der Form der Erklärung und Auslegung des ariftotelischen Werkes, Gegen= stand des eben erst 2) entstandenen Universitätsunterrichtes wurde 3). War letteres auch nur in der Artistenfakultät ber Fall und fehlte ben Erklärern ber aristotelischen Schrift infolge bessen in der Regel die juristische Fachbildung, durch welche die besondere Verwertung des Werkes für staatsrechtliche Zwecke bedingt war, immerhin war das eine dadurch erreicht, daß die Juriften mit dieser politischen Schrift des Ariftoteles schulgemäß bekannt wurden; benn ber Weg zur Jurisprudenz beider Rechte, wie zu ben anderen Fakultäten, führte infolge des Umftandes, daß die meisten Studenten ohne ausreichende Vorbildung zur Sochschule kamen, regelmäßig durch die facultas artium4). Jedenfalls waren die Juristen auf diese Weise in die Lage versett, an ihre Quellen mit einer einigermaßen erweiterten allgemeinpolitischen Bilbung heranzutreten.

Die Entwicklung des bisher Geschilderten liegt im 13., die Wirkung und Voll= endung im 14. und 15. Jahrhundert. Borwiegend an der politischen Litteratur dieser beiden Jahrhunderte wollen wir den Beweiß für das bisher Behauptete führen. gehen daher zu dieser Litteratur über. Siebei ist es nötig, den Inhalt derselben zunächst im allgemeinen zu schildern.

Die politische Litteratur des 14. und 15. Jahrhunderts. Litteratur des 14. und 15. Jahrhunderts gruppiert sich zuerst um zwei große Fragen,

ichrieben ungefähr nach 1290 (Gierke S. 505; näher Riegler a. a. D. S. 159 ff., 162 ff.). Dazu im allgemeinen Gierke S. 626 u. 633. Der Polikratikus Salisburys ist auch darin ein Vorläuser. Er ist ein Regentenspiegel (Gennrich S. 20 u. 117). Jedoch enthält er vorwiegend nur Staatsethik.

1) Hiezu bezüglich Thomas Aquinas Baumann S. 103, 107, 164.

2) An der Wende vom 12. 31m 13. Jahrhundert; siese Kausmann I, S. 168.

³⁾ Siezu Paulsen, Geschichte bes gelehrten Unterrichts 2. Aufl. 1896, Bb. I G. 31 und 32. 4) hiernber Paulfen ebenda S. 31 und in Sybels Zeitschrift 1881, S. 398.

um die Frage, ob dem Papft ein rechtlicher Ginflug auf Erwerb und Berluft der römischen Raiser= und deutschen Rönigstrone zutomme, und um die andere, ob das Imperium des Kaisers wirklich die ganze Christenheit, d. h. auch alle anderen Könige umfasse. Die erste, lebhafter behandelte, wurde vorwiegend seit dem Kampse Ludwigs des Banern mit Babst Johann XXII. erhoben. Dieser Kampf war baburch entstanden, baß der Papst anläglich der Zwiefur des Jahres 1314 die Entscheidung in Unspruch 1) nahm und, als Ludwig ihm nicht zu Willen war, die Königsgewalt für erledigt und sich zum Reichsverweser erklärte. Die zweite, wissenschaftlich mehr gelegentlich, als Unner ber erstgenannten erörterte Frage mar insbesondere als eine indirette Folge des Streites angeregt, welchen Philipp ber Schöne von Frankreich mit Bonifazius VIII.2) um feine Unabhängigkeit zu führen hatte. Unabhängigkeit bezw. Abhängigkeit vom Raiser sprach auch für Unabhängigkeit bezw. Abhängigkeit vom Papft3). Im 15. Jahrhundert tritt noch die weitere Frage nach der Stellung des Konzils zum Papft als eine auch für bie ftaatswissenschaftliche Litteratur Bebeutung erlangende hinzu. Das Angegebene läßt ersehen, daß das Staatsrecht auch jett noch nur in enger Verbindung mit praktischpolitischen Källen behandelt wird 4).

Bur Erledigung ber genannten brei großen Fragen murbe bas ganze Arfenal bes Wiffens in Bewegung gefett und fo geftaltete fich ber miffenschaftliche Kampf zu einem Rampf zwischen driftlicher und heidnischer, zwischen republikanischer und monarchischer Staatsanschauung; das Seidentum und der Republikanismus vertreten durch Aristoteles und Cicero, das Chriftentum durch die chriftliche Philosophie und Theologie, die monarchische Staatsauffassung durch das Raisertum der römischen Jurisprudenz. Welche Anschauung siegte oder zu Gunften welcher sich bei Vermittlung der Anschauungen der Ausgleich geftaltete, das hieng von Bedürfnis und Ordnung des praktischen Staats= lebens der Gegenwart ab, was zur Folge hatte, daß neben allem Anderen auch die ger= manische Staatsauffassung in dem Streit der Meinungen zur Geltung tam.

Der Streit wurde, wie in gregorianischer Zeit, philosophisch, politisch und juristisch ausgefochten, aber boch in anderer Weise, als damals. Während in jener Periode die Rampfesweise fast ausschließlich eine philosophisch-naturrechtliche gewesen war und die driftlich-biblische Staatsauffaffung überwogen hatte, traten jest Bolitik und Jurisprubeng in die erfte Linie und gewann die weltlich-menschliche Staatsauffassung an Umfang, das eine bie Folge bes Rudgangs ber thatsächlichen Bebeutung bes romischen Raisertums, bas andere die Folge der scholaftischen Gebundenheit des wissenschaftlichen Geistes.

Der Schwerpunkt der politischen Stellung des beutschen Königs lag nicht mehr, wie zu Zeiten Heinrichs IV., im imperium, sondern im regnum, in der deutschen Rönigsgewalt 5). Die politische Herrschaft bes beutschen Königs über die Nachbarstaaten Deutsch-

¹⁾ Neber einen älteren Fall (1300), der zu litterarischer Behandlung Anlaß gab (Dante), Grauert im Historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft, Bb. 16, S. 539, 543.

2) Hierüber v. Bezold S. 343; Riezler S. 11, 139 u. 142.

3) Daß dies die zwei bedeutendsten staatsrechtlichen Streitsragen jener Zeit waren, beweist die Nachricht, daß der Rechtslehrer an der Universität Pavia, Umberto de Lampugnano, als er 1380 als Gesandter nach Prag kam, sich bereit erklärte, über diese beiden Fragen zu disputieren. Siehe hierüber Stobbe, Bd. I, S. 456 und das dort Zitierte; serner Pütter, Litteratur des Teutschen Staatsrechts, Bd. I (1776) S. 75 und Gierke a. a. D. S. 511.

4) Bgl. auch Schulze a. a. D. S. 53; Georg Meher a. a. D. § 34, S. 82 und Pollock de. 40: we must say of all the mediaeval writers on politics . . . that they really have no theory of the state (keine Staatswissenschaft) . . . Disinterested study of politics was a thing bevond them.

beyond them.

⁵⁾ Ronrad von Megenberg (vergl. Lorenz Bd. 1 (1886) S. 185, Bb. 2 S. 359) in feiner oeconomia (um 1360): magna differentia est inter imperatorem olim et inter nunc reges et imperatores. Dazu Raufmann I, S. 58.

lands, wie sie ein Heinrich III. kraft bes Imperiums noch geübt hatte, war dahin. Es handelte fich somit in Bezug auf das Berhältnis von Staat und Kirche thatsächlich weniger um die Frage der Unabhängigkeit des römischen Raisers als um die Frage der Unabhängigkeit bes beutschen Rönigs von ber romischen Rurie. Dies mußte bagu führen, baß bei ber Teftstellung jenes Berhältnisses mehr bie beutschen Staats= als bie romischen Weltreichsverhältnisse berücksichtigt wurden. Nun hatte aber das regnum Germaniae bamaliger Zeit ein positives, burch Gewohnheit entwickeltes Berfassungsrecht. Gine ausgeprägt juristische Behandlung der Frage war die gegebene Folge.

Andererseits erfuhr die philosophische Begründung des Naturrechts kraft der Abhängigkeit der mittelalterlichen Wissenschaft von Tradition, kirchlicher wie antiker, eine bedeutsame Menderung. Rach der bisher vorbildlichen Lehre, nach der Lehre Muauftins. war das Naturrecht, wie wir wiffen 1), ein unmittelbarer Ausfluß göttlichen Willens und göttlicher Bernunft und barum auch jus divinum genannt. Es ist Thomas Mauinag2), welcher eine Scheidung des bisherigen jus divinum in jus divinum im engeren Sinne und in jus naturale vornahm. Seine Unterscheidung ift die in der Folge makgebende geworden. Jus divinum ift nunmehr lediglich noch ber in heiliger Schrift und kirchlicher Tradition unmittelbar geoffenbarte Wille Gottes; das Naturrecht wird nur mehr mittelbar auf Gott zurückgeführt; seine unmittelbare Quelle ist die vom Schöpfer in ben Menschen gelegte menschliche Bernunft. Diese Aenberung ber Lehre, Die fich außer aus dem Rudgang des religiösen Empfindens aus der gewaltigen Macht der menichlichen Bernunft erklärt, wie dieselbe in Ariftoteles', eines Beiben, Werken ent= gegentrat 3), ift für unsere Verhältnisse um beswillen wichtig, weil sie ermöglichte, auch einer anderen Staatsanschauung Geltung zu verschaffen, als berjenigen, die fich auf Bibel und Kirchenväter gründete4).

Wir haben nunmehr den Beweiß der im vorigen Paragraphen geschilderten Ent= wicklung im einzelnen zu führen. Wir thun dies - uns beschränkend - in Form einer Untersuchung der Frage, welcher Unteil jeder einzelnen der oben 5) genannten fünf Richtungen staatsrechtlicher Forschung an der rechtlichen Ausbildung der Lehre zukam, daß die Stellung des Monarchen im Staate nur auf eine Uebertragung der Ausübung, nicht bes Rechtes der Staatsgewalt seitens des Volkes gegründet sei. Es ist dies die wichtigste Lehre, welche der Kampf der Meinungen jener Tage zeitigte, weil sich aus ihr die meiften und bedeutenoften Ronfequenzen für die zu lösenden praktischen Fragen ergaben. Aus ihr war zu folgern, daß das Recht der Wahl und der Absehung des Raisers allein bem Bolf zustehe, somit ber Bapft höchstens als Stellvertreter bes Bolfes handeln konne; fie erklärte das Recht der Mitwirkung der Stände bei Führung der Staatsgeschäfte und fie gewährte die Möglichkeit, die sog. translatio imperii juristisch zu konstruieren und end= lich nachzuweisen, daß auch die mit einem Rechtsbruch verbundenen Arten der Herrschaftsent= ftehung eine rechtsmäßige Serrschaft begründeten 6). Die übrigen, neuen Staatslehren, welche auftauchten, betrafen die Unterscheidung von Gesetzgebung und Vollziehung, die Frage ber näheren Grenzen ber Staatsgewalt, die Lehren von der Unabhängigkeit nach Außen als

5) S. 174 bei N. 4.

6) Agl. über bies alles Gierke S. 569-579.

¹⁾ Siehe oben G. 158.

²⁾ Summa theologiae I, 2, Quaest. 93 Art. 1 u. 91 Art. 2; hiezu bas Nähere bei Sinschius, Shstem des katholischen Kirchenrechts, III. Bb. (1883), S. 770 N. 1; Gierke a. a. D. Bb. III, S. 610; Walter a. a. D. S. 540 u. 541; Diltheh S. 424 u. 432.

3) Als ein Teil des jus naturale gilt das jus gentium im Sinne der Römer (Kipp S. 128),

das bei allen Bölkern anerkannte Recht. Bgl. Gierke S. 612.
4) Wie sehr z. B. Salisbury die staatsrechtlichen Verhältnisse bei den Juden zum Vorbild nahm, barüber Gennrich G. 113ff.

Sanbbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.=Banb. Abth. I.

wesentlichem Ersorbernis des Staatsbegriffes, von der Tyrannis und vom rechtlichen Inhalt des kaiserlichen Imperiums. Bon diesen Lehren werden wir die zuerst genannte des sachlichen Jusammenhanges wegen zusammen mit der Theorie der Bolkssouveränität ersörtern, hinsichtlich der übrigen dagegen eine Ausscheidung des Anteils der einzelnen Wissenschaften an ihrer Klarlegung nicht vornehmen, sondern dieselben lediglich unter dem Gesichtspunkt der Feststellung ihrer Entstehungsgründe betrachten; unter diesem Gesichtspunkt deshalb, weil die Kenntnis dieser Gründe die Richtungen erklärt, in welchen sich die staatsrechtliche Theorie der genannten zwei Jahrhunderte inhaltlich sortbildete. Wenn wir dabei die Lehre von dem Wesen des kaiserlichen Imperiums, die sich als Ansang einer ausgebildeten Theorie der Souveränität bekundet, dis zum Schlusse dieses Paragraphen zurückstellen, so geschieht es, weil die Art der Durchsührung derselben zugleich als ein Beleg für die Fortschritte Verwendung sinden soll, welche die Methode der Wissenschaft in unserem Zeitraum errang.

Die Lehre von der Volkssouveränität, wie die von uns zuerst und eingehend zu erörternde Lehre heute in der Regel bezeichnet wird - richtiger ware, um Berwechslungen mit der Souveränität modernen Sinnes zu vermeiden, Bolksstaatsgewalt ift uns keine unbekannte, sie begegnete uns icon im gregorianischen Kirchenstreit. Dort war es Manegold von Lauterbach, der fie vertrat. Und boch burfen wir auch fie, wiffenichaftlich betrachtet, als eine neue bezeichnen, benn nach Begründung und Ronstruktion steht sie mit berjenigen Manegolds außer historischem Zusammenhang. Die Theorie Manegolds verdankt ihre Entstehung, wie wir nachzuweisen versuchten 1), der Renntnis gewisser Begebenheiten ber altrömischen Rönigszeit, unsere Theorie bagegen hat ihren hiftorischen Unlag in bem burch ben öfteren Wechsel ber Konigsgeschlechter im zwölften und breizehnten Sahrhundert beutlich hervortretenden Charakter bes Deutschen Reiches als einer Wahlmonarchie 2). Jene ist ihrer Konstruktion nach aus einer Berbindung kanonisch-germanischer, diese aus einer Verbindung einerseits aristotelisch-ciceronianischer, andererseits driftlich-germanischer Staatsanschauungen bervorgegangen. Rach Ariftoteles ift die für die Berhaltniffe feiner Zeit zweckmäßigste Staatsform die unmittelbare Demokratie und nach Cicero ist ber Staat res populi und ein wesent= liches Clement begielben juris consensus. Chriftliche Rirche und beutscher Staat kannten aber bisher als Verfassungsform nur die Monarchie und nach unserer Lehre haben wir es mit bemokratischer Berfassungs= und monarchischer Regierungsform, also nur mit mittelbarer Demokratie zu thun. Es hat also, wissenschaftlich betrachtet, in dieser neuen Lehre Ariftoteles unter Ciceros Beihilfe über bie bischerige Staatsrechtsphilosophie und römische Jurisprubenz gefiegt. Der Raiser führt seine Stellung nur mehr mittelbar auf göttliche Einsehung gurud's), unmittelbar hat er fie bom Bolk. Und biefes Bolk ift nicht bas römische Stadtvolk, sondern bas Reichsvolk; ber Raiser ift nicht ein Nachfolger bes

¹⁾ Siehe oben S. 166.

²⁾ Bgl. Georg Meher a. a. O. § 6, S. 16 und Triepel, Das Interregnum 1892, S. 36. Gierke, Bd. III, S. 566 führt die Lehre auf eine Opposition gegen den Absolutismus der Monarchie zurück. Ich glaube, daß dies erst für den Beginn der Neuzeit zutrisst, wo die Lehre von der Bolkssonveränität dem fürstlichen Absolutismus entgegengestellt wird. Ihm gegenüber gewinnt die Lehre vom Thrannenmord Verbreitung. Nur, soweit unsere Theorie im Mittelalter auf kirchliches Gebiet übertragen wird, ist sie durch Gegnerschaft gegen monarchischen, hier päpstlichen Abssolutismus veranlaßt.

³⁾ Die einzelnen Belege bei Gierke S. 575 mit 535, 558—560, 629; v. Bezold S. 337. Bei dem Dominikaner Durand de St. Pourçain († 1334), de jurisdictione ecclesiastica, findet sich die sehr moderne Lösung: Nach der Seite der Psticht (ethisch), nicht aber immer hinsichtlich der Frage des Erwerbes und des Gebrauchs ist die Staatsgewalt von Gott (potestas et dominium regendi populum est a deo quantum ad deditum, non autem semper ad acquisitionem vel usum); vgl. v. Bezold S. 338. Ueber Durand sonst Möller, Bb. II, S. 457.

ersteren, sondern ein Bertreter des letzteren 1). Ift aber das imperium des Bolkes, so tann es nicht des Papstes sein. Somit ist die Stellung des Raisers rechtlich von papstlichem Einfluß frei.

Diese Lehre war nun, wenn von einem Fortschritt der staatsrechtlichen Forschung follte gerebet werben burfen, missenschaftlich auszubauen. Es waren zum minbeften bie Staatsform des Reiches, die Rechtsstellung des Raisers, d. h. fein Berhältnis jum Bolf, und die rechtliche Natur des populus klar und einheitlich zu bestimmen. Dies alles ist geschehen, aber feine Lehre mehr als diese von der Volkssouveränität zeigt, daß der

Staatsrechtsphilosophie baran nur der geringste Unteil zukommt.

Die aus der chriftlichen Theologie erwachsene Staatsphilosophie2) sah sich durch das Bekanntwerden mit Aristoteles, dessen Lehre übrigens hier, wie sonst, Migbeutungen ausgesetzt war, die bis auf unsere Tage währten3), wohl veranlaßt, die Lehre von den Staatsformen wieder aufzunehmen, allein fie hat dies nicht sowohl nach ber rechtlichen als vielmehr nach ber politischen Seite gethan. Sie erörtert angesichts der Verfassung des Imperiums nicht die Frage der verschiedenen Rechtsformen der Staaten, obwohl gerade ber Streit, ob ber römische Raiser als Nachfolger ober als Bertreter des römischen Boltes das imperium habe, zu einer Unterscheidung von Berfassungs= und Regierungsform innerhalb des Monarchiebegriffes hätte führen können, sondern, was erörtert wird, find die Fragen der Zwedmäßigkeit von Monarchie im Berhältnis zu anderen Verfaffungsformen4), von Erb= bezw. Wahlmonarchie 5), von unmittelbarer Voltg= herrschaft und gemischter Staatsverfassung 6). So erklärt es Thomas Aquinas 7) 3. B. für bie optima ordinatio ber Gewalten eines Staates, wenn in bemselben unus praeficitur secundum virtutem, qui omnibus praesit, et sub ipso sunt aliqui participantes secundum virtutem et tamen talis principatus ad omnes pertinet, tum quia ex omnibus eligi possunt, tum quia etiam ab omnibus eliguntur, und nennt eine folche Berfaffung bene commixta ex regno, in quantum unus praeest, ex aristocratia, in quantum multi principantur secundum virtutem, et ex democratia i. e. potestate populi, in quantum ex popularibus possunt eligi principes et ad populum pertinet electio principum8). Als was sich diese gemischte Versassung rechtlich barftellt, nachbem bie verschiedenen Gewalten nicht als rechtlich einander gleichgeordnet gedacht werden, darüber bleiben wir ununterrichtet 9).

Und was die weitere Frage anlangt, welche Stellung der Monarch bei monarchischer Regierungsform, b. h. wenn er Vertreter bes Volkes ift, einnimmt 10), ob dies ein Ver-

3) Für diese ältere Zeit bestand die Entschuldigung, daß Aristoteles' Werke nur in lateinisschen Uebersetzungen bekannt waren; vgl. Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts, Bb. 1, S. 31.
4) Gierke S. 555.
5) Ebenda S. 573.

¹⁾ Siehe Gierte S. 575 R. 158 und S. 572.

¹⁾ Siehe Gierke S. 575 R. 158 und S. 572.
2) Hre Fauptvertreter sind Thomas Aquinas, mehr Politiker; Engelbert v. Volkersborf (dieser darf vom Standpunkt der Staatswissenschaft aus nicht is niedrig gewertet werden,
wie es Riezler thut; vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht, Bd. III, S. 11 N. 107 a. E. und N. 320
und Akthusius ze. S. 2), auch mehr Politiker (über beide oben S. 174 N. 5); Vincentius Velkovacensis († 1274 oder 1264; Gierke S. 504); Aegidius Romanus Colonna (1247—1315;
Sierke S. 505); Ptolemäus von Lucca, dessen Schrift de regimine principum nach 1298
geschrieben ist, ebenda S. 505); Dante Alighieri (1265—1321; über die Zeit der Entstehung
seiner Monarchia — 1300 — siehe Grauert a. a. D. Bd. 16, S. 538 sl.). Im übrigen zu vergleichen Lorenz Bd. 2 S. 333—346.
3) Für diese ölkere Zeit bestand die Entschuldigung, das Aristoteles Werke nur in Lateinis

⁴⁾ Gierke S. 555.
5) Ebenda S. 573.
6) Ebenda S. 561 bezw. 577, 562 N. 117, 634 N. 320.
7) Summ. Theol. II, 1 qu. 105 a. 1.
9) Bgl. noch Gierke S. 634 N. 320. Achnlichen Charakters find die Ausführungen Engelsberts de regimine principum Kap. 6—10 (Ausgabe von Theophil Huffnagl., Ratisbonae s. a.) über die gemischten Berfassungen.

hältnis der Unterordnung oder vertragsmäßiger Gleichordnung sei, so wird diese Frage nur unklar ober gar nicht behandelt. Thomas Aquinas führt bie Stellung bes Monarchen, wie oben zu sehen, einerseits auf eine potestas des Boltes zuruck, spricht aber andererseits boch 1) bavon, bag, wenn ber Konig sich in ber Regierung nicht treu benehme, ihm von ben Unterthanen ber Bertrag nicht zu halten fei. Im allgemeinen herricht keineswegs, wie in der Regel angenommen wird2), die Borstellung, daß das Berhältnis zwischen Fürst und Bolt rechtlich auf Bertrag, sondern vielmehr bie, daß es auf einseitigem Akte des Bolkes beruhe. Das pactum subjectionis Engelbert von Bolkerborfs3) - er ift es, ber, soweit uns bekannt, querft biesen Ausbruck gebraucht, — stellt nicht im Geringsten einen Bertrag zwischen Herrscher und Unterthan, sondern den Staatsbegründungsvertrag dar. Die Begründung des Staates wird als Berabredung eines Subjektionsverhältniffes angesehen 4). Die Menschen verpflichten sich unter einander, nicht gegenüber dem Herrscher, sich einem gemeinsamen Oberhaupt zu unterwerfen. Es ware sonft undenkbar, wie Engelbert an anderer Stelle b) fagen kann, der Erwerb der Herrschaft seitens des einzelnen Königs, die adeptio regni, erfolge auf dreierlei Weise, durch electio, successio und occupatio, ohne sich darüber zu äußern, in welchem Verhältnis diese electio und occupatio zum pactum subjectionis stehen. Die richtige Erklärung bes pactum subjectionis gibt bie Erinnerung an ben Sat Augustins vom pactum generale ber menichlichen Gesellschaft, bessen Inhalt Gehorsam gegen ben König ift 6). Auf diesen Bertrag geht das pactum subjectionis Engelberts zurud 7).

Nach dem eben Bemerkten sollte man meinen, daß diese Staatsrechtsphilosophie den Staat allgemein als ein Vertragsverhältnis aufgefaßt hätte. Allein die nähere Charakterifierung des Staates als Bertrag ift felten 8). Defter wird der Staat, abgefehen bavon, daß Gott und menschliche Bernunft als causae remotae seiner Entstehung erscheinen, auf Stiftung seitens Einzelner zurückgeführt 9) und als communitas ober universitas bezeichnet 10) und mit bem corpus naturale verglichen 11). Für Engelbert ist der Staat einerseits ein pactum subjectionis und andererseits ein corpus morale et politicum 12),

an die Möglichkeit, daß die Wahl auch nur ein Mittel gur Bestellung eines Herrschers aus eigenem Recht fein tann, wird noch nicht gedacht.

¹⁾ De regimine principum I, 6: "pactum" (Baumann S. 45). 2) Gierfe S. 569.

²⁾ Gierte S. 569.

3) De ortu, progressu et fine Romani imperii, (geschrieben zwischen 1308 u. 1310, dazu Lorenz Bd. 2 S. 344: vor 1312; Ausgabe von Cluten 1610) Kap. 2.

4) Man findet das Wesen aller staatlichen Organisation in einem Rechtsverhältnis zwischen Herrscher und Beherrschen. (Agl. Sierke S. 633.) Der Bestellung des Herrschers geht außer beim Erbreich, wo sich die Kontrahenten auch für die Ihrigen verpslichten (siehe die Stelle bei Sierke S. 573 N. 152), ein Vertrag der Untertsanen unter einander voraus, sich einem gemeinsamen Oberhaupt zu unterwersen. Auf Erund diese Vertrages wird dann einseitig der Herrscher bestellt.

⁵⁾ Rap. 10. 6) Siehe oben S. 157 N. 4. 7) Es beweisen dies auch die ähnlichen Wendungen bei späteren Schriftstellern, so bei Occam († 1347) dialog. III tract. 2 lib. 2 c. 26: illud ad quod societas humana obligat, eadem societas servare tenetur, sed societas humana obligat se ad obediendum generalitur regibus (Gierfe S. 631, N. 308), oder bei Nikolaus von Cues, de concordantia catholica II, 14: generale

S. 631, N. 308), ober bei Nifolaus von Eues, de concordantia catholica II, 14: generale pactum societatis humanae est obtemperare regibus suis, ferner pacto generali convenit humana societas; ebenjo III, 4. — Nach der Anschung Gierkes (Althufius S. 76) wäre die Lehre vom Vertrag zwischen Serrscher und Volk älter als die von der vertragsmäßigen Staatsentstehung.

8) Belege Gierke S. 630, N. 306 und Althusius S. 96.

9) Gierke S. 556 u. 630, N. 304 u. 305. Hiezu kommt dann noch, wenn auch selten, die Erklärung der Entstehung des Staates als ein Herauswachsen desselben aus der Familie. Aegidius Romanus (s. S. 179 N. 2) (de regimine principum sentstanden vor 1285; Lorenz Bd. 2 S. 339] III, 1, cap. 6) stellt dann die drei angegebenen Entstehungsarten als drei verschiedene Arten der Entstehung neben einauder; vgl. Gierke § 11, S. 302 und Althusius S. 90, N. 52.

10) Gierke S. 580 bezw. 576, 579.

11) Ebenda S. 576 u. 548 st.

ohne bag er eine Bemerkung barüber anfügte, wie bie Annahme eines Bertrags und ber Bergleich mit einem corpus sich in einander finden. Diese Bezeichnung bes Staates mit verschiedenen Namen von an fich entgegengesetter rechtlicher Bedeutung ohne nähere Erläuterung läßt fich eben nur baraus erklären, baß bas Schwergewicht ber gangen Betrachtung auf ber politischen Seite ruht. Der Bergleich mit dem corpus wird auch in ber That, insbesondere von Engelbert 1), nur zur politischen, nicht zur rechtlichen Erläuterung verwendet 2).

Bang anders bewährt fich in ben gleichen Fragen die romische Jurisprudeng3). Sie drückt fich ficherer und bestimmter aus. Die Frage ber Staatsform des römischen Weltreiches beantwortet die altere und auch in der Postglossatorenzeit vorherrschende. vorzüglich von Bartolus und Baldus4) vertretene Richtung bahin, bag in der translatio imperii auf ben Raifer burch bie lex regia eine alienatio pleno jure 5), bie jüngere dahin, daß in berselben eine bloße concessio usus liege 6), ein Gegensak, der nicht bem Namen, aber ber Sache nach bas punctum saliens bes rechtlichen Unterschiedes von monarchischer Verfassungs= und Regierungsform trifft 7). Diese Konstruktionen in bie Einteilung ber Staatsformen ber ariftotelischen Staatsrechtsphilosophie einzureihen, also zu einer Bergleichung mit den Gebilden der Theorie bestand für die nur das römische Staatsrecht berücksichtigenden Juristen keine Beranlaffung, ganz abgesehen davon, daß für fie von haus aus nur das Imperium ein Staat war, von diesem Standpunkt aus somit überhaupt kein Bergleich vorgenommen werden konnte. Uebrigens hatten dieselben in jener Ginreihung mit nichten fehlgegriffen. Dafür burgt ber Umftand, daß fie den Gegensah ber beiden Richtungen auch mit den Worten formulierten, in dem einen Falle sei imperator maior populo, in dem anderen populus maior imperatore 8). Was noch das rechtliche Berhältnis zwischen Bolt und Raifer im letteren Falle anlangt, so ift es nicht als Bertragsverhältnis gebacht, vielmehr werben Sate über die jurisdictio mandata und über die Befugniffe des Stadtmagistrats 9), also über Beamtenrecht auf die Rechtsftellung des Raisers angewandt. Der populus endlich ist universitas und damit persona ficta 10).

Die kanonistische Jurisprudeng 11) kann für unsere Fragen nicht unmittelbar in Betracht kommen, weil unterbeffen bier autoritative Bestimmungen über ben Rechtstitel ber taiferlichen Gewalt ergingen. Die Lehre von ber Bolkssouveränität wird hier burch

¹⁾ Ebenda Kap. 18-31; hiezu Gierke S. 551, N. 84.

²⁾ Gierte S. 550ff. 3) Ihre Hauptvertreter find auch inbezug auf das Staatsrecht die Poftgloffatoren Bartolus (1314-1357) und Balbus (1327-1400); vgl. Gierke, Althufius S. 53.

⁴⁾ Gierte S. 575. 5) Insbesondere wird es aus ber dominus-Eigenschaft bes Raisers abgeleitet. Läge nicht Beräußerung dem Rechte nach vor, dann ware der Kaifer nicht dominus (Eigentümer), fondern nur commissarius populi. Gierte § 11, R. 158.

⁶⁾ Cbenda und S. 570. 7) Siezu die Bemerfung Gierfes S. 357.

⁸⁾ Bgl. Gierke S. 575.
9) l. 1 § 1 D. 1, 21: qui mandatam jurisdictionem suscepit, proprium nihil habet sed eius qui mandavit jurisdictione utitur; andererseits l. 5 D. 50, 9: quod semel ordo decrevit

eius qui mandavit jurisdictione utitur; andererseits 1. 5 D. 50, 9: quod semel ordo decrevit non oportere id rescindi divus Hadrianus... rescripsit nisi ex causa: id est si ad publicam utilitatem respiciat rescissio prioris decreti. Bgl. v. Bezold S. 330, N. 2.

10) Gierke S. 199, 356, 358, 605 ff.; und Althusius S. 136 u. 138. Aus der Vertretereigenschaft des Monarchen werden dann sehr scharfsinnige Folgerungen über die Haktung des Staates für seine Organe und über die Vindung des Kegierungsnachsolgers gezogen (Gierke § 9, N. 220 und S. 606). Interessant sind auch die Ausnahmen von letzterm Prinzip aus dem Gedanken, daß des Herrschaftsrecht des Staates extra commercium sei (Gierke § 11, N. 285).

11) Neber sie im allgemeinen Kausmann S. 80 ff. Ihre Hauptvertreter sür das Staatsrecht sind, außer der glossa ordinaria, Hostiensis, Henricus de Segusia † 1271 (Gierke S. 239; von ihm ist die oben im Text zu S. 172, N. 1 wiedergegebene Stelle), Panormitanus († 1453), Philippus Decius (1454—1536); über sehtere beide Gierke S. 242.

die Zweischwertertheorie vertreten 1). Wie die Lehre von der Volkssouveränität eine Uebertragung der Gerrschaft seitens des Bolles, lehrt diese eine Uebertragung der Gerrschaft seitens bes Papstes. Dieselbe wird wie in der römischen Jurisprudenz als eine concessio usus ober im Sinne des Feudalrechts als die Begründung eines dominium utile, eines Lehensverhältnisses angesehen 2).

Wir kommen zu der Behandlung der aufgeworfenen Frage durch die neue, ihre allgemein politische Bildung der Antike, ihre speziellen Rechtsbegriffe der romanistisch= kanonistischen Doktrin entnehmende selbständige Wiffenichaft des positiven Welt= und beutschen Staatsrechtes, wie fie zuerft von dem Würzburger Domherrn Lupold von Bebenburg3) († 1363), bann von dem in der Hauptsache der nächsten Gruppe an= gehörenben Wilhelm von Occam († 1347)4), Aeneas Shlviug5 (1405-1464) und bem Baster Ranonisten Peter von Andlau 6) (1415(?)—1480) vertreten wird.

Obwohl Bebenburg von der höheren Rechts= und Beweiskraft des natürlichen Rechts wie irgend einer erfüllt ift, fo daß er einmal den Sat ichreibt: quia haec probatio est ex mero jure positivo quod ponitur et deponitur, idcirco huic probationi non innitor 7), ist er doch berjenige Gelehrte seiner Zeit, der in das positive Recht des Deutschen Reiches am weitesten eingedrungen und dasselbe auch konstruktiv erfaßt hat. Was ihn im besonderen auszeichnet, das ift, und damit haben wir zu beginnen, daß er zuerst den Unterschied vollauf erkennt, der innerhalb der deutschen Rechtsgeschichte zwischen regnum und imperium obwaltet 8), und benselben sogar zu konstruieren unternimmt, wenn auch in anderer Weise, als wir es heute mit dem Fortschritt geschichtlicher Erfahrung thun.

¹⁾ Ueber diese neuestens Gennrich S. 153 sf. 2) Die Nachweise bei Gierke § 11, N. 22. Ueber die Frage der Vertretereigenschaft des Bestellten bei den Kanonisten ebenda S. 481, N. 313.

³⁾ In Bologna Schüler des berühmten Kanonisten Johannes Andreae; 1352—63 Bischof von Bamberg. Ueber ihn näher b. Bezold S. 348, Lorenz Bd. 2 S. 356 ff. mit Bd. 1 S. 152 und Joël, Lupold von Bebenburg (Hall. Diss.) 1891. Ist Salisbury der erste Systematiker des Welts, so ist Bebenburg der erste Systematiker des beutschen Staatsrechts. Sein Wert de jure

Welt=, so ift Bebenburg der erste Spsematiker des deutschen Staatsrechts. Sein Werk de jure regni et imperii (bei Schard de jurisdictione, auctoritate et praeminentia imperiali atque juris regni 1566) ist zwischen 1138 u. 1140 geschrieben und dem "ersten deutschen Kirchenfürsten seiner Zeit" (Müller, Der Kampf Ludwigs des Bahern mit der Kurie, Bd. II, 1880, S. 264 u. 84), dem Erzdischof Balduin von Trier, gewidmet.

4) Ueber ihn Miezler S. 70 und Lorenz Bd. 2 S. 353 ss.

5) Bgl. einstweilen Sierke S. 513, 542, N. 56 u. S. 642 und Lorenz Bd. 2 S. 385.

6) Ueber ihn Hürdin, Peter von Andlau, Münch. Diss. 1894, und derselbe, Der deutsche Abel im ersten deutschen Staatsrecht, 1893. Andlau hat die erste über die spezielle Frage der Unabhängigkeit der kaiserschen Wahl von päpstlicher Bestätigung hinausgehende Darstellung des deutschen und des Keichs-Staatsrechtes in seinem Libellus de Cesarea monarchia (Zeitschrift der Savignyssistlung sür Rechtsgeschichte, Bd. XII, XIII u. XVI), geschrieben 1460, gegeben. Behandelt Bebend urg nur die Frage des Erwerds von Kaiser- und Königsstellung, Aeneas Sylvius nur Entstehung und Inhalt der auctoritas imperii Romani (Titel: de ortu et autoritate imperii Romani; geschr. 1446, Schard S. 314 ss.), so handelt Beter von Andlau auch von Abel, Kittersstand, den Insignien des Kaisers und über dei Pssichten des Erichten (Gerichtsdarfeit, Schuz der Keligion, Aufrechterhaltung des Landssieds und der Schäffen der Sträßen). In diesem Sinn einer etwas umstraltung des Landssieden und der Schäffen der Schäffen der Schäffen der Straßen). erhaltung des Laudfriedens und der Sicherheit der Straßen). In diesem Sinn einer etwas um-fassenderen Darstellung hat ihn Laband in seiner Rektoratörede (1880) über die Bedeutung der Rezeption des römischen Rechts für das deutsche Staatsrecht, S. 25 u. 51, und nach ihm Hürbin den ersten Schriftsteller des deutschen Staatsrechts genannt. An juristischer Systematik und juristisder Ellek Selbständigkeit wird er jedoch von allen anderen angegebenen Schriftstellern übertroffen. Vergl. auch das Urteil von Sengler, Neber Aeneas Sylvius in seiner Bebeutung für die deutsche Kechtse geschichte, 1860 S. 17. Größere Selbständigkeit zeigt und größere Bedeutung hat das Buch Andlaus in politischer Beziehung. In dieser Richtung stellt sie eine vortressliche, praktisch-politische Resormschrift dar. Hierüber Laband S. 39 st. und Hürbin, Der deutsche Abel zc. Siehe auch noch Pütter a. a. O., Bd. 1, S. 77—88 und Lorenz Bd. 2 S. 385.

7) De jure regni et imperii Romani, cap. 6; Schard S. 357.

8) Hiezu auch Müller a. a. O., Bd. II, S. 84 ss.

Bebenburg untericheidet reges und imperatores Romanorum 1). Das regnum Romanorum umfaßt diejenigen Länder, welche fich unter der potestas des römischen Raisers thatsächlich befinden, d. h. über welche er eine Staatsgewalt effektiv ausübt 2). Es sei jest von geringerem Umfang, als es zur Zeit Karls bes Großen und Otto I. der Fall war3). Wenn der König nicht rex Germaniae, sondern rex Romanorum beike. obgleich das Reich von den Franken auf die Deutschen übergegangen sei4), fo habe dies feinen Grund nicht barin, daß Italien die Sauptsache, Deutschland nur ein Accessorium bilbe - im Gegenteil regnum Italiae fuit et est accessorium regno Germaniae 5) -, sondern dies beruhe lediglich auf der Chrfurcht vor der römischen Kirche als der im Brimat über alle anderen befindlichen, und auf der hiftorischen Bedeutung der Stadt Rom, beren Bürgerichaft einst bie Gerrichaft bes Weltreiches felbst beseffen und erft auf den imperator übertragen habe 6). Zum "Reich" bagegen gehören alle anderen regna und provinciae, welche nicht unter der Gewalt Karls des Eroßen vor Erwerb der Kaiserwürde waren und noch nicht unter des Raisers Gewalt thatsächlich sind?). Der Unterschied beruht darauf, daß der Raifer in den letteren nur die kaiferliche Gewalt, die kaiferlichen Refervatrechte 8), die Rechte, welche de jure allein dem Kaiser zustehen, ausübt, während er im regnum die bona und jura regni verwaltet 9). Die ersteren Rechte - und damit tommen wir wieder unserem Thema näher — werden nun auf andere Beise erworben als die letteren. Die Bestellung zum römischen König erfolgt durch Wahl seitens der Kurfürsten, welche dabei aber nur alle anderen Fürsten und das Bolt Deutschlands, Italiens und der übrigen Provinzen und Länder des regnum vertreten 10); denn nach Naturrecht, auf welches nach l. 5 D. 1, 1 bie Grundung von Staaten gurudführt 11), ift es ein Recht des Volkes, fich einen König zu wählen. Die Kaiserwürde wird dagegen burch Salbung und Krönung seitens des Papftes erworben, zwar nicht der Regel gemäß, fondern auß Notzuftand (non regulariter sed casualiter) 12), propter necessitatem facti, weil nicht ein anderer judex (superior) da sei ober thätig werden wolle ober könne. Satis probabiliter sei als ber eigentliche judex bas gange de facto ober (nur) de jure dem imperium Romanum unterworfene Bolk zu erachten 13).

8) Beftehend, wie er fagt, in Legitimation von Kindern mit burgerlicher Wirfung, Restitution

10) Rap. 5, S. 353. Dazu Gierke S. 574 und Triepel S. 52.

11) Ex hoc jure gentium introducta bella, discretae gentes, regna condita und baju

Gierte S. 571 u. 573. 12) Dazu Gierte S. 539.

²⁾ Rap. 11, S. 377.

³⁾ Kap. 7, S. 359.
4) Kap. 3, S. 346.
5) Kap. 5, S. 355; Provem. S. 329.
6) Kap. 5, S. 355 u. 356.
7) Kap. 11, S. 377. Bebenburg läßt auch einen Blick in seine Auffassung des Verhältenisses ber verschiebenen unter dem imperium vereinigten Länder zu einander thun. Er spricht davon, nisse der verschiebenen unter dem imperium vereinigten Länder zu einander thun. Er spricht davon, wie Otto der Große das unter seinen Borgängern a fidelitate regum Germaniae et societate regni abgesallene Italien wieder unterworsen habe (Kap. 2, S. 338 u. 339). Es liegen hierin Anfänge einer Lehre von den Staatenverbindungen (vgl. auch Kap. 5: terrae adjunctae regno Germaniae).

Shrloser, Ernennung von Notaren, Gesetzgebung 2c., Kap. 7, S. 359, Kap. 11, S. 377.

9) Nach seinen Angaben (Kap. 7, S. 359 u. 361, Kap. 11, S. 377) in der Entgegennahme des Unterthaueneides, der Verleihung von Leben, der Ausübung weltlicher Gerichtsbarkeit, der Besteuerung und auch der Gesetzgebung bestehend.

¹³⁾ Es heißt allerdings Kap. 12, S. 385 nur: toto populo Romano imperio subjecto, allein bei der sonstigen Gewissenhaftigteit Bebendurgs ist nicht anzunehmen, daß er eine so offenaueth bet der sonstigen Gewissenstätzte Vebenburgs ist nicht anzunehmen, daß er eine so offenssichtliche Lücke in seinem Aufbau ließ, wie es der Kall wäre, wenn man darunter nur das auch de facto unterworsene Bolk verstünde. Dies thut allerdings Occam, Octo quaestiones, geschr. 1339—1340 (über andere Datierung Lorenz Bd. 2 S. 354) (bei Golbast, Monarchia Romani imperii, Franks. 1614 II, S. 314 s., Quaest. VIII, c. 3, S. 382), der einen sachlichen Unterschied zwischen regnum und imperium vollkommen leugnet (Quaest. IV, c. 2, 3, 9). Gierke, der diesen Unterschied zwischen regnum und imperium in der Lehre Bebenburgs überhaupt nicht hervorschie (S. 536 R. 41, 542 R. 56), stimmt Occam zu (S. 574 R. 157).

An sich erwirbt der König somit durch die Wahl nur die königlichen Rechte, da bas römische Bolf seiner Zeit die potestas imperii non in reges sed in imperatores übertragen hat 1). Allein, wie alle Könige bes Abenblandes ichlechthin, jo übe auch ber rex Romanorum in ben von ihm wirklich beherrschten Ländern auch vor seiner Krönung und Salbung gum Raiser bie kaiserlichen Reservatrechte, woraus folge, bag er für beren Ausübung in diesen Ländern keiner Approbation seitens des Papstes bedürfe, fie vielmehr mit ber Wahl erhalte2). Für biese Länder haben Arönung und Salbung also nur die Bedeutung des Erwerbs eines Titels3), ein Resultat, das dem damals wirklich geltenden Rechte selbstverständlich nicht entsprach4).

Noch in einem weiteren, hier zu erörternden Punkt ftand die Theorie Bebenburgs in ftarkem Widerspruch mit dem geltenden Recht. Nach Bebenburg kann das große Reichs= volk ex causa 5) das Imperium von einem Bolk auf das andere übertragen 6). Es besteht also keine unbedingte Aflicht, die Kaiserwürde bem beutschen Rönig zu verleihen; es könnte ein anderer als ber deutsche König zum Kaiser gekrönt werden?). Der Fehler führt darauf zurud, daß Bebenburg, trothem er von einer translatio auf die Deutschen spricht, als das von den Kurfürsten repräsentierte Volt nicht blos das germanische, sondern auch dasjenige der Nebenländer betrachtet. Das geltende Recht war dieses, daß der beutsche König die Herrschaft über das ganze Imperium hatte, die übrigen Länder zu Deutschland im Suzeränitätsverhältnis standen.

Die Stellung bes Rönigs und Raisers als Organ wird, wie bei den Gloffatoren, mit bem Schlagwort populus maior principe charakterifiert 8). Der Rechtscharakter bes Reiches wird gelegentlich der Frage berührt, ob auch ein nur von der Majorität der Kurfürsten Gewählter die Königsstellung erwerbe. Das Kurfürstenkollegium sei eine Bertretung ber Fürsten und bes Wolkes bes Reiches. Die von ihm vollzogene Wahl sei ebenso aufzusassen, wie wenn die universitas principum et populi selbst sie vor=

¹⁾ Rap. 7 S. 361. 2) Ebenba.

³⁾ Rap. 7 S. 361, Rap. 11, S. 377, 378. 4) Bebenburg hat die Erfenntnis beffen, was er meint, dadurch erschwert, daß er aus 4) Sebendurg hat die Ertentints bessen, was er meint, daduct erschwert, dag er als dem Grunde, weil der König die kaiserlichen Rechte in den von ihm auch de kacto beherrschten Ländern mit der Wahl erhält, diese Rechte auch kaiserliche, den König auch schon vor der Krönung durch dem Papst sortwährend Kaiser nennt. Sanz sehlen scharfe Formilierungen indessen nicht, so z. B. Kap. 5, S. 356: aliae terrae . . . sint de imperio eodem jure quo et regnum Germaniae. Wir haben im vorstehenden den Gedankengang unter Vermeidung dieser wechselnden Bezeichnung wiedergegeben. Sines hätte Bebenburg schärfer hervorkehren müssen, daß natürlich der Kaiser bezw. das Weltvolk benjenigen zum Kaiser ernennen muß, der zum König

⁵⁾ Wenn die Gewalt nur ex causa, nicht willfürlich entzogen werden kann, so ichwebt babei - und bas gilt, wie wir sehen werben für bie gesamte Staatslehre, unserer Periode - nicht bie Vorstellung von dem Vorhandensein eines Vertrages vor, von dem einseitiger Mücktritt nur ex causa Vorjedlung von dem Vorjandensein eines Vertrages vor, don dem einseitiger Audiritt nur ex causa statthast ist, sondern diese Beschänkung erklärt sich aus der Ausnahme des politischen Thrannensegriss von Aristoteles: der ungerechte Herricher kann entsetz, ihm mit Widerstand begegnet werden (Belege Gierke § 11 N. 130 u. 167). Es ist also ein politischer Begriss rechtlich verwertet. Sine rechtliche Konstruktion hiefür hatte man noch nicht. Ueber den Begriss Thrannis dei Bebensburg Kap. 1 (S. 335), 2 (S. 339), 6 (S. 357), 7 (S. 359).

6) Kap. 12 S. 385; dazu Gierke, Althusius S. 126.

7) Occam erkennt dies und geht, im Gedankengang Bebenburgs bleibend, noch weiter. Er sagt: Der Teil der Welt, welcher nur de jure dem imperium untersteht, ist größer als der de socialism unterworkers. Er lact deher indem er einem Gestähen Unterschied amischen imporium

sacto ihm unterworfene. Er legt baber, indem er einen sacliden Unterschied zwischen imperium und regnum, wie wir wissen (vor. S. N. 13), nicht anerkennt, sogar diesem Teil die Macht bei, nicht blos einen imperator, sondern auch einen rex Romanorum zu ernennen, so daß eventuell zwei Kaiser und Könige da wären (Quaest. VIII, c. 3, S. 383). Occam nennt dies Resultat absurd. Daß es gegen das positive Recht verstößt, bemerkt er nicht. Bebenburg such dem Fehler übrigens dadurch auszuweichen, daß er in den Kurfürsten die Repräsentanten des ganzen großen Imperiums erblickt.

⁸⁾ Kap. 12 S. 385, Kap. 17 S. 406.

genommen hatte, und in jeder universitas gelte das von der Majorität ausgegangene als von der universitas erfolat 1).

Endlich haben wir die Erörterung der gleichen Frage feitens der wefentlich auf ber Grundlage kanonistischer Wiffenschaft entstandenen Wiffenschaft ber allgemeinen Staatslehre zu betrachten. Bier finden wir beide Richtungen, die mehr politische und die mehr juriftische Betrachtung ber Frage, in icharfem Gegensatz vertreten, auf ber einen Seite Marfilius von Babua (geb. um 1270, geft. 1342/43)2), auf ber anderen Nikolaus von Cues (1401-1464)3)4).

Marsilius⁵) behandelt unsere Frage nicht schlechthin für die Staats=, sondern lediglich für die Gesetzgebungsgewalt. Warum, davon später. Er begründet die Gesetzgebungshoheit des Bolkes rein politisch. Demjenigen komme die mahre Gesetgebungs= gewalt zu, der die beften Gesetze hervorzubringen imftande sei 6). Dies sei aber die universitas civium aut eius pars valentior. Einer und einige könnten nicht die eigent= lichen Gesetgeber, fondern nur Gesetgeber im Ginzelfalle, gelegentliche Gesetgeber fein, der erfte Gesetzgeber sei das Bolk?). Diese Eigenschaft wird rechtlich als Axiom betrachtet; benn nur politisch — im Anschluß an Aristoteles8) — wird begründet, warum bem Bolte diese Eigenschaft zukomme. Rechtlich und zwar ohne nähere Begründung erfahren wir nur bas, bag bie gweiten Gesetgeber nur auf Ermächtigung seitens bes erften Gesetzgeberd Gesetze erlaffen können 9), woraus folgt, daß im Sinne des Verfaffers nur bem Volke ein eigenes Recht der Gesetzgebung zukommt, nur das Volk also auch rechtlich der erfte Gesetgeber ift 10).

¹⁾ Rap. 6 S. 358: in omni universitate id, quod fit a maiori parte illorum, de universitate

¹⁾ Kap. 6 S. 358: in omni universitate id, quod fit a maiori parte illorum, de universitate valet. Dazu Gierke, Althufius S. 215; Genossersiche S. 603 u. 604.

2) Ueber seine Vehre, die einen vollkommen politischen Grundgedanken hat, nämlich nachzuweisen, wie tranquillitas im Staatsseben herbeigeführt werde (defensor pacis I, 2), Gierke, Althufius S. 125; Genossenschaftsrecht S. 552, 579 u. 635; v. Bezold S. 344st.; Kiezler S. 193ss.; Diltheh S. 442; Treumann S. 24ss.; Gomperz S. 315.

3) Später Borkömpser des Papittums. Ueber ihn selds Vorenz Bb. 2 S. 379, Möller Bb. 2 S. 507 u. 531, Windelband S. 251. Ueber seine Theorie v. Bezold S. 356; Gierke

S. 580 u. 591 und Althufius S. 126.

⁴⁾ Als weitere Bertreter Diefer allgemeinen Staatsrechtswiffenichaft find außer Occam noch zu nennen Johann von Paris († 1306; über ihn Riezler S. 148 ff.); Augustinus Triumphus (1243—1328; über ihn v. Bezold S. 352; Riezler S. 283; vor allem Friedberg in der Zeitschrift für Kirchenrecht, Bd. VIII (1869), S. 102 ff.) und Alvarus Pelaho † 1352 (Gierke S. 506; Möller Bd. 2 S. 455), letzter beide Kurialisten, alle zusammen mehr oder weniger zugleich theoretische Politiker. Neber alle Lorenz S. 339, 343, 355.

5) Defensor pacis, sicher abgeschlossen vor 11. Juli 1324 (Corenz S. 349), bei Goldast

II, S. 154 ff.

⁶⁾ Bgl. I, Rap. 12 S. 170: illius tantummodo est legum humanarum lationis seu institutionis auctoritas humana prima simpliciter a quo solum optimae leges possunt provenire.

⁸⁾ Pol. III, 1281 a 40 ff. 3. B. advertere enim potest magis defectum circa propositam legem statuendam maior pluralitas quacumque sui parte, cum omne totum corporeum saltem maius sit mole atque virtute qualibet sui partes seorsum. Ein römischer Schriftsteller Pighius fagte überhaupt von Marsilius, er sei homo aristotelicus magis quam Christianus; vgl. Friedberg an dem N. 4 genannten Ort S. 111.

⁹⁾ Bgl. I, Rap. 12 S. 169: alicui vel aliquibus commiserit (universitas civium) faciendum qui legislator simpliciter non sunt nec esse possunt, secundum solum ad aliquid et quandoque ac secundum primi legislatoris auctoritatem. Dabei ist zu bemerken: Der Zusammenhang mit bem in N. 6 erwähnten posse spricht nicht dafür, mit Gierke III, § 11 N. 287 das nec esse possunt in rechtlichem Verstande aufzusassen. Weil sie nicht die besten Gesetz zu erlassen vermögen,

fonnen fie nicht die erften Gesetgeber sein.
10) Gine weitere rechtliche Erklärung der Bolkssouveranität gibt Marfilius nicht. Daß er fie aber auch im Rechtfinne versteht, zeigen noch eine Reihe anderer Stellen, fo insbesondere Die Bezeichnung der Entsehung des Herrschers als correctio (I, 18: corrigere per judicem et potentiam coactivam; dazu Gierke § 11 N. 167; Althusius S. 124).

Auf der anderen Seite gibt Nikolaus von Cues1) eine naturrechtliche Kon= struktion ber Bolkssouveränität und zwar in großer juriftischer Reinheit. Er ift ber erfte Staatstheoretifer bes Mittelalters2), welcher aus bem Gefet ber allen Menichen von Natur gleichen Macht und Freiheit nicht blos die Zweck-, sondern auch die Bernunftmäßigkeit, die rechtliche Notwendigkeit der Bolksherrichaft ableitet3). Bon Natur seien zwar die einen Menschen weiser und geschickter als die anderen und fie würden baher zu domini und rectores ber anderen, allein sie würden bies nicht mittels Gemalt (per legem coercivam aut judicium quod redditur in invitum), fondern, weil alle Menschen von Natur frei sind, durch freiwillige Unterwersung, durch subjectio voluntaria, consensus subjectionis. Dag ber Raiser ein Organ bes Bolles ift, ift bamit erwiesen 4).

Man könnte nun aus dem consensus subjectionis schließen, die Stellung bes Raifers fei als auf einem Vertrag mit bem Bolte beruhend gebacht, allein, bag bas nicht ber Fall ift, daß Nikolaus von Ques in der Beftellung des Berrichers einen einseitigen Alft des Bolles fieht, zeigen feine Ausführungen über ben rechtlichen Quell ber Gefetzgebung. Sabe ber Berricher - Ritolaus von Cues führt es für ben Papit aus - ein Recht der Gesekgebung, die verpflichtende Kraft, die obligatorialis virtus ber erhielten diese statuta allein burch ausdriickliche oder stillschweigende acceptatio, consensus, usus des Bolkes'6). Der usus approbatorius 7) ist das allein ausschlaggebende. Dies ist er so sehr, daß eine potestas legis condendae des Herrichers und ein vorausgehender consensus des Volkes sogar fehlen können8). Das Verhältnis der Unterthanen zu einander ist bagegen als Vertrag gebacht 9).

Und so ergibt sich als das Resultat der Lehre des Cusaners: aus der Vertrags= natur des Staates folgt mit Vernunftnotwendigkeit die Volksherrichaft 10).

¹⁾ De concordantia catholica, vollendet 1433 (Lorenz Bb. 2 S. 379), bei Schard 465ff. 2) Ueber das Altertum f. o. S. 101 R. 1.

³⁾ II, 14: cum natura omnes sint liberi tunc omnis principatus, sive consistat in lege scripta sive viva apud principem . . ., est a sola concordantia et consensu subjectivo. Nam si natura aeque potentes et aeque liberi homines sunt, vera et ordinata potestas unius communis aeque potentis naturaliter non nisi electione et consensu aliorum constitui potest, uno II, 19: in populo omnes potestates tam spirituales in potentia latent quam etiam temporales et corporales, licet ad hoc quod ipsa praesidentialis potestas in actu constituatur.

4) Daju ausdrückich III, 41: imperator qui imperialium omnium non dominus sed

administrator existit.

⁶⁾ III, praef. (S. 605) quod omnes tangit ab omnibus approbari debet. Bemerkenswert ist babei, daß das Geset auch im Berhältnis der Volksgenossen unter einander nicht pactum genannt wird, obgleich lex ex consensu constituitur (II, 14). Es zeigt sich darin ein unbewußtes Gefühl sur Unterscheidung von Gesamtakt (Gierke, Deutsches Privatrecht S. 486; Kunte, Der Gesamt-akt 1892) und Bertrag, wie dasselbe auch bei den Legisten und Kanonisten hervortritt, wenn sie statutum (Autonomie) und consuetudo auf ausdrücklichen und ftillschweigenden Konsens zurückführen (consuetudo ein statutum tacitum) und doch andererseits erklären, das statutum sei keine pactio (Belege bei Gierte Gen. R. Bb. III G. 216, 307, 459).

⁷⁾ II, 14. 8) II, 12. Ebenso ist bei Marsilius I, 8 ber consensus subditorum, bem gemäß in ben guten Staatsformen regiert wird, aufzufassen, d. h. wie bei Aristoteles im politischen, nicht im guten Staatsformen regtert wird, aufgusquer, b. h. wie det Artsvetes im potitiggen, nicht ihr rechtlichen Sinne. Das gleiche gilt von dem tacitus consensus, auf welchen Bebenburg Kap. 15 (hiezu Gierke § 11, N. 334) die Stellung der kraft Erbrechts zur Herrschaft gelangenden weltlichen Fürsten gegründet sein läßt. Und auch nach Aeneas Sylvius beruht die Stellung des Herrschaft auf Vertrag; er spricht a. a. O. Kap. 2 nur von einem confugere ad unum, regem constituere, uni-committere. Dies gegen Gierke § 11, N. 306.

9) II, 14, III, 4 (siehe oben S. 180, N. 7). Da dies nicht auch die Annahme eines natürslichen Triebs zur Staatenbildung ausschließt, so wird der Mensch auch von Nikolaus von Cusa einen vonel politigum et civile genannt (III prese Schard S. 605 und biesu Kierke III S. 629

ein animal politicum et civile genannt (III praef., Schard S. 605 und hiezu Gierte III S. 629 und Althufius 95).

¹⁰⁾ Durch Aufstellung bes Sages, alle Herrschaft, welche auf subjectio voluntaria gurudführe,

Dieser Satz bedeutet den äußersten Fortschritt der mittelalterlichen Staatslehre. Zugleich bilbet er aber auch bie Grenze bes ftaatsrechtlichen Konnens im Mittelalter. Weber wird erklärt, wie der Staat — trot seiner Begründung durch Vertrag — eine Ein= heit genannt werden kann, auch Nikolaus von Cues thut es 1), noch dringt man dazu vor, nunmehr den Sak, daß die Herrschaft ("principatus") dem Volke zustehe, in den Staatsbegriff aufzunehmen und zu sagen: alle Gewalt leitet sich vom Volke ab, also ift ber Staat feiner Berfassung nach eine Demokratie. Daß man tein Bedürfniß fühlt, den ersten Gegensat zu erklären, führt barauf zurud, bag allgemein neben bem Staatsbegründungsvertrag als causa remota der Staatenentstehung die Annahme einer Schöpfung durch Gott beibehalten wird. Sieht man im Staat eine durch die Menschen nur ver= mittelte Schöpfung Gottes, bann liegt ber Bergleich mit bem Organismus und bamit bie Auffassung des Staates als Einheit nahe 2). Daß man — im Gegensatz zu Aristoteles3) - nicht verstand, gesetzgebende und regierende Gewalt unter dem einen Begriff des Prinzipats als einem technischen zusammenzufassen, m. a. 28. aus beiben eine einheitliche Staatsgewalt zu formieren und diese dem Rechte nach dem Volke zuzusprechen, daran wurden die Theoretiker4) durch die in Wirklichkeit und Lehre vor Augen tretende organisatorische Trennung ber Ausübung der Gewalten und durch die Erkenntnis gehindert, daß die Regierungsorgane ben Gesetgebungsorganen untergeordnet seien 5). Nicht bas Volk erscheint als souveran, fondern der Gesetzgeber, die Gesetzgebung, also nur ein Teil der höchsten Gewalt 6).

Infolge dieser organisatorischen Trennung der Träger der Gewalten bleibt es der mittelalterlichen Staatslehre — und dies ift ebenfalls ein Rückschritt gegenüber Arifto= teles?) — auch versagt, die Gewalten als solche und ihre Trager wissenschaftlich auseinander zu halten. Dies zeigen eben die Ausführungen von Marfilius und Nikolaus von Cusa über die Frage der Unterordnung der Regierungs= unter die gesetzgebende Ge= walt und die Bezeichnung ber beiben Gewalten bei Marfilius. Beibe begründen biese Unterordnung nicht mit dem Gegensat von Normaufstellung und Normvollziehung, sondern ber eine, Marsilius, bamit, baß bas gange maius parte sei8), ber andere, Nikolaus von Cufa, damit, daß das Gefetz zum Gesetz erst durch den usus approbatorius d. h.

Gierte G. 424, 459.

2) Siehe die Belege bei Gierte S. 546ff. u. 629.

3) Oben S. 85.

4) Abgefeben davon, daß für die beftimmten Staatswesen, welche fie interessierten, in den Worten Imperium und Regnum Sammelbegriffe für die Gesamtheit ber einzelnen Soheitsrechte vor-

5) Marfilius I, cap. 12 u. 13; Nif. v. Cues praef. I u. II, 14. — Darauf, daß meift fein Anlaß bestand, über die Ermittlung ber sinnlichen Träger der Gewalten hinauszugehen (Gierke S. 607), besonderes Gewicht zu legen, burfte um beswillen nicht angebracht fein, weil ja die mittelalterliche Staatslehre bereits dahin vorschritt, daß fie ber fingierten Berfonlichfeit ber Bolksgefamtheit alle Gewalten zuschrieb (Belege Gierke S. 605 u. 606; vergl. bagegen allerdings wieder Gierke, Deutsches Privatrecht Bb. 1 S. 457 u. 28).

6) Aus dem, was die Schriftsteller über das Wesen des Imperium berichten, läßt sich wohl eine allgemeine Lehre von der Staatsgewalt ableiten, allein das Mittelalter selbst zieht diese Konssequenzen nicht. Nur ein Merkmal des rechtlichen Staatsbegriffes schlechthin wird, wie wir sehen werden, herausgestellt, die Unabhängigkeit nach außen. Bon einer Aufnahme und Fortbildung des antiken Staatsbegriffes als eines Ganzen dürste daher nicht zu reden sein. A. M. Gierke S. 609 u. 633.

7) Siehe S. 85.

8) I, Kap. 12 u. 13. Die Ausführungen sind ganz gelegentliche, ein neuer Beweis für den vorwiegend politischen Charaster des Buches. Uebrigens zeigen sie, daß der pars principans nicht als außerhalb des Staates stehend, sondern als Staatsorgan gedacht ist (totum maius parte). Dies gegen Gierkes ohne Einschräftung gesassen Auflährung (S. 607), die mittelalterliche Staatslehre betrachte den Herrscher als außerhalb des Staatsverbandes stehend.

gelte als von Gott eingesett (III, 4), wird die Bolkssouveränität von Nikolaus von Cusa dann auch noch zu einem Prinzip des jus divinum erhoben. Hiezu Gierke § 11, N. 151 u. S. 589.

1) Obwohl die Jurisprudenz scharf zwischen societas und universitas unterscheidet. Bgl.

burch bas Bolt werde 1), beibe also mit Eigenschaften nicht ber Funktionen, sondern ber fie ausübenden Organe. Ferner nennt Marfilius die gesetgebende Gewalt nicht potestas legislatoria, sondern legislator und, wenn er die regierenden Organe mit pars principans bezeichnet, so meint er bamit nicht ein Stud ber von den ausübenden Organen abstrahierten Staatsgewalt, sondern eine Eruppe ber staatsbürgerlichen Gesellschaft. Pars principans und legislator sind im sozialpolitischen Sinne gebraucht. Die pars principans wird von Marsilius unter dem Namen einer pars judicialis seu conciliativa, ähnlich wie bei Aristoteles2), zusammen mit sacerdotium und pars propugnativa zu ben partes (officia, ordines) civitatis im eigentlichen, mit agricultura, artificium und pars pecuniativa zu den Staatsteilen im weiteren Sinne gerechnet 3).

Somit fehlt dem Staatsbegriff jener Staatslehre das Moment einheitlicher Herrichaft vollkommen 4). Der Staat wird lediglich als eine Bereinigung zu einem bestimmten Zweck 5) ober mit Cicero auch als eine Rechtsgemeinschaft befiniert 6). Und dies wirkt bann wieder auf die Lehre von den Staatsformen. Tropbem man fagt, die Herrschaft im Staate stehe dem Bolke zu, nennt man doch das Reich eine Monarchie. Man lebt in ber vierten Weltmonarchie 7). Die Einteilung in brei qute und in brei schlechte Staats= formen, welche Aristoteles als die zu seiner Zeit herrschende angibt und welche man von Thomas Aquinas an burch das ganze Mittelalter als die des Aristoteles selbst deutete und von der auf den Thrannenbegriff bezüglichen Klärung abgesehen in der Sauptsache ohne Abanderung befolgte8), wird im Gegensatz zu Aristoteles, der die gesamte Staatsgewalt nach ihr einteilte, nur auf die pars principans bezogen, obwohl diese pars nur den höchsten Teil, nicht aber das höchste Subjekt im Staate darstellt.). Der Gesehgebungs=

u. 470 [praef. I]) durch den Sah: omnis habens condendi (leges) potestatem habet jurisdictionem (II, 13), allein eine bewußte Zusammensasjung beider zu einem Herrschaftsbegriff und eine Berdindung derselben mit dem Staatsbegriff sehlt. Als Bestandteile des Staates zählt Nifolaus von Eues vielmehr die unitas civium, die Geseke und die custodes derselben auf (III praef. S. 601).

5) Gewöhnlich der aristotelische des zh zzu, o Marziilius I, 4, Nit. v. Cues III, praef. Aeneas Sylvius nenut als Zweef lediglich Aufrechterhaltung des Friedens und Austeilung der Gerechtigkeit (Kap. 3 u. 12).

6) Belege Gierke S. 631, 638, 639 und Althusius S. 165 u. 229.

7) Bebenburg (Kap. 5): urbs Roma cuius populus olim tenuit monarchiam Imperii. Allerdings wirkten in dieser Richtung auch die biblische Ausdrucksweise von den vier Königreichen, die seit Beginn der Welt bestanden (Prophet Daniel Kap. 2; dazu Rieker S. 11 u. 12) und die hohe politische Bedeutung des Dogmas von der Fortsetzung des römischen Neiches mit. Die Stärke bieses lekteren Dogmas zeigt sich auch darin, das man gar nicht bezweiselte, daß der Staat der

aber bavon zu trennen vermag, die Monarchie als Verfassungssorm aufzufassen, zeigt der Sat bei Balbus (s. Gierke § 11, N. 220): der Monarch sei nicht blos administrator, sondern loco domini, nam regnum magis assimilatur dominio quam simplici regimini.

²⁾ Oben S. 98.

³⁾ I, 4, 5, 15. 4) Bei Nifolaus von Cues findet sich wohl eine Berbindung von legislatio und jurisdictio (von welcher einen Teil die administratio ausmacht; vgl. Schard S. 529 [II, 13] mit 474 u. 470 [praef. I]) burch ben Sat: omnis habens condendi (leges) potestatem habet jurisdictionem

hohe politische Bedeutung des Dogmas von der Fortsetzung des römischen Reiches mit. Die Stärke dieses letteren Dogmas zeigt sich auch darin, daß man gar nicht bezweiselte, daß der Staat der römischen Republik und das heutige römische Reich auch rechtlich ein und derzelbe Staat seine Der aristotelische Saß, daß eine Aenderung der Berfassung den Staat ändere, lag im Berborgenen.

8) Sierke § 11, N. 316 u. 320. In einer anderen Richtung, nämlich in der Einteilung der Staaten nach ihren räumlichen Unterschieden, ist das Mittelalter glücklicher. Bgl. insbesondere Engelbert von Bolkersdorf, de regimine principum I, 12 und Marzilius von Padua I, 2. Dieser unterschiedet eine viersache Bedeutung von regnum. Es bedeute einmal eine pluralitas civitatum seu provinciarum sud uno regimine contentarum, in welchem Falle sich das regnum von der civitas nicht in der Art der Berfassung, sondern nur in der Größe unterschiede. Es bedeute serner die gute Monarchie in einer wie über mehrere civitates. Es bedeute drittens — und das seine significatio kamosior — eine Berbindung der ersten und zweiten Bedeutung. Und es beseute viertens jede gute Regierungssorm in einem oder über mehrere Staaten, in welchem Sinne er es gebrauchen wosse. Ueber sonstigstächtigung der räumlichen Unterschiede Sierke S. 356, es gebrauchen wolle. Ueber sonstige Berücksichtigung ber räumlichen Unterschiede Gierke S. 356, 545 u. 638, Althusius S. 227.

9) Die Einteilung bezieht sich also nur auf die Regierungsformen. Wie schwer man sich

begriff ift so fest mit dem Boltsbegriffe verbunden, daß man ihn in die Einteilung gar nicht hereinzieht 1).

Zeigt das Vorstehende in zwei Richtungen Rückschritte gegenüber Aristoteles, so liegt im Berhältnis zu ihm andererseits ein Fortschritt in der neuen Ginteilung ber Semaltenträger por, welche wir bei Marfilius von Babua finden. Er gruppiert dieselben allein nach ber Berschiedenheit ihrer Funktionen, mahrend bei Aristoteles, wie wir gesehen haben2), die Kategorie to nepi tas apyas einem anderen Einteilungsmoment entnommen ift, als die Kategorien το βουλευόμενον und το δικάζον. Hier wird die dem Gesetzgeber gegenüberstehende pars principans ausschließlich funktionell charakterifiert, wie ihre beiden anderen Namen quasi instrumentalis vel executiva bezw. judicialis vel conciliativa 3) und die Umschreibung des letteren mit den Worten erkennen lassen, judicium im Sinne von sententia principis4) sei die auctoritas judicandi de justis et conferentibus secundum leges et consuetudines latasque per ipsum sententias praecipiendi et exequendi per potentiam coactivam⁵). Da diese Umschreibung bis auf bie letten mit exequendi beginnenden Worte eine Wiedergabe von Aristoteles Politik IV (VII) 1329 a 3 und VI (IV) 1299 a 28 ift 6), so erkennen wir, daß ber Ausbruck pars principans nichts anderes als die Nebersetung von τὸ περί τὰς ἀρχάς ift. Marfilius versteht aber darunter nicht, wie Aristoteles, durch besondere Rechtsstellung sondern durch besondere Thätigkeit ausgezeichnete Organe, die herrschenden Organe?).

¹⁾ Marfilius I, 8; Nik. v. Cues II, praef. S. 604. Eine andere interessante Konsequenz bes Umstandes, daß man in der Staatsgewalt als solcher kein wesentliches Element des Staatsder Umfandes, daß man in der Staatsgewalt als solcher tein wesenliches Element des Staatsbegriffes sieht, liefert die Thatsache, daß man die gänzliche und teilweise Unveräußerlicheit der Staatsfalß solchen, sondern aus verschiedenen anderen Gründen ableitet. Die Unveräußerlichteit des Jmperiums im Sinne der Unwözlichteit einer Befreiung von Unterordnung unter die Gewalt des Welfstaates wird entweder aus der Universalität des Keiches, also daraus, daß das Imperium ein Universalstaat ist seiner Beitent Keiches, also daraus, daß das Imperium ein Universalstaat ist seinen Signen Nugen bestimmt sei (Velege ebenda § 11, N. 283, 284, 288, 323; über die nähere Begrenzung diese Begriffes — Unterscheidung von res publica und fiscus — sedenda S. 359 u. 623), oder aus dem Satz abgeleitet, daß die Herrichaft wesentlich dem Bolke zustehe (eine solche Begrindung teilt Occam, Dialog. III tr. 2 l. 1 c. 29 mit), in welch letzteren Fasi der ossentisch verbunden. Viellicht will der Eusaner Eleiches mit dem Satz sagen (II, 13, S. 531), daß der Kaiser nur das exercitium, das Bolk den habitus jurisdictionis habe (hiezu Gierke § 11 N. 287; Althusius S. 158). Aeneas Sylvius leitet die Unmöglichseit einer Besteiung von Unterordnung unter die Kaisergewalt wieder aus anderen drei Gründen ab. Juerst aus dem Begriffe Augustus: ideireo namque princeps Romanus Augusti nomen accepit ut non minuere sed augere Imperii potestatem deberet (cap. 11). Dann aus dem Staatszwes des Reiches, der auf Aufrechterhaltung des Friedens geht. Entstehe eine multitudo summarum potestatum, wie sie die Erteilung von Exemtionen mit sich bringen würde (im Lanse der Zeiten könnte die bespeite Gewalt sogar die höhere werden), so sein dieser diese der und der unus principatus des Imperium gescheite, se der aus dem allegemeinen Saget major est utilitus publica quam privata. Würde die Versch auf alle vie coochive wider wie eine undere Kausenen Wartilius kutt wohl der Gede auf alse vie coochive wieder begriffes fieht, liefert die Thatsache, daß man die gangliche und teilweise Unveräußerlichkeit der elidit, schisma sub Imperio facit et omnem humanae societatis concordiam dirimit (cap. 13). And noch eine andere Konsequeng. Marsitsius stellt wohl den Satz auf, alle vis coactiva widersspreche dem Wesen der Kirche, alle vis coactiva gehe daher auf den legislator zurück. Allein dazu schreitet er nicht vor, daß er diesen Satz in den Begriff des Staates ausnehmen und sagen würde, der Besitz dieser vis coactiva sei es, der den Staat von anderen menschlichen Vereinigungen unterscheibe.

²⁾ Oben 88. 4) Also judex = principans. 3) I, 15 bezw. 5 u. 8.

⁵⁾ Gesetzebung ist Regulativgewalt: Armata seu coactiva potestas instrumentalis (thätig) debet regulari per legem in judicando, praecipiendo et exequendo de justis et conferentibus civilibus (hiezu Gierke § 11, N. 99).

6) Bergl. S. 91 oben und S. 87, N. 8.

7) Die bloße Zweiteilung erklärt fich daraus, daß zu Marfilius Zeit etwas ähnliches, wie

die Maffengerichtsbarkeit Athens, nicht vorhanden war.

Ein weiteres Merkmal des Fortschrittes liegt bann noch barin, daß bei Marfilius und Nikolaus von Cusa, bei bem erften beutlicher als bei bem zweiten, Die Gesetgebung allein die eine Funktion der Staatsgewalt darstellt, mahrend sie bei Aristoteles nur eine Unterabteilung des Boodsvousvov bildet 1). Historisch erklärt sich diese neue Lehre rein wissenschaftlich 2). Sie ist die rechtlich-organisatorische Konstruktion - und barin liegt der wissenschaftliche Fortschritt — des von Platon und Aristoteles als politisches Pringip ausgesprochenen Gebankens, bag eine gute Staatsverwaltung eine Berwaltung nach Gesetzen sein muffe. Indem Marfilius und Ritolaus von Cusa in dem aristotelischen Sage: "όπου γάρ μή νόμοι άρχουσιν, οδα έστι πολιτεία", πολιτεία³) als Staatsverfassung schlechthin 4) fassen, übertragen sie jenen Gebanken auf jede Staatsverwaltung 5). Dann ftellt fich die Gesetzgebung aller anderen Staatsthätigkeit gegenüber. Und so geht aus bem weiteren Sate des Stagiriten: "δεί γάρ τον μέν νόμον άρχειν πάντων" 6), der nur die unversönliche und thatsächliche Herrschaft der Gesetze meint, bei Marfilius und Nikolaus von Cuja eine perfönliche und rechtliche Herrichaft ber Gesetzgebungsorgane hervor 7).

Daß als das Gesetgebungsorgan die Bolksgesamtheit oder ein großer Bertretungs= förper derfelben erscheint, dafür war das im Konzil gegebene Borbild der katholischen Kirchenversassung maßgebend und wir gelangen so zu dem Punkt, wo sich zeigt, daß biese allgemeine Staatswissenschaft außer auf Aristoteles wesentlich auf kanonistischen Borftellungen ruht. Marfilius und ber Cusaner gehen bei ihren Konstruktionen borzüglich von Gedanken über die vorhandene, die ursprüngliche und die wünschenswerte Kirchenverfaffung aus. Für den Cusaner liegt dies flar zu Tage. Er wird zu seinen ftaatswissenschaftlichen Untersuchungen durch die infolge des Schismas (1378-1429) brennend gewordene Frage der Superiorität des Konzils über den Papst veranlaßt8) Er führt seine Theorien zuerst für den kirchlichen Organismus durch, um sie dann auf jede Art von Herrschaft) und damit insbesondere auch auf den Staat 10) ju über= tragen. Marsilius gibt wohl zuerft einen Abrif ber Staatslehre 11), aber boch nur, um diese politische Staatslehre für das kirchliche Gebiet, für das Verhältnis von Papst und Ronzil zu verwerten 12). Die innere Entwicklung der Gedanken nimmt auch bei Marsilius ihren Ausgang von firchlichen Borftellungen. Don firchengeschichtlichem Boben aus ließ fich viel leichter zu einem völligen Ausschluß bes princeps von ber Gesetgebung gelangen,

¹⁾ Siehe oben S. 85.

²⁾ Denn weder Stände noch Rongilien waren je allein mit Gesetgebung befaßt.

³⁾ Pol. IV (VI), 1292 a 32.

⁴⁾ Nicht blos, wie richtig (s. o. S. 104 und 109), als republikanische. 5) Marsilius I, 11: quod nullum principantem quantumcunque studiosum aut justum expediat absque legibus principari. Mit. v. Cues praef. I: jurisdictio creata ex se non habet potestatem nisi secundum legem (S. 470), III praef: ubi enim non principantur leges ibi non est politia.

⁶⁾ Pol. IV (VI), 1292 a 33.

⁷⁾ Ueber ben Begriff Gesetz läßt sich Marfilius näher aus (I, 10). Er nimmt Gesetz im materiellen Sinn. Es ist bie erzwingbare (praeceptum coactivum) Regelung (regula) der actus civiles (politici), d. h., weil ja nach Marfilius die Rirche nur eine pars civitatis ift, bes äußeren Berhaltens der Menichen (s. Cierke § 11, N. 344). Bezeichnend ist, daß dem Gesetzeber weiter nicht blos die Bestellung des principans, sondern auch die Kompetenzabgrenzung und Organisation aller eigentlichen Staatsteile (s. o. S. 188, N. 3) zugewiesen wird. Es ist damit ausgedrückt, daß die Organisation der Behörden von der an die Unterthanen sich richtenden Gesetzebung verschieden und ihr doch wieder wesensgleich ist. Besetzung, Dienstebeschl und Dienstzwang bezüglich der Aemter (determinationis judicium, praeceptum, executio I, 15) "nach Maßgabe der Gesetze" sind dem principans überwiesen.

⁸⁾ hierüber Friedberg, Behrb. S. 48; Gierte S. 584ff.; b. Begolb S. 352ff.; Möller 28b. 2 S. 469 ff.

⁹⁾ Species dominandi (IV, 4).

¹⁰⁾ In Buch III (Gierke S. 589). 11) Buch I.

¹²⁾ Biegu Friedberg in genannter Zeitschrift S. 108; Riegler S. 199; Gierte S. 584.

als auf Grundlage ber historisch-politischen Verhältnisse des Reiches. Eine einseitige Gesekgebungszuftändigkeit bes in seinen Rechten in jener Zeit überhaupt noch unsicheren Reichstages kannte die Geschichte des Reiches nicht, wohl aber die Rirchengeschichte eine

ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der allgemeinen Ronzilien 1)2).

Noch wäre die Frage, ob durch die Lehre von der Volksstaatsgewalt an der Vor= stellung der vorausgegangenen Periode, daß Imperium und Sacerdotium nur eine dop= pelte Organisation innerhalb eines einheitlichen politischen Körpers barstellen3), etwas geändert wurde. Bon Marfilius und Nikolaus von Cufa abgesehen, welche das Sacerdotium dem Imperium einordnen4), ist dies nicht der Fall. Man nannte wohl Rirche und Reich auch für fich betrachtet Staat, politia, aber, wenn man bie Beziehungen ber zwei Gewalten zu einander erörterte, bann vergaß man, bag man es an fich mit ber Beziehung zweier Staaten zu einander zu thun habe. Hier erscheinen laicalis und spiritualis potestas dann lediglich als Teile eines Staates, als zwei Berfaffungen in einem Staate. Die Vorstellung von einem zusammengesetzten Staatswefen fehlte 5).

Wie die im Vorstehenden nach ihrer verschiedenen Behandlungsweise und Einzelausführung geschilberte Lehre von der rechtlichen Zurücksührung aller Gewalt im Staate auf das Volk ihren ersten historischen Anlaß in germanischen Rechtsanschauungen, in dem Charafter des Deutschen Reiches als eines Wahlreiches hat - als zweite Wurzel tommen später die konziliaren Bestrebungen innerhalb der Kirche hinzu -, so geht auch ber erste von den hier noch zu behandelnden, oben 6) erwähnten neuen Lehrsätzen, der= jenige von den näheren Grenzen der Staatsgewalt, auf germanisches d. i. positiv geltendes Staatsrecht zurück.

Man beachtet die einzelnen Ausdrücke der mittelalterlichen Litteratur zu wenig und trägt moderne Gebanken in dieselbe hincin, wenn man, wie es ja noch oft geschieht, fagt, die Theorie des mittelalterlichen Weltstaatsrechtes sei babin gegangen, bag dem Raiser eine absolute Staatsgewalt zustehe. Allerdings wird bem Raiser von ben Schrift= ftellern verschiedenster Richtung eine absolute Gewalt zuerkannt, aber keineswegs eine absolute schlechthin. Er wird wohl mit den Worten der römischen Quellen als legibus solutus bezeichnet, allein lex bebeutet ben Gegensatz zu jus, bebeutet nur bas weltliche, positive Gesetz, nicht das jus divinum und naturale. Zwar zeigen sich schon Aus= nahmen absolutistischer Richtung8), allein der herrschenden Anschauung gelten göttliches

¹⁾ Wgl. Hinschins, Bb. III, § 170, S. 361; Gierke II, S. 582; Sohm Bb. I S. 340.
2) Man sucht gewöhnlich das Borbild für Marsilius außer bei Aristoteles in der Verfassung der oberitalischen Städte (vgl. v. Bezold S. 346; Riezler S. 227; Merkel in Holzendorsis Enchklopädie S. 53), allein in erster Linie dürsten doch kirchliche Borstellungen maßgebend gewesen sein. Marsilius war als erwachsener Mann wohl noch einmal einige Zeit in seiner Vaterstadt (von 1316 an), aber als Inhaber eines Kannonikats. Den größten Teil seines Lebens als erwachsener Mann vor 1324 verdrachte er aber eben als Kleriker in kirchlichen Kreisen, insbesondere an der Pariser Universität. Diese hatte sich erst noch 1303 der Appellation König Philipps vom Papst an ein allgemeines Konzil angeschlossen. Indem war sein Mitarbeiter, Johann von Jandun, dessen Anteil am defensor pacis nicht zu gering angeschlagen werden darf, Geistlicher und Franzose. Ueber Marsitius' Leben Lorenz Bd. 2 S. 348 st. und Riezler S. 30 st.
3) Siehe oben S. 161, R. 4.

³⁾ Siehe oben S. 161, N. 4.

4) Hierüber Gierke S. 635 u. 594 mit 591.

5) Entweder wird dabei in Christus das gemeinsame Oberhaupt beider Organisationen ersblickt oder das mangelnde einheitliche Oberhaupt durch die beiderseitige Verpssichtung ersetzt, sich wechselweise unterstügend, dem einen Staatszweck zu dienen (foedus dilectionis); vgl. das Rähere bei Gierfe S. 537 n. 538. 6) S. 177 unten.

^{7) 3.} B. Bebenburg Kap. 8, S. 364; ferner bei Gierke § 11, N. 265. — Ueber die Bebentung der Worte im römisch-byzantinischen Staatsrecht s. Mitteis a. a. D. S. 9, N. 1.

8) Herüber Gierke S. 625, 627. "Gesehe", die dem jus divinum oder naturale widersprechen, erklärt man dann zwar nicht als materiell, aber als sormell bindend (daher Verbot des aktiven Widerstandes).

und Naturrecht als selbstverständliche Schranke jeder, also auch der kaiserlichen Gewalt 1). Als Bestandteil der göttlichen oder natürlichen Rechtsordnung konnten nun aber die verschiedensten materiellen und formellen Schranken der Staatsgewalt eingeführt werden. Es konnte eine Monarchie im Sinne der damaligen Sprache absolut d. h. entbunden von leges sein, die wir heute als eine beschränkte bezeichnen würden. In der That wurden, um der Staatsgewalt nähere Grenzen zu ziehen, der Schutz des Privateigentums gegen Enteignung und die verpssichtende Krast der Verträge sür Normen des Naturrechts erklärt2). Fragen wir nach dem historischen Anlaß dieser Sähe — unter diesem Gesichtspunkte beabsichtigten wir ja die übrigen, neuen Lehren der mittelalterlichen Staatstheorie zu behandelu —, so gehen wir nicht sehl, wenn wir nach dem Ort ihrer Entstehung denselben in dem Streit der langobardischen Städte mit dem König und Kaiser um ihre Hoheitsrechte sehen, das heißt aber nichts anderes als: diese Sähe sind wissenschaften Vusgestaltung des Staatsrechtes; denn das ist der Vehensmonarchie, der privatrechtlichen Ausgestaltung des Staatsrechtes; denn das ist der Grundgedanke des Lehensstaates, daß der Unterthan vertragsmäßig geschüßte dingliche Rechte gegenüber dem Staate hat.

Läßt sich, wie oben ausgeführt, nicht bavon reben, daß die mittelalterliche Staatstheorie den Begriff der Herrichaft als etwas zum rechtlichen Wesen des Staates gehörendes erfaßt hätte, so ist andererseits zweisellos, daß dieselbe Anfänge einer Souveränitäts-lehre erzielte. Sie liegen in dem Sah, zum Wesen des Staates gehöre Unabhängigsteit von einer anderen Gewalt, oder, wie er ausgedrückt wurde, nur Bürgergemeinschaften, die einen Höheren nicht anerkännten (civitates superiorem non recognoscentes), hätten eine wirkliche res publica³).

Diese Lehre war historisch hauptsächlich durch den Streit veranlaßt, den die Könige von Frankreich um ihre Unabhängigkeit vom Papstum zu führen hatten. Wies der französische König die Oberhoheit des Papstes über Frankreich zurück, so konnte er um so weniger eine Oberherrschaft des römischen Kaisers über Frankreich anerkennen 4), nachdem eben erst das Papstum den Triumph der Herrschaft über Friedrich II. und seine Nachkommen geseiert hatte. Diese Stellungnahme des französischen Königtums war nicht blos die Veranlassung dazu, daß die schon vorher 5) in Anschluß an Augustin 6) behandelte Frage lebhaster erörtert wurde, was zweckmäßiger sei, eine Unterordnung aller regna unter einen monarcha mundi oder eine Mehrheit selbständiger regna ⁷), sondern auch, daß untersucht wurde, was rechtsmäßig sei, die Unterordnung aller reges unter das imperium oder die Freiheit mancher hiedon.

Zur Erledigung letzterer Frage behnte man nun eine bisher für die oberitalischen Städte seitens der Legisten und Kanonisten getroffene Unterscheidung auf die regna aus. Hier handelte es sich um den insbesondere das 12. Jahrhundert erfüllenden Streit, ob dem Kaiser die Rechte eines Königs von Italien (Regalien) über diese Städte zukamen,

^{1) 3.} B. Occam, Dialog. III, tract. 2. lib. 2. cap. 26; ferner bei Gierfe S. 568, 611, 626.

²⁾ hieruber Gierte G. 618 u. 458, R. 208.

³⁾ Siehe die Stellen aus den Kommentarien des Postglossators Paul de Castro, † 1441,

bei Gierke S. 640, N. 339.

4) Bgl. auch Baumann S. 23 und andererseits den der älteren Lehre Ausdruck gebenden, von Peter von Andlau II, 8 zitierten Sat von Hostiensis (f. v. S. 181, N. 11): rex Franciae subest Papae, quia subest illi qui subest Papae.

⁵⁾ Siehe hierüber Engelbert v. Volkersdorf de ortu etc. c. 15ff.; ferner Gierke § 11, R. 53 u. 61.

⁶⁾ De civitate dei IV, 15.

⁷⁾ Für lehteres insbesondere Johann von Paris (j. o. S. 185, N. 4) also ein Franzose: tractatus de potestate regia et papali (geschr. um 1303), c. 3. Vgl. dazu Gierke § 11, N. 61; Möller Bd. 2 S. 452.

ein Streit, in welchem die ronkalischen Beschlüsse vom November 1158 und der Ronstanzer Friede vom Juni 1183 bie entgegengesetten Marksteine bilben, bort weitgehende Unterordnung unter den Kaiser als italischen König, hier umfassende Freiheiten (vor allem Bahl nur auf Zeit bestellter Stadthäupter) für die Städte des lombardischen Bundes 1). Die Poftaloffatoren nannten biejenigen Städte, welche folche Freiheiten befagen, Städte, die einen Oberen d. h. einen von ihrer Wahl unabhängigen und dadurch dauernden Stadt= herrn nicht anerkennen 2), und ihre Bevölkerung frei (populus liber), letzteres wohl in Anschluß an ben Ausbruck civitates liberae bes römischen Staatsrechtes 3). Nur ein superior war immer vorbehalten, der Raiser als der Beherrscher der Welt. Die günftige rechtliche Stellung, welche die italienische Jurisprudenz diesen Freistädten zusprach, war nun bas Binbeglieb, die eben ausgeführte Unterscheibung auch auf die regna anzuwenden. Zuerft ftellte die italienische Dottrin jene Freiftabte ber privilegierten romischen Stadtgemeinde, der res publica Romana, gleich 4). Später, als sie, der Macht der Berhältniffe folgend, unter ber res publica Romana nicht mehr allein die römische Stabtgemeinde, fondern auch das Imperium verstand 5), erkannte sie ihnen dann zum Teil auch die Rechte des römischen Weltstaates zu 6) und kam so dahin, sie als uneigentliche Staatswesen (res publica largo modo) zu bezeichnen 7). Hiemit lag es aber nahe, die

1) Herüber Prut a. a. D., Bb. I, S. 485 ff., 527 ff., Lindner, Geschichte des deutschen Bolkes Bb. I (1894) S. 90 und Eugen Suhle, Barbaroffas constitutio de regalibus vom November 1158 und ihre Durchsührung (Rost. Diff.) 1893.

2) Civitates non recognoscentes superiorem; 3. B. Bartolus zu l. 2, D. 49, 14, nr. 2: sed

7) Lgl. Gierke S. 202, N. 41, 639, N. 336, 693, N. 17 und insbesondere die ebenda Sanbbuch bes Deffentlichen Rechts. Ginl.=Banb. Abth. I.

debetis seire: quaedam sunt civitates quae non recognoscunt superiorem, sic populus liber, sic ipsemet sibi fiscus, civitates non recognoscentes superiorem habent fiscum; ferner Gierte § 9, ©. 356 u. 381, § 7, N. 37 u. 41. Superior ist gleichbedeutend mit dem französischen sovrain und dem italientschen soverano, die beide von superanus, über anderen stehend, kommen (span. und port. soberano; hiezu Körting, Lateinisch-romanisches Wörterbuch 1891, S. 700). Bgl. damit die Stelle bei Beaumanoir a. a. D. (S. 173 N. 2), ed. Beugnot II, 22, auf welche Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, 1892 S. 73, N. 1, ausmerksam macht. Beaumanoir spricht sich bort darüber aus, in welchem Sinne er das Wort sovrain gebrauche. Er sagt, er nenne so außer dem König, der souveran über alle sei (li rois est sovrains par desor tous), die Barone (çascuns barons est sovrains en sa baronnie). Fellinek glaubt daraus schließen zu können — und Georg Meher solgt ihm darin (a. a. D., 4. Aufl., § 6) —, daß sich der Begriff der Souveränität aus dem der seudalen Gebietsherricaft und ber aus ihr entspringenden Gerichtsgewalt entwidelt habe. Ich meine, der mit der italienischen Doftrin vertraute Beaumanoir will damit das ausdruden, was diese superior nennt, italienischen Doktrin vertraute Beaumanoir will damit das ausdrücken, was diese superior nennt, eine nicht auf den Willen der Untergebenen zurückgehende Herrschaft. Die italienische Korporationsslehre stellte dem superior als dem rector perpetuus den inserior als den rector temporalis gegenüber. Zehterer ist nur minister, nicht dominus (vgl. Gierke S. 481 mit 570). Hiefür sprück auch der Ümstand, daß die wörtliche Bedeutung von superanus und superior die gleiche ist. Ueberbies bestätigt die Stelle selbst diese Auffassung, indem sie ersehen läßt, daß Beaumanoir auch den Herzog und den Grasen, also Obrigkeiten, die nach historischem Ursprung ihre Gewalt nicht auf eine grundherrliche, sondern auf eine amtshoheitliche Stellung gründen, zu den Souveränen rechnet. B. sagt: um zu vermeiden, daß man meine, er verstehe in seinem Buche unter sovrain schlechtsin den König, welche Meinung dadurch entstehen könne, daß er weder vom Herzog noch vom Eassen rede, bemerke er, daß er darunter jeden Baron verstehe: porce que noz parlons en cest livre en plusors liex du sovrain et de ce qu'il pot et doit fere. li aucun pourroient entendre, porce reve, demetre et, dag et datunter jeden Baron verjiehe: porce que noz parions en cest livre en plusors liex du sovrain et de ce qu'il pot et doit fere, li aucun pourroient entendre, porce que noz ne nommons ne duc ne conte, que ce fust du roy, mais en toz les liex que le rois n'est pas nommés, nos entendons de cix que tiennent en baronnie. Im übrigen ergiebt diese Stelle noch — auch das ist wichtig hervorzuheben —, daß man in Frankreich unter sovrain schlechthin den König verstand. Daß mit der Souveränität ebenso wie mit der superioritas Unterordnung unter eine höhere Gewalt vereinbar ist, zeigt dann noch der weitere Saß Beaumanvirs, es sei fei feiner so groß unter dem König, daß er nicht vor des Königs Gericht gezogen werden könnte (et si n'i a nul si grant desous li qui ne puist estre trais en se cort par defaute de droit ou par faus jugement).

³⁾ Mitteis S. 85 ff. u. 114 ff.
4) Bgl. Gierke S. 201, 360, 640, N. 339.
5) Ebenda S. 357 mit 199 u. 202, N. 40.
6) Ebenda S. 357 ff., 381, 452; z. B. das Enteignungsrecht (j. hierüber noch Georg Meyer, Das Recht der Expropriation 158 k. S. 133) und dann das Recht der majestas im Sinne des crimen laesae majestatis (vgl. Anitschih S. 50).

größeren Gemeinwesen, die regna, nach gleichen Normen zu behandeln, fie insbesondere civitates zu nennen und, soweit sie die superioritas des Imperiums nicht anerkannten, unter die civitates superiorem non recognoscentes einzureihen. Insbesondere geschah bies seitens der frangosischen Juristen 1). Der Abschluß ber Entwicklung ift bann ber, daß man jede civitas non recognoscens superiorem, aber auch nur diese, eine wirkliche res publica im Sinne des römischen Staatsrechts nennt 2). Damit ist ausgesprochen, daß jum Wesen bes Staates Unabhängigkeit nach außen, ein populus liber gehört. Gine nähere Erklärung des rechtlichen Wefens diefer Unabhängigkeit gab die romanistischfanonistische Dottrin noch nicht und ebensowenig zog sie baraus besondere allgemein= staatsrechtliche Konsequenzen. Letteres ist erft in der Folgezeit, ersteres zwar jett schon von ber positiven Staatsrechtswissenschaft in der Person des Aeneas Sylvius, aber lediglich für das Imperium geschehen, wovon wir weiter unten handeln werden.

Es liegt auf der Sand, daß erft mit der Anerkennung von felbständigen Staaten innerhalb des einen Menschheitsverbandes dieser Unabhängigkeitsbegriff, dieser äußere ober völkerrechtliche Souveranitätsbegriff, wie wir heute fagen murben, entstehen konnte. Solange man im Menscheitsverbande nur einen großen Ginheitsftaat erblickte, fehlte bie Bergleichungsmöglichkeit. Der Begriff ber Unabhängigkeit ift aber ein Berhältnisbegriff 3).

Eines ist noch zu beachten: nicht als Merkmal ber Staatsgewalt, sondern als solches des Staates ist diese Unabhängigkeit erkannt, ein weiterer Beweiß dafür, daß die Vorftellung einer einheitlichen Staatsgewalt noch fehlt.

Wie die eben erörterte Lehre, so ist auch der Fortschritt in der Lehre von den Staatsformen, wie derfelbe in der naheren Bestimmung des Begriffes Tyrannis Bu Tage tritt, ein Berdienst ber romanistisch-kanonistischen Rechtsschule. Bährend bie übrigen Schriftsteller, welche von ben Staatsformen handeln, im gangen schlechthin jener oben 4) erwähnten, angeblich aristotelischen Sechsteilung folgen, also ben Thrannen ausschließlich als den Alleinherrscher definieren, welcher die Regierung in selbstjuchtigem Interesse führt 5), unterscheidet Balbus in seinem tractatus de tyrannia tyranni quoad exercitium und absque titulo. Der Sache nach begegnet uns dieser Unterschied schon bei Aristoteles 6). Det Fortschritt liegt in ber scharfen Formulierung. Daß es gerade die Lehre von der Thrannis ist, welche seitens der mittelalterlichen Staatslehre weitere Alärung findet, erklärt sich aber aus ber schon früher?) hervorgehobenen, die communis opinio des Mittelalters bildenden Anschauung, daß der sich nicht in den Dienst des driftlichen Glaubens ftellende Gerrscher ein selbstsüchtiger Gerrscher, ein Tyrann sei: eine Lehre, welche die furialistische Doktrin auf jeden Herrscher ausdehnt, der

S. 358, R. 14, mitgeteilte vierfache Bebeutung von res publica, welche Bartolus unterscheibet. Dazu die von Gierke § 13, R. 17 und S. 653, R. 16 aufgeführten Gemährsmänner.

Dazu die von Gierke § 13, N. 17 und S. 653, N. 16 aufgeführten Gewährsmänner.

1) Belege bei Gierke S. 639, N. 337. Dazu die gegnerische Darstellung von Bebenburg Kap. 7, 8, 9, 11 und Aeneas Splvins Kap. 11 u. 12.

2) Siehe oben S. 192, N. 3. Wenn man dabei hervorhob (vgl. Gierke § 9, N. 114, § 11, N. 33), es sei gleichgiltig, ob diese Unabhängigkeit auch eine rechtliche ober nur eine thatsächliche sei, will sagen, ob dieselbe die Anerkennung seitens des disherigen superior gesunden habe oder usurpiert sei (5. Gierke § 7, N. 37 u. 41), so war das nur ein noch ungelenker Ausdruck für den heute zwar von der Theorie noch bestrittenen, dem praktischen Bölkerrecht aber doch wohl angehörenden Sah, daß es zur Entstehung der Rechtssubsektivität eines Staates im Völkerrecht einer Uneerkennung seitens anderer Staaten nicht bedürfe, d. h. im Völkerrecht Rechtsverlehungen sür den Unrecht Thuenden auch vorteilhaste Wirkungen zu haben vermöchten.

3) Ral. Rosin a. a. O. S. 268.

³⁾ BgI. Rofin a. a. D. S. 268.
5) Oben S. 188 bei N. 8.
4) BgI. z. B. Marfilius I, 8: tyrannis . . . est principatus vitiatus in quo dominans est unicus ad conferens proprium praeter voluntatem subditorum; fevner Occam, dial. III, tr. 1, lib. 2, c. 6; Nif. v. Cues III procem. S. 604.

⁶⁾ Siehe oben S. 124.

⁷⁾ Siehe S. 165 N. 7, S. 168 N. 1 und S. 184 N. 5.

bem Papfttum Widerstand leiftet, also auch auf ben Raiser, ber ohne papstliche Bestäti= gung das Imperium führt 1).

Alles in Allem genommen, bekunden die letten drei Jahrhunderte des Mittelalters ansehnliche Fortschritte der staatsrechtlichen Theorie. Was ihr noch fehlte, d. h. zur wissen= schaftlichen Erfaffung ber ftaatlichen Erscheinungen jener Zeit noch unbedingt erforderlich war2), das war einmal die Erkenntnis eines einheitlichen zum rechtlichen Wesen des Staates aehörenden Gerrichaftsbegriffes, bann die Unterscheidung von Verfassungs= und Regierungs= form in Zusammenhang mit ber rechtlichen Konftruktion ber beschränkten Monarchie und endlich die Erkenntnis der rechtlichen Möglichkeit eines aus mehreren Staaten zusammen= gesetzten Staates. Die Gründe, warum die erstgenannte Erkenntnis fehlte, sind schon weiter oben 3) verfolgt. Der Mangel ber zweiten Erkenntnis führte gunächst auf die neben der Theorie von der Volksstaatsgewalt noch mächtig fortwirkende, insbesondere von ben angesehensten Postglossatoren festgehaltene Auffassung ber Stellung bes Monarchen als eines dominus populi zurüd; außerdem aber barauf, daß die ganze Frage nach bem Rechtsgrund des Imperiums nur durch das Verhältnis des Raisers zum Papfttum veranlaßt war. Man beschäftigte sich bemgemäß prinzipiell mit dem Rechte des inneren Reichsorganismus nicht weiter, als es zur Klarlegung dieses Verhältnisses nötig schien 4). Nur gelegentlich griff man darüber hinaus 5), was zur Folge hatte, daß die Erklärungs= versuche nur halbe, unbefriedigende Arbeit leisteten 6). Der Mangel der Erkenntnis der

¹⁾ Bgl. über diese Lehre, welche in der Theorie von der Erlandtheit des Tyrannenmordes gipfelte, Gierte § 11, R. 130; über bie Lehre von Balbus und ihre Fortbilbung burch bie später

gtpfette, Sterre z II, K. 130; noer die Sehre von Salvin ind thre Hottstung vord die patiet zu berückfichtigenden Monarchomachen Treumann S. 46—48.

2) Weniger nötig die S. 187 bei N. 1 genannte Lehre.

3) S. 187 bei N. 5.

4) So fehlt z. B. eine eingehendere Erklärung des Charafters des deutschen oder des Weltzreiches als Lehensmonarchie. Nur die einzelnen Regalien wurden im Lehenrecht näher erörtert. Sonst kommt die seudale Grundlage des Reiches nur in gelegentlich gebrauchten Wendungen zum Ausdruck (vgl. oben S. 183 N. 7 und Sierke z II, N. 342 mit z 7, N. 33).

5) So bezüglich des Charafters des Reiches als einer beschränkten Monarchie.

6) So wurde das Wesen der beschränkten Monarchie in der Hauptsche damit abgethan, daß wan derzult den nam Altertum übernammenen Beseriss der gemischen Kerkasiung annandte (f. ins.

man darauf den vom Altertum übernommenen Begriff der genischten Berfassung anwandte (s. insbesondere Engelbert, de reg. I, 14; weitere Belege bei Gierke F 11, N. 320 u. 165 und oben
S. 179, N. 6), ohne zu beachten, daß derselbe in der antiken Lehre von Haus aus im politischen, nicht im rechtlichen Sinne verstanden war. Die Erkenntnis des rechtlichen Unterschiedes von Versassungs- und Regierungssorm war dadurch von vorneherein erschwert. Insolge des Mangels dieser Erkenntnis mußten daher auch alle Erklärungsversuche, die von dem Grundgedonken der Volkssondernatikatslehre aus unternommen wurden, fich als ungureichend erweisen. Die Theorie des nifolaus von Cufa, aus unternommen wurden, sich als unzureichend erweisen. Die Theorie des Nifolaus von Cusa, daß auch die vom princeps erlassenen Sesetze ihre verpstichtende Krast erst und allein durch den consensus populi erhalten (s. o. S. 186, N. 6 u. 7), verlegt den Schwerpunkt von dem nach positivem Recht in erster Linie an der Gesetzegebung Beteiligten auf das Organ, das positivrechtlich nur Gehilfe ist. Sine andere, insbesondere von Bebenburg (kap. 14, S. 396; dazu Gierke S. 576 und Althusius S. 123) vertretene Theorie erkannte, daße es sich bei der Thätigkeit des Reichstags nur um eine Mitwirkung handle, und erklärte dieselbe mit der Behauptung, es sei ein Saz der aequitas und ratio naturalis, daß, wenn einer Mehrheit durch eine Handlung ein Nachteil zugestigt werde, diese Handlung ihrer Genehmigung bedürse. Demgemäß habe der Kaiser zu allen Akten, welche die im imperium enthaltenen Rechte zu schätzeng geeignet seien, die Austimmung der Kürsten und des Volkes einzuhosen, da diese Kechte der Fürsten und des Volkes seinzuhosen, da diese Kechte der Fürsten und des Volkes seinzuhosen, da diese Kechte der Fürsten und des Volkes seinzuhosen durch und endere Sandlungen, als solche welche den jura imperii drä-Theorie war unzulänglich, weil auch andere Handlungen, als solche, welche den jura imperii prä-judizierten, der Mitwirkung des Reichstags bedurften. Man sah dies, wußte es aber nicht anders zu erklären, als damit, daß es fich in diesen Fällen nur um eine freiwillig eingeholte Zustimmung zu erklären, als damit, daß es sich in diesen Fällen nur um eine freiwillig eingeholte Justimmung der Stände handle (siehe Gierke S. 577 und Althusius S. 124). Sine dritte, ebenfalls besonders dei Bebenburg (Kap. 17, S. 406, Kap. 11, S. 385 und dazu Sierke S. 578 u. 579) zu sindende Begründung gieng dahin, durch die Uebertragung aller Gewalten auf den Kaiser seien nur alle inferiores, nicht aber das Volk, qui maior est principe, von der Reichsgewalt ausgeschlossen; dasselbe habe vielmehr noch ein Gesetzgebungsrecht neben und über dem Kaiser. Diese Theorie erklärt wohl eine Gesetzgebungsbesugnis des Volkes, nicht aber, warum der Kaiser bei seiner Gesetzgebungsthätigkeit an die Mitwirkung der Stände gebunden ist; zumal, da diese fortbestehende Gesetzgebungszuständigkeit des Volkes als vorwiegend nur in absentia principis und vacante imperio in Thätigkeit tretend angesehen wurde. Diese Unzulänglichkeit der Versuch, das stäns

Möglichkeit und der Konstruktion eines zusammengesetten Staates erklärt sich zum Teil aus bem gleichen Grunde, wie ber eben erwähnte Mangel, außerbem aber aus ben lebenrechtlichen Vorstellungen, in welchen man lebte. Nahm man den Fortbestand des Charakters des Imperiums als eines Weltreiches, also die Unterordnung der abendländischen Königreiche unter dasselbe an, so vermochte man sich dieselbe nicht anders als in der privatrechtlichen Weise bes Lehensverhältnisses b. h. nur so vorzustellen, daß biese Rönige lediglich fremde Rechte ausübten. Damit war aber nichts anderes vereinbar als die Borftellung, daß die betreffenden Länder nicht Staaten, sondern nur Provinzen des Einheitsstaates des großen Imperiums seien.

Aus all dem Angeführten erhellt: sollten die Lücken, welche die mittelalterliche Staatsrechtslehre in grundlegenden Fragen bes positiven Staatsrechts zeigte, ausgefüllt werden, so war dies nur möglich, wenn das innere Berhältnis der kleineren politi= schen Gebilde, der nationalen und der territorialen Monarchie, des Näheren untersucht wurde. Die Verfassungen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Spaniens mußten an Stelle berjenigen des Weltreiches in die erste Reihe der Untersuchungsobjekte treten. Dies geschah: in ber Geschichte ber Staatsrechtswissenschaft gleichbebeutend mit bem Uebergange aus dem Mittelalter in die Reuzeit.

Dem Abschluß unserer Darftellung ber inhaltlichen Entwicklung ber Staatsrechtslehre im Mittelalter ift noch ein Wort über die wiffenschaftliche Methode diefes Zeit= raums anzufügen. In dieser Beziehung unterscheibet fich die Staatsrechtslehre nun in feiner Beise von der allgemeinen Richtung der Wissenschaft. Ihre Methode ift die breitspurige, mit Zitaten überladene, in ein festes Beweisschema gebundene, die Begriffs= und Wortspalterei bis zum Aeußersten treibende Art der Scholaftit; dies auch, soweit fie in der Hand von Juristen liegt. Anappere, freiere, durch Litteraturangaben nicht all= zusehr beschwerte Darstellungen — die Anzeichen bes nahenden Humanismus — bilden die Ausnahme. Bebenburg, Marsilius, Occam und Andlau, der eine mehr in biefen, ber andere mehr in jenen Bunkten, find bie hervorragenoften Bertreter ber ersteren Art; die Ausnahmen find burch die Werke von Rikolaus von Cufa und Aeneas Sylvius repräsentiert.

Das in formeller hinsicht wissenschaftlich am weitesten fortgeschrittene Werk politischstaatsrechtlichen Inhalts ist der Raiser Friedrich III. gewidmete libellus de ortu et autoritate Imperii von Aeneas Shlvius 1). Wir glauben dies nicht besser beweisen zu können, als dadurch, daß wir den Inhalt dieses Werkes, soweit er staatsrechtlicher Natur ift, kurz wiedergeben. Es kann dies, ohne die Proportion unserer Darftellung zu über= schreiten, um fo eher geschehen, als uns damit zugleich Gelegenheit geboten wird, noch in zwei anderen Richtungen unsere Kenntnis zu erweitern. Ginmal lernen wir baburch die Haupteigentumlichkeiten des mittelalterlichen Geiftes kennen, unter deren Ginfluß auch Aeneas Sylvius noch fteht: die aus religiös-ethischen, philosophischen und positiv-rechtlichen Momenten kunterbunt zusammengesetzte Begründungsweise und den zum Teil ja aus der Dürftigkeit des positiven Wissens erklärlichen Mangel an historischem Sinn. Dann aber werden wir dadurch auch in die Lage versetzt, zum erstenmale die Lehre von Wesen und Inhalt der Souveränität im modernen Sinne des Wortes?), also die Lehre zu berühren, die noch heute im Mittelpunkt des ganzen staatsrechtswissenschaftlichen

difche Pringip rechtlich zu lösen, schließt nicht aus, anzuerkennen, daß die politischen Ausführungen ber mittelakterlichen Staatslehre über bas Reprafentativsuftem zu ben bedeutenoften Leiftungen berselben gehören. Ueber die diesbezüglichen Theorien von Marsilius von Padua und Nikolaus von Cues v. Bezold S. 345, 346, 357 und Gierke, S. 602 und Althusius S. 213 st.

1) Bgl. hiezu oben S. 182, R. 5 u. 6.

²⁾ Ueber die Bedeutung im mittelalterlichen Sinne f. o. S. 193, R. 2.

Interesses steht. Während die bislang genannten Schriftsteller sich inftematisch in ber Sauptsache lediglich mit ber Frage nach dem Träger und nach dem Erwerb des Simperiums beschäftigt haben, ift es Aeneas Sylvius, der zum erstenmale auch Wesen und Inhalt des Imperiums dogmatisch zusammenfaßt. Indem er dies in der Weise thut, daß er bas Saubtmerkmal bes Imperiums in bessen Eigenschaft, Die summa potestas zu sein, erblickt und diesen Begriff nach seinen rechtlichen Ronsequenzen wenigstens teilweise erörtert, hat er der Sache nach die erste Lehre vom Wesen und Inhalt der Souveränität gegeben. So nimmt Aeneas Sylvius auch in Richtung auf die inhaltliche Fortentwicklung ber Staatsrechtstheorie einen bevorzugten Plat ein. Daß er in feinen Ausführungen eine Reihe ichon bor ihm geäußerter Gedanken verwendet 1), vermag diefes Berdienft nicht zu schmälern. Auf der anderen Seite gibt uns aber biefe bevorzugte Stellung des Aleneas Sylvius in der Geschichte der Staatsrechtslehre die Veranlassung, nicht blos bie inhaltlichen Borzüge, sondern auch die inhaltlichen Mängel seiner Ausführungen herauszustellen, dies, um im Späteren konstatieren zu können, worin die Fortschritte der in der Folgezeit uns entgegentretenden Souveranitätslehren liegen. Gleich hier sei noch erwähnt, daß die Lehre von Aeneas Sylvius außer Zusammenhang mit iener Lehre der Legisten= und Kanonistenschule steht, welche die Unabhängigkeit nach oben für ein wesentliches Moment des Staatsbegriffes erklärt. Aeneas Sylvius beschäftigt sich nicht mit bem Staat ichlechthin, sondern nur mit der "autoritas Imperii", mit dem Wesen und Inhalt der kaiserlichen Weltherrschaft.

Die Lehre des Aeneas Sylvius ist - möglichst mit den Worten und in der Gebankenfolge bes Berfassers wiedergegeben - Diese. Die Erkenntnis, baf ber Mensch bem Menschen zu einem guten Leben am meisten zu nüten vermöge, in welcher Erkenntnis Ueneas den Ginfluß der natürlichen Vernunft, des Willens Gottes fieht, hat die Menschen, die bisher gesondert in Wäldern lebten, dahin geführt, eine civilis vita zu beginnen, societates zu errichten. Allein die Mutter allen Streites, die Selbstsucht, ließ bas jus societatis nicht lange unverlegt. Die Stärkeren bedrängten bie ichmächere Menge, so daß diese beschloß, eine regia potestas einzusehen (constituere)2). Das Volk, der populus, war dabei durch kein Gesetz gebunden; die Entscheidungen des princeps hatten Gesetzeskraft. Das Vorhandensein sehr vieler regna führte nun aber zu fortgesetzten Streitigfeiten. Rein Staat vermochte ben anderen zu verklagen, ba keiner unter bem anderen stehen wollte. Nur das Schwert, der Krieg entschied. Ein friedlicher Berkehr in der societas humana war verhindert. Auch hier half wieder die gütige Vorsehung ber menschlichen Natur, das Göttliche im Menschen (nam rationis participem illum [sc. hominem] Deus creavit). Un Stelle einer multitudo summarum potestatum3), einer pluralitas principum 4) trat beschlußmäßig 5) unus principatus, unus supremus princeps 6); nec enim aliter pax universalis haberi poterat. So "entstand das Imperium Romanum, wie wir es heute nennen; Monarchia, wie es die Griechen nannten" 7),

¹⁾ Man vergleiche in dieser Beziehung Occam, quaest. I und dial. III, tract. 2 (de juribus Imperii) l. 1 c. 1 und aus der Theorie Bebenburgs oben S. 183, N. 8 u. 9. Ein Hautvorsläufer des Aeneas Sylvius ift aber Marsilius von Padua. Derselbe giebt eine Definition der plenitudo potestatis des Pahstes. Diese ist ihrem rechtlichen Wesen nach ebenfalls eine summa potestas. Die Definition lautet: autoritas universalis et suprema jurisdictio sive principatus coactivus omnium principum, populorum et temporalium rerum (II, 25), bezw. suprema jurisdictio coactiva super omnes mundi principatus, populos, communitates, collegia et singulares personas II, 23. Ueber Anwendung des Begriffes plenitudo potestatis durch die italienische Jurisprudenz Gierke, Althusius S. 292, N. 69.

²⁾ S. o. S. 186, N. 8.

³⁾ Rap. 12.

⁵⁾ Rap. 4: placuit.

⁷⁾ Rap. 4.

⁴⁾ Rap. 4.

⁶⁾ Rap. 4 u. 12.

das erste Imperium, welches den ganzen Erdkreis sich unterwarf, denn Assprern, Medern und Berfern, Alexander dem Großen, und den Karthagern waren nur Teile besielben unterthan. Rom war anfangs von Königen regiert, die omnis potestas hatten. Dann wurde durch lex die Ausübung des summum jus den Konsuln übertragen, ohne daß benfelben jedoch ein Recht über Leben und Tod ber Bürger jugekommen ober eine Brovokation von ihnen an das Bolk ausgeschloffen gewesen wäre. Infolge der Bürgerkriege wechselte das Regiment oft. Dezembirn, Tribunen, Konsuln und urgente necessitate Diktatoren, das find Magistrate mit höherer, d. h. an die Beschränkungen der Konsuln nicht gebundener 1), aber doch zeitlich beschränkter Gewalt, lösen sich nacheinander ab. Paulatim natura ad id quod optimum erat iter parabat. Do meder Bolf noch Senat noch die Beamten Stadt und Provinzen ordentlich genug zu verwalten vermochten. tam das Regiment an Einen. Es wurde ein Princeps eingesetzt, der erfte Cafar, dem das Recht gegeben war, ut ratum esset, quidquid ab eo constitueretur. Durch ihn wurde dann das Regiment perpetuo ad imperatores "transferiert" 2). Der äußere Rechtstitel der Herrschaft des Princeps und der Imperatoren ist, von Natur, Gott und Chriftus abgesehen, der consensus populi3), d. i. des römischen Stadtvolles, zu Tage tretend in der lex regia, durch welche das genus Romanorum omne suum Imperium ac potestatem an den Princeps "konferierte"; der innere Grund derselben liegt darin, baß bas regimen monarchicum Gerechtigkeit und Frieden in höherem Grade verburgt, als das regimen populare oder aristocraticum. Berwaltet wurde das regimen monarchicum eine Zeit lang von ben Italienern, Spaniern, Afiern und Dalmatiern. Auch an die Griechen kam es und blieb lange in Konftantinopel. Erworben wurde die Kaiserwürde im Einzelfall nunc senatus nunc militari favore nunc principis ordinatione. Da die Byzantiner Rom vernachlässigten, es bald dem Raub der Barbaren bald der Plünderung Anderer überließen, huldigte das römische Bolt, qui suo sanguine tantum pararat Imperium, qui suis virtutibus monarchiam fundaverat orbis, bem bie Stobt von feindlichem Einfall befreienden Rarl dem Großen, dem Rönig der Franken, der Nationalität nach einem Deutschen, zuerft als Patrizius, bann unter Zuftimmung bes Papstes als Augustus Casar. So erfolgte die "translatio" Imperii auf die Deutschen; so hat jett jeder durch gesehmäßige Wahl berufene Raifer die "autoritas Imperii" 4), deren Inhalt nun im zweiten Teile 5) dargestellt wird.

Alle Bölker, Fürsten und Städte sind dem summus princeps den unterworsen, denn er ist der dominus mundi 7). Exemtionen hievon sind nicht möglich, denn einmal hat der Princeps den Ramen Augustus nicht empfangen, um die kaiserliche Gewalt zu mindern — und das wäre der Fall, wenn ein König vollkommen frei von Unterordnung unter den Kaiser würde, denn im Lause der Zeit könnte er nicht blos dem Kaiser gleich, sondern noch über werden —; außerdem wäre der Weltsrieden gefährdet, wenn kein gemeinsamer Oberrichter mehr vorhanden sein würde; und selbst wenn das Verdienst Einzelner ein solches Privileg gutheißen möchte, major est utilitas publica quam privata 8). Das sub Imperio esse bedeute aber, daß der Prinzeps gegenüber den übrigen Regenten das Recht der Korrektion habe, wenn sie zu Thrannen werden, serner das Kecht zur Entscheidung ihrer Streitigkeiten und zu Besehlen pro salute communi; desgleichen die Bes

¹⁾ Magistratus maioris potestatis; dazu oben S. 152 bei N. 11.

³⁾ Rap. 8: haec summa Romani principis autoritas, quam communis utilitas desideravit, natura invenit, Deus dedit, Filius confirmavit, consensus hominum approbavit.
4) Rap. 23, 24, 8.
5) Bon Rap. 10 ab.

⁴⁾ Kap. 23, 24, 8. 5) Bon Kap. 6) Kap. 8 u. 21. 7) Kap. 10.

⁸⁾ Rap. 11-13, fiehe dazu icon oben S. 189, N. 1.

fugnis, fie jum Rriege ju rufen und Steuern, hilfstruppen, Durchzugsrecht und Gaftung von ihnen zu verlangen, kurzum den Gehorsam zu fordern, welchen fie von ihren Unterthanen erwarten 1). Des weiteren liege in der kaiserlichen Gewalt die Macht, Privilegien zu wiberrufen, nach bem allgemeinen Grundfat: sicut maius bonum minori praeponitur, ita communis utilitas speciali praefertur. Dies könne aber immer nur ex rationabili causa geschehen; benn alle Gewalt sei von Gott, wie ber Apostel sagt, in aedificationem, non destructionem gegeben 2). Ferner sei der Raiser unverantwortlich; ein= mal, weil niemand da sei, qui de suis factis temporalibus possit cognoscere3); und bann sei zu bedenken, daß ber König nur mit Erlaubnis Gottes handle, Gott aber wegen ber Sünden der Unterthanen zulasse, daß auch das Leben der Regenten bepraviert werbe: bei Gott fei manchmal etwas gerecht, was ben Menschen ungerecht scheine 4). Dann hat der Raiser das Recht, das Bermögen der Unterthanen zu enteignen und zu vernichten 5), wenn es das Staatsmohl forbert; benn minus est privatos viros luere quam rempublicam pessumdari. Jedoch fei benjenigen Leuten, die fo des Staates wegen besonderen Nachteil erleiben, Entschäbigung aus bem öffentlichen Bermögen zu gewähren. Uebrigens gelte ber Sak rem publicam ab omnibus privatae rei utilitatique praeponendam que für ben Fürsten. Derselbe habe, wenn es bas Gemeinwohl fordere, fogar sein Leben für ben Staat zu opfern, wie es bei ben Athenern Robros, bei ben Lakebämoniern Leonibas gethan hätten. Ein weiteres, ausschließliches Recht bes Raisers sei die Schaffung, Ausbebung und Auslegung der Gesetz; denn, nachdem ihm seitens des römischen Volkes tota potestas übertragen fei, habe, was ihm beliebe, die Araft von Gefegen, wenn es auch des Könias würdig fei, daß er nach den Gesetzen entscheide, und es ihm wohl anstehe und die aequitas, die Epikie⁶), sogar von ihm fordere, daß er nicht sine magna et urgenti causa von seinem Rechte, die Gesetze zu ändern, Gebrauch mache. Letzteres mache ihn noch nicht zum Unterthan ber Gesetze, benn er fei ja "von ihnen entbunden" 7). Ferner tonne und durfe es von der Entscheidung des Raisers keine Provokation geben. Das erfte nicht, weil der Raifer in weltlichen Sachen keinen Höheren (superiorem) über fich habe; bas andere nicht, weil es unerlaubt sei, a legibus appellare, das Urtheil des Raisers aber vim legis habe. Zudem mache sich, wer eine folche Provokation von dem Raiser an Raifer und Reich versuche, in boppelter Hinsicht eines crimen laesae majestatis schulbig, benn er behaupte, daß es noch eine höhere Inftang über bem Raifer gebe, welcher boch allen Fürsten übergeordnet sei, und er werfe bem Unbilligkeit vor, ben wir immer für billig und gerecht halten muffen. Und felbft, wenn zuzugeben fei, bag manchmal vom Raiserthron ein unbilliges und ungerechtes Urteil ergehe, so sei es doch, abgesehen bavon, bağ es an einer höheren Inftang fehle8), jum 3mede ber Ausrottung von Streitigkeiten für den Staat nüglicher, wenn wenigen ungerecht Bedrückten das beneficium appellationis verfagt werbe, als daß vielen calumniantes, die gerechterweise bestraft feien, die Beschwerbethur offen ftebe, ba es nur febr felten vorkomme, bag jemand fich fur gerecht verurteilt halte, und man immer das kleinere Uebel ertragen musse, um das größere zu vermeiden;

3) Es gibt ihm gegenüber nur eine via supplicationis. 4) Kap. 16.

6) Ueber bie Bebeutung biefer im Mittelalter Gierte, Althufius G. 142, R. 58 und 268, N. 9. 7) Rap. 19-21.

¹⁾ Rap. 14. 2) Rap. 15.

⁵⁾ Nicht blos dem nichtswürdigen, sondern auch dem braven, um den Staat verdienten Manne darf er proprium agrum, proprias domus propriasque possessiones aufferre, si rei publicae necessitas expostulat. Es können Landgüter, die bei Kriegsgefahr dem Staat von Nachteil sind, in Brand geseht, Aecker und Weinberge verwüstet, es kann Getreide aus den Privatscheunen und Geld aus den Privatkassen zu öffentlichem Nuten verwendet werden.

⁸⁾ Cum nemo sit judex, qui temporalia Caesaris facta valeat examinare.

nempe ubi semper licitum est appellare ibi quoque lites sine fine reperiuntur. Sit (tandem) finis litium, caput inter principes, sit qui temporalia terminet 1).

Borftehende Ueberficht zeigt nun mit aller Deutlichfeit, daß das rechtlich auszeich= nende Moment der autoritas imperii2) oder, wie sie - was wegen einer späteren Lehre zu bemerken wichtig ist - noch genannt wird, ber majestas imperialis?) für Aeneas Shlvius in ihrer Eigenschaft als summum imperium, als summa ober suprema potestas 4) liegt. Wenn Ueneas Sylvius auch nicht alle aufgezählten kaiferlichen Rechte unmittelbar auf diese Eigenschaft zurücksührt - eigentlich werden nur die irdische Unverantwortlichkeit und die Unmöglichkeit einer Appellation gegen kaiserliche Urteile un= mittelbar daraus abgeleitet 5) —, so zeigt doch das Schlußkapitel, daß er in dieser summa potestas die mittelbare Quelle aller dieser Besugnisse sieht. Dasselbe beginnt mit den Morten: haec tibi, dive Caesar Friderice, de tua sufficiat suprema potestate breviter et succincte scripsisse, ex quibus percipere potes, quanta sit tui solii quamque admirabilis autoritas, cum nemo tibi in temporalibus praesit et in omnes praecellas, und in Anschluß hieran werden nun alle die einzelnen Rechte rekapituliert. Ferner lautet die Ueberschrift dieses Rapitels: summatim neminem redus in omnibus temporalibus esse Imperatore superiorem post Deum⁶). So erscheint diese summa potestas als der Zentralbegriff des weltlichen Staatsrechtes. Der Kaiser hat summa, die Könige und Fürsten haben nur "magna"7) potestas. Zu konstatieren ist weiter, bag Ueneas Sylvius diese kaiserliche Gewalt nur dann als vorhanden annimmt, wenn sie dauernd legibus soluta ift's), und daß er in berselben nicht ein eigenes Recht bes Raisers, sondern ein solches des Reiches als einer selbständigen Personlichkeit erblickt, das dem Kaifer nur zur Ausübung zusteht 9).

Was dann die weitere, für die heutige Staatslehre wichtige Frage angeht, ob Aeneas Sylvius aus dem Begriff der summa potestas die Konsequenzen der Unbeschränkbar= feit, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit ber Reichsgewalt giebt, fo ift zu bemerken, daß er eine Unbeschränkbarkeit berselben ber Sache und bem Ramen nach, eine Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit derselben nur der Sache nach kennt und lediglich die erstgenannte, nicht die beiden anderen Eigenschaften aus dem Begriffe der summa potestas ableitet. Um von letzterem querft zu fprechen, fo kommt die Behauptung der Unteilbarkeit

¹⁾ Rap. 22 u. 23.

²⁾ Rap. 6: potestas imperii.

³⁾ Kap. 52, 6, 14.
4) Kap. 8, 3, 9, 21, 23, 24; auch fastigium majestatis und dignitatis (Kap. 3 u. 2).
5) Seine Gesetzgebungsgewalt wird auf die Thatsache der Uebertragung der tota potestas seitens des römischen Bolkes (Kap. 19), daß er den Gesetzen nicht unterworfen ist, auf den positive der den Locker auf den Denschen ihm unterworfen sind, alle rechtlichen Satz von der solutio legibus (Kap. 20), daß alse Menschen tism unterworfen sind, alle Bölker, Fürsten und Städte ihre Temporalien von ihm haben, auf seine Eigenschaft als dominus mundi (Kap. 10 u. 15) gestützt. Daß ihm das Recht der Enteignung und der Zurücknahme von Privilegien zukomme, wird aus dem Borrang abgeleitet, welcher dem Gesamtwohl gegenüber dem Privatintereffe beiwohnt.

⁶⁾ Rap. 24. 7) Rap. 14.

⁸⁾ Es heißt in Kap. 20: non tamen asserendum est imperatorem legibus esse subjectum,

cum sit solutus (sc. legibus).

⁹⁾ Was letzteres anlangt, so wird der Kaiser zwar dominus mundi genannt (s. o. N. 5) und ihm ein dominium directum am Reiche zugesprochen (Kap. 13), allein dieses dominium ist nicht Eigentum, sondern Herrschaft, in welchem Sinne Aeneas Sylvius das Wort auch sonst (Kap. 14 i. f., 21), ja gerade auch in Verbindung mit mundus gebraucht (Kap. 23). Dazu kommt zu beachten, daß neben dem Satze, das Volk habe seine ganze Gewalt auf den Kaiser "transferiert", auch der anterer sieht, es habe ihm das Recht der Geletzgebung "concediert" (Kap. 19), und daß als das Verkschaft volk der Ausgewalt aus der Geletzgebung "kontediert" (Kap. 19), und daß als das Verkschaft volk Verkschaft volk das Rechtssubjekt, welches die Reichsgewalt von den Griechen auf die Deutschen überträgt, noch bas römische Bolk erscheint, trozdem dasselbe vorher schon alle Gewalt auf die römischen Imperatoren "transferiert" hat (Kap. 8 u. 9), endlich, daß der Princeps auch nur caput mystici Reipublicae corporis genannt wird (Rap. 18).

und Unveräußerlichkeit der Reichsgewalt bei Aenas Sylvius der praktischen Frage seiner Beit entsprechend in bem Sake zum Ausbruck, daß eine Befreiung von rechtlicher Unterordnung unter die Reichsgewalt rechtlich unzuläffig fei 1). Wie früher 2) hervorgehoben, wird biefer Sat von Aeneas Shlvius auf ben Begriff des Auguftus, ben Friedenszwedt bes Reiches und ben Borrang bes Gesamtwohls vor bem Privatwohl gurudgeführt. Sier find wir in ber Lage, noch bas positive Zeugnis von Aeneas Sylvius beizubringen, bag er nicht im geringften baran bachte, die rechtliche Unftatthaftigkeit einer Beräußerung und Teilung der Reichsgewalt aus ihrer Eigenschaft als summa potestas abzuleiten, ja, bag er sogar ber Meinung war, aus bem Begriff ber höchsten Gewalt folge an fich bas Gegenteil, die Möglichkeit, eine folde Befreiung von Unterordnung unter die Reichs= gewalt zu gewähren. Denn er schreibt an gegebener Stelle 3): si ab imperio talis manaverit exemtio, dicimus eam (et hoc casu) nullius esse momenti, nam etsi maxima sit atque amplissima Romani principis autoritas, eo tamen privatur Augustus, ut sui similem non possit efficere, quod certe faceret, si regem aliquem in omnibus liberum a se redderet et exemtum. Posset namque successu temporis tot eximere, ut nedum sibi parem sed etiam maiorem se inveniret, quod esse absurdum neminem fugit. Idcirco namque princeps Romanus Augusti nomen accepit, ut non minuere sed augere Imperii potestatem deberet.

Die Unbeschränkbarkeit der Reichsgewalt gilt für Aeneas Sylvius dagegen als ein felbstverftandlicher Ausfluß ihrer Eigenschaft als höchster Gewalt. Der Grund hiefür ift ihm, wie das auch heute noch oft geschieht, die Meinung, höchste und schrankenlose, "omnipotente" Gewalt seien identische Begriffe, nicht blos jede omnipotente Gewalt muffe höchste, sondern auch jede höchste Gewalt müsse omnipotent sein. Aeneas Sylvius schreibt, richtig trennend, dem Casar summa potestas und summa autoritatis plenitudo4) zu. Aber andererfeits fahrt er an ber oben 5) gitierten Stelle fort; nec propterea minor est eius autoritas, quia similem sibi non potest creare: sicut nec Deus desinit esse omnipotens, quamvis in Deitate non possit nisi unicus fore. Die Stelle zeigt, daß Aeneas Sylvius meint, es könnte jemand in dem Umstande, daß der Raifer kein volles Exemtionsprivileg zu erteilen vermag, eine Beschränkung ber kaiserlichen Allmacht erbliden und so zu der Unsicht gelangen, die Gerrichaft des Raisers sei nicht mehr höchste Berrichaft. Immerhin ergibt bie angeführte Stelle bas eigene Anerkenntnis von Aeneas Sylvius, daß die summa potestas des Kaisers keine völlig unbeschränkte ift. Es liegt in ihr eine unbewußte Anerkennung der Möglichkeit einer relativen summa potestas, einer summa potestas in beschränktem Wirkungskreise 6).

Wir haben bes weiteren noch die Besonderheit zu besprechen, daß Aeneas Sylvius,

¹⁾ Nebenbei bemerkt, entgeht dem Verfasser nicht, daß die Thatsachen mit dieser seiner Lehre nicht in Einklang stehen; denn er sagt, er schreibe über die Frage, obwohl es an sich besser sie frechen Behauptung (protervitas) einer solchen Freiheit armis quam legibus entgegenzutreten.
2) Oben S. 189, N. 1.
3) Kap. 11.

⁴⁾ Er überträgt also den für Papst gebrauchten Ausdruck plenitudo potestatis (dazu Gierke, Althusius S. 140) auf den Kaiser. Dies thaten schon viele vor ihm; z. B. gebraucht Bebenburg öfter für summa potestas plena (S. 361, 369) oder plenaria (S. 359) potestas; ferner oben S. 197, N. 1.

^{5. 197,} N. 1.

5) N. 3.

6) Abgesehen bavon ergibt sich diese Beschränktheit der kaiserlichen Gewalt daraus, daß Aeneas Sylvius die summa potestas desselben nur auf die temporalia bezieht, die summa potestas in Spiritualien dagegen dem Papst zuerkennt (Kap. 10), serner diesen in geistlichen Dingen zum Richter über den Kaiser bestellt (aus Kap. 16, 22, 23 indirekt folgend) und dem Papst endlich sogar im Patrimonium Petri nicht blos die autoritas summi pontisiois, sondern auch die potestas summi principis zuspricht (Kap. 7). Alse diese Beschränktungen der kaiserlichen Gewalt sind für Aeneas Sylvius so selbstverständlich, daß er sie gar nicht als solche erkennt. Die Omnipotenz des Kaisers besteht für ihn von vorneherein nur innerhalb dieser Grenzen.

modern ausgebrückt, der Meinung ift, die Ausübung der summa potestas könne inner= halb bes Imperiums nur einem Organe gufteben, nicht unter mehrere geteilt fein, ja fast, daß dies eine Organ nur ein monarchisch versagtes zu sein vermöge. Der Beweis hiefür ist Aeneas Shlvius nicht geglückt. Der Fehler ber Beweisführung liegt hinsichtlich der ersten Behauptung in dem auch sonst 1) zu bemerkenden Mangel einer klaren Unterscheidung von höchster Gewalt im Sinne einer Eigenschaft des Reiches und von höchster Gewalt im Sinne einer Eigenschaft bes Raifers als Reichsorgans2). Der Beweis für die zweite Behauptung ist nicht erbracht, weil die Beweisführung nicht rechtlichen, sondern politischen Charakters ift. Der Verfasser verwendet ein politisches und an sich auch von ihm politisch gemeintes Beweismittel, wie wenn es ein rechtliches wäre.

Die beiben genannten Säte ftehen bei Aeneas Shlvius in bemfelben Ausammenhang. Sie sollen die Richtigkeit eines dritten Sates beweisen. Es ist der Sat, daß die Gewalt bes Raifers allein ebenso groß fei, als bie von Raifer und Fürsten gufammen, ein Sak, der seinerseits wieder zum Beweis dafür dienen soll, daß eine Appellation vom

Raiser an Raiser und Fürsten (Reich) rechtlich nicht angehe.

Aeneas Sylvius stückt die Behauptung; tanta est enim in Caesare potestas sine principibus quanta cum ipsis3), zunächst darauf — und darin liegt die Beweisführung bes an erster Stelle genannten Saties -, baß er fagt: cum in Caesare summa potestas sit (summaque autoritatis plenitudo), nil est quod adjunctis principibus autoritatis accedat, quoniam neque summo adjici quicquam neque plenum potest effici plenius 4). Der lette Sat ift richtig, aber ber erfte nur in Bezug auf bas Imperium gutreffend; auf den Kaiser angewendet, ist er petitio principii. Aeneas Silvius sagt bann bes weiteren — und dies soll die an zweiter Stelle genannte Behauptung erhärten —: amat enim unitatem suprema potestas suaque sponte ex multitudine fugit ad unum⁵). Wie das Wort amat zeigt, vermag dieser Sat nur zu begründen, daß die Uebertragung der suprema potestas an einen das zweckmäßigste ift. Mehr will Aeneas Sylvius an anderer Stelle 6) selbst nicht bamit sagen. Un bieser anderen Stelle wird bemerkt; nec enim vel populare regimen . . . vel optimorum civium . . . tam justum tamque pacificum esse potest quam monarchicum, quod in Romano principe recognoscimus⁷) unb in unmittelbarem Anschluß hieran heißt es lediglich: quamvis aliquando duo simul fuerint Augusti ut Diocletianus et Maximinianus, nonnunquam etiam plures, id tamen usurpatione magis quam jure contigit. In apibus enim, inquit beatus Gregorius, princeps unus est, grues unam sequuntur, Imperator unus. In unserer Stelle dagegen folgt jener Gedanke unmittelbar hinter dem Sate: tanta est enim in Caesare potestas sine principibus quanta cum ipsis.

Endlich sei bemerkt, daß Aeneas Sylvius noch nicht vollkommen zu der Schlußfolgerung durchgedrungen ift, daß, wenn der Raifer den Gesetzen nicht unterworfen ift, er überhaupt nur ungerecht, aber nicht unrecht handeln kann. Denn, wenn Ueneas Splvius auch fcreibt: quamvis a summo solio nonnunquam . . . injustum judicium procedat, non tamen idcirco nemo sit judex, qui temporalia Caesaris facta valeat examinare 8),

2) Mobern ausgebrückt: in bem Mangel einer flaren Unterscheidung von Staatssubjekts- und

Staatsorgans-Souveränität.

¹⁾ Dag bie rechtliche Unverantwortlichfeit bes Raifers nicht aus ber Reichsgewalt als folder, sondern aus der besonderen Organstellung des Kaisers folgt, tritt nicht hervor (Kap. 16, 22, besonders 23). Autoritas imperii und autoritas principis werden als Wechselbegriffe gebraucht (Rap. 6 u. 8).

³⁾ Rap. 22. 5) Rap. 22.

⁷⁾ Dazu oben S. 198.

⁴⁾ Rap. 23.

⁶⁾ Rap. 8.

⁸⁾ Rap. 23.

fo kann beswegen doch nicht angenommen werden, daß er unter dem injustum judicium nur ein ungerechtes, nicht ein unrechtliches Urteil verstehe, weil der gange von der Appellation handelnde Zusammenhang sich nur auf die Appellation in Rechtssachen bezieht. Auf der anderen Seite zeigt bas Wort, welches Aeneas Splvius für ben Gebanken wählt, bag ber Raiser trot feiner solutio legibus die Pflicht habe, nach den Gesetzen zu regieren und, wenn das Gesetz hart sei, praeter legem Billigkeit zu üben — Aeneas Sylvius fagt: convenit Imperatorem juris rigorem aequitatis freno temperare 1, - baß er biefe Berpflichtung nur für eine sittliche, nicht für eine rechtliche anfieht. Es besteht also ein unausgeglichener Gegensatz. Daß Aeneas Sylvius unter den leges nur weltliche meint, ift selbstrebend; benn ber Kaiser allein ist ja conditor legum im Sinne von Aeneas Splvius?). Ueber die Stellung des Raifers jum göttlichen und jum Naturrecht fpricht fich ber gelehrte Berfasser nicht aus. Soch hat er die durch beide verursachten Schranken ber kaiserlichen Gewalt jedenfalls nicht geschätt. Dafür fpricht ber Raffus, man burfe, wenn ber König injuste et inique handle, nicht vergessen, daß, was der Fürst thue, mit Gottes Erlaubnis geschehe.

Man überblicke noch einmal die gesamten Darlegungen von Aeneas Sylvius. Trob mancher Unvollkommenheit geht durch die ganze Abhandlung eine von privatrechtlicher Beimischung nahezu freie, staatsrechtlich 3)=politische, klare Gedankenführung 4). Mit einem Borte, es spricht aus ihr die größere geiftige Regsamkeit des aufsteigenden Humanismus und so bewährt fich Aeneas Sylvius auch auf diesem Gebiete als ein hervorragender Vertreter des Frühhumanismus 5).

²⁾ Rap. 19. 1) Rap. 20.

³⁾ Sehr bemerkenswert ift in dieser Richtung insbefondere, daß Aeneas Sylvius im Gegensat zu der fonftigen Theorie seiner Zeit (vgl. über diese Gierke, Althusius S. 269 ff.) das Enteignungsrecht in keiner Weise aus dominium erklärt (f. v. S. 199 bei R. 5). Gengler würdigt a. a. D. seinem Thema gemäß (Aeneas Sylvius in seiner Bebeutung für die deutsche Rechtsgeschichte) die Bedeutung unseres Traktats für das allgemeine Staatsrecht nicht. Dies ist bei dem Urteil, das er S. 17 über benfelben abgibt ("eine in hochfahrenden Traumen murgelnde Tendengichrift"), gu

⁴⁾ Man stelle ihr die Erörterung seines Zeitgenossen Peter von Andlau über den gleichen Gegenstand (II, 8) gegenüber. Wie sehr sehlt hier die Entwicklung aus einem Grundgedanken, die Selbständigkeit der Darstellung und die Trennung von privat- und öffenklich-rechtlicher Anschauung. Daß Andlau die Schrift von Aeneas Sylvius teilweise wörtlich ausgeschrieben hat, darüber siehe Lorenz, Bd. 2, S. 385, N. 3.

5) Für anderes Georg Voigt, Wiederbelebung des klassischen Altertums, 3. Ausl., Bd. II (1893), S. 277 sf., 310 sf. und Ziegler, Geschichte der Ethik, Bd. II, 1886, S. 425.

Viertes Buch.

Die Neuzeit.

§ 45. Die Entstehung einer nationalen Staatsrechtswissenschaft. Daß es für die bis jeht geschilderte Zeit nur einzelne praktische Fragen, wenn auch solche von hoher politischer Bedeutung, waren, welche zu staatsrechtlichen Untersuchungen Anlaß gegeben hatten, dasür liesert noch die Folgezeit einen indirekten Beleg. Er liegt in der Thatsache, daß von Peter von Andlau an mehr als anderthalb Jahrhunderte vergehen, dis uns wieder eine aussührlichere Darstellung des positiven Reichsstaatsrechtes begegnet 1). Ja, die erste wirklich umfassende, systematische und von politischer Beimischung wesentlich freie Darstellung desselben stammt sogar erst aus den Jahren 1629—33, es sind die juris publici Imperii Romano-Germanici libri IX von Johann Limnäus 2), dem bebeutendsten deutschen Bertreter des positiven öffentlichen Rechtes im siedzehnten Jahrhundert. Wenn man dem Grunde dieser auffälligen Erscheinung nachgeht, so gelangt man zu keiner anderen Erklärung, als der, daß in dieser Zwischenzeit die beiden großen Mächte, deren rechtliches Verhältnis dis dahin staatsrechtliche Untersuchungen ins Leben gerusen hatte, die Weltstaatsgewalt des Kaisers und die plenitudo potestatis des Papstes, in Versall geraten waren und mit ihnen die praktische Bedeutung der Fragen, um deren Lösung sich bislang die Wissenschaft bemüht hatte.

Andererseits folgt hieraus, daß die Wiederaufnahme einer Pflege deutschen Reichsstaatsrechts im siedzehnten Jahrhundert und etwa sonst in der Zwischenzeit zu bemerkende staatsrechtliche Studien ihren historischen Anlaß anderen Arsachen entnehmen mußten.

In Wirklichkeit ist es eine einzige Ursache, die der staatsrechtlichen Forschung neues Leben gab, aber eine von außerordentlicher Triedkraft. Sie wirkte so mächtig, daß es diesmal nicht bei einer gelegentlichen, mit augenblicklich praktischen Einzelfällen zusammen-hängenden Behandlung des positiven Staatsrechts bewendet, sondern eine fortdauernde, von solchem Zusammenhang losgelöste Beschäftigung mit dem positiven Staatsrecht einztritt, m. a. W. eine selbständige Wissenschaft des positiven Staatsrechts entsteht. Diese eine Ursache ist die Einrichtung ständiger, mit rechtsgelehrten, besoldeten Richtern besehrer Gerichtshöse. Sie tritt als eine Ursache von gleicher Wirkung in England, Frankreich und Deutschland auf. Auch diesmal ist die treibende Kraft das praktische Bedürsnis.³). Dasselbe ruft zuerst eine stärkere, rein empirische Berückstigung des

¹⁾ Es sind die discursus academici de jure publico von Dominikus Arumäus († 1637), 5 Quartbände, 1616—1623, eine Sammlung von Monographien dieses Jenenser Prosessionie anderer Schriftsteller. Bgl. Laband an dem S. 182 R. 6 genannten Orte a. a. O. S. 51; Georg Meyer § 34; Stinking I S. 719 ff. Inhaltsübersicht bei Pütter, Bd. I, S. 166. Bemerkensewert hierunter als erstes Kompendium des Reichsstaatsrechts Daniel Otto, de jure publico Romani Imperii, 1616.

²⁾ Ueber ihn Stinging II S. 211 ff. und Schulze a. a. D. S. 55 ff.
3) Mit Stinging a. a. D. II S. 9 zur Erklärung der neuen empirisch-positivrechtlichen Richtung in Deutschland einen besonderen Einfluß der Erfahrungsphilosophie Bacons anzunehmen,

öffentlichen Rechts in den populären und den wissenschaftlichen Hands nud Lehrbüchern des Prozeß- und Privatrechts hervor und führt von da aus zu einer berufsmäßig theoretischen Vorbildung im öffentlichen Recht und damit auch zu einer ununterbrochenen spstematisch-litterarischen Bearbeitung desselben.

Im einzelnen bilden zwei Umftande die Bermittlungsglieder. Ginmal ergab fich die Notwendigkeit, die neue Gerichtsverfassung zuerst popular=, dann wissenschaftlich= juriftisch zu behandeln. Diefe Aufgabe führte aber bagu, die Stellung ber Gerichtsverfaffung innerhalb ber gangen Staatsverfaffung und damit die Pringipien der letteren gu erörtern 1). Andererseits brachte es der Umstand, daß diese Gerichte für Nechtsstreitig= teiten schlechthin, nicht blos für Privat- und Strafrechts-, sondern auch für Verfaffungsund Berwaltungsrechtsftreitigkeiten, zuständig waren, mit fich, daß die alsbald für den praktischen Gebrauch angefertigten, mit Erläuterungen des einzelnen Falls verbundenen Ronfilien= und Entscheidungssammlungen immer mehr auch positiv-staatsrechtlichen Stoff enthielten. Die Natur des neuen Stoffes felbst führte allmählich und den Bearbeitern noch unbewußt zu neuen, der bisherigen Prozeß= und Privatrechtstheorie fremden Rechts= beariffen, bis fich ichlieflich wenigstens teilweise bie flare Borftellung eines besonderen vom jus privatum verschiebenen jus publicum ergab 2). In Deutschland entwickelte sich biefe Borstellung einer eigenen Art bes öffentlichen Rechts, ber früheren politischen Ent= wicklung der Städte entsprechend, querft für das Stadtrecht 3), dann für die Landeshoheit 4) und endlich für das Reich 5). Was den Grad der Entwicklung anlangt, so ist es von den brei oben genannten Staaten Deutschland, in welchem die junge Wissenschaft bes positiven

burfte beswegen nicht zu empfehlen sein, weil die Entwicklung ichon ziemlich fortgeschritten war, als Bacon (1561—1626) erft geboren wurde.

1) Anter dem Begriff der jurisdictio, der bei Auslegung von D. 2, 1, C. 3, 13 seine Erörterung fand, wurde das ganze imperium civile — potestas publica erörtert (vgl. Stinking I
S. 66 und Otto Meier Finleitung in das deutsche Staatsrecht 2, Auft 1884 S. 123)

3) Bgl. Gterke S. 668 (Rechtsbuch von Johannes Purgoldt um 1503; hiezu Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 2. Aust., 1894, § 87), S. 664 (Ulrich Tenglers Laienspiegel, zuerst 1509, ausgehend von Stadtgerichts= und Katsversassung; dazu Böhlau in der kritischen Viertelsahresschrift, R. F., Bd. IV (1881), S. 562), serner S. 669, K. 85, S. 683, K. 142, S. 735, S. 109.

4) Belege Gierke, Gen.R. S. 695, N. 25 und Althusius S. 81, N. 18; Schulze S. 53. Erster Andreas Knichen (1560—1621), de jure territorii 1600 (über ihn Stinging II S. 15, N. 1).

S. 66 und Otto Mejer, Einseitung in das deutsche Staatsrecht, 2. Aust., 1884, S. 123).

2) Um von Deutschland zu reden, so wandte man zuerst auf den im Wege der Gerichtsprazis gesundenen Stoff die Konstruktionen der italienischen Doktrin an (vol. Gierke, Genossenichaltsrecht, Bd. III, S. 646, 661, 662, 683, 690), um erst nach und nach insolge der Empirie zu selbständig publizistischer Aussalfusung zu gelangen. So ist es eine Folge der empirischen Betrachtung des Staatsrechts, wenn die Rechte der Landeshoheit nicht mehr, wie in der italienischen Doktrin, aus dem Wesen der Korporation, sondern aus dem Vegner Sixtinus, de regaliden Doktrin, aus dem Wesen der Korporation, sondern aus dem Vegner Sixtinus, de regalidus 1602—siehe siber ihn Schulze a. a. D. S. 53 und Stintzing, Vd. I, S. 671 u. 707 — Kap. 1: regalia sunt jura ei qui superiorem non recognoscit competentia ad rempublicam tuendam . . . sine regalidus rempublicam nullam consistere posse). Sine etwas spätere, ebensals aus der speziellen Staatsprazis sich ergebende Theorie ist dann die, daß man das Territorium nicht mehr, wie die Italiener, als eine universitas mit Hocheitsrechten, sondern als Objekt der Herrschaft des Landesherrn ansieht (vgl. Gierke S. 693 bezw. 785 u. 788 und deutsches Privatrecht I S. 475; ebenso sitt dien Staatsches sittenssches sitt sondern aus derivers ist in sagt noch a. a. D. Kap. 1: regalia non pertinent ad privatum patrimonium principis sed sunt potius revera ipsius reipublicae . . . regalia manent post mortem principis penes principatum. Besonders interessat ist die Fortentwicklung der Lehre von den universitates superiorem non recognoscentes (siehe oben S. 192 st.). Hierüber Gierke, Bd. III, S. 653, 664, 665, 678, 691, 692, 696.

3) Bgl. Gierke S. 668 (Rechtsbuch von Johannes Purgoldt um 1503; hiezu Sardber,

⁵⁾ Erster Hermann Bultejus (1555—1634), commentarius ad titulos codicis qui sunt de jurisdictione 1599 (siehe Stintzing I S. 339 und 611, Böhlau a. a. O., Bd. 7 (1884), S. 36, dann besonders Tobias Paurmeister (1553—1616), de jurisdictione Imperii Romani 1608. Neber ihn Schulze S. 54, R. 12; Stintzing II S. 178; Hance, Bodin, eine Studie über den Begriff der Souveränität, 1894 (in Ciertes Untersuchungen zur deutschen Staats= und Rechts= geschichte, Heft 47), S. 5.

öffentlichen Rechts ihre höchste Blüte erreichte, eine Thatsache, die in dem Umstande ihren Grund hat, daß die Frage nach bem Träger ber Staatsgewalt, also eine ber ersten Fragen ihrer wissenschaftlichen Bedeutung nach, hier zugleich von höchstem praktischen Interesse war 1).

Um noch den Zeitpunkt der ganzen Entwicklung zu bestimmen, fo liegen die Un= fange berfelben in Deutschland am Ende des 15., ihre Vollendung im Beginne des 17. Jahrhunderts, fo daß die Entwicklung felbst in bas 16., somit in bas Reformationsjahrhundert fällt. In England und Frankreich beginnt, der früheren Entstehung von ftändigen, mit besolbeten und gelehrten Richtern befetten Gerichtschöfen entsprechend 2), bie Entwidlung bedeutend früher, in ber zweiten Sälfte bes 13. bezw. ber ersten Sälfte bes 14. Jahrhunderts, um aber nur in England, mas unsere Fragen angeht, auch früher auszureifen 3).

Bu betonen ist bann noch, bag ber Ruhm, eine selbständige Wiffenschaft bes positiven Staatsrechts begründet zu haben, im allgemeinen der romaniftischen Doktrin gebührt. Sie hat die Abspaltung derselben von der weltlichen Privat- und Prozefrechts-

um 1330 versaßten Stilus curiae Parlamenti (Rap. 31: de alta, media et bassa jurisdictione) und dem Grant Coustumier von Jacques d'Abseiges (ipätestens 1389) an und führt über die mit der Mitte des 15. Jahrhunderts beginnende jurisprudence des Arrêts weg zu Du Moulin (1500—1566), De fiefs, 1539 (über den Inhalt Biollet S. 207 u. 239), um in den Werken von Du Hailan (de l'estat 1594) und Du Tisset (recueil des rois de France 1618) die ersten Brunner a. a. D. S. 312, 313, 322 und Stinging, Bd. I, S. 382. Ueber die weitere Litteratur des Vollagen, Bgl. auch Brunner a. a. D. S. 312, 313, 322 und Stinging, Bd. I, S. 382. Ueber die weitere Litteratur des 17. und 18. Jahrhunderts Mohl, Geschichte und Litteratur der Staatswissenschaften, Bd. III (1858), S. 127ff. und Viollet, S. 236, R. 1. Wenn die Wissenschaft des Staatsrechts in Frankereich im 17. Jahrhundert nicht zu der Blüte wie in Deutschland gelangt, so trägt hieran außer dem im Text angegebenen Grunde insbesondere die von der Privatrechtslehre ausgehende icharfe Trennung im Text angegebenen Grunde insbesondere die von der Privatrechtsschre ausgehende scharfe Trennung von Theorie und Praxis schuld, mährend in Deutschland die meisten Rechtsgesehrten jener Zeit zugleich in staatsmännischen Angelegenheiten thätig waren. — In England wird der öffentlichtechtliche Stoff durch die seit Eduard II. (1307—1327) erscheinenden Präzudiziensammlungen der Reichsegerichte (die sog. Pearboots; hiezu Gneist a. a. D. S. 284) bereits so bearbeitet, daß das englische Staatsrecht schon im 15. Jahrhundert in populärwissenschaftlicher Form philosophischepolitisch behandelt werden kann (Fortescue, de laudidus legum Angliae, geschrieben zwischen 1463 und 1471, und de Monarchia; hiezu Brunner S. 344; Mohl, Bd. II (1856), S. 32; Gneist S. 460 und Pollock, introduction to the history of the science of Politics, S. 53). Die erste, rein staatsrechtliche Darstellung der englischen Versassung liesert in summarischer Weise das kleine, aus dem Jahre 1565 stammende, aber erst nach des Versassers Too 1583 verössentlichte Schristen von Sir Thomas Smith, de republica Anglorum (hierüber Vrunner S. 345; Vollock S. 54: Sir Thomas Smith, de republica Anglorum (hierüber Brunner S. 345; Pollock S. 54; Mohl, Bd. II, S. 33; Fellinek, Erklärung der Menschen und Bürgerrechte, 1895, S. 50, N. 1). Mohl, Bb. II, S. 33; Jellinek, Erklärung ber Menschen= und Bürgerrechte, 1895, S. 50, N. 1). Ueber die weitere Entwicklung des englischen Staatsrechts (Eduard Coke, geb. 1552; Blackstone, geb. 1723, † 1780) s. Mohl S. 34ff.; Gneist S. 464, 629, 704; Brunner S. 345 u. 346; Pollock S. 74ff. — Bezüglich der Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft in Deutschlärung bei Otto Mejer S. 115ff. ("Die Geburtsstätte der Staatsrechtswissenschaft ist das Reichskammergericht"); Schulze S. 50ff.; Stinking, Bd. I, S. 663ff. (bort insbesondere über ihre Aufnahme als selbständige Disziplin in den Universitätsunterricht), S. 265, 277, 286, II S. 11, 12, 29, 32ff., 178ff.; Sierke S. 683, 691, 692; Georg Meher a. a. O., § 34 (schon sehr gut auch Sönn er, Teutsches Staatsrecht, 1804, S. 7ff.). Ueber das, was die deutsche Staatsrechtswissenschaft seit dem 17. Jahrhundert leistete, geben am besten die Entwicklungen einzelner Lehren Aufschluß. Bergl. in dieser Beziehung Gierke, Althusus (Staatsvertrag, Bolkssoueränität, Repräsentativprinzip, Höderalismus, Rechtsstaat), Brie, Geschichte der Lehre vom Bundesstaate, 1874; Fellinek, Geses und Berordnung, 1887; Triepel, Das Interregnum, 1892, S. 52ff.; Clauß, Die Lehre von ben Staatsdienstannen des Deutschen Reiches, 1884, S. 565 ff. Natur bes beutschen Staatsbienftes in ben Annalen bes Deutschen Reiches, 1884, S. 565 ff.

¹⁾ Ueber die Behandlung dieser Frage Stinging II S. 35-54, Schröber S. 802 und Georg Meher § 21 u. 34. Die erste bekannte wissenschaftliche Erörterung hierüber schammt aus dem Jahre 1531; vgl. Pütter a. a. O., Bb. I, S. 107 und Stinging S. 35.

2) In England unter Eduard I 1272—1307; dazu Gneist, Englische Versassingsgeschichte, S. 342 u. 435; in Frankreich 1320 unter Philipp V.; dazu Brunner a. a. O. S. 306.

3) IK Frankreich hebt die Entwicklung mit dem von dem Parlamentsadvokaten Du Breuit

wissenschaft bewerkstelligt. Den übrigen vordem mit ftaatsrechtlichen Fragen sich befaffenden Wiffenszweigen kommt kein Anteil hieran zu. Ihr Beobachtungsobjekt war ihrer theologisch-kanonistischen Grundlage entsprechend der Weltstaat gewesen. Dieser hatte aber seine politische und damit auch seine wissenschaftliche Bedeutung verloren 1). Das neu behandelte positive Staatsrecht ist nationales Recht. Das Recht bes Deutschen Reiches wird nicht mehr, wie zur Zeit Bebenburgs, als ein Unner bes Weltstaatsrechtes, sondern in erster Linie als deutsches Nationalstaatsrecht behandelt.

§ 46. Die Pflege des allgemeinen Staatsrechts. Die Jugend der Wiffenschaft bes positiven Staatsrechts, deren Entwicklung wir im vorigen Paragraphen schilberten. zeigt fich barin, baß berselben ein sogenannter allgemeiner Teil noch sehlt. Der empirisch= praktische Charakter ihres Ursprungs brachte auf ber einen Seite ben Borteil mit fich, daß die angewandte Methode ichon von Anfang an in geringerem Mage an bestimmte Regeln der Beweisführung gebunden war, als es bei der bisherigen Rechtswiffenschaft und Wiffenschaft überhaupt der Fall gewesen 2), und daß fie fich in der Folge mehr und mehr von solchem Zwang befreite 3). Auf ber anderen Seite aber wurde die neue Wiffen= schaft burch die Art und Beise ihrer Entstehung längere Zeit an ber Ausbilbung einer tiefer angelegten Spftematik verhindert, wie dieselbe allein auf der Grundlage der Er= örterung gewisser allgemeiner Lehren als solcher möglich ist.

Wenn wir z. B. das oben4) genannte große Werk von Limnaus betrachten, fo handelt das erste Buch in nachstehender Reihenfolge von Begriff und Ursprung des jus publicum, von der Frage, warum es fo lange nicht gepflegt war und ob es Gegenstand des Universitätsunterrichts sein solle 5), von den Erkenntnisquellen desselben, von dem Namen des römischen Reiches, von Art und Zeit des Uebergangs deffelben auf die Deutschen, von der Deutschen Ursprung, Namen, Tugenden und Fehlern, ihrer Sprache u. f. w., von der Ursache des Namens heiliges römisches Reich und mehreren Ginteilungen bes letteren (in räumlicher und personeller Sinsicht), von den abgetrennten oder scheinbar abgetrennten (felbständigen) Reichsteilen, von der Berfaffungsform des Reiches (status imperii), von der goldnen Bulle, der kaiserlichen Wahlkapitulation, von den constitutiones pacis religiosae ut et profanae, von den Reichsinfignien; die folgenden Bücher vom Raiser, bom römischen Rönig, von ben Rurfürsten und Reichsvikaren, von den Rechten der Fürsten und Reichsstände im allgemeinen, von einigen familiae illustriores im befonderen, vom Reichsadel, von den Städten, namentlich den kaiferlichen, von den Universitäten, das zehnte Buch endlich von ben Reichstagen, dem Kammergericht, dem kaiferlichen Sofrat und dem Rottweilschen Sofgericht. Wir feben, eine befondere Erörterung über ftaatsrechtliche Grundbegriffe fehlt. Die Konftruktion des Reiches als Staat ichlechthin wird in Buch I Kapitel 7, das die Neberschrift trägt: Imperium cur sacrum vocetur? et variae eiusdem divisiones 6), nur furz geftreift, indem dort unter den verschiedenen Einteilungsmöglichkeiten als eine die divisio in Saupt und Glieder mit den brei Thesen

¹⁾ Ueber das Zuruckgehen der Pflege des kanonischen Rechts in Deutschland seit dem Ende

¹⁾ lever das Jurudgehen der Pflege des kanonischen Rechts in Seutschland zeit dem Ende des 15. Jahrhunderts siehe Stintzing, Bd. I, S. 280 u. 282 gegenüber S. 22).

2) Die Methode war der sog. Ramismus, die Dialektik Pierres de la Ramée (1515—1571; über ihn Bindelband a. a. O. S. 280, 284 st., 297), deren wesentliches Element in methodischer Beziehung die Lehre war, vom Allgemeinen zum Besonderen sortzuscheren. Näheres hierüber dei Gierke, Althusius, S. 39 und Stintzing a. a. O., Bd. I, S. 147: Beginn mit der Definition, daran anschließend die Distribution, teils in Form der Jerlegung in partes (partitio), teils in Form der Unterscheidung von species (clivisio).

³⁾ hierüber Stinging, Bb. II, S. 24 u. 25 gegenüber Bb. I, S. 146.

⁴⁾ S. 204 bei N. 2.

⁵⁾ hiezu Stinging II S. 29.

⁶⁾ Bu divisiones siehe R. 2.

ermähnt wird: imperator caput est Imperii, principes Imperii membra, Imperium est corpus mysticum 1).

Nichtsdeftoweniger hat in der gleichen Periode auch das allgemeine Staatsrecht wissenschaftliche Pflege gefunden, allerdings in anderer Beise und auf anderen Begen als das positive. Nur darin gleicht sich der beiderseitige Entwicklungsgang, daß hier wie dort der hiftorische Zusammenhang mit dem Betriebe staatsrechtlicher Studien im Mittelalter nur ein loser ist und hier und dort an der Fortentwicklung der Wissenschaft die römisch=rechtliche Jurisprudenz hervorragenden Anteil hat. Die wissenschaftliche Be= handlung des positiven Staatsrechts im sechzehnten und siebzehnten Sahrhundert steht badurch mit ber mittelalterlichen Pflege des Staatsrechts in Berbindung, daß für beide Berioden die römische Jurisprubeng einen Entwicklungsfaktor barftellt, allein für bas Mittelalter nur einen neben anderen Disziplinen, für die Neuzeit, was den Kontinent angeht, den einzigen. In gleicher Weise kommt auch hinsichtlich der allgemeinen ftaats= rechtlichen Forschung für Mittelalter wie für Neuzeit bas Studium bes Aristoteles in Betracht, allein boch wieder insoferne verschieden, als es bort in Berbindung mit Theologie, driftlicher Moralphilosophie und kanonistischer Wissenschaft, hier allein bezw. in Berbindung mit römischer Rechtswissenschaft geschieht. Im übrigen ift ber Entwicklungs= gang, welchen die Pflege bes allgemeinen Staatsrechts in unserer Beriobe nimmt, dieser.

Der Verfall von Raiser= und Papfttum macht sich auch in der Geschichte der all= gemeinen Staatsrechtslehre geltend. Die chriftliche Moralphilosophie und die kanoniftische Wissenschaft verlieren dadurch ihren bisherigen Einfluß. Wie das praktische Leben, so verliert auch die wissenschaftliche Lehre ihre bisherige theologisch-kanonistische Färbung. In ben Schriften bes ersten bedeutenderen Staatsgelehrten ber Neuzeit aus flerikalen Rreisen, in den Schriften von Frangiskus Patrizius aus Siena2), der wissenschaft= lich in vielfacher hinficht in enger Beziehung zu Aeneas Splvius fteht, werden bie Belege fast alle nicht mehr aus der heiligen Schrift, sondern aus der Profangeschichte, aus ben griechischen und römischen Rlaffitern entnommen. "Des Christentums wird nur einigemale und nur wie im Vorbeigehen gedacht" 3), das deutliche Anzeichen des vollsten Uebergangs von Scholaftit ju humanismus 4), benn bie Stimmung bes letteren ift nicht mehr religiög-kirchlich, sondern weltlich=staatlich 5). Wenn dagegen das Studium ber politischen Schriften von Aristoteles sich erhielt und nicht blos dies, vielmehr das Studium derfelben fich mehr und mehr vertiefte, so lag der Grund hiefür nicht allein in bem infolge ber erhöhten Rultur allgemein gefteigerten Ginn für klaffische Litteratur - dieser vermag das Studium der alten Litteratur schlechthin, nicht aber das besondere ihrer politischen Schriften ausreichend zu erklären -, sondern die erste Ursache hiefür war, daß die fozialen und politischen Berhältnisse jener Zeit, namentlich diejenigen ber Städte, welche ben Stand ber fortgeschrittenften Rultur repräsentirten, ben sozialen und politischen Berhältnissen des aristotelischen Zeitalters außerordentlich ähnlich waren. Es

¹⁾ Nr. 51-53 (2. Aufl., 1645). Zum ganzen Buch die Inhaltsangabe bei Stinging, Bb. II, S. 215-218. Ueber die allgemein gebräuchliche, äußerliche Anordnung des Stoffes ugl. auch die Bemerkung bei Pütter, Litteratur des beutschen Staatsrechts I (1776), S. 233 und

Mejer, S. 128.
2) † 1494; seit 1460 Bischof von Gaeta. Ueber ihn Roscher, Geschichte der Rationalsöfonomie in Deutschland, 1874, S. 139. Seine Schriften sind de institutione reipublicae libri IX, 1519 und de regno et regis institutione, 1519. 3) Walter, Naturrecht und Politit, 1863, S. 544.

⁴⁾ Die driftlich=theologische Staatslehre beschränkt sich barauf, ethische Staatslehre zu fein. 5) Bgl. Ziegler a. a. D., S. 423. Melanchthon vermag mit seiner Staatslehre nicht mehr durchzudringen. Ueber sie Ziegler S. 454-456, 461, 462 und Stinging, Bb. I, S. 284 ff.

war "innere Wahlverwandtschaft") vorhanden und nur darum handelte es sich, welcher Teil ber enchklopäbischen Staatswissenschaft, als welche fich doch die politischen Schriften Platons und die Politik von Aristoteles darstellten, die Oberhand gewinnen würde, die darin vorwiegend enthaltene Staatstlugheitslehre ober die barin auch enthaltene Staatsrechtslehre.

Für ben seit ber zweiten Sälfte des 15. Jahrhunderts aus verschiedenen Ursachen fortwährend mit neuen Aufgaben bedachten Staat ftand die Frage, wie diese Aufgaben am besten geordnet würden, also die Zweckmäßigkeitsfrage obenan, und so entwickelte sich und zwar in reichem Maße eine Staatslehre 2), eine "Politik", die vorwiegend Staatsklugheit, Staatsraifon, prudentia civilis, ratio status ist 3). Daß fie es nicht ausschlieflich ift, bafür liegt bie Beranlaffung eben in den Borbildern ber Antike. Infolge des Zusammenhangs mit diesen stellt fie fich als eine enchklopädische Staatslehre, als eine universale und allgemeine Staats wissenschaft bar 4). Dabei bemerken wir aber, daß im gangen und großen die juriftische Seite der Staatswissenschaft in dem allgemeinen Spftem einen breiteren Raum einnimmt, als dies bei den antiken Vorbildern der Fall war. Nicht blos, daß der rechtliche Teil der Lehre von den Staatsformen im Berhältnis zu den Schriften Platons und der Politik von Aristoteles eine erhöhte Berücksichti= gung findet; es find auch andere als die dort behandelten Begriffe, welche von dieser neuen Staatswiffenschaft eingehend erörtert werden. Insbesondere kommt in dieser Beziehung ber Begriff ber Staatsgewalt in Betracht. Auch bas erklart fich aus ben Zeitverhältniffen. Der aufstrebenden Staatsgewalt, die zur erfolgreichen Durchführung ihrer neuen Aufgaben möglichst freier Bewegung bedurfte, traten in ben Ständen und in dem durch die Reformation gezeitigten Sinn für religiösen und ethischen Individualismus hemmende Arafte entgegen. Es galt die Frage zu entscheiden, ob und inwieweit diese Schranken auf bem Wege Rechtens zu überwinden seien, bezw. ob ihnen überhaupt die Natur von Nechtsschranken für die Ausübung der Staatsgewalt zukomme. Der Mangel eines geordneten, geschriebenen Berfassungsrechtes machte eine Lösung bieser Fragen aus allgemeinen Ge= sichtspunkten, also auf dem Boden der allgemeinen Staatslehre, d. i. der Staatsrechts= philosophie und allgemeinen Staatsrechtswissenschaft, erforderlich. Besonders mächtig 5)

¹⁾ Bgl. zum Vorstehenden Dilthey a. a. D., S. 452.
2) Bodin (1530—1596), de re publica libri VI, 3. Ausg., 1594, I, 6, S. 76: disciplina civilis; II, 7, S. 376: de re publica disciplina.
3) Machiavelli (1469—1527), il principe (ein Fürstenspiegel, ein Regentenbuch), geschr. vor 1516, gedruct zuerst 1532 (Literatur biezu Artitel Machiavelli im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. IV (1892), S. 1092 fi.; außerdem Faldenberg, Geschichte der Staatslehre M.'s in der Zeitschrift sür die geschackswissenschaften, Bd. 44 (1888), S. 1 fi.; Lutoslawsti S. 107 fi.; genkel S. 106; v. Bezold S. 365; Pollod S. 43 fi.); Bodin, les six livres de la république 1577, von ihm selbst 1586 ins Latenische übertragen (über ihn übandwörterbuch, Bd. II, S. 667 fi. (Elser); Staatslexison, Bd. I, S. 1086 ff. (Gramich); Baudrillart, Bodin et son temps, 1853); Gregor von Toulouse (1540—1617), de re publica 1586 (über ihn Walter S. 538; Roser S. 139); Botero, 1540—1617, della ragione di stato, 1589 (hiezu handwörterbuch, Bd. II, S. 710 u. 711 [Igo Rabbeno]; Walter S. 539); Arnisäus († 1636), doctrina politica in genuinam methodum quae est Aristotelis redacta, 1606; weitere Beispiele aus Deutschand bei Gierte, Gen. R. Bd. III, S. 672, Althufius S. 5, 7, 165, 180, 299 und Rosechen. 195: "wohl der größte Staatsgeschrte, welchen Deutschland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beschäft, dus er größte Staatsgeschrte, welchen Deutschland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beschäft, Migemeines Staatsgeschrte, welchen Deutschland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beschäft, Migemeines Staatsgeschrte, welchen Deutschland in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts beschäft, Migemeines Staatsrecht und Politif (feit dem 16. Jahrhundert), 3. Ausschland von der Rosechen Beinschaften der außerbeutsche Staatsrecht und Volitif (feit dem 16. Handwörterbuch.

4) Daß sie dies ist, zeigt der Umstand, daß die meisten der überracht fommenden Schriftsellen, wie im der außermeinen Bolitif, so auch in der Rationalösonomie und Finanzwissensch

⁽in Frankreich) v. Bezold S. 361.

traten die genannten Fragen in jener Periode der Stände= und Glaubenskämpfe 1) hervor, als welche sich die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts darstellt. Und so enthalten die seit dieser Zeit entstehenden politischen Werke in höherem Maße als die früheren, mehr als Macchiavellis Fürstenduch, auch Lehren, die dem allgemeinen Staatsrecht und der Staatsrechtsphilosophie zuzuweisen sind.

Andererseits konnte aber die wissenschaftliche Erörterung dieser Fragen nicht allein ber Wiffenschaft ber Politik zukommen. Als Rechtsfragen mußten biefelben auch Gegenstand einer Betrachtung von rechtswissenschaftlicher Seite werden. Und in der That gefcah bies. Drei Puntte gaben hiezu Unlag. Ginmal auch hier ber Mangel eines geichriebenen Berfassungsrechtes: Die Entscheidung ber brennenben politischen Fragen mußte aus der allgemeinen Rechtslehre gewonnen werden. Dann der Umftand, daß die ju beantwortenden Fragen fosmopolitischer Natur waren; fie tauchten zugleich in England, Frankreich, ben Nieberlanden, in Spanien und in Deutschland auf; ber Versuch einer ein= heitlichen Böfung für alle Staaten lag fo nabe; biese war aber nur aus allgemeinen Gesichtspunkten denkbar. Endlich der hohe Stand der damaligen Privatrechtswiffen= schaft, insbesondere auch in sustematischer Beziehung. In letzterer Richtung erinnern wir daran, daß in der zweiten Sälfte des 16. Jahrhunderts jener mächtige Aufschwung der humanistischen Rechtsschule, ber fog. eleganten französischen Jurisprudenz, statt hat, beren eine große Bebeutung in der hohen Entwicklung gerade der Dogmatik des Zivilrechts lag 2). Die konstruktiv-systematische Rraft, welche dieser Zweig der französischen Rechtswiffenschaft besonders durch bas Verdienst von Sugo Donellus (1527-1591) errang und deren Früchte fich alsbald auch auf Deutschland und die Niederlande übertrugen, mußte sich auch am Studium des Aristoteles bewähren. Es mußten bei dem hohen praktischen Interesse, das nunmehr Fragen des allgemeinen Staatsrechts boten, Juristen auftreten, welche die aristotelische Lehre rechtlich tonstruierten, den rechtsbogmatischen Gehalt derfelben hoben.

Man könnte nun meinen, der Entwicklungsgang wäre der gewesen, daß sich von der privatrechtlichen Jurisprudenz eine selbständige Disziplin des allgemeinen Staatsrechts loslöfte. Allein in dieser Beise erfolgte die Entwicklung nicht. Daran hinderte der Umftand, daß nicht blos auf dem Gebiet des Staats-, fondern auch des Privat- und vor allem des Völkerrechts sich das Bedürfnis einer Aufstellung allgemeiner Rechtsprinzipien ergab; auf bem Gebiete bes Privatrechts infolge bes vorhandenen, bagu wegen seiner meift gewohnheitsrechtlichen Entstehung in seinem Bestand unsicheren Rechtspartikularismus, auf dem Gebiete des Bolkerrechts aber infolge des Umftandes, daß feit dem Wegfall der Bedeutung von Sacerdotium und Imperium und damit eines über den Staaten stehenden Weltrechts und Weltrichters die zwischen den Staaten geltende Rechtsordnung höchst unbestimmt und lückenhaft war und es doch einer einigermaßen klaren und auß= reichenden Bölkerrechtsordnung jest um so mehr bedurfte, als durch die Entdeckung der Seewege der zwischenstaatliche Verkehr sich außerordentlich hob. In allen den genann= ten Rechtsgebieten aber zeigte sich, daß das vorhandene Recht für die neuen wirtschaft= lichen, sozialen und politischen Berhältniffe unzulänglich war. Man mußte nach allgemeinen Prinzipien suchen, um aus ihnen Einzelnormen abzuleiten, welche den veränberten Umftänden gerecht wurden 3). Es könnte nun nichtsbestoweniger gebacht werden,

¹⁾ Ueber diese Borgänge in Frankreich, England, Spanien und den Niederlanden f. Treusmann a. a. D. S. 6 u. 8 und allgemeiner Möller, 3. Bd. bearbeitet von Kawerau 1894, S. 287—328.

²⁾ Bgl. Regelsberger a. a. D. I, S. 36; Stinging I, S. 367.

³⁾ Im Privatrecht tam noch hingu, daß die Zersplitterung des Rechtsftoffes nach Syftemati=

jeber biefer einzelnen Rechtszweige hatte fich feine allgemeinen Lehren unabhängig von bem anderen fixiert, allein dem ftand wieder ein Doppeltes entgegen, der Ginfluß der Antike, der, wie dies bei Nachahmungen regelmäßig der Kall ift, in Richtung auf die Form der Lehre größer war, als in Richtung auf ihren Inhalt, und die Notwendigkeit der Bekampfung eines alle, die privaten wie die öffentlichen Rechtsbeziehungen betreffenden Bringips. Der Einfluß ber Antike insoferne, als Platon in seinen Nomoi nicht blos Staats-, sonbern auch Straf-, Privat- und Prozegrecht behandelte 1), Ariftoteles die Staatsgewalt genetisch und konstruktiv in Beziehung zur Familien= und Hausherrngewalt, also zum Privatrecht sette2) und enblich bas corpus juris civilis, boch auch eine Ueberlieferung bes klassischen Altertums 3), nicht blog Privat=, sondern auch öffentliches Recht im weitesten Sinne enthielt. So mußte auch jest bas Streben entstehen, ben gangen vorhandenen Rechtsftoff in ein Syftem gu bringen. Und bagu tam nun als Zweites die allen Zweigen ber Rechtsordnung gefähr= liche Theorie Macchiavellis, das Dogma von der Politik des Rugens, das begonnnen hatte, sich von dem Berhältnis zwischen Staat und Unterthan auch auf das von Staat zu Staat auszudehnen und im dreißigjährigen Rrieg fogar auf das Berhältnis von Inbividuum zu Individuum überzugehen drohte. Ihm mußte entgegengestellt werden, daß nicht blos der Rugen, sondern ein auf sittliche Basis gegründetes Recht die friedlichen und feindlichen Beziehungen ber Menichen und Staaten unter einander regle. Go entftand benn eine die Wiffenschaft vom positiven Recht erganzende, universale und allgemeine Rechtslehre, auftretend unter bem Namen einer Wiffenschaft des Naturrechts4), ihrem Inhalt nach vorwiegend Rechts= und zuerst auch Moralphilosophie, jedoch infolge ihrer praktischen Absicht durchset mit Bestandteilen theoretischer Politik und rechtsvergleichender Jurisprudenz.

Wenn wir abwägen, welcher der beiden Universalwissenschaften, der Politik ober bem Naturrecht, das höhere Berdienst in Bezug auf die Pflege gerade des Staatsrechts zukommt, so senkt sich die Wage aus zwei Gründen, einem materiellen und einem formellen, ju Gunften bes Raturrechts. Der materielle Grund liegt in ber Art, in welcher man die zu behandelnden Streitpunkte inhaltlich zu beseitigen glaubte. Der Streit gieng um die beiben Fragen, mas Rechtens fei, Glaubensfreiheit ober Glaubenszwang, Volks= ober Herrscherstaatsgewalt. Man war überzeugt, den Gegner dann ent= waffnet zu haben, wenn man nachwies, wie die rechtliche Lage des Menschen war, ebe biefe Streitfragen entstehen konnten, also ehe es religible Gemeinschaften, Fürsten und Bölfer gab, m. a. 28., wenn man ben Menschen vor jeder gesellschaftlichen Berbindung, den ursprünglichen Menschen, "Abam", betrachtete und klarlegte, was seinem Wesen, seiner Natur entsprach 5). Gieng man aber zur Lösung ber genannten Fragen so weit

S. 315.

fierung brangte, um ihn beherrichen gu fonnen; vgl. Dernburg, Panbeften, Bb. I, § 17, und Sasbach a. a. D. S. 25. 1) Siehe oben S. 34, N. 6. 2) Oben S. 84 bei N. 6, S. 78 bei N. 8, S. 106 bei N. 4.

³⁾ Stinging I S. 95. 4) Ueber basselbe im allgemeinen Gener bei Holhendorff S. 55ff.; Faldenberg a. a. D. 4) theor dazieto til aligemethen Seyer dei Folgenobili S. 2011. Fautherteta a. a. D. S. 31ff.; Windelband & 32 (S. 336ff.); Bergbohm I S. 159ff. Handverteter: Albericus Gentilis (1551—1611, de jure belli 1588), Johannes Althus (1557—1638; Politica 1603); Hugo de Groot (1583—1645, de jure belli ac pacis 1625); Hobbes (1588—1679); Samuel v. Hufendorf (1632—1694); Domat (1625—1696, le droit public, erft 1697 gedruckt; vgl. Violet a. a. D. S. 222ff. und Mohl a. a. D., Bd. III, S. 129); Locke (1632—1704, two treatises on government 1689; über ihn Faldtenberg S. 124; Bluntfchli S. 198ff.); Christian Thomas and Company of the control o treatises on government 1883; noer ihn Falckenberg S. 124; Bluntigit S. 1885.); Ehrtftian Thomasius (1655—1728; über ihn Schrader, Geschichte ber Friedrichs-Universität zu Halle, 1894, 1. Teil, S. 8, 149, 261 ff.); Christian v. Wolff (1679—1754, ebenda S. 169 u. 191 ff.). Neber die Bedeutung des Naturrechts für das Staatsrecht im allgemeinen Laband S. 53; Gierke, Naturrecht und deutsches Necht (Nektoratsrede), 1883, S. 26 ff.

5) Siehe hiezu Jellinek, Adam in der Staatssehre, 1893, S. 10 ff. und Comperz, Bd. I

zurud, fo mußte bargeftellt werben, wie fich die ganzen gegenwärtigen Staatseinrich= tungen aus dem Charafter des ersten Menschen entwickelten. Dies war nicht möglich ohne eine vollkommene Konftruktion der staatlichen Gemeinschaft und so kam es von selbst, daß die Naturrechtsphilosophie die Grundfragen des Staatsrechts d. i. allgemeines Staatsrecht erörterte. Und ein formaler Grund fam hingu. Die Naturrechtsphilosophie wollte ein System bes Rechtes schaffen, also die ganze Masse des Rechtsstoffes auf immer allgemeinere Prinzipien zurudführen. Dies auf rechtsvergleichender Grundlage zu thun, schien ihr angesichts des mannigfaltig geftalteten und infolge seiner gewohnheitsrecht= lichen Entwidlung weniger ficher erkennbaren positiv gegebenen Rechtes undurchführbar. Nur auf bem Wege aprioristischer Konstruktion glaubte fie bas Ziel erreichen zu können. Die Parole war: positives und Naturrecht muß getrennt werden, nur das Naturrecht läßt fich zu einem miffenschaftlichen Syftem geftalten 1). Es liegt auf ber Sand, bag man bei folder Methode viel leichter zur Erörterung von Grundbegriffen veranlaßt wurde, die auch juriftisch von Bedeutung waren, als bei Aufbau des Systems aus vergleichen= der Rritif des Bestehenden.

Damit will aber nicht gesagt sein, daß das Naturrecht ber rechtsvergleichenden Grundlage vollkommen entbehrt hatte. Dies war aus einem doppelten Grunde unmöglich. Einmal lief ja die empirische Wissenschaft bes besonderen Staatsrechts nebenher. Beide hatten als gleiches allgemeines Objekt ben Staat. Richts natürlicher also, als baß zur Bekräftigung bes a priori Konftruierten Belege aus bem hiftorisch Gegebenen beigebracht wurden. Und dann trug die Naturrechtslehre, wie die Politik, kosmopolitischen Charakter an sich 2). Die zu behandelnden praktischen Fragen kehrten bei allen europäischen Rultur= völkern wieder und überall mußten fie mangels ficherer Berfaffungsgrundlagen aus allgemeinen Prinzipien ihre Lösung finden. So war die hierauf bezügliche Litteratur von internationaler Bedeutung. Dies reizte zu Nechtsvergleichung, wie es ein gegenseitiges Bekannt= werben mit bem Rechte ber anderen Staaten baburch gur Folge hatte, baß jeder Schriftsteller bie Richtigkeit bes a priori Abgeleiteten mit Beispielen auß bem Rechte seiner näheren Umgebung belegte. M. a. W.: das Naturrecht ift von Haus aus nicht reine Spekulation, sondern zwar primär logisch-abstrakte Ronftruktion in juriftischer Form, aber in Berbindung mit empirischer Beweisführung aus Rechtsgeschichte und Rechtsbogmatik 3)4). Erst in seiner Entwicklung, namentlich feit Aufenborf, verbranat die rein konftruktive Seite mehr und mehr ben em-

¹⁾ Bgl. hierüber Grotius a. a. D. (Ausg. von 1712), Proleg. Nr. 30: artis formam ei (jurisprudentiae) imponere multi antehac destinarunt; perfecit nemo; neque vero fieri potest, nisi quod non satis curatum est hactenus, ea quae ex constituto (Saţung) veniunt a naturalibus recte separentur, nam naturalia, cum semper eadem sint, facile possunt in artem colligi; illa autem quae ex constituto veniunt cum et mutentur saepe et alibi alia sint extra artem posita sunt, ut aliae rerum singularium perceptiones. Vor Grotius war der Gedanke anders formuliert. Die allgemeinen Rechtsgrundfäße seien philosophisch aus der Bernunst zu begründen, die einzelnen durch das "hiftorische" Recht repräsentierten Rechtsinstitute also prinzipiell nicht aus sich selbst, sondern aus dem Naturrecht abzuleiten; modern ausgedrückt, der allgemeine Teil muß naturrechtlich, nur der besondere kann positivrechtlich sein. Bgl. hierüber, was bezüglich Olden-dorp (1480 in Hamburg geboren), εἰσαγωγή juris naturalis 1539, und Konrad Lagus (Hafe aus Kreuzdurg in Hessen), methodica juris utriusque traditio (gedruckt 1543 gegen des Versassers Willen), bei Stinging I, S. 328 u. 301, Gierke III, S. 662 und Althusius S. 38 bemerkt ist.

2) Hiezu Gierke, Bd. III, S. 683 u. 684.

3) Auch die mittelalterliche Staatsrechtsphilosophie war ja erst in letzter Zeit (Nikolaus bon Cues) reine Spekulation geworden. Auf diese Zeit alsein trifft auch die Auchsends S. 53 von den "spekulativen Spielereien der Phantasse der mittelalterlichen Staatsrechtsschriftssteller" in nossen.

in vollem Mage zu.

⁴⁾ Außer ber juriftischen Methobe ift es eben biese empirische Beweissührung, welche bie Naturrechtssysseme von den Staatsromanen jener Zeit, soweit sie Berfassumane find, unterscheidet. Ueber diese Romane voll. Windelband § 32, Schlaraffia politica, Geschichte der Dichtungen vom besten Staate, 1892 und vor Allem Mohl a. a. O. Bb. I (1855) S. 167 ff.

pirischen Zusat, wird die Naturrechtssehre eine rein "geometrische" Wissenschaft), eine Folge der immer schärferen Formulierung der Ableitung der Gegenwart aus der Zeit eines gedachten Naturzustandes. Damit ging notwendigerweise ein fortwährender Ruckschritt des hiftorischen Sinnes, eine Unterschätzung der geschichtlichen Thatsachen Sand in Sand 2). Wie bas Naturrecht in seinen Anfängen, so pflegt die Politik durch alle Zeit diese Berbindung von philosophischer Spekulation und geschichtlicher Forschung. Es ift besonders Bobin, der diese Berbindung von solida philosophia und cognitio antiquitatis für ben Staats= und Rechtsgelehrten als unumgänglich nötig erklärt3).

Ergiebt fich somit auch ein größerer Anteil des Naturrechts, als der Politik, an der Entwicklung der allgemeinen Staatsrechtslehre, so foll darüber nicht vergeffen sein, daß andererseits in einer Richtung es die Politik war, welche gunftigere Chancen für eine Bertiefung der allgemeinen Staatsrechtskenntnisse bot. Im Gebiete des Naturrechts lag es bei dem Zusammenhang, in welchem dasselbe mit der bisherigen Jurisprudenz stand, nahe, daß, wenn der ganze Rechtsstoff in ein System gebracht wurde, dies in der Form geschah, daß das öffentliche Recht in das Privatrecht eingegliedert wurde. Es entsprach bies dem Uebergewicht des Privatrechts in der bisherigen Jurisprudenz und dem Umstande, daß ältere Versuche, welche unternommen hatten, das positive öffentliche und private Recht in dieser Weise sustematisch zu verbinden, derart versahren waren 4). Und in der That finden wir das Staatsrecht auch in den neuen naturrechtlichen Shiftemen in das privatrechtliche Personenrecht unter dem Gegensatz von potestas privata und potestas publica eingereiht⁵). Bei der Behandlung durch die Politik konnten die selb= ständigen Grundlagen des Staatsrechts viel kräftigeren Ausdruck finden.

Bum Schluffe muß bezüglich der ganzen vorstehenden Entwicklung über die Ent= stehung einer nationalen Staatsrechtswissenschaft und über die Pflege des allgemeinen Staatsrechtes im fechzehnten und fiebzehnten Jahrhundert noch folgendes konstatiert werden. Unsere Darftellung stimmt in der Hauptsache mit den Andeutungen überein, welche Gierke und Stinking in ihren ja nur zum Teil das gleiche Thema behandeln= den, öfter zitierten Werken bezüglich ihrer Auffassung dieser Entwicklung in Deutschland geben 6). Bon ber Auffaffung Labands weichen wir bagegen barin ab, bag wir nicht, wie dieser, annehmen, das positive beutsche Staatsrecht habe sich als eine selbständige

¹⁾ Bgl. Windelband S. 341.
2) Bgl. Gomperz S. 314 u. 315; Faldenberg S. 37.
3) Borrede zu seiner Methodus ad facilem historiarum cognitionem 1566; dazu Bruders Staatslegikon, Bd. I, S. 1086.
4) Der Kanonisk Franziskus Zabarella (1335—1417) hat das Staatsrecht (die Lehre 4) Wer Kanonist Franzistus Zabarella (1335—1417) hat das Staatsrecht (die Lehre von den Staatsformen) in die Einteilung der Korporationen in collegia surgentia naturaliter (necessaria) und collegia mere voluntaria eingereiht (Gierke, Bd. III, S. 605 mit S. 241 u. 586). Die Zivilisten Konrad Lagus (f. vorige S. N. 1) und Hermann Wultejus (1555—1634), jurisprudentiae Romanae a Justiniano compositae libri II, 1590, behandelten das Staatsrecht unter dem jus personarum (Stinking, Bd. I, S. 301, 458 u. 666; Gierke, Althusius, S. 38—40, 45 u. 46), das sie in die zwei Teile potestas privata und potestas publica zerlegen. Nur in den Digesten von Vigelius (1529—1600) bistet das jus publicum einen selbständigen Teil neben dem jus privatum (Stinking, Bd. I, S. 666). Donellus beschräft sein System auf das Brivatrecht sebenda. S. 379). Privatrecht (ebenda, S. 379).

⁵⁾ So bei Althufius, Dicaeologica 1617 (Stinking, Bb. I, S. 666; Gierke, Althufius, S. 44 u. 46st.). Auch Bobin, der doch don Haus aus Jurist ist, folgt dieser Einteilung der Zivilisten de republica (lat. Ausg. v. 1594) I, 3, S. 21: omnis autem potestas est publica vel privata; publica aut legibus soluta est, eorum scilicet qui summum imperii jus habent, aut legibus imminuta, qualis est magistratuum, qui etiam, si privatis imperent, ipsi tamen superiorum imperiis ac legibus tenentur. Privata potestas est in patrefamilias (= potestas depotestas) dis sium piaresta discontinuo de privata potestas est in patrefamilias (= potestas). domestica, die eine vierfache ift), aut in corporibus et collegiis, cum universi aut maxima pars omnium caeteris imperat.

⁶⁾ Gierke, Bd. III, S. 683 u. 684; Stinging, Bd. II, S. 9, 31 u. 35.

Wissenschaft erst aus der Naturrechtslehre und Politik entwickelt.). Was sich unsere Darstellung besonders hat angelegen sein lassen, das ift ber Nachweis der übrigens von allen drei genannten Schriftstellern nicht verkannten2), sondern nur nach dem Zweck ihrer Darstellung nicht näher verfolgten Thatsache, daß es nicht eine allgemeine Staats- und Rechtslehre, sondern zwei getrennte, teilweise von verschiedenen Entwicklungsursachen ausgehende Wiffenschaften der Politik und des Naturrechts find, in deren Hand die Pflege bes allgemeinen Staatsrechts in ben erften beiben Jahrhunderten der Reuzeit liegt. Daß wir verschiedene Schriftsteller3) in beiden Wiffenszweigen, in Politik und Naturrecht, thatig sehen, widerspricht dieser Thatsache nicht. Die genannte Erscheinung erklart sich, abgesehen von der Gemeinsamkeit des Objektes, das im Staat gegeben war, aus bem auch die Zeit des humanismus überdauernden universalistischen Zug aller Wissenschaft. Es schließt dies nicht aus, wissenschaftlich eine auch mit dem Recht sich beschäftigende Staatslehre und eine mit bem Staat sich beschäftigende Rechtslehre auseinanderzuhalten. Zudem kam dieser Unterschied auch schon der damaligen Zeit zum Bewußtsein. Althu= sius spricht den "Juristen" das Recht ab, die Lehren des allgemeinen Staatsrechts zu erörtern, weil fie zur "Politit" gehörten4), und anbererseits gab es Juriften, welche sich ber Aufnahme bes jus publicum unter bie Fächer des Rechtsstudiums mit der Begründung widersetten, das öffentliche Recht gehöre überhaupt nicht zur "Jurisprudenz", sondern zur "Politit" 5).

Endlich noch ein Wort über bas Berhältnis unserer allgemeinen Staatsrechtslehre zu ber neu entstandenen Wissenschaft bes positiven Staatsrechts. Es betrifft die Frage: wie kommt es, daß fich nunmehr neben ber allgemeinen naturrechtlichen Staatslehre eine Jurisprubenz des positiven Staatsrechts nicht blos erhalten, sondern gerade in einer Periode, in welcher die Naturrechtslehre mächtig emporsteigt, zu vollster Blüte entfalten kann, mährend im Mittelalter die Wiffenschaft bes positiven Rechtes eben burch bieselbe naturrechtliche Staatslehre in ihrer Entwicklung gehemmt mar?6) Der Erund liegt in einer Aenderung ber bem Naturrechte beigemeffenen Kraft. Das Naturrecht im Sinne

¹⁾ Labands Meinung geht dahin, daß sich durch Invasion der römisch-rechtlichen Jurisprudenz in das Gediet der Politik in Deutschland im 16. Jahrhundert zuerst eine allgemeine Wissenschaft, ein allgemeines Staatsrecht, Naturrechtslehre und Politik umfassen, gedildet habe und erst hieraus im 17. Jahrhundert das positive deutsche Staatsrecht als selbskändige Wissenschaft hervorgegangen sei (S. 52, 53, 56). Den Grund für eine derartige Entwicklung der Dinge sindet Laband darin, daß er glaubt, der moderne, sich schnessenschaft der gehabt. Er muste es erst schaften, durch seine Thätigkeit ausbauen. Was die positive geltenden Rechtsquellen enthalten hätten, sei die Rechtsvordnung eines untergehenden Staates gewesen, für den aufgehenden habe es nur eine dem Altertum entnommene Idee, kein positives Recht gegeben. Das letztere muste erst aus jener Idea abgeleitet werden und hieran hätten sich in Form der Wissenschaft des allgemeinen Staatsrechts die hervorragendsten Geister aller Kulturvölker beteiligt. "Man beschäftigte sich nicht mit einem bestimmten, gegebenen Staate, sondern mit dem Staate an sich; man entwickelte eine sür alle wirklich vorhandenen Staaten passenhen, aber keinem entnommene Staatsdoftrin." Ich glaube, in § 45 den Rachemeis geführt zu haben, warum mit Recht die herrschende Anschauung für die Entstehung der Wissensche, schaft des positiven Staatsrechts eine andere Entwicklungsursache annimmt, eine Entwicklungsursache, beren Erkenntnis Keiner mehr die Wege geebnet hat, als Laband selbst, indem er a. a. D. klarslegte, wie die Rezeption des römischen Rechtes durch ihren Anlaß in erster Linie eine solche des Staatsrechts war. Es war die den veränderten sozialen und politischen Bedürsnissen nicht mehr entsprechende beutsche Gerichtsverfaffung, aus welcher bie Rezeption ber fremben Rechte entsprang enthprechence veuligie Strugisserjagung, aus (vgl. S. 29 ff. u. S. 56).

2) Agl. Stinking, Bb. II, S. 31; Laband S. 53; Gierke, Althusius S. 2 und Ge-nossenscht, Bb. III, S. 672.

3) Vor allem Besold (oben S. 209, N. 3); vgl. Stinking I, S. 667.

⁴⁾ hierüber Gierte, Althufius, G. 18 u. 19.

⁵⁾ Stinging II, S. 29.

⁶⁾ Siehe oben S. 164 bei N. 1, S. 182 bei N. 7.

biefer neugeitlichen Naturrechtslehre gilt nicht mehr, wie bas bes Mittelalters 1), als ein dem historischen Recht thatsächlich, sondern nur als ein demselben wissenschaftlich vorgehendes Recht. Es hat vor dem historischen Recht nicht mehr den Vorzug höherer äußerer, sondern nur den höherer innerer Geltung voraus?). Rachdem die Autorität der katholischen Kirche durch das Aufkommen einer anderen Claubenslehre gemindert wor= ben und katholische und evangelische Religion in wichtigen Rechtsanschauungen verschiebene Wege giengen, lag es nahe, um nicht ichon die Grundlage des Nechtssuftems, auf das man seine Beweise aufbaute, den Angriffen Anderer auszusehen, das Naturrecht auch mittelbar nicht mehr auf göttliche Bernunft gurudguführen; ein Gedanke, dem Grotius mit ben bekannten Worten klaffischen Ausbruck verlieh, bag Gott bas Naturrecht nicht abzuändern vermöge und dies Raturrecht auch bann gelten wurde, wenn es keinen Gott gabe 3). Andererseits vermochte man aber auch nicht, der menschlichen Natur als solchen eine Autorität beizulegen, welche biejenige des historischen Rechtes übertroffen hätte. Wie hatte das eine Schule thun können, die aus der Wissenschaft des positiven Rechtes herausgewachsen war und fortdauernd ihre erste Pflege bei Juristen fand! Wenn wir auch bei ben Naturrechtslehrern jener Zeit noch lesen, das Naturrecht sei, anders als das positive Recht, unabanderbar4), so will damit nicht dem positiven Recht, das zum Naturrecht in Widerspruch steht, die äußere, alle, die es angeht, formal verpflichtende, sondern nur die materielle, die innere Rraft abgesprochen sein. Nur den Sat will die Naturrechtslehre daraus ableiten, daß dem Gesetzgeber die moralisch-politische Pflicht erwächst, fold positives Recht zu beseitigen. Sie ift also in bieser Richtung nur eine Gesetgebungs= lehre 5). Wie wäre fonst auch bei dem hohen thatsächlichen Ginfluß des Naturrechts neben ihm ein historisches Recht und eine Gerichtsbarkeit und sonstige Braris und eine Wiffenschaft beffelben möglich gewesen! Als äußerlich geltendes Recht konnte das Natur= recht nur die Bedeutung einer subsidieren Rechtsquelle behalten und diese legten ihm die meisten Naturrechtslehrer fernerhin auch wirklich bei 6).

Zwei für die Geschichte des Staatsrechts wichtige Folgen dieses Wandels in dem Charafter bes Naturrechts, von welchen die eine die andere nach fich gieht, find gleich hier noch zu nennen. Sie knüpfen beide an das Aufhören jener Ableitung des Natur= rechts aus der ratio divina an. Die eine befteht in der Loslösung der Staatsrechts= philosophie von der Verbindung mit der driftlichen Staatslehre. Und dies hat nach und nach die Befreiung der ersteren und damit auch des allgemeinen Staatsrechts von der chriftlichen Moralphilosophie, die Erkenntnis des Unterschieds von Rechts= und Moral= philosophie zur Folge7).

Die Staatsrechtslehre der Monarchomachen. Nachdem dargelegt ift, in

¹⁾ Oben S. 158, N. 3 u. S. 177 bei N. 2.

²⁾ Bgl. im allgemeinen Bergbohm S. 162 ff. Alte und neue Anschauung geben jedoch lange neben einander her und vermischen fich auch. So sieht Hobbes ben Quell bes Naturrechts noch vollständig in Gott; das Naturrecht ist der eine Teil des göttlichen Rechts. Bgl. de cive (1642) Rap. 14, 4: naturalis ea (lex) est, quam deus omnibus hominibus patefacit per verbum suum

Actor 14, 4: naturalis ea (lex) est, quam deus omnibus hominibus patefacit per verbum suum aeternum ipsis innatum, nimirum rationem naturalem. Und andererseits N. 6.

3) I, 1, § 10 und Proleg. 11. Dazu Gierke, Alkhusius, S. 74. Darum vermag das Naturrecht auch sür Atheisten zu gelten. Bgl. Marchet, Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland, 1885, S. 142.

4) Z. Vylendorf, de jure naturae et gentium libri octo (zuerst 1672; zit. nach Ausg. von 1694), II, 3, § 1.

5) Vgl. Stammler a. a. O. S. 172 u. 176.

6) Vgl. Sierke, Alkhusius, S. 107, 297, 300. Bezüglich Pufendorf VIII, 1, § 2. Eine Ausnahme macht Hobbes, de civ. Kap. 3, 33 u. 27: nihil aliud quam conclusiones quaedam ratione intellectae. intellectae.

⁷⁾ Legteres befanntlich burch Thomajius, fundamenta juris naturae et gentium, 1705, I, 4, § 89 geschehen.

welcher Weise die Staatsrechtswiffenschaft in den ersten zwei Jahrhunderten der Neuzeit Bflege fand, crubrigt es noch, auf ben Inhalt biefer neuzeitlichen Staatsrechtslehre einzugehen, wobei wir jedoch nur die für die Entwicklung der Theorie wichtigsten Lehren berücksichtigen, also biejenigen, welchen nur vorübergehende Bedeutung 1) ober nur Bedeutung für ein besonderes Land?) zukam, außer Acht lassen.

Die erfte neue Lehre, welche uns begegnet und welche zugleich die ftartere Beachtung des thatsächlichen Rechtszustandes ersehen läßt, ift die Lehre, daß bei der fog. Volkssouveränität das Verhältnis zwischen Bolk und Monarch ein Vertragsverhältnis sei. Sie ist das wissenschaftliche Ergebnis jener mit dem letzten Viertel des sechzehnten Jahrhunderts in Frankreich, Schottland und Spanien im Interesse ber Betenntnisfreiheit und der ftandischen Rechte gegen die absolute Monarchie auftretenden, halb populären, halb wissenschaftlichen litterarischen Bewegung, beren Ungehörige von ihren Gegnern, ben Berteibigern bes absoluten Konigtums, Monarchomachen genannt wurden 3).

Die Monarchomachen bekämpfen nicht das Königtum schlechthin, sondern nur das an staatsgesekliche Schranken nicht gebundene. Sie wollen eine Unterordnung des Monarchen nicht blog unter jus divinum und jus naturale, sondern auch unter leges. Um solche gesetzliche Schranken behaupten zu können, ift ihnen in Ginklang mit ber bisher herrschenden allgemeinen Staatslehre 4) Subjekt der Staatsgewalt das Bolk, eine Lehre, beren Unnahme ben reformierten Monarchomachen burch die bemokratische Kirchenberfassung Calvins, ben katholischen burch bie aus ber Staatslehre ber mittelalterlichen Rirche geläufige Erwägung erleichtert war, daß, wenn die Königsgewalt vom Volke ftamme, fie niedrigeren Ursprungs als die Gewalt der Rirche sei. Sat der König kein eigenes Recht am Throne, dann kann er an Schranken gebunden fein, beren Quelle ber Wille bes Bolkes ift. Man könnte nun meinen, die Monarchomachen wurden aus diefer Pramiffe den Schluß auf willfürliche Absetharkeit des Königs gezogen haben. In Wirklichkeit thaten sie dies nicht. Sie erklären den Monarchen nur als ex justis causis absetzbar 5). Darin zeigt sich ber Einfluß ber Antike. Auch jest kann nur ber Tyrann bes Thrones verluftig gehen. Der Monarch hat also ein Recht auf seine Stellung. Dies Recht war bisher nicht konstruiert 6). Aus dem Titel der lex regia folgte eher das Gegenteil. Die wissenschaftliche That der Monarchomachen besteht darin, daß sie die Grundlage ber lex regia verwerfen?) und ein Bertragsverhältnis zwischen Bolt und Fürst annehmen8). Die historische Grundlage hiefür ift die Wahlkapitulation des deutschen Rechtes,), sie hat die lex regia der römischen Quellen verdrängt. Der Ver=

¹⁾ Wie die vom Unterschied zwischen majestas realis (des Volkes) und majestas personalis (des Fürsten); hierüber Stinging, Bb. II, S. 40 und besonders Gierke, Althusius, S. 164 ff. 2) Wie die Konstruktion des status Imperii; darüber oben S. 206, N. 1.

³⁾ Ueber fie und ihre Lehre vgl. Die icon gitierte Schrift von Treumann, Die Monarchomachen, 1895 (ftaats= und volkerrechtliche Abhandlungen, herausg. von Georg Jellinek und Georg

Meher, Bb. I, Heft 1) und Möller-Kawerau, Bb. III, S. 298, 239 und 310.
4) In der Wissenschaft des positiven Rechtes herrschte die Lehre von der legibus solutio des

Monarchen. Auch hier zeigen sich aber schon früh Bebenken. (Ulrich Zasius, 1461—1535; vgl. Gierke, Bb. III, S. 680 u. 696, N. 26.)

5) Bgl. Treumann S. 68.

6) Siehe oben S. 184 N. 5.

7) Bgl. Treumann S. 22 u. 75.

8) Bgl. Danäuß III, S. 216, Politices Christianae libri VII, Paris 1596: contractus iste populi cum illo principe (vgl. Treumann S. 73 N. 1 und S. 12). Ueber die ganze Vertragslehre ebenda S. 47 u. 54. Der erste Vertreter ist Buchanan, Sessen der den gere de jure regni apud Scotos zwar erst 1579 herausgegeben wurde, aber schon früher (vielleicht 1568), versaßt war (a. a. D. S. 13, N. 4). Er sagt: mutua igitur regi cum civibus est pactio (a. a. D. S. 54, N. 2). Sehr bezeichnend ist, daß der Vertrag zum Teil als Mandat characterisiert wird, ohne daß jedoch die Konsequenz des freien Widerruß daraus gezogen würde (S. 54 u. 68).

⁹⁾ Trenmann S. 85. Die praktische Tenbeng ber Monarchomachen ift, die beutsche Bahl-

trag hat noch keinen besonderen Namen, er heißt noch nicht pactum subjectionis, sondern contractus, pactio schlechthin, außnahmsweise Mandat 1); es wird nur hervorgehoben, daß mutua obligatio besteht2). Nachdem ebenso die Staatsentstehung, soweit von ihr überhaupt gehandelt wird3), nur auf ein Bertragsverhältnis schlechthin zurückgeführt wird, b. h. auch biefer Bertrag noch keinen technischen Namen besitt 4), ergiebt sich, baß wir erft in den Anfängen der Lehre vom staatsrechtlichen Herrschafts= und Gesellschafts= vertrage stehen.

Stellt die neue Lehre, wie angegeben, einen Fortschritt insoferne bar, als fie den Sak, daß der Monarch nur aus gerechtem Grund entsett werden kann, konftruktiv erklärt, so hatte biefelbe boch andererseits auch einen Rückschritt im Gefolge. Er liegt darin, daß durch die Annahme eines Vertrages zwischen Fürst und Volk der privatrecht= lichen Auffassung biefes Berhältniffes in erhöhtem Mage Borschub geleiftet murbe. Bisher war lettere zum Teil wenigstens durch die römischrechtliche Vorstellung von einer Uebertragung burch Geset und von einem Amte des Königs gebannt. Run sehen wir, wie auf dieses Verhältnis ohne weiteres die Einzelfähe des Privatrechts über vis, metus, fraus und dolus bei Verträgen Anwendung finden 5).

In der allgemeinen Geschichte der staatsrechtlichen Theorie knüpft sich an die Lehre von der mutua obligatio amischen Bolk und Fürst noch die wichtige Folge, daß sie bie Beranlaffung zu einem neuen Begriff ber Bolksbertretung und zur Erörterung ber schwierigen Frage der Unterscheidung der Begriffe Staat und Bolk und des Berhältnisses ber Staatsorgane zu einander wird.

Man lieft oft die Behauptung, die Lehre vom Herrschaftsvertrag habe die bisherige dank der römisch-kanonistischen Jurisprudenz vorhandene Vorstellung von einer juriftischen Persönlichkeit des Staates, habe den darin liegenden einheitlichen Staatsbegriff beseitigt. Man sagt erklärend: "Aus ben thatsächlichen Berhältnissen bes bamaligen Staatslebens tonnte ein solch einheitlicher Begriff induktiv nicht gefunden werden" 6). Allein es ift nicht an dem, daß man über der Stellung des Königs als einer dem Bolk gegenüberstehenden Partei seine Stellung als Organ des Staates vergessen hätte. Der Monarch wird nur nicht mehr, wie von der romanistisch=kanonistischen Jurisprudeng 7), Volks= Repräsentant, repraesentans populum, sondern nur caput und membrum des Staats= körpers, pars civitatis im ariftotelischen Sinn, Staatsorgan genannt8). Als Volks-

monarchie auf Frankreich, Spanien, Schottland zu übertragen. Ebenda S. 73 und Bluntschli, a. a. O. S. 85.

1) Siehe S. 216 N. 8.

2) Treumann S. 54, 62, 64.

3) A. a. O. S. 53 und Sierke, Althusus, S. 98. Jum Teil wird die Entstehung des Staates überhaupt nicht rechtlich konstruiert, zum Teil auf göttliche Stistung zurückgeführt. Dem Gesellschaftsvertrag stehen die Monarchomachen schon darum fern, weil sie aus der Lehre von der Volkssonweitätt nicht eine volke Freiheit des Individums, sondern Kechte der Stände und Kirche ihrer das Kradischung von der Volkssonweichtsten werden der Volkssonweichtsten von der über das Individuum ableiten wollen, wie die mittelalterliche Staatslehre aus der Volkssouveränität ebenfalls nicht eine Freiheit des Individuums, sondern an Stelle der Herschied eine sollssondertuntut solls es Staates über das Individuums, sondern an Stelle der Herschaft der Kirche eine som Individual-, sondern einem Sozialprinzip; ihre Lehre steht im Dienste der Konsessionen und gewisser Ninderheiten (vgl. Diegel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bb. IV, S. 568—570; Treumann S. 50 st.). Daher ist auch der dem Monarchen gegenüberstehende Vertragsteil des Work offensiversites (France von S. E.) viele der die vielenschaften Vertragsteil des Work offensiversites (France von S. E.) tragsteil das Bolk als universitas (Treumann S. 55), nicht die vielköpfige Menge. Der Einzelne hat aus dem Vertrag weder Recht noch Pflicht gegenüber dem Monarchen.

⁴⁾ Es wird nur von der societas civilis gesprochen, die durch pactum entsteht. Ueber einzelne neuzeitliche Vorläufer der Monarchomachen Gierke, Althusius S. 97.

⁵⁾ Treumann S. 54 u. 55.
6) So wieder Treumann S. 58, 37, 85 und Jellinek, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte S. 27.

⁷⁾ Egl. bei Gierte S. 596, R. 216: Balbus Rubr. c. 10, 1, nr. 12 (princeps repraesentat illum populum); ferner ebenda S. 606.

⁸⁾ Siehe Belege bei Treumann S. 58.

repräsentant, als Volksvertreter 1) erscheinen nur die niedrigeren Magistrate und die Romitien, welche bie Rechte2) bes Bolles aus bem Serrichaftsvertrag gegenüber bem Fürften zu mahren haben. Freilich tritt diese Unterscheidung zwischen Staat und Bolt nur in der unbewußten Wahl verschiedener Ausdrücke hervor. Ein klares, wiffenschaft= liches Bewuftsein bes Unterschieds fehlt noch, benn Boucher jagt ausbrücklich, populus und res publica ober regnum seien identische Begriffe 3); als Bertragsteil wird die "universitas des Bolkes" angesehen4). Des weiteren ergibt dieser neue Begriff der Bolksvertretung eine neue Auffaffung bes Berhältniffes ber übrigen Staatsorgane jum König. Auf ben Monarchen ift vom Bolke nicht alle Gewalt übertragen. Das Bolk hat sich nicht bedingungsloß unterworfen. Es wird nicht mehr, wie bisher, die Gewalt aller anderen Organe von der des Königs abgeleitet. Auch die Magistrate außer dem König, der magistratus summus oder perpetuus ift 5), sind der Herrschaft teilhaftig 6); die ersten Anzeichen einer organisatorischen Trennung der Gewalten in der Neuzeit, wenn auch eine andere Erklärung, als die von dem Borhandensein einer gemischten oder zusammengesetzten Staatsform, hiefür noch nicht gegeben wird?). Es wäre noch die Frage, welche Rechtsschranken für den König bestehen. In dieser Beziehung erweist sich die Lehre als noch unausgebildet. Die Schranken sind die leges des Volkes. Als solde leges des Bolkes werden aber auch die Bedingungen des herrschaftsvertrages, bie leges fundamentales, wie die nur unter Mitwirfung des Bolfes zustande gekommenen Gefete bes Königs angesehen. Beibe werben eben als ausschlieglich vom Bolke aus= gehend fingiert. Indem man die Bertragsnatur ber Berrschaftsbegründung vergißt, fagt man, der König sei den Gesetzen unterthan, quia lex facit regem 8).

Um den Zusammenhang der allgemeinen Staatslehre mit der römischrechtlichen Jurisprubenz zu bokumentieren, fei zum Schluß noch barauf hingewiesen, daß einer ber französischen Monarchomachen, Hotoman (1524-1590)9), zugleich ein hervorragendes Mitglied der eleganten Rechtsschule Frankreichs war.

§ 48. Bodin. Cbenfalls noch dem 16. Sahrhundert und dem gleichen Lande, aus dem die Lehre der Monarchomachen in erfter Linie hervorgieng, gehört das Werk des Juristen und Parlamentariers Jean Bodin les six livres de la République an. Es ericien 1577 und wurde 1586 von feinem Berfasser felbft unter vielfacher Berbesserung, besonders schärferer Formulierung der Begriffe jum Zwecke weiterer Berbreitung in das Lateinische übertragen. Die Bebeutung bieses Werkes für die Zeit seiner Entstehung wird durch die Thatsache veranschaulicht, daß es in einer für den damaligen Bilbungsftand verhältnismäßig furzen Zeit eine Reihe neuer Ausgaben fowohl in fran-

¹⁾ Junius Brutus (Subert Languet), Vindiciae contra tyrannos, 1579: magistratus nempe rege inferiores a populo delectos et alia ratione constitutos quasi imperii consortes et regum ephoros qui universum populi coetum repraesentant. Intellegimus etiam comitia, quae nihil aliud sunt, quam regni cuiusque epitome, ad quae publica omnia negotia referuntur (Treu-mann S. 55, R. 7 und S. 12).

²⁾ Recht auf Erfüllung ber Pflicht, nach den Gesetzen zu regieren (non populos propter magistratum [im weiteren Sinne] sed contra magistratus propter populum fuisse creatos; Treumann S. 62, 60, 70).

3) Boucher, de justa Henrici III abdicatione 1591: ut populum ac rempublicam seu

regnum (quod idem esse constet) . . . conjunctim proferamus; vgl. Areumann S. 17, N. 1.
4) Siehe Treumann S. 55 und dazu wieder die Stelle aus Hotoman, Francogallia, 1573: rex princeps est unicus et singularis, regnum vero ipsa civium et subjectorum universitas. 5) Treumann S. 60, 73, 74.

⁶⁾ Siehe N. 1 und bazu Treumann S. 56, 71, 79.
7) Ebenda S. 73.
8) Ebenda S. 59, 61, N. 6 u. 77.
9) Bgl. ebenda S. 11 und Loffen a. a. D. S. 25. Er entstammte der schlessischen Familie Autmann; bgl. Böhlau, Kritische Vierteljahrsschrift, 1884, S. 6 und 31.

zösischer wie lateinischer Fassung erfuhr 1). Die Bedeutung liegt teils im Inhalt teils in der Form. Ersterem verdankt das Buch seinen praktisch-politischen Ginfluß. ftellt sich die Verteidigung einer von ftandischer Mitwirkung freien und an das Prinzip ber Bekenntnisfreiheit als Rechtsprinzip nicht gebundenen Fürftensouveränität gegenüber ben Monarchomachen zur Aufgabe2), betrifft also die wichtigften politischen Fragen, welche das öffentliche Leben der Zeit beschäftigten. Seiner Form verdankt bas Buch das hohe miffenschaftliche Ansehen, welches ihm überall, in Deutschland, England, Spanien und ben Niederlanden, zu teil ward. Der Borzug seiner Form beruht auf der gelungenen Anwendung des oberften Prinzips der ramistischen Methode. Bodin geht grundsätzlich von formulierten Definitionen aus, die er dann in partes und species zerleat3). burch die Definition gegebene Anordnung des Stoffes nicht gerade immer auch ftreng logisch burchgeführt ober die Durchführung oft burch eine erdrückende Masse geschichtlicher Belege unterbrochen, seinen Ruhm verdankt das Buch bennoch seinen pragnanten Definitionen. In der Folge trug jum Unsehen Bobins nicht felten bei, daß meift nur feine Definitionen, nicht bagegen die oft einschränkenden Erläuterungen Beachtung fanden, indem es fo leichter war, etwas für Bobins Meinung auszugeben, was wohl der poli= tischen Auffassung späterer Zeit, nicht aber berjenigen Bodins entsprach.

Bodins Buch ist seinem Inhalte nach encyklopädische Staatswiffenschaft, Politik in diesem Sinne; es enthält vorwiegend theoretische Politik, Staatswirtschaftslehre und Staatengeschichte, in zweiter Linie auch Staatsrechtsphilosophie und Staatsrecht 4). allgemein historischen Zusammenhang betrachtet, ift bas Werk antik, was ben Gang ber Untersuchung und die Stellung der Probleme anlangt — Bobin folgt hierin ben Politika des Ariftoteles -, modern bagegen in den einzelnen Lehren 5). In dieser Richtung ift das Werk eine wissenschaftliche Berarbeitung der praktisch-politischen Sbeen ber Säupter ber französischen Magistratur jener Zeit, welche zugleich bie Führer ber

Partei der sog. Politiker waren 6).

Die besondere Bedeutung des Buches für die Geschichte der Staatsrechtswissenschaft, auf welche wir näher einzugehen haben, besteht barin, daß Bobin staatsrechtsphilo= jophisch festgestellt hat, worin das staatsrechtlich megentlichste Moment des Staatsbegriffes besteht und welches das staatsrechtliche Unterscheidungsmerkmal der verschiedenen Staatsformen ift. Bodin beseitigt die in diefer Sinficht seit der Antike bestehende Ber= mengung ftaatsrechtlicher und politischer Betrachtung. Freilich wird dieses Berdienft wieder in etwas geschmälert. Bobin ift keineswegs zu einer klaren Erkenntnis bes Gegensates von ftaatsrechtlicher und politischer Betrachtung des Staatsbegriffes und der Staatsformen durchgedrungen; so, daß er etwa auch den politischen Staatsbegriff und bie politische Einteilung ber Staatsformen bargelegt hatte. Bobin gelangte zu seiner Lehre nur dadurch, daß er die höchfte Gewalt des ariftotelischen Staatsbegriffes ausschließlich rechtlich auffaßt. Daß Ariftoteles diese höchste Gewalt sozialpolitisch verstand, beffen Cinteilung der Staatsformen, sozialpolitisch aufgefaßt, zutreffend war, entgeht ihm. Er halt die aristotelische Einteilung schlechthin für unrichtig, weil sie ihm von seinem

¹⁾ Bgl. die noch nicht einmal erschöpfende Aufzählung bei Hancke, Bodin, Eine Studie über den Begriff der Souverämität, 1894, S. 7 (siehe oben S. 205 N. 5).

2) Fierüber Treumann S. 38.

3) Siehe oben S. 207, N. 2.

4) Er sagt selbst I, 1, S. 5: nec tamen rempublicam idearum sola ratione terminare decrevimus, qualem Plato qualem etiam Thomas Maurus inani opinione sidi finxerunt, sed optimas quasque civitatum florentissimarum leges quantum quidem fieri poterit proxime consequemur.

⁵⁾ Bgl. Stahl, Geschichte der Rechtsphilosophie, 2. Aufl. (1847), S. 81. 6) Siehe Staatslerikon, Bb. I, S. 1089; Binntschli a. a. O. S. 29; Janet an bem S. 2 N. 2 genannten Ort, Bb. II (1887), S. 105 ff.

cinscitia staatsrechtlichen Standpunkte aus als sehlerhaft erscheint. Wir werden sehen, wie auch er staatsrechtliche und politische Elemente vermengt.

Diese Charakteristik ber historischen Bedeutung Bodins soll durch die nachfolgende Erörterung der einzelnen Staatslehren Bodins gerechtsertigt werden 1). Es ist die De= finition bes Staatsbegriffes, welche hier vor allem in Betracht zu ziehen ift.

Der Staat wird von Bodin gleich im ersten Kapitel bes ersten Buches befiniert als familiarum rerumque inter ipsas communium summa potestate ac ratione moderata multitudo, bem Wortlaut nach ein von einer hochften Gewalt und von ber Bernunft regierte Bielheit von Familien und ber ihnen gemeinsamen Guter, bem Ginne nach, wie aus anderweiten Bemerkungen zu entnehmen, die durch eine höchste Gewalt und durch Gerechtigkeit regierte Bereinigung mehrerer Familien unter Borhandensein eines von bem Familien- und Brivateigentum getrennten öffentlichen (Staats-) Bermögens?). Diese Definition zeigt zunächft, daß wir es nicht im geringsten mit einer rein staatsrechtlichen, viel= mehr mit einer enchklopäbisch gemischten Definition zu thun haben. Bezüglich bes Merkmals einer Bielheit von Familien könnte an ein staatsrechtliches Merkmal gedacht werden, insofern, als es auch für ben Staat im Rechtssinne von Bedeutung ift, daß ber Staat eine über den Kreis einer Familie hinausgehende Personenmehrheit voraussett, allein nicht dies rechtlich bedeutsame, sondern ein kulturhistorisch wichtiges Clement, die Thatsache, daß der Staat, kulturhiftorisch betrachtet, aus einer Bereinigung mehrerer Familien hervorgieng, will Bodin damit hervorheben. Die Staatsangehörigen im Rechtssinne find ihm nicht die Familien, sondern die Individuen. Est autem civis nihil aliud quam liber homo qui summae alterius potestati obligatur 3). Zwei andere Elemente, bie Notwendigkeit eines bom privaten Familiengut verschiedenen Staatsvermögens und bie Regierung burch Gerechtigkeit, erweisen sich lediglich als politische Bestandteile der Begriffsbestimmung. Beibe werden nur als für den Staat zwedmäßig charakterisiert. Für bas erfte Erfordernis wird angeführt, das Gegenteil, daß bas öffentliche Gut ein allen Staatsangehörigen gemeinsamtes Privateigentum bilbe, b. h. Gütergemeinschaft bestehe, sei dem Frieden unter den Staatsangehörigen mehr hinderlich, als fördersam4). Und ratio ober, wie sie an der betreffenden Stelle umschrieben wird, decus und honestas werden nur für die respublica bene instituta verlangt 5). Es bleibt noch ein Clement, summa

¹⁾ Bgl. zur Lehre Bodins im allgemeinen die Referate von Vorländer, Geschichte der philosophischem Moral, Rechts- und Staatslehre der Engländer und Franzosen, 1855, S. 144ff.; Bluntschli S. 31ff. und Gierke, Althusius, S. 151 u. 152.

2) Daß ratio mit Gerechtigkeit wiederzugeben ist, beweist einmal die in I, 8 stehende, auf die erste Stelle zurückweisende Staatsdesinition recta plurium familiarum et rerum inter ipsas communium cum summa perpetuaque potestate gubernatio, eine Definition, die sich eng an die französische (zitiert nach einer Ausgabe von 1599) in I, 1 anschließt (république est un droit gouvernement de plusieurs mesnages et de ce qui leur est commun, avec puissance souveraine), und dann die nähere Begründung, warum dieses Moment der Leitung durch ratio ersorderlich sei; es sei erforderlich, um den Staat von einer Räubergenossensschaft (latronum ac piratarum coetus) zu unterscheiden (I, I, S. 1). Die angegebene Bedeutung von rerumque inter ipsas communium erflärt einmal eine Stelle in I, I, S. 4, wo es heißt, die drei hauptsächlichsten Elemente des Staatsbegriffes seien familia, imperandi potestas et ea quae civitatis communia sunt und dann die Aussührung in I, 2, S. 18: quemadmodum igitur respublica est legitima plurium familiarum zeichneten drei Merkmale bespricht er das ratione moderata mit der dem logischen Ausbau und der Wortfolge seiner lateinischen Definition burchaus nicht eutsprechenden Begrundung: primum rempublicam diximus ratione moderatam esse oportere (S. 1).

⁴⁾ I, 2, S. 19.

³⁾ I, 6 S. 71. 4) I, 2, S. 19. 5) I, 1, S. 4. Die Richtung der Regierung ad verum decus et honestatem, welche durch

potestas. Diese allein ist staatsrechtlich gedacht. Es ergibt dies die Art, in welcher Bobin das Borhandensein derselben im Staate nachweift. Es geschieht durch Aufzählung einzelner, bestimmter Merkmale, von welchen Bodin behauptet, sie stünden der summa potestas ausschließlich zu; fanden sie sich auch in der Hand von Magistraten oder Unterthanen, bann verdiene die summa potestas nicht mehr so genannt zu werden, will sagen, sei keine summa potestas mehr vorhanden 1). Daß diese Merkmale ausschließlich dem summus princeps guftunden, beweift Bobin aber in rechtsvergleichender Weise aus bem positiven Recht 2). Darum ist dies Element des Staatsbegriffes von juristischem Charakter3).

So stellt sich ber Staatsbegriff Bodins als eine Mischung aus Elementen ver= schiebener Wiffensgebiete bar, ein Beleg für ben universellen Charakter ber "politischen" Wiffenschaft jener Zeit, unter beren erften Bertretern wir oben 4) Bobin genannt haben. Wir wenden uns nunmehr dem staatsrechtlichen Teil dieses Begriffes des näheren zu. Bobin felbft nennt ihn ben für bie Erkenntnis ber Natur bes Staates wichtigften und notwendigsten 5).

bie ratio herbeigeführt wirb, ift ber Bobin'iche Staatszweck. Er steht an Stelle bes aristotelischen εδ ζην. Diefen Zweck halt er für falich. Denn ein Staat konne ein guter sein, auch wenn er burch Unglud niedergedrudt fei, und umgekehrt fei ein Staat, der fich eines fruchtbaren, reichen Landes und ftarter Bevolterung, alfo eines gludlichen Lebens erfreue, boch gewiß fein guter, wenn er in alle Laster und Schlechtigkeiten versunken sei (I, I, S. 4).

1) I, 10, S. 231: ut igitur ab omnibus qui qualisque sit summus idem maximusque

princeps intelligatur, certis quibusdam minimeque vulgaribus notis definiendus est, nam quae summi principis propria sunt si eadem subditorum communia faciamus nemo summi principis appellatione dignus est. Stenio I, 10, S. 234: jura majestatis eiusmodi esse necesse est, ut summo quidem principi tribui, magistratibus aut privatis non possint, aut si summis principibus et privatis communia sint, jura majestatis esse desinant.

2) Die der summa potestas eigentümlichen Rechte (propria jura majestatis) find das Recht der Gesetzgebung gegenüber allen Unterthanen (nicht das Recht der Gesetzgebung schlechthin, sondern nur dieje Gejeggebungsgewalt über alle Staatsangehörigen; vgl. I, 10, S. 237: illud tamen teneamus jubendae legis potestatem eorum tantum esse qui summum imperium habent, sed est qui jubendae legis potestatem eorum tantum esse qui summum imperium habent, sed est qui suis imperiis non modo singulos sed etiam universos obligare possunt; ebenso S. 240 und I, 8, S. 145), das Recht zu Kriegserklärung und zu Friedensschlüß (I, 10, S. 244), die Beamtenernenung (S. 248), oberste Richtergewalt (S. 255; ein Teil davon die Begnadigung), Recht auf Treue und Gehorsam (S. 262), Münzrecht (ebenda), Anspruch auf Abgaben und Tribute (S. 265). Nicht zu dem Majestätsrechten zählt er die öffentlichen Wege, das Salzregal und das Recht auf erbloses Gut. Im einzelnen über die Majestätsrechte Hande S. 51—83. Die Kirchenhoheit läßt Bodin beiseite (Hande S. 84 st.), bezeichnend für den von ihm als ethisches Prinzip vertretenen Grundsah der Toleranz (dazu Windelband, § 32, S. 337).

3) Den positivrechtlichen Charatter dieser Beweissührung bestätigt noch ausdrücklich solgender Sah (I, 10, S. 269): quamquam juris consulti juniores centum et quinquaginta capitidus jura siscalia certe nimis erudita et curiosa subtilitate investigarunt sed ita ut ex und decem essentiant, quo plura videantur; et jura majestatis cum jure siscali quod privatorum etiam pro-

ciant, quo plura videantur; et jura majestatis cum jure fiscali quod privatorum etiam proprium est et publica privatis confundunt et miscent. Nam jus nundinarum ad solius principis beneficium ut caetera privilegia pertinet. Außerdem bestätigt densessen auch noch die Begründung, mit welcher Bodin die aristotelische Dreizahl der Staatssunktionen als nicht zutressende Umschreibung der Rechte der summa potestas zurudweist. Er zählt geschichtliche Belege dafür auf, daß jurisdictio auch ben Magiftraturen und magistratuum creatio auch Unterthanen gutomme. Und daß das consilium kein wesentliches Majestätsrecht bilde, gehe daraus hervor, daß in der unmittelbaren Demofratie (status popularis) die herrschende Menge consilio ac prudentiae inimica sei (I, 10, 6. 235). Davon, daß Aristoteles von Bodin gründlich migverstanden wurde, ift hier nicht zu reben. S. 235). Davon, daß Artifoteles von Bodin grundlich mitgerhanden wurde, is hegründe Bodin das Merknal der summa potestas politisch. Es heißt dort, gleich nach Wiedergabe der Bodinschen Staatsdefinition: this power somewhere is necessary to an independent State and its presence is the test of national independence. Offendar will Polloc damit den Sah in I, 10, S. 244 umschreiben, daß beinahe kein Majestätsrecht wichtiger (maius) sei, als das Recht über Krieg und Frieden, quia saepissime ab exitu delli reipublicae extitum aut status pendet. Allein dies Begründung ist ja nicht für die summa potestas als solche gegeben, sondern dasür, daß dieses Necht über Krieg und ker Krieg und den Krieg und den Krieg der Krieg und Krieden, das der Krieg und Krieden, das der Krieg und Krieden, das der Krieg und ker Krieden, gegeben, sondern dasür, daß dieses Necht und der Krieden aus als gegeben, sondern dasür, daß dieses Necht in der Reihe der Majestätsrechte gleich nach der Gesetzgebung an alle genannt wird.

4) S. 209, N. 3. 5) I, 8, ©. 123: principio definienda est majestas quam nec philosophorum nec juris-

Bis jett vermögen wir diese summa potestas nicht anders zu definieren als dabin. daß wir sagen, dieselbe besitt jeder, der die von Bodin aufgezählten Ginzelrechte hat. Und es tritt die Frage auf, wie kommt Bobin dazu, benjenigen, ber diese Rechte hat, als summa potestas zu bezeichnen.

Bodin selbst gibt hierüber keinen unmittelbaren Aufschluß. Seine Ausführungen rechtfertigen jene Bezeichnung fo weit, daß gesagt werden tann, der Inhaber dieser Rechte hat eine Macht über alle anderen in dem gleichen Gebiet befindlichen Rechtssubjekte, eine höhere Macht als diefe, ist also im Besit der höchsten Macht nach Innen. Es ergibt fich dies aus dem ersten in der summa potestas enthaltenen Recht, dem Gesetgebungs= recht über alle Staatsangehörigen 1). Eine Unabhängigkeit von einer anderen außerhalb bes Staatsgebietes befindlichen Gewalt läßt sich bagegen aus seiner Aufzählung ver= ichiebener Rechte nicht ableiten und damit scheint in Ginklang, daß Bobin bie summa potestas in ber französischen Ausgabe souveraineté, in ber lateinischen auch majestas nennt. Souveranität bedeutete aber bisher, wie wir wissen 2), ebenso, wie superioritas, nur ein Söher-, nicht ein Zuoberftsein und von majestas fagt Bobin felbst, bag es nach Festus ethmologisch mit magnitudo, also einsacher Größe zusammenhänge3). Allein Bodin geht weiter und fagt, wer diese Rechte besitzt, hat die höchste Gewalt auch in bem Sinn, bag er von feinem augerhalb biefes Gebietes befindlichen Soberen außer von Gott abhängt. Habet majestatem qui post Deum immortalem se ipso majorem videt neminem 4). Fragen wir nach einem Beweiß für biesen Sat, fo fehlt ein solcher. Jener Sat findet seine Erklärung lediglich barin, baf Bobin die Gewalt, welche alle diese Rechte hat, in Nachahmung des aristotelischen άρχη αυρία πάντων 5) summa potestas nennt. Allein Aristoteles versteht dieses αόριον πάντων nur von der Souveränität nach Innen. Unabhängigkeit nach Außen erscheint ihm für ben rechtlichen Staatsbegriff nicht erforderlich 6).

Dieser summa potestas in seinem Sinne legt Bobin nun eine Reihe von Merkmalen bei, die er alle a priori aus bem Begriff bes Sochsten ableitet. Für einen Teil derfelben, für die Clemente "dauernde" und "an Gesetze nicht gebundene Gewalt", bringt Bodin zwar auch rechtsvergleichende Belege bei, indem er nachweift, daß man folchen Inhabern bieser Majestätsrechte, welchen bieselben nur auf Widerruf guftanben, positivrechtlich nicht majestas zuerkenne, und daß in einer Reihe von Staaten die Inhaber der

consultorum quisquam definiit, quam tamen nihil ad reipublicae naturam intelligendum maius aut maius necessarium esse videatur.

²⁾ Siehe oben S. 193, R. 2. 1) S. 221, N. 2.

³⁾ Wir werden heute fagen, die Ableitung von maior ift richtiger. Der Stamm ift mag; davon magjor, magsimus, also majestas als magjestas näher an maior, majestas somit der Zu= ftand einer Berfon, welche im Bergleich mit anderen größer, erhabener ift. Go auch Rnitfcth

a. a. D. S. 35. 4) I, 8, S. 126; I, 9, S. 169; I, 10, S. 230; I, 8, S. 133: eum autem qui jura majestatis habeat nullius imperii teneri oportet.

habeat nullius imperii teneri oportet.

5) Siehe S. 76, N. 4. Dazu I, 8, S. 123.

6) Bgl. oben S. 81 u. 83. — Vertragsmäßige Bezahlung eines Tributs an einen anderen Staat, Schukverhältnis (Klientel) zu einem solchen und Bassallung eines Tributs an einen anderen Staat, Schukverhältnis (Klientel) zu einem solchen und Bassallung ich Bedrück werinder. Bgl. darüber näher Hande S. 12 st. Die Begründung läßt bezüglich des zweiten und dritten Punttes freilich zu wünschen übrig. Hischich des ersteren heißt es, das Klientelverhältnis begründe nur eine Berpssichtung, die majestas der anderen comiter zu observieren, also nur eine Anstands=, keine rechtliche Gehorsamspslicht (erstere wird auch dem Kaiser gegenüber dem Papste auferlegt, vgl. I, 8, S. 137). Und der in der Bassallität enthaltene Gedanke der Unterordnung wird in der Weise beseitigt, daß gesagt wird, die durch die Vassallität begründete Unterordnung sei nur eine durch das Lehensgut vermittelte, hebe also, soweit daneden noch allodiale Herrikaat vordanden sei, die Unabhängiafeit nicht auf (Sanck S. 16 st.). — Ueber die historischen Herrschaft vorhanden sei, die Unabhängigkeit nicht auf (Hancke S. 16ff.). — Ueber die historischen Grunde des erweiterten Souveranitätsbegriffes f. Gierke, Althufius, S. 140 oben (Opposition gegen das kaiserliche imperium mundi).

Majestätsrechte legibus soluti seien oder doch gewesen seien 1), allein in erster Linie steht boch auch hier ber rein logische Beweis, daß biese Eigenschaften aus dem Begriff bes Höchsten folgten. So heißt es bezüglich des Merkmals der dauernden Gewalt d. h. des Borhandenseins eines Rechtes auf die Gewalt gang furg: Diejenigen, welchen die summa potestas nicht dauernd, sondern nur auf Zeit übertragen sei, non summi principes dici possunt (b. h. logischermeise), sed potius summae potestatis ac imperii custodes tamdiu sunt²). Noch deutlicher zeigt es sich für das Merkmal der legibus solutio. In Bezug hierauf sagt Bobin3): sic quoque summum imperium conditione aliqua vel lege datum summum non est nec legibus solutum. Wie diese Begründung ersehen läßt, wird aus dem Begriff des Söchsten noch ein weiteres Merkmal abgeleitet, das der vollen Schrankenlosigkeit); die summa potestas ift ab omni conditione libera 5). Ein lettes Merkmal ift endlich die rechtliche Unverantwortlichkeit: princeps populusque, in quibus majestas inest, rationem rerum gestarum nemini praeterquam immortali deo reddere coguntur 6).

Es erübrigt in diesem Zusammenhang noch, nachdem wir den Begriff der majestas im Sinne Boding formuliert haben, die Stellung dieses Begriffes innerhalb der Staatsbefinition Boding zu betrachten. Un fich könnte man nach bem Inhalt, ben er dieser majestas gibt, meinen, er ibentifiziere fie schlechthin mit Staatsgewalt. Allein in Wirklichkeit

¹⁾ Bgl. I, 8, S. 124 ff., 129 ff. Der Gegensatz zur potestas nullum exitum habitura (S. 128) ift die potestas precaria der Magiftratur (S. 126, 127, 128). Der Gegensat wird rechtlich gefaßt als der von possessor ac proprietarius auf der einen, procurator, commissarius, curator auf der anderen Seite (S. 125 u. 127). Einmal heißt es ganz modern vom Magistrat: aliena potestate utitur (S. 129).

2) I, 8, S. 123.

3) Ebenda S. 130.

4) potestas infinita (I, 10, S. 234), Gegensas potestas imminuta (oben S. 213, N. 5).

⁶⁾ S. 126. Die drei ersten Merkmale giebt gut der gelegentlich der Einzelerörterung vorgebrachte Sat (I, 8, S. 125): majestas nec maiore potestate nec legibus ullis nec tempore definitur (la souveraineté n'est limitée ni en puissance ni en charge ni à certain temps). Hande (S. 8 u. 20) fieht in dem en charge sediglich den Ausdruck dafür, daß die Souveränität eigenes, nicht vertretungsweise ausgeübtes fremdes Recht ift. — Aus der Bobin'ichen Definition ber Souveranitat (S. 123: majestas est summa in cives ac subditos legibusque soluta potestas bezw. la souveraineté est la puissance absolue et perpetuelle d'une république) Iassen sid die bezw. la souveraineté est la puissance absolue et perpetuelle d'une république) lassen site genaunten vier Merkmale wohl ableiten, aber nicht alle sosort erkennen. — Was den Begriff lex in der Verbindung legidus solutus angeht, so ist zu bemerken, daß sich in Vodink Darskellung ein engerer und ein weiterer Gesetzebegriff unterscheiden läßt. Als lex im eigentlichen Verstande (leges propria sui acceptione definiemus) bezeichnet Bodin in I, 10, S. 235: recta summae potestatis jussa, sive unius sive omnium sive paucorum sit potestas. Wir dürsen darunter wohl die vom Staat erlassenen Rechtsvorschriften verstehen (Jellinek, Geseh und Verordnung, S. 43: nur allgemeine). Außerdem nennt er aber Geseh auch jussum summae potestatis schlechthin (est enim lex nihil aliud quam summae potestatis jussum (I, 8, S. 159, III, 5, S. 476), und an einer Stelle (I, 8, S. 133) sagt er ausdrücklich; legis autem verdo imperium quoque signiscatur eius, in quo reipublicae majestas inest, so daß ihm hier Geseh gede Aeußerung der Staatsherrschaft ist. In diesem weiteren Sinne ist das Wort Geseh genommen, wenn B. daß Gesehgebungsrecht als daßenige Majestätsrecht bezeichnet, auß welchem alle anderen kießen (I, 10, S. 243: hac igitur jubendae ac tollendae legis summa potestate caetera majestatis capita venire perspicuum est, jubendae ac tollendae legis summa potestate caetera majestatis capita venire perspicuum est, ut verissime dici possit summum reipublicae imperium una re comprehensum: scilicet universis ac singulis civibus leges dare, a civibus accipere nunquam; nam bellum hostibus suo jure indicere aut pacem cum iisdem inire, tametsi diversum quiddam habere videntur a legis appellatione, hac tamen lege id est summae potestatis jussu fieri constat). Die Aufzühlung weiterer Majestätsrechte nach dem Gesetzgebungsrecht wird sogar ausdrücklich damit motiviert, daß legis verbum latissime patet (I, 10, S. 244). In der Zusammensetzung legibus solutus ist lex in weiterem Sinne gemeint, also unter legibus solutio Entbindung von jeder Herrschaft gemeint. Das ergibt ber Sat: majestatis primum caput est universis ac singulis leges dare iisque imperare (II, 1, S. 275; dazu I, 8, S. 244: secundum caput: bellum indicere aut pacem inire).

— Eine Konjequenz ber legibus solutio ift das Nichtgebundensein an die eigenen Geset, wie an die bes Borgangers. Im ersteren Falle ift die Erklärung: sibi ipsi vero imperare nemo potest (S. 134), im zweiten: aequalibus imperare ex lege nemo potest.

ift fie ihm nicht basselbe, wie Staatsgewalt, sondern eine mit der Staatsgewalt, Staats= regierung nur verbundene Gewalt. Unter Staatsgewalt, Staatsregierung verfteht er auch die Thätigkeit der Magiftratur. Er tennt eine Staatsregierung ohne und eine Staatsregierung mit Majestätsrechten; die eine fteht der Magistratur, die andere der summa potestas zu. Nur so erklärt sich die eigentümliche Kassung des Staatsbeariffes mit recta plurium familiarum ac rerum inter ipsas communium cum summa perpetuaque potestate gubernatio 1). Daraus ergibt sich auch seine besondere Defi= nition bes Staates. Bobin nennt ben Staat zwar auch ein von ber Summe ber Einzelnen verschiedenes corpus universitatis2), allein spezifisch staatsrechtlich faßt er ihn boch als ein Berhältnis zwischen Regierenden und Regierten, zwischen gubernatio einer=, cives und subditi andererseits auf. Die majestas rei publicae, von welcher Bobin an verschiedenen Stellen fpricht3), ist keine Gewalt beg Staateg, sondern über ben Staat. Die Souveränität ist keine Gewalt des Staates, sondern des Tragers der Staatsgewalt. Dieser ist zugleich Subjekt ber Staatsgewalt4). Bobin kennt keine Staats=, fondern nur eine Staatsorganssouveränität. Das zeigt einmal, daß das Merkmal perpetua potestas in den Souveränitätsbegriff mitausgenommen wird, wozu die precaria potestas, die leicht zurückgenommen werden kann, das Gegenüber bilbet 5), und das zeigt zum anderen, daß den Gegensatz zur majestas die celsitudo und serenitas nicht souveräner Fürsten bilbet 6). Es werben baher auch princeps und populus als diejenigen bezeichnet, in quibus majestas inest?). Man könnte geneigt sein, die Souveränität Bodins als "Eigenschaft" eines Staatsorgans zu bezeichnen, allein bem widerspricht, daß sie nicht blos die Eigenschaft der Unabhängigkeit, sondern auch einen bestimmten Inhalt, eine bestimmte Summe von Hoheitsrechten verbunden mit der Eigen= schaft bes Zuoberstseins bedeutet; modern ausgedrückt, ist die Souveranität Bodins nicht blog bie Gigenschaft ber vollen, b. h. ber äußeren und inneren, ber absoluten Souveränität, sondern die Staatsgewalt mit dieser Eigenschaft, die schlechthin souverane Staatsaewalt.

Bergleichen wir zum Schluß diefe Lehre Bodins mit der Lehre von der autoritas Imperii bei Aeneas Sylvius, fo liegt, abgesehen bavon, daß die summa potestas der autoritas Imperii nicht einen in bestimmte Einzelrechte zerlegbaren Inhalt hat, fondern schlechthin die Eigenschaft der oberften Gewalt bedeutet, der Sauptunterschied barin, bag bie Souveränität hier bie Cigenichaft eines Staatsorgans, bort bes Staates, des Imperiums selbst ift's). Es brangt sich die Frage auf: worauf führt diese Berschiedenheit der Meinungen zurück? Die Antwort liegt nahe. Die Theorie Bodins ift auf einem anderen Boden entstanden, als die von Aeneas Sylvius. Wie bie gange Lehre Bodins, so ist auch diese Besonderheit der wissenschaftliche Ausdruck der That= fache eines ftarken Königtums, wie es in dem Frankreich jener Tage bestand. Die

¹⁾ Französisch: un droit gouvernement . . . avec puissance souveraine (oben S. 220, N. 2). Unbegreiflich ift die Nebersehung von droit gouvernement mit Rechtsordnung bei Lingg, Empirische Untersuchungen zur allgemeinen Staatslehre, 1890, S. 221.

²⁾ I, 8, S. 145: est enim corpus quoddam universitatis a singulis potestate et natura divisum. I, 6, S. 80: universitas... omnium civium corpus coactum.

3) 3. B. I, 8, S. 133 u. 147: ita fiet ut reipublicae majestas mox in hanc mox in illam partem inclinet. Nicht ber Staat, sondern "Personen" haben die jura majestatis (II, 1: dispiciendum est quae in republica personae jura majestatis habeant).

⁴⁾ hiezu Gierfe G. 159.

⁵⁾ Î, 8, S. 127, und oben S. 223, N. 1. 6) I, 10, S. 233 238; fie haben, nach der Sprache der damaligen Zeit, nur eine subalterna potestas. Bgl. Gierke III, S. 559, N. 105 und Althusius S. 187, N. 187 u. S. 245: Bejolb, de statu reipublicae subalterno in ben discursus politici, 1623.

⁸⁾ Oben S. 200, N. 9. 7) I, 8, \(\varepsilon\). 126.

dreifache Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit gegenüber Raiser, Kirche und Stände, welche ber frangösische Rönig in ben letten Jahrhunderten bes Mittelalters und am Beginn der Neuzeit erworben hatte, mußte in der Auffassung des Staatslebens den Gedanken einer Staatspersönlichkeit neben der machtvollen Herrscherpersönlichkeit mehr und mehr verschwinden laffen, mährend umgekehrt im Reiche die zunehmende Bedeutung des Reichs= tages den Volksgedanken gegenüber der Monarchenperfönlichkeit nur noch mehr befeftigte. In rein wissenschaftlicher Sinficht hängt die Lehre Bodins enge mit der mittelalterlichen Theorie des Reichsstaatsrechts zusammen und stellt die glückliche Verbindung eines ariftotelischen Gebankens und ber Lehre ber romaniftisch-kanoniftischen Jurisprudeng bar. Bei Aristoteles findet Bodin die Verfassung als Ordnung der über alles herrschenden Gewalt im Staate befiniert 1). Er verbindet diefen von Aristoteles in sogialpolitischem Sinne gemeinten Gedauten mit der Lehre der romanistisch=kanonistischen Rorporations= lehre von den universitates superiorem non recognoscentes. Eine universitas, welche de jure keine höhere rechtliche Gewalt über sich anerkennt, ist eben die höchste univer-An die Stelle der universitas treten unter geschichtlichem Einfluß populus und princeps. So kommt es, bag bas Wort Souveranität, bas feiner Wortbebeutung entsprechend in der französischen Rechtssprache des Mittelalters notwendigerweise nur die relativ höchste Gewalt bezeichnet, die absolut höchste nur bezeichnen kann, ausschließlich für die absolut höchste Gewalt genommen wird, als wäre das Wort gleichbedeutend mit suprema potestas, nicht mit superioritas2). Das Merkmal der legibus solutio ist ebenfalls der genannten römischrechtlichen Lehre entnommen.

Eine andere wichtige Neuerung gegenüber Aeneas Shlvius zu berühren, bazu gibt Bodins Lehre von der Einteilung der Staatsformen3) Anlag, eine Lehre, welche zugleich die besondere juriftische Schärfe Bodins ganz vorzüglich erkennen läßt. Wie streng juristisch, b. h. frei von politischer Beimischung Bodin bei dieser Lehre vorgeht, zeigt sofort ber Umftand, bag er bas Ginteilungsprinzip allein in bem Zahlenunterschied findet. Alleg4) andere gur Unterscheibung Benützte sei unwesentlich, komme von außen hinzu, bilbe nur zufällige Eigenschaften bes Staatswesens, welche die eigentliche Natur ber einzelnen Formen nicht zu ändern vermöchten 5). Immer, wenn omnes oder maior pars omnium civium simul collecta die höchste Gewalt innehaben, ist Demokratie, immer, wenn minor pars herrscht, ift Aristokratie gegeben 6). Sind in einem Staate

3) status ober formae reipublicae (II, 1, S. 272 u. 273). 4) 3. B. nach welchen Gesichtspunkten, b. h. nach welchen geistigen ober fittlichen Borzügen ober Fehlern die Auswahl ber herrichenden Perfonlichfeiten in Monarchie ober Ariftofratie ftattfindet.

¹⁾ Oben S. 76, N. 4, wo III 1278b 9 u. 10 zu lesen ist.
2) An einigen Stellen gebraucht Bodin das Wort noch im alten Sinne, I, 9, S. 162 u.
168. Dort erscheint die Berbindung absoluement souverain; S. 168: nous conclurons qu'il n'y a que celuy absoluement qui ne tient rien d'autruy. In der sateinischen Nebersetzung sautet der Sat S. 176: perspicuum sit . . . eosque jura majestatis in solidum ac summam potestatem habere qui nemini servire teneantur. An der ersten Stelle (S. 169) ist das absoluement souverain wiedergegeben mit: qui post deum immortalem seipso superiorem consitetur neminem. Anders sate die Selsen het Selsinet, Die Lehre von den Staatenverbindungen, 1882, S. 38, auf. Er sieht darin die Anerkennung der Beschrenkeit des Bodinschen Souveränitätsbegrisses durch den Schöpfer besfelben felbft.

⁵⁾ II, 1, ©. 272: at in rebus omnibus apte recteque definiendis ipsarum vim ac naturam, non quae cuique extrinsecus accidunt intueri oportet. S. 273: cum igitur ea quae rebus singulis accidunt illarum vim ac naturam cuiusque propriam non mutent, tria tantum rerum publicarum genera... constituemus. II, 7, ©. 376: statuamus igitur tres tantum nec plures rerumpublicarum formas, simplices quidem nec ulla confusione permistas, id est jura majestatis omnia omnibus simul coacervatis civibus aut minori civium parti aut uni tribuamus. 3ugleich liefern diese Süte ein Beispiel sür die S. 219 unten gemachte Bemertung, wie Bodin etwas, weil es juristisch unwesentlich ist, für schlechthin unwesentlich erklärt.

zwei Könige, also eine Dyarchie vorhanden, so liegt Aristokratie, nicht Monarchie vor 1). Dabei hält er das Zahlenverhältnis des herrschenden Körpers zu den übrigen Staatsangehörigen und das Zahlenverhältnis innerhalb des Herrschaftstörpers wohl außeinander. Wenn ein Staat zehntausend Bürger hat und hundert hievon haben die Herrschaft in Sanben und es kommt innerhalb bes Berrichaftskörpers ein Gefek nur mit ber Majorität von fechszig Stimmen zustande, so gilt dieses Gesetz nach außen, gegenüber ben übrigen Staatsbürgern, als auch von den Vierzig mit erlaffen, weil es fich bier um einen Vorgang in coetu et collegio handelt2). Einen juriftischen Fehler macht Bodin nur bei der Bestimmung der Aristokratie, insofern, als er dieselbe nicht blos als eine Herrschaft ber minor pars civium in universos et singulos, sondern auch als eine Herrschaft berfelben über die "übrigen" Staatsbürger bezeichnet 3). Undererseits bekundet sich sein juriftischer Scharffinn wieber barin, bag er - und barin ift er ber erfte bei ber Einreihung ber einzelnen Staaten in die Dreiteilung Monarchie, Demokratie und Aristokratie Die rechtliche Beziehung der vorhandenen Staatsorgane zu einander berücksichtigt. Er weist nach, daß es falich sei, wie es feitens Polybios und Ciceros geichehen, das lakedamonische und das römische Staatswesen für einen aus aristokratischer, monarchischer und bemokratischer Staatsform gemischten Staat zu erklären, indem man die Königsgewalt in den Konsuln, die Aristokratie im Senat, die Demokratie in ben Romitien vertreten finde. Diefe Staaten feien ber Staatsform nach lediglich Demofratien, denn felbst, wenn auch dem Bolke nur das Recht der Gesetzgebung und die Bestellung der Magistrate zukomme, alles übrige in den Händen von Senat und Magi= stratur liege, sei doch nur ein status popularis vorhanden, cum senatui et magistratibus credita et precaria data potestas eisdem jubente populo eripi possit4). Die [afe= bämonischen Könige seien Könige nur bem Namen nach, außerbem nichts anderes als Heerführer gewesen, und in den Konfuln ein monarchisches Element zu sehen, bagegen spreche, von anderem abgesehen, ichon bie Zweigahl berselben und ihre auf Zeit beschränkte Gewalt. Bodin geht sogar soweit, daß er eine gemischte Staatsform überhaupt für logisch'5) unmöglich hält. Wir haben auf biese Behauptung, beren Beweis ihm aller= dings nicht gelungen ist, um deswillen einzugehen, weil sie uns mit der wichtigen Lehre Boding über die Unteilbarkeit der Souveränität bekannt macht.

Bodin ist der erste, welcher die Unteilbarkeit der Souveränität aus ihrem Wesen als höchste Gewalt ableitet 6), ober, wie es Bobin, wie wir feben werden, nicht gang glüdlich auch ausbrüdt; wer bie höchfte Macht hat, kann begrifflich keinen Gleich= hohen, keinen socius, keinen collega imperii neben sich haben?). Der Sah Boding,

¹⁾ II, 2, ©. 304: illud igitur fixum teneamus nec monarchiam dici, ubi penes duos imperii maiestas est.

²⁾ II, 6, S. 351.
4) II, 1, S. 276. Ferner bezüglich Aristotratie S. 282: si optimates nihil aliud quam legum ac magistratuum jus haberent, satis esset argumenti ad judicandum statum plane optimatum esse ..., cum magistratuum, senatus, collegiorum, quae septemviri, decemviri, quadragintaviri privatorum ac totidem publicorum judiciorum nulla sit omnino nisi ab optimatum concilio et quidem precaria potestas. Eine besondere Art der Aristokratie ist ihm der Prinzipat,

eine Aristokratie, in welcher unus caeteris dignitate (aber nicht an Gewalt) prior est. Eine solche nimmt Bodin für Venedig an (I, 8, S. 146).

5) Als politischen Grund für die Zurückweisung der gemischen Staatssorm führt Bodin an, nur bei einfachen Grundsormen sei ein sester und dauerhafter Ausbau des Staatswesens möglich; his autem kundamentis male jactis nihil superexstrui potest, quod firmum sit aut stabile kutung der Ariskopen Grundsorder und dauerhafter Ausbau des Staatswesens möglich; rum, II, 7, ©. 376).

6) II, 1, ©. 275 u. 279: majestas per se ipsa quiddam est individuum.

7) I, 10, ©. 254 u. 234: si quidem summus princeps ea (bie Majestätsrechte) cum sub-

dito communicaverit, pro servo socium imperii habiturus est, ipse vero jus majestatis amittet nec summus princeps erit, quia summus is dicitur, qui nec superiorem nec eiusdem imperii

daß mit dem Wesen der Souveranität begrifflich deren Unteilbarkeit verbunden sei, ist aewiß richtig. Allein es folgt hieraus noch nicht die logische Unmöglichkeit einer gemischten Staatsform. Bodin hat zwei Dinge mit einander verwechselt, das Vorhandensein zweier von einander unabhängiger, also gleichhoher Souveränitäten innerhalb bes= selben Staates und die organisatorische Zusammensehung einer souveranen Gewalt aus verschiedenen personellen Elementen. Er hat deswegen, weil es in ein und demselben Staat nicht mehrere gleichhohe souverane Gewalten neben einander geben kann, angenommen, daß die allein mögliche eine souverane Gewalt auch nur einem Organe Bufteben könne. Allein unmöglich ift nur, daß mehreren Staatsorganen getrennt eine gleichhohe Souveränität zusteht. Es kann nicht zwei höchfte Gewalten mit geteilten Aufgaben geben, wohl aber eine höchfte Gewalt, die fich aus mehreren Organen zusammensett. In Wirklichkeit vermag auch Bodin nichts weiter zu beweisen, als daß eine Berteilung der hoheitsrechte an verschiedene Staatsorgane zu von einander unabhängiger Behandlung, wie eine Ausübung der Hoheitsrechte durch mehrere Staatsorgane zusammen den Staatsfrieden gefährde 1), also unpolitisch sei 2). Es ist ihm daher auch nicht möglich, folden Staaten ben Ramen Staat vorzuenthalten; nur Staatenanomalien vermag er sie, eine platonische³) Wendung nachahmend, zu nennen⁴) ⁵). Der Sat, daß

socium habet. Unmittelbar in ber Fortsekung bieser Stelle wird bie Unteilbarkeit auch noch aus einem anderen Element, aus ber Unbeschrantiteit ber Staatsgewalt, abgeleitet: quemadmodum deus optimus maximus deum sibi parem efficere non potest, quia infinitae sit potestatis ac magni-

2) Hande S. 34 entgeht diese Schwäche der Bodinschen Beweisführung. Er beachtet nicht, daß die Begründung Bodins nur eine politische ift. 3) Siehe oben S. 38 bei R. 4.

4) II, 1, S. 288: quarum igitur civitatum divisa sunt jura majestatis, minime om-

nium respublicas sed rerum publicarum corruptiones appellare opportet.

optimus maximus deum sibi parem ethicere non potest, quia infinitae sit potestatis ac magnitudinis, duo vero infinita ut sint, fieri nullo modo potest — id enim naturae perspicuis demonstrationibus patet —, ita nec princeps summus esse possit, qui subditum imperii socium esse patiatur. Siehe dazu den ähnlichen Passus dei Aeneas Sylvius oben S. 201 bei N. 5.

1) In ersteren Richtung führt er auß, er wosse annehmen, daß dem populus die Wahl der Beamten, die Berwaltung des aerarium publicum und daß Recht über Leben und Tod, der nobilitas (den Ständen) die Gesetzgebung, daß Recht über Krieg und Frieden und die Besteuerungsgewalt, dem König ein Anspruch auf Treue und Gehorsam gegen sedermann, oberste Richterz und oberste vollziehende Gewalt zukommen solle. Dann würden die Optimaten durch ihre Gesetzgebungsgewalt daß Volf und den Fürsten beschränten und verhindern, daß dem lehteren Gehorsam geseisten werde. Der Kürste würde am meniasten duschen, daß man einem anderen als ihm gehorsche. Kurzum, man Der Fürft wurde am wenigsten bulben, bag man einem anderen als ihm gehorche. Rurgum, man wurde dahin fommen, ut ubi jura majestatis principem inter et subditos divisa sunt, perturbatis rebus de summa rerum semper vi et armis decernatur quousque unius aut paucorum aut universorum civium sit summa potestas (II, 1, S. 287), oder, wie er es S. 288 ausdrückt: ita quoque respublicae, quae mutantur, distractis hine inde majestatis legibus ac summa potestate divisa, requiem a bellis civilibus et perturbationibus nullam habent, quoad formam plane consummatam adipiscantur. Bgf. auch noch ©. 275: nam si majestas per se ipsa quiddam individuum, . . . qua ratione uni et omnibus uno momento congruere possit? Majestatis primum caput est universis ac singulis civibus leges dare iisque imperare, sed qui cives imperio sese obstringi patientur inviti? qui rursus imperantem coercere poterunt? nam si sponte parebunt, majestas ipsorum labefacta concidet; sin imperia recusabunt utrique, neque sit qui pareat aut imperet anarchia, non respublica fuerit, tyrannide crudelissima deterior. Siezu Sante S. 43. In zweiter Richtung fann er nur jagen (I, 8, S. 140): eorum igitur, qui principem imperio populari teneri, minuenda opinio est: id enim seditiosis hominibus ad res novandas materiam praebet ac rerumpublicarum perturbationem affert. Unb bazu S. 147: si demus principem quidem legibus solutum iri sed iis conditionibus ne legem inconsulto senatu populove inheat etiemsi contra senatus populove. jubeat etiamsi contra senatus populive decretum legem ferre possit, necesse erit principem jurejurando, quo se ipsum astrinxerit, a senatu populove solvi; ac subditos vicissim qui juraverint in leges tum singulos tum universos a principe jurisjurandi obligatione liberari, ne perfidi habeantur. Ita fiet, ut reipublicae majestas mox in hanc mox in illam partem inclinet nec habeat usquam locum, in quo consistere possit.

⁵⁾ Dem widerspricht auch nicht die oben K. 1 mitgefeilte Stelle II, I, S. 275, wo Bobin sagt, solche Staaten seine Staaten, sondern Anarchien; dem damit meint Bodin nicht, daß dies keine Staaten im Rechtssinne, sondern nur, daß es keine wahren, guten Staaten, keine Staaten im politischen Sinne feien.

ber Souverän keinen socius imperii haben kann, ist somit ungenau. Bodin müßte von seinem Standpunkt aus ja dann auch die Dyarchie sür logisch unmöglich erklären und doch nennt er hier beide Herrscher socii eiusdem imperii 1). Die Ausdrucksweise ist dabei sehr bezeichnend. Während Bodin sonst 2) sagt: summus is dicitur, qui nec superiorem nec eiusdem imperii socium habet, heißt es hier: wenn zwei oder mehrere das summum imperium haben (si duos pluresve adjungamus), habe keiner von ihnen summum imperium, quia summus dicitur, qui nullius imperio tenetur et caeteros cives tam universos tam singulos coercere potest.

Berwirft Bodin die gemeinsame Ausübung der Souderänität durch mehrere als logisch unmöglich, so kann er selbstverständlich auch die beschränkte Monarchie nicht als logisch möglich anerkennen. Auch diese Staatssorm beseitigt die Anteilbarkeit in seinem Sinne³). Bodin geht darin soweit, daß er behauptet, sobald eine Bindung an den Konsens Anderer gegeben sei, gehe die Souderänität überhaupt verloren und werde der Staat eine Demokratie. Seine Begründung ist aber lediglich eine politische, keine rechtliche. Er kann nur nachweisen, daß dann die Gesahr eines Aebergangs der Macht auf das Bolk gegeben sei⁴).

Es entsteht die Frage, wie setzt sich Bodin mit dem positiven Recht seiner Zeit außeinander, daß doch offensichtlich beschränkte Monarchien kannte? Bodin thut es in doppelter Form. Zum Teil erklärt er, solche Staaten seien nur dem Namen nach Monarchien, in Wirklichkeit andere Staaten, Aristokratien u. s. w. 5). Zum Teil leugnet er eine rechtliche Verpslichtung des Monarchen, die Stände zur Gesetzgebung oder zur Außeübung von Steuergewalt heranzuziehen; es sei dies nur ein Gebot der Klugheit 6) — eine Erklärung, die sür den mittelalterlichen Rechtszustand noch manchmal hatte zutreffen mögen, für die Zeit Bodins aber unhaltbar war. Teils nimmt er nur eine vertragsemößige, also nur eine Selbstbeschränkung des Monarchen an. Dies letztere Argument ist näher zu behandeln, indem es uns auf die allgemein wichtige Frage der Un= beschränktheit der Souveränität führt.

Anscheinend ist die Souveränität Bodins eine vollkommen unbeschränkte, nennt er die Souveränität doch auch potestas infinita 7). Allein bei genauerem Zusehen er=

aequalum aut interiorum necessario consensu; si interiorum, seu senatus seu popul, summo imperio vacare. Hiezu Hande S. 54.

4) Siehe oben S. 227, N. 1: I, 8, S. 140 u. 147. In gleicher Weise verwechselt Bodin diese politische Unmöglichkeit und die rechtliche Frage, wenn er sagt, dadurch, daß der Fürst sich durch einen Eid auf die Gesehe verpstichte, gehe er der höchsten Gerrschaft verlustig (I, 8, S. 137). Jum Teil operiert Bodin allerdings auch mit rechtlichen Gründen, so, wenn er sagt, die Stände könnten in Spanien, Frankreich und England nur auf fürstliche Aufsorderung zusammentreten oder außeinandergehen, quod satis est argumenti concilia eiusmodi nullam habere imperandi prosidentive potestatem (I 8, S. 141).

¹⁾ II, 2, © 302: at imperium duorum eiusmodi est, ut neuter alterius imperio teneatur, si eiusdem imperii socii sunt; quamobrem, si duobus regibus civitatis eiusdem imperium summum detur, neuter rex est, neuter sine alterius consensione imperare potest.

²⁾ S. 226, N. 7.
3) I, 10, S. 240: hoc primum sit ac praecipuum caput majestatis legem universis ac singulis civibus dare posse. Neque tamen satis est sed id fiat oportet sine superiorum aut aequalium aut inferiorum necessario consensu; si inferiorum, seu senatus seu populi,

außentandergehen, quod satis est argumenti concilia eiusmodi nullam habere imperandi prohibendive potestatem (I, 8, S. 141).

5) I, 8, S. 137 u. 147. So auch das Deutsche Neich.

6) I, 8, S. 152: non tam necessitatis quam humanitatis est. Bezüglich des Besteuerungserechtes sagt er im besonderen (S. 142), kein Monarch werde ein so unbilliger Tyrann sein, daß er glaube, es sei ihm ersaubt, aliena bona diripere, und andererseits werde der Fürst, wenn die drüngende Not es nicht zulasse, die Stände zu berusen, den Konsens des Volkes nicht erholen: non est expetenda consensio populi, cuius salus agitur, quae post deum in principis prudentia consistit.

3n anderem Zusammenhang heißt es bezüglich der Gesetzebung noch (I, 10, S. 240): nam principum et senatorum nomina, quae in legibus saepe inscripta videmus, vel ad gratiam vel ad testificationem vel etiam ad pondus utilia videri possint; ut consilio ac prudentia principum leges latae videantur, minime tamen necessaria sunt.

7) Siehe oben S. 223, N. 4.

geben fich ftarte Schranken berfelben. Bas bei Meneas Splvius nicht klar zu erkennen ift, das fpricht Bobin zu wiederholten Malen mit vollster Deutlichkeit aus, bag bie Staatsgewalt an jus divinum und jus naturale gebunden fei. Diefe Schranken find für Bobin so selbstverständliche, daß er die Unbeschränktheit der Souveranität überhaupt nur innerhalb dieser Grenzen versteht, so etwa, wie wir heute trok aller geseklichen Schranken bas Eigentumsrecht als eine vollkommene Herrschaft über eine Sache bezeichnen. Wenn er den Souveran als legibus solutus bezeichnet, so sind ihm ganz selbstverständlich leges divinae und naturales davon ausgenommen 1). Diese Binduna an das Naturrecht gibt Bodin nun die Möglichkeit, auf Umwegen die als logisch unmöglich guruckgewiesene beschränkte Mongrchie boch wieder zuzulassen. Als einen Sak bes Naturrechts erkennt auch Bobin den an, daß Verträge binden. Er fieht, daß im praktischen Staatsleben Beschränkungen von Monarchen burch Berträge, Wahlkapitulationen. ftattfinden. Er fagt also, die verfassungsmäßigen Beschränkungen des Monarchen find vertragsmäßige Beschränkungen. Die Souveranität kann nicht von Dritten rechtlich beschränkt werden, aber durch Verträge fich selbst beschränken. Freilich galten solche Beschränfungen immer nur für den betreffenden Serricher, seinen Nachfolger vermöge derselbe nicht zu verpflichten, da derfelbe felbst Souveran fei2). Und auch hiefür ist ein hiftori= iches Beispiel zur hand, die Erneuerung der Wahlkapitulation bei Thronwechsel, wie fie im Deutschen Reiche ftatt hat. Wir sehen, eine Verwechslung von vorbereitendem Bertrag und barauf ruhendem Gesetz. Sonst aber finden sich gerade in diesem Zu= sammenhang sehr gute Ausführungen. So, wenn Bodin sagt: wenn der Fürst schwöre, daß er seine Gesetze halte, so sei er rechtlich nicht gebunden; denn rechtlicher Grund folder Bindung könne nicht, wie man meist hore, ein Gid ober ber Sak, daß ber Fürst burch seine Gesetze gebunden fei3), sondern nur ein Vertrag zwischen Bürgern und Fürsten sein4). Dabei faßt Bobin bas natürliche und göttliche Recht noch als positivrechtliche, noch nicht als blos moralische Anweisungen, denn nur so erklärt sich, daß Bobin ebenso, wie Aeneas Sylvius, unterlassen hat, aus bem Gebanken, ber Souveran schulde für seine Verfehlungen gegen die Rechtsordnung nur dem göttlichen Richter Berantwortung, die Folgerung zu ziehen: also hat der Souveran nur ethisch= religiofe, teine Rechtspflichten. Es herrscht noch die feste Borstellung, der Souveran tann auch juristisch unrecht thun, nur nicht bafür zur Rechenschaft gezogen werden. Insoferne fteht Bodin noch gang im Mittelalter.

Kennt Bodin auch keine mit einer anderen Staatsform gemischte und keine besichränkte Monarchie, so erkennt er doch andererseits eine gemäßigte Monarchie im Nechtssinne des Wortes an, indem er wieder neu⁵) entdeckte und zu einem allgemeinen Lehrsatz ausdildete, was vor ihm allein Jokrates⁶) der Sache nach mit Bewußtsein unterschieden hat, den Gegensatz von Staatsform und Staatsprinzip. Die Bes

6) Siehe oben S. 59.

¹⁾ I, 8, S. 130: haec tanta potestas a populo regi tributa ab omni conditione libera et plane legibus soluta dici potest, quia nihil amplius habet quam quod divinis ac naturae legibus imperatur ac prohibetur. S. 132 sagt er, aus diesem Grunde habe er auch nicht "legibus omnibus soluta", sondern "legibus soluta" desiniert (cum omnes teneat lex divina, lex item naturae). Legibus soluta" desiniert soluta".

turae). Agl. ferner I, 8, S. 153, 155, 161, 164, 167.

2) S. 223, N. 6 a. E.

3) Dieser Sat nicht, weil ber Souverän wohl alle Anderen, aber nicht sich selbst durch seine Gesetzt binden könne.

4) I, 8, S. 137.

⁵⁾ Bobin nennt feine Lehre sehre selbst neu (II, 2, S. 305 u. II, 7, S. 376), wie er auch souft hervorhebt, wenn er nach seiner Meinung Neues bringt (3. B. I, 6, S. 76: Definition von subditus, civis, peregrinus, respublica, urbs, civitas; I, 8, S. 123: Definition von legibus solutus; I, 10, S. 231: Inhalt der majestas.

achtung ber Rechtsbeziehungen, welche zwischen ben verschiedenen obrigkeitlichen Organen bestehen, das rechtliche Abhängigkeitsverhältnis, welches regelmäßig durch Wahl zwischen Wählern und Gewählten hergestellt wird, ließ ihn klar erkennen, daß mit der Organi= sation der Trägerschaft der Staatsgewalt nach dem einen Brinzip eine Organisation ber übrigen Staatsstellen und eine materielle Geschäftsführung nach Clementen anderer Prinzipien wohl vereinbar fei 1). Bodin nennt folde Staaten temperierte Staaten und spricht von einer temperatio der Staatsform, des status rei publicae, durch die ratio gubernandi (imperandi), burch die Regierungs- ober Herrschaftsweise2). Das wissen= schaftlich Wichtigste an dieser neuen Lehre ist die Erkenntnis, daß durch andersartige Regierungsprinzipien die Staatsform, die Frage der Art des Trägers der Staatsgewalt, nicht berührt wird3).

Bodin unterscheidet drei Regierungsweisen, die herrschaftliche, die königliche und die thrannische; dominatus, regalis potestas und tyrannis. Dieselben sind nicht blog der Monarchie eigentümlich, für welche er fie allerdings allein näher durchführt, er fagt ausdrücklich, daß fie auch auf Demokratie und Aristokratie angewendet werden konnen 1). Die Definition der drei Regierungsweisen innerhalb der Monarchie, die formae monarchiae 5) innerhalb des status monarchiae, wie er sie nennt 6), ist diese: unius dominatus liegt por, menn princeps unus libertatis ac fortunarum omnium dominus (jure belli factus aut foedere) subditos quasi paterfamilias servos moderatur⁷); rex est, qui in summa potestate constitutus naturae legibus non minus obsequentem se praebet quam sibi subditos, quorum libertatem ac rerum dominia aeque ac sua tuetur, fore confidit⁸); tyrannis est, in qua unus homo divinis ac naturae legibus sublatis rebus alienis ut suis et liberis hominibus quasi mancipiis ad libidinem abutitur 9). Dominatus ist also die an keine Rechtsschranken gebundene, aber nicht ausschließlich im selbstsüchtigen Interesse geübte Staatsgewalt, welcher die Unterthanen als bloße Rechtsobjette gegenüberstehen, ins Moderne übersetzt, etwa der eudä= monistische Polizeistaat. Die Staatsangehörigen haben dem Monarchen gegenüber keine Rechte, aber ber Monarch bedient fich ihrer, wie ein guter Sausvater seiner Sklaven 10), d. h. er übt feine Gewalt nicht blos in feinem einseitigen Interesse, fon= bern auch zu ihrem Vorteil aus; nur Rechtsschranken bestehen für ihn nicht, dies eben deswegen, weil er dominus ift 11). Unter Tyrannis versteht Bodin eine ebenso

¹⁾ II, 2, S. 305: illud enim admonendi sumus reipublicae statum ab imperandi ratione distare plurimum, quod antea nemo, quantum intelligere potuimus, animadvertit. Nam reipublicae status regalis esse potest, gubernatio tamen popularis futura est, si rex omnia imperia, sacerdotes, curationes, poenas item ac praemia omnibus ex aequo distribuat; si vero princeps imperia, honores, magistratus patriciis vel divitibus vel fortibus vel studiosis tantum impertiat, regia potestas erit et quidem simplex ac pura, sed aristocratica ratione temperata. Ita quoque optimates pauci rempublicam populari modo regere possunt, si cives omnes omnium magistratuum participes fecerint, aut aristocratice, si paucis quibusdam, qui aut virtute aut censu aut nobilitate caeteris praestent.

²⁾ Richt blos Regierungsform, wie bas Beispiel ber vorigen Rote zeigt.

³⁾ II, 7, ©. 376: temperatio vero sit illa, cum in unius statu honores ac imperia omnibus aut in populari potestate optimis aut nobilissimis tantum aut in optimatum imperio tenuibus aeque ac divitibus communicantur; qua quidem temperatione jura majestatis non propterea divelluntur nec monarchia democratiae nec aristocratia utrique permiscetur.

⁴⁾ II, 2, S. 305. 5) Forma reipublicae heißt die Staatsform; siehe oben S. 225, R. 3.

⁵⁾ korma reipublicae geißt die Statitzsein, jest 7) Ebenda.
6) II, 2, S. 305.
7) Ebenda.
8) II, 3, S. 312.
9) II, 4, S. 321 u. II, 2, S. 305.
10) II, 2, S. 307.
11) Diese Form, wo die subditi principis servi heißen, der princeps aber dominus ist, hält Bodin für die älteste Regierungsweise. Es sei auch nicht unbillig, daß derjenige, welcher die Feinde in einem gerechten Kriege unterworsen habe, personarum ac rerum dominus werde (S. 307). Als

geartete 1), nur rein selbstsüchtige Herrschaft. Die potestas regia ist etwa der moderne Rechts= und Wohlfahrtsstaat.

Bodins Lehren erlangten alsbald Weltruf. Sie gaben das wiffenschaftliche Rüftgeug gur Entscheidung in bem Rampfe um Die Souveranität, ber allenthalben gwischen Serrschern und Ständen geführt war, nicht zum mindesten auch für Deutschland2). Indem bei diefer Entscheidung im wesentlichen nur die Eigenschaft des Zuhöchstseins in Betracht tam, war aber fehr balb vergessen, bag biese Eigenschaft nur einen Teil bes Souveräni= tätsbeariffes Bobins ausmachte. Man beachtete nur, dag nach Bobin gum Begriff bes Staates wesentlicherweise die Eigenschaft einer höchsten Gewalt gehört, aber man übersah, baß bie Souveränität Bobins in erster Linie eine Gewalt bestimmt umschriebenen Inhaltes ift. Ebenso war bald vergeffen, daß Bobin unter Souveränität nur die absolut, nicht auch die relativ höchste öffentliche Gemalt verstand. Freilich hatte Bobin dies doppelte Bergessen zum größten Teil selbst verschuldet, indem er die einzelnen in der Souveranität enthaltenen Befugnisse nicht in die Definition aufnahm, sondern in derselben nur von summa potestas sprach und indem er diese potestas ausdrücklich als in cives ac subditos potestas bezeichnete. Die Definition ließ also nicht erkennen, daß diese potestas als eine Gewalt spezifischen Inhaltes gedacht war. Und durch den Zufat in cives ac subditos konnte leicht die Meinung entstehen, als genüge jum Beariff ber majestas ichon Converanität nach innen. Co fommt es, bag bereits einer ber älteften Lehrer bes positiven beutschen Staatsrechts, ber früher3) genannte Paurmeifter bemerken konnte, die Definition Bodins sage nichts darüber aus, wodurch sich diese höchste Gewalt von den inferiores potestates unterscheide 4).

§ 49. Althusius, Grotius, Hobbes, Pusendorf. Bodin hatte für die Entwicklung des Staatsrechts viel geleistet. Er hatte den obersten staatsrechtlichen Erundbegriff, die Staatsherrschaft, nach Wesen und Inhalt erkannt und erläutert. Noch sehste aber von dem, was das Mittelalter⁵) der Neuzeit an ungelösten staatsrechtlichen Aufgaben vorbehalten hatte, mehr als genug: eine klare Lehre über das Verhältnis der Staatsentstehung durch Vertrag zur Persönlichkeitsnatur des Staates, eine scharfe Unterscheidung von Staatse und Regierungssorm, eine konstruktive Erklärung der beschränkten Monarchie und eine Vehandlung der Frage des zusammengesesten Staatswesens überhaupt. Es ist die Naturrechtse und Staatslehre des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, welche das Fehlende dis auf den ersten Punkt ergänzt. Wir konstatieren vor allem die Erkenntnis des Unterschieds von Staatse und Staatsgewalt, eine Erkenntnis, welche ihrerseits der Erledigung der Hauptspage, der klaren Ersassungen Unterschieds von Staatse und Regierungsform, kräftig vorarbeitete, denn beide Fragen

einen solchen dominus erkennt er in Europa nur noch ben Sultan an, von bem er jedoch sagt: subditos tamen multo humanius ac liberius quam bonus paterfamilias servos moderatur. Soust seine keine solche domini mehr vorhanden, wenn sich auch manche so nännten, denn, tametsi nulli sunt in Europa principes, qui directi dominii jure omnia praedia ad se pertinere non putent, non propterea tamen dominus quisquam jure dici potest, cum uniuscuiusque rei proprietas ad singulos pertinet, tametsi princeps ad speciem et pompam directum dominium sidi vindicet, quamquam pleraque praedia quae allodia dicuntur ne principis quidem benesicio possidentur.

propterea tamen dominus quisquam jure dici potest, cum uniuscuiusque rei proprietas ad singulos pertinet, tametsi princeps ad speciem et pompam directum dominium sibi vindicet, quamquam pleraque praedia quae allodia dicuntur ne principis quidem beneficio possidentur.

1) Zu beachten ist, daß für den Tyrannenbegriff Bodins grundsählich die Art der Entstehung der Herrschaft gleichgiltig ist, wenn sich auch VII, 4, S. 321 sehr klare Aussührungen darüber sinden, wie in Griechensand ursprünglich über diesen Begriff die Art des Erwerds der Herrschaft entstehen, wie in Griechensand ursprünglich über diesen Begriff die Art des Erwerds der Herrschaft entstehen, wie in Griechensand ursprünglich über diesen Begriff die Art des Erwerds der Herrschaft entstehen und infolgedessen und ungesehlichem Wege zur Herrschaft Gelangte, auch wenn er gerecht regierte, das Arten die Karten die Karten der Griechen der Arten diese Lauf ungesehlichen Wege zur Herrschaft Gelangte, auch wenn er gerecht regierte, das Arten der Arten diese Lauf ungesehlichen Begriff der Gelangte, auch wenn er gerecht

fchied und infolgeoepen ver un angelegen. ver enter the regierte, doch noch Thrann hiek.

2) Siehe Stinking II, S. 34 ff.

3) S. 205, N. 5.

4) An dem S. 205 N. 5 angeführten Ort (3. Aufl., 1670) I, 3, S. 32. Hiezu Hande S. 9 u. 5.

5) Siehe oben S. 187 und 195.

beruhen auf wesentlich gleicher konstruktiver Grundlage. Dieser erste Punkt ift, wenn auch in verschiedener Weise, burch Althusius, Grotius, Hobbes und Bufenborf gefordert worden. Wir tonftatieren ferner die Unterscheidung von Staats= und Regierungs= form felbst burch Grotius und Pufendorf, die Konftruktion der beschränkten Monarchie burch eben bieselben, die Aufstellung bes Begriffes Staatenstaat burch Befolb 1). natur= rechts= und Staats-Doktrin erkannten alle diese Lücken der mittelalterlichen Lehre, da fie durch ihre eigenen Aufgaben zur Erörterung der genannten Fragen geführt wurden, und sie wurden bazu geführt, weil diese Fragen die Grundbegriffe bes Staatsrechts teils un= mittelbar angingen, teils — und bies gilt von der letten Frage — nächste Schlußfolgerungen hieraus betrafen. Rur ber im Gingang bes Paragraphen an erfter Stelle genannte Bunkt, Die Frage nach bem Berhältnis zwischen Staatsentstehungsvertrag und Staatsperfonlichkeit, erfuhr keine nähere Behandlung. Dies darum, weil die im Nachstehenden ausführlich zu erörternde Staatskonftruktion des neuen Zeitraums ihrer nicht bedurfte. Auf diese Weise verlor jene Frage die wissenschaftliche Bedeutung, welche ihr bisher immerhin infolge bes Umftandes zugekommen war, daß die mittelalterliche Staats= lehre den Staat in erster Linie dem Korporationsbegriff untergeordnet hatte.

Wir versuchen im folgenden eine Schilberung der auf die Lösung der genannten Fragen gerichteten litterarischen Bestredungen. Nur die Lehre vom zusammengesetzten Staate lassen wir dei Seite. Wir thun dies, weil sie, wie angegeben, nur Schlußsolgerungen aus Grundbegriffen betrifft und so an Bedeutung für die Entwicklung des allsemeinen Staatsrechts hinter den übrigen Fragen zurücksteht. So bleiben im wesentlichen nur drei Fragen: die Unterscheidung von Staatssund Kegierungssorm, die Frage nach dem Unterschied zwischen Subjekt und Träger der Staatsgewalt, die Konstruktion der besichränkten Monarchie. Wir gruppieren unsere Ausstührungen um die schon oben als die Hauptsrage bezeichnete erste Frage. Sie steht im Vordergrund, weil die praktisch wichstisste 2) Frage der Zeit, die Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit und den rechtlichen Voraussehungen der Bekämpsung und Absehung des Herrschers, sich als eine Schlußsfolgerung hieraus darstellt.

Indem wir zunächst darangehen, den Anteil und die Art der Beteiligung der einzelnen genannten Schriftsteller an der Lösung der erwähnten Aufgaben sestzustellen, ist vor Allem zu beachten, daß die Untersuchung dieser Fragen seitens Erotius nur eine gelegentliche, in seine Erörterung des Kriegsrechts eingestreute ist. Er kommt auf das Wesen der Staatsgewalt (summum imperium) nur dadurch zu sprechen, daß er die öffentlichen Kriege, die den Gegensatz zu den Kriegen unter Privaten (Unterthanen) und zu den gemischten Kriegen bilden 3), in seierliche und nicht seierliche zerlegt und die ersteren als solche bezeichnet, die, außer daß sie von gewissen Gebräuchen begleitet sind, auf beiden Seiten von denzeinigen geführt werden, welche "die höchste Gewalt im Staate inne haben" 4). Rur auf diese Weise gelangt Grotius dazu, eine "explicatio summi imperii" zu geben.

Obgleich aber Grotius infolge dessen biese Lehre nicht von Grund aus erörtert und sie obendrein mehr in der Form der Kritik anderer Anschauungen als in eigener systematischer Entwicklung zur Darstellung bringt, so muß er doch als derzenige Vertreter der allgemeinen Staats= und Rechtslehre des 17. Jahrhunderts bezeichnet werden,

¹⁾ Hierüber Gierke, Althusius, S. 246.
2) Blutige Belege für diese praktische Bedeutung sind die Mordthaten an Heinrich III. und IV. von Frankreich (1589 und 1610) und die Hinrichtung Karls I. von England im Jahre 1649. Bergl. dazu Möller-Kawerau S. 240 K. 1.
3) De jure pacis ac delli I, 3, § 1, 1.
4) I, 3, § 4, 1.

welcher das feinste Verständnis für die besondere Natur des öffentlichen Rechts besitkt und feine Lehrsäte am meisten aus rechtsvergleichender Beobachtung gewinnt. Er sucht das "Wahre", aus dem er das Wesen der höchsten Gewalt erläutern will 1), weniger in ber subjektiven Vernunft, als in der objektivrechtlichen Ordnung. Die naturrechtliche Behandlung des öffentlichen Rechts brachte, wie schon früher 2) bemerkt, die Gefahr mit fich, bak bas öffentliche Recht bei seiner Einordnung in bas allgemeine Rechtssystem eben thatsächlich in das System des fortgeschritteneren Privatrechts eingeordnet und so leicht privatrechtlich behandelt und aufgefaßt wurde, eine Gefahr, beren Eintritt insbesondere dadurch Borichub erhielt, daß fich diese privatrechtliche Behandlung für einen anderen Zweig des öffentlichen Rechts, das Bölkerrecht, als entschieden vorteilhaft erwies 3). So finden wir allenthalben eine Einordnung des Staatsrechts in das System des Privatrechts. In der "Dicaologica" 4) des Althusius z. B. werden das politische Gemeinwesen als societas publica unter der Lehre vom Konsensualkontrakt, die Stellung der Staats= organe unter ber bom privatrechtlichen Manbat, Bunbnis- und Steuervertrage unter ben Innominatkontrakten erörtert 5). Anders Grotius. Er ist von den in Betracht kommenden Vertretern des Naturrechts in der Erkenntnis der Eigenart des Staatsrechts am weitesten vorgedrungen. Er zeigt dies sogar bei dem Begriff, hinsichtlich deffen es am schwierigsten war, sich von privatrechtlicher Anschauung logzumachen, beim Begriff des Patrimonialstaates 6). Wir gehen auf diesen Punkt näher ein, weil die Erörterung des genannten Begriffes die ganze staatsrechtliche Auffassung jener Zeit charakterifiert und zugleich das beste Beispiel bafür abgibt, wie weit die einzelnen Naturrechtsgelehrten auf positivrechtlicher Grundlage arbeiten. Wir nehmen letteres voraus.

Die jedesmaligen Erneuerungen der Wahlkapitulation in Deutschland und die auch in anderen Ländern, namentlich in England, wieder häufiger vorkommenden Abmachungen zwischen König und Ständen, waren es, welche fortwährend der Ueberzeugung Nahrung gaben, daß die monarchischen Staaten aus dem Willen der Unterthanen, des Volkes hervorgiengen. Andererseits wußte man allerdings, daß verschiedene Staaten der Geschichte ihre Entstehung der erobernden Macht und Gewalt des Herrscherhauses verdankten. Man unterschied bemgemäß Staaten, in welchen die Herrschaft mit, und Staaten, in welchen diefelbe ohne Zuthun ber Unterthanen erworben war. Althufius handelt nun nahezu ausichließlich von dem Erwerb der Herrschaft auf erste Art7). Wer die Herrschaft vi, scelere vel malis artibus erwerbe, sei hostis, das will sagen, kein Herrscher im staatsrechtlichen Sinne⁸), während die bisherige Theorie mit der Bezeichnung tyrannus absque titulo die Gewalt dieses Herrschers als eine rechtliche, wenn auch nicht als eine legitime anerkannt hatte. Althusius beschränkt den Ramen Tyrannen auf den seine Gewalt migbrauchenden legitimen Herrscher. Dies alles, weil er allein die recta und justa administratio, die vernünftige und ethische Herrschaftsweise darstellen will. Althufius ift der Schriftsteller, welcher bei biesen Konftruktionen das positive Recht am wenigsten beachtet, am meiften spekuliert. Anders icon Sobbes. Obgleich er fich gur

¹⁾ I, 3, § 6, 7.
2) S. 213 A. 4.
3) Hobbes, de cive (Ausg. v. 1647), Kap. 14, 5 fagt baher schlechthin, die Borschriften ber lex gentium seien dieselben, wie die der lex naturalis hominum.

⁴⁾ Erichienen zuerst 1617. Gierke a. a. D. S. 15. Wir zitieren nach der zweiten Frankf. Ausg. von 1649. 5) Gierte S. 48. 6) Ueber diesen Begriff Preuß, Gemeinde, Staat, Reich als Gebietstörperschaften, 1889,

⁷⁾ Dazu rechnet er auch den Erwerb durch gerechten Rrieg; die Unterwerfung fei hier Gin=

tritt in ein pactum (Politika, zuerst 1603; 3. Ausg., nach der wir zitieren, 1614, Kap. 19, 22). Was gerechter Krieg, darüber Kap. 16, 17 u. 35, 5.

⁸⁾ A. a. D. Rap. 38, 27 u. pr. Hierin folgt ihm Hobbes a. a. D., Kap. 7, 3.

ganz besonderen Aufgabe sett, nur Naturrecht darzustellen, gewährt er auch anderen Entstehungsweisen Raum. Er behandelt auch die naturrechtliche Durchführung bes positivrechtlich Entstandenen. Er unterscheidet drei Arten des Erwerbes von dominium über Andere, Bestellung auf Grund Bertrags ber Unterthanen unter einander, vertrags= mäßige Unterwerfung unter den Sieger oder den Stärkeren, Herauswachsen aus ber Hausherrngewalt durch allmähliche Vergrößerung der Familie 1). Das lettere ift das burch generatio crworbene regnum patrimoniale (paternum)2), das zweite das regnum despoticum, das erste das regnum politicum3). Wie die lettere Bezeichnung beweift, fieht auch Hobbes in der Begründung durch Bertrag der Unterthanen, die vernunft= gemäße, die richtige Entstehungsweise 4). Nichtsbestoweniger gewährt er auch den anders entstandenen Staaten besondere Betrachtung, die nur beswegen nicht umfänglicher ausfällt, weil nach seiner Theorie auch in ber civitas politica der Staatsgewalt kein engerer Inhalt zukommt, als in ben beiben anberen Staatsarten 5). Gbenfo gieht Bufendorf nicht blog die burch consensus subjectorum entstandenen regna non patrimonialia, sondern auch die regna patrimonialia in Berücksichtigung 6). Diese Ein= teilung ber Staaten in regna patrimonialia und non patrimonialia und ebenfo die nähere Charakterifierung des Gegensages hat Pufendorf von Grotius?) übernommen, aber des letteren Anschauung weicht insoferne von berjenigen Bufendorfs und der anderen Ge= nannten ab, als er ben Erwerb ber Herrschaft auf bem Wege ber Begründung patri= monialer Staatsgewalt nicht für vernunftwidrig erklärt 8).

Und nun von der Erklärung, die Grotius für das Wesen des Patrimonialstaates gibt. Grotius befiniert bagfelbe babin, bag er fagt, ber Patrimonialftaat fei ein Staat, in welchem sich das imperium in pleno jure proprietatis imperantis befinde, und macht es fich bann zur Aufgabe, Diese Umschreibung gegen ben Wiberspruch zu schützen, ber ihr aus bem hinweis barauf erwachsen könnte, bag freie Menschen nicht in commercio seien 9). Grotius wendet sich gegen diesen zu erwartenden Einwand mit einer klaren Unterscheidung von privater und öffentlicher subjectio. Die von den Gegnern gemeinte "Freiheit" schließe nur die dominica potestas, nicht die Unterordnung unter ein regnum ober eine andere ditio im eigentlichen Sinne auß 10). Die subjectio publica hebe nicht, wie die subjectio privata, das sui juris esse auf. Wenn ein "populus" veräußert werde, seien Gegenstand der Beräußerung nicht die einzelnen Menschen, sondern das jus perpetuum eos regendi, qua populus sunt 11). Mit anberen Worten, Grotius ift fich wohl bewußt, daß, wenn er von einer proprietas an

¹⁾ Es find dieselben brei Entstehungsmöglichkeiten, die Aegidius Colonna aufsteut; fiebe 2) Rap. 8, 1; 9, 10; 5, 12.

³⁾ Rap. 11, 1. Die zweite und britte Art werden zusammen civitates naturales genannt, weil sie ihren Anfang a potentia naturali nehmen, die erste Art im Gegensah hiezu civitas institutiva. Sie entsteht durch consilium und constitutio coeuntium (Kap. 5, 12). Im Leviathan (sive de materia, forma et potestate civitatis), 1651, Kap. 17 i. f. heißt der Gegensat civitatis institutio und acquisitio. Ueber Hobbes Staatslehre im allgemeinen Bluntschli S. 119ff.; Pollod S. 55 ff.; Bruders Staatslerikon, Bb. III (1894), S. 271 ff.

⁴⁾ Sie allein entspricht ber natürlichen Gleichheit ber Menschen, Leviathan, Kap. 21.

⁵⁾ Kap. 9, 10.
6) De jure naturae et gentium libri octo, zuerst 1672; zitiert nach Ausg. von 1694.
Ueber seine Lehre Bluntschli S. 150 st.; weitere Litteratur im gen. Staatslexifon, Bd. IV (1895),
7) Bgl. I, 3, § 8, 7, § 13, 1, § 12, 1.

⁸⁾ I, § 8, 1: non enim jam quaerimus quid in dubio praesumendum sit sed quid jure fieri possit.

⁹⁾ I, 3, § 12, 1; bazu § 11, 1. 10) Wie die potestas dominica und die potestas regia, fo feien auch die libertas personalis und die libertas civilis zu unterscheiden.

¹¹⁾ I, 3, § 12, 1 u. 2.

ber Herrschaft spricht, darunter kein wirkliches Eigentum im Sinne des Privatrechts verstanden werden darf 1).

Auch sonft zeigt sich Grotius den übrigen Vertretern des Naturrechts in der klaren Erkenntnis der springenden Punkte überlegen. Nur einer kommt ihm in der Fertigkeit juriftischer Konftruktion zum mindeften gleich, Sobbes. Auch Althusius ift im Ronstruieren gewandt, nur daß er leicht allzu schematisch verfährt. Um die Charakteriftik ber einzelnen Männer zu bollenben, so geichnet Grotius, Althusius und Sobbes Ronsequenz in der Schlußfolgerung aus. Pufendorf fehlt diese, ein Mangel, der fich daraus erklärt, daß Pufendorf mehr als die anderen ethisch=politische mit naturrecht= licher Betrachtung vermischt. Auch damit hängt es zusammen, daß Bufendorf hinter den anderen an schöpferischer Kraft zurücksteht. Seine Theorie ist, was unsere Fragen angeht, im wesentlichen ber Bersuch einer Korrektur ber Lehren von Sobbes burch biejenigen von Grotius. Manches ist aus Hobbes wörtlich herübergenommen 2).

Die Uebersicht über die einzelnen Lehren, welche wir nunmehr geben wollen, geffaltet fich um deswillen sonder Mühe, weil die in Betracht kommenden Gelehrten bei ber Untersuchung unserer Fragen insgesamt von ber Art ber Staatsentstehung ihren Ausgang nehmen 3). In ihr erkennen sie die sichere Basis aller ihrer Deduktionen, benn auf fie gründet fich, wie fie glauben, bie Staatsnatur und aus bieser mußten — eine vollkommen zutreffende Meinung - im Zweifel die verschiedenen Fragen ihre Beant= wortung finden. Es unterscheidet sie dies von ihren unmittelbaren Borgangern in ber Lehre. Wie früher4) erwähnt, schenkten die Monarchomachen der juriftischen Ronftruktion ber Staatsentstehung keine besondere Beachtung 5) und auch Bodin hat dieselbe nur im Vorbeigehen gestreift 6).

¹⁾ Bon Bebeutung ift in biefer Richtung auch die Bemerkung, bag es für bas Borhandensein des jus regendi nicht darauf ankomme, ob der rex zugleich privato jure fundorum dominus set (§ 15, 2). Siehe ferner über den Gegensat von imperium und dominium noch II, 3, § 4, 1. Kicht blos bei Grotius, sondern allgemein dringt bereits die Abweichung der Thronfolge vom privaten Erbrecht auch für die Vatrimonialstaaten durch (Hobbes, de eive, Kap. 9, 14ff.; Pufens dorf VII, 7, § 12), nur, daß man noch nicht die Begründung gibt, es handle sich hier eben nicht um eine privatrechtliche Erbschaft. Uebrigens darf nicht vergessen werden, daß manches, was wie Anwendung privatrechtlicher Rechtssätze aussah und auch heute oft noch so angeschen wird, nichts anderes war und ift als Anwendung von Gagen ber nur von bem Privatrecht als ber grundlegenben Rechtsdisziplin herkömmlich allein gepstegten allgemeinen Rechtslehre.
2) Bgl. z. B. Pufendorf VII, Kap. 4 mit Hobbes Kap. 6, 4ff. (Ableitung der einzelnen Hoheitsrechte aus dem Staatszweck).

³⁾ Bei Grotius tritt dies aus dem oben S. 232 bei N. 3 erwähnten Grunde nur weniger augenfällig hervor. Deutlich beweisen es de jure belli ac pacis, Proleg. 15 u. 16.
4) Text zu S. 217, N. 3.
5) Eine Ausnahme macht nur Salamonius. Hierüber Treumann S. 52 u. 12.

⁶⁾ An einer Stelle wird die Entstehung des Staates als ein conjungere mehrerer Familien bezeichnet (I, 6, S. 71 mit I, 2, S. 12); an einer anderen Stelle wird der Staat auf ein confluere von Bürgern zurückgeführt (I, 6, S. 75), an einer dritten Stelle werden zwei Arten der Staatsentstehung genannt, ein Entstehen aus der Familie durch allmähliches Wachstum derselben und ein Hervorgehen aus Kolonisation (IV, 1, S. 580), und hinzugefügt: utriusque tamen generis civitas vel potentiorum vi constituitur vel eorum qui se libertatemque suam sud alterius imperium generischen proper subjecerunt. Wir kehn feine kler impiritus Farmulianus fander weiter ac arbitrium sponte subjecerunt. Wir seine klar juristische Formulierung, sondern mehr eine allgemein kulturhistorische Betrachtung über die Staatsentstehung. Anders 3. B. Althusius. Er konstruiert dieses kulturhistorische Herauswachsen des Staates aus der Familie rechtlich in schematischer Weise. Der Staat ist ihm die durch nudus consensus ihrer membra begründete höhere und allgemeine societas publica. Dabei sind in dem älteren Werke, der Politik, als membra nicht die Individuen oder die consociationes privatae (Familie und Korporationen), sondern die Städte und Individuen oder die Consociationes privatae (Familie und Korporationen), sondern die Städte und Individuen oder die Consociationes privatae (Familie und Korporationen), sondern die Städte und Provinzen gedacht; diese schliegen den Staatsvertrag, nachdem sie aus den niederen Berbänden her-vorgegangen sind; die Einzelnen sind lediglich Staatseinwohner (filii regni, indigenae, regnicolae Kap. 9, 5; näher Gierke a. a. D. S. 22 st. u. 244). Erst in der "Dickologica" erscheinen die einzelnen cives als membra. Hier wird die Unterordnung der cives unter das Gefetz auf Selbst-

Wir handeln zunächft von der Lehre des Althufius. Er ift es, bei dem wir bie ersten Anfänge einer Unterscheidung von Subjekt und Träger ber Staatsgewalt finden. Zu eigenem Rechte (ratione proprietatis et dominii) stehen die jura universalis consociationis et corporis illius politici nur diesem corpus, dem regnum, populus, der respublica selbst zu 1). Es gibt nur verschiedene Organisationsformen der administratio, des usus der jura majestatis, verschiedene species des summus magistratus 2). Der summus magistratus übt nur fremdes Recht, dies aber nicht deswegen. weil er Bertreter des Staates ift, sondern, weil er vom Bolf d. i. vom Staat bestellt ift. Die Vorstellung, daß ber herrscher auch als Vertreter des Volkes angesehen werden tann, wenn er nicht vom Bolt perfonlich, fondern durch Gefetz berufen ift, fehlt noch. MI Rechtstitel ber herricherstellung ift immer ein perfonlicher Auftrag, ein Bertrag von Art des privatrechtlichen Mandats (instar mandati) gedacht. Er bilbet auch den Rechts= grund der Herrschaft bei successio in die Rechte des Borgangers. So ergibt sich, daß der Herrscher immer minor populo, also absetbar ift 3). Auf diese Weise würde in der Unterscheidung von eigenem Recht an den jura majestatis und von bloger Verwaltung derselben eine vollkommen zutreffende Unterscheibung zwischen Subjekt und Träger der Staatsgewalt liegen, wenn es Althusius gelungen wäre, diese Unterscheidungsmerkmale auch für die Staats= form vollkommen festzuhalten, hinsichtlich beren diese Unterscheidung wegen der Klarheit. die fie auch für die übrigen Staatsformen schafft, am wichtigften, aber andererseits allerdings auch am schwierigsten zu erkennen war, für die unmittelbare Demokratie. Allein in Bezug auf diese ift Althufius ein scharfes Auseinanderhalten beider Begriffe nicht geglückt. Obwohl er unmittelbar vorher fagt, in der Demokratie handelten die Magistrate nomine populi in regni corpus consociati seu regnicolarum universorum, befiniert er die Demokratie doch ohne nähere Erklärung als die Staatsform, in welcher der höchste Magistrat populus universus totius regni seu consociationis universalis corpus selbst fei. Das aus der Gesamtheit der Staatsbürger bestehende oberfte Staatsorgan, die Volksversammlung, und die Gesamtheit der Staatsangehörigen, das Staatsvolk, werden einander gleichgesett. Die Gesamtheit der Staatsbürger erscheint in der Demokratie nicht blos als Träger, sondern auch als Subjekt der Staatsgewalt 4). Folge biefer mangelnden Unterscheidung ift, daß Althufius die Demokratie in feiner Dikaologika überhaupt nicht, in feiner Politik nur an zweiter Stelle bamit charakterifiert, daß hier summus magistratus der Staat felbst sei. Dort wird dieselbe allein, hier primar bahin umichrieben, bag es bie Staatsform fei, bei welcher einzelne aus bem Volk, die durch Wahl bestellt werden, abwechselnd und nacheinander in zeitlicher Be= schränkung im Namen der Volksgesamtheit die Herrschaft führen 5). Das die Demokratie in erster Linie charakterisierende ist hier nicht die Organisation des obersten, sondern die der anderen Staatsorgane. Dies erklärt fich eben aus der mangelnden Unterscheidung von populus als Volksversammlung und als Gesamtheit der Staatsangehörigen. Weil

verpflichtung zurückgeführt (l. I, Kap. 81, 3 u. 6: symbioticus [civis] est qui se . . . obligat; Pol. Rap. 5, 14: civis est, qui . . . obligatur).
1) Pol. Rap. 19, 2; 39, 3.

²⁾ Die species unterscheiben sich nach materia et forma der höchsten potestas administrandi (Kap. 39, 84). Die Einteilung ist logisch scharf. Er unterscheidet in erster Linie nicht einen dreisachen status reipublicae, sondern nur Ein- und Bielherrschaft (magistratus monarchicus und polyarchicus) und erst letzter zerlegt er in Aristokratie und Demokratie. Dazu Kap. 39, nr.

^{57, 55, 58 (}status politiae).
3) Kap. 19, 12 u. 13.
4) Kap. 39, 57 u. 58.
5) Dicăol. I, 81, 22, Pol. 39, 57. Die Definition der polyarchia wird in beiden Werfen (Pol., Kap. 39, 32, Dic. I, Kap. 81, 20) nur auf dieses Merfmal gestützt: polyarchicus magistratus summus est . . . vicissitudo administrationis inter plures communicata.

er beibes nicht auseinanderhält, glaubt er zur Kennzeichnung dieser Staatsform ein weiteres Merkmal heranziehen zu müssen. Es ist um so auffälliger, daß Althusius nicht zu einer klaren Unterscheidung der verschiedenen Bedeutung von populus geführt wurde, als er es — natürlich fälschlicherweise — für unrichtig erklärt, mit Bodin den Gegensat von Monarchie, Aristokratie und Demokratie auch auf die Organisation der übrigen Staatsorgane anzuwenden. Althusius behauptet, die Spezies der übrigen Magisstrate bestimme sich nicht aus ratio und modus, sondern aus potestas administrandi; alle unteren Organe hätten aber keine solche potestas, sondern "repräsentierten" nur die Gewalt des summus magistratus und so könnten die unteren Organe keinen anderen Charakter haben, als das oberste. Sei dieses monarchisch versaßt, so seien es auch die ersteren, auch wenn sie etwa aus mehreren Individuen bestünden. In diesem Falle liege nur eine Aehnlichkeit mit aristokratischer Verwaltung vor den. Wir sehen dagegen, hier, bei der Desinition der Demokratie thut Althusius selbst, was er an Bodin tadelt.

Die letztere Ausstührung zeigt uns zugleich Althufius' Stellung zur Frage der Unterscheidung von Staats- und Regierungsform. Wir bemerken, daß Althufius einen besonsteren Begriff der Regierungsform der Sache nach wohl kennt, aber ihm eine Bedeutung nicht beimißt. Nach ihm bedarf es nur einer Einteilung der Verfassungsformen; die Regierungsformen zieht bei der Bentang der Berfassungsformen; die

Regierungsform richtet sich immer nach der Verfassungsform.

Wir gelangen zu Erotius³). Dieser gibt nicht blos auch für die Demokratie eine klarere Unterscheidung von Subjekt und Träger der Staatsgewalt, sondern auch ein scharf sormuliertes Unterscheidungsmerkmal zwischen Staats= und Regierungsform.

Was das erstere angeht, so liegt die Anterscheidung von Subjekt und Träger der Staatsgewalt bei Erotius in dem Gegensatz von subjectum commune und proprium summae potestatis. Das allgemeine Subjett ist der Staat selbst, der perfectus coetus hominum, das besondere eine oder mehrere "Personen", je nach den Gesetzen oder Gewohnheiten des Landes 4). Es ist nun zweisellos, daß Grotius unter dem Subjekt der höchsten Gewalt den versteht, der ein Recht auf diese Herrschaft hat 5). Selbstver= ständlich vermögen aber allgemeines und besonderes Subjekt nicht dasselbe Recht an der Berrichaft zu haben. Beibe Rechte muffen verschiedener Art sein, nur der Gegenstand, auf ben fich das Recht bezieht, kann in beiben Fällen der gleiche fein. Und in der That, wenn wir näher zusehen, versteht Grotius unter dem besonderen Subjekt eben das, was wir heute Träger der Staatsgewalt nennen. Durch die Bemerkung, daß das besondere Subjekt das sei, was Galen h πρώτη άρχή nenne 6), und durch den Vergleich, baß zwischen allgemeinem und besonderem Subjekt der Staatsgewalt dasselbe Berhältnis beftehe, wie zwischen Rörper und Auge in Bezug auf den Gesichtssinn 7), ergibt sich wohl einerseits, daß Grotius das Recht des Staatsganzen an der Herrschaft nur durch Vermittlung der Herrschaft des Staatsteils eristieren läßt, andererseits folgt daraus aber auch, daß Grotius unter dem Rechte des besonderen Subjektes der höchsten Herrschaft lediglich das Recht auf Herrschaft als Organ, also eigentlich blos das Recht auf Organ= ftellung meint, ein Gedanke, der nur infolge der doppelten Verwendung des Wortes Subjekt der vollen Deutlichkeit entbehrt. Bollkommene Alarheit darüber, daß allein dies Recht auf herrschaftsausübung als Staatsorgan unter diesem besonderen Rechte auf Herrschaft gemeint ift, gewähren die näheren Angaben barüber, wem diese Stellung als

¹⁾ Siehe oben S. 230, N. 1. 2) Pol., Kap. 39, 3 u. 84. 3) Hiezu Mejer S. 119 u. 120. 4) A. a. D. I, 3, § 7, 1—3.

⁵⁾ I, 3, § 6, 7: necessarium est, quae sit summa illa potestas quique eam habeant intelligere; I, 3, § 10, 1: dijudicandum, cui jus summae potestatis in gente quaque competat.
6) I, 3, § 7, 3.
7) I, 3, § 7, 1.

besonderes Subjekt der höchsten Gewalt zukomme. Dieselben lassen erkennen, daß Erotius als folch besonderes Subjekt nur benjenigen ansieht, der diese herrschaft nicht in Unterordnung unter einen anderen ausübt. Grotius führt aus, es entscheide darüber der modus habendi, die Art, in welcher die höchste Herrschaft besessen werde. Nicht jeder, ber die höchfte Herrschaft übe, sei auch besonderes Subjekt berselben. Er erkennt als besondere Subjekte der höchsten Herrschaft alle diejenigen an, welche dieselbe nicht blos als jederzeit widerrufliches Recht, als precarium besitzen, gleichviel, ob sie dieselbe nun pleno jure proprietatis (= in patrimonio) oder burch den Willen des Volkes haben, bezw. ob ihre Herrschaft eine bauernde ober eine zeitweilige ift 1). Die Natur unkörperlicher Dinge erkenne man aus ihrer Wirkung. Was gleiche Wirkung habe, verdiene den gleichen Darum sei auch der Diktator Subjekt der Herrschaft. Er übe, wenn auch nur vorübergehend, alle Afte mit dem nämlichen Rechte wie ein König im besten Sinne des Wortes. Rein Anderer könne seine Afte für ungiltig erklären. Und dasselbe gelte für Reichsberweser während ber Dauer ber Unmundigkeit, Geisteskrankheit ober Gefangenschaft bes Königs. Sie seien bem Bolk nicht unterworfen, bas fie bestellte, und ihre Stellung vor der gesetzlichen Zeit unwiderruflich2). Nur für die majestas, die Grotius vom summum imperium unterscheidet, sei die Dauer des Rechtes von Bedeutung. Majestas komme allerdings nur dem zu, der die höchste Gewalt dauernd besitze, aber fie sei auch nur eine dignitas, feine potestas 3). Insbesondere wendet sich Grotius dagegen, daß man - er meint Althufius - unter Berufung barauf, daß ber Bestellende höhere Macht habe als der Beftellte, denen die Stellung eines besonderen Herrschafts= fubjektes unter allen Umständen abspreche, welche von einem anderen bestellt seien. Das sei nur zuläfsig bei einer Bestellung, inhaltlich beren ber Bestellte auch forthin von bem Willen des Bestellenden abhängen solle, nicht aber bei einer solchen, welche wohl ab initio est voluntatis, postea vero effectum habet necessitatis 4). Auch das mache keinen Unterschied, ob das Recht durch Wahl oder Erbfolge erworben sei. Im letteren Fall sei die gewonnene Herrschaft nicht unter allen Umständen eine höhere als in dem anderen; denn die Nachfolge ift oft nicht der Titel, nach dem sich die Art der Herr= schaft bestimmt, sondern nur die Fortsekung des icon vorhandenen Rechtstitels, der in der Wahl des Stammvaters liegt 5). Alles in allem haben wir so einen Begriff der Staatsorganssouveränität erhalten, mit welchem sich die Annahme einer besonderen Staatssouveränität wohl verträgt. Grotius hat erkannt — und das ist eine bedeutende Leiftung —, daß die Anerkennung eines unwiderruflichen Rechtes des Herrschers die Annahme eines Rechtes des Staates an der Souveränität nicht ausschließt. Er hat in seiner Weise festgestellt, daß bieses Recht des Herrschers nur ein Recht auf Organ= ftellung ift. Seine Borganger hielten beides für unvereinbar. Bobin trat für Unabsehbarkeit des Monarchen ein und verneinte deswegen die Staatssouveränität, gab also bem unwiderruslichen Recht bes Herrschers einen zu weiten Inhalt; Althusius nahm, um den ungerecht waltenden Herrscher, den Tyrannen, für absetzbar erklären zu tonnen, dem herricher jedes eigene Recht an der herrichaft, kennt also nur eine Staatssouveränität 6). Grotius weiß biese Staatssouveränität sogar für ben Patrimonialstaat seftzuhalten. Das jus perpetuum regendi des Monarchen schließt ein Recht des Staates

5) § 10, 5.

¹⁾ I, 3, § 8, 3; § 11, 1; § 13, 1. Die anderen haben nicht das jus summi imperii, das jus agendi, ipsa facultas, sondern nur actio, administratio, exercitium actus, nur Prinzipat, nicht regnum (I, 3, § 19; 16, 2; 10, 3; 14; 20, 1).

2) § 11, 2.

4) § 8, 13. Als Analogon wird die Frau angesticht, die sinen Mann verschaffe (virum citis acceptable).

sibi constituit), dem sie dann für immer unterworfen sei. 6) S. 224 bei M. 3 und S. 236 bei M. 3.

an der Herrschaft nicht aus 1). Jus perpetuum regendi hat Sinn nur, wenn es von einem Staatsorgan gebraucht wird, der Staat als solcher ist unsterblich und hat darum selbstredend ein dauerndes Recht an der Herrschaft.

Aus dem Angeführten ist bereits auch die Unterscheidung von Staats= und Regie= rungsform erfichtlich, welche Grotius gibt. Sie liegt in dem Gegensat von unwider= ruflicher und widerruflicher Herrschaftsübung, also in einem anderen Punkte als bei Althufius. Althufius findet den Unterschied barin, ob bas Staatsorgan ein eigenes Serr= ichaftsrecht ober bas Gerrichaftsrecht eines anderen Staatsorgans ausübt, Grotius barin, ob die Regierungshandlungen besselben von keinem anderen Willen, einem superior2), aufgehalten werden können oder ob dies der Fall ift. Auch die Reichsverweser (Re= genten, curatores regni) find ihm Trager ber Souveranität, obwohl fie ein frembes Imperium verwalten 3). Der Vertretungsgedanke ift also gar nicht in Betracht gezogen 4). Ebenso nicht der Gegensat von eigener und fremder Gewalt; das besondere Subjekt hat immer eine eigene Gewalt. Dagegen benütt Grotius zur näheren Charakterisierung der verschiedenen Arten der befonderen Subjekte außer dem Gegensat von Besit zu jus perpetuum und jus temporarium den Unterschied von Besit jure pleno proprietatis und jure usufructuario 5). Wie man bei förperlichen Sachen den modus habendi barnach gliebere, so sei bies auch bei unkörberlichen möglich. Der Rönig, welcher feine Stellung unmittelbar burch Wahl ober mittelbar als Rachfolger eines Gewählten erworben habe, besitze die Herrichaft als Niegbraucher. Er hat also wohl ein unwider= rufliches eigenes Recht an der höchsten Herrschaft, aber kein volles, sondern nur ein Teilrecht, ein Recht an fremdem Recht. Sein und ber Seinigen Verfügungsrecht ift ebenso, wie das des Nießbrauchers, beschränkt. Er kann dies imperium im Zweisel nicht veräußern und, während im Patrimonialstaat bei Alter ober Krantheit des Königs berjenige die Regentschaft erhalt, den Bater ober Berwandte dazu beftimmen, kommt in den regna non patrimonialia benen die "tutela" zu, quibus lex publica aut ea deficiente consensus populi eam mandat 6). Nichtsbestoweniger ist kein Zweisel, daß für Grotius dieser Staat der Verfassungsform nach eine Monarchie ift 7). Es fragt sich nur, ob eine reine oder eine mit Demokratie 8) gemischte. Gegen letteres spricht, daß die ge= nannten Verfügungsbeschränkungen aus ber Bestellung bes rex usufructuarius als solcher abgeleitet werden, nicht als Ausfluß eines besonderen Berbotes des Bolkes bei der Gin= richtung der Monarchie gedacht find. Rur unter dieser Boraussetzung aber nimmt Grotius eine Teilung der Herrschaft zwischen Monarchen und Volk an9).

Diese lette Bemerkung zeigt einen wichtigen Unterschied zwischen Grotius und

¹⁾ I, 3, § 12, nr. 2: proprie tamen cum populus alienatur (von bem, ber die Herschaft im Patrimonium hat), non ipsi homines alienantur, sed jus perpetuum eos regendi, qua populus sunt. Bgl. oben S. 234 bei N. 11.

<sup>2) § 16, 2.
3) § 24.
4)</sup> Auch nicht für das Verhältnis von Staats- und Herrschersonveränität, obwohl die erstere durch die letztere vermittelt ist.

⁵⁾ Wenn in I, 3, § 24 jus und usus juris gegenübergeftellt wird, so ist hiemit der Gegensatz von Recht und Rechtausübung gemeint. Nur usus juris steht den auf Ruf und Widerruf gestellten Inhabern der Herschaft zu.

6) § 13, 1 u. 15, 1.

gestellten Inhabern ber Herrschaft zu. 6) § 13, 1 u. 15, 1.
7) Es ergibt dies der Name rex in § 11, 1 im Bergleich mit § 10, 1 u. 3 und 8, 11.

^{8) § 19:} status popularis.
9) § 17, 1: sic etiam fieri potest, ut populus regem eligens quosdam actus sibi reservet, alios autem regi defert pleno jure . . . Id fieri intelligendum est . . . si quid populus adhuc liber futuro regi imperet per modum manentis praecepti. Wie die folgende Begründung erzibt, nimmt Grotius eine Tetlung der Herrschaft zwischen König und Volk, nicht eine Unterordnung des ersteren unter die Herrschaft des letzteren deshalb an, weil sich das gedachte praeceptum nur auf einen einzelnen Gegenstand bezieht. Dasselbe mache zwar zum Höheren, aber nur in eo quod praecipitur, also nur teilweise.

Althufius auf. Infolge feiner Unterscheidung von Staats- und Staatsorganssouveränität bringt Grotius zu der Erkenntnis vor, daß in Bezug auf die Frage ihrer Teilbarkeit zwischen Staats- und Staatsorganssouveranität zu unterscheiden ift. Althusius hat sich biese Erkenntnis dadurch verlegt, daß er, wie wir saben, für die Demokratie Subjekt und Träger ber Staatsgewalt nicht vollkommen icharf außeinanderhielt 1). Er überträgt baher die Unteilbarkeit der Staatssouveranität auch auf die Stellung der oberften Staatsorgane. Er kennt keine gemischte, sondern nur eine durch Mitwirkung anderer Organe beschränkte, einfache Berfaffungsform an. Es kann nach ihm bas eine oberfte Staatsorgan wohl aus mehreren Personen bestehen, aber es können nicht mehrere, selbständige Staatsorgane ausammen den Träger der oberften Staatsgewalt bilben 2). Anders Grotius. Es ift ein scheinbarer Widerspruch, wenn er sagt 3): notandum, quamquam summum imperium unum quiddam sit ac per se indivisum, fieri tamen interdum, ut dividatur. Der Widerspruch löft sich, wenn man die Beispiele ansieht 4). Aus ihnen geht hervor, daß das, was Grotius für unteilbar erklärt, die Staatssouveränität, das, dem er Teilbarkeit beilegt, die Staatsorganssouveränität ift 5).

Diese Annahme einer organisatorischen Teilung der Souveränität, insbesondere die Annahme einer solchen zwischen Monarchen und Bolk, machte erforderlich, daß der recht= liche Unterschied dieser gemischten Berfassungsform gegenüber der beschränkten Monarchie näher feftgestellt wurde. Schon Althufius hatte - im Gegensak zu Bobin 6) - bie beschränkte Monarchie für rechtlich möglich, ja für seine Naturrechtsmonarchie sogar als wefentlich erklärt 7), aber eine rechtliche Konstruktion berselben unterlassen. Sie war ihm mangels klarer Unterscheidung zwischen Staat und Volk ein selbstverständlicher Ausfluß ber immer borhandenen Bolkssouveränität. Grotius gibt nur die Ronstruktion. Er sagt, es liege barin weber eine Teilung ber Herrschaft mit bem Bolk, noch eine Unterordnung unter die Volksgewalt. Eründe fich dieselbe auf ein Versprechen des Monarchen an die Unterthanen, so würden die letteren dadurch noch nicht zu seinem superior, selbst bann nicht, wenn bie Bedingung bingugefügt sei, daß er die Herrichaft verliere, wenn er nicht Wort halte. Er sei dann nicht ex vi superiore, sondern fraft seines Ber= sprechens verbunden und der genannten Bedingung wegen höre feine Gerrschaft nicht auf, die höchste zu sein; es werde nur der modus habendi ein bedingter. Fideikommissarisches Recht an einem Grundstück sei barum, weil es verlierbar sei, nicht weniger Recht, als bas Eigentum baran 8). Gehe die Mitwirkung eines coetus bei gewissen Staatsakten lediglich auf Anordnung des Königs gurud, fo liege keine Teilung vor, weil diese Mitwirkung ihre

¹⁾ Und dies erklärt fich baraus, daß Althufius andere Entstehungsformen bes Staates, als die auf den Willen der Unterthanen zuruckführenden, nicht beachtet (oben S. 233 bei R. 7).

²⁾ Pol., Rap. 39, 19 u. 20 und bazu Gierke S. 35, 26, 30. 3) I, 3, § 17, 1.

⁴⁾ Teilung der Herrschaft nach räumlichen, versonellen oder sachlichen Kreisen; § 17, 1 mit § 9, 1. Grotius hält nicht blos für möglich, daß die oberste Staatsgewalt gemeinsam in der Hand

zw. 1. Stotus gair nicht vios zur moglich, das die oberzite Staatsgewalt gemeinzam in der Hand zweier von einander unabhängiger Staatsorgane liegt, sondern sogar, daß mehrere von einander unabhängige Gewalten im gleichen Gediete und über dieselben Personen getremte, also in verschiedenen Angelegenheiten gleiche hohe Gewalt üben. Die Grenzen müßten freilich, meint er, bestimmte sein, § 9, 1. Siehe dagegen das oben S. 227 über die Lehre Bodins Bemerkte.

5) Dabei zieht Grotius die Grenze zwischen Teilung der Herrschaft unter König und Volkgegenüber dem Verhältnis der Unterordnung des Königs unter das Volksselben weit. Er nimmt, wie S. 239, N. 9 schon bemerkt, Teilung änkerstensalls auch noch an, wenn der König in besschräfter Weise einer Vesehlsgewalt des Volksselben unterliegt, und darüber hinaus sogar, wenn diese eine Awangs und Strasgewalt über ihn hat: coorere non est guidem semper superioris (S. 17. 1) eine Zwangs- und Strafgewalt über ihn hat; cogere non est quidem semper superioris (§ 17, 1).
6) Oben S. 228.

⁷⁾ Siehe Pol. 39, 7 und Gierke S. 27 u. 35.

⁸⁾ Talis autem lex commissoria non tantum in regni delatione adjici potest sed et in aliis contractibus (§ 16, 1, 2, 4, 5).

Urfache allein in dem Befehl des Königs habe. Er könne darum diefe Mitwirkung auch einseitig wieder aufheben 1).

Eines bleibt immerhin auch an der Darstellung von Grotius zweifelhaft, ob ihm bie verschiedene Bedeutung von populus als Staat und als oberstes Staatsorgan in der Demokratie vollkommen klar geworben ift. Dafür fpricht ja fehr ftark feine Unterscheidung von subjectum commune und proprium der Staatsgewalt, allein dagegen nicht minder ftart, daß Crotius an Stellen, wo es zur Vermeibung von Migverständnissen angezeigt mar, ben Begriff Staat ftatt mit populus mit civitas wiederzugeben, hiefür das Wort populus ohne weiteren Beisatz gebraucht 2). Jedenfalls hätte es einer näheren Er= klärung dieses Begriffes populus bedurft. Dies muß besonders Hobbes gefühlt haben. Denn nichts läßt fich dieser nächste bedeutende Vertreter des Naturrechts so angelegen sein, als die scharfe Definition des Wortes populus. Und damit hängt die für die Entwicklung der Staatsrechtstheorie wichtigste wiffenschaftliche That von Gobbes zusammen. Indem er das Wort populus prinzipiell nur in einem Sinne, in dem des oberften Herrschaftsorgans im demokratischen Staat, gebrauchte 3), war er dazu geführt, die Entstehung der Staaten durch Berträge unter dem Gesichtspunkt der Ginteilung der Staatsformen zu betrachten und so zu der Erkenntnis zu gelangen, daß jeder durch Bertrag begründete Staat im Anfang eine (unmittelbare) Demokratie bilbe. Er ist also zu einer vollkommen klaren Unterscheidung von Staat und oberftem Staatgorgan auch für die Demokratie durch= gedrungen 4). Wir geben zu feiner Staatslehre über.

Dieselbe hängt enge mit derjenigen von Grotius zusammen. Wie wir uns erinnern, verglich Grotius das Verhältnis von allgemeinem und besonderem Nechtssubjekt der Staatsgewalt zur Staatsgewalt mit dem Berhältnis von Körper und Auge zum Gesichtssinn, um bamit ju fagen, bag bie Rechtssubjektivität bes Staates eine burch bie bes Staats= organs vermittelte sei 5). Es ift Hobbes, der diesen Gedanken in voller Ursprünglichkeit und Rlarheit rechtlich konstruiert.

Hobbes führt aus: Der Staatszweck, in pax und defensio communis 6) bestehend,

^{1) § 18, 1} u. 2. Dagegen § 10, 4 über comitia ordinum, beren Gefeten ber "princeps" unterworfen ift.

^{2) 3.} B. oben S. 239, N. 1, bann I, 3, § 11, 2; § 8, 12; § 7, 2. Zu weit geht ber Tabel Gierkes S. 173.

Sierkes S. 173.

3) De cive, Kap. 7, 1. Ausnahmsweise und nicht eben glücklich (dies bemerkt schon Pufenstorf a. a. D. VII, Kap. 2, § 14) gebraucht er es in Kap. 12, 8 für civitas im Gegensah zur Summe (multitudo) der einzelnen subditi. In Kap. 13, 3 steht es sogar, aber mit der ausdrücklichen Erklärung, daß dies eine Besonderheit sei, für diese multitudo civium, qui reguntur.

4) Ueber den Begriff der Staatssouveränität ist anhangsweise noch zu demerken, daß auch nach Grotius Unabhängigkeit nach außen (libertas civilis in diesem Sinne; I, 3, § 23, 2) zum Wesen der Staatsgewalt gehört. Weder foedus iniquum noch Klientel noch Vassalität beseitigen jedoch diese Unabhängigkeit. Diese Verhältnisse fchassen nur eine Ueberordnung in der dignitas, nicht aber im imperium. Siehe das Kähere I, 3, § 21, 1, 2, 3 u. 9. Hervorgehoben sei daraus nur die Begründung, welche Grotius dafür giebt, daß das Lehensberhältnis die Souveränität nicht vernichte. Dieselbe ist weniger unrichtig, als die Vod ins (s. S. 222 R. 6). Die im Vehenswerhältnis enthaltene persönliche Vereisheit, also auch nicht dem Staat die libertas civilis. Grotius kann ferner auch für die nur zu Lehen besessen dan nicht seine versönliche Vereisheit, also auch nicht dem Staat die libertas civilis. Grotius kann ferner auch für die nur zu Lehen besessen der staatsgewalt unbedenklich Souveränität annehmen. Eine solche Staatsgewalt tönne zwar hett, also auch nicht dem Staat die libertas civilis. Grotius kann ferner auch für die nur zu Lehen beseissene Staatsgewalt unbedenklich Souveränität annehmen. Eine solche Staatsgewalt könne zwar verloren werden, allein darum höre sie nicht auf, Staatsgewalt zu sein, aliud enim est res, aliud rem habendi modus (§ 23, nr. 2 u. 3). Bgl. S. 238 und 239. Dann ist bemerkenswert, daß sich bei Grotius die ersten Anzeichen einer Unterscheidung zwischen Souver an ität als Staatsgewalt (Inbegriff der Hoheitsrechte) und Staatseigenschaft erkennen lassen. In I, 3, § 6, 2 giebt er den Inhalt der "potestas civilis" in Form einer Einteilung der Staatschätigkeiten an und in § 7, I wird fortgesahren, diese Gewalt heiße nun die höchste, weil ihre Akte dem Rechte keines Anderen unterlägen. Ebenso wird in § 17, 1 getrennt, indem gesagt wird, die summa potestas bestehe aus den in § 6, 2 angesührten "Teilen" unter Hinzuspigung der summitas d. h. der rechtlichen Unverantwortlichkeit (dazu § 8, 14 u. 16). antwortlichkeit (dazu § 8, 14 u. 16). 5) Oben S. 237 bei N. 7.

⁶⁾ De civ., Rap. 5, 9 u. 5.

erfordert das Borhandensein einer una voluntas. Ein Wille Aller läßt sich aber nicht herstellen; dazu find Gedanken und Wünsche ber großen Menge zu verschieden 1). Nur bann ift es möglich zu einem Willen zu gelangen, wenn jeder einzelne seinen Willen bem eines anderen, eines einzigen Menschen ober einer Bersammlung, in welcher die Majorität entscheibet, unterordnet2). Geschieht bies, dann ift der eine Wille und damit ber Staat vorhanden. Diese Ableitung ergibt, daß ber Staatswille nur durch den Organs= willen, ber Staat nur durch die Staatsorgane besteht !). Doch schließt dies nicht aus, anzunehmen, daß der Staat ein künftliches, ein juriftisches Rechtssubjekt ift. Und in der That finden wir bei Hobbes auch biefe Konstruktion. Er bezeichnet den Staat als persona civilis 4), als homo artificialis 5), ber durch andere handelt 6) und beffen "Person" von anderen geriert wird?).

Nach dieser bisherigen Konstruktion sollte man nun meinen, Hobbes würde in ben Staatsorganen nur im Namen bes Staates handelnde, beffen herrschaftsrecht ausübende Träger ber Staatsgewalt sehen, und manche gelegentliche Wendung spricht auch für biefe Meinung 8), allein ex professo ist die Anschauung von Hobbes eine andere. Die Träger ber Staatsgewalt find auch beren erste Subjekte und erst burch ihre Subjektzeigenschaft entsteht diejenige des Staates, also haben sie auch im bestehenden "institutiven" 9) Staate ein eigenes Recht an ber Staatsgewalt. Che die Herrschaftsorgane nicht da find, existiert auch ber Staat nicht und die Herrschaftsorgane find früher vorhanden, weil fie ihre Gewalt nicht vom Staat, sondern von den Individuen, den einzelnen Unterthanen übertragen erhalten. Durch zwei Verträge der Individuen entsteht der Staat, durch einen, ben jedes Individuum mit jedem anderen abschließt und inhaltlich dessen jedes jedem verspricht, sich demselben Herrscherorgan zu unterwerfen 10), und durch einen zweiten, in welchem jedes Individuum das ihm im status naturalis zukommende Recht, sich selbst zu regieren, auf das Herrschaftsorgan überträgt 11).

²⁾ Rap. 5, 6 u. 7 und Rap. 7, 5.

³⁾ Rap. 12, 4: quod autem de civitate verum est, id verum esse intelligitur de eo homine vel coetu hominum, qui summam habet potestatem; illi enim civitas sunt, quae nisi per summam eorum potestatem non existit; Kap. 6, 14: concilii autem sive hominis, cui summum imperium commissum est, voluntas est voluntas civitatis. Hiezu Gierke S. 190.

4) Kap. 5, 10 mit 7, 13. Dazu die Staatsdefinitionen in Kap. 5, 9 und Lev., Kap. 17 i. f. 5) Lev., Kap. 21. Dazu de cive, Kap. 7, 14: voluntas artificiosa.

⁶⁾ Lev., Rap. 18: civitas nisi per personam suam (nempe eum qui summam habet pote-

statem) neque loqui neque agere potest. Dazu de civ., Kap. 6, 190.
7) Lev. Kap. 17 i. f.: is autem, qui civitatis personam gerit, summam habere dicitur potestatem.

^{8) 3. 3.} de civ., Rap. 6, 18: si quis qui unam quamcunque actionem jure agere potest, quae nulli civi neque civibus praeterquam ipsi soli licita est, is summum imperium in civitate obtinet. Nam ea quae fieri neque a cive ullo neque a pluribus civibus jure possunt, civitas sola potest facere. Is igitur, qui ea facit, jure utitur civitatis quod est imperium summum. Ferner Lev., Kap. 18: cum totius civitatis personam gerat, quae ut actor facit ille, ut autor facit civitas.

9) Siehe oben S. 234 N. 3.

¹⁰⁾ Lev. Rap. 17: ego huic homini (vel huic coetui) authoritatem et jus meum regendi meipsum concedo ea conditione, ut tu quoque tuam authoritatem et jus tuum tui regendi in eundem transferas.

¹¹⁾ Diese translatio juris (es wird für transferre auch committere und concedere gebraucht, de civ., Rap. 5, 8; Rap. 6, 7, 13 u. 18) tritt bei Hobbes konstruktiv nicht so ftark hervor, wie das pactum universale. Der ganze Borgang ber Staatengrundung wird unio genannt (de civ., Kap. 5, 7 n. 9) und gewöhnlich nur gejagt, fie geschehe burch pacta mutua ber Unterthanen (vgl. 3. B. Lev. Rap. 17: est enim in personam unam omnium unio, quod fit per pactum uniuscuiusque cum quoquoque (bes in N. 10 erwähnten Inhalts); quo facto multitudo illa una persona est). Es fommt dies daher, daß diese translatio regesmäßig als erst nach dem anderen Vertrag erfolgend gedacht ist; allein, wie de civ., Kap. 5, 7 selbst zeigt (unusquisque unicuique caeterorum se pacto obligat ad non resistendum voluntati illius hominis vel illius concilii, cui se submiserit), kann die translatio dem Bertrag der Individuen unter sich auch vorausgehen. Am beutlichsten zeigt

Geht man jedoch den Ausführungen von Hobbes im einzelnen nach, so muß gefagt werben, daß hobbes ben Sak, die herrichaftsorgane erhielten ihre herrichaft von den Individuen, selbst nicht aufrecht zu erhalten vermag. Die detaillierte Darstellung ber Staatsentstehung im fiebenten Rapitel des Buches "vom Bürger" steht mit der all= aemeiner gehaltenen Darlegung über die Elemente des Staates im fünften Rapitel baselbst nicht im Ginklang. Aus ersterer ergibt sich nicht blos, daß eigentlich schon ber erste Ber= trag allein ben Staat, also auch bie Staatssouveränität begründet, sonbern auch, bag bie Berrichaftsorgane in ber Monarchie und Aristokratie ihre Berrichaft nicht von ben Individuen, fondern vom Staate empfangen. Das alles fpricht aber gegen die Annahme, daß die Herrschaftsorgane ein eigenes Recht auf Gerrschaft hätten.

Hobbes fagt in dem angeführten Kapitel VII: Jede Staatengründung beginne mit ber Errichtung einer Demokratie. Diejenigen, welche gur Begründung eines Staates zusammenkämen 1), bilbeten eben baburch, daß sie zusammenkämen, eine Demokratie, denn ber Umftand, daß fie freiwillig zusammenkamen, laffe es als ihre Meinung erscheinen, daß fie zu dem verpflichtet würden, was die Mehrheit der Versammlung beschließe. Berhalte sich das aber in Richtigkeit, so liege, so lange der Konvent dauere oder Zeit und Ort seiner Fortsetzung bestimmt sei, eine Demokratie vor, denn ein Konvent, deffen Wille als Wille Aller gelte, besitze die höchfte Macht und, da ferner in demfelben vorausgesetzt werde, daß jeder Einzelne stimmberechtigt fei, so seien alle Elemente der Demokratie ge= geben, die dann vorhanden sei, wenn die hochste Gewalt in der Sand eines Rongiliums ruhe, in welchem jeder Bürger Stimmrecht habe 2). Für diese Demokratie gelingt Hobbes nun wohl ber Nachweis, daß es Abmachungen ber Individuen unter einander find, welche gur Staatengrundung führen, nicht aber, daß das in diefer Demokratie vorhandene Berrichaftsrecht erft auf einem zweiten Vertrag beruhe. Nach feinen eigenen Ausführungen ift hier das Herrschaftsrecht schon durch das Uebereinkommen geschaffen: qui coierunt ad civitatem erigendam, pene 3) eo ipso, quod coierunt, democratia sunt. Es fehst asso ein zweiter Vertrag und boch besteht schon ein Staat als Rechtspersönlichkeit und ein Herr-

bie Notwendigfeit zweier Berträge folgende Stelle aus de civ., Rap. 6, 20: Intercedentibus pactis, quibus singuli singulis obligantur, et juris donatione (bazu Rap. 2, 8; Rap. 6, 20), quam ratam habere obligantur imperanti, duplici obligatione civium munitur imperium, ea, quae ad concives, et ea, quae est ad imperantem. Dag bie Uebertragung als vom Individuum ausgehend gebatht ift, zeigt die Definition ber potestas imperandi in Rap. 5, 11: in eo consistit, quod unusquisque civium omnem suam vim et potentiam in illum hominem vel concilium transtulit, und daß ein Vertrag als das Mittel gemeint ist, der Sah in Kap. 7, 17: pactum est juris translatio (bazu Kap. 2, 5 und Lev. Kap. 14; contractus nennt Hobbes nur die translatio juris mutua). Aus dem Kap. 2, 5 und Lev. Kap. 14; contractus neunt Hobbes nur die translatio juris mutua). Aus dem Eingangs angegedenen Grunde war schon Pufendorf der Meinung, Hobbes führe die Entstehung des Staates nur auf einen Vertrag und zwar einen der Unterthanen untereinander zurück; zwischen Individuum und Herrscher werde nach Hobbes kein Vertrag geschlossen (a. a. D. VII, Kap. 2, § 9). Die gleiche Ansicht hat Gierfe S. 87 geäußert und sie ist die wohl ausnahmlos herrschende. Unskar D' Eichthal, Souveraineté du peuple et gouvernement, Paris 1895, S. 48 und 49.

1) Gemeint ist natürlich ein coire auch im übertragenen Sinne, ein Uebereinkommen über die Staatengründung.

2) Kap. 7, 5 mit 1.

3) Das pene ist nicht rechtlich, sondern politisch zu verstehen. Es will nicht sagen, das dieses Uebereinkommen noch keinen Staat vorstelle, sondern nur, das dies noch keine Demokratie von duerndem Charakter sei. Dies beweist folgende Stelle im gleichen Paragraphen: populus (d. i. die Bolksversammlung, s. o. S. 241, R. 3) summum imperium non amplius retinet quam dies et locus certus cognitus et constitutus palam sit, ad quem convenire quicunque volent possint.

locus certus cognitus et constitutus palam sit, ad quem convenire quicunque volent possint. Nisi enim id cognitum et statutum sit, possunt vel diversis temporibus et locis, hoc est in factiones, vel non omnino convenire. Neque est amplius δημος, id est populus, sed multitudo dissoluta, cui nulla neque actio neque jus attribui potest. Bolten mir biejen Saţ nicht aljo auffassen, so müßte getadelt werden, wie Hobbes sagen kann (Kap. 7, 8 u. 11), Monarchie und Aristokratie giengen aus der Demokratie hervor. Nur politisch meint Hobbes: kein Staat ohne dauernde Organe (conditio perpetus conventuum für die Demokratie, Kap. 7, 5); rechtlich gehört jum Staat nur eine bauernde Berbindung, aber feine bauernde Organisation. Auch bei einer nur provisorischen Organisation existiert der Staat.

schaftsorgan, der populus. Was nun das Berhältnis diefer beiden zu einander anlangt, so awingt nichts von Hobbes Ausführungen, in dem genannten Konvent zuerft den populus und dann erst die civitas zu erblicken. Wie Althufing 1), so unterscheidet auch Hobbes nicht zwischen civis als Bürger und als Staatsangehöriger2). Als die Ueber= einkommenden bei ber Staatengründung find die mannlichen, erwachsenen Staatsangehörigen gedacht. Sie bilden also rechtlich sowohl den populus wie den Staat. Es steht baber nichts im Wege, die Gründerversammlung unmittelbar als civitas aufzufassen und erft biefe fich als populus konstituieren zu lassen. Und bem entspricht, daß ber Zweck biefer Bersammlung in erster Linie auf Begründung eines Staates, erst in zweiter auf Begründung einer Staatsform geht 3). Jedenfalls ist von Hobbes kein zwingender Be-weis dafür geliefert, daß der populus seine Herrschaft unmittelbar vom Individuum habe. Es hindert nichts, anzunehmen, daß er dieselbe von der civitas erhält 4).

Noch weniger ift ihm bieser Beweis für die Begründung der definitiven Demokratie und die Begrundung von Ariftokratie und Monarchie gelungen. Für lettere beide fagt er wortbeutlich: dieselben nehmen ihren Ursprung aus ber Demokratie. Und bagu kommt die Einzelschilderung des Gründungsherganges. Auch nach ihr überträgt der populus sein Recht auf die curia optimatum bezw. den Monarchen 5). Hobbes macht freilich Versuche, zu erklären, wie es bennoch rechtlich eigentlich bas Individuum fei, von bem bas Gerr= schaftsorgan auch bei befinitiver Staatsform seine Befugnis erhalte, aber offensichtlich ohne Erfolg. In Bezug auf die Demokratie meint er, die unmittelbare Uebertragung ber Herrschaft durch die Individuen damit bewiesen zu haben, daß er sagt, vor der Staatserrichtung sei ja noch kein populus, fondern nur eine multitudo personarum singularium vorhanden 6). Er vergißt, daß er im Vorausgehenden einen provisorischen populus als vorhanden dachte. Und gang abgesehen bavon paßt jener Sat nicht zu seiner Grundannahme, daß der Staat nur durch die Staatsorgane entstehe; denn hieraus folgt notwendig, daß die Staatsorgane vor dem Staate vorhanden sind. Noch unzureichender find die Bersuche bezüglich Aristokratie und Monarchie. Hobbes will eine Bestätigung seiner Behauptung darin sehen, daß der populus nach der Uebertragung bes Rechtes als folcher b. h. als una persona zu existieren aushöre. Una persona sei die multitudo nur durch die Kraft des summum imperium gewesen. Habe sie diese verloren, so sei sie auch wieder lediglich dissoluta multitudo?). Allein damit ist. doch nur negativ bewiesen, daß nach der Nebertragung keine Rechtsbeziehungen zwischen populus und Herrscher mehr beftehen, weil jenem die Rechtssubjektivität fehlt, nicht aber positiv, daß die Uebertragung rechtlich als vom Individuum ausgehend zu betrachten ist. Hobbes selbst führt daher die Gehorsamsverpflichtung des Individuums gegen den Monarchen und die Optimaten nicht mehr, wie früher8), auf eine donatio juris feitens des Individuums, sondern auf den Staatsbegründungsvertrag der provisorischen Demokratie zurück. Dieser Vertrag wird als ein Vertrag zugunsten Dritter gedacht 9).

¹⁾ Oben S. 236 bei R. 4.

²⁾ De civ., Rap. 5, 11.

³⁾ Coierunt ad civitatem erigendam. 4) An einer Stelle spricht Hobbes in der That von dem pactum, in quo jus nostrum omne

ad civitatem transtulimus (Rap. 6, 13).

5) Rap. 7, 8: aristocratia sive curia optimatum cum summo imperio originem habet a democratia, quae jus suum in illam transfert. Für die Monarchie Rap. 7, 11.

⁶⁾ Rap. 7, 7. 7) Rap. 7, 8 u. 11.

⁸⁾ Bgl. oben S. 242, N. 11: de civ., Kap. 6, 20.

⁹⁾ Rap. 7, 12: tenentur cives ad obedientiam monarchae praestandam pactis illis tantum quibus mutuo se obligaverunt ad ea omnia, quae populus censet et facienda, hoc est ad obediendum monarchae, si a populo constitueretur. Damit ergeben sich weitere Unklarheiten. Wie tonnen fich bann bie gindividuen überhaupt versprechen, fich bemfelben Ginen unterwerfen zu wollen?

So muffen wir fragen: wie konnte Sobbes, trokbem feine Gingelausführung über bie Staatsentstehung viel mehr für eine vertretungsweise Ausübung bes Rechtes ber civitas als für ein eigenes Herrschaftsrecht der obersten Staatsorgane sprechen, diese lettere Meinung so eifrig vertreten? Der Grund liegt in der praktisch=politischen Tendens des Buches. Daffelbe foll ben Republikanern feines Seimatlandes zeigen, bag ber Rönig vom Bolfe unter keinen Umftanden abgesetzt zu werden vermag 1). Dies damit zu erweisen, daß man fagte, ber König regiert im Namen bes Staates, aber nicht im Namen bes Bolfes, mare umsonft gewesen. Die praktische Politik unterscheibet nicht zwischen Staat und Bolt. Darum mußte dem König, follte er wirklich unabsethar sein, ein eigenes Recht an der Herrschaft zuerkannt werden und so läßt die politische Tendenz die Mangelhaftigkeit der logischen Begründung übersehen.

Nunmehr find wir in der Lage, zu unserem eigentlichen Thema, d. h. zu der Frage überzugehen, welche Stellung Hobbes in dem Puntte der Unterscheidung zwischen Staatsform und Regierungsform zuzuweisen sei. Da erkennen wir nun fofort, bag Hobbes biefen Unterschied konftruktiv äußerst klar erfaßt hat. Hobbes führt aus, wenn das Bolk einen König nur auf Lebenszeit mähle und icon bei der Wahl Zeit und Ort bes für den Fall des Ablebens des Königs notwendigen Konventes beschloffen habe, dann habe bas dominium am summum imperium in ber ganzen Zwischenzeit bas Volk, ber monarcha temporarius nur usus ober exercitium baran a(3 usufructuarius2). An diesem Sat ist das für die Entwicklung der Staatstheorie Bedeutsame dies, daß Hobbes klar ausspricht: während dieser Zeit besteht die Demokratie im Rechtsfinne fort. Es liegt hierin ber beste Beweiß für die icharfe Erkenntnis des Unterschieds von Berfassungsund Regierungsform, zu welcher Hobbes allein infolge der grundsählichen Trennung ge= langte, die er zwischen den Begriffen civitas und populus vornahm3). Man könnte nun erwarten, Hobbes habe ben Gegensat von monarchischer Verfassungs- und Regierungsform bes näheren verfolgt, vielleicht fogar den gleichen Unterschied für Demokratie und Arifto= kratie erörtert. Reines von beiden ift jedoch der Fall. Was ihn daran hinderte, ift die praktische Tendenz seiner Theorie. Ihr zu Liebe ftellt Hobbes den Sat auf: Lediglich der unabsethare Einherrscher ist Monarch, der monarcha temporarius nur primus populi minister; benn er kann, weil ber populus bestehen bleibt, schon vor seinem Ableben der Regierung beraubt werden. Sah Hobbes aber in dem monarcha temporarius gar keinen Monarchen, dann lag ihm auch die Berührung jener Fragen ferne.

Abgesehen davon ist an der genannten Ausführung bemerkenswert, daß Hobbes, um seine Ausbrücke zu gebrauchen 4), nicht blos, wie Grotius 5), im natürlichen, sondern auch im institutiven Staate dem Träger der Staatsgewalt immer ein volles, also eigentumartiges Recht an der Herrschaft zuerkennt. Auch dies erklärt sich aus einer praktischen Absicht, die Hobbes mit seiner Theorie verbindet. Hobbes will in zweiter Linie seinen Landsleuten nachweisen, daß eine Beschränkung des Monarchen burch ein Parlament ober eine

Der populus, der den Monarchen bestimmt, ift doch souveran. Also hat ein derartiger Vertrag Teine rechtliche Bebeutung. Nur die Unterwerfung unter einen populus kann von den Individuen vereindart werden. — Wieder eine andere Begründung der Gehorsamspslicht findet sich in Kap. 6, 13. Hier heißt es, die Gehorsamspslicht folge aus dem Begründungsvertrag nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar, nämlich dadurch, daß ohne Gehorsam das Herrschaftsrecht vergebens wäre. Dies ist eine politische Motivierung, wie auch der vorausgehende Sah zeigt: cum jure summi imperantis tanta connectitur civium obedientia, quanta ad civitatis regimen necessario requisiten ist verten ent ist viert der vergebens wie entschaftschaft vergebens wirten ist vergebens und der vorausgehende sah zeigt: cum jure summi imperantis tanta connectitur civium obedientia, quanta ad civitatis regimen necessario requisiten ist vergebens und der vergebens wirten ist vergebens wirten vergebens wirten ist vergebens wirten ist vergebens wirten ver ritur, id est tanta, ut jus illud frustra non sit concessum.

¹⁾ Am schärfsten spricht dies Lev., Kap. 18 auß: summa potestas propter malam reipublicae administrationem habenti tolli non potest.

²⁾ Kap. 7, 16. Bgl. dazu auch Kap. 7, 6 u. 10. 4) Siehe oben S. 234, N. 3.

³⁾ Siehe oben S. 241.

⁵⁾ S. 239 bei N. 5.

Teilung der Herrschaft zwischen beiden unmöglich sei 1). Zu diesem Zwecke behauptet er, Die höchste Gewalt fei immer absolut. Dazu gehört aber auch, daß fie ein eigentumgleiches Recht an der Herrschaft hat, sonst ist sie nicht absolut2). Damit sind wir bei ber überaus intereffanten Souveranitätslehre Hobbes' angelangt, benn absolute und souverane Gewalt sind für Hobbes identische Begriffe 3). Wir verfolgen diese Lehre.

Dieselbe ist inhaltlich berjenigen Bobins ähnlich. Rur in einem wesentlichen Punkte unterscheibet sie sich davon. Sie kennt nur thatsächliche und moralische, nicht auch rechtliche Schranken der Staatsgewalt. Um so stärker sind die Abweichungen in methobischer Beziehung. Hobbes gibt einen völlig aprioristischen Beweiß4). Außer diesem bringt er grundsählich nur Belege aus der heiligen Schrift bei 5). Dies hat nur einen Fortschritt gezeitigt, ben, bag wenigstens einigermaßen erklärt wird, warum zum Wesen ber Souveränität auch Unabhängigkeit nach außen gehört 6). Sonst bedeutet diese Methode in juriftischer Sinsicht einen erheblichen Rudschritt. Sobbes ift bestrebt, ben ganzen Inhalt und die ganze Natur der Staatsgewalt aus dem Staatszweck abzuleiten. Dies bringt unwillfürlich die Gefahr mit sich, an die Stelle naturrechtlicher öfters politische d. h. un= juriftische Begründung zu fegen. Und in ber That ift die Bermengung rechtlicher und politischer Beweisführung bei Hobbes größer als bei Bobin. Das zeigt vor allem die Bestimmung des Inhalts der Souveränität. Nahm Bobin bieselbe in rechtsvergleichenber Weise vor, so gewinnt sie Hobbes im Wege der Zuruckführung auf den Staatszweck 7). Wir geben hierauf näher ein.

Der Staatszweck⁸) ist allgemeiner Friede und Schutz. Für diesen Frieden und Schutz ift bor allem erforderlich, daß jeder gegen Gewaltthätigkeiten anderer soweit geschükt wird, daß er ruhig leben kann, d. h. so lange keine gerechte Ursache hat, sich vor den übrigen zu fürchten, als er diesen selbst nicht Unrecht zufügt. Reiner gebe sein Recht, sich selbst zu schützen, früher auf, als bis für diese Sicherheit geforgt sei. Siefür sei aber noch nicht geforgt, wenn jeder dem anderen verspreche, nicht Unrecht zu thun, denn die mensch= liche Berderbtheit lasse, wie die Erfahrung zeige, nur in geringem Umfang zu, daß dies Bersprechen auch gehalten werde. Es musse daher für diese Sicherheit durch Strafen geforgt, d. h. auf die einzelne Unthat ein so großer Nachteil gesett werben, daß es als ein ftärkeres Uebel empfunden werde, Unrecht zu thun, als Unrecht zu lassen. Ein solches Recht, zu ftrafen, sei aber bann vorhanden, wenn jeder verspreche, er werde dem die Strafe

¹⁾ Bgl. dazu Lev., Rap. 18: opinio docentium jura regni Anglicani divisa esse inter regem,

¹⁾ Bgl. dazu Lev., Kap. 18: opinio docentum jura regni Anglicani divisa esse inter regeni, proceres et coetum communeum causa fuit belli quod secutum est civilis.

2) Was diesen absoluten Charakter der Staatsgewalt anlangt, so ist Hoddes positivrechtlicher Jurift genug, als daß er diese Forderung für den positivrechtlichen Staatsbegriff stellte. Abgesehen davon, daß dies schon daraus hervorgeht, daß seine beiden Werke von Haus aus nichts anderes als Naturrecht zur Darstellung bringen wollen (de cive, prael. ad lect.: "philosophia moralis" und Kap. 14, 4 u. 15, 1 mit 13, 1; Lev. Kap. 20), sagt Hoddes noch außdrücklich, daß eine solsstucklich seines solsstucklich seines vorsanden sei (de cive, Kap. 6, 13), was hier nicht den verklich server der der eines vorsanden sei (de cive, Kap. 6, 13), was hier nicht den verklich server der der eines Staat heduutet (der rechtlich fertige Staat ist die unio facta. rechtlich, sondern den politisch fertigen Staat bedeutet (ber rechtlich fertige Staat ift die unio facta, Rap. 5, 7. u. 9).

³⁾ Er leitet die absolute Natur der Staatsgewalt, wie wir später sehen werden, aus der Souveranität ab.

⁴⁾ Am klarften läßt dies Lev., Kap. 18 erkennen, wo aus ber Form ber Staatsbegründung alle Rechte bes summum imperium abgeleitet werden. Siehe bagegen bezüglich Bobin oben S. 221, N. 2.

⁵⁾ De civ., Rap. 11 (Reberféprift): loca et exempla scripturae sacrae de jure regni, quae secunda videntur antedictis; Rap. 15, 1; Lev., Rap. 20.

⁶⁾ De civ. Kap. 6, 7: frustra pacem inter se colunt, qui se contra externos tueri non possunt. Unabhängigteit nach anßen ift also eine Borausseyung für den inneren Frieden.

7) Bemerkt sei, daß Hobbes für Souderänität außer summa, absoluta und universalis potestas auch dominium gedraucht (Kap. 6, 13; Kap. 14, 20; Kap. 5, 11).

⁸⁾ Lev., Kap. 21. Im allgemeinen zum Nachstehenden de cive, Kap. 6, 3—12.

Empfangenden nicht helfen. Dieses Recht ift das jus justitiae, der gladius justitiae. Der= jenige, dem basselbe übertragen sei, habe summum imperium im Staate; qui enim poenas suo arbitrio sumit, jure omnes cogit ad omnia, quae ipse vult; quo imperium maius excogitari nullum potest. Cbenso sei ein jus ober gladius belli erforberlich. Bergebens suche den inneren Frieden, wer sich nicht nach außen zu schüken bermöge, und fich gegen auswärtige Feinde zu schützen, sei nur benen möglich, die ihre Kräfte vereinigten. Daber sei es nötig, daß einem Rechtssubjekt das Recht ber Bewaffnung bes Boltes und des Aufgebots desfelben zum Heer und das Recht des Friedensschlusses zu= ftehe. Deshalb muffe der einzelne Burger ein jus belli ac pacis auf ein Rechtssubjett übertragen und zwar auf dasselbe, dem das jus justitiae zukomme, denn niemand könne die Unterthanen rechtlich giltig zu Kriegsdienst und Kriegssteuern zwingen, der nicht auch den Ungehorfam zu strafen vermöge. Jedes jus gladii sei inhaltlich das Recht, von der Gewalt nach freiem Ermessen Gebrauch zu machen. Daraus folge, daß das arbitrium sive judicium über seinen rechtmäßigen Gebrauch dem Inhaber desselben zustehe. Potestas judicandi und exequendi lägen alfo in einer Sand und das muffe fo fein, denn fonst werbe ber Staatszweck nicht erreicht. Es würde vergebens entscheiden, wer nicht auch den Bollaug feiner Mandate bewirken könne, und, wenn derjenige, der den gladius habe, auf Unordnung eines anderen vollziehe, dann habe nicht mehr er bas jus gladii, sondern ber andere und er sei bessen Diener. Somit fomme omne judicium, alle Entscheibung dem zu, die die Schwerter habe, d. i. dem Inhaber des summum imperium. Weiter sei notwendig, daß Streitigkeiten vorgebeugt werde. Solche entstünden aber aus verichiebenen Anschauungen über Mein und Dein, über Gerecht und Ungerecht, Nütlich und Unnüt, Gut und Schlecht, Ehrbar und Unehrbar u. f. w. Deshalb sei es Sache desselben summum imperium, dem jene beiden Rechte zuffünden, Regeln und Magbeftimmungen aufzuftellen, bamit jeder miffe, mas er in feiner Begiehung zu anderen zu thun begm. gu laffen habe. Diese Regeln und Magbestimmungen seien die leges civiles, die Staatsgeseke, ihrer Natur nach nichts anderes als "Mandate" des summum imperium. Außerdem mußten dem Inhaber diefer Gewalt "Staatsdiener und ihm untergebene Magiftrate" zur Seite stehen, da er nicht alle Geschäfte allein besorgen könne. Damit diese aber ihrer Pflicht in richtiger Weise nachkämen, sei es erforderlich, daß sie von dem Inhaber des summum imperium abhiengen, diesem also das Beamtenernennungsrecht zukomme. Ferner erfordere der Staatszweck, daß in der höchsten Gewalt auch das Recht der examinatio doctrinarum enthalten fei. Daß fich religiöse und weltliche Gebote wiber= fprächen, fei für den Staat nachteilig, weil erfahrungsgemäß nicht das Gebot, welches ben weltlichen Tod, sondern dasjenige, welches die ewige Berbammnis androhe, höheren Gehorsam finde. Also muffe der Inhaber der höchsten Gewalt das Recht haben, gewisse Meinungen und Lehren für friedensfeindlich zu erklären und zu verbieten, daß fie im Band gelehrt wurden. Endlich folge baraus, daß jeder Burger feinen Willen dem der höchften Gewalt unterwerfe, d. h. auf jeden Gebrauch seiner eigenen Rräfte diefer gegen= über verzichte, Straflosigkeit des Inhabers dieser Gewalt für alles, was er thue. Alles dies zusammen mache das summum imperium aus 1).

Ueberblicken wir diese Ausführung über den Inhalt der Staatsgewalt, so zeigt sie an den verschiedensten Stellen das Eindringen rein politischer Beweise. Um nur einen

¹⁾ De civ. Kap. 6, 13: quicunque enim voluntatem suam ita voluntati civitatis subjecit, ut quidlibet possit impune facere, leges condere, lites judicare, poenas sumere, viribus et opibus omnium suo arbitrio uti atque haec omnia jure, sane imperium ei maximum quod concedi potest concessit. Das lites judicare ist as dem "omne judicium" abzuleiten. Freisich nenig überzeugend; denn begründet ist diese potestas judicandi doch nur als eine Art βουλευόμενον.

Bunkt hervorzuheben: Hobbes führt aus, jus belli, jus justitiae und potestas judicandi und exequendi mußten ein und demselben Rechtssubjekt zustehen, m. a. 28., die Staatsgewalt sei notwendigerweise eine ungeteilte. Allein, was Hobbes zum Beweise hierfür anführt, find keineswegs Gründe, die sich aus dem Staatszweck mit logischer Notwendig= keit ergeben; dieselben lassen vielmehr jene Vereinigung der verschiedenen Gewalten nur als für die Erfüllung des Staatszweckes angemeffen erscheinen 1). Hobbes felbst mißt feiner Beweisführung lediglich rein politische Bedeutung bei, wenn er im weiteren Berlauf2) die Lehre, daß die höchste Herrschaft geteilt werden könne, für die exitiosissima civitatibus doctrina erflärt.

Was endlich noch die Neuerung angeht, welche die Souveränitätslehre von Hobbes inhaltlich barbietet, die Behauptung einer Freiheit bes souberanen Willens von Unterordnung unter jede Rechtsschranke³), so ist auch in dieser Richtung die Logische Begründung Dieselbe zeigt eine unausgefüllte Lücke.

Hobbes fagt: Für die Staatsgewalt gibt es nur natürliche und moralische Schranken. Die ersteren liegen in dem Maß der thatsächlichen Kräfte, über welche der Staat verfügt, lettere in dem Berbot der Sünde. Zu den blos moralischen Schranken zählen auch die naturrechtlichen, denn dieselben verpflichten nur in foro interno 4). Die Staatsgewalt kann an keine anderen Schranken gebunden sein, denn sie ist die höchste Gewalt. Ware fie anderg beschränkt, so konnte biese Beschränkung nur von einer höheren Gewalt ausgehen 5). Damit steht nun eine Ausführung an anderer Stelle nicht in Gin= klang, wornach die subjectio unter die Staatsgewalt sich nur auf das beziehen soll, was zur Erreichung des Staatszweckes notwendig ift 6), und der Wille der Herrschaftsträger nur soweit als Staatswille gilt, als er bas für ben gemeinsamen Frieden Erforderliche betrifft 7). Hobbes gründet hierauf sogar das Recht der Gehorsamsverweigerung in bestimm= ten Fällen8). Wenn er fagt, das Recht des Herrschers, den Ungehorsamen töten zu lassen, werde dadurch nicht alteriert, denn das Recht desselben sei ein absolutes, so ist das petitio principii9). Außerbem fteht ber Sak von ber Befugnis ber Gehorsamsverweigerung in bestimmten Fällen auch in Wiberspruch mit bem anderen, Staatsgesetz könne nie gegen Naturgeset verftoßen, ein Sat, ber auf ben Staatsbegrundungsvertrag gestütt wird. Im Staatsbegrundungsvertrag habe jeder Gehorfam versprochen; wenn man aber zu Gehorsam verpflichtet sei, bevor man wisse, was befohlen werde, so sei man ver= pflichtet, universaliter et in omnibus zu gehorchen.

Anzuerkennen ift, daß Hobbes die Konsequenzen seiner Theorie mit großer Folgerichtigkeit zieht. Die schärffte Konsequenz ift wohl die, daß mit der Abdankung seitens eines Herrschers ober mit dem Aussterben des Königshauses der Staat sich auflöse 10). Beftehe ber Staat nur durch feine Organe, so erreiche er auch mit Wegfall berselben fein Ende und trete alles in den status naturalis der Souveränität des Individuums zurück.

Nicht so folgerichtig verfährt Pufendorf, sein Nachfolger, zu dessen Lehre wir

¹⁾ Das posse in Kap. 7, 4 (fieri imperii summi divisionem non posse) versteht sich also nur vom politischen Können.

²⁾ Kap. 12, 5.

3) Hiezu Gierke S. 176.

4) De civ., Kap. 6, 18 u. 13; Kap. 3, 27.

5) Kap. 6, 18 u. 5, 10. Auch die Möglichkeit einer Selbstbeschränkung gegenüber dem Bürger leugnet Hobbes mit der Begründung, daß der Staat die eingegangene Verpstichtung ja jederzeit aufheben könne (Kap. 6, 14; 12, 4). Er unterscheidet also den Staat als Gesetzeber und als Berwalter nicht.

⁶⁾ Rap. 6, 3. 7) Rap. 5, 6. 8) 3. B. gegenüber bem Befehl, fich felbst oder ben herrscher oder seine Eltern zu toten. Näheres de civ., Kap. 6, 13 und Lev., Kap. 21 und dazu Gierke S. 113. 9) De civ., Kap. 14, 10; 15, 1. 10) De civ., Rap. 7, 18.

uns nunmehr wenden. Gerade in der Frage des Interregnums ift derfelbe anderer Anschauung, der gleichen, wie Grotius 1). Mit diesem nimmt er hier eine Rücksehr ber Herrschaft zum "Bolte", wie er fich ausdrückt, die Entstehung einer zeitweiligen, unbollfommenen Demokratie an2). Bei Grotius entspricht dies der logischen Entwicklung3). Sein Ausgangspunkt war, wie wir sahen4), der Satz, daß die meisten Könige nur ususfructus an der Herrschaft hätten. Daraus folgt gang natürlich, daß mit dem Wegfall des Herrscherhauses sich das volle Herrschaftsrecht des Volkes konsolidiert. Pufendorf. ber ben Gegensak von ususfructus und dominium an der Herrschaft verwirft, weil er eigenes Recht an fremdem Recht und bloße Ausübung fremden Rechtes verwechselt 5), geht bagegen von den gleichen Prämissen, wie Hobbes, also von dem Gegensat von eigener und fremder Gewalt aus 6) und erkennt bemgemäß dem Serricher ein volles eigentumartiges Recht an der Herrschaft zu?). Daraus würde nun folgen, daß mit dem Aufhören der Herrscherorgane auch der Staat sein Ende erreiche. In der That weiß Pusendorf auch für feine Ansicht teine Gründe beizubringen, die fich als notwendige Schluffolgerungen aus seiner Staatskonstruktion ableiteten. Was er anführt, vermag nur die Wahrschein= lichfeit, aber nicht die Notwendigkeit davon zu erweisen, daß in diesem Falle die Berrschaft auf das Volk übergehe und auf diese Weise das Staatswesen erhalten werde 8).

Was die Staatskonstruktion Pufendorfs anlangt, so stellt sich dieselbe als ein miß= lungener Berfuch bar, bie Erklärung zu vervollkommnen, welche Sobbes von ber Entstehung des institutiven Staatswesens gibt. Aufendorf beseitigt wohl die Unklarheiten, welche sich uns hinsichtlich ber Lehre von Hobbes bei einem Vergleich von bessen allgemeinen Ausführungen über ben Staatsbegriff und seinen sbeziellen über ben Bergang ber Staaten= gründung ergaben); dafür laffen aber Pufendorfs Darlegungen in anderer Richtung zu wünschen übrig.

Von der Meinung ausgehend, Hobbes habe die Staatsentstehung auf einen einzigen Bertrag zurückgeführt 10), nimmt Pufendorf an der Lehre deffelben die Korrettur vor, baß er zwei Berträge voraussett, einen, welcher ben Staat begründet, und einen, welcher bie Gerrichaftsorgane bestellt. Dazwischen hinein legt er noch ein einseitiges Rechtsgeschäft, ben Beschluß ber Gründervereinigung über bie Berfaffungsform, die bem Staate

¹⁾ I, 3, § 7, 2.
2) VII, Kap. 7, § 7 u. 9 mit Kap. 5, § 6; VIII, Kap. 9, § 7.
3) Die Polemif von Triepel a. a. D. S. 53 gegen Grotius ift nicht gerechtfertigt. Eine Verwechslung von Bolf und Staat liegt in I, 3, § 7, 2 nicht vor.
4) Oben S. 239 bei N. 5.
5) VII, Kap. 6, § 17.
6) VII, Kap. 5, § 1 und Kap. 6, § 15. Er erfeunt demgemäß schon aus diesem Grunde im Diffator keinen Monarchen an, ganz abgesehen davon, daß er den Monarchenbegriff nur bei Vorhandensein eines imperiam perpetuum als gegeben erachtet (Kap. 6, § 15 u. 10).
7) Dies unterscheide den Herrscher vom Beamten, der nur delegatus sei (VII, Kap. 5, § 7 u. 9; Kap. 6, § 15; Kap. 7, § 8; Kap. 4, § 13 u. 14). Eine Folge davon ift, daß daß Recht des Herrschers auch unwiderruflich ift (Kap. 5, § 9; Kap. 6, § 6). Nur bei regna non patrimonialia ergeben sich Beschrährungen bezüglich der Suzzessischen (Kap. 7, § 11—14, ähnlich wie bei Grotius; vgl. oben S. 239, R. 6 und 235, R. 1).
8) Kap. 7, § 7 u. 9: Geschift der Zusammengehörigkeit; das Bermögen ist im Lande setzeniges; die Lage hat Aehnlichkeit mit der bei der Staatenbegründung; es ist natürlich, daß, wenn derjenige wegfällt, welcher bisher für die Gesamtheit geforgt hat, diese nun selber für sich sow, der erste Bertrag werde entweder unbedingt oder bedingt eingegangen. Sei ersteres der Fall, so sein erste Verlag werde entweder unbedingt oder bedingt eingegangen. Sei ersteres der Fall, so sein der Staatsform, welche beschlagte nicht die verde genehm sei, so saß Individuum unter Umständen außerhalb des Staatsverbandes stehen bleibe (VII, Kap. 2, § 7).
10) Siehe oden S. 242, R. 11.

zu geben sei 1). Wie Hobbes, läßt auch Pufendorf die Herrschaft vom Individuum unmittelbar auf die Herrschaftsorgane übergehen. Während aber Hobbes in weiser Be= schränkung für die Begründung der Demokratie nur einen Vertrag annimmt, behauptet Bufendorf wenigstens für die definitive Demokratie2) auch einen zweiten, wie er allerbings felbst zugibt, einen nur sehr schwer zu erkennenben. Derselbe foll auch hier nicht zwischen den Individuen unter sich, sondern zwischen dem Individuum und dem demokratischen Herrschaftsorgan des populus abgeschlossen sein. Allein dies setzt doch schon das Borhandensein eben des Organes voraus, das durch den Bertrag eigentlich erst bestellt werden soll 3). Die Bestellung dieses Organs muß also schon in einem voraus= gehenden Aft liegen. Und notgedrungen bezeichnet Pufendorf auch die Wirkung des Beschlusses über die Staatsform als "Defignation" der Herrschaftsorgane. Was ist damit anderes zugegeben, als daß ben Inhalt bes zweiten Vertrages nicht die Bestellung bes Herrschaftsorgans, sondern nur das gegenseitige Treubersprechen zwischen Individuum und schon bestelltem Herrschaftsorgan bilbet? Das Herrschaftsorgan wird also nicht vom Individuum, sondern vom primus coetus und nicht durch Bertrag, sondern durch Dekret bestellt. So schilbert Bufendorf auch im Gingelnen ben Hergang bei Begründung ber Monarchie und der Ariftokratie. Dekret und zweiter Bertrag erhalten hier einen anderen Inhalt, als er ihnen nach ber allgemeinen Formulierung zukäme 1). Der Staat ift schon vor diesem zweiten Bertrage organisiert und damit fertig 5). Es sei hervorge= hoben, daß Bufendorf felbft feine allgemeine Konftruktion der Staatsentstehung nicht für die allein mögliche, sondern nur für die natürlichste erklärt6).

Die positiven Berdienste Busendorfs liegen in der klaren Unterscheidung von Staats= und Regierungsform und in der präzisen Konftruktion der beschränkten Monarchie?). In ersterer Richtung unterscheibet er forma reipublicae und actualis administratio, bie eine Ausübung eigener Gewalt, die andere Sandeln in fremdem Namen. Auch die Ubministration kann monarchisch oder polharchisch sein. Ob bas eine oder bas andere, für die Staatsform find dies nur Accidentien; sie wird dadurch nicht berührt 8): wir erkennen den Anschluß an Bodin9). Bezüglich der Konstruktion der beschränkten Monarchie enthält folgender Bassus 10) das Makgebende: constringitur regis imperium si

¹⁾ VII, Kap. 2, § 7 u. 8. Ueber den großen Anklang, den diese Theorie in Deutschland sand, Gierke, Alkhusius, S. 88.

2) Für die vorübergehende Demokratie des Begründungsstadiums eines jeden Staates bedarf es weder dieses Vertrages noch eines Beschlusses über die Staatesorm (Kap. 7, § 6 und Kap. 5, § 6).

3) Dies war das Bedenken, aus welchem Hobbes keinen Vertrag mit dem populus annahm; de civ. Kap. 7, 7: prius debent in omni pacto existere personae paciscentes quam ipsum pactum. Pusenbork wendet dagegen ein (Kap. 2, § 12), wenn man aus diesem Grunde bestreite, daß der Vertrag mit dem populus geschlossen, quia ante nuptias illa nondum fuit uxor, post nuptias pacisci frustra est, ubi iam suam volunkatem sudiecit volunkati mariti (potnik quippe packum nire frustra est, ubi jam suam voluntatem subjecit voluntati mariti (potuit quippe pactum inire eo ipso dum uxor fit vel designatur). Daß damit das Bedenten von Hobbes nicht aus der Welt geschafft ift, liegt auf ber Sand.

⁴⁾ Kap. 2, § 8. 5) Ueber die Schwierigkeiten, welche die Konstruktion der Begründung der Demokratie auch fpateren Naturrechtsgelehrten machte, Gierte a. a. D. G. 90.

⁶⁾ Kap. 2, § 8.

7) Sonstige Fortschrieft machte, Grette a. a. D. S. 90.

6) Kap. 2, § 8.

7) Sonstige Fortschrift gegenüber Hobbe s: Beschränkung der Staatsgewalt auf das, was der Staatszweck verlangt (VII, Kap. 2, § 11; Kap. 4, § 3; vgl. S. 248 bei N. 6); der Hertschriften gegenüber dem Staat (Kap. 2, § 12 und Kap. 5, § 8); höchste und absolute Gewalt sind nicht dasselbe (Kap. 6, §§ 10 u. 13); Teilung der Gewalten nicht unlogisch, aber unzwecknäßig, der Staat wird dadurch ein irregulare corpus (Kap. 4, § 1, 8, 9, 11, 12; Kap. 5, § 20); nähere Designition der äußeren Souderänität (libertas civitatis) in Kap. 5, § 20. Zu Pusens darks Theories im allegenen Souderänität (libertas civitatis) in Kap. 5, § 20. Zu Pusens borfs Theorie im allgemeinen Gierke S. 183, 184 u. 247.

⁸⁾ Kap. 5, §§ 1, 12 n. 13. 10) Kap. 6, § 10; dazu §§ 8 n. 9. 9) Oben S. 225 bei R. 4 u. 5.

expresse inter regem et cives sit conventum in delatione imperii, ut ad certas leges fundamentales imperium gerat ... neque tamen per eiusmodi leges fundamentales summum imperium redditur mancum. Possunt enim in tali regno omnes imperii actus exerceri, qui in regno absoluto, nisi quod heic rex solo suo judicio, saltem ultimo, utitur; illic autem penes concilium est cognitio velut concomitans, non ex qua radicaliter vis imperii dependeat, sed quasi a conditione sine qua non. Neque etiam in tali civitate existunt duae voluntates. Nam utique omnia, quae vult civitas, vult per voluntatem regis. Etsi limitatione ista fiat, ut non existente certa conditione rex quaedam non possit velle aut frustra velit. Sed nec in tali regno rex summum habere imperium desinit aut concilium ipso rege superius. Non enim sequitur: hic non potest agere omnia ex propria libidine, ergo non habet summum imperium.

Endlich gelangen wir zu der letten Frage, die vom Mittelalter her zu erörtern übrig blieb. Es fällt auf, daß auch die neuzeitliche allgemeine Staatslehre ohne Aus= nahme den Staat normaler Weise aus einem Vertrag hervorgehen läßt und ihn doch zugleich ohne jede nähere Erklärung für eine juristische Persönlichkeit erklärt1).

Man könnte nun meinen, die bezügliche Anschauung sei dahin gegangen, daß ber Staat nur ber Begrundung nach ein Bertragsberhältnis, einmal entstanden bagegen eine juriftische Berson sei. Und bafür ließe fich anführen, daß niemand aus dem Begrünbungsvertrag eine haftung bes Gingelnen für die Schulben bes Staates ableitet 2), wie dies dem privatrechtlichen Sozietätsrecht gemäß gewesen wäre; allein es spricht dagegen, baß als Quell ber Rechte und Pflichten ber Unterthanen in ber Regel ber Staatsbegründungsvertrag, nicht das badurch hervorgerufene Gewaltverhältnis angesehen wird3). U. C. erklärt fich dieses Nebeneinanderhergehen von Vertrag und juriftischer Verson ohne Erläuterung, mobern ausgedrückt, daraus, daß der Staat wohl noch als eine juriftische Perfönlichkeit — felbst von den Vertretern der absoluten Staatstheorie 4) und für den Batrimonialstaat -, aber nicht mehr wie bisher in erster Linie als Korporation, sondern als Anftalt aufgefaßt war. "Die Körperschaft regiert fich selbst, die Anstalten und Stiftungen werden nach fremdem Willen regiert" 5). Wird auch bem Staat als Person die Souveranität querkannt, so erblickt man in der Herrschaft der Staatsorgane boch nicht blos eine im Namen bes Staates, sondern eine aus eigenem Recht geübte Gewalt 6). Es fommt dies von der Art, wie die Staatsentstehung konftruiert wird. Obgleich es im einzelnen immer die Gesamtheit der Bürger ift, burch welche man die Berrschaft auf den Herrscher übertragen läßt, wird doch als Kontrahent auch dieses zweiten Bertrages das Individuum gedacht. Dadurch erhalten die beiden durch Bertrag begründeten Rechtsverhältniffe ihren Einigungspunkt im Individuum. Das zweite Berhältnis erscheint nicht als eine Folge des ersten. Der Staat wird als ein doppeltes Rechtsver= hältnis betrachtet, als eine societas aequalis der cives unter einander, d. h. als ein Ber-

¹⁾ Althufius, Pol., Rap. 9, 18; Grotius, Proleg., 15 u. 16; II, 5, § 24, 1; I, 3, § 7, 2;

¹⁾ Althusius, Pol., Kap. 9, 18; Grotius, Proleg., 15 u. 16; II, 5, § 24, 1; 1, 3, § 7, 2; Hobbes, de civ. Kap. 5, 9; Pusenborf, VIII, 5, § 2.

2) Althusius, Pol., Kap. 9, 18; dazu Gierke, S. 26; Pusenborf, VII, Kap. 4, § 7.

3) Selbst derjenige Schriftseller, welcher dem Herricher die weitgehendsten Besugnisse: über die Unterthanen kraft des Wesens der summa potestas einräumt, Hobbes, geht doch immer wieder auf das pactum universale der Individuen zurück. Obgleich er die Staatsgeselse für Mandate des Herrschers erklärt, leitet er die Pslicht des Gehorsams gegen dieselben aus dem Begründungsvertrag der Individuen unter einander ab (de civ., Kap. 14, 2 u. 20 mit 1 u. 13; Kap. 6, 9), und die Gehorsamsversetzung gegenüber dem Herrscher wird für einen Vertragsbruch gegenüber den Witsbürgern erklärt (Kap. 7, 14).

4) Auch sie sehen im Staat nicht blos ein Objekt der Staatsgewalt. Hobbes nennt jeden Staat, auch den Patrimonialstaat, persona (de civ., Kap. 10, 5 und oben S. 242, N. 6 u. 7).

5) Regelsberger I, S. 296.

hältnis von Gleichgeordneten, und als eine societas inaequalis zwischen Herrscher und Unterthanen 1). Societas ist jede menschliche Bereinigung und jede societas ist juristische Person. Im Staat sind also zwei juriftische Personen vorhanden, die lettere hebt die erstere nicht auf. Der Widerspruch mit der Begründung der Herrichaft durch Ueber= tragung seitens der Bolksgesamtheit tritt nicht grell hervor, weil alle Konstruktion von der herrschenden Staatsform, der Monarchie, abgeleitet ift. Regierende und Regierte fallen hier immer auseinander. Da laffen sich gut zwei Berträge annehmen. Auseinanderfallen von Regierenden und Regierten wirkt so ftark, daß sogar Althusius, ber boch im Monarchen nur einen Bertreter bes Bolkes fieht, hieraus für bie rechtliche Natur der Gesetze nicht den Schluß zieht, daß sie eigentlich nur als Verträge der Staats= genoffen unter einander verbindlich seien. Nur den Fundamentalgesetzen, Die lediglich als Bedingungen des herrschaftsvertrages angesehen werden, wird allgemein Bertragscharakter

Zum Schlusse bes Vanzen haben wir noch die für ein völliges Verftandnis des Wesens der Naturrechtslehre nicht zu umgehende Frage zu erörtern: warum wird die normale Staatsentstehung so ohne alle Ausnahme auf den Willen des Individuums zurückgeführt? Es bürfte sich dies folgendermaßen erklären2).

Der für uns in Betracht kommende Staat, der europäische Rulturstaat von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, ist dem wirklich geltenden Rechte nach ein absolut regierter Polizeistaat, einerseits ein Staat, ber bem Unterthanen gegenüber an möglichft wenig Rechtsichranken gebunden fein will und fich befugt hält, biefe jederzeit ohne Mitwirkung ber Unterthanen abzuändern, und andererseits ein Staat, der sich eifrig angelegen sein läßt, für das Wohl der Unterthanen nach Kräften zu forgen. Bu dieser erhöhten Fürsorge für das Wohl der Unterthanen sah sich der Landesherr religiös, politisch und auch durch die Not der Dinge veranlaßt. Die Reformation betonte in gang besonderem Mage, daß die Stellung der Obrigkeit nicht blos Rechte, son= bern auch Pflichten gebe, insbesondere die Pflicht zu Schuk und Förderung des Wohls der Unterthanen 3). Und die Erfahrung lehrte, daß die Beteiligung der Unterthanen an dem neu entstehenden internationalen Berkehre auch bem Staatsganzen zu gute komme und es fo flug sei, die Unterthanen in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen thatkräftigst zu unter= ftügen. Die Migstände, welche in der Berwaltung der niedergehenden Städte hervortraten, und die Leiden des breifigjährigen Rrieges verlangten ein Gingreifen der Landes= herrn in ihrem eigenen Interesse gebieterisch. Indem man so sah, wie der Staat für seine Unterthanen forgte, wurde die Ansicht zur allgemeinen, daß in dieser Fürsorge für bie Unterthanen der wahre Staatszweck liege4). Selbst der schärffte Vertreter des Ub= solutismus, hobbes, bekannte fich zu biefer Auffassung 5). Wenn eine Ginrichtung ben ihr zuerkannten Zweck erfüllt, entsteht aber leicht der Gedanke, daß diese Einrichtung das Werk einer auf Erfüllung bieses Zweckes gerichteten Absicht ift. Besonders in einer

¹⁾ Neber diesen Gegensat Grotius I, I, § 3, 2; J. Homer, introductio in jus publicum universale 1710, pars spec., lib. I, c. 2, § 6. Bergl. hiezu Gierke, Althusius, S. 104 n. 259 und Deutsches Privatrecht, Bb. I, S. 462, 662, 698.

2) Siehe zum Nachstehenden Gomperz's geschichtsphilosophische Erörterungen über das Auftauchen des Gesellschretrages a. a. O. I, S. 313 ff., 323, 324; serner Dilthen S. 478 u. 482 ff. und Merkel, Elemente der allgemeinen Rechtslehre dei Holzendorff S. 34.

3) Wejer a. a. O. S. 118.

4) Neber den Umsang des Staatszweses war damit nichts ausgesagt, also sowohl weite wie enge Staatskompetenz damit vereindar. Agl. hiezu Gierke S. 115 u. 303. Neber die wissenze Begründung des Polizeistaates Marchet S. 138 ff.

5) De civ., Kap. 13, 3: civitas enim non sui sed civium causa instituta est. Agl. ferner die längere Aussührung dei Grotius I, 3, § 8, 14.

die längere Ausführung bei Grotius I, 3, § 8, 14.

vorwiegend intellektualistisch veranlagten Zeit, wie es die Zeit des Naturrechts war, wird eine folche Anschauung leicht Platz greifen. Einer folchen Periode genügt nicht die Annahme einer allmählichen, unbewußten, organischen Entwicklung 1) und ebensowenia bie alleinige und unmittelbare Zurudführung diefer Ginrichtung auf göttlichen Willen2). Sie führt alle irdischen Inftitutionen gerne auf Erfindung der Menschen zurück. alles traf nun für den Staat zu. Man fah, wie er seinen Zweck erfüllte, und nahm baher eine Absicht seiner Begründung an: eine absichtliche That der Menschen hat ihn geschaffen. Man könnte nun denken, die Gelehrten hätten versucht, diese absichtliche That der Menschen auf hiftorischem Wege nachzuweisen. Daß fie baran bachten, zeigt die Bemerkung Bufen = borfs3), man fei genöthigt, bezüglich der Frage der Staatsentstehung ratiocinando vorzugehen, da über dieselbe nulla litterarum monumenta vorhanden seien. Damit war der allgemein zutreffende Grund angegeben. Es fehlte in der That noch an genügender hiftorifcher Renntnis und damit auch an einem genügend ausgebildeten hiftorischen Sinn, der imstande gewesen wäre, aus dem, was man wußte, auch vernünftige Rückschlüsse zu ziehen, ftatt, wie es geschah, dem Gesetze der Entwicklung zuwider dem Urmenschen die gleiche poli= tische Ginficht und Beftrebung anzudichten, die der gebildete Mann der Gegenwart befag. So aber prägte man dem Menschen vergangener Zeiten Borftellung und Absicht ber eigenen auf. Heute war man überzeugt, daß das Borhandensein eines Staates den Zweden ber Unterthanen biene; man fah, wie ber Staat für feine Angehörigen forgte, und die poli= tische Beftrebung gieng in Unterthanenkreisen allgemein bahin, bem Bolte einen Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte zu erwirken. So legte man die gleiche politische Ginficht und Absicht auch den ersten Menschen unter und gelangte auf diese Weise dahin, bie Entstehung des Staates mit größter Intensität auf den Willen der Unterthanen zurück= zuführen. Wenn sich die moderne Naturrechtslehre anläßlich dieser Erklärung der Staaten= entstehung nicht mehr damit begnügte, wie es noch die Monarchomachen4) und von Marfilius und Nikolaus von Cusa abgesehen das ganze Mittelalter5) gethan, einfach auf den Volksbegriff als folchen oder, wie es noch von Bodin und Althufius geschehen, auf das Mittelglied der Familie zurückzugehen, sondern die Staatenbegründung unmittelbar aus dem Willen des Individuums ableitete, so waren hiefür verschiedene Gründe maggebend. Einmal die Verfeinerung des wiffenschaftlichen Denkens infolge der eifrigen Pflege klassischer Studien. Der fortgeschrittenere wissenschaftliche Geist war mit einer Zuruckführung ber Staatenentstehung auf ben allgemeinen und vielbeutigen Begriff Bolt nicht zufrieden; er zerlegte diesen Begriff in seine Elemente und mußte fo jum Individuum als bem letten Grunde ber Staatengrundung gelangen. Hiezu kam die biblische Erzählung von der Entstehung des Menschengeschlechtes aus einem Menschen. Der religiöse Sinn der Naturrechtslehrer war hoch entwickelt; ihre geschicht= lichen Beispiele entnehmen sie der heiligen Schrift und der Dekalog wird zur Begründung naturrechtlicher, wie politischer Pringipien verwertet 6). Stärker noch wirkten aber zwei aubere Gründe, einmal der Umftand, daß die Fürsorge des Polizeiftaates sich in weitgehender Beise bem einzelnen Individuum zuwandte — Beweis hiefur das dem Polizeiftaat eigen= tümliche Privilegierungs= und Konzessionierungsshiftem —, und dann die größere thatsäch= liche Bebeutung und fittliche Wertschätzung, welche das Individuum als solches, nicht blos ber bevorrechtete Unterthan, infolge bes burch ben Humanismus erreichten allgemein höheren

¹⁾ Comperz S. 316 u. 313.

²⁾ Bgl. Pufenborf VII, Kap. 3, § 3 und Gierke, Althusius, S. 72.
3) VII, Kap. 2, § 8.
4) S. 81, N. 8.
5) Oben § 44.
6) Siehe in dieser Richtung z. B. bezüglich Althusius Gierke S. 56, bezüglich Hobbes oben S. 246, N. 5.

Bilbungsgrades 1) und noch mehr durch die immer allgemeiner anerkannte Glaubensfreiseit 2) gewann.

Noch bleibt die Frage, warum sich die Lehre nicht dabei begnügte, die Staatsentstehung ganz allgemein auf einen Akt der Individuen zu gründen, sondern eifrig bemüht war, diesen Akt rechtlich bis ins einzelne zu konstruieren. Wan wird nicht fehlgehen, wenn man die Antwort hierauf in einem Bestreben der Neaktion gegen das Prinzip der raison d'état, des freien willkürlichen Ermessens sieht, welches den absoluten Staat beherrschte. Dieses erhielt sein natürliches Gegengewicht, wenn man dem Staat eine seste rechtliche Ordnung gab, und diese wurde als gegeben erachtet, wenn die rechtliche Entstehung des Staates im einzelnen klar vor Augen lag. Daß man dabei, antikem Vorbild solgend, als die rechtliche Grundlage des Staates sonder Bedenken Verträge der Individuen untereinander bezw. solche der Individuen mit dem Herrscher annahm, dasür war das wirklich geltende Staatsrecht die Veranlassung.

Die große Mehrzahl der genannten Verträge war als stillschweigend abgeschlossen. b. h. als in konkludenten Handlungen zu Tage tretend gedacht. Nur durch Ableitung aus solchen mehr ober weniger schlüffigen Sandlungen war die ganze Staatsentstehungslehre der Naturrechtsdoktrin überhaupt zu halten. Die Ronstruktion der Staatsentstehung aus einem Gesellschafts= und Herrschaftsvertrag fand nun ihr positivrechtliches Vorbild in dem bezüglich Aufnahme in und Entlassung aus dem Staatsverband allgemein gel= tenden Rechte jener Zeit3). hienach war beides, Erwerb und Verluft der Staats= angehörigkeit, von den familienrechtlichen Erwerbs= und Berluftgründen abgesehen, infolge ber mit bem Merkantilinftem jusammenhangenden staatlichen Bevolkerungsvolitit an polizeiliche Erlaubnis geknüpft. Diese Erlaubnis trat zu der Thatsache der Domizils= begründung bezw. zu berjenigen ber Domizilsaufgabe hinzu. Das Domizilsmoment war dem Prinzip des Feudal= und des Patrimonialstaates entsprechend sowohl für die Be= grundung wie für die Beendigung des Unterthanenverhaltniffes die gesehlich wichtigfte Thatsache. Nach dem Prinzip des Feudal- und des Vatrimonialstaates ist das erste Herrichaftsobjekt das Land; die Landesbewohner find nur als Pertinenz des Gebietes der staatlichen Herrschaft unterworfen. Demgemäß bilben auch Erwerb und Verluft bes Domizils im Lande die erfte Boraussetzung für Erwerb und Berluft der Staatsange= hörigkeit. Indem so die für Erwerb und Aufgabe der Staatsangehörigkeit erforderliche obrigkeitliche Erlaubnis sich auf Begründung bezw. Aufgabe der Niederlaffung im Lande bezog, somit eine obrigkeitliche Gin= bezw. Auswanderungsbewilligung darstellte, lag es nahe, statt in der Niederlaffung bezw. Auswanderung und in der Erlaubnis hiezu zwei ein= seitige Rechtsatte zu erblicken, dieselben als die zwei Seiten eines Vertragsverhältniffes aufzufassen, indem man aus Begründung und Aufgabe des domicilium voluntarium eine ftillschweigende Bertragswillenserklärung herauslas. Betrachtete man nun die Staats= angehörigkeit als Staatsmitgliedschaft, so lag in der polizeilich bewilligten Niederlaffung im Staate das Borbild für den ursprünglichen Gesellschaftsvertrag. An die Stelle des Staates trat bei der ersten Begründung als anderer Kontrahent naturgemäß das Inbividuum. Betrachtete man die Staatsangehörigkeit als Unterthanenverhältnis, dann war aus der Begründung besselben durch obrigkeitliche bewilligte Niederlassung leicht ein ursprünglicher Herrschaftsvertrag zu konftruieren4). In letterer Beziehung ftand außer=

¹⁾ Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bb. III (1893), G. 6.

²⁾ Gegensah: Bekenntnisfreiheit.
3) Hierüber Rehm, Der Erwerb von Staats- und Gemeindeangehörigkeit in geschichtlicher Entwicklung, Annalen des Deutschen Reiches, 1892, S. 195 ff. (Sep.-Abdr. S. 59 ff.).
4) Ueber das Verhältnis von Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit zur vertrags-

bem für die Theorie der Bolkssouberänität der Bergleich mit der Begründung des Staatsbienstverhältnisses zur Verfügung, das in jener Zeit allgemein als ein vertragsmäßiges angefehen war 1). Daß das politische Borbild der ganzen Bertragslehre die historische Thatsache ber kaiserlichen Wahlkapitulationen im Deutschen Reiche und die auf politischer Bereinbarung beruhenden Abmachungen zwischen Herrscher und Ständen in den einzelnen Landen und in außerbeutschen Staaten waren, ift ichon früher bemerkt 2). Das un= mittelbar rechtliche Borbild der naturrechtlichen Konftruktion der Staatsentstehung vermochten biese hiftorischen Beispiele nicht abzugeben, weil hier als die Kontrahenten der einen Seite nicht die einzelnen Individuen, jeder beliebige Unterthan, sondern die ftandi= schen Körperschaften als solche, also universitates, erscheinen.

In politischer Beziehung ergiebt das bisher Bemerkte — und es ist wichtig, dies hervorzuheben —: Die praktische Tendenz der dargelegten Staatslehren geht keineswegs auf Beseitigung bes ftaatlichen Bevormundungsspftems 3) und ebensowenig auf Beseitigung der Monarchie; was beseitigt werden soll, das ift nur der patrimoniale, der absolute Charafter ber Monarchie; an beffen Stelle foll die beschränkte Monarchie gesetzt werden.

Unfere ganze bisherige Ausführung über die Naturrechtswissenschaft hatte, wie im Eingang dieses Paragraphen bemerkt, nur Fragen zu behandeln, welche die Neuzeit vom Mittelalter übernahm. Selbstverständlich förderte die Naturrechtsdottrin auch vollkommen neue Lehren zu Tage, benen mehr ober minder auch staatsrechtliche Bedeutung zukam; wir erwähnen die Lehre von Wesen und Arten der individuellen Freiheit, von der repräsentativen Demokratie und von der Teilung der Gewalten. Die Erörterung dieser Lehren sowie die Betrachtung ihrer Fortbildung im 18. Jahrhundert bleibt hier ausgeschlossen, weil ihre Renntnis noch voll zum Verständnis des heutigen Rechtszustandes gehört. Aus biesem Grunde sei ihre Darstellung ber "Allgemeinen Staatslehre" bieses Ginleitungs= bandes vorbehalten.

§ 50. Die Entwicklung im 18. Jahrhundert. Die Entwicklung im 18. Jahrhundert zeigt, mas Deutschland angeht, bis auf einen Punkt gegenüber der vorauf= gehenden Periode keine grundfählichen Unterschiede, dagegen innerhalb der gegebenen Prinzipien erhebliche Fortschritte. Daß ersteres nicht ber Fall ist, bekundet vor allem bas unveränderte Fortbestehen des Hauptcharakteristikums des 17. Jahrhunderts, die Trennung zwischen positivem Staatsrecht als Teil der Jurisprudenz und allgemeinem Staatsrecht als Teil der Philosophie. Das allgemeine Staatsrecht aus dem positivem abzuleiten, diesen Schritt vorwärts thut das 18. Jahrhundert noch nicht. Man wird sich wohl darüber flar, daß die Renntnis der allgemeinen Staatsrechtslehre die not= wendige Boraussetzung einer ersprießlichen wiffenschaftlichen Bearbeitung bes positiven Staatsrechts bilbet4), und man stellt daher auch, obschon nicht häufig, der Darstellung

2) Oben S. 216, N. 9 u. S. 233. Die im 17. Jahrhundert vorkommenden amerikanischen

Pflanzungsverträge (hierüber Jellinek, Erklarung ber Menichen= und Burgerrechte, S. 34ff.) waren jener Wiffenschaft noch nicht befannt.

4) Bgl. J. Höhmer a. a. D. in ber Vorrede; Pütter (1725—1807), institutiones juris publici Germanici; zucrst 1770; vorser unter dem Titel elementa juris publ. Germ. 1754; 6. Aufl.

mäßigen Staatskonstruktion äußert sich Bufendorf VII, Kap. 2, § 20 u. VIII, Kap. 11. Bezüglich ber Auswanderung vgl. insbesondere noch Grotius II, 5, § 24 und Hobbes, de civ. 7, 18.

1) Bgl. Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches, 3. Ausst., 1. Bd., 1895, S. 391; Georg Meher a. a. O. § 142; Rehm, Rechtliche Natur des deutschen Staatsdienstes, a. a. O. S. 582 ff. (Sep.=Abdr. S. 18 ff.).

³⁾ Ein Beweis das die, daß nicht Bekenntnisfreiheit, sondern nur libertas intrinseca voluntatis anerkannt wird. Der Staat behält sich vor, dem staatlichen Frieden gefährliche Lehren zu verbieten. Pufendorf folgt hier Hobbes aufs Wort (de jure naturae et gentium VII, 4, § 8 bezw. de civ., Kap. 6, 11). Hiezu oben S. 247 und im allgemeinen die oben S. 235, R. 2 zitierten Kapitel aus Hobbes und Pufendorf.

bes jus particulare eine solche bes jus universale voraus 1), aber man zieht das lektere immer noch ausschließlich und allein aus ber Bernunft, nicht aus einer vergleichenden Betrachtung bes positiven Rechtes ab. Wie vorbem, so räumte man übrigens auch jett noch bem Naturrecht nahezu allgemein äußere Geltung und zwar, wie bisher, hinter bem positiven Rechte ein2).

Daß sich die Wissenschaft des positiven Staatsrechtes in Deutschland gegenüber der Naturrechtsphilosophie um vieles selbständiger erhielt, als dies in England's) und Frankreich ber Fall war, hat in einem Doppelten seine Begründung. Ginmal stellt fich biese Erscheinung als eine unmittelbare Folge ber mit der zweiten Sälfte bes 17. Jahr= hunderts beginnenden einheimisch=historischen !) Richtung der deutschen Staatsrechtswissen= ichaft bar. Lektere war burch die in die Mitte biefes Jahrhunderts fallende, klare Erkenntnis veranlagt, daß das in Deutschland geltende Staatsrecht in erster Linie nicht aus bem corpus juris civilis, sondern aus einheimischen Rechtsquellen zu entnehmen sei, und seitdem zuerst in antiquarischer 5), seit Moser in mehr rechtsgeschichtlicher Weise gepflegt worden. In noch höherem Mage aber durfte die deutsche Staatsrechtswiffen= schaft die Fortdauer ihrer Selbständigkeit gegenüber der gewaltig wachsenden Macht des Naturrechts jenem kräftigen Stande eigener dogmatischen Entwicklung verdanken, mit welchem sie aus dem 17. in das 18. Jahrhundert hinübertrat. Die Wiffenschaft des beutschen Staatsrechts im 18. Sahrhundert unterließ zwar nicht die allgemeinen Lehren des Naturrechts für ihre Zwecke zu verwerten), aber in erster Linie beachtete sie die positivrechtlichen Normen. Die bedeutenbste Leiftung, welche auf diese Weise zu Stande kam, wird durch das am Ende der Reichszeit stehende Lehrbuch des "Teutschen Staatsrechts" von Nit. Thadd. Conner7) reprafentiert.

Freilich hatte diese grundsägliche Selbständigkeit der Wiffenschaft des positiven Staatsrechts gegenüber ber Naturrechtsboktrin auch wieber ihre Nachteile. Sie hatte zur Folge, baß, soweit erstere naturrechtliches Staatsrecht zu ihrer Unterstützung heranzog, biefes nicht immer in entsprechender Beise in den positivrechtlichen Stoff und in die positivrechtlichen Konftruktionen hinein verarbeitet wurde. Unausgeglichene Gegenfätze zwischen positiv= und naturrechtlicher Auffassung waren nicht eben selten. Gin und dasselbe Nechtsinstitut fand positivrechtlich eine andere Deutung, als naturrechtlich. So führt

^{1802, § 2;} ferner Joh. Schilter, diss. de natura et origine juris publici (resp. Lamprecht), 1694, § 4. Ueber Pütter Schulze S. 88, Bluntschlis S. 452 und Frensborff, Die ersten Jahrzehnte staatsrechtlichen Studiums in Göttingen (Festschrift) 1887, S. 9, 33, 35, 39.

1) So z. B. Kreittmahr, Grundriß des allgemeinen, deutschen und dahrischen Staatsrechtes, 1. Aust. 1769, 2. Aust. 1789.

2) Bgl. Pütter a. a. D.; Gönner, Teutsches Staatsrecht, 1804, § 24. Anders nur J. J. Moser (1701—1785). Er sprach dem Naturrecht alle rechtsverpstichtende Kraft ab. Darüber Bergbohm a. a. D. S. 168, N. 23 und Frensborff S. 14, 16, 18. Dort auch S. 16, 32, 33 inter Masser im allerneinen über Mofer im allgemeinen.

³⁾ Das Borherrichen ber naturrechtlichen Richtung im englischen Staatsrecht zeigen bor allem Blackstones (j. v. S. 206, R. 3) Commentaries on the laws of England, querft 1765. Der beste Beleg hiefur ichon, bag bas Staatsrecht in bas Schema bes Privatrechtsipstems (Berfonenrecht) eingereiht ift. Bgl. v. Marquarbsen im bentiden Staatswörterbuch, Bb. 2 (1857), S. 100 und ferner Jellinek, Menschen- und Bürgerrechte, S. 29.

⁴⁾ Schröder S. 851.

⁵⁾ Hauthtvertreter Heinrich Cocceji (1644—1715): juris publici prudentia compendio adhibita 1695.

⁶⁾ Man durchblättere in dieser Richtung 3. B. das Buch von Cocceji, des eifrigsten Wider= sachers ber naturrechtlichen Staatsentstehungslehre. In dem von der Staatsform des Reiches han-belnden Kapitel VII findet sich sofort die Unterscheidung, welche die Naturrechtsdoktrin zwischen forma und administratio reipublicae macht.

⁷⁾ Oben R. 2. Hiezu Jack, Gönners Biographie, Erlangen 1813 und Allgemeine Deutsche Biographie, Bb. IX, S. 367.

Gönner 3. B. einerseits aus, das Deutsche Reich bilbe kein System föberierter Staaten, sondern nur einen Staat; es gabe nur ein beutsches Staatsrecht, kein Reichs= und ein davon verschiedenes Territorialstaatsrecht; die Landeshoheit sei nichts anderes, als eine Anstalt, eine Behörde des Reiches zur Ausübung der Reichsgewalt 1). Andererseits fagt er aber, nach rationellem Staatsrecht seien die Territorien halbsouveräne Staaten2). Zu tonftatieren ift noch, daß der Ginfluß des Naturrechts auf das positive Recht in Deutsch= land mit der zweiten Sälfte bes achtzehnten Jahrhunderts an Umfang gewann - abgesehen von dem Fortichritt der politischen Berhältnisse, in erster Linie eine Wirkung ber klassischen Formulierung, welche die Staatslehre der Naturrechtsphilosophie durch den 1762 erschienenen contrat social J. J. Rouffeaus (1712-1778) erfuhr.

Der eine Bunkt, in welchem eine grundsähliche Aenderung gegenüber dem 17. Jahrhundert zutage tritt, ift durch die Thatsache gegeben, daß auch das allgemeine Staatsrecht, also das Naturrecht, sich von der Wissenschaft der Politik loszulösen lernte. Es ift Thomasius, der ebenso, wie er Ethik und Rechtsphilosophie beariffs= mäßig trennte3), auch dem Unterschiede, der zwischen letterer und Politik besteht, eine flare Formulierung gab4). Und seine Unterscheidung fiel auf fruchtbaren Boden. Montegquieus l'esprit des lois) ift ein bewußt rein politisches Werk; rechtliche Außführungen werben nur soweit gegeben, als es jum Berftändnis ber politischen erforderlich ift's). Und Rouffeau hebt im Eingang seines contrat social?) ausbrücklich hervor, er werde sich bemühen, zu vereinigen ce que le droit permet avec ce que l'intérêt prescrit afin que la justice et l'utilité ne se trouvent point divisées 8).

Auch, was den Inhalt der Staatsrechtslehre angeht, find bis auf einen Punkt prinzipielle Unterschiede gegenüber dem 17. Sahrhundert nicht zu bemerken. Rouffeaus Gefellichaftsvertrag ift in ber Sauptsache nichts anderes, als die benkbar ichrofifte, felbftändige Ausprägung der Naturrechtsbotterin bes 17. Jahrhunderts, in den von uns behandelten Fragen fich insbesondere an die in der erften Sälfte des 18. Jahrhunderts zu allgemeiner Herrschaft gelangte Lehre Pufendorfs anschließend.

Rouffeau schildert die Staatsentstehung in folgender Weise: Alle Menschen sind frei geboren. Bon Geburt ift jeder sein eigener Herr9). Es gibt nur eine natürliche Gewalt, aber kein natürliches Recht des Stärkeren, alle rechtliche Gewalt kann also nur burch Bertrag entstehen. Dieser acte d'association (pacte social) begründet ben politischen Körper, die Republik. Lekterer heißt als Objekt der Staatsgewalt Staat (état), als Subjekt berselben Souveran; das einzelne Mitglied als Theilhaber an ber Souveränität

S. 1368; Handwörterbuch der Staatswissenschaften III, S. 1215; über seine Lehre Bluntschlis S. 298 st.; Janet Bb. II, S. 329 st. und Eichthal a. a. D. S. 91 st.

6) Bgl. über die rechtliche Einteilung der Staatssormen I, 3 und II, 2 (Monarchie und Republik, legtere Demokratie oder Aristokratie) und demgegenüber ohne weitere Bemerkung die polisieke Staatssormen I, 3 und II, 2 (Monarchie und Republik, legtere Demokratie oder Aristokratie) und demgegenüber ohne weitere Bemerkung die polisieke Schaffliche Einteilung der Staatssorm III.

tijche Einteilung: republikanische, monarchische, bespotische Staatsform (II, 1). Die gemäßigte Staatsform wird nur politisch gewürdigt (III, 10, XI, 4, 6, 8).

7) Contrat social ou principes du droit politique (Verfassungsrecht). Litteratur dazu Handswörterbuch der Staatswissenschen V, S. 468; Staatskerikon IV, S. 940. Ueber die Lehre Bluntschlis. 334 si.; Gierke S. 115, 116, 201; Janet S. 422 si.; Eichthal S. 54 si.

8) Siehe ferner die ausdrudliche Unterscheidung von politischer und naturrechtlicher Beurtei=

fung in I, 4, II, 7, III, 18, IV, 8.
9) I, 1, IV, 2.

<sup>1) §§ 88, 6, 201, 228.
2) §§ 90</sup> u. 227.
3) Siehe oben S. 215 N. 7.
4) Die Ethik behandelt das Ehrbare, das Naturrecht das Gerechte, die Politik das decorum (fundamenta juris naturae et gentium, 1705, I, 5, § 58). Hiezu Gierke S. 301.
5) Begonnen 1729, vollendet 1748; vgl. hierüber wie über Montesquieu überhaupt Sorel, Montesquieu, 1887, S. 72 u. 135; überseht von Kreßner in Bettelheims Geisteshelden, Bd. 20, 1896, S. 63 u. 120. Ueber die Litteratur zu Montesquieu Bruders Staatslexifon III (1894), S. 1382. Sandwärterhald der Staatswissonschaften III S. 1215: über seine Lehre Pluntschaften

Bürger, als Untergebener ber ftaatlichen Gesetze Unterthan. Jeder am Bertrag Beteiligte ift beibeg 1). Es herrscht also im Staat völlige Gleichheit ber politischen Rechte, benn ohne Gleichheit keine Freiheit und auf Freiheit kann ber Mensch nur mit Aufgabe feiner Menschennatur verzichten2). An die Stelle ber natürlichen muß eine konventionelle, ftaat= liche Freiheit treten3). Daraus folgt, daß der Staatswille ein Allgemeinwille ift, benn jeber ift an seiner Bilbung beteiligt, und als Allgemeinwille kann er nicht übertragen werden, denn nur der Allgemeinwille ftrebt nach Gleichheit, jeder Einzelwille nach Borzügen 4). Also ist das Subjekt der Staatsgewalt auch notwendig deren Träger. Es gibt nur eine Berfaffungsform. Dagegen sind ebenso folgerichtig neben bem Trager ber Staatsgewalt besondere Regierungsorgane borhanden; benn ber Allgemeinwille kann fich seinem Wesen nach nur mit allgemeinen Angelegenheiten befassen. Befaßt er sich mit einem objet individuel et déterminé, so verliert er seine natürliche Richtigkeit, benn eine individuelle bestimmte Angelegenheit ift keine Angelegenheit Aller, somit laffen fich die Einzelnen bei ihrer Beurteilung nicht von dem mahren Prinzip der Billigkeit leiten. Nur, wenn bas gange Volf über bas gange Volf beschlieft, liegt ein Couveranitätsaft vor 5). Ein Akt aber, ber nach ber Sache, über die man beschließt, und nach dem Willen, der beschließt, allgemein ist, ift ein Geset 6); Gesetze sind Afte des Allgemeinwillens über allge= meine Sachen. Nur ber Souveran fann Gesetze erlassen, aber er kann auch nur Gesetze er= laffen. Gin Geschäft, das sich auf einen individuellen Gegenstand bezieht, gehört nicht zur Gesetgebung und bamit auch nicht zur gesetgebenden Gewalt. Es gehört zur Erekutive und damit zum Wirkungsfreis ber Agenten. Bollziehende Afte find nicht Souveranitätsatte, sondern Alte der Magistratur, der Verwaltung⁷). Die höchste Verwaltung ist die Regierung. Ift die gesetzgebende Gewalt der Wille, so ift lettere die Rraft des politischen Körperg8). Die Ginsetzung ber Regierung ist kein Staatsvertrag. Ginmal kann bie Souveränität keinen Bertrag ichließen, benn bies mare ein Ginzelakt, und bann kann sich die Souveranität, will sie sich nicht vernichten, so wenig, wie veräußern, beschränken 9). Die Ginsetzung der Regierung ift vielmehr ein Doppelakt, ein gesetzgeberischer und ein vollziehender. Zuerst beschließt der Souveran, daß eine Regierung bestimmter Form eingeführt werbe. Dies ist ein Gefetz. Dann erfolgt die Ernennung ber Chefs der Regierung, ebenfalls durch das Volk, aber nicht durch das Volk als Souveran, fondern als Regierung. Der Souveran verwandelt fich plötlich in eine demokratische Regierung. Jeber Bürger wird zum Magistrat und ernennt nun bie Regierungsorgane. Die provisionelle demokratische Regierung weicht dann der definitiven Regierungsform.

In dieser Wiedergabe der Rouffeauschen Staatskonstruktion ift stillschweigend auch schon ber Punkt angegeben, in welchem fich die Lehre bes Genfer Burgers von berjenigen seiner unmittelbaren Vorgänger wesentlich unterscheibet. Er liegt in der Beseitigung des Herrschaftsvertrages und der Begründung der Stellung des obersten Staats= organs auf einen einseitigen Staatsakt. Rouffeau kehrt damit zu dem zurück, was

¹⁾ Daraus erklärt fich die verschiedenartige Verwendung des Wortes Volk im Rechtsfinn. Indem Roufseau fagt, peuple sei der Kollettivname der Staatsgenoffen (I, 6), kann er peuple sowohl den Souveran wie die Gesamtheit ber Unterthanen nennen (3. B. II, 2, 6 u. 12, III, 2

bezw. III, 17). 2) II, 16, 11; I, 4. 4) II, 1.

²⁾ II, 16, 11; I, 4.
3) I, 6 u. 8.
4) II, 1.
5) II, 4 u. 6.
6) Ueber den Gesetzesbegriff Roufseaus Jellinek, Gesetz und Berordnung, S. 51 ff.
7) Also ist die vollziehende Gewalt nicht sowverän und können beide Gewalten wegen Berschiedenheit ihres Wesens nicht vereinigt sein. Freilich weiß Rouffeau gegen ihre organisatorische Bereinigung nur politische Gründe ins Feld zu führen (III, 16).

⁸⁾ III, 1, 2, 6; II, 5, 6. Siezu Gierte S. 202.

⁹⁾ III, 16 u. 13.

Marfilius von Padua und Nikolaus von Cusa gelehrt hatten 1). Die Lehre ist die gleiche, weil der Ausgangspunkt der gleiche. Wie Marsilius politisch, der Eusaner rechtsphilosophisch, so sieht Rousseau politisch und rechtsphilosophisch das Staatsideal in der Republik. Entnahmen jene dieses ihr Ibeal vorwiegend der Einrichtung der Kirche. so war für Rousseau das Recht seiner Heimat als eines "freien Staates" 2) das Vorbild.

Daß die naturrechtliche Staatsanschauung bei Rousseau noch einen viel schrofferen Ausbrud findet, als bei feinen Borgangern, bas zeigen Sage, wie ber, bag ein Gemeinwesen, in dem nicht alle Burger an der Gerrschaft beteiligt feien, kein Staat, sondern nur eine Zusammenhäufung, eine Aggregation und ber Herrscher in einem folden, und nännte er die halbe Welt sein Eigen, doch nur ein Privatmann (particulier), kein Souveran fei 3). Ferner: Rur der Staat, der durch Geseke regiert wird, ift ein Staat 4); und: Wenn ein Bolf Bertreter ernennt, d. h. eine Bolksvertretung einsetzt, ift es nicht mehr frei und existiert nicht mehr 5). Die sog. Bolksvertreter sind nur Kommissäre; denn das Volk kann sich in Ausübung der Souveränität nicht vertreten lassen. Gefete ber Parlamente find keine Gefete. Entscheidend beschliegen kann nur das Volk. Nur in wenigen Staaten gibt es daher wirkliche Gesetze 6).

Mit fo großer Sicherheit und Schärfe Rouffeau auch feine Lehren vorträgt, von staatsrechtlichem Standpunkt aus besehen find fie weniger geschloffen, als diejenigen ber früheren Bertreter des Naturrechts. Es finden sich im Berlauf der Darstellung starke logische Widersprüche gegen die ersten Grundlagen, auf welchen das ganze Gebäude ruht?). Diese find die Unveräußerlichkeit der natürlichen Freiheit des Menschen und die Unveräußerlichkeit der Souveränität des Bolkes. Auf seine natürliche Freiheit, seine Souveränitat verzichten, heißt nach Rouffeau für ben Menfchen bezw. für ben Staat, aufhören gu existieren8). Und doch wird, was den ersten Punkt angeht, die Staatsentstehung rechtlich so konstruiert, daß gesagt wird, im Staat besitze das Individuum seine natürliche Freiheit nicht mehr ober es gebe wenigstens fo viel davon an den Staat ab, als nötig fei, und tausche dafür nur politische Freiheit ein 9). Und bezüglich des zweiten Punktes wird gesagt, würden Tribunen eingesett, und dies geschehe, wenn bas Gleichmaß zwischen Souveran und Magistratur gestört sei, so könnten diese sowohl in die Thätigkeit des Souverans wie der Magiftratur hemmend eingreifen. Und das Wesen der Diktatur wird gar dahin definiert, fie bestehe in einer vorübergehenden Beseitigung des Souverans, damit der Staat nicht zu Grunde gehe 10); die oberfte Magistratur beherrsche hier den Souveran. Beibes erklärt sich aus der Verbindung von naturrechtlicher und politischer Betrachtung. Rücksicht läßt Rousseau im letteren Fall den Grundsat von der Unbeschränkbarkeit des souveränen Volkes durchbrechen. Und was den ersten Punkt anlangt, so ist politische und rechtliche Betrachtung vermengt. Thatsächlich hat der Mensch im Staat noch die gleiche Freiheit, aber rechtlich ist sie eine andere geworden; an die Stelle der natürlichen ist die staatliche Freiheit getreten.

Bemerkenswert ist, daß auch Rouffeau noch nicht den Polizeistaat beseitigt. Er kennt noch keine angeborenen und unveräußerlichen Freiheitsrechte der Unterthanen 11).

¹⁾ Oben S. 185 u. 186.

³⁾ I, 5. 5) Gierfe S. 222.

²⁾ I, Einseitung.4) II, 6.6) III, 15.

⁷⁾ Die ganze kunstliche Konstruktion der Entstehung der demokratischen Regierung fällt damit zusammen, daß Rousseau schließlich doch erklären muß, es sei un simple acte de la volonté génerale, durch welchen fie zustande komme (III, 17).

8) II, 11; I, 6 u. 8 bezw. III, 15.

10) IV, 5 bezw. 6.

⁹⁾ Siehe vorige Note.

¹¹⁾ Bgl. auch Jellinek, Menschen- und Burgerrechte, S. 5 u. 6.

Wohl tritt jeder nur soviel von seiner natürlichen Freiheit an ben Staat ab. als bas Staatswohl gebraucht 1), aber bie Größe bes abzutretenden Teils bestimmt allein der Souveran. Es besteht nur die eine Schranke, der Souveran muß alle gleich be= handeln, denn anders ware sein Alt kein allgemeiner mehr. Unter ber Freiheit im Staate, ber politischen Freiheit, ift also nur bas Recht eines jeden gur Beteiligung an der Ausübung der Staatsgewalt gemeint 2)3).

§ 51. Das 19. Jahrhundert. Die Wende des 18. jum 19. Jahrhundert bringt auch für die Staatsrechtswiffenschaft wesentliche Aenderungen. Die erfte Salfte des 19. Jahrhunderts ift eine Beriode unruhiger staatsrechtlicher Verhältniffe, eine Beriode bes Uebergangs. Wie wir icon öfter zu bemerken hatten, find folche Zeiten nicht die Lebensluft, in welcher Staatsrechtswiffenschaft gebeiht; in folden Tagen überwiegt bie Politik. Notwendig gelangte die aus praktischem Bedürfnis fortbetriebene Staatsrechtslehre in Berbindung mit ber Politik 1). Und mas bom positiven Staatsrecht galt, bas mußte in noch stärkerem Mage hinsichtlich bes allgemeinen Staatsrechts wirken. "Die Wissenschaft ber Politik trat (wieder) als die herrschende und maßgebende hervor und brangte bie bes Staatsrechts in ben Sintergrund" 5). Mit ber Macht ber Politik ftieg folgerecht auch diejenige ber Rechtsphilosophie, des Raturrechts 6). Man leitet gerne vernunftmäßig ab, was einem als zweckgemäß erscheint.

Was die Staatsrechtswissenschaft wieder selbständig machte und ihr hinzugab, was sie bislang entbehrt hatte, eine allgemeine Staatsrechtswiffenschaft, b. h. eine allgemeine Staatsrechtslehre auf rechtsvergleichender Grundlage, bas mar die bas Charafterifti= tum bes 19. Jahrhunderts bilbende Schaffung einer Berfassungsgesetzgebung. Sie befreite bie Staatsrechtswiffenschaft, indem fie ihr einen sicheren Boben der Bewegung gab, nicht blos von ber Berrichaft ber Politik, sonbern auch von ber Berbindung mit berjenigen Wiffenschaft, in beren Banden fie infolge ber Lückenhaftigkeit bes positiven Rechts fo lange gelegen hatte, von der Abhängigkeit gegenüber der Philosophie. Nicht das Aufkommen ber hiftorischen Rechtsschule ift ber erfte Grund ber Entstehung einer mahren Rechtswiffenschaft bes allgemeinen Staatsrechts, sondern biese Einführung geschriebenen Berfaffungsrechtes?). Mit ihr wich das Bedürfnis, zum Zwecke der Ausfüllung der vor= handenen Lude bei ber Rechtsphilosophie zu Leihe zu gehen. Erft in zweiter Linie wirkte auch die historische Rechtsschule's) ein. Sie nahm bem Naturrecht in seiner Eigenschaft als Erzeugnis der Philosophie die Rraft eines positiv geltenden Rechtes. Insbesondere that sie dies für die Hauptgrundlage des philosophischen Staatsrechts, für die Frage der

graphen Bemerkte.

4) Bervorragendes Beifpiel hiefur Rlubers (1762-1837) Deffentliches Recht bes teutschen Bundes und der Bundesftaaten, 1817 (vgl. Schulze S. 94; Mejer S. 141 u. 268).

5) Laband a. a. D. S. 56.

40, 43, 56, 58 an.
8) Ueber biese Stinging, Wendungen und Wandlungen der deutschen Rechtswissenschaft (akad. Festrede), 1879, S. 19ff. und Gierke, Naturrecht und beutsches Recht, S. 7ff.

¹⁾ II, 4 u. 8. Siehe hiezu Batbie, traité théorique et pratique de droit public et administratif, 2. Aufl., 1885, Bd. I, S. 283.

2) Montesquien versteht unter Freiheit zwar außer der politischen (XI, 6; verwirklicht in der Form der beschränkten Monarchie; II, 4, V, 10) auch die bürgerliche, aber letztere lediglich im Sinne einer Freiheit von Willtur, also niemals Freiheit gegenüber dem Geset.

3) Bezüglich der neuen Lehren des 18. Jahrhunderts gilt das am Schlusse des vorigen Para-

⁶⁾ Rotteck (1775—1840), Vermunftrecht, 1829; Staatslexikon von Kotteck und Welcker (1790—1869), seit 1834. Hiezu Mejer S. 268 u. 198; Bluntschli S. 578 s.; Gomperz I,

⁷⁾ In der Anschauung, daß es nicht die geschichtliche Rechtstheorie ist, welche das Naturrecht in erfter Linie übermand, fchliegen wir uns vollständig der Meinung von Stammler, Ueber die Methobe ber geschichtlichen Rechtstheorie (Sall. Festgabe für Bernhard Windicheid) 1888, S. 28,

Staatsentstehung. Sier wies fie nach, daß die Raturrechtslehre eine philosophische und eine hiftorische Frage berwechselt habe, die Frage nach bem vernünftigen inneren Grund und nach der hiftorischen äußeren Entstehung der Staaten, und daß es nicht angehe, aus jenem Grunde auf eine bestimmte Urt der letteren zu schließen 1). Der lette Bunkt der Entwicklung war dann noch eine gewisse Loslösung der dogmatischen von der historischen Siftorische und politische Erörterungen werden leicht Behandlung des Staatsrechts. Eine volle Befreiung der Staatsrechtswissenschaft von der mit einander verbunden. Politik war also durch jene Loslösung bedingt.

Dies alles bedurfte eines längeren Entwicklungsprozesses?). Mit einem Schlage ließ fich die Selbständigkeit der Staatsrechtswissenschaft nicht erringen. Daran hinderte schon der Umftand, daß sich die Verfassungsentwicklung Deutschlands durch die ganze erste Sälfte des Jahrhunderts hinzog. Das volle Ziel war nur durch eine gewiffe Gin= feitigkeit, burch eine ausschließlich einseitige Hervorkehrung bes logisch-suftematischen Glements ber Auslegung zu erreichen. Nur wenn man fich barauf beschränkte, bas geltenbe Recht lediglich aus fich felbst heraus zu erklären, alle philosophischen, politischen und historischen Auslegungsbehelse nahezu ganz bei Seite ließ, war diese Unabhängigkeit erreicht. Es find Gerber3) und Labanb4), welche biefen Weg einschlugen, und unter Labands Führung wurde das Ziel auch gewonnen.

Gerber⁵) und Laband⁶) waren sich der Einseitigkeit ihres Vorgehens wohl be= wußt. Damit haben fie zu erkennen gegeben, daß, wenn die konftruktive Ausbildung des Staatsrechts einen gewissen Grad der Vollkommenheit erreicht habe, die übrigen, zum vollen Verständnis des positiven Rechtes erforderlichen Auslegungselemente wieder stärkere Berücksichtigung erfahren burften. Gleichzeitig ware bies bann ber Zeitpunkt, mit bem bie Staatsrechtswiffenschaft wieder beginnen könnte, auch der Staatsrechtsgeschichte und Staatsrechtspolitik ihre Kräfte zu widmen?). Wie jede große Gesetgebung8), so hat auch bie neue Verfassungsgesetzung diese Aufgaben der Rechtswiffenschaft hinter die dogmatische zurücktreten laffen. Zuerst mußte das Vorhandene verstanden sein, ehe daran Kritik geübt werden konnte, und andererseits wächst mit der Höhe der dogmatischen Aus= bildung auch die Fähigkeit, in die Rechtsgeschichte erfolgreich einzudringen. Ift aber das geltende Recht und zwar auf einseitig konftruktivem Wege genugend erforicht, bann muffen nicht blos die anderen Auslegungsbehelfe wieder ftarter berückfichtigt werden, sondern auch bie selbständige rechtsgeschichtliche und rechtspolitische Forschung wieder beginnen. Beibes bewahrt die Jurisprudenz vor Entfremdung gegenüber dem Staatsleben.

Trügt nicht alles, so bürfte ber Zeitpunkt gekommen sein, wo es Recht und Pflicht ber Staatsrechtswiffenschaft ift, biese neuen Wege mit zu betreten 9). Gine Forberung muß

¹⁾ Siehe hierüber Böpfl, Grunbfage bes gemeinen beutschen Staatsrechts, 5. Aufl., 1. Teil, 1863, § 34 st. und Schulze a. a. D., § 41 mit 46; Mejer S. 17; Jellinef, Abam in der Staatslehre, S. 26 u. 27; Gomperz S. 314.

2) Bgl. Bluntschli, Die neueren Rechtsschulen der deutschen Juristen, 1841, S. 63 ff. (auch

in ben Sallischen Jahrbüchern, 1839).

³⁾ Grundzüge eines Shstems bes beutschen Staatsrechts, 1. Aufl., 1865. 4) Das Budgetrecht nach den Bestimmungen der preußischen Verfassungsurkunde 1871, und Das Staatsrecht bes Deutschen Reiches, 1. Aufl., 1. Bb., 1876.
5) Siehe Borrebe zur ersten Auflage ber Grundzüge.

⁶⁾ Bgl. insbesondere die Vorrede zum ersten Band, 2. Aufl., 1887 und dazu Jellinek, Lehre von den Staatenverbindungen, S. 9 u. 11.
7) Bgl. im allgemeinen Anton Menger, Neber die sozialen Ausgaben der Rechtswissenschaft (Rektoratsrede), 1895, S. 6 und Zitelmann, Die Gesahren des bürgerlichen Gesetzbuches für die Rechtswissenschaft (Akad. Festrede) 1896, S. 19ss.

⁸⁾ Bgl. v. Lifzt in Lexis, Die beutschen Universitäten, Bb. I, S. 357. 9) Eine Art Beleg Laband, Das beutsche Kaisertum (Atab. Festrebe) 1896.

dabei aber immer bleiben. Staatsrechtsgeschichte, Staatsrechtsdogmatit und Staatsrechts politik müffen in den einzelnen Materien sachlich scharf außeinandergehalten werden 1) und innerhalb der Staatsrechtsbogmatit muß dem logisch-shstematischen Auslegungsmoment die führende Rolle zukommen. Sonst verliert die Rechtsdogmatik das, was fie heute auszeichnet und die schönste praktische Frucht ihrer Selbständigkeit ift, die objektive, un= parteiische Art, mit welcher sie an das öffentliche Leben herantritt2). Was biese Unparteilichkeit bes Staatsrechts für die Staatspragis bebeutet, das zeigt nichts beffer als ein Bergleich ber Erzeugnisse ber heutigen Staatsrechtswissenschaft mit benjenigen por= aufgehender Berioden, insbesondere mit ber Litteratur ber Reichszeit. Objektive Betrachtung der Dinge ift beren schwächste Seite 3). Innerhalb des genannten festen Rahmens mag balb die konftruktive balb die hiftorisch-politische balb die philosophische Betrachtung bes Rechtes an erster Stelle fteben. Die Bedurfniffe ber Zeiten bestimmen biefen Wechsel 4). Freilich können biefe auch noch weiter führen und nach bem Gesete ber Entwicklung bie Staatsrechtswiffenschaft auch wieber ihrer Selbständigkeit, damit aber auch ihres beften Schmuckes, des Schmuckes der Unparteilichkeit, berauben.

Aus unserer ganzen Uebersicht über die Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft entnehmen wir zum Schluffe noch ben allgemeinen Grundgebanken: Auch die Geschichte ber Staatsrechtswiffenschaft bestätigt das aller Wiffenschaft gemeinsame Entwicklungspringip, daß das Bedürfnis des praktischen Lebens viel früher, als zu felbständiger wiffenschaftlicher Erforschung des Bestehenden, zu Kritit und Reformvorschlägen über basselbe führt. Staatsrechtspolitik und Staatsrechtsphilosophie maren früher als Staatsrechtswissenschaft 5).

¹⁾ So auch Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, 1892, S. 18 und Stammler a. a. O. S. 60. Aeußerlich kann alles verbunden werden. So Georg Meher, Das Studium des öffentlichen Rechts (akad. Antrittsrede), 1875, S. 15, bezüglich der Vorlesung über allgemeines Staatsrecht.

²⁾ Es gilt hier basselbe, wie für das Berhältnis theoretischer und praktischer Bolkswirtschafts= 2) Es gilt hier dassetde, wie zur das Verhaltnis theoretischer und prattischer Voltswirtschaftslehre. Hierüber Diehel, Theoretische Sozialösonomit, Bd. I (1895) S. 38. Ueber andere Meinungen Preuß, Entwicklung und Bebeutung des öffentlichen Rechts in Schmollers Jahrbuch für Gesetzebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 18. Jahrg. (1889), S. 1849 st. und Riefer, Ueber Vegriff und Methode des allgemeinen Staatsrechts in Frankensteins Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft 2c., 4. Vd. (1895), S. 250 st.

3) Siehe hiezu die bei Vluntschlis S. 222 zitierte Aussührung von Thomasius. 4) Vgl. hiezu oben S. 60 und Cosas bei Lexis, Vd. I, S. 342. 5) Dasselbe bestätigt Diehel a. a. O. S. 11 u. 41 st. für die Volkswirtschaftslehre.

Bachregister.

(Die kleinere Biffer neben ben Seitenzahlen gibt bie Noten an.)

Absetbarfeit des Berrichers 166, 177, 1845, 18510, 216; ferner bei Demokratie, Thrannen= begriff, Volkssouveränität.

Absolute Staatsgewalt 174; 35, 38; 52; 170s, 191, 192, 200s; 2164, 219, 223 (Bodin), 228, 246, 248 (Hobbes), 2507, 2514, 255; f. auch legibus solutus.

Abam in der Staatslehre 2115, 253.

Aegidius Romanus Colonna 1792, 2341.

Aelius Paetus 14410.

Aeneas Sylvius 182, 1868, 1891, 194₁, 196_{ff}., 208, 224_{ff}., 226₇, 229.

'Aθηναίων πολιτεία, J. Staat ber Athener.

Aisymnetie 123ff.

Afademie 585, 107, 123, 134. Albericus Gentilis 211.

Alexandrinisches Zeitalter 130 ff. Alfidamas 244, 58. Althusius 211, 213, 214, 232,

233, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 244, 251, 252, 253. Alvarus Pelago 1854.

Anaxagoras 53, 13, 153. Annalistik 145, 160. Antiphon 145, 16, 242. Antisthenes 58.

Appian 139. Aristo 1546.

Aristokratie: Arten bei Aristote= les 104, 116 ff.

- Auftreten bes Begriffs 16. — organisatorisches Prinzip 102, 128

– politischer Begriff 107, 116 ff. rechtlicher 16ff., 27ff.; 35, 37, 49, 50, 59; 96, 102, 104, 105, 107, 110, 111, 125 ff., 126; 134, 138, 150, 151, 179, 198, 225 (Bodin), 243.

- fozialer 1022, 103, 10610.

Aristokratie: Staatsprinzip 37, 39, 59, 100. Aristophanes 9, 327.

Ariftoteles: geschichtlicher Ginfluß 135, 160, 173 ff., 178, 179, 1845, 185, 187, 188, 189, 1912, 194, 209, 219, 221, 230.

Gesetzesbegriff 129, 130. Lehre von den Soheitsrechten

84 ff.

Methode 60ff., 71, 72. Politeia, Begriff 75, 76, 79, 95, 102.

- Einteilungen 105ff., 110;

f. auch Politeia. Politesbegriff 72, 85, 88, 91 ff.

Sozialpolitit f. d.

Staatenverbindung 81ff. Staatsbegriff 72 ff., 76, 81,

-- 82.

Staatsentstehung 84. Staatsform, Stellung hiezu im allgemeinen 84, 96, 102, 103, 110; f. auch Regierungs= und Berfaffungsform.

Staatsprinzip f. d. Staatsteil 98.

Staatsveränderung 74, 76, 188 7.

Teilung ber Gewalten: — politisch 89, 90.

- rechtlich 85ff., 88, 89.

— fozial 90.

— Verhältnis zu Platon 71, 88. wiffenschaftliche Staatsschrif-

ten (Charafter und Zeit):
— 'Αθηναίων πολιτεία 61 bis 69, 71, 72, 7412.

Barbarensagungen 61,72.

— Ethik 70, 71, 126. — Politien 61, 67, 68. — Politik 70, 71, 126.

- Rhetorik 69, 70, 71, 72, 94, 96, 99, 102, 103, 108, 127-129.

- Berhältnis ber Schriften zu einander 71, 84.

Aristogenos 97, 535. Arnifäus 209. Arumäus 204.

άρχή: Begriff ber Staatenver=

bindung 82 ff. Amtsgewalt 20; 28, 30; 31, 32, 46; 36, 37, 46, 88; 46, 51, 84; 86, 87, 91, 100, 129;

 αιιά) τὸ περὶ τὰς ἀρχάς. Bedeutungen bei Ariftoteles ingbef. 87.

oberfte Staatsgewalt 17, 18; 31, 32, 43, 46, 84, 87; 1. χύριον τῆς πολιτείας.

fozialer Träger ber Staatsgewalt 76.

überlegende Staatsthätigkeit 46, 47, 48, 88.

Athen: Demokratie 5, 6, 13; 22; 32, 54; 61, 125.

Freiheitspringip 13, 27. — Individualprinzip 13, 27, 32. — Laienverwaltung 35, 27, 32.

Polizeistaat 36.

Rechtsstaat 13, 15, 547. Redefreiheit 52, 132.

— Staatsangehörigkeit 35, 6, 93. - Staatsbürgerrecht 35, 72, 132, 93, 95 s.

— Staatsprinzip 12, 13; 27; 32. - Thrannis 18, 282, 62, 106.

– Verfassungscharakter 22, 131. Athenaios 139. Attikisten 139.

Auguren 144, 1463. Mugustin 155—158, 161, 163, 164, 1653, 1662, 177, 1806,

1926. Augustinus Triumphus 1854. αὐτάρκεια 81.

B.

Bacon 2043. Balbus 181, 194, 2177. Bartolus 181. βασιλεία f. Rönigtum und Mon= archie. Beaumanoir 1732, 1932.

Geschichte ber Staatsrechtswissenschaft C-G.

Bebenburg 182 ff., 1868, 1956, 196, 2014, 207. Benzo von Alba 1633. Berufsbeamtentum als politisches Prinzip 9, 24, 26, 29, 31, 38, 39, 59. Beschränkte Staatsgewalt 35, 38; 1157, 144. Monarchie 1955 u. 6, 218, 228, 231, 250, 255. Befold 209, 214, 232.

βιαίω-έχουσίω 27 s, 281, 50 s u. τ. Blackstone 2063, 2563. Bodin 209, 213, 218—231, 235, 2406, 2414, 246, 250, 253. Böhmer J. H. 2521, 2554.

Boethius 160. Botero 209. Boucher 218. βουλευόμενον:

- personlicher Begriff 46. - fachlicher Begriff 16, 20, 825, 85,94,96,100,1901;368,371.

- Organisation desselben 102, 112—126, 128ff. Bratton 1732. Buchanan 216. Bundesfeldherrnamt 83.

Byzantinische Zeit 139 u. 140.

Cafar &. Jul. 146. Calvin 216. Capito 1541. Cassius Dio 139. Cato 1448 u. 10. Celjus 1542, 1551. Cicero 1475, 148ff., 160, 1663, 178, 226. Cincius 1461. civitas dei 156, 161. civitates liberae 193. civitates superiorem non recognoscentes 192 ff.; 205 2, 225. Cocceji 256. Cofe 2063. commentarii pontificii 144. concessio imperii 147, 162, 181, 182; f. auch translatio imperii. Crassus 1634, 1642, 1671.

D.

D'Ableiges 206. Danäus 216. Dante 176, 1792. Decius 181 11. Delischer Seebund, Rechtscharakter 81 mit 5. Demetrios von Phaleron 131 u. 132.

Demokratie: Auftreten des Begriffs in Griechenland 16.

mittelbare 30, 35, 102, 111, 116; auch Konstitutionalis= mus und Repräsentativinftem.

unmittelbare:

- als Freiheitsprinzip 39, 59; 53; 102.

- als organisatorisches Prin-

zip 102.

– als rechtlicher Begriff 16, 173, 19; 27 ff., 59; 37; 33, 35, 49, 107; 50, 99; 52; 59; 893, 96, 97, 99, 104, 105, 110, 116, 119 ff., 125, 126; 134 ff.; 138; 145; 150; 179; 187; 225; 236; 237ff.; 243 ff.; 250 ff.; 258; f. noch Demos, Ifonomie, Bolksfouveranität; Urten desfelben 893, 105, 112 ff.

als rein sozialer Begriff 893, 102, 104, 108; Arten besfelben 89, 97, 99, 110.

Demokrit 214, 52ff.

Demos: reditic 17, 19; 29; 35, 371; 63, 69, 96, 97, 98, 100, 101, 111—115; 81, 112, 116, 117.

fozial 19; 22; 55, 63, 64, 69, 80, 96, 97, 98, 100, 101, 102.

Despotische Herrschaftsweise 38, 46 11, 51; 105, 107, 108, 109ff.; 123 ff.; 230; j. auch δυναστεία und Gewaltverhältnis.

Deutsches Reich, rechtliche Natur

2061, 2162. Deutsche Staatsrechtswiffenschaft

165, 178, 1823, 191, 204, 206. Διαλέξεις ήθικαί 242, 25, 26. Dialogus de Scaccario 1734. D'Ibelin 1728.

Dienftvorschrift 44; 130; 1977. Ditaard von Meffene 131 ff., 137,

138, 150 5. δικάζον 85, 100; j. auch Gericht.

δίκαιον 10, 26, 832.

Diodor 139 1. Diogenes 53.

Dion Chrhsostomos 139.

Dionysios von Halikarnassos 139. Domat 211.

dominium 147, 170, 171, 1815, 1981, 2009, 235, 2467, J. auch Patrimonialstaat.

Donellus 210, 213.

δούλος (staatsrechtlich) 38, 50; 737, 79, 100, 106. Du Breuil 206.

Du Haillan 206. Du Moulin 206. Du Tillet 206.

Dharchie 226. δυναστεία 33, 38, 115.

E.

έθνος 72, 73, 74. ελευθερία, J. Freiheit. Engelbert von Volfersborf 1745,

1792, 1799, 180, 1925, 1956. Englische Staatsrechtswiffenschaft 173, 204, 206, 256 s. Enteignung 170, 171, 1995, 2033.

Epifur 132, 134. Epifureismus 132, 149 .. Euripides 9, 157, 16. Exegeten 145 1. ήγεμονία 83.

ᢧ.

Kabius Biktor 146s. Fenestella 1542. Festus 1542. Fetialen 144.

Feudalstaat s. Lehenrecht. Fortescue 2063.

Französische Jurisprudenz 1941, 210, 218.

Französische Staatsrechtswissen= icaft 172, 173, 193, 204, 206, 2093, 2114, 218. Französischer König 192, 224.

Freiheit, Begriff 17, 106, 1863, 24211, 255, 2579, 2602. - Staatsprinzip 13; 33, 39;

52; 100, 127 ff.; 1863. - Unveräußerlichkeit derfelben 259s u. 11. Freistädte, lombardische 193.

6.

Gaius 1553. Gellius 154 2 Gemäßigte Monarchie f. Monarchie.

Gemischte Staatsform f. Staats= form.

γένος δικαιαργικόν 1312. Gerber 261.

Bericht, rechtliche Stellung 46, 48.

Germanische Rechtsanschauungen 166, 178, 191; f. auch Lehen= recht. Gesamtaft 1866.

Geschichtsschreibung 21, 57, 63, 135, 137,

Gesellschaftsbegriff 51, 76, 98, 197, 2174, 233, 2356, 251, 252; j. auch κοινωνία Gejellschaftsvertrag 217, 233, 257

u. Staatsentstehungsvertrag.

Geschichte ber Staatsrechtswissenschaft H-M.

Sefet, Begriff 43 ff., 48; 85, 129, 130; 1895, 1907; 223; 247; 258.

— Unterschied vom Sittengeset 43, 45; 2157.

Sefetgebung als Staatsfunktion 85, 86; 177; 185, 186, 187, 188; 258.

— als oberstes Hoheitsrecht 1889; 2236; 258.

Gewaltverhältnis 50, 78 ff.; f. auch bespotische Herrichaftsweise. Gewohnheitsrecht 43, 130.

Sleichheit 34, 39, 40, 10018, 1011. Gleichheitsprinzip 33, 34, 39; 100, 101, 106, 127 ff.; 234 4.

Gloffatoren 1711. Gönner 2063, 256, 257. Gorgiaß 9, 11, 234, 565.

Grammatiker 136, 139.

Gratian 171.

Gregor von Toulouse 209. Gregorianischer Kirchenstreit 160. Grenzen der Staatsgewalt siehe

Schranken ber Staatsgewalt. Grotius 2114, 2121, 232, 233, 234, 235, 237 ff., 249, 252, 2544. Grundgeset, rechtliche Natur 218, 252.

Gütergemeinschaft 316, 220.

S.

Segemonie 83. Sellenistische Staatsrechtswissenschaft 133 ff., 137 ff., 149, 157. Semina 146. Seraklit 15. Serobot 16 ff. Serrschaftswerhältnis s. bespotische Herrschaftsweise und Gewaltnerbältnis.

Gewaltverhältnis. Herrichaftsvertrag 1522, 165, 180, 182, 216 ff.; 242.

Herrscherspuweränität 1815, 195, 211, 224; s. auch Subjekt bezw. Träger ber Staats-gewalt.

Herrscherftellung:

— einseitiger Entstehungsaft 1704, 177, 180, 181, 1845, 1868, 258; s. auch Herrschaftsvertrag und Staatsentstehung.

Hintmar von Rheims 1685. Hippias 91, 1111, 2111, 234, 136. Hippodamos von Milet 21. Historische Rechtsschule 261.

Hobbes 211, 215; 232, 233, 238, 240 ff., 249, 2503, 2544, 255s. Hoheitsrechte, Einteilung berfelben 84 ff.; f. auch Ariftoteles und Staatsfunktionen.

Honorius von Autum 167. Horographie 21, 145s. Horographie 181s, 1924. Hotoman 218. Hugo von Fleury 162s, 167. Humanismus 203, 208, 253.

J.

Imperium 161, 191; 162, 163, 1672, 1695, 176, 178, 183 ff., 1874, 1891, 1927, 196 ff., 208, 210.

Individualprinzip 13, 27, 209, 217, 253.

Johann von Jandun 1912. Johann von Paris 1854, 1927. Johannes von Salisbury 167ff.,

1745, 1823. Frnerius 1592, 160, 162, 168ff. Fortates 58ff., 229. Fonomie 16ff., 19, 282.

Istalienische Jurisprudenz 193, 1971, 2052, 217.

Julian 1551. Junius Gracchanus 146, 1495,

1537. juris consulti 144, 146, 1547,

159, 161. jus civile 144, 153.

— divinum 158, 177, 186 10, 191.

— gentium f. Naturrecht. — naturale f. Naturrecht.

— publicum 144,162,172,2052.

Ω .

Kaiser, Rechtsstellung 161, 162, 163, 165, 166, 1681, 1704, 176, 178, 179, 191, 192, 195, 196 sf., 210, 216; s. auch Herrschaftsvertrag, Herrscherkellung, Herrscherkelschung, Herrscherkelschung, Herrscherkelschung, Gerrscherkelschung, Gerrscherkelschung, Errscherkelschung, Errscherkelschung in der eine eine eine Errscherkelschung in der eine Errscherkelschung in der Errschung in der Errscherkelschung in der Errschung in der Errscherkelschung in der Errschung in de

Rallikles 10, 123. Ranonisches Recht, Wissenschaft

besselben 171, 175, 181, 2071. Karthago, Staatssorm 117, 120, 122 s.

Kassiodor 160. Kindergemeinschaft 80. Kirche s. Papst.

Kleanthes 134. Kleruchenland 8.

Rlifthenes 35, 72. Rlüber 260. Knichen 2054.

Königliche Herrschaftsweise 16 ff.; 27, 105; 37; 41, 47, 49, 107; bei Aristoteles politisch 107, 122 ff., 128; rechtlich 108, 122, 126 ff.

Königtum, Arten 104, 105, 106, 122.

- nichtgriechisches 74, 123 ff.

— Prinzip besselben 100, 127, 128; f. auch Monarchie, The rannis.

xοινωνία 32, 75, 81, 98. Konrad von Megenberg 1765. Konstitutionalismus 114, 115τ; f. auch Demokratie, mittelbare.

Ronzil 176, 190.

Korporationstheorie (ftaatsrechtlich) 77, 79 ff., 150 10; 150; 180 10; 181; 184, 185; 200 9; 216 3, 217, 251 1, 257; j. auch organische Staatstheorie, Staatspersönlichteit.

χόσμος als Rechtsbegriff 15, 245, 132.

κράτος 17, 37, 43, 82, 83, 109, 127.

Areittmahr 256. Areta, Staatsform 117,120,1221. apíveiv 46, 85, 127.

Rritias 12s, 244, 57. πόριον τῆς πολιτείας 86, 91, 96, 102, 103, 120, 127, 188s, 219, 220.

Ω.

Raband 261. Rabeo 1541. Lagus 2121, 2134. Rafebämon, Staatsform 5, 6, 7, 112, 117, 120, 1223, 123, 125, 136, 137, 226. Rauterbeef 209.

legibus solutus 191, 192, 200s, 2164, 222, 223, 229. Lehenrecht 1659, 167, 1837, 192,

Lehenrecht 1659, 167, 1837, 1 1953, 196. Leufipp 13. Libri augurales 144

libri augurales 144.
— fetialium 144.
Simnäus 204, 207.
Socte 211.

Logographen 563, 141. Lombardische Städte 162, 163, 170, 192.

Lykophron 14, 244.

M.

Macchiavelli 209, 210, 211. majestas 200, 216, 222. Manegold von Lauterbach 165 ff., 178.

Manlius Torquatus 146s. Marfilius von Padua 185—191, 1944, 1956, 196, 197, 253, 2591.

Melanchthon 208.

Geschichte der Staatsrechtswiffenschaft N-P.

Methode ber Staatsrechtswissen= Schaft 25, 60, 70; 60, 71, 126, 131,135,2054;196;2072,219. Metochites 140. Metöfen 6, 35, 547, 92, 94. Monarch 16 ff., 37, 39, 49, 59; 47; 59; 80, 104, 105, 107, 108, 110, 122ff., 126; 150, 151; 188; 216 ff., 225 ff., 243 ff.; f. auch Raiser= und Rönigliche Herrschaftsweise. Monarchie absolute s. absolute Staatsgewalt. – beschränkte s. d. – gemäßigte 229, 2576. Monarchomachen 215 ff., 219, 235,

Montesquieu 257, 260.

2534.

Moser 256.

Maturrecht 149; 101, 122; 24; 184, 130 s; 133, 135; 135, 138; 149, 149 s, 157 s; 157, 158, 177; 158, 163, 169, 170, 177, 182 r, 183 11, 186, 191, 192; 211 ff., 215, 229, 231, 234, 255 ff., 260, 261. Merva 1541.

Nikolaus von Cusa 185-191, 1956, 196, 2123, 253, 259. νόμος f. Gefeß.

Bedeutung bei ben Stoitern

— Verhältnis zum Naturrecht f. Naturrecht.

- — Verwaltungsrecht 44, 66.

Objektstheorie 15, 42, 78, 171, 2052, 224; f. auch dominium. Occam 182, 18313, 1847, 1854, 1891, 1921, 1944, 196, 1971. Ochlokratie 138. Ofilius 1463. Oligarchie: ethisch 33. - Prinzip 100, 102.

- rechtlich 16 ff.; 192; 37; 33, 49, 50; 96, 97, 98, 99, 105, 110, 111, 119 ff., 125 ff., 126, 138; Arten 114ff.

fozial 35, 107; 96, 97, 98, 99, 103, 108. όμόνοια 244, 32, 52.

Organische Staatstheorie 32, 42; 76, 78; 168, 181.

Otto 2041.

Pactum subjectionis 180, 217; f. auch Herrschaftsvertrag.

Panaitios 1496, 150s. Panormitanus 181 11. Papst 156 5, 161, 176, 177, 182, 183, 190, 191, 195, 2014 u. s,

210.

Parekbatische Staatsform 108. Batricius von Siena 208. Patrimonialstaat 233 ff.,

j. auch dominium und Ob=

jektstheorie. Paul de Caftro 1923. Paulus 1551. Paurmeister 2055, 2314. Periöfen 6, 117. Peripatetiker 134. Perfaios 134.

Persönlichkeitstheorie f. Staats= perfönlichkeit.

Beter von Andlau 182, 1924, 193, 2034, 204.

Phaleas von Chalkedon 21. φιλία 39, 52, 76. Philologie 136, 138, 146, 1542.

Philon 1635. Philosoph, Begriff bei Platon 31, 342.

Philosophie, griechische Bedeutung 8, 34 3.

φρόνησις 39. φόσει f. Naturrecht. Pillius 1711.

Pififtratos 18, f. auch Athen: Thrannis.

Platon: als Politiker 31, 32, 37, 542. ethische Staatslehre 32, 33, 42.

geschichtliche Bedeutung 54, 61, 71, 160, 209, 2273.

Gesetzesbegriff 43ff.

— Methode 60, 71. — Politeia 32; 346, 37, 38, 44; 41, 46.

Polites 32.

Staatsentstehung 32.

Staatsfunktionen 45-49. — Staatsgeset 44.

- Staatsherrichaft 47, 50 ff.

- Staatsnatur 32, 42. - Staatsschriften: Gesetze 34 ff.,

68. – Staat 30 ff.

- Staatsmann 40ff.

— Staatsformen 32, 33; Gin-teilung derselben 381, 41; politische Würdigung 47, 49, 585, 96.

Staatspringip 39, 41.

Verhältnis zu Ariftoteles 71, 88.

zu Demofrit 52-54. gum positiven Recht 32, 35,

60, 61. — — zu Protagoras 422, 535. $\pi \lambda \tilde{\eta} \vartheta \circ \varsigma = 19$, 50, 63; f. auch Demos.

plenitudo potestatis 1971, 2014. Plutofratie 27 ff., 59.

Polis 51, 73.

Politeia bei Ariftoteles: 1. Berrschaftsübung im Gemeininter= effe 105; 2. Herrschaft des Mittelstandes 99, 104, 105, 110, 126; 121; Arten 119ff.; 3. nichtmonarchischer Staat 731, 99, 104ff., 109, 117, 125, 190; 4. Rechtsftaat 73, 105, 107, 1153, 190; 5. Staats= angehörigkeit 932; 6. Staats-bürgerrecht 932; 7. Staats-gewalt 75, 76, 85, 102; 8. Staatsordnung, formelle und materielle 75, 76, 100, 104, 225; 9. Staatspringip 129; 10. Staatsorganisation und beren Ordnung 76, 79.

— bei Jsokrates 59. — bei den Stoikern 132. bei Platon: 1. Herrschaft der nicht an Gefete gebundenen Serricaftstundigen 41, 47, 48; 2. Rechtsstaat 38, 41, 107; 3. Staatsordnung 32, 37; 34s, 39, 44, 66; 4. Or-

ganisationsordnung 44, 76. verschiedene Bedeutung 39, 104.

πολίτης 321, 727, 85, 88, 91 ff. πολίτευμα 95, 138.

Politit, im griechischen Sinn 9,

11, 20, 24. Lehrbarkeit derselben 11, 25.

— Wissenschaft derselben 4; 11, 20, 24; 26; 46, 47; 70, 94, 96, 102; 102, 103, 108, 127ff.; 174; 209; 212, 219, 231, 257, 260 ff.

Politiker, Partei der 219. πολιτικός s. politische Herrschafts= meise.

Politische Herrschaftsweise 9: 25; 29, 105; 41, 50, 105; 105, 106, 107, 108; f. auch fönig= liche Herrschaftsweise.

Polizeistaat 3, 35, 52, 100, 230, 252, 253, 255, 259, 260.

Polos 101, 15. Polybios 135—138, 226. Polyfrates 58.

Pomponius 1509, 1553. Pontifices 143, 144, 1463. populus 150; 179, 181, 193; 218,

241, 2581. Positives Recht, Begriff 10, 26, 83. Poftgloffatoren 1711, 1813, 1923,

Pragmatiker 141.

Geschichte der Staatsrechtswissenschaft R-S.

Privatrechtswissenschaft, griechi= sche 346, 67, 141 ff., 145. Proditos 93, 113. Prometheusfabel 11 ff. Protagoras 53, 94, 97, 11 ff., 234, 527, 535. Protektorat 82, 83, 131. Pfellos 140. Ptolemäus von Lucca 1792. Publizistif, griechische 54ff. Pütter 255, 256. 2544, 2553, 257. Purgolbt 2053. Phthagoreer 4, 15 s.

Pufendorf 211, 212, 215, 232, 234, 241 3, 242 11, 248 ff., 253 3, R. ratio status 209; f. auch Staats= Rechtsschulen 159, 161, 162; 261. Rechtsstaat 13, 15, 547; 15, 24; 26, 29, 49; 35, 38, 190; 52; 109ff., 113, 190; 231. Rechtsverordnung 44, 45. Redefreiheit 52, 132. Regalien 1705, 192. Regierungsform: 1. Arten 112-126; 2. Begriff 17, 18; 29, 58; 35; 102, 110, 111, 124, 128ff.; 179; 180, 181; 195; 224, 230, 231; 237; 242ff.; 250; 258; 3. Einteilungen 37, 107; 16 ff., 19, 49; 29; 381, 41, 107; 585; 2576. Regierungslehre 174; s. auch Politik. Regierungsweifen 230; f. ferner despotische, königliche, poli= tische Herrschaftsweise. regimen principum 1745. Regner Sixtin 2054. Regnum 176, 183, 1874, 192 ff., 218. Reichskammergericht 2063. Repräfentativinftem 114, 1157, 1956, 255; f. auch Demofratie, mittelbare. Republik 73, 104, 105. Respublica 149, 1717, 1891, 1923. 193, 218. Rhetoren 23; 54, 136, 141; 139, 154, 159. Römisches Recht im Mittelalter 168 ff. Wiffenschaft desfelben im Mittelalter 161, 168ff., 175; f. auch italienische Jurisprudenz. Rom, Berfaffung 137, 145, 1476, 152, 226. Rotteck 260. Rouffeau 257 ff.

€.

Sabinus 1541. Sachsenspiegel 172. Sacerdotium f. Papit. Scholastit 1743, 196, 207. Schranken ber Staatsgewalt 177, 191ff., 209, 216, 218, 2507; j. auch absolute Staats= gewalt. Sieben Weifen 4, 21.

Sigebert von Gemblour 1623. Sittenregel 43, 45; 2157. Smith 2063.

Smith 2003.
Softrates 53, 25 ff., 41, 58.
Sofon 35 u. 6, 4, 21.
Sophiften 142; 93, 565; 8, 25;
11 ff.; 23, 24; 139, 154.
Someranist: Begriff 81, 177, 192; 196 ff., 224 ff.; 1971; 219 ff., insbef. 231, 246 ff.; 2414; 246 ff.; 2507; 257 ff.

Staatseigenschaft 241 4. - Teilbarkeit 227, 2399, 240, 250 7.

- Unbeschränkbarkeit 201, 228. — Unteilbarkeit 1891, 200, 202, 226 ff.

Unveräußerlichkeit 201, 259; f. auch Unveräußerlichkeit der Staatsgewalt.

Wortbedeutung 1932, 2259. societas f. Gefellichaft.

Sozialpolitit bei Ariftoteles 70, 94, 96, 99, 102, 103, 108, 110, 127 ff., 219, 225.

Sozialprinzip 26; 31; 52s; 105; 217 з.

Sparta f. Lakedamon.

Staat der Athener, pseudogeno= phontische Schrift 204, 233, 29; von Ariftoteles 62ff., 140; von Kritias 57; s. auch Athen.

Staatenverbindung 81, 81 ff., 1837, 2226, 2414; f. auch zu= fammengefetter Staat.

Staatsangehörigfeit, Begriff 220, 236, 257, 258; f. auch Ariftoteles, Athen, Platon, Politesbegriff.

Staatsbegriff 15; 42; 72ff., 81, 82; 1326 u. 1499; 1331, 1499; 149 ff., 178; 1885 u. 6; 166; 209, 220, 257.

Staatsbürgerbegriff 92ff., 98, 110ff., 128; f. auch Staats= angehörigkeit.

Staatsentstehung 10; 32, 42; 84; 165, 1704, 180, 187, 2173 (göttliche Einsetzung); 180, 233, 234 (Stiftung); allgemein 233 ff.

Staatsentstehungsvertrag 14, 15, 1659; 14, 84; 133, 149; 1574; 1664, 180e; 180, 186e; 217, 231, 233 ff., 235; 242 ff., 251s; 257ff., 261.

Staatsform, Begriff, f. Berfaffungs= und Regierungsform 195, 229ff.

ethische Einteilung 33.

gemischte 121, 129, 136, 137: 131 ff., 136; 151; 179, 1956; 226.

politisch=rechtliche Ginteilung f. Berfaffungs= und Regie= rung&form, ferner 105—109, 127, 128; 110, 125; 134, 135 ff.; 188; 229 ff., 2362.

- politische Wertung bei Platon 49, 585.

fozialpolitische bei Ariftoteles 94, 96, 99, 102, 103. Staatsfrembe 5, 11, 92, 94.

Staatsfunktionen, Einteilung der= felben 20; 45-49, 88; 84 ff., 189; 187; 2213, 2236; 247; 258.

Staatsgewalt f. Staatsherrschaft. Staatsherrschaft, Begriff 19; 29; 47; 79, 98; 187, 195; 2134 u. 5, 2351.

Schranken f. d.

Subjett berfelben f. d. - Träger berfelben f. d.

Teilung f. Staatsfunktionen und Teilung der Gewalten.

Unbeschränkbarkeit 201. – Unteilbarkeit 200.

 Unveräußerlichkeit 1891,200ff., 259.

— 3wangsmoment 1891, 1902. Staatsnatur 15; 42; 77, 79 ff.; 150; 161; 1665; 180, 181, 185, 187, 2019; 208; 2173, 224, 231, 232, 236, 237, 242, 249, 2511, 257, 261.

Staatsorganssouveranität 224, 240.

Staatspersönlichkeit 33, 42; 77, 79 ff., 150 ff.; 181, 187, 2009; 231, 236, 237, 242, 2511.

Staatspringip, Arten 39, 41, 59; 100, 1031, 116, 117, 118, 127 ff.; 136; 229; Begriff 17, 100; formelles 17, 100; ma= terielles 19, 59; 100, 128ff.; Name bei Ariftoteles 100.

Staatsraifon 209, 254. Staatsrechtskunde 56, 57; 143;

172.Staatsrechtsphilosophie 11, 20,

24; 26; 33, 34, 41; 70; 133; 149, 152; 164, 174, 175, 185; 211, 255, 260.

Geschichte der Staatsrechtswiffenschaft T-Z.

Staatsrechtspolitik 11, 20; 26, 31, 34; 57; 133 ff.; 174, 175; 209, 257, 261.

Staatsrechtswiffenschaft, die des allgemeinen Staatsrechts 11, 27, 91; 149; 155, 174, 175; 209 ff., 221, 255 ff., 260; die des besonderen Staatsrechts 27; 40; 61, 68, 84, 118; 131; 152; 171, 174, 175, 178, 182, 191; 204, 214, 255 ff.; f. ferner deutsche, englische, französische Staatsrechtswiffenschaft.

Staatssouveränität 224, 231, 240. Staatsteil 98, 188, 2178. Staatswissenschaft f. Politik. Stände 177, ferner beschräntte Monarchie.

Stoa 132, 138, 139, 149 6 u. 9.

Stobaios 673, 139. Straton von Lampfakos 134. subalterna potestas 2246.

Subjett der Staatsgewalt 17, 19 79; 35, 41, 79; 78, 79, 102, 110, 111, 124, 125; 177; 181, 185; 231, 236, 237 (Grotius), 224, 246; 258. Suidas 140.

summa potestas 151; 197, 200; 221 ff.; f. auch κόριον τῆς πολιτείας und Souveränität. superioritas 1932, 2252. συμμαχία 14, 82, 83.

 $\mathfrak{T}.$

Teilung ber Gewalten 85, 189,218, 240, 2507, 255, 258; ferner bei Ariftoteles, Staatsfunktion. Tengler 2053. Tertullian 1584.

Theognis 4, 21. Theophraft 64, 65, 67, 70, 150 s. Thomas Aquinas 1745, 1792, 188.

Thomasius 211, 215, 257. Timotratie 33, 59, 99 6, 126. τὸ περὶ τὰς ἀρχάς 86 ff.; 89, 100;

j. auch αρχή. Träger der Staatsgewalt 17, 19, 79; 35, 41, 79; 78, 79; 206, 224, 231, 236, 240; 258.

translatio imperii 1476, 1622; 166; 177, 178; 181, 184, 198; 2009, 216. Trebatius 1541.

Tripolitifos 131, 134. Tubero 1463, 1475. Thrann, ethisch 33.

politisch=philosophisch 19, 28, 51, 52, 107, 108, 109, 123 ff., 184 5.

rechtlich 174, 181, 2311; 37; 15 ff.; 27 ff., 49, 51, 107, 108; 80, 104, 108, 109, 123 ff., 194; 1677, 1681; 178, 1845, 188, 194, 195; 216, 233.

Tyrannis, Pringip derfelben 100.

u.

Ulpian 1551. Umberto de Lampugnano 1763. universitas f. Rorporationstheorie und Gesellschaft.

universitates superiorem non recognoscentes 225.

Unveräußerlichteit der Souveranität f. Souveränität.

· der Staatsgewalt s. Staats= gewalt.

Unverantwortlichkeit 165, 371; 38, 422 mit 365, 372; 134, 139; 200, 202; 223.

V.

Varro 148. Valerius Messalla 1461, 1473. Verantwortlichkeit 91.

Verfassung Athens f. Athen. bes beutschen Reichs f. Deut= fches Reich.

Karthagos f. Karthago.

Rretas f. Areta.

Lakedämons f. Lakedämon. — Roms f. Rom.

Berfassungsform, Begriff 17, 18; 35; 84, 96, 102, 110, 111; 124, 127, 128; 136; 195; 224, 240; 231; 236; 237; 240; 242 ff.; 250; 258; Gin= teilung 17; 104ff.; 117; 112

-125;179;219,225 ff.;236₂; 257e; f. auch Platon. Verrius Flaccus.

Vigelius 213. Bincentius Bellovacenfis 1792.

Bolkssouveränität 147e; 162, 165, 177 ff., 184, 185 ff., 187; 211, 216, 236, 257 ff.; f. auch Demokratie, Demos, populus.

Bolfsvertretung 217 und Ronstitutionalismus und Reprä= sentativprinzip.

Vollziehung f. Staatsfunktionen. Vorortsstellung 83.

Bultejus 2055, 2134.

W.

Wahlkapitulation 216, 229. Wahlmonarchie 178. Weibergemeinschaft 316, 80. Welcker 260. Weltreich f. Imperium.

Willfürherrschaft 29, 49; 38; 109 ff., 113; ferner bespo= tifche Berrichaftsweise und Po-

liteia. Wolff 211.

X.

ξένοι 92 ff., 94. Xenokrates 134. Xenophon 57.

2).

Nearbooks 2063. ύπήκοοι 82.

Zabarella 213. Jafius 216 4. Benon 1326. Zoilos 58.

ζωον πολιτικόν 842, 1574, 1869. Bujammengesetter Staat 84, 1915, 195, 231,

Zweischwertertheorie 182. 3wölftafelgefeggebung 145, 1463.





University of Toronto Geschichte der Staatsrechtswissenschaft. Library 49220 DO NOT REMOVE THE CARD Rehm, Hermann FROM THIS POCKET Pol. Sci. R3455g

